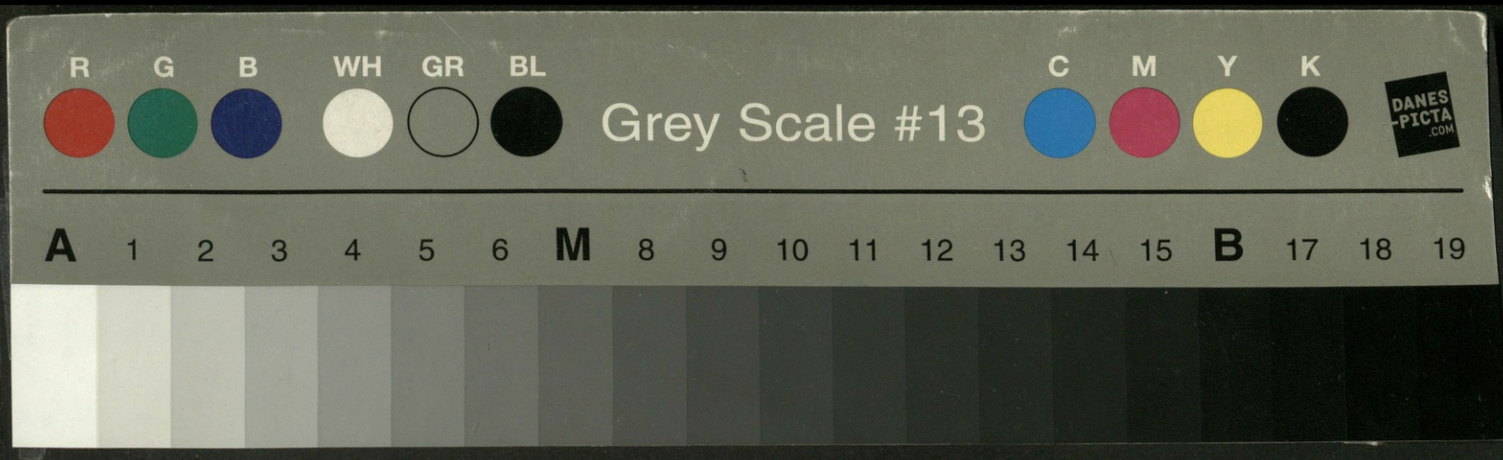
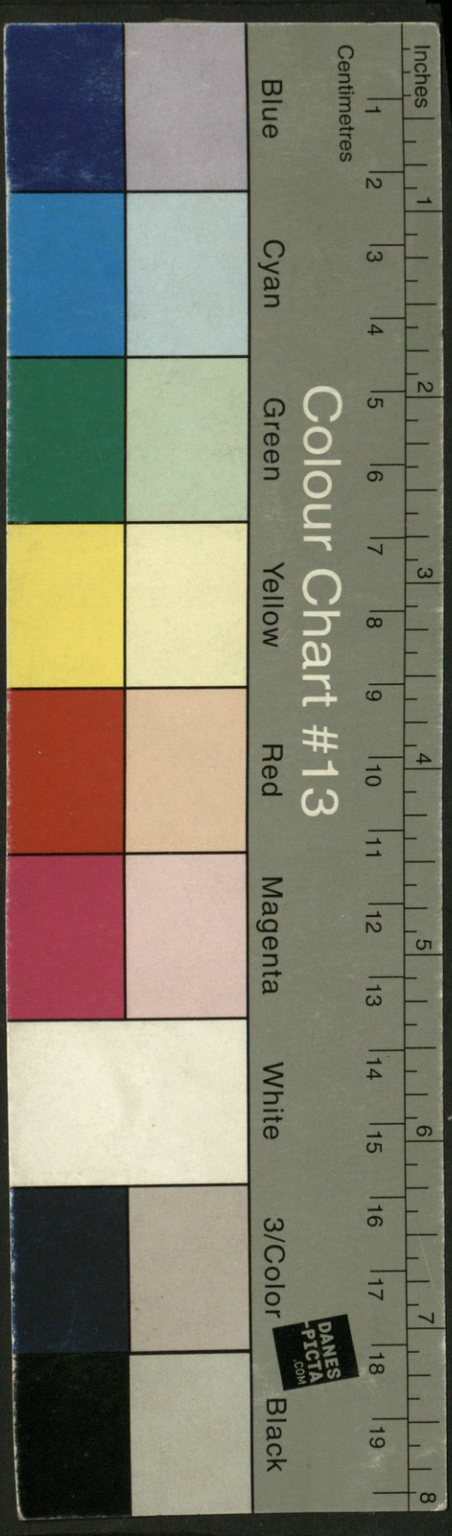


RAYMOND POINCARÉ

DER AUSBRUCH DER KATASTROPHE

1913-1914



RAYMOND POINCARÉ

DER AUSBRUCH DER KATASTROPHE

1913-1914

Im Dienste Frankreichs

Neun Jahre der Erinnerung

RAYMOND POINCARÉ

MEMOIREN

RAYMOND POINCARÉ

MITGLIED DER FRANZÖSISCHEN AKADEMIE

MEMOIREN

* *

DER AUSBRUCH DER KATASTROPHE

1913—1914

PAUL ARETZ / VERLAG / DRESDEN

32111 : 327

Mit Genehmigung des Verfassers gekürzte deutsche Ausgabe unter Weglassung der nur für Frankreich in Betracht kommenden Stellen über französische Innenpolitik

Einzige berechtigte Übertragung aus dem Französischen, besorgt von J. v. Oppen



3111 0/2

Copyright 1928 by Paul Aretz Verlag Dresden

Printed in Germany

Roßberg'sche Buchdruckerei
in Leipzig

Im Dienste Frankreichs

* *

Europa in Waffen

Erstes Kapitel

Der Neujahrstag 1913 – Besuch Take Jonescus – Der Dreibund und Rumänien – Die Silistriafrage – Der Deutsche Kaiser und Jules Cambon – Die Inseln im Ägäischen Meere – Montenegro und Skutari – Die österreichischen Rüstungen – Kollektivschritt in Konstantinopel

In einer Szene, die im unzugänglichsten Himmelsraume spielt, läßt Ernest Renan am Neujahrstage 1886 den Ewigen mit dem Erzengel Gabriel ein Zwiegespräch halten. Beide reden voller Nachsicht über das Schicksal des Planeten Erde. Gottvater bedauert, die Erde seit fünfzehn Jahren der Herrschaft Frankreichs entzogen zu haben, um sie durch ein Volk regieren zu lassen, das den Franzosen am unähnlichsten ist. Und er fährt fort: „Ich habe Mitleid mit denen, die ich schlug. Manche Zuckungen sind das Vorspiel des Todeskampfes; andere sind Krisen, nach denen sich die Kräfte eines Volkes verhundertfachen. Sage dem armen Frankreich, ich hätte seine Bestimmung noch nicht von ihm genommen. Diese Bestimmung ist, die Welt durch seine plötzlichen Umschläge und seine Wiedererhebungen in Staunen zu setzen. Ich habe ihm den Grundsatz der ewigen Auferstehung ins Herz gelegt."

Was verkündeten uns am Neujahrstage 1913 die neuen Zuckungen, die den Planeten Erde ergriffen hatten? Welches Los war dem „armen Frankreich" durch die Kriege vorbehalten, die seit Monaten an den Mittelmeerküsten tobten? Todeskampf oder Auferstehung – was war für Europa das Geheimnis der Zukunft? Weit entfernt, uns Hoffnung zu bringen, war der 1. Januar durch schlimme Vorzeichen verdüstert. Bei jeder Bemühung, uns dem Frieden zu nähern, trat ein Zwischenfall ein, der uns von ihm entfernte. Die beiden Konferenzen in London, die Zusammenkunft der Botschafter und die Friedenskonferenz der Türken und der Balkanmächte,

tagten weiter, doch über ihre verdrießliche Arbeit gebeugt, sahen die Diplomaten kein Ende mehr.

Wie der Brauch es erheischte, mußte ich einen Teil des Tages den Zeremonien und öffentlichen Höflichkeiten widmen. Ich sprach dem Präsidenten der Republik meine Glückwünsche aus. Dann erwiderte ich mit ihm die Besuche der Präsidenten der beiden Kammern im Elysée . . . Doch vor dieser ermüdenden Reihe gegenseitiger Begrüßungen hatte ich die ersten Tagesstunden den dringenden Geschäften gewidmet. Insbesondere hatte ich in meiner Privatwohnung Take Jonescu empfangen, der eben nach Paris gekommen war und nach London zurückreiste.

In seinem Buche über die Entstehung des Krieges[1] hat der hervorragende rumänische Staatsmann auf diesen Besuch angespielt. „Ich entsinne mich," schreibt er, „daß ich am 1. Januar 1913, als ich Poincaré besuchte, von dem gefährlichen Geisteszustande sprach, in dem sich Österreich befand. Es wollte auf nichts mehr hören. (Es handelte sich um die Grenzen Albaniens.) . . . Ich wies den Ministerpräsidenten darauf hin, daß der Krieg vor der Tür stehe, wenn man nicht auf Österreichs Launen eingehe, – denn was war von zwingenderer Komik als seine Berufung auf das Nationalitätenprinzip! Damals konnte ich noch nicht hinzufügen, daß die österreichischen Generale sich gegen Ende des Jahres 1912 beschwert hatten, daß Berlin ihnen nicht freie Hand lasse, sich mit den Russen zu schlagen, wo sie doch gewiß seien, bis Petrograd vorzudringen." Take Jonescu durfte mir freilich nicht alles anvertrauen. Obwohl ich ihn seit langem kannte, war er doch zu einiger Zurückhaltung verpflichtet. Rumänien war damals mit Österreich verbündet, und dieses hatte es bereits in schroffer Form daran erinnert. Immerhin sagte er zu mir, was er in seinem Buche wiedergegeben hat: „Da Österreich sowohl eine Vergrößerung Serbiens als ein ruhmbedecktes Serbien nicht dulden kann, sucht es mit allen Mitteln Rußland zum Angriff auf sich zu reizen, um Deutschland in den Krieg hineinzuziehen."

Vor allem sprach er mit mir von den Ansprüchen, die Rumänien infolge des Balkankrieges zu erheben für nötig hielt. Es rechnete stark auf den Besitz von Silistria, das ihm als strategische Stellung gegenüber einem erheblich gestärkten Bulgarien für seine eigene

[1] Paris, Henri Didier, 1915, S. 22f.

Sicherheit unentbehrlich erschien. „Ich sprach Danew kürzlich in Bukarest", sagte er zu mir, „und seine Reden im ganzen, ein paar Ausdrücke, selbst sein Ton hinterließen mir den Eindruck, daß er unsere Anschauung verstand, wenn er sie auch nicht ganz teilte, und daß er persönlich zu einem Ausgleiche geneigt war." – „Auch ich habe mit Danew über diese Grenzfrage gesprochen", entgegnete ich. „Im Interesse des europäischen Friedens wünsche ich natürlich, daß sie geregelt wird. Aber Danew hat mir betreffs Silistrias und des Willens seiner Einwohner Einwände gemacht, über die zu urteilen nicht meine Sache ist. Sie werden ihn ja in London s ehen. Ich hoffe, Sie werden sich mit ihm verständigen."

Aber so sehr Rumänien vor dem Friedensschlusse die Zusage für Silistria zu haben wünschte, so sehr schien die Sofioter Regierung, wie mir de Panafieu telegraphierte[1], die Erörterung ausschalten zu wollen. In dieser Hinsicht hörte sie weder auf Rußlands noch auf Österreichs Ratschläge.

Am 24. Dezember 1912 (6. Januar 1913) schrieb Ferdinand von Bulgarien sogar an den Kaiser Nikolaus II.: „Theodorow wird Eurer Majestät darlegen, welche Gefahr heute für Bulgarien die folgenschwere Stellungnahme Rumäniens schafft, das sich nicht mit einer Grenzberichtigung begnügen, sondern Bulgarien zu beträchtlichen Zugeständnissen als Lohn für seine Neutralität im letzten Kriege zwingen will und die Stadt Silistria verlangt, zu deren Besetzung sich das rumänische Heer gegenwärtig anschickt[2]." Ferdinand benutzte die Gelegenheit, um Rußland noch um eine andere Unterstützung zu bitten: der Zar sollte Bulgarien die Linie Rodosto–Midia als bulgarisch-türkische Grenze zusichern. Er spielte dabei etwas plump die Rolle des teuflischen Verführers: „Würde Rodosto in der Hand des Bulgaren, eines klugen und regen Parteigängers, nicht für Rußland selbst ein Stützpunkt sein, um die Frage der Meerengen in einer noch unbestimmten Zukunft zu entscheiden?"

Diese Geistesverfassung war nicht dazu angetan, die Besprechungen zwischen Danew und Take Jonescu zu erleichtern. Übrigens hatten die beiden Unterhändler damit begonnen, sich gegenseitig Vorwürfe über die in Bukarest gehabte Unterredung zu machen, die sie nicht völlig in der gleichen Weise auslegten. Über die

[1] Telegramm, 2. Januar. Gelbbuch „Die Balkanangelegenheiten", II, Nr. 50.

[2] Laloy, Documents secrets.

Ausflüchte seines Nachbarn gereizt, ließ Rumänien am 9. Januar den russischen Gesandten in Bukarest wissen, daß es entschlossen sei, die Mobilmachung anzuordnen und Bulgarien binnen achtundvierzig Stunden zu besetzen, falls seine Forderung nicht erfüllt werde[1].

Die rumänische Regierung nahm den Mund nur deshalb so voll, weil König Karol sich von Berlin unterstützt wußte. Vor der Botschafterkonferenz erklärte am selben Tage der Fürst Lichnowski, der plötzlich mit seinem maßvollen Betragen brach, er glaube, Deutschland könne sich an einem Schritt in Konstantinopel nicht beteiligen, wenn die Mächte nicht dem Schritt in Sofia zustimmten, den er vorschlug, um Bulgarien das Eingehen auf Rumäniens Forderung anzuempfehlen.

Paul Cambon, der mir diese unerwartete Drohung berichtete, setzte hinzu[2]: „Mein russischer Kollege, mit dem ich heute morgen über diese Frage sprach, glaubt sogar vom Fürsten Lichnowski die Worte gehört zu haben: im Falle eines Konfliktes zwischen Rumänien und Bulgarien könne Deutschland nicht neutral bleiben. Ich habe diese Worte nicht gehört; sie sind mir vielleicht entgangen; ebensogut aber kann Graf Benckendorff sich verhört haben. Dagegen habe ich vom Fürsten Lichnowski ganz bestimmt die oben wiedergegebenen Worte gehört, und das genügt schon, um vor den Absichten der deutschen Regierung auf der Hut zu sein. Tatsächlich hat König Karol die äußere Politik seines Landes stets selbst geleitet, und da er bei seinen Untertanen den Ruf der Geschicklichkeit und Klugheit genoß, machte seine Regierung, einerlei, welcher Richtung sie war, ihm die Ausübung dieses Vorrechtes nie streitig. Zum erstenmal ist die Voraussicht des Monarchen, der nicht an den raschen und völligen Sieg der Bulgaren geglaubt hatte, Lügen gestraft und das Vertrauen der Rumänen in seine Unfehlbarkeit erschüttert worden, und diese Enttäuschung hat ihm die stillschweigenden, aber unabstreitbaren Vorwürfe der Mitglieder seiner Regierung eingetragen, die ihm rechtzeitiges Handeln empfohlen hatte, sowie die der öffentlichen Meinung. Unter diesen Umständen hat König Karol, der aus Deutschland stammt und in Deutschland als Anhänger des Reiches betrachtet wird, sich wohl an Kaiser Wilhelm gewandt, und der hat wohl seinem Aus-

[1] Telegramm Blondels, 9. Januar. Gelbbuch, Nr. 58.

[2] Depesche vom 10. Januar, Nr. 24. (Reihe D, Kasten 38, Aktenstück 1.)

wärtigen Amt, vielleicht auch dem Fürsten Lichnowski, das Losungswort gegeben, die Art von Erpressung, die Rumänien jetzt gegen Bulgarien auszuüben sucht, zu unterstützen und dafür einzutreten. Ich habe bemerkt, welche Verlegenheit mein österreichisch-ungarischer und mein italienischer Kollege angesichts der Beharrlichkeit und Lebhaftigkeit empfinden, die der deutsche Botschafter in dieser Sache an den Tag legt. Gestern sagte der Marchese Imperiati in meiner Gegenwart, er fände die Ausdrücke der Note, die der Fürst Lichnowsky uns übergeben hat, sowie die Worte, mit denen er für sie eingetreten ist, übertrieben. Paul Cambon fuhr fort: „Andererseits hat Danew, der gestern bei mir speiste, mir gegenüber selbst den Gegenstand der Verhandlungen angeschnitten, die gegenwärtig zwischen ihm, Take Jonescu und Mishu schweben. Es ist nicht richtig, daß diese Besprechungen abgebrochen worden sind, wie unser Gesandter in Bukarest Eurer Exzellenz gemeldet hat. Wenigstens betrachtet Danew sie nicht als abgebrochen. Immerhin hat der erste bulgarische Bevollmächtigte zu mir gesagt, falls Rumänien Forderungen stelle, die für Bulgarien unannehmbar erscheinen, lasse Bulgarien es auf einen Bruch ankommen. ‚Wir werden die Rumänen die Gebiete besetzen lassen, die sie für gut halten', hat er zu mir gesagt; ‚wir haben ja im Lande keine Truppen mehr, um ihnen entgegenzutreten. Aber das wird nur eine aufgeschobene Partie sein, und wenn Rumänien so handelt, wird es zwischen sich und Bulgarien eine Kluft aufreißen, die durch nichts auszufüllen ist.' Man kann sich fragen, ob Rußland in dem von Danew angenommenen Falle es zulassen würde, daß Bulgarien von Rumänien beraubt wird, und ob somit ein scharfer Konflikt zwischen diesen beiden Staaten nicht das Signal zu einem Weltbrande würde, den wir zu beschwören suchen. Leider können wir einen bulgarisch-rumänischen Konflikt nicht als völlig unmöglich betrachten. Wenn die Bulgaren mit dieser Möglichkeit rechnen, so bereiten die Rumänen sich ihrerseits anscheinend darauf vor. Mein heutiger Bericht Nr. 25 an Eure Exzellenz enthält die Versuche, die sie gegenwärtig in London machen, um eine Anleihe von 140 Millionen Franken aufzunehmen."

Indes hatte Bulgarien sich auf den Rat und die Einwirkung Rußlands hin[1] darauf beschränkt, in Bukarest Anerbietungen zu

[1] Gelbbuch, II, Nr. 59.

machen, die eine Grenzberichtigung, die Abtretung von etwa zwanzig Dörfern und der strategischen Stellung von Medschidieh Tabia sowie die Schleifung von Silistria und die Garantie für den freien Besitz der Dobrudscha umfaßten. Ob diese Angebote angenommen waren, wußte Blondel nicht. Er betrachtete die Lage als äußerst ernst. Frankreich, England und Rußland rieten in Sofia und in Bukarest täglich zur Mäßigung. Endlich willigte Rumänien darein, Danew mit der Fortsetzung der Verhandlungen zu beauftragen, aber der Sobranjepräsident wollte nicht mehr mit Take Jonescu verhandeln; er wollte nur noch mit Mishu zu tun haben. Paul Cambon vermittelte, um dies persönliche Mißverständnis zu beheben. Ich meinerseits schrieb ein paar freundliche Zeilen an Danew und an Take Jonescu. Aus Berlin hatte Zimmermann, der vertretungsweise die auswärtigen Geschäfte leitete, besonnenere Ratschläge nach Bukarest gesandt.

Selbst der Kaiser hatte am 12. Januar mit Jules Cambon eine beruhigende Unterredung. Es war am Ordensfeste nach der religiösen Feier, an der der französische Botschafter teilgenommen hatte. Wilhelm II. teilte ihm die Befürchtungen mit, die ihm der Konflikt zwischen Bulgarien und Rumänien bereitete[1]. Er bedauerte, daß persönliche Schwierigkeiten ihn noch vergiftet hätten, und wunderte sich, daß die rumänische Regierung, nachdem sie Mishu mit den Verhandlungen in London betraut hatte, Take Jonescu dorthin geschickt und andererseits Filipescu nach Konstantinopel beordert habe. „Diese letzteren Staatsmänner", sagte der Kaiser, „werden bei ihrer gegenseitigen Eifersucht Forderungen über Forderungen stellen und die öffentliche Meinung in Rumänien aufreizen. Fürst Lichnowski ist beauftragt worden, Danew und Take Jonescu aufzusuchen und sie zu einer Annäherung zu bringen."

Auch auf das noch immer nicht geregelte Schicksal Adrianopels hatte der Kaiser Bezug genommen. „Die Kollektivnote, deren Entwurf in London vorgelegt worden ist und die der Pforte von den Mächten überreicht werden soll", sagte der Kaiser, „hat meine Zustimmung, aber weiter kann ich nicht gehen. Ich würde es ablehnen, mich an einer Flottendemonstration zu beteiligen. Mir scheint, die Mächte dürfen nicht militärisch eingreifen, um Bulgarien die Früchte des Sieges sicherzustellen. Wir werden den Türken den

[1] Telegramme aus Berlin, 12. Januar, Nr. 18, 19.

Verzicht auf Adrianopel anraten. Wir werden die Stadt den Bulgaren nicht streitig machen, aber wollen die Türken sie nicht hergeben, so mögen die Bulgaren sie selbst erobern!"

Nach dem Festmahle, das der Feier folgte, ließ der Kaiser Jules Cambon rufen, um abermals mit ihm zu sprechen. Das offenbare Erwachen der Jungtürken erschien ihm bedrohlich und ließ, so meinte er, nach einem ersten Mißerfolg heftige Rückschläge und Wirren voraussehen. Nicht grundlos klagte er über Sasonows neuerliche Erklärung in Konstantinopel, die mich so erregt hatte: „Sollte der Krieg wieder ausbrechen, so könnte Rußland gezwungen sein, aus seiner Neutralität herauszutreten." Diese Erklärung, von der Sasonow behauptete, sie sei falsch verstanden und entstellt worden, behielt der Kaiser sehr scharf im Sinne und betrachtete sie, wie er sagte, als Drohung gegen Armenien. Das Einrücken der Russen in Armenien aber könnte zu Umwälzungen führen, in die ganz Europa verstrickt werden könnte. Es käme also darauf an, daß die Türken Frieden schlössen. „Glauben Sie mir," hatte der Kaiser gewendet, „ich wünsche aus tiefstem Herzen, daß der Konflikt nicht weitergeht, und ich werde alles tun, um sein Umsichgreifen zu verhüten. Es kommt darauf an, daß die Mächte nicht hineingezogen werden." Von den neuen militärischen Plänen, die Wilhelm II. in seinem Generalstab ausarbeiten ließ und die bald zur Vorlage kommen sollten, hatte er zu Jules Cambon nichts gesagt. Mit dem englischen Botschafter hatte er ein ebenso friedfertiges Gespräch geführt wie mit dem französischen.

Doch auf alle unsere Ratschläge zur Mäßigung antwortete der rumänische Minister des Auswärtigen Majorescu, sein Land werde in der Silistriafrage unnachgiebig bleiben und kein Abkommen annehmen, worin diese Stadt nicht Rumänien zuerkannt würde[1]. „Dafür", erklärte er, „sind wir bereit, Bulgarien unsern diplomatischen, finanziellen, selbst militärischen Beistand zu bieten." Wie Blondel nach bisher stets zuverlässigen Gewährsmännern hinzusetzte, suchte Österreich eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auf der Halbinsel herbeizuführen. Zu dem Zweck ermunterte es die Türken heimlich zum Widerstand und die Rumänen zur Unnachgiebigkeit.

Trotzdem war in einem Schreiben Take Jonescus an Dr. Dillon,

[1] Telegramm aus Bukarest, 13. Januar, Nr. 8–10.

den berühmten Redakteur des „Daily Telegraph", von einer Entspannung die Rede. Der rumänische Minister stellte in Abrede, daß sein Land die Absicht zu einem militärischen Eingreifen in Bulgarien oder auch nur zu einem Ultimatum in Sofia gehabt habe. Er stritt Philipescus Reise nach Konstantinopel jede politische Bedeutung ab. Immerhin setzte er mit leichtem Spott hinzu, er erwarte, daß Danew ihm ein Lebenszeichen gebe.

Die Fortdauer dieses Zerwürfnisses erleichterte die Arbeit der beiden Londoner Konferenzen nicht, und durch alle möglichen Ränke gehemmt, kamen die Friedensunterhändler nicht vom Fleck.

Während Silistria den Zankapfel zwischen Bulgarien und Rumänien bildete, schien die Zuteilung der Ägäischen Inseln die Italiener in Konflikt mit den Griechen zu bringen. Am 5. Dezember hatte Giolitti im Montecitorio eine Anfrage Sonninos und Bissolatis mit den Worten beantwortet, die Italiener hätten bei der Besetzung der Inseln keine Eroberung, sondern eine bloße Kriegshandlung im Sinne gehabt. Die Einverleibung von Gebieten mit zivilisierter europäischer Bevölkerung verstoße gegen alle Überlieferungen Italiens und würde einen berechtigten hellenischen Irredentismus wachrufen. Immerhin war Giolitti etwas geheimnisvoll fortgefahren: „An dem Tage, wo Italien den Frieden in Ouchy unterzeichnete und erklärte, es werde die Inseln nach der Räumung Libyens an die Türkei zurückgeben, war der Krieg zwischen der Pforte und Griechenland noch nicht ausgebrochen und in unsere Berechnungen noch nicht eingestellt. Andererseits ist Italien zur Verteidigung der Inseln gegen einen griechischen Angriff nicht verpflichtet. Wenn es glaubt, endlich die räumen zu müssen, die es besetzt hält, so wird deren Schicksal wahrscheinlich dem europäischen Konzert anheimgestellt werden, in dem es seine Stimme frei zur Geltung bringen kann." Ein paar Tage darauf reiste Veniselos durch Italien und dankte Giolitti in einem Telegramm an den Marchese di San Giuliano für diese Erklärung, die er geschickt im griechenfreundlichen Sinne auslegte. Der Marchese beschränkte sich in seiner Antwort auf etwas banale Freundschaftsversicherungen für die griechische Regierung und das griechische Volk. Über das Schicksal der Inseln sprach er sich nicht aus.

Anfang Januar erklärte der italienische Botschafter in London sich deutlicher. Er hatte mit Sir Edward Grey eine Unterredung, die ich durch Paul Cambon erfuhr und über die ich Barrère bat,

sich bei dem Marchese di San Giuliano Aufschluß zu verschaffen[1]. Italien ließ uns wissen, daß es nicht beabsichtige, irgendeine der Inseln in der Nähe Kleinasiens an Griechenland abzugeben. Die Türkei, sagte es, sei ein Element des Gleichgewichts. Griechenland sei ein junger, unternehmender Staat. Gebe man ihm die Inseln in der Nähe Kleinasiens, so werde es versucht sein, sie zu einem Mittelpunkte der Propaganda unter den hellenischen Bevölkerungen an der Küste zu machen, und dadurch werde es zu einem Faktor für die Auflösung des türkischen Reiches.

Aber so ernst der Zwist war, der sich so zwischen Griechenland und Italien ankündigte, er war doch nichts im Vergleich zu der Fortdauer des Konflikts zwischen Österreich und Montenegro. König Nikita entsagte seinem Ehrgeiz auf Skutari nicht. Wie er unserem Gesandten Aynard versicherte, hatte Österreich ihn deswegen zu einem Kuhhandel drängen wollen, aber er weigerte sich, darauf einzugehen[2]. Österreich jedoch hielt an seinem Gedanken eines Großalbaniens fest, und Graf Thurn erklärte Sasonow, gerade Skutari solle dessen Hauptstadt werden. Übrigens war Sasonow bereit, hierin nachzugeben. Nach seiner Ansicht konnte die Stadt an Albanien und die Umgebung an Montenegro fallen[3]. Paul Cambon hielt Sasonows Zugeständnis sogar für zu weitgehend und für übereilt[4]. Nach einem neuen Telegramm Aynards sollte der montenegrinische Bevollmächtigte Miuschkowitsch in London mit oder ohne Auftrag faktisch versucht haben, mit Österreich eines jener Handelsgeschäfte anzuknüpfen, die der König Nikita so geräuschvoll abstritt. Um Skutari zu erhalten, sollte er Österreich den Lowcen angeboten haben, den die Verbündeten später, im Kriege, auf so geheimnisvolle Weise verloren. Die Nachricht von einem so unerwarteten Vorschlage hatte in Rom und in St. Petersburg Bestürzung hervorgerufen[5].

Iswolsky seinerseits war am 6. Januar am Quai d'Orsay mit einer vom 4. datierten Note erschienen, worin die russische Regierung lebhaft gegen die dem König Nikita und Miuschkowitsch

---

[1] Telegramm Nr. 32 an Barrère und dessen telegraphische Antwort, 15. Januar Nr. 7.

[2] Telegramm aus Cetinje, 1. Januar, Nr. 122.

[3] Telegramm von Georges Louis, 2. Januar, Nr. 3.

[4] Telegramm aus London, 2. Januar, Nr. 3.

[5] Telegramm aus Cetinje, 3. Januar, Nr. 2.

zugeschriebene Absicht protestierte, einen Teil des Sandschaks von Nowibasar und den Lowcen an Österreich abzutreten. Die Note betonte, daß dieser Berg ein wichtiger strategischer Punkt sei, der die Bucht von Cattaro beherrsche, und daß seine Abtretung an Österreich unzulässig sei, weil die Mächte übereinstimmend auf jeden Gedanken einer Gebietserweiterung verzichtet hätten. Aber wie Paul Cambon nach Rücksprache mit Graf Benckendorff vermutete, stammte die Initiative zu diesem russischen Schritt von Iswolsky, dessen Phantasie die Dinge gern dramatisierte[1]. Der russische Botschafter in London seinerseits hielt die Machenschaften, die man Miuschkowitsch zutraute, nicht für wahrscheinlich. Er glaubte wie Ssasonoff an die Möglichkeit, die Skutarifrage dadurch zu regeln, daß man die Stadt Albanien, die Umgebung und den See an Montenegro gab, das auch Ipek erhalten konnte. Graf Benckendorff hatte Sir Edward Grey diese Kombination mitgeteilt. Aber Paul Cambon fand sie nicht sehr befriedigend. Wenn man Österreich wegen der Zuweisung Skutaris so rasch nachgab, meinte er, werde man gezwungen sein, nach Entschädigungen für Montenegro zu suchen, und es sei nicht billig, sie ihm auf Kosten Serbiens zu geben, das sehr auf Ipek bestand. Sobald man ein Stück des Puzzle wegnahm, geriet sofort das Ganze in Unordnung.

Montenegro forderte eine Stadt, die es noch nicht hatte; Serbien wollte Städte behalten, die es schon genommen hatte. Aber Österreich suchte die Grenzen des selbständigen Albanien zu erweitern, und Rußland wollte sie lieber einschränken. Inzwischen blieben beide unter den Waffen, das eine, ohne die verstärkten Divisionen demobil zu machen, das andere, ohne den unter den Fahnen verbliebenen Jahrgang zu entlassen. Kokowzow hatte zu Georges Louis gesagt: „Entschließt Österreich sich nicht zur Herabsetzung seiner Truppenstärken vor dem 31. Dezember russischen Stils (13. Januar), so sind wir höchstwahrscheinlich genötigt, den Jahrgang über diese Frist hinaus im Dienst zu behalten. Ich möchte es ohne Aufsehen tun, aber das geht nicht an. Wir können es gesetzlich nur durch einen Ukas erwirken[2]."

Übrigens hatte Sasonow sich darüber offen mit Graf Thurn ausgesprochen. Der österreichische Botschafter hatte zu ihm gesagt:

---

[1] Schreiben aus London, 11. Januar 1913, Nr. 29.

[2] Telegramm aus London, 11. Januar 1913, Nr. 29.

„In dem Augenblick, wo die Balkankrise ausbrach, hatten wir nur 60 Mann je Kompanie, wogegen die Kriegsstärke 150 Mann beträgt. Das österreichisch-ungarische Heer befand sich also den Großmächten, besonders Rußland gegenüber, sehr im Rückstande. In der Folgezeit mußten wir unsere Stärken auf 200 Mann an der serbischen und auf 130 Mann an der russischen Grenze bringen. Die Zahl von 200 Mann läßt sich herabsetzen, dagegen unmöglich die in der Kompanien, deren Kopfstärke nur auf 130 Mann gebracht ist. Diese Zahl ist in Deutschland und in Rußland die Regel. Wir betrachten sie als normal und werden nicht mehr daran rühren." Sasonow hatte geantwortet: „Da Sie die Dinge beim alten lassen, werden wir genötigt sein, den Jahrgang, der am 31. Dezember entlassen werden kann, im Dienst zu behalten." – „Meine Regierung ist darauf gefaßt", hatte Graf Thurn geantwortet. „Sie beunruhigt sich darüber nicht und wird nichts dagegen einwenden[1]."

Bisher hatten Österreichs Rüstungen Sasonow zu der Forderung bestimmt, daß die Botschafterkonferenz ruhigere Verhältnisse abwarten möge, um die Grenzen Albaniens zu bestimmen. Sir Edward Grey hatte diese Ansicht geteilt, und die Erörterung war ausgesetzt worden. Aber seit seiner Unterredung mit dem Grafen Thurn änderte Sasonow seine Ansicht. Am 3. Januar telegraphierte mir Paul Cambon: „Mein russischer Kollege hat von Sasonow eine Wiedergabe seiner Unterredung mit Graf Thurn erhalten, die sich mit der Mitteilung von Georges Louis an Sie deckt. Diese Unterredung scheint den russischen Minister des Auswärtigen erregt zu haben. Er fürchtet die schlimme Wirkung der Aufrechterhaltung der österreichischen und russischen Rüstungen und schreibt dem Grafen Benckendorff vor, die Beratungen der Botschafter zu beschleunigen, um zu raschen Lösungen zu kommen. Ich habe zu meinem russischen Kollegen und zu Sir Edward Grey gesagt, nach meiner Ansicht sei kein Anlaß, sich über die österreichischen Rüstungen aufzuregen. Die Wiener Regierung gedenkt, bis zur Lösung der Fragen, die Österreich und Serbien angehen, unter den Waffen zu bleiben. Welches sind diese Fragen? 1. Grenzbestimmung Albaniens. Sie wird Zeit erfordern, und es ist nicht möglich, unsere Beratungen zu überstürzen, weil Österreich seine Kompanien an der Donau 200 Mann stark hält. 2. Räumung Albaniens bis zum Frie-

[1] Telegramm von Georges Louis, 2. Januar, Nr. 3.

densschluß. Albanien ist türkisches Gebiet, militärisch besetzt von den Serben, die nicht vor Beendigung der Feindseligkeiten abziehen können. Reden serbischer Offiziere ins Blaue sind bedeutungslos. Die Belgrader Regierung hat uns erklärt, sie stelle alles den Großmächten anheim und werde ihnen Albanien nach Friedensschluß ausliefern. Was kann Österreich tun? Nichts als sich übermäßige Ausgaben machen, ohne irgendwelchen Vorteil. Sir Edward Grey teilt meine Meinung und hat mir gesagt, er werde Sasonow seine Ansichten ausdrücken[1]."

Ich antwortete Paul Cambon[2]: „Paris, 4. Januar. Ich billige durchaus Ihre Ausführungen über die Grenzbestimmung Albaniens und die Räumung. Betreffs der Grenzbestimmung habe ich nach Beratung im Kabinett soeben folgendes Schreiben an Iswolsky gerichtet: ‚Heute vormittag habe ich dem Ministerrate Sasonows neuen Vorschlag vorgelegt, daß die Zusammenkunft der Botschafter die Frage der Grenzen Albaniens sofort prüfen solle. Die Regierung der Republik war in Übereinstimmung mit Ssasonoffs ursprünglicher Forderung der Ansicht, daß es vorzuziehen sei, diese Prüfung wegen der österreichischen Rüstungen aufzuschieben. Da dies nach Paul Cambons Mitteilung auch die Ansicht Sir Edward Greys war, haben die Botschafter diese Erörterung gestern ausgesetzt. Angesichts der neuen Auffassung der Kaiserlichen Regierung kann die Regierung der Republik nur Sasonows Wünschen beitreten. Wir werden also nicht auf der Aufschiebung bestehen. Wir teilen jedoch mit Sir Edward Grey die Ansicht, daß die Grenzbestimmung Albaniens Zeit erfordern wird und daß die Beratungen der Botschafter unmöglich nur deshalb überstürzt werden können, weil Österreich seine Truppenstärken beibehält. Wenn die Aufrechterhaltung der österreichischen Rüstungen der kaiserlichen Regierung nicht mehr als Anlaß zum Aufschub erscheint, so kann sie wohl andererseits auch kein Anlaß zur Übereilung sein.'"

Mit Recht oder mit Unrecht sah die serbische Regierung in der Fortdauer der österreichischen Rüstungen das Ergebnis einer geheimen Verständigung mit Rumänien. Descos, der französische Gesandte in Belgrad, telegraphierte mir am 17. Januar: „Nach Paschitschs Ansicht wird Rumänien von Österreich vorgeschoben, da-

[1] Telegramm aus London, 3. Januar, Nr. 4.

[2] Telegramm Nr. 3.

[3] Telegramm Nr. 17.

mit es ihm im gegebenen Falle zu Hilfe kommen kann, ohne daß es die Verantwortung für einen Angriff übernimmt, der es um Deutschlands etwaigen Beistand brächte. In Bosnien und in der Herzegowina soll die Truppenzusammenziehung beendet sein; bei den Armeekorps in Agram und in Temeswar soll sie begonnen haben. In Semlin soll die Militärpolizei an Stelle der Zivilpolizei getreten sein. Die Donaugarnisonen und die militärisch besetzten Inseln sollen durch Feldtelegraphen verbunden sein. Gruppen von Lastkähnen mit Brückenmaterial sollen längs der Sawe liegen. Die Ausbesserung der strategischen Straßen im Banat und in Slawonien soll trotz des Schnees in Angriff genommen sein. Auf der Linie Budapest–Semlin sollen auf den Bahnhöfen Ausweichegleise angelegt sein. Die Transporte und Aufstapelungen von Munition, Fourage und Lebensmitteln sollen fortdauern. Diese bisher ostentativen Vorbereitungen werden jetzt heimlich betrieben und verschleiert, so daß man darin weniger eine Demonstration als den Beginn eines bereits beschlossenen Vorgehens sieht. Der serbische Gesandte in Wien ist beauftragt worden, den Grafen Berchtold auf gewisse Grenzzwischenfälle aufmerksam zu machen, hat jedoch die Antwort erhalten, diese Maßregeln seien nur im Hinblick auf die innere Sicherheit der Monarchie ergriffen. Andererseits soll er in Petersburg haben wissen lassen, sie blieben wegen der Erregung in Serbien notwendig."

Das alles war nicht geeignet, die Aufgabe der beiden Londoner Konferenzen zu erleichtern. Aber was am meisten zu ihrer Erschwerung beitrug, war die rätselhafte, ausweichende Haltung der Türkei. Die Pforte hatte aus den Siegen der Balkanstaaten keine Lehre gezogen. Am 1. Januar hatten die Bevollmächtigten ihre siebente Sitzung unter Veniselos' Vorsitz abgehalten. Allerdings hatten die türkischen Bevollmächtigten in die Abtretung Mazedoniens gewilligt. Das war ein erster Schritt. Aber die Türkei lehnte die Forderungen der Verbündeten betreffs Adrianopels und der Ägäischen Inseln ab. Da die Kriegführenden sich untereinander nicht einig geworden waren, hatten Sir Edward Grey und die Botschafter den Abbruch der Verhandlungen und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gefürchtet. Sie hatten sich gefragt, ob die Mächte, nicht die Pflicht hätten, einzuschreiten, um die Gefahr zu beschwören. Sir Edward Grey hatte die Ansicht ausgedrückt, Europa könne einen Kollektivschritt in Konstantinopel tun und auf schleunige

Unterzeichnung des Friedens dringen. Für die Abtretung Adrianopels an Bulgarien und die vorläufige Übergabe der Inseln an die Großmächte würde man ein ganzes System von Verwaltungs- und Religionsbürgschaften bieten. Man würde die Türkei darauf hinweisen, daß Europa bei Wiederbeginn der Feindseligkeiten „genötigt sein werde, die künftige Lage von Konstantinopel und die Entwicklung des Krieges in Kleinasien in Betracht zu ziehen." Gleich dem Staatssekretär hatten die Botschafter ihre Zustimmung dazu gegeben, daß der Schritt durch eine Flottendemonstration unterstützt werden könne[1].

Ich hatte nichts einzuwenden, weder gegen den Schritt noch gegen die Flottendemonstration. Ich hatte im Hinblick auf beide Möglichkeiten sogar dem „Léon Gambetta" befohlen, zu Bompards Verfügung zu bleiben. Aber ich fand es gefährlich, daß Europa, auch nur um einen Druck auf die Türkei auszuüben, den Anschein erwecken könnte, als wollte es die Aufrechterhaltung des *Status quo* in Konstantinopel in Frage stellen. Nur zu leicht war vorherzusehen, daß die Aussicht auf das Verschwinden der Türken aus Konstantinopel zu einer Spaltung zwischen Rußland und Deutschland führen könne, und ich wollte alles ausschalten, was die Einigung Europas zerstören konnte. Für diesen Teil von Sir Edward Greys Anregungen machte ich daher sofort Vorbehalte[2]. Ich bestätigte sie, nachdem ich sie dem Ministerrate vorgelegt hatte[3]. Übrigens hegten wir einige Zweifel über die wahren Absichten der Berliner Regierung. Fürst Lichnowsky ging gern auf den Gedanken einer Flottendemonstration ein. Der Kaiser dagegen hatte erklärt, er wolle sich nicht daran beteiligen. Kiderlen, ein Diplomat, der zwar brutal, aber von verhältnismäßig friedlicher Gesinnung war, war soeben gestorben. Sein Nachfolger v. Jagow war noch nicht ernannt. Der Reichskanzler sagte zu Jules Cambon, er hoffe, Europa werde einem Konflikt entgehen. „Die Stimmung", telegraphierte mir unser Botschafter[4], „erscheint ihm besser als vor sechs Wochen. Nach seiner Ansicht kommt es darauf an, daß die Großmächte fortfahren, den Balkanstaaten und der Türkei gegenüber eine vorsichtige Haltung und Einigkeit zu bewahren, wie es seit Beginn der

[1] Telegramm aus London, 4. Januar, Nr. 2.
[2] Telegramme vom 4. Januar, Nr. 15, 16.
[3] Telegramme vom 7. Januar, Nr. 23–26.
[4] Telegramm aus Berlin, 4. Januar, Nr. 10.

Krise geschehen ist, daß sie nicht der Versuchung nachgeben, auf Sonderwünsche der Kriegführenden, besonders der Türken, einzugehen, daß sie die Fragen, die sie selbst angehen, miteinander erörtern, aber diejenigen ausschalten, die nur die Kriegführenden angehen und die bei diesen den Anschein ihrer Uneinigkeit erwecken könnten. Auf Österreich und Rußland eingehend, sagte der Kanzler, er habe sich stets bemüht, eine Entspannung zwischen ihnen herbeizuführen. In diesem Sinne habe er in Wien energisch gewirkt und tue es noch, und er gäbe sich der Hoffnung hin, daß auch Rußlands Freunde und Verbündete in St. Petersburg zu Besonnenheit und Ruhe rieten. Ich bin auf diese Bemerkung nicht eingegangen und habe nur gesagt, es wäre sehr zu wünschen, daß Österreich geeignete Maßnahmen ergriffe, um die gegenwärtigen Befürchtungen zu zerstreuen. Dann legte der Reichskanzler mir dar, daß Österreich vor allem die Erhöhung der allzu tief gesunkenen Truppenstärken im Auge habe, und als ich darauf verwies, daß die Wiener Regierung, einerlei, welche Absichten sie hege, der öffentlichen Meinung Europas einen Anlaß zur Beunruhigung gegeben habe, fuhr er fort, es sei zu wünschen, daß Österreich und Rußland durch irgendwelche gleichzeitig zu ergreifenden Maßnahmen ihre friedlichen Absichten bekundeten, an denen er selbst nicht zweifle. In allen Ländern, sagte er zu mir, gibt es eine Militärpartei, die den Krieg will. Wünschte ihn eine einzige Macht, so wäre er unvermeidlich. Gott sei Dank wollen alle Mächte den Frieden. Ich sagte dem Reichskanzler, ich würde Eure Exzellenz alsbald sehen und Ihnen seine Ansichten mitteilen."

In einer Depesche vom gleichen Tage[1] kam Jules Cambon auf diese Unterredung zurück. „Diese Sprache", schrieb er mir, „ist der Ausdruck des wahren Denkens des Reichskanzlers. Aber sie widerspricht seiner Reichstagsrede vom 2. Dezember, in der er sich öffentlich auf Österreichs Seite gestellt hat. Vielleicht wollte er diesen Widerspruch rechtfertigen, als er sagte, die öffentliche Meinung Europas sei minder kriegslustig als vor sechs Wochen." Jules Cambon fuhr fort: „Angesichts der Tripleentente und um ein Gegengewicht zu bilden, sieht Deutschland seine erste Sorge darin, den Dreibund um jeden Preis aufrechtzuerhalten und seine Festigkeit zu betonen. Innerhalb des Dreibundes selbst fühlt es, daß Öster-

[1] 4. Januar, Nr. 1.

reich zu Eigenmächtigkeiten eher geneigt ist als Italien, und es wird das Band zwischen Wien und Berlin, soviel es vermag, enger knüpfen. Wenn sich aber Deutschland und Italien im Dreibunde gegen Frankreich zusammengetan haben, so ist es Rußland und allein Rußland, dessen Österreich sich erwehren wollte, indem es dem Sieger von Königgrätz seine Hand reichte. Daraus ergibt sich, daß Deutschland jedesmal, wenn Österreich an seine schimmernde Wehr appelliert, eine öffentliche Kundgebung gegen Rußland für nötig hält. Hier aber tritt die Zwiespältigkeit der deutschen Politik zutage. Deutschland ist von alters her mit Rußland befreundet, und zwischen den Hohenzollern und den Romanows hat stets eine Art von vertraulichem Familienverhältnis bestanden. Mehr noch: da die Wiederherstellung der Heiligen Allianz durch den täglich zunehmenden Einfluß des Volksempfindens auf die Handlungsweise der Regierungen unmöglich geworden ist, dient die Feindschaft zwischen Petersburg und Wien den Absichten Deutschlands, denn sie macht Österreich abhängiger und bundestreuer. Deutschland verfolgt also, dem Schein entgegen, eine Politik des Gleichgewichts zwischen seinen beiden Nachbarn. Trotz seiner Größe setzt es die Politik des kleinen Preußens fort. Betreffs des Balkans hat Bismarck stets geflissentlich betont, daß er ihm gleichgültig sei, daß jedoch die Orientfrage nur durch ein Einvernehmen zwischen Österreich und Rußland gelöst werden könne. Dies Einvernehmen hat sich anders gestaltet, als er es sich dachte. Er hat den Berliner Kongreß geleitet, der die Balkanstaaten schuf und damit Österreich und Rußland vom Balkan verdrängte. Seitdem tritt in der Leidenschaftlichkeit, welche die Wiener und die Petersburger Regierung heute in den Balkanfragen zeigen, weniger ein klares Erkennen ihrer Interessen als ein hergebrachtes Vorurteil zutage. Die Eigenliebe ist dabei mehr im Spiel als die Vernunft. Noch lange wird Rußland in Belgrad und Österreich in Sofia Anhänger suchen und intrigieren; aber die Balkanstaaten haben das Gefühl ihrer Kraft bekommen, und man spiegelt sich etwas vor, wenn man glaubt, man könne sie künftig anderen Zwecken als ihren eigenen dienstbar machen.

„Gewiß ist Deutschland sich der Bedeutung dieser Veränderungen bewußt. Es schickt sich an, in seinem diplomatischen Spiel die Balkanstaaten, wenn es dies vermag, an Stelle der Türkei zu setzen, die es in Europa preisgibt, aber seine Bundestreue gegen Österreich

macht es diesen Staaten verdächtig. Deshalb hat Theotokis, der Sohn des einzigen griechischen Staatsmannes, der jemals Sympathien für Deutschland gehegt hat, mir gestanden, der Krieg habe die Lehre gebracht, daß Griechenland und Serbien sich auf die Tripleentente stützen müssen.

„Somit ist man in der Wilhelmstraße, wo man nicht klar in die Zukunft blickt und einen Krieg fürchtet, dessen Nutzen der Gefahr nicht gleichkommen würde, tatsächlich zu einer gewissen Zurückhaltung verurteilt. Man gibt seine Sympathien für den Verbündeten in Wien geräuschvoll kund, aber hinter den Kulissen strengt man sich kräftig an, ihn zurückzuhalten. Das drückt sich treffend in einem richtigen oder unrichtigen Ausspruch aus, den man dem Kaiser zugeschrieben hat. Bei seiner letzten Begegnung mit dem Erzherzog-Thronfolger soll er zu diesem gesagt haben: „Hüte dich, zu sehr mit meinem Säbel zu rasseln."

„Leider hat Deutschland zu seinem Schaden einen erstaunlichen Mangel an Männern. Kiderlens Tod raubt ihm einen Vorkämpfer, der in dieser Hinsicht sehr klar sah und sich nicht fürchtete, Mißfallen in Wien zu erregen. Man kann sich fragen, ob ein Neuling eine so feste Hand haben wird, daß er Österreich imponiert, dem das Wort von dem brillanten Sekundanten, ein unvorsichtiger Ausdruck des Kaisers, unerträglich ist."

Wie lange noch sollte Österreich mit Wilhelms Säbel rasseln? Und wie lange noch würde Deutschland die Kraft in sich fühlen, seinem brillanten Sekundanten zu widerstehen? Niemand wußte es. Da jedoch Deutschland für den Augenblick friedlich gesinnt blieb, verlangte die Regierung der Republik nichts als die Fortdauer des gemeinsamen Wirkens mit ihm, zu dem sie die Initiative ergriffen hatte und dessen Vorteil sie täglich feststellte.

Die österreichisch-ungarischen Rüstungen beunruhigten Italien fast ebenso sehr wie Rußland. Barrère schrieb mir[1]: „Manche denken und sagen, die österreichisch-ungarische Regierung wolle den Krieg, sie mache sich keine Illusionen über die Gefährlichkeit eines starken, gut organisierten Balkanbundes und ziehe es vor, ihn zu sprengen, statt die Entwicklung seiner Kräfte zuzulassen. In der Consulta glaubt man und will vor allem glauben, daß Österreich den Krieg nicht wünsche, aber man setzt hinzu, es sei entschlossen,

[1] Depesche Nr. 6, 8. Januar.

lieber Krieg zu führen als auf gewisse Forderungen zu verzichten, die es als unerläßlich für sein Prestige ansieht. Die Weigerung, Serbien einen territorialen Zugang zur Adria zu gewähren, sei ein Kardinalpunkt seiner Politik; die Grenzfestsetzung Albaniens werde ein zweiter sein. Daraus zieht der Marchese di San Giuliano den Schluß, daß man sich bemühen muß, die österreichische Eigenliebe, die durch die Siege der Verbündeten so tief gekränkt ist, soweit wie möglich zufriedenzustellen; dadurch werde der europäische Friede sichergestellt. Gewisse Leute, die angeblich gut unterrichtet sind und deren Blick durch die Zurschaustellung der österreichischen Macht nicht so getrübt ist wie der des Ministeriums des Auswärtigen, wollen glauben machen, daß die Doppelmonarchie die Absicht habe, Europa durch ihre entschlossene Haltung zum Nachgeben zu zwingen, und versichern, daß das Wiener Kabinett, um seine Ansprüche durchzusetzen, zu einer bloßen militärischen Schaustellung ohne ernsten Hintergrund greife, während sie sich der verhängnisvollen Folgen, die ein Krieg für Österreich haben werde, voll bewußt sei." Wie Barrère nach einer Mitteilung aus guter Quelle an unseren Militärattaché hinzusetzte, war dies jetzt auch die Auffassung des italienischen Kriegsministers.

Wie sich die Dinge aber auch verhalten mochten, Frankreich und selbst Rußland hatten sich seit Wochen bemüht, Österreichs „Prestige" zu schonen. Auf Sasonows Anraten hin hatte Serbien die Regelung der Frage eines Zuganges zur Adria den Mächten überlassen; auf Sasonows Anraten hin ließ es ferner in London wissen, es werde die Küste nach Friedensschluß in der Frist räumen, die Europa festsetzen werde[1].

Nicht von Belgrad her konnten also Schwierigkeiten auftauchen, aber in Konstantinopel blieben böser Wille, Ohnmacht und Anarchie die gleichen.

Am 5. Januar hatte der türkische Ministerrat die Forderungen der Verbündeten betreffs Adrianopels und der Inseln schroff abgelehnt. In diesem Sinne hatte er an seinen Londoner Delegierten Reschid Pascha telegraphiert, und in einem Rundschreiben an ihre Gesandten hatte die Pforte die Verantwortung für den Bruch auf die Balkanstaaten geschoben[2].

---

[1] Serbische Note, übergeben am 8. Januar.

[2] Telegramm aus Pera, Nr. 4. Gelbbuch, II, Nr. 55.

Mit einem geschickten Euphemismus hatten die Vertreter der Verbündeten jedoch das Wort Bruch durch Aufschub ersetzt, so daß die Konferenz, wie Paul Cambon mir schrieb, grundsätzlich weiter bestand[1]. Es war dringend nötig, den Plan eines Kollektivschrittes zur Ausführung zu bringen. Paul Cambon hatte Sir Edward Grey die Wünsche der französischen Regierung mitgeteilt, und dieser hatte sie freundlich berücksichtigt. Am 9. Januar schrieb mir unser Botschafter[2]: „Die Formel Eurer Exzellenz ist angenommen, demnach: Erklärung an die türkische Regierung betreffs der Abtretung Adrianopels an Bulgarien und der Regelung der Inselfrage durch die Mächte. Betreffs des Planes einer Flottendemonstration hat Graf Mensdorff gesagt, seine Regierung habe grundsätzlich nichts dagegen, aber er hat nicht angekündigt, daß schon jetzt Maßregeln ergriffen würden. Er hat hinzugesetzt, das Wiener Kabinett habe zu der Übergabe von Thasos an Bulgarien nichts zu bemerken. Der italienische Botschafter hat gesagt, der Marchese di San Giuliano stimme der Formel Eurer Exzellenz zu. Er setzt hinzu, es sei wünschenswert, eine Flottendemonstration zu vermeiden, aber wenn sie stattfinden soll, tritt er dem Gedanken bei, ein Kriegsschiff nach Besika zu entsenden. Der deutsche Botschafter hat uns mitgeteilt, seine Regierung habe seinem Kollegen in Konstantinopel Weisungen gesandt, die denen der anderen Regierungen entsprächen. Ihre Formel, hat er hinzugesetzt, sei die beste." Um auf alles gerüstet zu sein, befahl die Regierung dem Admiral, der den „Léon Gambetta" kommandierte, die „Bruix" und den „Jurien de la Gravière" nach Besika zu entsenden.

Zwei Tage darauf bat Zimmermann, ohne die Zustimmungserklärung des Fürsten Lichnowsky ganz zu widerrufen, Jules Cambon und die anderen Botschafter um Milderungen in der Note, die der Türkei überreicht werden sollte und die Paul Cambon in London im Einvernehmen mit seinen Kollegen und mit Sir Edward Grey aufgesetzt hatte[3]. Allerdings erklärte der Unterstaatssekretär zugleich, er rate der Türkei unmittelbar zur Abtretung Adrianopels und wirke in Bukarest im Sinne des Friedens.[4] Aber wenn die deutsche Regierung auch bereit war, diese Ratschläge getrennt zu

[1] Depesche vom 6. Januar, Nr. 6.

[2] Depesche Nr. 22.

[3] Telegramm aus Berlin, 11. Januar, Nr. 16.

[4] Ebenso Nr. 17.

geben, so machte sie sich jetzt doch die Einwendungen des Kaisers gegen eine Flottendemonstration zu eigen, und ich befürchtete, daß ein Beiseitestehen Deutschlands zu einem Sondervorgehen Rußlands mit seinen Unzuträglichkeiten und Gefahren führen würde. Paul Cambon, der meine Besorgnis teilte, schrieb mir am 13. Januar[1]: „Betreffs der Frage der Flottendemonstration hat der Fürst Lichnowsky uns gesagt, seine Regierung habe große Bedenken gegen die Anwendung dieses Druckmittels. Er hat von der Möglichkeit gesprochen, daß die Pforte die Durchfahrt durch die Dardanellen verweigere, von der Schwierigkeit, Lootsen zu finden, von dem Grundsatze der Neutralität, der durch eine Entsendung bedeutender Seestreitkräfte nach Konstantinopel gegen den Widerspruch der türkischen Regierung verletzt werde usw. Kurz, er hat gesagt, seine Regierung lehne diese Demonstration ab . . . Darauf hat Sir Edward Grey die Frage der Entsendung von Kriegsschiffen nach der Besikabai aufgeworfen. Er hat gesagt, wenn die Feindseligkeiten wieder aufgenommen würden, wenn die Bulgaren die Tschataldschalinie durchbrächen und auf Konstantinopel vorrückten, wenn dort Unruhen ausbrächen, wenn die Regierung durch einen Militäraufstand gestürzt werde, wenn Leben und Eigentum unserer Staatsangehörigen bedroht würden, sei es unerläßlich, starke Kräfte nach dem Goldenen Horn zu entsenden, und es sei vorsichtshalber empfehlenswert, in der Besikabai, an der Einfahrt in die Dardanellen, ein internationales Geschwader für alle Fälle bereitzuhalten. Er setzte hinzu, es handle sich nicht mehr um eine Flottendemonstration, sondern um eine Vorsichtsmaßregel für gefährliche Ereignisse."

Schließlich einigten alle Botschafter sich auf folgenden Vorschlag Sir Edward Greys: „Infolge der Bedenken des deutschen Botschafters, die sich vor allem auf gewisse technische Schwierigkeiten bezogen, scheint die Möglichkeit einer Flottendemonstration ausgeschaltet werden zu müssen. Die Botschafterkonferenz bittet die Regierungen um Bekanntgabe ihrer Ansichten über den ihnen am 7. Januar unterbreiteten Vorschlag betreffs der Entsendung von Kriegsschiffen nach der Besikabai im Hinblick auf die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und des Ausbruches von Wirren, durch die Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen

[1] Depesche Nr. 31.

bedroht und die europäischen Interessen in Konstantinopel gefährdet werden könnten." Ich bitte um Entschuldigung für die Wiedergabe dieses barbarischen Textes, in dem sich offenbar alle Sprachen Europas zusammengefunden hatten, aber ich muß ihn wörtlich anführen. Der Wiederbeginn der Feindseligkeiten schien übrigens zu drohen. Die serbischen und bulgarischen Truppen, durch das Stillschweigen der Türken gereizt, schickten sich zur Wiederaufnahme der Kriegshandlungen an[1]. Das Spiel des Königs Ferdinand wurde immer verdächtiger; Paul Cambon gab mir merkwürdige Auskünfte über seine Machenschaften in Wien[2]. In London wurden Danew und die übrigen Balkandelegierten gleichfalls unruhig und wiederholten Paul Cambon immerfort, wenn die Türkei ihre letzten Bedingungen nicht annähme, brächen sie die Verhandlungen ab. Paul Cambon beschwor sie, den Schritt der Mächte und die Antwort der Pforte abzuwarten[3].

Aber wie Bompard mir meldete, war der deutsche Botschafter in Konstantinopel noch immer ohne Weisungen. Und doch waren die von Berlin geforderten Abmilderungen von uns ohne Erörterung angenommen und der für die Türkei bestimmten Note einverleibt worden. Deutschlands Zaudern ermunterte die Pforte zum Widerstand[4]. Panafieu meldete mir seinerseits, die Bulgaren zögen die sofortige Wiederaufnahme der Feindseligkeiten einer noch längeren Untätigkeit vor[5].

Am 17. vormittags erhielt der deutsche Botschafter in der Türkei endlich von seiner Regierung den Auftrag, sich seinen Kollegen anzuschließen, und am Nachmittag um 3 Uhr übergab der österreichische Botschafter als Doyen des diplomatischen Korps dem Minister des Auswärtigen die Kollektivnote im Beisein der Vertreter der fünf anderen Mächte. Der Minister nahm das Schriftstück entgegen, las es in Gegenwart seiner Besucher nicht und sagte nur, die türkische Regierung werde binnen sehr kurzer Frist antworten[6].

[1] Telegramm aus Sofia, 14. Januar, Reihe D, Kasten 38, Aktenstück 1.

[2] Depesche vom 14. Januar, Nr. 35.

[3] Telegramm aus London, 15. Januar, Nr. 21.

[4] Telegramme aus Pera, 15. Januar, Nr. 25, 16. Januar, Nr. 26, 17. Januar, Nr. 29. Gelbbuch, II, Nr. 63, 65.

[5] Telegramm aus Sofia, 16. Januar, Nr. 11.

[6] Telegramm aus Pera, 17. Januar, Nr. 30. Siehe die Fußnote zu Gelbbuch, II, Nr. 67.

Im selben Augenblick machte Sasonow, der das gemeinsame Vorgehen der Mächte durch Deutschlands Einfluß allzusehr verlangsamt fand, Sir Edward Grey und uns den unerwarteten Vorschlag, zu dritt einen Druck auf die Türkei auszuüben, um sie zur Unterzeichnung des Friedens zu bewegen. Diese Initiative erschien Bompard, Paul Cambon und mir sehr gefährlich. Sie hätte der Pforte den Zwiespalt Europas offenbart und das Zusammenwirken der Mächte gefährdet.

An dem Tage, wo ich diese Nachricht erhielt, zwang mich die Abstimmung des Versailler Kongresses, dem Präsidenten Fallières meine Demission als Ministerpräsident zu geben. Indes wollte ich nicht bis zur Bildung eines neuen Kabinetts warten, um mich einem Unternehmen, das verhängnisvoll werden konnte, zu widersetzen. Schon am 18. Januar telegraphierte ich an Georges Louis[4]: „Wollen Sie bei dem kaiserlichen Minister des Auswärtigen die Ausführungen des Botschafters der Republik in Konstantinopel sowie die Einwendungen des britischen Staatssekretärs geltend machen. Sasonow wird zweifellos einsehen, daß ein getrenntes Vorgehen der Tripleentente in Konstantinopel unter diesen Umständen unmöglich ist. Setzen Sie hinzu, daß die Regierung der Republik stets den größten Wert darauf legt, in engem Meinungsaustausche mit der verbündeten Macht zu bleiben. Sie hat also die feste Zuversicht, daß die kaiserliche Regierung sich jeder Initiative enthalten wird, die die Bündnispflicht berühren könnte."

Zu der Stunde, wo ich dies Telegramm aufsetzte und unterzeichnete, war ich zum Präsidenten der Republik gewählt worden und erledigte die laufenden Geschäfte als zurücktretender Ministerpräsident. Ich wollte noch einmal deutlich zeigen, daß wir – im Gegensatze zu der gewagten Behauptung Wilhelms II. in seinen „Geschichtstabellen", die dann von anderen aufgenommen worden ist – keineswegs gesonnen waren, Rußland die Initiative zu überlassen, und daß Frankreich, in dem festen Entschluß, seine Selbständigkeit zu wahren, die Forderung stellte, vorher über alle Pläne seines Verbündeten befragt zu werden.

[4] Gelbbuch, II, Nr. 71.

Zweites Kapitel

Vor dem Kongreß – Der Präsident der Republik – Die Vorwahl – Die Nationalversammlung – Die Wahl – Besuch bei Fallières

Lange hatte ich den Freunden Widerstand geleistet, die mich gedrängt hatten, die Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik anzunehmen. Unter ihnen waren an erster Stelle alle meine Ministerkollegen mit Ausnahme von Pams und Delcassé. Ich hatte gehofft, Léon Bourgeois werde meinen Bitten trotz seiner ersten Ablehnung nachgeben. Um mich aber selbst urteilen zu lassen, hatte er mich gebeten, mit seinem Arzte zu reden, der ihm durchaus verbot, sich den Anstrengungen eines Amtes auszusetzen, das so sehr mit Repräsentationspflichten verknüpft sei. Nicht ohne lebhaftes Bedauern fügte ich mich seinen Einwendungen. Nach meiner Ansicht konnte man keinen besseren als Léon Bourgeois zum Präsidenten wählen. Er war ein entschlossener Republikaner, ein erprobter Patriot und besaß alle Eigenschaften eines politischen Schiedsrichters: Unparteilichkeit, Weitherzigkeit, Ansehen und persönliche Liebenswürdigkeit. Er aber benutzte alle seine Überredungskunst dazu, um mich zu überzeugen, daß ich Fallières' Nachfolger werden müsse.

Ich hatte gar keine Neigung für eine Rolle, deren Notwendigkeit ich zwar einsah und deren Größe ich bewunderte, die aber gar keine gesetzliche Verantwortung einbegriff und daher ihrem Träger wenig Initiative und Selbständigkeit ließ . . . Der Präsident der Republik hatte das Recht, Ratschläge zu geben; er durfte bei den Beratungen den gesetzlichen Einfluß seines Titels und seines eigenen Wertes in die Wagschale werfen, aber seinen Willen aufzwingen durfte er nicht. Jede andere Auffassung seines Amtes mußte nach meiner Meinung zwangsläufig zum Konflikt zwischen den öffentlichen Gewalten und zur Anarchie führen.

Am 8. September 1895 hatte ich auf Bitten der Frau Carnot und ihrer Söhne die Einweihung des Denkmals für den ehemaligen Präsidenten in Nolay übernommen. Bei jener Gelegenheit hatte ich das Bild dieses vortrefflichen Staatsoberhauptes gezeichnet. „Er hätte",

so sagte ich, „nichts von der Autorität preisgegeben, die ihm die Verfassung gab. Er übte diese Autorität mit hervorragendem Takt, mit zarter Rücksicht für die ministerielle Verantwortung, mit eingeborenem Sinn für die Volkssouveränität aus. Aber wenn sein Benehmen zurückhaltend war, so war es doch nie farblos. Im Ministerrat behauptete er seinen Rang mit wunderbarer Würde . . ."

Doch dies höchste Schiedsrichteramt, diese heitere, majestätische Würde mit dem Zubehör ihrer offiziellen Pflichten und all ihren dekorativen Befugnissen, das war kein Handeln, kein Kämpfen, keine Freiheit mehr, und ich meinerseits hatte gar keine Lust, sieben Lebensjahre unter der Herrschaft der Etikette zu verbringen. Mit der ganzen Milde eines wohlmeinenden älteren Mannes stellte Léon Bourgeois mir vor, daß der Ernst der Stunde es mir zur Pflicht mache, mich meinen Freunden zur Verfügung zu stellen. Da er selbst die Kandidatur ablehnte, war ich der Meinung, daß Alexandre Ribot bei seiner allseitigen Geistigkeit und prächtigen Bildung eine große Hilfe für das Elysée in schwierigen Zeiten sein könne. Aber meine Kabinettskollegen, die sich nach der Meinung des Parlaments umgehört hatten, versicherten mir, daß Ribots Aussichten gering seien, und die meisten von ihnen begannen wieder auf mich einzureden. Nach Schluß der Ratssitzungen drangen Bourgeois, Briand und Steeg liebenswürdig in mich, eine Antwort zu geben, während Pams und Delcassé, die immer Unzertrennlichen, sich geheimnisvoll entfernten.

Eines Tages im Senat hatte Clemenceau mich und Stéphen Pichon in ein leerstehendes Bureau gezogen und, nachdem er die Tür verschlossen hatte, die Frage der bevorstehenden Präsidentenwahl plötzlich vorgebracht. Er hatte die Politiker aufgezählt, deren Namen genannt wurden, und sie alle mit einer Handbewegung abgetan. Als er auf Pams kam, der für sehr reich galt, hatte er das Verdikt gesprochen: „Ebensogut könnte man Rothschild wählen." Nachdem diese Hinrichtungen vollzogen waren, hatte er liebenswürdig hinzugesetzt: „Man spricht auch von Ihnen, aber Sie sind zu jung. In sieben Jahren werden Sie der rechte Mann sein." Ich entgegnete, weder jetzt noch später glaubte ich mich wirklich geeignet für ein Amt, dessen Inhaber soviel Selbstverleugnung zeigen müsse. Nachdem Pichon mit mir allein hinausgegangen war, hatte er nach kurzem Stillschweigen gesagt: „Ich glaube, Clemenceau täuscht sich. Wenn Sie kandidierten, würden Sie gewählt." Cle-

menceaus blendender Monolog hatte mir, mit Recht oder Unrecht, den Eindruck hinterlassen, daß er, wenn andere ihn als Kandidaten aufstellen wollten, sich Gewalt antun lassen werde. Es überraschte mich etwas, daß ein so willensstarker Mann bereit war, sich zur Tatlosigkeit verurteilen zu lassen.

Das Wahlfieber hatte sich bereits in den Gängen des Parlaments ausgebreitet. Mutmaßungen, Verdächtigungen, üble Nachreden und Verleumdungen bildeten den Gesprächsstoff einiger der künftigen Kongreßteilnehmer. Kurz vor Weihnachten, während der Bewilligung der vorläufigen Zwölftel, als der Schluß der Sitzungsperiode verkündet worden war, hatte das Kabinett, das ich leitete, die einstimmige Billigung beider Kammern für seine Außenpolitik erhalten. Selbst seine stets unentwegte republikanische Innenpolitik war keinem Widerspruch begegnet, außer bei Leuten, die jedem Proportionalsystem feind waren und mit Clemenceau dem Mehrheitssystem treu blieben. Aber seit dem Tage, wo mein Name mit der Präsidentschaft verknüpft wurde, verschonte man mich ebensowenig wie die übrigen mutmaßlichen Kandidaten. Vielleicht genoß ich sogar den Vorzug, noch mehr mißhandelt zu werden als sie. Die Art und die Heftigkeit des Feldzuges, den man gegen mich und die Meinigen eröffnete, trugen sogar erheblich dazu bei, meinen Widerspruchsgeist zu erwecken und mich zur Annahme des Kampfes zu bestimmen. Am Donnerstag, dem 26., abends, ließ ich durch meine eifrigsten Freunde der „Agence Havas" eine Notiz zukommen, worin es hieß, ich hätte ihnen infolge ihrer wiederholten Vorstellungen meine Zusage gegeben. Wie ein Lichtstrahl in der Nacht fiel diese plötzliche Erklärung unter die Frösche, die sich ins hohe Gras verkrochen, um anderwärts zu quaken. Kaum hatte ich mich gemeldet, so kündigte auch Ribot seine Kandidatur an. Um es recht deutlich zu machen, daß zwischen uns keinerlei Feindschaft bestehen könne, beeilte ich mich, meinem hervorragenden Nebenbuhler einen Besuch abzustatten, den er mir freundlich erwiderte.

Am Sonnabend, dem 4., und am Dienstag, dem 7. Januar, trat der Ministerrat wie gewöhnlich unter dem Vorsitz des Präsidenten Fallières im Elysée zusammen, und bei allen behandelten Geschäften zeigte sich wie stets unsere Einstimmigkeit. Am Dienstag legte ich dem Präsidenten das Dekret, das die Nationalversammlung zum 17. Januar einberief, zur Unterschrift vor. Fallières' Befugnisse erloschen am 18. Februar. Nach der Verfassung mußte die

Wahl wenigstens einen Monat vor dem Amtsantritt erfolgen. Der 17. wurde also ohne Widerspruch festgesetzt. Am nächsten Tag erschien im „Officiel" das Dekret, das die Wahlperiode eröffnete. Da die Kammern erst am 14. wieder zusammentraten, blieben Dubost und Deschanel zurückhaltend, aber in den Gängen ging es immer lebhafter her, und die Leidenschaften erhitzten sich . . .

Je näher der Wahltag rückte, um so mehr nahm die Erregung in den Vorräumen beider Parlamente zu. Draußen faßten einige große Wähler bereits Posto. Ich erhielt alle möglichen Besuche. Die einen boten mir aus eigenem Antrieb ihre Stimme an, die anderen knüpften Bedingungen daran. Den ersteren dankte ich höflich, ohne sie aufzumuntern, die letzteren wies ich ab. Während dieser kurzen Gespräche verlor ich sicherlich mehr Stimmen, als ich gewann. Aber Briand, der gern in den Gängen umherstreifte und witterte, machte die Freunde mobil, stachelte die Lauen an, bekehrte die Zaudernden, lähmte die Anhänger von Pams und Deschanel, von Ribot und Dubost.

Am Sonntag, dem 12., ergriff der Senator Vallé, der frühere Justizminister, der lange den Vorsitz im Vollzugsausschuß der radikalsozialistischen Partei geführt hatte, in Hautvillers (Departement Marne) das Wort. Er erklärte, warum sein Freund Léon Bourgeois die Kandidatur nicht annehmen könne, und trat dann warm für die meine ein . . .

Zwei Tage darauf traten die Kammern wieder zusammen und wählten ihre neuen Präsidien. Im Palais Bourbon wurde Deschanel mit 345 Stimmen glänzend wiedergewählt; bei Brissons Tod waren es nur 292 gewesen. Sofort hielt er eine flammende Rede, in der er das parlamentarische System gegen das persönliche Regiment in Schutz nahm. Die Zuhörer, die größtenteils überzeugt waren, daß er meine Kandidatur meinte, beantworteten diesen unvermuteten Angriff teils mit Unruhe, teils mit gespielter Begeisterung . . .

Im Senat ging Antonin Dubost noch weiter. Er stellte mich fast als künftigen Diktator hin. Ein Jahr lang hatten mich selbst die Gegner verschont. Seit ich die Kandidatur angenommen hatte, wurde ich sogar von Freunden angegriffen . . .

Am folgenden Mittwoch, dem 15., fand im Palais Luxembourg, in der alten Pairskapelle, eine Vorwahl statt. Sie stand den Senatoren und Deputierten der linken Gruppen offen. Unter den Wählern herrschte fieberhafte Erregung. Sie forschten sich gegenseitig

aus. Laute Stimmen übertönten das undeutliche Murmeln. Haß spritzte um die Urnen auf. Beim ersten Wahlgange kam ich mit 180 von 634 Stimmen an die Spitze; Pams, der weder seine Demission als Landwirtschaftsminister eingereicht hatte noch offen als Kandidat aufgetreten war, kam als Zweiter mit 174 Stimmen. Dubost erhielt 107, Deschanel 83 und Ribot nur 52, ein großes Unrecht, das ich aber nur zu sehr vorausgesehen hatte. Außerdem waren 38 Stimmen zersplittert, darunter 22 für Jean Dupuy und 7 für Delcassé.

Nach guter Regel hätte dieses Ergebnis dahin führen müssen, daß die republikanische Disziplin sich für mich einsetzte. Aber weit gefehlt! Ein Grüppchen Unentwegter, darunter Clemenceau, suchte unter Pams' Leitung die Opposition gegen mich zusammenzubringen. So erhielt der verehrte Landwirtschaftsminister, der beharrliche Mitarbeiter seines Nebenbuhlers, am Nachmittag im zweiten Wahlgang 283 Stimmen, ich dagegen nur 272 ...

Am Donnerstag, beim dritten Wahlgang, spitzte sich der Kampf zwischen den Anhängern von Pams und den meinen zu. Der immer noch im Amt befindliche Landwirtschaftsminister erhielt 323 Stimmen, ich 309 ... Die absolute Mehrheit von 324 hatte also keiner erlangt, und Maurice Faure, der stets das Wahlpräsidium führte, verzichtete darauf, Pams als einzigen Kandidaten der Linken zu proklamieren. Allerdings hatten über hundert republikanische Senatoren oder Deputierte zu den Vorwahlen nicht erscheinen können, mußten aber am nächsten Tage in Versailles ihre Stimme abgeben. Das Ergebnis im Palais Luxembourg konnte also nicht maßgebend sein.

Aber die alten Freunde, die mich ausschalten wollen, meinten es anders. Da viele Wähler sich noch in den Sälen des Senats herumstritten, schlug Clemenceau vor, eine Abordnung zu ernennen, die mich bitten sollte, auf meine Kandidatur zu verzichten ... Zahlreiche Senatoren oder Deputierte protestierten umsonst: Clemenceaus Idee trug den Sieg davon.

Ich war ins Ministerium zurückgekehrt und beriet mich dort mit der Mehrzahl der Minister, als gegen $^1/_2$7 Uhr die „Bärenmützen", wie sie alsbald vom Pariser Volkswitz genannt wurden, geschlossen am Quai d'Orsay erschienen. Meine Kollegen und ich wurden davon benachrichtigt ... Ich ließ die Minister in meinem Kabinett und empfing nebenan in der Rotunde die neuartigen Botschafter, die mir ihr Ultimatum überbrachten. Die Türschließer meldeten

die Herren Combes, Clemenceau, Caillaux, René Renoult, Augagneur, Clémentel, Maurice Reynaud, Monis und d'Iriart d'Etcheparre.

Keiner von ihnen ahnte wohl, daß alle außer dem letztgenannten während meiner Präsidentschaft zum erstenmal oder von neuem Minister werden würden. Sie hatten die feierlichste Miene aufgesetzt und schienen bereits meiner Leiche das Geleit zu geben. Combes, der eine Stimmschwäche hatte, bat Clemenceau, das Wort zu ergreifen. „Die republikanische Mehrheit", sagte der alte Ministerpräsident, „hat einen Kandidaten gewählt. Sie können morgen nur mit den Stimmen der Rechten gewählt werden. Wir bitten Sie, sich der republikanischen Disziplin zu unterwerfen und zugunsten von Pams zurückzutreten." – „Ich bedauere, Ihrem Wunsche nicht entsprechen zu können", entgegnete ich. „Zahlreiche Republikaner haben mich gebeten, meine Kandidatur aufzustellen. Auch jetzt noch kommen viele, um mich zu ermutigen, sie aufrechtzuerhalten. Im ersten Wahlgang hatte ich die Mehrheit. Nur im dritten hatte Pams ein paar Stimmen mehr. Die absolute Mehrheit fehlte ihm. Etwa hundert republikanische Senatoren und Deputierte haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Ergebnis ist also nicht entscheidend." ... „Ist das Ihr letztes Wort?" – „Gewiß." Combes schwieg, Clémentel schwieg, Caillaux schwieg, lächelte aber immerfort wie bei einem amüsanten Schauspiel. Alle gingen fort, voran Clemenceau, bleich und unzufrieden, ... Combes als Letzter. Trotz seines Rheuma in prächtiger Laune, blieb er an der Tür kurz stehen, tauschte ein paar freundliche Worte mit mir und ließ durchblicken, daß er auf den Schritt, den man ihn hatte mitmachen lassen, nicht hereingefallen sei. Und kaum war ich gewählt, so bezeugte er mir seine willfährige, zartfühlende Loyalität ...

Die Mehrzahl meiner Ministerkollegen fuhr zum Frühstück nach Versailles. Ich zog es vor, mich nicht unter die Menge der Gäste zu mischen, und speiste friedlich zu Hause. Ich erschien erst zur Stunde des Kongresses und fuhr mit Daeschner im Auto hin ... Die Menge, die sich in den Straßen, auf der Place d'Armes und vor dem Schlosse drängte, erkannte mich sofort hinter den Scheiben meines Wagens und begrüßte mich mit lebhaften Hochrufen bis zu dem Portal, in dem ich schleunigst verschwand. Im Innern des Schlosses herrschte unglaubliches Gedränge. Ich flüchtete mit meinen Kollegen in das Ministerkabinett. Es fehlten nur Briand und Klotz, die auf der Suche nach Clemenceau waren, sowie Pams,

der seit dem Morgen zurückgetreten war, und Delcassé, der nicht von ihm wich.

Zur Eröffnung der Sitzung begab ich mich in den Kongreßsaal. Die Galerien und Tribünen waren überfüllt. Ich bemerkte viele persönliche Freunde, Advokaten, Schriftsteller, Künstler. Dubost erklärte die Nationalversammlung zur Wahl des Präsidenten der Republik für eröffnet und ließ den Buchstaben, mit dem der namentliche Aufruf beginnen sollte, durch das Los entscheiden. Es war der Buchstabe T. Ich hatte also lange Zeit, bis die Reihe des Abstimmens an mich kam. Ich kehrte schleunigst in das Ministerkabinett zurück, wo in kurzem viele Wähler erschienen, um mir günstige Nachrichten zu bringen. Als ich erfuhr, daß der Buchstabe P bald aufgerufen würde, kehrte ich in den Sitzungssaal zurück. Ich befand mich bei den Plätzen der Linken, als der Saaldiener den Namen Pams ausrief. Wie mein liebenswürdiger Nebenbuhler die Stufen hinanstieg, wurde er mit ziemlich nachhaltigem Beifall empfangen. Kurz darauf, als ich selbst meinen Stimmzettel abgab, ertönte ein viel stärkerer und lebhafterer Beifall auf den meisten Bänken. Die Entfaltung der Zettel dauerte lange, und die Unruhe war stark. Widersprechende Nachrichten wurden mir ins Ministerkabinett gebracht. Um 4 Uhr nachmittags erfuhr man das Ergebnis. Von 892 Eingetragenen und 872, die gestimmt hatten, hatte ich 429, Pams 327, Vaillant 63, Deschanel 18 und Ribot 16 Stimmen erhalten. Sechs leere Stimmzettel waren abgegeben worden. Zur absoluten Mehrheit fehlten mir acht Stimmen. Somit war ein zweiter Wahlgang nötig.

Inzwischen nahmen die Intrigen zu. Die hitzigsten Anhänger von Pams machten sich an die Sozialisten heran, die Vaillant als Kandidaten aufgestellt hatten. Da diese gar kein Verlangen hatten, meinen Nebenbuhler zu unterstützen, erklärten sie, sie seien entschlossen, bis zuletzt bei Vaillant zu bleiben. Briand empfahl den Radikalen, die für Pams gestimmt hatten, die Einheit der Republikaner unter meinem Namen herzustellen. Aber einige wollten davon nichts wissen, und so blieb Pams wohl oder übel im Feuer. Diesmal erhielt ich von 870 Wählern und 859 abgegebenen Stimmen 483, d. h. 54 mehr als beim ersten Wahlgang, und Pams 296, d. h. 31 Stimmen weniger. 69 Zettel lauteten auf den Namen Vaillant. Ich hatte 187 Stimmen mehr als Pams, also zweifellos eine republikanische Mehrheit für mich.

Die Verkündung des Ergebnisses führte zu begeisterten Kundgebungen im Saale und selbst auf den Tribünen. Zahlreiche Senatoren und Deputierte stürzten in das Ministerkabinett, um mich zu beglückwünschen. Pams war einer der ersten . . .

Nach Aufhebung der Sitzung begaben sich Dubost und die anderen Mitglieder des Präsidiums der Nationalversammlung in das Präsidentenkabinett. Ich wurde geholt und unter Beifallskundgebungen zu ihnen geführt. Ich vermochte meine Bewegtheit kaum zu verbergen. Fühlte ich doch, daß das unverantwortliche Amt des Präsidenten reich an moralischer Verantwortung war, und die Last, die ich tragen sollte, erschreckte mich derart, daß jedes Gefühl der Befriedigung in mir erstarrte. Mich beherrschte lediglich die Furcht, der neuen Aufgabe, die mir zugefallen war, nicht gewachsen zu sein. Im Namen der Versammlung drückte Antoine Dubost mir sehr artige Glückwünsche aus, die ihm nicht schwerzufallen schienen. Dann sprach Briand ein paar herzliche Worte: „Meine Bewegtheit", sagte er, „hindert mich, Ihnen in diesem Augenblick meine tiefe Freundschaft und den Stolz, den Ihre Mitarbeiter jetzt empfinden, gebührend zum Ausdruck zu bringen. Seit Jahresfrist haben wir Sie an der Arbeit gesehen, eng verbunden mit Ihren Bemühungen, und, das darf ich sagen, mit ihren Ängsten in schwierigen Augenblicken. Wir haben die Schönheit und den Adel Ihres Charakters empfunden, und so haben diejenigen unter uns, die Sie noch nicht völlig kannten, die Zahl Ihrer Freunde vermehrt."

Mit bebender Stimme sagte ich: „Herr Präsident der Nationalversammlung! Herr Justizminister und verehrter Freund! Ihre ergreifenden Worte sind mir ins Herz gedrungen. Ich bin tief bewegt von dem Vertrauensbeweis, den die Nationalversammlung mir gegeben hat, und werde versuchen, mich seiner würdig zu zeigen. In dem hohen Amte, dessen Last ich übernehmen soll, werde ich ohne Mühe die letzten Kämpfe, selbst Beleidigungen, vergessen. Seien Sie überzeugt, daß ich überall und stets ein unparteiischer Schiedsrichter sein werde. Wie der hervorragende Republikaner, von dem Sie, Herr Präsident, sprachen[1], werde ich der getreue Hüter der Verfassung und der Gesetze bleiben. Ich werde die

[1] Fallières.

Interessen unserer nationalen Verteidigung vor jeder Antastung schützen und gemeinsam mit den verantwortlichen Ministern über die Einheitlichkeit unserer äußeren Politik wachen. Auf meine unbedingte Hingebung an die Republik und an das Vaterland können Sie zählen" ...

Dann verließ ich das Präsidentenzimmer, durchschritt den Marengosaal und gelangte, stets unter Vortritt der mit ihren Halsketten geschmückten Saaldiener, durch ein Spalier von Soldaten in den Büstensaal. Überall, wo ich vorbeikam, ließen Senatoren, Deputierte und Zuschauer, die von den Tribünen herabgeeilt waren, Hochrufe erschallen, aber sie betäubten das Bewußtsein des Schweren, das vor mir lag, nicht.

Als ich die Schwelle des Palastes verließ, in dem mein Schicksal eine neue und so ernste Richtung erhalten hatte, herrschte schon tiefe Dunkelheit, aber rings um das Schloß harrte eine riesige Menschenmenge auf mein Erscheinen. Sie empfing mich mit einer begeisterten Ovation. Von einem Zug Lanciers eskortiert und von Briand begleitet, fuhr ich im Auto zum Uferbahnhof, überall von den Freudenrufen der Bevölkerung begrüßt. Ein Sonderzug brachte uns, die Minister und mich, nach dem Invalidenbahnhof, wo die Begeisterung der Versailler aus den Kehlen der Pariser alsbald widerhallte. Am Quai d'Orsay, auf dem Pont Alexandre III., in den Champs Elysées, in der Avenue Marigny, überall wogte ein Menschenmeer; überall ertönten Hochrufe.

Gegen $^1/_2$ 8 Uhr traf ich im Elysée ein, um dem Präsidenten der Republik sofort für den kostbaren Beistand zu danken, den er mir seit Jahresfrist stets geleistet hatte. Er kam mir mit größter Herzlichkeit entgegen, umarmte mich innig und sagte mir in den wohlwollendsten Ausdrücken, wie sehr er sich über meine Wahl freue. Dann führte er mich in sein Kabinett, um sich von mir alle Einzelheiten dieses Tages berichten zu lassen.

Ich verließ ihn, um in mein kleines Haus in der Rue du Commandant Marchand zurückzukehren, das ich schon von einer leidenschaftlich erregten Menge umlagert, von befreundeten und unbekannten Besuchern bestürmt, von Blumenkörben erfüllt fand. Den ganzen Abend lang herrschte in Paris Feststimmung. Die Boulevards hallten wider von patriotischen Liedern und Stegreifgesängen. Ich schloß mich mit den Meinen in das Haus ein. Mein Vater lebte nicht mehr, um diese Gefühlswallungen mit uns zu teilen.

Aber meine Mutter lebte noch und mein Bruder. Sie hatten den Tag bei meiner Frau und meiner Schwägerin verbracht und die Nachrichten abgewartet, die sie telephonisch erhielten, voll Ungeduld, mich zu sehen. Es war für mich eine Befreiung und Erleichterung, dem Straßenlärm zu entgehen, um mich in ihren trauten Kreis zu flüchten.

Drittes Kapitel

Die erste Post – Briand wird von Fallières mit der Kabinettsbildung betraut – Rücktritt Leon Bourgeois' und Delcassés – Jonnart am Quai d'Orsay – Sondervorgehen Rußlands – Revolution in Konstantinopel – Abbruch der Verhandlungen – Einer der künftigen 93

Am Sonnabend, dem 18. Januar, empfing ich als Festgeschenk die frohe Nachricht, daß Deutschland endlich seine Zustimmung zum Marokkovertrage vom 30. März 1912 gäbe, durch den Marokko zum französischen Protektorat wurde. Um ½10 Uhr vormittags begab ich mich mit den Ministern ins Elysée und überreichte dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts. Wir wurden beauftragt, die laufenden Geschäfte bis zur Bildung des neuen Ministeriums zu erledigen.

Ich begab mich also zum Quai d'Orsay, als sei ich in der Kammer unterlegen, und so sehr ich in Verlegenheit war, nicht mehr Fisch noch Vogel zu sein, ich nahm meine Arbeit wieder auf. Sie begann mit dem Durchsehen einer gewaltigen Post und mit einem flüchtigen Blick auf die Zeitungsausschnitte, die Daeschner und Adolphe Pichon mir vorlegten.

Unter den Telegrammen von Herrschern und fremden Ministern, den Adressen französischer Städte, den Depeschen der Handelskammern und der politischen, literarischen oder künstlerischen Gruppen, unter bewegenden oder einfältigen Privatbriefen fand ich am Sonnabend und an den folgenden Tagen eine Anzahl von Eingängen, die meine Aufmerksamkeit besonders fesselten. So die ergreifenden Zuschriften meiner östlichen Mitbürger, die herzlichen Glückwünsche von Anatole France, Pierre Loti und der Mehrzahl meiner übrigen Kollegen in der Akademie und im Institut, ein lyrischer Gruß Edmond Rostands und ein gestirnter Glückwunsch Camille Flammarions. In prächtiger Kürze hatte sich Ernest Lavisse gefaßt. Es war eine einfache Rohrpostkarte: „17. Januar. Einer, der zufrieden ist. Ernest Lavisse." Die fremden Gesandten nnd Minister hatten sich in Artigkeiten überboten. Alle oder fast alle wünschten mich zu sprechen. Sir Francis Bertie schrieb meiner Frau ein paar reizende Zeilen. Iswolsky, der seit ein paar Tagen

ernstlich erkrankt war, entschuldigte sich, mich nicht gleich aufsuchen zu können. Graf Szecsen schrieb mir einen liebenswürdigen Brief . . . Er enthielt mehr als ein paar banale Artigkeiten und bewies zur Genüge, daß die Beziehungen zwischen der französischen Regierung und dem österreichischen Botschafter trotz der Balkankrisis ausgezeichnet geblieben waren.

Selbstverständlich fehlte in dieser Flut von Glückwünschen auch der kleine Schaumschläger Victor Margueritte nicht. Er schrieb mir folgenden Rohrpostbrief: „Sonnabend, den 18. Januar, Rue de Passy 80. Herr Präsident, und wenn Sie es noch gestatten, verehrter Freund! Sie kennen meine unveränderliche Gesinnung. Zu meiner Freude konnte ich sie gestern morgen vor der Wahl öffentlich ausdrücken, nebst den glühenden Wünschen des Landes, und zu meiner noch größeren Freude sah ich gestern abend die nationale Erwartung erfüllt . . . Ich verbleibe in ehrerbietiger Zuneigung mit bewegten Huldigungen Ihr Victor Margueritte."

Von unseren Vertretern im Auslande trafen wertvollere Ermunterungen ein, erst telegraphisch, dann durch ausführliche Schreiben vervollständigt . . .

Die französische Presse brachte in ihren Huldigungsartikeln ausführliche, aber etwas indiskrete Auskünfte über mein Leben, meine Gewohnheiten und Neigungen, Photographien meiner siamesischen Katze, meiner Hündin, meines Wolfshundes aus Sampigny. Mir schien bereits, als ob mein neues Amt meine persönlichsten Empfindungen der öffentlichen Neugier zur Schau stellte. Etwas unwillig schob ich die wohlgemeintesten Artikel beiseite und überflog nun die Ausschnitte aus den ausländischen Zeitungen, die Daeschner mir vorlegte. In Rußland entwarfen die „Nowoje Wremja", die „Rußkaja Molwa", die „Reischt" und die Mehrzahl der anderen Blätter, in England die „Times", der „DailyTelegraph", die „Daily Mail", der „Daily Chronicle", die Presse aller Schattierungen so schmeichelhafte Bilder von mir, daß ich mich darin kaum wiedererkannte. In Deutschland war die Aufnahme besonders bedeutungsvoll. Der offiziöse „Lokalanzeiger" bewillkommnete mich mit den Worten: „Man muß die französische Nation dazu beglückwünschen, daß sie ihr höchstes Amt einem so hervorragenden Manne verliehen hat." Das „Berliner Tageblatt" schrieb: „Während der ganzen Dauer der Balkankrise hat Herr Poincaré alle Anstrengungen gemacht, um den europäischen Frieden aufrechtzuerhalten. Seine

Haltung gegenüber Deutschland war reserviert, korrekt und friedlich. In Deutschland begrüßt man den neuen Präsidenten mit den gleichen Gefühlen, aber auch mit Achtung und mit den besten Wünschen für seine Präsidentschaft." Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", das Organ des Reichskanzlers, erklärte: „Poincaré hat seine hohen Fähigkeiten während der mühsamen Arbeit der Balkankrise in den Dienst des europäischen Friedens gestellt. Die Sympathien, die ihm dadurch zuteil wurden, begleiten ihn auf den hohen Posten, auf den ihn das Vertrauen seiner Mitbürger gestellt hat." Auch der „Vorwärts" betonte, daß meine Politik stets friedliebend gewesen sei. Die „Vossische Zeitung" schrieb: „Jedermann erinnert sich des Erfolges, den er als Leiter der Auswärtigen Angelegenheiten davongetragen hat. Seit Beginn der Balkankrise hat er sich nicht ohne Erfolg bemüht, der Stimme der französischen Republik im europäischen Konzert mehr Widerhall zu geben. In Deutschland muß die Wahl dieses besonnenen und maßvollen Staatsmannes ohne Besorgnis und ohne Hintergedanken begrüßt werden." Selbst die alldeutsche „Tägliche Rundschau" war nicht unfreundlich.

Auch in Österreich-Ungarn war der Ton im allgemeinen sympathisch. Die „Neue Freie Presse" schrieb: „Poincaré ist ein kluger und besonnener Mann, in der äußeren Politik zu keinem Abenteuer fähig, und seine bisherige Tätigkeit bürgt dafür, daß er für den Fortschritt seines Landes wirken wird, nicht nur zum Wohle Frankreichs, sondern ganz Europas." Die gleiche Notiz stand im „Neuen Wiener Tagblatt", in der „Reichspost" und im „Fremdenblatt".

In der Schweiz, in Holland, in Belgien huldigte die öffentliche Meinung durchweg dem Friedenswerke, das die französische Regierung unter meiner Leitung vollbracht hatte, und sie umrankte diese Feststellung mit ungewöhnlich schmeichelhaften Kommentaren. Zweifellos sah ganz Europa, das mich nach meinem Tun in den letzten Monaten beurteilte, in der Wahl der Nationalversammlung ein glückliches Unterpfand für den Frieden. Es täuschte sich weder über meine Gesinnung noch über meinen Willen. Aber wie lange konnte Frankreich Herrin der Ereignisse bleiben?

Zunächst brauchte es eine neue Regierung. Fallières hatte den neuen Ministerpräsidenten, meinen Nachfolger, zu bestimmen. Sein Amt lief erst am 18. Februar ab. Aber aus Zartgefühl wollte er nichts entscheiden, ohne meine Ansicht zu hören. Uns beiden

erschien Briand als der gegebene Mann. Mein Kabinett hatte in den Kammern keine Niederlage erlitten; Briand war sein Vizepräsident; er hatte tätigen Anteil an unserer inneren und äußeren Politik genommen; sein Wert wurde allgemein anerkannt; seine Ernennung konnte nur günstig aufgenommen werden.

Briand nahm den Auftrag nicht sofort an, sondern unternahm ziemlich weitgehende Umfragen. Währenddessen benutzte ich den Sonntag, den 19., da ich ja die laufenden Geschäfte noch erledigte, um in der Sorbonne an dem Jubiläum Ernest Lavisses teilzunehmen, bei dem Guist'hau den Vorsitz führte. Die Worte, die mein Kollege von der Akademie und Liard an mich richteten, wurden von den Professoren und Studenten mit Bravorufen begrüßt.

Erst am Mittwoch, dem 22., konnten im Amtsblatte die Dekrete erscheinen, durch die das neue Ministerium eingesetzt wurde. Das Dekret, das Briand zum Ministerpräsidenten und nach seinem Wunsche auch zum Minister des Innern ernannte, war von mir gegengezeichnet und trug somit untereinander die Namen des noch amtierenden und des neugewählten Präsidenten der Republik.

Da jedoch Briand das Justizministerium mit dem an der Place Beauvau vertauschte, war er zu einer ziemlich weitgehenden Umgestaltung seines Kabinetts genötigt. Das Justizportefeuille hatte er Barthou angeboten, der es angenommen hatte. Er hatte Steeg das Unterrichtsministerium überlassen, und dieser war froh, seine alten Mitarbeiter in der Rue Grenelle wiederzufinden. Guist'hau, der sein Ministerium verlor, hatte sich bereit erklärt, das Handelsministerium zu übernehmen. Da Lebrun erklärt hatte, Millerands Posten nur übernehmen zu wollen, um eine allgemeine Krise kurz vor den Wahlen zu verhüten, hatte Briand sich Étienne für das Kriegsministerium gesichert. An Stelle des zurückgetretenen Pams war Jean Morel Landwirtschaftsminister geworden. Delcassé, der sich im Januar 1912 nicht von seinem Kollegen hatte trennen wollen, mochte ihn auch in der Ungnade nicht verlassen und zog es vor, nicht im Kabinett zu verbleiben. Briand hatte Pierre Baudin die Marine anvertraut. Bourgeois, der sich aus Gesundheitsrücksichten schonen mußte, fühlte sich dem Ministerium des Auswärtigen nicht gewachsen und wollte nicht mal das Arbeitsministerium behalten, das der Ministerpräsident René Besnard übergab. Klotz behielt die Finanzen und Jean Dupuy die Öffentlichen Arbeiten. So hatte Briand nur noch einen Nachfolger am Quai d'Orsay zu bestimmen.

Er dachte an Jonnart, dessen Besonnenheit, Takt und Mäßigung er persönlich schätzte. Als Unterstaatssekretär behielt er für das Innere Paul Morel, für Post und Telegraphie Chaumet, für die Künste Léon Bérard. Er stellte das Unterstaatssekretariat für die Finanzen wieder her und übergab es Bourély.

In dieser Zusammensetzung war das Kabinett merklich verschieden von dem, das ich geleitet hatte. Briand hatte Fallières und mich über seine Besprechungen auf dem laufenden gehalten. Das Ausscheiden von Léon Bourgeois hatte ich lebhaft bedauert und ihm auf Briands Bitte zugeredet, daß er nicht zurücktreten möge. Er hatte mir herzlich geantwortet: „Ich bin nur Ihretwegen geblieben. Jetzt, wo Sie gewählt sind, ist mein Tagewerk vollbracht." Aber sein Rücktritt hatte gewissermaßen das politische Gleichgewicht der neuen Regierung gestört, und sie wurde in den Gängen der Kammer von den Radikalsozialisten kritisiert. Dafür erklärte freilich der Vollzugsausschuß der Partei nach vorheriger Beratung öffentlich, die republikanische Loyalität gebiete allen ihren Mitgliedern, der Entscheidung der Nationalversammlung Respekt zu bezeigen und Vertrauen in die Unparteilichkeit des gewählten Präsidenten zu setzen. Niemand unter denen, die mich kannten, konnte an der Gewissenhaftigkeit zweifeln, mit der ich bei jeder Gelegenheit die Verfassung, deren Schutz mir anvertraut war, achten würde.

Kaum hatte ich meine Ämter an Briand und Jonnart abgetreten, so sah ich mich wohl oder übel in einem Dasein, das in seltsamem Gegensatze zu meinen Lieblingsbeschäftigungen stand und in dem Besuche und Empfänge eine überwiegende Rolle spielten. Obwohl nicht mehr Leiter der Regierung und noch nicht Staatsoberhaupt, konnte ich nicht in die Akademie gehen, ohne dort wie ein Erbprinz behandelt zu werden, noch der Erstaufführung der „Eclaireurs" meines Freundes Maurice Donnay beiwohnen, ohne im Théâtre Marigny eine Kundgebung des Publikums hervorzurufen. Loubet und Fallières erwiesen mir die Aufmerksamkeit, mich in meiner Wohnung zu besuchen. Ich bat sie um Auskünfte und Ratschläge, die sie mir sehr gefällig gaben. Aber ich erhielt durch sie keinen sehr angenehmen Begriff von dem Amte, das meiner harrte.

Am Freitag, dem 24., stellte das Kabinett sich den Kammern vor. Die allzu lange, mit Einzelheiten überladene Erklärung wurde ziemlich kühl aufgenommen. Nur die folgende Stelle, die Briand

meinem Kabinett gewidmet hatte, rief starken Beifall hervor: „Unsere Bundes- und Freundestreue bleibt der unerschütterliche Grundsatz unserer äußeren Politik. Die Erfahrung der letzten Monate hat überreichlich gezeigt, daß Frankreichs diplomatisches Handeln im Dienste des Weltfriedens moralisches Ansehen und Überzeugungskraft gewinnt, wenn es bei aller Freimütigkeit und Höflichkeit gegenüber den anderen Nationen in enger Fühlung und in dauerndem Einvernehmen mit unseren Freunden und Verbündeten bleibt."

Mehrere Anfragen beantwortete Briand mit allen Hilfsmitteln seiner bestrickenden Rednergabe. Aber er war etwas leidend und fiel während der Entfaltung der Stimmzettel sogar in eine Ohnmacht, aus der ihn erst die eifrige Fürsorge des Dr. Augagneur erweckte, der sich – eine pikante Einzelheit – nebst zahlreichen Radikalen der Stimme enthalten hatte. Immerhin hatten 324 Deputierte der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen. Die Sozialisten hatten dagegen gestimmt. Die weitgehende Einmütigkeit, die mein Kabinett gefunden hatte, war leider vorüber, und das zu einer Zeit, wo die äußere Lage noch sehr ernst blieb.

Jonnart hatte mich gebeten, hin und wieder ein paar Minuten im Ministerium des Auswärtigen zu verweilen, um ihn genau in die laufenden Geschäfte einzuführen und von ihm die vorliegenden Nachrichten zu erhalten. Durch eine Depesche Jules Cambons, die übrigens noch vor der Bildung des neuen Kabinetts geschrieben war, hatte ich auch erfahren, daß Kiderlens Tod in Deutschland bereits schlimme Folgen zeitigte[1]. Der Kaiser, der bisher so getan hatte, als ob ihm die äußere Politik gleichgültig sei, schien geneigt, mehr hervorzutreten. Besonders in den Orientfragen war der Wandel fühlbar. Kiderlen, der den Ideen des Frhr. v. Marschall stets abhold gewesen war, hatte kein Vertrauen auf die Zukunft der Türkei. Nach seiner Meinung sollte man sich frisch auf die Seite der jungen Mächte stellen, die sich in ihr Erbe teilten. Andererseits hegte er eine Art persönlicher Abneigung gegen Österreich-Ungarn, so daß seine persönlichen Neigungen ihn, ohne daß er es eingestand, den Mächten der Tripleentente etwas näher brachten. Infolgedessen machte Österreich, solange Kiderlen lebte, sich trotz Bethmann Hollwegs aufsehenerregender Rede Sorgen über die Haltung seines Bundes-

[1] Gelbbuch, II, Nr. 73. Depesche Jules Cambons, 20. Januar 1913.

genossen. Heute hatte es mehr Vertrauen. In Konstantinopel machte Wangenheim sich das zunutze und suchte die türkenfreundliche Strömung, die sich in Berlin von neuem zeigte, zu fördern. Was Bompard hierüber mitteilte, deckte sich mit Jules Cambons Angaben. Der deutsche Botschafter gab der Pforte die ermutigendsten Zusicherungen – eine merkwürdige Art, auf den Friedensschluß hinzuwirken[1]. Gleichwohl hatte die Pforte nach langen Beratungen beschlossen, der Note der Mächte nachzugeben. Sie hatte zum Dienstag, dem 21., eine Versammlung der Würdenträger einberufen, der sie die Notwendigkeit dieses Beschlusses darlegen wollte[2]. Sie fand unter dem Vorsitz des Großwesirs statt, während der Sultan sich in einem Nebengemach befand, und sprach sich mit allen bis auf eine Stimme gegen die Fortsetzung des Krieges aus[3].

Wenige Stunden darauf entstand eine plötzliche Aufstandsbewegung gegen den Frieden. An der Spitze einer Gruppe jungtürkischer Offiziere bemächtigte Enver Bey unter Beihilfe von Taalat Bay sich der Pforte. Sie erklärten das Kabinett Kiamil für abgesetzt und verkündeten die Fortsetzung des Krieges. Die Einheits- und Fortschrittspartei kam wieder zur Macht, und der General Mahmud Schewket Pascha wurde Großwesir. Das war einen Tag nach der Veröffentlichung der Dekrete, durch die Briand und seine Kollegen ernannt worden waren.

Der neue Ministerrat trat unter Fallières' Vorsitz zusammen, und Jonnart wurde beauftragt, sofort das nachstehende Telegramm[4] an Georges Louis zu senden: „Es besteht Gefahr, daß der soeben in Konstantinopel erfolgte Staatsstreich eine gefährliche Rückwirkung auf die öffentliche Meinung in Rußland hat. Auf Grund der Weisungen, die mein Vorgänger Ihnen gegeben hat, bitte ich Sie, bei Sasonow erneut darauf zu bestehen, daß die kaiserliche Regierung keine Initiative ergreift, die die Bündnispflicht berühren könnte. Insbesondere wollen Sie ihm vorstellen, daß jede militärische Demonstration Rußlands an der armenischen Grenze das englisch-russische Einvernehmen fraglos trüben und die kleinasiatische Frage unter den gefährlichsten Umständen aufrollen würde. Schließlich wollen Sie ihn daran erinnern, daß die britische Regie-

[1] Gelbbuch, II, Nr. 74. Pera, 20. Januar 1913.
[2] Ebenda Nr. 75. Pera, 20. Januar.
[3] Ebenda Nr. 76. Pera, 22. Januar.
[4] Ebenda II, 78. 24. Januar.

rung sich vor sechs Tagen gegen ein Vorgehen der Tripleentente in Konstantinopel ausgesprochen hat, und daß wir somit ohne vorherige Verständigung keine davon abweichende Haltung einnehmen können." Dies Telegramm war die fast wörtliche Wiederholung der von mir früher gegebenen Weisungen, die Briand stets gebilligt hatte.

Ein Gleiches gilt für das folgende Telegramm, das der Minister des Auswärtigen wenige Stunden später an alle Botschaften sandte: „Angesichts der soeben in Konstantinopel ausgebrochenen Revolution ist die Regierung der Republik der Ansicht, daß die Einigung der sechs Großmächte das wirksamste Mittel ist, um die Türkei lebensfähig zu erhalten und den allgemeinen Frieden zu gewährleisten. Sie bemüht sich also, eine Politik der Übereinstimmung zwischen allen Kabinetten zur Geltung zu bringen. Bitte drücken Sie sich in diesem Sinne aus." Europäisches Konzert, Mahnung an Rußland, sich mit uns zu verständigen, bevor es irgend etwas unternimmt –, gerade das hatte ich ja seit dem Ausbruche der Krise immer wieder gepredigt. Der gesunde Verstand genügte, um die Wiederholung dieser Anempfehlungen zu gebieten.

Auf Georges Louis' Befragen hatte Sasonow beteuert, er habe außer der unglücklichen Warnung, die er der Pforte vor fünf Wochen hatte zukommen lassen, keine Sonderinitiative in Konstantinopel unternommen, noch werde er es tun[1]. Ein paar Stunden später jedoch, ohne daß Georges Louis etwas davon ahnte, hatte Sasonow, der offenbar noch immer kein großes Vertrauen zu unserem Botschafter hatte, nochmals einen Schritt, und zwar bei der deutschen Regierung getan, ohne sich vorher mit Frankreich zu verständigen. Er hatte Deutschland seine Besorgnis über die Ereignisse in der Türkei ausgedrückt und hinzugesetzt: Wenn die Mächte der neuen türkischen Regierung erklärten, daß sie entschlossen seien, auf ihrer früheren Note zu bestehen, so würden die jetzigen türkischen Minister ebenso wie die früheren zweifellos einsehen, daß sie sich den Ratschlägen Europas fügen müßten. Aber was noch ernster war, Sasonow schloß mit folgenden Worten, von denen weder Georges Louis eine Ahnung noch die französische Regierung irgendwelche Vorkenntnis hatte: „Nach Ansicht der kaiserlichen Regierung würde die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten die Gefahr

[1] Gelbbuch, II, Nr. 82. Telegramm vom 25. Januar.

von Komplikationen mit sich bringen, die sie ehrlich vermeiden möchte. Sie könnte in eine sehr ernste Lage gebracht werden, da sie sich deutlich bewußt ist, daß ein Umschlag der öffentlichen Meinung Rußlands unvermeidlich ist, falls die Ergebnisse des Krieges wieder in Frage gestellt werden sollten[1]."

Diese russische Note teilte Iswolsky nachträglich Jonnart mit. Sie erregte den Minister des Auswärtigen sehr. Er gab sie in dem Ministerrate bekannt, der am 28. unter Fallières' Vorsitz stattfand, und sandte sofort folgendes Telegramm an Georges Louis: „Der Ministerrat, dem ich die gestrige Note der russischen Botschaft mitgeteilt habe, war einstimmig der Ansicht, daß die russische Regierung sich mit der Regierung der Republik hätte verständigen müssen, bevor sie der Berliner Reichskanzlei ihre Besorgnisse über die etwaigen Folgen einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen der Türkei und den Balkanverbündeten aussprach. Ebenso hat der Ministerrat es bedauert, daß Sasonow noch keine Antwort auf die Erklärung erteilt hat, die ich Sie durch mein Telegramm vom 24. Januar ihm zu machen bat[2]. Betonen Sie ihm gegenüber bitte nochmals, welchen Wert ich darauf lege, daß das diplomatische Vorgehen beider Mächte eng verbunden bleibt. Übrigens habe ich mich Iswolsky gegenüber im gleichen Sinne ausgedrückt." Georges Louis suchte Sasonow von neuem auf und erhielt nur eine sehr ausweichende Antwort[3]. Offenbar blieb das Verhältnis zwischen unserem Botschafter und dem russischen Minister kühl, und weder durch Iswolsky noch durch Georges Louis vermochte Paris sich in St. Petersburg Gehör zu verschaffen.

Inzwischen blieb Europa neuen Stürmen ausgesetzt. Bethmann Hollweg beteuerte Jules Cambon nochmals seine friedliche Gesinnung, erklärte jedoch, das Schicksal Kleinasiens könne nicht wieder in Frage gestellt werden, ohne daß Deutschland aus seiner Untätigkeit hervorträte[4]. In Wien trug Graf Berchtold, wie Dumaine meldete, den verblüffendsten Optimismus zur Schau und wagte dem Drucke der Kriegspartei nicht zu widerstreben[5]. In London sahen die Balkandelegierten voraus, daß die Antwort der

[1] Gelbbuch, II, Nr. 84.
[2] Ebenda Nr. 78. Siehe weiter oben.
[3] Ebenda Nr. 93.
[4] Ebenda Nr. 90.
[5] Ebenda Nr. 89.

Pforte auf die Kollektivnote der Mächte zweideutig sein werde, und kündigten den türkischen Delegierten an, daß sie die Verhandlungen abbrächen[1].

In demselben Augenblick, wo die Wolken überall immer dichter wurden, unternahm Rußland, gleichgültig gegen Frankreichs Ratschläge und Bitten, einen neuen Sonderschritt, diesmal in Bukarest. Es erklärte, daß die Zugeständnisse des Sofioter Kabinetts der kaiserlichen Regierung hinreichend erschienen, und forderte Rumänien auf, sich damit zu begnügen. Das russische Memorandum enthielt die ungeschicktesten und bedauerlichsten Wendungen[2]. Unter Ausnutzung der Schwierigkeiten, in denen Bulgarien sich zeitweilig befindet, weiter zu gehen und somit der Türkei zum Schaden christlicher Völker einen Dienst zu leisten, hieße sich eines unbedeutenden Vorteiles wegen die Möglichkeit einer Annäherung Rumäniens an Rußland und an Bulgarien gründlich verscherzen. Rumäniens Angebot, Bulgarien bewaffneten Beistand zur Eroberung Adrianopels zu leisten, sei von dem Sofioter Kabinett aus ganz natürlichen Rücksichten auf die nationale Eigenliebe abgelehnt worden, die es Bulgarien verbiete, einem Dritten Dank für die Einnahme dieser Stadt zu schulden. Ein Angriff Rumäniens oder die militärische Besetzung eines zu Bulgarien gehörenden Gebietes ohne Kriegserklärung, während Bulgarien mit der Türkei noch nicht im reinen ist, würde in der russischen öffentlichen Meinung einen derartigen Sympathieausbruch zugunsten Bulgariens hervorrufen, daß die Regierung nicht gleichgültig bleiben könne. Die kaiserliche Regierung lege Wert darauf, hinzuzufügen, daß sie, falls Rumänien das Angebot Bulgariens annimmt, ihrerseits bereit wäre, Rumänien die Dobrudscha gegen jede Bestrebung Bulgariens zu garantieren."

Sobald Jonnart durch Iswolsky diese unbesonnene Note erfahren hatte, telegraphierte er an Georges Louis, der ihm nichts davon gemeldet hatte: „Die Initiative, welche die kaiserliche Regierung soeben ergriffen hat, erscheint mir ungewöhnlich ernst. Wenn man Rumänien sagt, Rußland könne unmöglich zulassen, daß Bulgarien ein Teil seines Gebietes mit Gewalt geraubt wird, so heißt das soviel wie die Ankündigung eines bewaffneten Einschreitens, über das

---

[1] Gelbbuch Nr. 88.

[2] Ebenda Nr. 91. 30. Januar.

zuvor eine Verständigung mit der verbündeten Regierung hätte stattfinden müssen. Wenn man Rumänien die Dobrudscha gegenüber jedem künftigen Bestreben Bulgariens garantiert, so heißt das soviel wie die Einführung einer Balkanpolitik, über die gleichfalls ein Einvernehmen mit uns herzustellen sich geziemt hätte. Die Initiative, die uns die russische Note enthüllt, droht die ernstesten Folgen hinsichtlich des europäischen Friedens nach sich zu ziehen. Es scheint nämlich fraglos, daß, wenn Rußland eine Zwangshandlung gegen Rumänien vornimmt, Österreich-Ungarn gleichzeitig bewaffnet einschreiten wird. Dann würde die Gefahr eines allgemeinen Krieges drohend; denn Deutschland würde sich wahrscheinlich veranlaßt sehen, für seinen Bundesgenossen Partei zu nehmen, ohne lange zu fragen, von welcher Seite der Angriff gekommen ist. Die Regierung der Republik macht daher alle Vorbehalte bezüglich der Folgen, die der Schritt des russischen Botschafters in Bukarest nach sich ziehen könnte. Übrigens bin ich geneigt, mit der kaiserlichen und der britischen Regierung nach vorheriger Verständigung der rumänischen Regierung weise Mäßigung anzuraten." Und da Jonnart Wert darauf legte, daß Georges Louis diese Vorstellungen mit aller erforderlichen Entschlossenheit machte, setzte er hinzu: „Wollen Sie sich Sasonow gegenüber in diesem Sinne äußern und ihm den Wortlaut dieses Telegramms als Memorandum überreichen."

Man hat gesagt und gedruckt, in jener Zwischenzeit, wo ich zum Präsidenten gewählt war, aber mein Amt noch nicht bekleidete, habe Jonnart nur unter meinem Einfluß gehandelt. Das stimmt durchaus nicht. Jonnart befragte zunächst Briand, und beide verständigten sich unter Fallières' Vorsitz mit den anderen Ministern. Tatsächlich aber hat das neue Kabinett, als es in St. Petersburg auf die gleichen Schwierigkeiten stieß wie vorher ich, ebensowenig gezögert, eine deutliche Sprache zu führen. Und bei diesen Unstimmigkeiten fand man Georges Louis keineswegs zu schroff gegen unsern Verbündeten, sondern war, wie man sieht, genötigt, ihn scharf zu machen.

In Übereinstimmung mit der von mir befolgten Methode hielt Jonnart Sir Edward Grey auf dem laufenden über diesen Zwischenfall[1].

---

[1] Gelbbuch, II, Nr. 95.

Inzwischen hatte der türkische Außenminister Said Halim den Mächten eine zweideutige, alles andere als zufriedenstellende Antwort erteilt. Sie schloß aber wenigstens eine Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht völlig aus, und die französische Regierung ergriff eifrig die Gelegenheit, um in Berlin ihre Zusicherung eines gemeinsamen Vorgehens zu wiederholen[1]. Jagow bedankte sich dafür[2].

Fast zur selben Zeit hatte Kaiser Franz Joseph, dem die Fortdauer der ungewöhnlichen Rüstungen finanzielle Sorgen machte, den Prinzen v. Hohenlohe-Schillingsfürst nach St. Petersburg gesandt, mit dem Auftrage, dem Zaren ein friedfertig gehaltenes Schreiben zu überreichen[3]. Nikolaus II. hatte im gleichen Tone geantwortet. Aber dieser Schriftwechsel zwischen beiden Herrschern hatte nicht viel zur Klärung beigetragen. Eher hatten die Gespräche zwischen Sasonow und dem Prinzen Hohenlohe die Lage ein wenig geklärt[4]. Österreich hatte Rußland abermals zu verstehen gegeben, daß es die Bildung eines großen slawischen Staates an seiner Südgrenze nicht dulden werde. Der Prinz hatte nicht verhehlt, daß es der Hauptzweck der militärischen Rüstungen Österreich-Ungarns sei, die serbische Gefahr, auch innerhalb der Monarchie, zu beschwören. Zu diesem Zweck, hatte er erklärt, seien zwei Armeekorps in Bosnien und der Herzegowina mobil gemacht und fünf andere an der Donau und in Galizien verstärkt. „Nach dem Frieden", hatte er gesagt, „werden wir die Verstärkungen beibehalten, aber demobil machen. Die serbische Agitation verhindert uns, es früher zu tun." – „Unter diesen Umständen", hatte Sasonow geantwortet, „werden wir gleichfalls genötigt sein, die Entlassung des Jahrganges, den wir vorläufig seit drei Monaten unter den Fahnen behalten, zu verschieben." – „Aber", hatte der Prinz entgegnet, „wie konnten Sie nur daran denken, daß wir Sie angreifen wollten? Nie, zu keiner Zeit, haben Rußland und Österreich miteinander Krieg geführt. Welche Gründe hätten wir heute, Ihnen den Krieg zu erklären? In dieser ganzen Krise haben wir nichts im Auge gehabt, als die Serben drinnen und draußen in Schach zu halten." – „Keinen Augenblick", sagte Sasonow, „habe

[1] Gelbbuch, Nr. 96, 1. Februar.

[2] Ebenda, Nr. 97, 2. Februar.

[3] S. Emile Laloy, Documents secrets, S. 65, Paris, Éditions Bossard.

[4] Gelbbuch, II. Telegramme Georges Louis', 9. und 10. Februar, Nr. 104, 105.

ich an einen Angriff Österreichs auf Rußland gedacht. Übrigens weiß man in Wien ja, daß wir imstande sind, ihm zu begegnen. Aber wir haben bemerkt, daß eine Ihrer politischen Parteien Österreich zu einem Gewaltstreiche gegen Serbien drängte. Käme diese politische Partei zum Ziele, so würde unsere öffentliche Meinung sich derart erregen, daß es der russischen Regierung schwerfiele, untätig zu bleiben." Der Prinz Hohenlohe ging nicht auf dies Argument ein, das den Vorzug der Ehrlichkeit hatte und Österreich zu der Einsicht hätte bringen müssen, daß Vorsicht geraten sei. Er fuhr einfach fort: „Die Schwierigkeiten, denen die österreichisch-ungarische Regierung zu begegnen hat, sind ungeheuer. Wohl den Ländern wie das Ihre, wo alle Rassen verschmolzen sind!" – „Soweit sind wir noch nicht", bemerkte Sasonow. „Nur in Frankreich gibt es eine völlige Verschmelzung." Diese Unterredung brachte die Dinge ziemlich deutlich zum Ausdruck. Rußland erklärte, es werde nicht dulden, daß Serbien erdrückt werde, und Österreich erklärte, daß es sein übermäßiges Anwachsen nicht zulassen werde. Zwischen diesen beiden Extremen mußte man einen Mittelweg finden, der den Frieden ermöglichte.

Frankreich hatte sich sofort wieder ans Werk gemacht. Es hatte in London, in Berlin, in Konstantinopel, in Belgrad, in Sofia, in Bukarest, in St. Petersburg, in allen Hauptstädten Schritte getan, sowohl um die Wiederaufnahme der Unterhandlungen zwischen den Türken und den Balkanvölkern zu bewirken und die Adrianopelfrage zu lösen, wie um einen Konflikt gegen Rumänien und Bulgarien zu verhüten und die Silistria-Angelegenheit zu regeln. Das „Gelbbuch"[1] ist voll von diesen Einzelheiten. Jonnart mußte auf dem gleichen Klavier wie ich spielen, und seine Stücke, die sich von den meinen nicht unterschieden, drückten mit unvermeidlicher Eintönigkeit Frankreichs Friedenswillen aus.

In Anerkennung aller Bemühungen der französischen Regierung um die Abwendung der Kriegsgefahren telegraphierte das Internationale Friedensbureau in Bern mir am 2. Februar: „Das Internationale Friedensbureau beglückwünscht Herrn Raymond Poincaré zu seiner Erwählung zum Präsidenten der Republik und sich selbst dazu, daß Frankreich an der Spitze seiner Regierung nach wie vor einen Staatsmann behält, der aufrichtig von dem Wunsche

[1] Bd. II, Nr. 106ff.

erfüllt ist, einen auf Recht, Gerechtigkeit und Wahrheit gegründeten Völkerfrieden zu erhalten. – Der Direktor des Bureaus: Gobat."

Für den Augenblick freilich galten diese Komplimente mehr Briand und Jonnart als mir. Ich wurde immer mehr durch Empfänge, Diners und verschiedene Zeremonien in Anspruch genommen, in denen ich mit Entsetzen die Vorspiele meines neuen Schicksals erkannte. Und doch waren einige dieser Einladungen mir sehr angenehm: die der Presseverbände, denen ich angehörte, die meiner alten Mitarbeiter im Justizpalaste, meines alten Gymnasiums Louis-le-Grand, des Herrn und der Frau Fallières. Der Präsident hatte mich, meine Frau, meinen Bruder und meine Schwägerin nebst den Mitgliedern der Regierung und ein paar anderen Personen zum 15. Februar eingeladen und in reizender Form einen Trinkspruch auf seinen Nachfolger Poincaré und dessen Gattin ausgebracht. Ich antwortete, indem ich ihm eine wohlverdiente Huldigung darbrachte und ihm meine ganze Dankbarkeit für die Zuneigung aussprach, die er mir seit langem so reichlich bewiesen hatte. Aber der goldene Kerker, der sich mir jetzt auftun sollte, erschien mir beunruhigender als sonst, wo ich ihn nur als einfacher Besucher, in meiner Eigenschaft als Ministerpräsident, betreten hatte.

In Erwartung des Tages, wo ich meine alten Gewohnheiten ablegen sollte, hatte ich meine Ämter als Senator, als Vorsitzender des Generalrates im Departement Meuse, als Vorsitzender verschiedener Ausschüsse und Vereine niedergelegt. Mit großem Vergnügen nahm ich es dagegen an, in der Anwaltsliste trotz des gegenteiligen Vorganges des Präsidenten Grévy weitergeführt zu werden. Mir blieb auch der Vorsitz im ständigen internationalen Ausschuß für Sozialversicherungen, den ich gleichfalls seit ein paar Jahren innehatte und der mich in Beziehungen zu Juristen und Volkswirten aller Länder gebracht hatte. Den stellvertretenden Vorsitz führte ein Deutscher, der frühere Unterstaatssekretär und Professor an der Universität München Georg v. Mayr. Ich hatte ihn in Paris mit unseren anderen Kollegen erst vor kurzem empfangen und ihn mit dem Berliner Direktor des Kaiserlichen Reichsversicherungsamtes, Herrn Freund, zum Essen eingeladen. Georg v. Mayr hatte mich höflich zu meiner Wahl beglückwünscht, und ich hatte ihm gedankt. Ein paar Tage darauf schrieb er mir abermals:

Tutzing am Starnberger See (Oberbayern),
Villa Mayr, den 8. Februar 1913.

Herr Präsident der Republik! Euer Exzellenz haben mir gütigst gedankt für die aufrichtigen Glückwünsche, die ich mir erlaubt hatte, Ihnen als Ausdruck meiner ehrerbietigen Ergebenheit in meinem Telegramm vom 18. Januar auszusprechen. Heute möchte ich ihnen eine Bitte anschließen, in der Gewißheit, im Namen aller meiner Kollegen vom ständigen internationalen Ausschuß für Sozialversicherungen zu sprechen. Sie werden sich nicht wundern, daß Ihre Ernennung zum höchsten Amte der französischen Republik von meinen Kollegen wie von mir mit einem Gefühl des Stolzes betrachtet wird. Ihr Vorsitz war für unseren internationalen Verband eine sehr große Ehre, und wir alle hegen den sehr lebhaften Wunsch, daß Sie uns Ihre tatkräftige Sympathie auch fernerhin kundgeben. Da unser Verein international und unpolitisch ist, halten wir noch an der Hoffnung fest, Sie werden sein Titularpräsident bleiben. Sollte Ihnen das jedoch unmöglich erscheinen, so erlaube ich mir zu hoffen, daß Sie es annehmen können, unser Ehrenpräsident zu bleiben, um einigermaßen das Band bestehen zu lassen, das so glücklich zwischen Ihnen und uns allen geknüpft worden ist. Ich glaube hinzusetzen zu dürfen, daß Sie unserem Verbande einen weiteren Dienst leisten könnten, indem Sie durch ein paar Zeilen dazu beitragen, Ihren hohen Kollegen und Freund, Herrn Léon Bourgeois, zu veranlassen, daß er es übernimmt, unser wirklicher Präsident zu werden, um das Werk des sozialen und des internationalen Friedens fortzusetzen, das Sie in unseren Kreisen so glänzend vollbracht haben. Gestatten Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner tiefen Ehrerbietung und Ergebenheit. – Georg von Mayr, Stellvertretender Vorsitzender des ständigen internationalen Ausschusses für Sozialversicherungen."

Wenn ich heute diesen Brief wiederlese, der meiner Liebe zum „internationalen Frieden" so vollauf gerecht wurde, kann ich nicht ohne Schwermut daran denken, daß Georg v. Mayr einer der 93 Unterzeichner des Manifestes der Intellektuellen war. Doch genug davon.

Ich beantwortete die freundlichen Bitten des ehrenwerten bayrischen Professors dahin, daß ich den Ehrenvorsitz des Ausschusses gern übernähme. Da ich jedoch den tatsächlichen Vorsitz nicht

führen könne, müsse ich ihn niederlegen und würde gern bei Léon Bourgeois anfragen. Dieser war am 1. Februar nach Nizza gereist und hatte mir, bevor er Paris verließ, ein paar freundschaftliche Worte geschrieben, um mir für eine ihm übersandte Photographie zu danken ... Als ich ihm v. Mayrs Wunsch mitteilte, antwortete er aus Nizza am 10. Februar: „Lieber Freund, ich kann es verstehen, daß Sie den tatsächlichen Vorsitz im internationalen Ausschuß für Sozialversicherungen nicht behalten können, und ich glaube mit Ihnen, daß es sehr nützlich ist, wenn dieser Vorsitz bei Frankreich bleibt." Er bat mich jedoch, Herrn v. Mayr betreffs seiner eigenen Ernennung einen Vorbehalt zu machen. Er sei bereits Vorsitzender des internationalen Ausschusses für Arbeitslosigkeit und möchte wissen, ob eine Kumulierung dieser Ämter möglich sei. Er schloß mit den Worten: „Brauche ich Ihnen zu sagen, daß ich *nun erst recht* an Sie und an Ihre große Aufgabe denke? Man ist überall so glücklich und vertrauensvoll, weil man das Steuer in Ihren Händen weiß ... In herzlicher Ergebenheit Léon Bourgeois."

Ich regelte die Frage des Vorsitzes im Einvernehmen mit v. Mayr, und hier so wenig wie bei den offiziellen diplomatischen Beziehungen gab ich den deutschen Mitgliedern des Ausschusses Anlaß zu dem Eindruck, ich hätte irgendeine Voreingenommenheit gegen sie oder gegen ihr Land. Soll ich es sagen? Im Umgang mit v. Mayr wie mit dem Freiherrn v. Schoen hatte ich mich bisweilen wohler gefühlt als in dem mit Iswolsky.

Viertes Kapitel

Iswolskys Influenza – Seine Genesung und seine neuen Streiche – Vorstellungen Sasonows – Der Botschafter kommt auf seine Lieblingsidee zurück – Wie er einige Unterstützungen erhielt – Georges Louis' Abberufung

Der russische Botschafter hatte wieder angefangen, sich zu rühren und sich wichtig zu machen. Drei Wochen hatte er die Influenza gehabt[1], und sein Geschäftsträger Sewastopulo hatte verständige und sachgemäße Schreiben nach St. Petersburg gesandt. Als er z. B. am 12. Januar an dem Frühstück teilgenommen hatte, das ich dem russischen Kriegsminister, General Suchomlinow, gab, der, von Nizza kommend, sich ein paar Stunden in Paris aufhielt, um den Präsidienten Fallières zu begrüßen[2], hatte er die Unterredung mit mir getreu wiedergegeben und Sasonow auseinandergesetzt, warum die französische Regierung sich nicht an einer Flottendemonstration ohne die Dreibundsmächte beteiligen könne. Ebenso hatte er klar angegeben, daß ich von jedem Sondervorgehen Rußlands abgeraten hatte, da es ernste Folgen haben könne, und daß ich empfohlen hatte, die Bestimmung der einzuschlagenden Politik der Botschafterkonferenz zu überlassen[3]. Ferner hatte er genau wiedergegeben, was ich ihm am 20. Januar über Briand und Jonnart gesagt hatte[4]. „Heute oder morgen wird er (Poincaré) die Leitung des Außenministeriums seinem Nachfolger, vermutlich Jonnart, übergeben, der lange Generalgouverneur von Algerien war und den Poincaré als einen sehr fähigen Mann gekennzeichnet hat, der sich für die Leitung der auswärtigen Geschäfte aufs beste eignet. Übrigens wird Jonnart sowohl dauernd Poincarés Hinweisen folgen, der Paris vor der Übernahme seines Amtes nicht zu verlassen gedenkt, wie den Ratschlägen des neuen Ministerpräsidenten Briand, der, wie Poincaré mir sagte, im ganzen letzten Jahre über alle Vorgänge im Ministerium des Äußeren auf dem laufenden gewesen ist und dessen Geschäfte so gut kennt, als ob er dies Mini-

[1] Schwarzbuch, II, 15.
[2] Ebenda, S. 3 u. 5.
[3] Ebenda, S. 9, 11, Telegramm 17 und 23.
[4] Ebenda, S. 10, Nr. 22.

sterium selbst geleitet hätte." Schließlich hatte er auch das, was Jonnart ihm gesagt hatte, nämlich keine Initiative ohne vorherigen Gedankenaustausch mit der verbündeten Regierung zu unternehmen, ohne Abschwächungen und Entstellungen berichtet[1].

Sobald jedoch der Botschafter wiederhergestellt war, änderte sich alles. Beim Abfassen der diplomatischen Depeschen hatte er fortan weit weniger das Bestreben nach genauer Wiedergabe als den Wunsch, sich selbst herauszustreichen. Aus seinem Krankenzimmer hatte Iswolsky bereits ein bis zwei fiebrige Berichte an Sasonow gesandt. Aber das Unglück wollte, daß er einen Tag, nachdem Jonnart die russische Note über den Sonderschritt in Berlin erhalten hatte, zum erstenmal wieder ausging. Am 28. Januar morgens hatte der peinlich überraschte französische Ministerrat über diesen Zwischenfall beraten, und Jonnart hatte an G. Louis das oben zitierte bedauernde Telegramm gesandt.

Nach diesem Ministerrat erscheint Iswolsky am Quai d'Orsay und findet Jonnart unzufrieden über das Vorgefallene. Der französische Minister wiederholt ihm, was er Sasonow hat sagen lassen, daß er immer noch die Antwort auf die Mitteilung erwarte, mit der er Georges Louis am Tage seines Amtsantrittes beauftragt hatte, nämlich, daß er Rußland inständig bäte, keine Initiative ohne vorherigen Meinungsaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu ergreifen, und daß die Regierung jederzeit in der Lage sein müsse, sich Rechenschaft über die Ursachen abzulegen, die Frankreich in einen Krieg hineinziehen könnten[2]. Iswolsky setzt hinzu, er habe in seiner Antwort von neuem versichert, daß Rußland friedlich gesinnt sei, und er selbst habe die Notwendigkeit des europäischen Einvernehmens betont. Auch kündigt er an, er werde mich am nächsten Tage aufsuchen.

Zur gleichen Zeit aber hatte er von Sasonow bereits ein Schreiben erhalten, das im „Schwarzbuch" nicht wiedergegeben ist. Die Kunst der Auswahl ist dort ja stets bemerkenswert. Wohl aber nimmt Iswolsky in folgender Weise Bezug darauf[3]: „Ich erhielt es (Ihr letztes Schreiben), als ich zu Bette lag. Offen gesagt, hat es mich lebhaft betroffen. Bei meinem kranken Zustande ist es mir wohl als ungemein schroff erschienen. Ich versichere Ihnen, es ist mir nie in den

[1] Schwarzbuch, S. 11, Nr. 30.

[2] Ebenda, S. 13, Nr. 38. Stieve, Bd. III, S. 40, Nr. 699.

[3] Übersetzung des Schwarzbuches, II, 18.

Sinn gekommen, Ihnen eine Anklageschrift gegen Sie selbst zu übersenden; aber ich fühle mich moralisch verpflichtet, Ihnen so genau wie möglich, selbst auf die Gefahr hin, Ihnen etwas Unangenehmes zu schreiben, über die hiesige Stimmung zu berichten, von der doch schließlich diese oder jene Beschlüsse der französischen Regierung abhängen können, wenn die Entscheidungsstunde kommt. Ich kann Ihnen nicht den Eindruck vorenthalten, den dieser oder jener Ihrer Schritte hier hervorgerufen hat." Nochmals irrt Iswolsky sich, oder er tut doch, als irre er sich über die Ursachen der Vorhaltungen, zu denen die französische Regierung sich durch Rußlands unzeitige Schritte veranlaßt gesehen hatte. Da er über die Zurechtweisung seines Chefs beleidigt ist, macht er sich über mich her und fährt fort: „Übrigens handelt es sich meines Erachtens nicht sowohl um die Sache als um die Form, und es wäre bei Poincarés höchst krankhafter Eigenliebe erwünscht, daß Sie Ihrerseits etwas zuvorkommender und weniger schroff verfahren. Ferner fühle ich mich sehr durch Ihren sachlichen Vorwurf getroffen, ich trachtete sozusagen danach, die russische Politik um ihre Handlungsfreiheit zu bringen[1]." Diese verlegene Stelle zeigt zur Genüge, daß Sasonow Iswolsky getadelt hatte, weil er die russischen Sonderschritte uns gegenüber nicht kräftig genug gerechtfertigt und sich die Vorhaltungen der französischen Regierung zu eigen gemacht hätte. Sie beweist wieder einmal, wie wenig wir im Schlepptau Rußlands waren und wie beharrlich wir es wieder zum europäischen Konzert zurückführten, sobald es Miene machte, abzuspringen. Sie erklärt schließlich auch, warum Iswolsky, während er am selben Tage eine Unterredung mit mir wiedergab, versucht sein mußte, seinen Bericht seinen persönlichen Wunschgedanken anzupassen und die Farbe der Wahrheit zu verfälschen.

Der Botschafter erzählt Sasonow also, er habe am 29. Januar eine lange Unterredung mit mir gehabt. Aber gerade an jenem Tage hatte ich in der Rue du Commandant Marchand Besuche vom Morgen bis zum Abend, u. a. von zahlreichen Freunden aus dem Justizpalast, von den früheren Stabträgern Léon Devin, Labori, Cartier, Ployer, Rousset, Busson-Billault, von Sabatier, Larnaude, Lescouvé, Matter, und Gott weiß wem noch. Ich empfing Iswolsky höflich, aber etwas in Eile. Dennoch muß Sasonow überzeugt

[1] Übersetzung des Schwarzbuches, II, 18.

werden, daß ich alles dem Vergnügen geopfert hätte, mit seinem Botschafter zu sprechen; ich muß auch möglichst sensationelle Worte gebraucht haben; und flugs schickt der Hofmeister „trotz seiner großen Erschöpfung[1]", „trotzdem ihm der Schweiß von der Stirn rinnt[2]", ein umfangreiches Telegramm und zwei lange Depeschen nach St. Petersburg[3]. Wenn nun Sasonow nicht befriedigt ist und dem Botschafter neue Vorwürfe macht, so ist er sehr anspruchsvoll.

Iswolsky läßt mich denn auch nach seinem Belieben reden. Ich habe zu ihm gesagt, auch als Präsident der Republik hätte ich noch volle Freiheit, Frankreichs Außenpolitik zu beeinflussen. Ich habe ebenso wie Jonnart zu ihm gesagt, wir verlangten von Rußland, daß es keinen persönlichen Schritt tue, der einen Krieg herbeizuführen geeignet wäre, ohne eine vorherige Verständigung mit Frankreich. Ich habe zu ihm gesagt, der russische Schritt in Berlin habe Anlaß zu gefährlichen Deutungen gegeben. Das alles berichtet Iswolsky ohne große Umschweife. Wenn er aber meine Beschwerde wiederzugeben sucht, ohne sich einen neuen Tadel zuzuziehen, trägt er auf. Er hatte eine Bemerkung Jonnarts mit folgenden Worten wiedergegeben: „Die französische Regierung hat mit dem Parlament und mit der öffentlichen Meinung zu rechnen, die jederzeit imstande sein müssen, sich Rechenschaft über die Ursachen abzulegen, die Frankreich in einen Krieg hineinziehen können." Natürlich hatte ich meinerseits das wiederholt, was ich mehrfach gesagt und geschrieben hatte, sei es an Iswolsky, sei es an Sasonow, daß wir nicht dahin gebracht werden wollten, die Bündnispflicht zu erfüllen, ohne in der Lage gewesen zu sein, Rußlands Beschlüsse zu prüfen und zu erörtern. Nach dem „Schwarzbuch" jedoch hat Iswolsky meine Worte wie folgt wiedergegeben: „Nach seiner Ansicht ist es von höchster Bedeutung für die französische Regierung, die öffentliche Meinung im voraus auf die Teilnahme an dem Kriege vorzubereiten, der wegen der Balkanfrage ausbrechen kann." Der deutsche Text sagt nicht „an dem Kriege", sondern „an einem Kriege", und nicht „ausbrechen kann" oder „ausbrechen konnte" sondern „ausbrechen könnte"; und vielleicht sind diese kleinen Abweichungen nicht unerheblich. Es ist klar, daß ich zu Iswolsky

[1] Schwarzbuch, II, 15.

[2] Ebenda, 18.

[3] Ebenda, 14–22; 16.–29. Januar 1913.

gesagt habe: „Sollte ein Krieg ausbrechen, so könnte das Bündnis uns zwingen, daran teilzunehmen. Wir wollen nicht, daß diese Möglichkeit eintritt, ohne daß wir vorher in der Lage wären, mit Rußland Zwiesprache zu halten und den Fall unserer öffentlichen Meinung zur Beurteilung vorzulegen." Aber Iswolsky stellt die Dinge auf seine Art dar, und das „Schwarzbuch" phantasiert noch weiter.

Ich lasse die Urteile des Botschafters über meine Tatkraft, meine Entschlossenheit, meinen ganzen Charakter beiseite, ebenso seine Mutmaßungen über die Rolle, die ich nach seiner Ansicht im Elysée spielen würde. Das alles sind nur Eindrücke und Annahmen eines Ausländers, der über die Machtbefugnisse des Präsidenten und über die französischen Politiker ziemlich schlecht unterrichtet ist. Ich erwähne nur die Bemerkung Iswolskys, worin er Sasonow zu überzeugen bemüht ist, daß er sich einen so einflußreichen Botschafter wie ihn für die Zukunft erhalten müsse: „Poincaré hat mir den Wunsch ausgedrückt, ihn oft zu besuchen, selbst nach seinem Einzug ins Elysée, und mich gebeten, mich jedesmal, wo mir dies erwünscht scheint, an ihn unmittelbar zu wenden. Eine solche Abweichung von den hiesigen Bräuchen kann uns unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen nützlich und sehr bequem sein." Ich hatte zu Iswolsky wie zu den Botschaftern der anderen Mächte weiter nichts gesagt, als daß ich ihm auch künftig zur Verfügung stände, wenn er mich zu sprechen wünsche. In dieser alltäglichen Höflichkeitsformel hat er eine besondere Aufmerksamkeit und die Zusage eines Vorrechtes zu sehen geglaubt. Zu seiner Entschuldigung muß ich freilich hinzusetzen, daß er die ihm erteilte Befugnis in der Folgezeit nie mißbraucht hat. Selten hat er mich um eine Audienz gebeten, und wenn ich ihn empfing, habe ich ihm stets gleich geantwortet, die Entscheidung läge bei der Regierung, und ich würde dem Minister des Auswärtigen seinen Schritt mitteilen. Wohl hätten Jonnart und ich noch verschiedene andere Stellen der zwei Schreiben zu berichtigen, über denen der genesende Iswolsky so „geschwitzt" hatte, aber das hieße fürwahr, die Erzeugnisse einer Phantasie überschätzen, die auch in der Krankheit nicht ermattet war.

Ich habe ernstere Klagen über Iswolsky zu führen. Ich hätte sie gern verschwiegen, wenn nicht neue Veröffentlichungen mich zwängen, darauf einzugehen. Wie man sich erinnert, hatte er sich in St. Petersburg mehrfach darüber beklagt, daß er über keine

Mittel verfüge, um auf gewisse französische Zeitungen einzuwirken. Wie er betonte, wurde Tittoni von der italienischen Regierung freigebiger behandelt als er von der seinen. Er war untröstlich darüber, daß die russische Botschaft früher über erhebliche Summen verfügt hatte, während er, wie er sagte, keinen Kopeken mehr erhielt. Er glossierte die Mittel, zu denen mehrere ausländische Mächte gegriffen hatten, und in dieser Hinsicht muß ich zugeben, daß er sich nicht irrte. Durch Entzifferungen war ich dahintergekommen, daß einige Bankiers exotischer Herkunft die finanziellen, ja selbst die politischen Interessen Österreichs ziemlich rücksichtslos wahrnahmen. Als Aubry, der Vorsitzende des Verbandes der Parlamentspresse, aus der Zeitung ausgeschieden war, zu deren Redakteuren er zählte, versicherte er mir, daß ein Deputierter, von dem ich vor kurzem gesprochen habe, gewissen Blättern Geldsummen gleichen Ursprunges zugewandt hatte. Kein Gesetz verbot diese traurigen Machenschaften, zu denen sich übrigens nur wenige notleidende Publizisten hergaben. Wir hatten Frieden mit ganz Europa. Wer Geld vom Ausland erhielt, nahm es darum nicht vom Feinde. Seit dem Kriege haben wir die gleichen Beeinflussungen wiederkehren sehen, und ich hatte Gelegenheit, in den Kammern darauf hinzuweisen. In der Hoffnung, sie zu unterdrücken, hat Maurice Barrès einen Gesetzentwurf eingebracht, der aber am Ende der Legislaturperiode unter den Tisch gefallen ist. Was 1912 und 1913 erlaubt war, ist es also noch heute. Aber was mir heute als bedauerlich erscheint, erschien mir damals nicht als besser. Die Zuwendungen Österreichs mißfielen mir. Die Italiens gefielen mir nicht. Die, welche unser eigener Verbündeter Rußland hätte austeilen können, hätten mir ebensowenig zugesagt. Leider war ich gegen alle gleich wehrlos.

Im Oktober 1912, als der europäische Friede durch die Balkankrise bedroht wurde, hatte Iswolskys Ungeduld sich verdoppelt, und eines Tages hatte er mich aufgesucht, um mir unter tausend Umschweifen und sehr verlegen das gleiche zu sagen, was er dem „Schwarzbuch" zufolge seiner Regierung bereits mehrfach geschrieben hatte, daß gewisse kleine Zeitungen unter dem Einflusse des Dreibundes ständen und daß Rußland ein Interesse daran habe, sie zu neutralisieren. Somit wolle er in St. Petersburg um einen Kredit bitten, dies aber aus Rücksicht auf Frankreich nicht tun, ohne mich in Kenntnis zu setzen. Ich hatte ihm offen davon abge-

raten. Da er mich aber nur in Kenntnis setzte, ohne mich um Rat zu fragen, und auch sichtlich entschlossen war, sich an meinen Rat nicht zu halten, hatte ich hinzugesetzt: jedenfalls erwartete ich, daß Rußland als befreundete und verbündete Macht nichts ohne die Kontrolle der französischen Regierung unternähme. Doch hätte ich weder die Mittel noch die Neigung, diese Kontrolle auszuüben. Der Finanzminister jedoch hätte publizistische Agenten, die ich zwar nicht persönlich kannte, die ihm Klotz jedoch sicherlich angeben könne.

In welcher Fassung aber Iswolsky seinen Antrag in St. Petersburg gestellt, wie er unser Gespräch wiedergegeben, was er andererseits dem Finanzrat seiner Botschaft, Raffalowitsch, erzählt hatte, wußte ich 1912 natürlich nicht genau, erriet es aber teilweise infolge eines Zwischenfalls, der mich stutzig gemacht hatte. Wie man sich entsinnt, hatte der russische Ministerpräsident und Finanzminister Kokowzow mir in St. Petersburg gesagt, er halte Iswolsky finanziellen Einflüssen für zugänglich. Ehe er nun auf Iswolskys Antrag einging, hielt er es für nötig, ein paar Auskünfte einzuholen, und schickte den Leiter der kaiserlichen Kreditkanzlei, Dawydow, nach Paris. Dieser suchte mich am Quai d'Orsay auf und sagte mir, auf Iswolskys Vorstellungen hin habe Sasonow grundsätzlich beschlossen, dem Botschafter 300 000 Franken zur Verfügung zu stellen. Dawydow schien indes zu glauben, ich hätte Iswolskys Initiative gebilligt oder sie gar hervorgerufen. Gegen diese Annahme hatte ich lebhaft protestiert und sogar alsbald an Kokowzow geschrieben, um diesen Protest zu wiederholen. Und da das Gespräch mit Dawydow mir einige Zweifel bezüglich Iswolskys hinterließ, hatte ich bei dem Direktor der kaiserlichen Kanzlei darauf bestanden, daß der von der kaiserlichen Regierung eröffnete Kredit augenblicklich nicht in Anspruch genommen werde. Ich hoffte zuversichtlich, daß diese Sperrung, wenn sie einmal verfügt war, es bis auf weiteres bleiben werde.

In dieser Sache bekundete ich meine instinktive, stets empfundene Abneigung gegen Geschäfte, in denen andere Meister sind. Wer mich kennt, weiß es. Ich bereue meine Zurückhaltung gewiß nicht und wundere mich nicht, daß, seitdem die „Humanité" und der Hamburger Fichtebund[1] den Versuch gemacht haben, mein

[1] Zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit der Urkunden und Tatsachen, die in den Schriften dieses Bundes wiedergegeben sind, genügt es, folgende Stelle unter

Benehmen zu entstellen, indem sie phantastische Behauptungen aus einigen Schreiben Iswolskys und Raffalowitschs herausgezogen haben. Liest man aber diese Schriftstücke selbst, die veröffemtlicht worden sind, unvoreingenommen und in vollem Zusammenhange, so kann man leicht feststellen, daß meine obige Darstellung genau zutrifft.

Diese Veröffentlichung ist im Dezember 1923 und im Januar 1924 in der „Humanité" erfolgt, und zwar durch Boris Suwarin, der eigentlich Lifschitz heißt und ein naturalisierter Russe ist. Aulard hat bereits darauf hingewiesen, daß sie sich durch eine seltsame Unordnung in den Urkunden und durch geringe Befolgung der historischen Methoden auszeichnet. Sie trägt ebenso alle Spuren von Leichtfertigkeit und Voreingenommenheit. Abgesehen davon, daß es spaßig ist, einen kommunistischen Schriftsteller den Iswolsky und Raffalowitsch blindlings glauben zu sehen, entstellt er durch seine Kommentare immerfort den offenkundigen Sinn der Zitate. Ich lasse die Artikel beiseite, in denen die „Humanité" anläßlich des von ihr veröffentlichten Briefwechsels Gustav Téry, Jean Henessy, Henri Berenger und Dumay vom „Quotidien" und viele andere heftig angreift. Sie sucht damit ihre Vielseitigkeit und ihre sogenannte Unparteilichkeit zu erweisen. Da jedoch Boris Suwarin vor allem den Glauben erwecken will, ich hätte den Krieg gemeinsam mit Iswolsky vorbereitet, genieße ich bei ihm selbstverständlich eine Vorzugsbehandlung. So bemerkt Boris Suwarin auf Grund mehrerer Schreiben Raffalowitschs von 1905 oder Anfang 1906, in denen von einem Manne namens „Pybie" die Rede ist, der die Verteilung russischer Gelder begünstigt haben soll, am 22. Dezember 1922 unerschrocken: „Man fragt uns: Wer ist dieser geheimnisvolle Pybie, der in Raffalowitschs Briefwechsel mehrmals genannt wird? Es ist Herr Poincaré." Merkwürdig, daß ein mit dem Russischen vertrauter Publizist vergessen hat, daß in seiner Muttersprache das P ein R ist, daß y als u gesprochen wird und daß b ein w ist! Hätte er sich die Mühe gegeben, einen Augenblick nachzudenken, so hätte er erkannt, daß Pybie „Ruwie" ausgesprochen

---

zwanzig anderen herauszuheben. „Der französische Geschichtschreiber Ernest Renauld hat Poincaré im Oktober 1922 in öffentlicher Kammersitzung das furchtbare Wort zugerufen: ‚Sie sind der erste Totengräber Europas'." Ich brauche kaum zu sagen, daß ‚der Geschichtschreiber E. Renauld' mit gutem Grunde niemals in der Kammer gesprochen hat.

wird und daß Raffalowitsch faktisch Rouvier gemeint hat, der damals am Ruder war. Aber erst drei Tage später hat Suwarin seinen Irrtum bemerkt; statt ihn jedoch ehrlich zu berichtigen, ersetzt er ihn flugs durch einen anderen: „Pybie", so schreibt er, „ist nicht Poincaré, sondern der frühere Ministerpräsident Rouvier. Als Finanzminister im Kabinett Rouvier haben wir Poincaré das zugeschrieben, was auf den Leiter der Regierung zutraf." Ich weiß nicht, ob Suwarin keine Kenntnis davon hat, daß ich in einem Kabinett Rouvier nie Finanzminister war noch irgendein anderes Portefeuille innehatte. Jedenfalls hätte er, bevor er diesen Satz schrieb, so vorsichtig sein sollen, sich zu erkundigen. Da hätte er erfahren, daß ich erst am 14. März 1906 Finanzminister im Kabinett Sarrien geworden bin. Vielleicht hätte er sogar erfahren, daß damals Schreiben Raffalowitschs an seine Regierung verlorengegangen, entwendet und sogar in französischen Zeitungen veröffentlicht worden waren und daß der Finanzrat der Botschaft in ihnen gestanden hatte, welche Verlegenheit ihm meine Sprödigkeit bereite. Tatsächlich sollen die von der russischen Botschaft ausgeteilten Summen sich nach der „Humanité" (8. Dezember 1923) auf 935 785 Franken im Jahre 1904 und auf 2014 161 Franken im Jahre 1905 belaufen haben, und in jener ganzen Zeit war Lenoir der beglaubigte Mittelsmann Raffalowitschs („Humanité", vom 14., 19., 22. und 24. Dezember 1923). Raffalowitsch bezeichnet ihn sogar als den gewöhnlichen Weg. Im März 1906 und während meines ganzen Ministeriums herrscht völliges Schweigen. Lenoir hat sich verkrochen, Raffalowitsch desgleichen. Dieser wendet sich an mich nur ein einziges Mal im Juni, um mich auf öffentliche Anschläge in Paris hinzuweisen, die, wie er sagt, geeignet sind, dem russischen Finanzkredit zu schaden. Ich antworte ihm ziemlich trocken, diese Anschläge stellten keine Straftat dar, die französische Regierung könne nicht eingreifen; es sei Sache der Beteiligten, nach Gutdünken zu handeln („Humanité", 5. Januar 1924). Weiter gehe ich auf seine Beschwerde nicht ein.

Im Jahr 1912 hatte ich die gleichen Anlässe zu Vorsicht. Übrigens kannte ich Lenoir damals so wenig wie 1906 persönlich. Ich hatte ihn nie empfangen, nie mit ihm gesprochen, ihn nie gesehen. Erst im Jahre 1913, nach meinem Einzug ins Elysée, bat er Georges Payelle, den früheren Generaldirektor der direkten Steuern und heutigen Ersten Präsidenten des Rechnungshofes, der ihn früher im

Finanzministerium getroffen hatte, ihm eine Audienz beim Präsidenten der Republik zu erwirken. Wie er sagte, wollte er sich bei mir dagegen verteidigen, der Mann Caillaux' zu sein, wie einige behaupteten, oder der Mann Clemenceaus, wie andere vorgaben. Ich empfing ihn aus bloßer Höflichkeit ein paar Minuten lang und habe seitdem nie mehr Gelegenheit gehabt, mit ihm zu sprechen. Im Jahre 1914 schickte er mir zu meiner größten Überraschung selbstverfaßte Gedichte. Darauf beschränkten sich unsere Beziehungen. Ich habe ihn nie um den geringsten Dienst gebeten, ihn nie ermächtigt, meinen Namen bei irgendwem zu gebrauchen.

Im Lichte dieser Bemerkungen fällt es nicht schwer, Iswolskys Spiel zu durchschauen. Als er am 10./23. Oktober 1912 jenen Brief schrieb, aus dem der Hamburger Fichtebund ein Bruchstück unter dem Titel „Die Vorbereitung des Weltkrieges durch die Bestechung der Presse" abgedruckt hat und den die „Humanité" am 7. Januar 1924 vollinhaltlich veröffentlicht hat, log er seinem Minister so wenig wie möglich vor, um endlich die schon so lange erbetenen Geldmittel zu erhalten; aber er stellte die Wahrheit so dar, daß seine Regierung ihn im Einverständnis mit mir glauben konnte.

Es muß gesagt werden, daß er ein Meister in dieser Methode und daß auch Raffalowitsch ziemlich erfahren darin war. Nähme man ihre Schreiben wörtlich, so hätten die unbescholtensten Männer durch sichere Mittelsmänner einen Druck auf sie ausgeübt, um Mittel für diese oder jene Zeitung zu erhalten. Solcher unsauberen Machenschaften beschuldigen sie nacheinander einen Méline, einen Léon Bourgeois, einen Maurice Sarraut, einen Doumer. („Humanité", 18., 19., 20. Dezember 1923, Schreiben Raffalowitschs.) Man ist verblüfft, daß Russen, die in Paris lebten, derartige Behauptungen aufstellen und ihren Landsleuten zutrauen konnten, daß sie sie ernst nähmen.

Am 10./23. Oktober 1912 beginnt also Iswolsky damit, Sasonow die Finanzbeihilfen anzugeben, die gewisse Pariser Zeitungen von Österreich, Deutschland und der Türkei erhalten. Dann fährt er fort: „Ein derartiger Zustand macht, wie ich mich überzeugen konnte, nicht nur mir Sorge, sondern auch dem französischen Ministerium des Auswärtigen, und ich habe Grund zu der Annahme, daß Poincaré es für erwünscht hält, daß auch wir dies Mittel anwenden." Man sieht den Kniff. Nicht ich mache mir Sorge, sondern das Ministerium, und Iswolsky behauptet nicht, ich betrachtete

ein Eingreifen für erwünscht, sondern er hat Grund, dies anzunehmen. Dann erinnert er selbst seinen Minister daran, daß die kaiserliche Botschaft sich früher, auf Rouviers Empfehlung hin, an Lenoir gewandt habe. Da sie aber seitdem keinen Kopeken mehr erhalten habe, sei sie oft Polemiken ausgesetzt gewesen, die für Rußland gefährlich waren. Er hütet sich wohl, zu sagen, ich hätte ihn um irgendwas gebeten noch ihm irgendwas nahegelegt, erklärt jedoch, er habe mir seine Absichten anvertraut und habe sich überzeugt (man beachte diese zweideutige, vorsichtige Wendung), ich sei bereit, ihm einen geeigneten Verteilungsplan anzugeben. Er behauptet nicht, daß ich Lenoir kenne noch daß er mit mir von ihm gesprochen hat, sagt aber: „Lenoirs Persönlichkeit ist ihm *anscheinend* wohlbekannt, und *er hätte uns wahrscheinlich erkennen lassen*, daß seine Mitarbeit erwünscht ist."

Die Beiwörter anscheinend und wahrscheinlich sprechen ziemlich deutlich für sich. Iswolsky will glauben machen, daß wenn er und Raffalowitsch nicht an Lenoir gedacht hätten, ich ihnen gewiß geraten hätte, sich an ihn zu wenden; aber daß ich diesen oder einen anderen Namen genannt hätte, wagt er doch nicht zu sagen.

Am 17./30. Oktober antwortet Sasonow, der Ministerrat habe beschlossen, der Botschaft 300000 Franken anzuweisen, macht jedoch Vorbehalte betreffs Lenoirs, mit dem das russische Kabinett, wie er sagt, früher unzufrieden gewesen sei und der in St. Petersburg kein Vertrauen einflöße. Sofort schreibt Raffalowitsch, der mit Lenoir früher alle Pressesachen bearbeitet hat, an Sasonow, um ihn zu beruhigen. Auch er behauptet nicht, ich hätte ihm Lenoir empfohlen, aber er schreibt in der gleichen vorsichtigen und gewundenen Weise: „*Es scheint*, daß der hiesige Ministerpräsident mehr Vertrauen zu Lenoir hat als Sie in St. Petersburg." („Humanité", 7. Januar 1924.)

Aber trotz der Eröffnung eines Kredits von 300000 Franken war Kokowzow dem Plane Iswolskys nicht sehr wohl gesinnt. Er fand ihn trügerisch. Durch Schreiben vom 17. Oktober hatte er mir die Entsendung Dawydows nach Paris angekündigt („Humanité", 9. Januar 1924.). Dawydow kam wirklich. Wie gesagt, bestimmte meine Unterredung mit ihm mich dazu, Iswolskys eigennützige Lesart bei Kokowzow durch ein Schreiben vom 18. November Lügen zu strafen.

Ich schrieb dem Ministerpräsidenten, ich hätte Dawydow zwei-

mal gesprochen. „Zunächst", hieß es in dem Briefe, „lag mir daran, bei ihm und Eurer Exzellenz einen Gedanken richtigzustellen, den er mir in ganz unzutreffender Form vorgetragen hat. Sie haben anscheinend geglaubt, die französische Regierung hätte den Wunsch geäußert, daß die kaiserliche Regierung in der jetzigen Lage ein paar finanzielle Opfer brächte, um in der französischen Presse eine den Absichten des russisch-französischen Bündnisses günstige Atmosphäre zu schaffen. Ich kann Ihnen nicht genug wiederholen, daß dies der Wirklichkeit völlig widerspricht. Nie hat die französische Regierung einen so indiskreten Gedanken gehegt, und nie habe ich ein Wort gesagt, das dazu berechtigte, ihn uns zuzuschreiben. Vielmehr hat mir Seine Exzellenz, der russische Botschafter den Gedanken ausgedrückt, daß Geldvorschüsse nützlich sein könnten." Da Iswolsky der Kredit von 300000 Franken eröffnet worden war, und da ich keine Mittel hatte, ihn daran zu hindern, hätte ich es dabei bewenden und der russischen Regierung volle Freiheit lassen können. Aber ich setzte hinzu: „Ich habe Dawidow gesagt, ich wünschte mich auch weiterhin zurückzuhalten. Ich habe nur geglaubt, ihm sagen zu müssen, da Sie ja für den von Iswolsky beabsichtigten Zweck einen Kredit von 300000 Franken eröffnet haben, müßte man ihn möglichst nach und nach in Bruchteilen mit großer Vorsicht und Verschwiegenheit verteilen. Im übrigen kann ich diese Sache nur Ihrer Einsicht anheim stellen." Schwerlich konnte ich Kokowzow deutlicher zu verstehen geben, daß ich ihm nahelegte, die Verfügung über das Geld so wenig wie möglich Iswolsky zu überlassen.

Als Kokowzow dies Schreiben erhalten hatte, richtete er an Sasonow eine vertrauliche Note, worin er ihm deutlich zu verstehen gab, daß er auf Iswolskys Manöver nicht hereingefallen war[1]. „*Im Laufe der Unterredung des französischen Ministerpräsidenten mit dem Wirklichen Staatsrat Dawydow hat Poincaré diesem erklärt, daß der Gedanke eines finanziellen Druckes auf die französische Presse allein von unserem Botschafter stamme und daß er selbst sich nur darauf beschränken könne, uns den Rat zu geben, die angewiesene Summe ganz allmählich und mit großer Vorsicht auszugeben.* Im Laufe der weiteren Unterredungen zwischen dem Hofmeister Iswolsky und Poincaré *ist vereinbart worden, daß keine unmittelbare Notwendig-*

[1] 3. Dezember 1912, „Humanité", 10. Januar 1924.

keit zur Verteilung irgendwelcher Summe bestehe und daß es lediglich erwünscht sei, einen Betrag von 300 000 Franken *als Reserve* zu haben, falls *unversehens* die Notwendigkeit zu Ausgaben entstehen sollte. Das erzielte Einvernehmen und die Stellung zu ihm ist dann durch ein Schreiben Poincarés an mich vom 18. November neuen Stils bestätigt worden, dessen Abschrift Eurer Exzellenz am 10. November d. J. alten Stils übersandt worden ist." Das war das oben wiedergegebene Schreiben.

Meine Rolle war also sehr einfach gewesen. Da ich wußte, daß der russischen Botschaft 300 000 Franken überwiesen worden waren, hatte ich lediglich gesagt, daß ihre jetzige Verwendung sich durch nichts rechtfertige, und aus Vorsicht hatte ich geraten, auch künftig nichts ohne Einvernehmen mit dem Finanzministerium und durch Vermittlung eines seiner Agenten zu unternehmen.

Klotz hatte gegen Lenoir nichts einzuwenden, und da ich weder ihn noch die anderen Makler kannte, wäre ich wohl nicht imstande gewesen, einen besseren zu nennen. Nach Iswolskys und Raffalowitschs Schreiben vom Dezember 1912 und Januar 1913 scheint Lenoir, meinen dringenden Ratschlägen zuwider, ziemlich bald eine Anzahlung von 25 000 Franken verlangt zu haben. Da ich mich um die Sache nicht weiter gekümmert habe, wußte ich nichts darüber. Ebensowenig wußte ich, daß Lenoir sich in der Botschaft eingestellt hatte, um, wie er sagte, im Namen des Herrn Israel um Unterstützung zu bitten. („Humanité", 18. Januar 1924.) Auch das wußte ich nicht, daß Lenoir am 4. März 1913 Raffalowitsch aufgesucht hat, um, wie er sagte, im Auftrage Briands um einen neuen Vorschuß von 30 000 Franken zu bitten. („Humanité", 12. Januar 1924.) Um Raffalowitschs eigenen Ausdruck zu gebrauchen, bin ich über diese „Küche" nie auf dem laufenden gehalten worden, ebensowenig sicherlich Briand. Die einzige Erinnerung, die ich habe, und sie wird durch ein Dekret bestätigt, ist die, daß ich vom 1. bis 17. Januar 1913 keinen Heller von dem Sonderfonds des Ministeriums verbraucht hatte und daß ich meinem Nachfolger von der laufenden Zuweisung eine Ersparnis von 80 000 Franken hinterließ. Hätte ich 25 000 Franken an Zeitungen vergeben wollen, so hätte ich wohl nicht bei Iswolsky angeklopft!

Ebenso falsch ist es, daß meine Regierung eingegriffen habe, um dem „Radical", dessen Direktor damals der Senator Perchot war, eine russische Unterstützung zu verschaffen. Die Regierung ist

zwar mehrfach für Perchot eingetreten, aber nur, weil man in Rußland der französischen Gesellschaft des Hafens Tuaps mehrere Millionen schuldete, und er als Hauptgläubiger dieses Unternehmens nie sein Recht bekam. Übrigens begann die Regelung dieser Sache erst Ende 1913. Es war die elementare Pflicht des Quai d'Orsay, die berechtigten Ansprüche eines französischen Unternehmens zu unterstützen.

Das also nennt der „Fichtebund" die Vorbereitung des Weltkrieges durch Bestechung der Presse. In Frankreich hat es allerdings nur eine winzige Zahl von Verleumdern gegeben, die sich an diesem schäbigen ausländischen Pressefeldzug beteiligt haben, aber einer von ihnen heißt Victor Margueritte. Er war mehr als irgendwer befähigt, über Presseunterstützungen zu reden. Während des Krieges hat dieser Generalssohn und alte Offizier, der anfangs gehofft hatte, wieder einzutreten, der mich im Oktober 1914, als er zum Hauptquartier des Militärgouverneurs von Paris kommandiert war, sogar gebeten hatte, mich auf einer Rundfahrt zu den Heeren begleiten zu dürfen, und der sich dann in das Pressebureau des Kriegsministeriums zurückgezogen hatte, mir auf einem Briefbogen mit dem Aufdruck dieses Ministeriums geschrieben: „7. Mai. Herr Präsident! Ich habe Herrn Delcassé noch nicht sprechen können, und Herr Piccioni sagt mir, der Minister habe etwas gezögert, als er ihn gebeten habe, der ‚Information universelle' die monatliche Summe von 10000 Franken, die das Unternehmen braucht, um zu leben, für die Kriegsdauer weiter zu gewähren." 120000 Franken für Victor Margueritte Veröffentlichungen schienen Delcassé in der Tat eine große Summe. Aber Victor Margueritte war ganz anderer Ansicht; um die Ausdrücke seines Buches auf ihn selbst anzuwenden, fand er, daß das „Ministerium keinen richtigen Gebrauch von den Sporteln machte", und verlangte „ein neues Manna". Dann fuhr er fort: „Sollte mir die Beihilfe des Ministeriums des Auswärtigen fehlen, so wäre das Ende einer großen Propaganda da, die mitten in der Ausführung steht und die unserem Lande gegenüber den *furchtbaren Anstrengungen Deutschlands* sehr nützlich sein könnte." Diesmal begnügte Victor Margueritte sich nicht mehr mit einem Klappsitz in meinem Auto; er wollte einen wohlgepolsterten Rücksitz hinter der Front haben.

Verblüffend ist, daß sich in Amerika Schriftsteller gefunden haben, die so schlecht Bescheid wußten, daß sie die elenden Verleum-

dungen des „Fichtebundes" aufgegriffen haben. Einer dieser phantasievollen Leute geht so weit, zu behaupten, die russische Regierung habe uns, dem französischen Finanzminister und mir, Mittel überwiesen, um meine siegreiche Wahl zum Präsidenten der Republik sicherzustellen[1]. Man fragt sich, welche Vorstellung der Verfasser sich von der Nationalversammlung und von Frankreich selbst macht. Hätte er sich nur die Mühe gegeben, im „Schwarzbuch" zu lesen, so hätte er gesehen, daß ich alles, was von mir abhing, getan habe, um jede Ausgabe zu verhindern, und daß die ohne mein Wissen vor der Wahl ausgegebenen Summen 25 000 Franken nicht überstiegen haben. Damit konnte man gewiß den ganzen Kongreß kaufen! Diese etwas unverschämte Schnurre erinnert mich an eine andere, die die Deutschen, ja selbst der Reichskanzler, während des Krieges gern erzählten: Die Reise des Generals Suchomlinow nach Paris im Januar 1913, nach seinem Aufenthalt in Berlin im Dezember 1912, habe den Zweck gehabt, meine Wahl zu betreiben. Dieser General Suchomlinow, der dann in Rußland wegen Landesverrates verurteilt worden ist, hat sich nach Deutschland als seinem Lieblingslande geflüchtet, wo er 1926 gestorben ist.

Ein anderer Amerikaner geht noch weiter[2]. Er entnimmt der Leipziger „Handelszeitung" ein Telegramm, das von diesem Blatt Iswolsky zugeschrieben wird und das er im Juli 1913 an Sasonow gesandt haben soll. Die Urschrift dieses seltsamen Telegramms hat kein Mensch gesehen; niemand sagt auch, woher es stammt. Es ist weder von Stieve noch im „Schwarzbuch" veröffentlicht. Es ist zuerst in der „Handelszeitung" erschienen und von den meisten deutschen Zeitungen nachgedruckt worden, dann von den amerikanischen, besonders von der Neuyorker „Humanity" (November 1924). Es ist verstümmelt, hat weder Nummer noch Datum und die daraus veröffentlichte Stelle trägt ganz das Gepräge einer groben Fälschung. Im Juli 1913 soll Iswolsky mit mir eine Unterredung gehabt und auf russisch an Sasonow berichtet haben: „Diese Unterredung hat mich überzeugt, daß Poincaré in jeder Hinsicht voll mit uns darin übereinstimmt, daß der Augenblick endlich gekommen ist, um die Wünsche unserer traditionellen Politik zu verwirk-

[1] W. L. Langer, „New Republic", 15. April 1925.

[2] Harry Elmer Barnes. Dieser Aufsatz sowie die französische Übersetzung des Aufsatzes, den ich im „Foreign office" veröffentlicht hatte, ist in der Zeitschrift von Mathias Morhardt abgedruckt worden.

lichen." Und hier soll Iswolsky, offenbar in der Befürchtung, daß Sasonow kein Russisch verstehe, in Klammern auf französisch hinzugesetzt haben: „à réaliser les aspirations séculaires" (um hundertjährige Wünsche zu verwirklichen). Das Telegramm lautete angeblich weiter: „und auch das europäische Gleichgewicht durch Rückerstattung der entrissenen Provinzen Elsaß-Lothringen wiederherzustellen. Er sieht große Schwierigkeiten von seiten der sozialistischen Radikalen voraus, die jedem Kriege widerstreben, vor allem aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen, aber besonders einem Kriege, der auf dem Balkan beginnt. Diese Partei hat wahrhaft fähige Führer: Caillaux, Herriot, Poincaré, und verfügt über eine große Zahl von Deputierten und Zeitungen. Poincaré ist in dieser Hinsicht mit mir der Ansicht, daß es notwendig wäre, unsererseits ein sehr großes Opfer zu bringen. Kaum wage ich die Summe von 3 Millionen Franken zu nennen, davon allein 350000 Franken für den ‚Radical', das Organ des Senators Perchot. Wenn wir aber bedenken, wie gering diese Summe im Vergleich zu der Weltumwälzung ist, die wir uns von ihr erwarten dürfen, werden Sie es vielleicht für gut halten, diesen Vorschlag dem Ministerrat zwecks sofortiger Ausführung vorzulegen."

Hätte ich Iswolsky die wahnsinnigen Reden gehalten, die mir in diesem Telegramm zugeschrieben werden, ich hätte nicht ins Elysée gehört, sondern ganz einfach ins Narrenhaus nach Charenton. Wenn er sie erfunden und daran eine neue Geldforderung geknüpft hat, die zehnmal größer war als der ihm eingeräumte Kredit, über den frei zu verfügen ich ihn gehindert hatte, so hätte er den Zynismus etwas weit getrieben und verdient, als Gauner eingesteckt zu werden. In Wirklichkeit aber ist nichts verdächtiger als diese angebliche Urkunde. Darauf hat schon die „Nuova Rivista storica" in Mailand[1] in einer Anmerkung zu dem Artikel von Barnes hingewiesen. Glaubt man wohl, Iswolsky hätte Sasonow, ohne auf seinen Unglauben zu stoßen, aufbinden können, ich hätte als Präsident der Republik alles, was ich als Ministerpräsident über die „hundertjährigen Wünsche" Rußlands immer wieder gesagt hatte, widerrufen? Betreffs der ausdrücklichen Erwähnung Elsaß-Lothringens bemerkt die „Nuova Rivista storica" mit Recht, daß sie in Iswolskys Schriftwechsel einzig dastehe und daß sie in Verbindung mit Ruß-

[1] November-Dezember 1925.

lands „hundertjährigen Wünschen" absichtlich hineingesetzt sei. Ich füge noch eins hinzu. Wenn Herriot auch zweifellos zu einem der hervorragendsten Führer der radikalen Partei geworden war, so hatte er 1912 in Iswolskys Augen doch wohl keine solche politische Stellung, daß der Botschafter derart von ihm reden konnte, wie er es getan haben soll. Wenn mein eigener Name nicht auf einem Druckfehler beruht, so verstehe ich nicht, was er in der Aufzählung der Führer der sozialistischen Radikalen zu tun hat. Schließlich hätte Iswolsky, wenn er dies Telegramm geschrieben hätte, gewußt, daß es dem Ministerpräsidenten und Finanzminister Kokowzow vorgelegt werden würde, und er hatte nicht vergessen, wie ich diesem gegenüber seine Behauptungen Lügen gestraft hatte. Diesem Mißgeschick hätte er sich nicht zum zweitenmal ausgesetzt. Schließlich wird mit gutem Grunde weder Sasonow noch Kokowzows Antwort mitgeteilt. Kurz, es ist zu wetten, daß dies Schriftstück apokryph ist. Jedenfalls ist es lügnerisch. Wenn die Harmlosigkeit derer, die es ernstgenommen haben, jede Kritik entwaffnet, so ist die Frechheit derer, die es verfertigt haben, geeignet, viele andere Urkunden, die angeblich aus den russischen Archiven stammen, als verdächtig erscheinen zu lassen. Übrigens kann ich nicht übergehen, daß der finanzielle Schriftwechsel Iswolskys und Raffalowitschs, bevor er zur „Humanité" gebracht wurde, in Paris kursiert hatte, daß sogar eine verdächtige Person ihn mir zum Kauf hatte anbieten lassen und daß ich auf derartige Anträge selbstverständlich nicht eingegangen war.

Zudem haben weder Victor Margueritte noch der „Fichtebund", noch die genannten Amerikaner den Nachweis zu führen gesucht, daß irgendeins der von der „Humanité" aufgeführten kleinen Blätter, deren Auflage im allgemeinen ganz gering war, „angesichts der furchtbaren Anstrengungen Deutschlands" nach Empfang der mageren Beihilfen Iswolskys und Raffalowitschs je den kleinsten kriegerischen Artikel veröffentlicht haben. Es handelte sich für niemanden um „Kriegsvorbereitungen". Aber die Methoden, die der Botschafter angewandt hatte, um zu seinen Zwecken zu kommen, und die Notwendigkeit, in die er mich versetzt hatte, ihn Kokowzow gegenüber Lügen zu strafen, konnten mich nicht dazu bestimmen, ihm kurz darauf, als Präsident der Republik, ein Vertrauen zu schenken, das ich ihm als Ministerpräsident nur zu oft hatte versagen müssen.

Andererseits hatten Briand und Jonnart in dem Monat zwischen meinem Scheiden vom Quai d'Orsay und meinem Einzug ins Elysée gemerkt, daß Georges Louis' Tätigkeit in St. Petersburg immer mehr nachgelassen hatte. Niemand kann ernstlich glauben, daß diese beiden so hervorragenden und so selbständigen Geister sich lediglich mir zu Gefallen die Ansicht gebildet hätten, daß es zweckmäßig sei, über die Vorgänge in Rußland besser unterrichtet zu werden. Zwischen dem 17. Januar und dem 18. Februar hat nicht *ein* Ministerrat unter Fallières' Vorsitz stattgefunden, wie Fabre-Luce unüberlegt schreibt, sondern von etwa zwölf Ministerräten im ganzen, an deren keinem ich teilnahm, fanden sieben bis acht unter dem Vorsitz meines ehrwürdigen Vorgängers statt. Angenommen, ich hätte irgendeinen Einfluß auf diese Beratungen der Regierung ausüben können, so wäre ich doch gewiß nicht an ihnen schuld.

Ganz ebenso aus eigenem Antriebe kamen Briand und Jonnart auch auf den Gedanken, die Vertretung Frankreichs in St. Petersburg Delcassé anzuvertrauen. Seitdem dieser seinem Freunde Pams ins Privatleben gefolgt war, hatte er sich von neuem in Einsamkeit und Stille vergraben. Er schien der Politik sogar zu schmollen. Doch Briand und Jonnart entsannen sich, daß er Loubet nach Rußland begleitet hatte, daß er dem Zaren, Kokowzow und Sasonow bekannt war, und sie sagten sich, daß er die Fühlung besser wiederherstellen werde als irgendwer.

Briand verhehlte niemandem seine Sorgen. Natürlich hatte er sie mir anvertraut, aber auch vielen anderen. Ein durch seine Arbeiten über die diplomatische Geschichte bekannter Schriftsteller, Pierre Albin, hatte am 13. Februar 1913 mit dem Ministerpräsidenten eine Unterredung, die er sofort aufzeichnete und die er im „Eclair" vom 21. November 1924 wiedergegeben hat. „Als wir beide Platz genommen haben, lehnt Briand sich in seinem Stuhl zurück, verzieht den Mund und sagt: „Weißt du, mit Louis geht es nicht!" — „Ach!" — „Es geht gar nicht. Man merkt, er steht dort allein, ohne Ansehen. Er meldet uns nichts." Ich versuche, eine Erklärung zu geben. Iswolsky hat ihn diskreditiert, indem er an Sasonow geschrieben hat, Louis hätte nicht das Ohr seiner Regierung. Aber der Präsident unterbricht mich. Er verzieht den Mund in noch bedeutungsvollerer Weise; dann sagt er: „Nein, das ist es nicht. Er schickt uns nichts. Niemals Briefe, kaum ein paar Telegramme.

Sasonow sieht er fast nie, fast immer Neratow. Er kann nichts Bestimmtes erfahren. Er sagt uns nicht: Sasonow oder Neratow hat mir dies geantwortet, sondern: Sasonow denkt, daß ... Das kann nicht so weitergehen." Ich konnte keinen neuen Versuch machen, Louis zu verteidigen. Wie man sieht, verfolgt Briand die auswärtigen Angelegenheiten sehr scharf; er weiß Bescheid, urteilt nach Unterlagen, und trotz seines Wohlwollens für Louis steht seine Meinung fest. Louis ist aufgegeben. Das einzige, was der Regierung Verlegenheit macht, ist, ihn mitten in der Krise zu ersetzen."

Übrigens war Jonnart selbst so freundlich, mir in einer kurzen Zuschrift zu erklären, wie er zu dem doppelten Entschluß gelangt war, Louis abzuberufen und Delcassé zu ernennen.

„Georges Louis", schrieb er mir, „ist als Botschafter in St. Petersburg abberufen worden, als ich Minister des Auswärtigen war. Meine Erinnerung ist sehr deutlich. Ich hatte von Louis nur Gutes gehört, solange er Direktor der politischen Angelegenheiten war. Sobald ich aber am Quai d'Orsay einzog, erfuhr ich, daß unser Botschafter in Rußland seit Monaten nicht mehr die Tätigkeit entfaltete, die die Umständen verlangten. *Ich wußte, daß er krank war*, und schrieb die Schwäche, die man ihm mit Recht vorwarf, seinem Gesundheitszustande zu. Mitten im Balkankriege mußte der Minister des Auswärtigen die Ereignisse Tag für Tag mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgen.

„Von unseren Botschaftern und Gesandten erwartete ich, daß sie ihren Eifer und ihre Wachsamkeit verdoppelten. In London waren wir ausgezeichnet vertreten; in Berlin unterrichtete Jules Cambon uns mit einer Sicherheit des Blickes und einer Genauigkeit, die keinen Zweifel über die Absichten der deutschen Regierung ließen. Der Reichstag bewilligte neue, bedeutende Kredite zur Heeresverstärkung und zur Vermehrung der schweren Artillerie. Überall, in der Umgebung des Kaisers wie in der militärischen Welt, in der Geschäftswelt wie in der Schuljugend, überall wünschte man den Krieg. Unser fester Wille war, alles zu tun, um ihn zu vermeiden — alles, was die nationale Ehre uns zu tun erlaubte —, und zu diesem Zweck in enger Verbindung mit England und mit Rußland zu bleiben. Nun aber wurden die Berichte des Petersburger Botschafters aus sehr erklärlichen Gründen immer seltener, und am Quai d'Orsay liefen nur noch ganz kurze Telegramme als Antwort auf die an ihn gesandten ein. Wie ich erfuhr, verließ Georges Louis seine Bot-

schaft nicht mehr. Er hatte fast jede Fühlung mit dem russischen Außenminister Sasonow verloren, der sich darüber beklagte. Den Zaren sah er nie mehr. *Frankreich war zu sorgenvoll, zu bedroht, als daß diese Lage noch länger hätte andauern können. Der Ministerrat, der letzte, in dem Fallières den Vorsitz führte, war einstimmig dieser Ansicht.* Ich erwies Georges Louis, seinen Diensten, seiner Hingebung in einer langen Laufbahn die verdiente Ehre und sprach mein Bedauern aus, ihn nach Paris zurückberufen zu müssen. Die Regierung vertraute Delcassé die Aufgabe an, die Fühlung mit Sasonow wieder aufzunehmen und mit dem Zaren selbst über die uns zugegangenen Nachrichten sowie über die Regelung der Fragen zu reden, die sich durch Deutschlands Haltung aufdrängte. Wir wußten, daß Delcassé *persona grata* in Rußland sein würde, daß man ihn wegen des großen Ansehens, das er in der diplomatischen Welt besaß, in Petersburg mit Begeisterung und Dankbarkeit aufnehmen würde und daß besonders der Zar ihn aufs wohlwollendste begrüßen und seinen Ratschlägen Rechnung tragen würde. Andererseits war es sicher, daß Delcassé sich dort seinem englischen Kollegen nähern und vertrauensvolle, herzliche Beziehungen zu ihm unterhalten würde. Die Ereignisse haben unsere Voraussicht bestätigt."

Nach dem Beschluß des Ministerrates hatte Jonnart Iswolsky gebeten, das Agrement des Zaren zu Delcassés Ernennung einzuholen. Zwei Tage darauf, am 17. Februar, bevor ich im Elysée war, telegraphierte er an Georges Louis: „Die Regierung der Republik sieht sich durch den Ernst der Lage genötigt, sich bei der verbündeten Macht durch eine politische Persönlichkeit vertreten zu lassen, die besonderes Ansehen genießt und ihr Amt mit einer Tatkraft verschen kann, die Ihr Gesundheitszustand Ihnen leider verbietet. Selbst die Wahl Ihres Nachfolgers wird Ihnen beweisen, welchen Wert die Regierung auf Ihre Mitarbeit gelegt hat. Delcassé wird nämlich die Ehre haben, an Ihre Stelle zu treten. Ich habe den russischen Botschafter gebeten, das Agrement des Kaisers einzuholen. Nicht ohne lebhaftes Bedauern bin ich veranlaßt, Ihrer Mission ein Ende zu setzen, die in vieler Hinsicht nutzbringend und bedeutungsvoll war. Seien Sie versichert, daß die Regierung der Republik Ihnen alle Dankbarkeit für Ihre langen und treuen Dienste bewahrt, auf die sie bei Gelegenheit noch zurückgreifen zu können hofft. Gez. Jonnart."

Fünftes Kapitel

Der Präsident übergibt mir seine Amtsgewalt – Besuch im Rathause – Das Kabinett Briand wird bestätigt – Empfänge und Zeremonien in Vincennes – Das friedfertige Frankreich

Am Morgen des 18. Februar herrschte empfindlicher Frost. Ein eisiger Wind blies durch die schon bewimpelten Straßen. Die Sonne war an einem heiteren, strahlenden Himmel aufgegangen. Gegen Mittag trübte sich das Wetter. Aber die Volksbegeisterung ließ sich durch nichts hemmen. Die ganze Stadt war in Feststimmung. Zu Beginn des Nachmittags wälzten sich Menschenmassen nach den Tuilerien, der Place de la Concorde, den Champs-Elysées und nahmen Aufstellung an dem langen Wege, durch den der Zug kommen sollte. In meiner kleinen Rue du Commandant Marchand, vor der stillen Wohnung, die ich verlassen sollte, drängten sich Arbeiter und Bürger, Männer, Frauen und Kinder, deren ununterbrochene Hochrufe durch das ganze Stadtviertel widerhallten.

Um $^1/_2$3 Uhr erschien der Ministerpräsident Briand in Begleitung des Generals Beaudemoulin, des Oberstleutnants Fénelon und Adolphe Pichons... Im Frack mit weißer Halsbinde bestieg ich mit Briand den Galawagen, der auf mich wartete, umgeben von einer Abteilung Kürassiere und dem Fahnenträger des Regiments Nr. 1. Als der Zug sich unter Trompetenschall in Bewegung setzte, hob meine Mutter, die am Vormittag zu mir gekommen war, aber keiner offiziellen Zeremonie hatte beiwohnen wollen, einen der Fenstervorhänge meiner kleinen Bibliothek und warf mir einen langen zärtlichen Blick zu, in dem mir ebensoviel Schmerz wie Mutterstolz zu liegen schien. War sie doch untröstlich über den Tod meines Vater geblieben, den wir 1911 verloren hatten. Sie lebte nur noch für ihre Kinder, und auch ich hatte an jenem Tage, der mich dem stillen Familienleben entriß, keinen anderen Ehrgeiz mehr, als mich in meinem neuen Amte der Lehren der Rechtschaffenheit und Selbstlosigkeit würdig zu zeigen, die meine Eltern mir gegeben hatten.

Durch die Avenue Malakow, die Avenue du Bois de Boulogne und die Champs-Elysées fuhr der Landauer mit seiner Eskorte nach dem Palais, das fortan mein Wohnsitz sein sollte. Die Menge war

überall gleich dicht. Hier und da erkannte ich auf dem Fahrdamm, auf den Bürgersteigen, an den Fenstern der Häuser bekannte Gesichter, Senatoren, Deputierte, Schriftsteller, Künstler, Advokaten, und während der ganzen Fahrt ertönte der gleiche Beifall wie vor Monatsfrist.

Ich kämpfte meine Bewegung nach Kräften nieder und langte unter dem Geschützdonner der Invaliden im Elysée an. Fallières erwartete mich in dem großen Vorzimmer, als ich mit Briand die Ehrenrampe hinanstieg. Wir traten aufeinander zu und drückten uns lange die Hände. Dann führte mich der Präsident unter Vortritt der Diener durch den Saal der Wandteppiche und den der Flügeladjutanten zum Botschaftersaal, wo sich bereits die Minister und die Präsidien der Kammern eingefunden hatten. Er trat vor den Kamin, begrüßte die Anwesenden durch eine Verbeugung im Kreise und bewillkommnete mich in den herzlichsten Ausdrücken...

Ich entgegnete: „Herr Präsident! Ihre so wohlwollende und herzliche Begrüßung ist mir der wertvollste Ansporn in dem Augenblick, wo ich die Befugnisse übernehme, die mir die Nationalversammlung anvertraut hat. Ich bin stolz auf die Achtung und die Freundschaft, mit der Sie mich beehren. In meinem hohen Amte will ich versuchen, mich der Gesinnung, die Sie mir bezeigen, und des Vorbildes, das Sie mir geben, würdig zu erweisen. In einem Leben voll edlen Tuns sind Sie stets der treue Diener der Republik und der Demokratie gewesen. Alle, die Ihnen nahetraten, wissen, wie gewissenhaft und wie einfach Sie die schwersten Pflichten erfüllt haben. Ich werde niemals vergessen, daß ich zu Beginn und zu Ende Ihrer siebenjährigen Präsidentschaft das Glück hatte, mit Ihnen an den Ratssitzungen der Regierung teilzunehmen. Ich habe dabei oft genug die Sicherheit Ihres Urteils und den klaren Blick Ihrer Vaterlandsliebe zu erkennen vermocht. Was an mir ist, werde ich alle meine Kräfte der mir zugefallenen Aufgabe widmen, zu deren Erfüllung ich des Vertrauens des Parlaments wie des Landes bedarf. Ich bin glücklich, daß die Herren Präsidenten und die Mitglieder der Präsidien beider Kammern der heutigen Amtsübergabe beiwohnen. Ihre Anwesenheit erscheint auch mir als Wahrzeichen der Eintracht, die zum richtigen Zusammenspiel der Verfassung gehört. Sie können auf meine unerschütterliche Hingebung an die Republik und an das Vaterland zählen."

Hierauf trete ich mit Fallières zusammen an alle Anwesenden der

Reihe nach heran; dann kehren wir allein in sein Kabinett zurück, wo ich vom General Florentin, dem Großkanzler der Ehrenlegion, die Halskette des Großmeisters dieses Ordens erhalte, eine lange Kette mit goldenen Schaumünzen, auf denen die Wappen der französischen Städte oder Allegorien wie Handel und Landwirtschaft geprägt sind, während die schlichteren Rückseiten nacheinander die Namen der bisherigen Staatsoberhäupter tragen. Ein Protokoll über meine Erhebung zum Großmeister wird unterzeichnet, und unter meinem Frack lege ich das Ordensband von rotem Moirée als Zeichen meiner neuen Würde an.

Die Stadtverwaltung von Paris, die zum erstenmal die Amtsübernahme des Präsidenten festlich begehen wollte, hatte Fallières und mich zu einem Empfang in den Sälen des Rathauses eingeladen. Ich bestieg also mit dem Präsidenten wieder den Galawagen und überließ ihm selbstredend den Ehrenplatz. Die Menge war immer zahlreicher geworden. Ganz Paris schien sich jetzt am Ende der Champs-Elysées, um den Obelisken, auf den Terrassen der Tuilerien, unter den Bogengängen der Rue de Rivoli eingefunden zu haben. Viele Zuschauer standen auf Stühlen oder waren auf Leitern geklettert. Menschen hingen wie Trauben an den Bäumen. An allen Fenstern sah man lächelnde Gesichter und das Wogen geschwenkter Tücher. Überall Fahnen, Schilder und lange Bänder. Und immerfort die gleichen brausenden Freudenrufe.

Wir kommen an. Das Rathaus prangt im Festschmuck. Trommler und Hornisten trommeln und blasen. Die Militärkapellen spielen die Marseillaise. Der Platz ist schwarz von Menschen. Loubet, der uns vorausgefahren ist, sowie die Damen Loubet, Fallières und meine Gattin erwarten uns bereits mit den Kammerpräsidien, den Ministern, den Senatoren und Deputierten der Seine, den Stadträten und zahlreichen Amtspersonen ... Der Vorsitzende des Stadtrates und der Seinepräfekt begrüßen mich mit Ansprachen, die ich kurz beantworte ... Dann ersteige ich mit Fallières die Ehrentreppe zwischen dem Spalier der Garde républicaine, die mit gezogenem Säbel unbeweglich dasteht. Wir betreten den Festsaal, in dem die Hochrufe der Menge den Gesang der Künstler übertönen, die die Marseillaise anstimmen. Ein kurzes Konzert folgt; der Lothringer Marsch erntet besonderen Beifall. Durch die Flucht der von Menschen strotzenden Säle gelangen wir zum Büfett, wo Staat und Stadt Trinksprüche austauschen. ... Vor dem Verlassen des

Stadthauses trage ich meinen Namen in ein Goldenes Buch ein und hinterlasse eine Spende für die Armen, während ich eine Gedenkmünze auf meinen Besuch erhalte, die die Stadtverwaltung hat schlagen lassen. Dann geleite ich Fallières durch die stets bewegte Menge zu seiner Wohnung in der Rue François Ier, wo er fortan in Gesellschaft seiner geliebten Bücher die heitere Ruhe eines guten Bürgers genießen wird, der gewissenhaft seine Pflicht erfüllt hat.

Stets unter den Hochrufen der Menge kehre ich ins Elysée zurück, wo ich alsbald Briand und seine Kabinettskollegen empfange. Wie es Brauch ist, übergeben sie mir ihre Demission. Ich setze sie sofort wieder ein und unterzeichne zu diesem Zwecke meine ersten Dekrete . . .

Wie soll ich nach allen Kundgebungen dieses Tages nicht über das Vertrauen erschrecken, das mir das Volk von Paris bezeugt? Und ein Bedürfnis nach der Vertraulichkeit und Herzlichkeit des Familienlebens treibt mich, ein letztes Mal mit meiner Mutter und allen meinen Angehörigen in dem kleinen Haus in der Rue du Commandant Marchand zu speisen und den Abend mit ihnen zu verbringen. Das Scheiden ist wirklich ein halber Tod.

Während ich mich für ein paar Stunden an den häuslichen Herd flüchte, treffen schon haufenweise die amtlichen Kundgebungen ein:

„Zarskoje Selo, 18. Januar.

„In dem Augenblick, wo Sie Ihr hohes Amt antreten, zu dem das französische Volk Sie berufen hat, liegt es mir am Herzen, Ihnen die Versicherung der freundschaftlichen Gesinnung zu wiederholen, die ich Ihnen am Tage Ihrer Wahl gab. Sie wissen, welchen hohen Wert ich auf die Einigkeit lege, die zwischen Rußland und Frankreich besteht. Indem ich auf Ihr Mitwirken rechne, um diese Einigkeit aufrechtzuerhalten und sie gedeihen zu lassen, sende ich Ihnen meine herzlichsten und aufrichtigsten Wünsche.

Nikolaus."

„Washington, 18. Februar.

Aus dem gastlichen Hause Ihres Botschafters und meines Freundes Jusserand, dessen Gast ich bin, sende ich Eurer Exzellenz gelegentlich Ihrer Wahl zum Präsidenten meine herzlichsten Glückwünsche zu Ihrem hohen Amt und zu der Wohlfahrt, die Ihre Verwaltung dem französischen Volke zweifellos schenken wird.

V. H. Taft."

„Rom, 18. Januar.

In dem Augenblick, wo Sie das Amt des Präsidenten der Republik übernehmen, sende ich Ihnen meine herzlichen Grüße nebst den aufrichtigsten Glückwünschen für Ihr und für Frankreichs Wohlergehen.

Viktor Emanuel."

Entsprechende Telegramme der Könige von England, von Belgien, von Spanien, von Dänemark, Norwegen und Schweden trafen ein. Wie es Brauch war, beschränkten der Deutsche Kaiser und der Kaiser von Österreich sich darauf, mich durch ihre Botschafter zu beglückwünschen. Aber die Presse des Dreibundes war ebenso wohlmeinend wie die englische. In Rom widmete mir die halbamtliche „Tribuna" einen höchst schmeichelhaften Artikel und stellte mich als den Mann dar, den die Umstände forderten. In Wien veröffentlichte das „Fremdenblatt", das Organ des Ministerpräsidenten, einen höchst wohlgesinnten und lobenden Aufsatz.

Aus ganz Frankreich trafen noch immer zahllose Vertrauensbezeugungen ein; sie machten mir immer mehr den Eindruck, daß ich fast das ganze Land hinter mir hatte; aber zugleich ließen sie mich fühlen, wie schwer es mir sein würde, soviel Erwartungen zu verwirklichen.

Wenn ich den Grundgedanken des Landes recht verstand, wollte es sehr aufrichtig den Frieden. Aber mit gleicher Leidenschaft wünschte es, daß sich drohende Gebärden wie die von Tanger und Agadir nicht wiederholten. Der Friede, wie es ihn verstand, sollte den Willen zu seiner Verteidigung einschließen.

Den größten Teil meines ersten Amtstages, des 19., hatte ich damit verbracht, das Krankenhaus Saint-Antoine zu besuchen und zahlreiche Personen zu empfangen. Am 20. vormittags führte ich den Vorsitz im Ministerrat. Jonnart gab uns bekannt, daß der Kaiser von Rußland sein Agrement zu Delcassés Ernennung erteilt hätte. Der Beschluß des Ministerrates wurde dadurch also in die Wirklichkeit umgesetzt. Jonnart legte mir das Dekret vor, das den früheren Botschafter mit einer halbjährigen Mission betraute.

Darauf las ich selbst die Botschaft vor, die ich ausgearbeitet hatte. War sie doch nicht, wie vielfach geglaubt wird, ein persönlicher Akt des Präsidenten, sondern sie bedurfte der Gegenzeichnung Briands unter seiner Verantwortung. Ich hatte ihm und Jonnart meinen Entwurf schon im voraus vorgelegt, sie hatten ihn gebilligt,

und er wurde vom Ministerrat ohne Widerspruch angenommen. Ich betonte besonders die Zweckmäßigkeit unserer Verfassung, die Rechte der Kammern, die sozialen und Steuerreformen. Weiter sagte ich, die Republik sei verpflichtet, Frankreich sowohl die allgemeine Achtung unserer nationalen Würde wie die Wohltaten des inneren Friedens zu sichern. Ich ehrte unser Heer und unsere Flotte. „In ihrer stillen Arbeit", sagte ich „sind sie die nützlichsten Helfer unserer Diplomatie. Unsere Mahnungen zum Frieden und zur Menschlichkeit werden um so eher gehört werden, je besser gerüstet und je entschlossener man uns weiß." Die Botschaft fand lebhaften Beifall in beiden Kammern, und die Stellen über die Außenpolitik wurden besonders im Senat durch einstimmige Bravorufe unterbrochen.

Am Nachmittag empfing ich im großen Festsaale das diplomatische Korps, dessen liebenswürdiger Doyen, Sir Francis Bertie, mich in aller Namen beglückwünschte . . .

Ich dankte ihm und entgegnete: „Euer Exzellenz kennen die Gesinnung, die ich seit langem für Sie hege. Das letzte Jahr engen Zusammenarbeitens hat sie nur noch verdoppeln können. Mit Freuden ergreife ich die Gelegenheit, um Ihnen heute den Ausdruck meiner aufrichtigen Freundschaft zu erneuern. *Auch zu Ihnen allen, meine Herren, habe ich zu meiner großen Befriedigung als Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen fortdauernd die herzlichsten Beziehungen unterhalten, und ich bleibe Ihnen dankbar für den wertvollen Beistand, den Sie der Regierung der Republik unter oft schwierigen Verhältnissen bei dem Friedenswerke geleistet haben, dem sie sich im Einvernehmen mit den europäischen Mächten gewidmet hat. In unseren bisherigen Beziehungen sehe ich das beste Unterpfand für die künftigen. In der festen Hoffnung, dieses Band des Vertrauens und Wohlwollens noch enger zwischen uns zu knüpfen, spreche ich Ihnen heute meine besten Wünsche für Sie selbst wie für Ihre Länder aus.*" Wie man sieht, gab ich die Versicherungen, die ich Iswolsky gegeben hatte und die er seiner Regierung so eilig und so stolz als besondere Gunst des Präsidenten der Republik hingestellt hatte, öffentlich allen Mitgliedern des diplomatischen Korps, einschließlich des deutschen und des österreichisch-ungarischen Botschafters. Nach diesem Austausch von Ansprachen, als ich nach dem diplomatischen Brauche alle Anwesenden der Reihe nach ansprach, verweilte ich noch besonders ein paar Minuten bei dem Freiherrn v. Schoen und dem Grafen Szecsen, um mit ihnen zu sprechen.

Der Zar hatte einen besonderen Vertreter, den Freiherrn v. Schilling, nach Paris gesandt, um mir den St.-Andreas-Orden zu überreichen. Dieser Abgesandte erschien bereits am 25. Januar mit Iswolsky im Elysée. Ich empfing beide in Anwesenheit von Briand und Jonnart und lud dann alle vier zum Frühstück ein. Schilling überbrachte mir folgendes Handschreiben des Zaren:

„Herr Präsident! Großer und guter Freund! Ich habe Ihnen meine Glückwünsche zu Ihrer Wahl zum Präsidenten und zu Ihrem Amtsantritt übersandt. Heute liegt es mir am Herzen, Ihnen zu wiederholen, wie sehr ich von dem Gedanken durchdrungen bin, daß das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland sowohl den Gefühlen wie den Interessen beider Völker entspricht, *wobei es zugleich ein dauernder und wirksamer Faktor des Friedens in Europa bleibt. Aus dem Herzen der beiden großen Völker geboren und durch ein zwanzigjähriges fruchtbares Bestehen geweiht, stellt dies Bündnis die Grundlage der Außenpolitik dar, die ich meiner Regierung vorgezeichnet habe.* Damit es alle Früchte trägt, die es zu tragen vermag, erscheint mir ein dauerndes Zusammenwirken und eine ständige Fühlung zwischen den Kabinetten von Paris und von St. Petersburg unerläßlich. In diesem Sinne haben Sie vor dem Antritt des höchsten Amtes der Republik die Gewalt als Oberhaupt der französischen Regierung ausgeübt. Glauben Sie mir, Herr Präsident, daß ich Ihnen dafür besonderen Dank weiß. In dem Wunsche, meine aufrichtige Anhänglichkeit an Frankreich sowie meine Hochachtung und meine persönliche Freundschaft für Sie von neuem zu bekunden, mache ich mir die Freude, Ihnen heute meinen St.-Andreas-Orden zu verleihen, dessen Insignien ich beifüge, nebst meinen besten Wünschen für Frankreichs Wohlfahrt und für die Erfüllung der Aufgabe, die Sie übernommen haben. Genehmigen Sie, Herr Präsident, großer und guter Freund, die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung und Wertschätzung. Ihr guter Freund Nikolaus.

Zarskoje Selo, 6. Februar 1913."

Meine Wahl genügte, um zum „großen und guten Freund" des Zaren aufzusteigen. So will es die Etikette, die mit Recht von den Menschen absieht und nur das Amt kennt. Ich mußte in meiner Antwort die gleichen Wendungen gebrauchen und meinem „großen und guten Freund" mit ein paar Worten danken. Übrigens stand

kein Geheimnis in diesen beiden offiziellen Schreiben. Mit Zustimmung des Botschafters ließ ich sie sofort den Zeitungen mitteilen, und so wurden sie noch am selben Abend von der ganzen Presse veröffentlicht. Scherzhafterweise vergißt das „Schwarzbuch" diese Veröffentlichung und bringt inmitten des diplomatischen Schriftwechsels vom Februar 1913 den Entwurf eines angeblichen Schreibens, worin der Zar mir die Verleihung des St.-Anderas-Ordens ankündigte[1]. Man braucht den Text nur zu lesen, um zu erkennen, daß dies Schreiben für einen meiner Vorgänger bestimmt war, vermutlich für den Präsidenten Loubet, denn es spricht von der „glänzenden Ausstellung", die jetzt stattfinde, und „auf die Frankreich mit Recht stolz sein kann". Der Empfänger war ein anderer „großer und guter Freund", den der Zar natürlich ebenso ansprach und der nicht verwirrter als ich über die scheinbare Vertraulichkeit dieser internationalen Höflichkeitsformeln war.

Die Verleihung der höchsten russischen Auszeichnung war ja ein Brauch, der aus den Anfängen des Bündnisses stammte. Übrigens erwiesen auch andere Herrscher als der Zar Nikolaus den neuen Präsidenten die gleichen Aufmerksamkeiten, und so überreichte mir der Baron Guillaume schon am 1. März 1913 das Großkreuz des Leopold-Ordens nebst einem Handschreiben des Königs der Belgier. Selbstredend aber ließ Iswolsky sich nicht die Gelegenheit entgehen, seinem Minister von der Zeremonie zu berichten, der er beigewohnt hatte und deren Hauptperson der Freiherr v. Schilling gewesen war. Und obwohl ich ihn nur im Beisein von Briand und Jonnart empfing, mußte er auch die Tischgespräche melden, die dann im Elysée ausgetauscht worden sein mögen[2]. Hier wie stets darf man seinen Bericht nicht wörtlich nehmen. Nach seiner beliebten Methode läßt der Botschafter mich gern das sagen, was er selbst denkt. Mein Mißtrauen gegen diesen geschäftigen Diplomaten hatte mich übrigens schon gleich nach meiner Wahl veranlaßt, ihn daran zu erinnern, daß ich zwar stets bereit sei, ihm Gehör zu geben, daß aber die Verantwortung für die Politik allein bei der Regierung liege. Iswolsky berichtet indessen in seiner langen Depesche zutreffend, daß die ganze Presse ohne Unterschied der Partei sich zu dem Treugelöbnis des Zaren für Frankreich beglückwünscht

---

[1] Bd. II, 30.

[2] Schwarzbuch, II, 31f.

hat. Kein einziger Mißton. Aber aus dieser allgemeinen Zufriedenheit bricht nie der geringste Chauvinismus hervor. Täglich erlebe ich neue Kundgebungen des Vertrauens und der Treue. Täglich sehe ich mich so hoch in der öffentlichen Gunst, daß ich schon den unvermeidlichen Rückschlag voraussehe. Aber bei diesen täglichen Kundgebungen vernehme ich nie einen Ruf, der nicht der Ausdruck friedlicher Gesinnung ist . . .

Im Trocadero, wo ich am Freitag, dem 28. Februar 1913, bei einem Feste der Unterrichtsliga den Vorsitz führe, in den Straßen, durch die ich fahre, um meine Besuche in den Krankenhäusern fortzusetzen, bei den Kunstausstellungen, die ich eröffne, bei den Festmahlen, an denen ich teilnehme, in den Theatern, wo ich ein paar Abende verbringe, überall werde ich begeistert begrüßt, und nirgends vernehme ich ein unvorsichtiges Wort. Selbst bei der Frühjahrsparade (Sonntag, 16. März) haben die Truppenbewegungen die Gemüter keinen Augenblick erhitzt. Ich verlasse das Elysée zu Beginn des Nachmittags in einem offenen Landauer mit dem Kriegsminister Etienne, dem General Joffre und dem General Beaudemoulin. Unser Wagen wird von Artilleristen gefahren und von einem Kürassierregiment eskortiert. Vom Elysée bis zum Bois de Vincennes hören wir nichts als Beifall und Freudenrufe. Im Volke wie in der Regierung und in den Kammern gibt es niemanden, für den eine Truppenschau eine kriegerische Bedeutung hätte. Die Bevölkerung war mit Netzen und Körben voller Vorräte fröhlich zum Hippodrom gepilgert; sie war glücklich, im Heere den Beschützer ihrer Ruhe zu feiern. Vor allem aber suchte sie den Anblick eines schönen Schauspiels. Sie wurde durch einen prächtigen Vorbeimarsch entschädigt, an den sich das Bild eines Sturmangriffs anschloß. Nach einem letzten Vorbeiritt der Dragoner und Kürassiere verließ ich meine Tribüne und begab mich ins Rathaus von Vincennes, wohin mich die Stadtverwaltung und der Senator des Seinedepartements Charles Deloncle eingeladen hatten. Auch dort fiel kein Wort, das nicht den allgemeinen Friedenswillen ausdrückte . .

Es trifft also nicht zu, daß in Frankreich zu Beginn des Jahres 1913 eine Art chauvinistischer Gärung ausgebrochen sei. Gewiß war das Gefühl für die vaterländische Pflicht nach den vergangenen Schreckschüssen reger geworden, aber das war der unvermeidliche Gegenschlag der Zwischenfälle von Tanger, Casablanca und Agadir, keineswegs das Zeichen kriegerischer Neigungen.

Dem armen Baron Guillaume hat es daher bei den wenigen Betrachtungen, die ihm Frankreich damals einflößte, etwas an Psychologie gefehlt. Der Brief an seinen Minister, in dem sie enthalten waren, ist dann von den Deutschen im Archiv zu Brüssel entdeckt und mit großem Lärm veröffentlicht worden. Wieviel klarer blickte doch der belgische Vertreter in Berlin, Baron Beyens, als er am 18. Oktober 1912 an seine Regierung schrieb: „Die erste Wirkung der Balkankrise war eine Annäherung zwischen der kaiserlichen Regierung und der Regierung der Republik. Beiden lag gleichviel daran, den Konflikt zu lokalisieren und einen europäischen Krieg zu verhüten. Sie haben sich verständigt, um im gleichen Sinne auf ihre Verbündeten, Rußland und Österreich, einzuwirken. Zugleich haben sie an den Schritten teilgenommen, die man etwas spät in Konstantinopel und in den Balkanhauptstädten versucht hat. Poincarés persönliche Initiative zur Wiederherstellung des Friedens hat die Zustimmung, ja selbst das Lob der deutschen Presse gefunden[1]."

Ein paar Tage darauf, am 30. November 1912, fuhr der Baron Beyens fort: „Welche Pläne auch Kiderlen-Wächter, der große Ideen hat, in seinem Kopfe wälzt, um die Sympathien der jungen Balkanvölker zu gewinnen, eins steht durchaus fest: er will einen europäischen Zusammenprall verhüten. Die deutsche Politik nähert sich in dieser Hinsicht der englischen und französischen, die beide entschlossen friedfertig sind[2]."

Der Baron Guillaume täuschte sich also über die Stimmung in Frankreich. Will man zahlreiche, triftige Beweise für die leidenschaftliche Friedensliebe Frankreichs in den Jahren 1913 und 1914 haben, so braucht man nur das neue Werk von Florent-Matter zu lesen[3].

Übrigens muß man gerechterweise sagen, daß das Schreiben des Barons Guillaume an Davignon meist unvollständig wiedergegeben und in falsches Licht gesetzt worden ist. Es lautet wie folgt[4]:

„Paris, 14. Februar 1913.

Herr Minister!

Der neue Präsident der Republik genießt gegenwärtig in Frankreich eine Popularität wie keiner seiner Vorgänger. Um

[1] Belgische Urkunden, Nr. 93.

[2] Belgische Urkunden, Nr. 96.

[3] *Les vrais criminels*, Berger-Levrault, S. 178ff.

[4] Belgische Urkunden, Nr. 97.

nur von den beiden letzten zu reden, ist Loubets Wahl von der öffentlichen Meinung ziemlich ungünstig aufgenommen worden, und Fallières' Wahl hat nur Gleichgültigkeit hervorgerufen. Poincaré erhält täglich Sympathiebezeugungen; man veranstaltet für ihn ein Festmahl nach dem anderen, singt sein Lob auf den Straßen, in den Konzertcafés und in den Kinos. Wo sein Bild erscheint und sein Name genannt wird, kommt es zu Beifallskundgebungen. Man rüstet sich zu großen Festen für den Tag seiner Amtsübernahme; die Stadt Paris wird ihn empfangen, und hunderte von Vereinen bitten um die Erlaubnis, sich auf dem Wege, den sein Festzug zum Rathause nehmen wird, aufstellen zu dürfen. Diese Volkstümlichkeit hat verschiedene Ursachen. Seine Wahl ist gut vorbereitet worden; man weiß ihm Dank dafür, daß er es während seines Ministeriums durch seine geschickte Politik verstanden hat, Frankreich im europäischen Konzert zur Geltung zu bringen. Er hat einige glückliche Worte gefunden, die Eindruck machten. Aber man muß darin auch vor allem eine Kundgebung des alten französischen Chauvinismus sehen, der seit langen Jahren entschlafen war, doch seit den Zwischenfällen von Agadir wieder aufgelebt ist. Poincaré ist Lothringer und verabsäumt keine Gelegenheit, darauf hinzuweisen. Er war der Mitarbeiter und Anreger der militaristischen Politik Millerands. Das erste, was er schließlich sagte, als er seine Wahl zum Präsidenten der Republik erfuhr, war das Versprechen, über die Aufrechterhaltung aller Erfordernisse der nationalen Verteidigung zu wachen. Unter diesen Umständen und dank seiner hervorragenden Befähigung wird er seinem Lande große Dienste leisten können, aber er ist zu klug, um nicht zu wissen, daß die Rückschläge in der öffentlichen Meinung Frankreichs häufig sind und daß in keinem Lande der Tarpejische Fels näher am Kapitol liegt . . .

gez. Guillaume."

Ein paar Tage später, am 21. Februar, fährt der Baron Guillaume im Hinblick auf Delcassés Ernennung fort[1]:

„Delcassés Persönlichkeit ist sehr bekannt und sehr bezeichnend. Er war einer der Macher des russisch-französischen Bündnisses und mehr noch der englisch-französischen Freundschaft.

[1]) Belgische Urkunden, Nr. 99.

Die Zwischenfälle bei seinem erzwungenen Abgange vom Quai d'Orsay sind allbekannt. Ein paar Tage darauf, als er das Marineministerium übernahm, sagte man überall, seine Rückkehr zur Macht werde in Berlin nicht ungern gesehen, und *der deutsche Botschafter pries ihn sehr*. Vor Monatsfrist wurde das von den Freunden dieses hervorragenden Staatsmannes wiederholt, für den Fall, daß er auf dem Kongreß in Versailles nach einigen erfolglosen Wahlgängen als Außenseiter gewählt werden sollte. Daß er sich dies wünschte, war für niemand ein Geheimnis, aber viele Politiker hätten seine Wahl gefürchtet, da sie darin den Anschein einer deutschfeindlichen Kundgebung gesehen hätten. Soll man seiner Ernennung zum Botschafter in St. Petersburg den gleichen Sinn beilegen? Ich glaube nicht, bin jedoch der Meinung, daß es dem Lothringer Poincaré nicht mißfallen hat, schon am ersten Tage seines neuen Amtes zu zeigen, daß er Wert darauf legt, sich entschlossen zu zeigen und die Fahne des Landes hochzuhalten. In den Wirren, in denen Europa sich heute befindet, liegt hierin die Gefahr, die Poincarés Einzug ins Elysée bildet. Unter seinem Ministerium sind die etwas chauvinistischen militaristischen Instinkte des französischen Volkes wieder erwacht. Man hat seine Hand in dieser Wandlung erkannt; hoffentlich wird sein praktischer, kalter, politischer Sinn ihn vor jedem Übermaß auf diesem Wege bewahren. Die beträchtliche Vermehrung der deutschen Rüstungen, zur selben Stunde, wo Poincaré ins Elysée einzieht, wird die Gefahr einer nationalistischen Orientierung der französischen Politik noch erhöhen . . .

gez. Guillaume."

In diesem Schreiben wären manche Irrtümer und Naivitäten hervorzuheben. Wie manche Belgier vor dem Kriege, hätte der Baron Guillaume es gern gesehen, daß Frankreich angesichts der deutschen Rüstungen gleichgültig und tatlos geblieben wäre, und die Bewegung, die er als militaristisch und chauvinistisch hinstellte, war nichts als eine Abwehrbewegung, ein unwiderstehlicher Reflex im Volke. Er selbst aber erkannte ehrlich an, daß der Faustschlag von Agadir letzten Endes den französischen Argwohn erweckt und daß „die beträchtliche Vermehrung der deutschen Rüstungen" unsere öffentliche Meinung von neuem erregt hatte. Überdies wußte er wohl, daß die belgische Regierung in demselben Augenblick, wo er diesen Brief schrieb, sich gleichfalls über die militärischen Maß-

nahmen Deutschlands Sorgen machte und die Notwendigkeit einsah, ihre Verteidigungsmittel zu verstärken. In dem belgischen „Graubuch" von 1915 (II, Nr. 1) befindet sich nämlich noch ein anderes Schreiben des Barons Guillaume vom 22. Februar 1913, worin er eine Unterredung mit de Margerie, dem Unterdirektor für die politischen Angelegenheiten am Quai d'Orsay, wiedergibt.

Nach diesem Schreiben hat der belgische Gesandte de Margerie erklärt, sein Land gedenke ein tüchtiges und ernst zu nehmendes Heer zu halten, das ihm die restlose Erfüllung seiner Pflicht ermögliche, seine Unabhängigkeit und Neutralität zu wahren, und er hat ihm von einer Unterredung erzählt, die er vor kurzem mit mir gehabt hatte. „Poincaré", so schreibt er, „hat mir versichert, er werde nie die Initiative zur Verletzung unserer Neutralität ergreifen; sollten aber die deutschen Heere in Belgien einrücken und wir zu schwach sein, um sie zurückzuwerfen, so werde die Regierung sich für berechtigt halten, die ihr zweckmäßig erscheinenden Maßregeln zur Verteidigung ihres Gebietes zu ergreifen, sei es an ihren Grenzen oder sei es, daß der Generalstab es für zweckmäßiger halte, den deutschen Streitkräften entgegenzurücken. Ich kann, habe ich hinzugesetzt, Poincarés Wort nicht in Zweifel ziehen. Ich vertraue auf seine Erklärungen und muß sogar sagen: Nach meiner bescheidenen Ansicht, die ich hier allein ausspreche, scheint es mir für Deutschland strategisch vorteilhafter, den Weg durch Belgien zu wählen, um Frankreich unweit seiner Hauptstadt ins Herz zu treffen, als für Frankreich ein Angriff seiner Heere auf die deutsche Grenze bei Aachen wäre."

Die Befürchtungen des Barons Guillaume wurden damals von vielen seiner Landsleute geteilt, und de Brocqueville selbst fürchtete, sein unglückliches Land werde zum Schlachtfeld Europas werden. Guillaume wußte, daß der Garantievertrag uns nötigen werde, zugunsten Belgiens einzugreifen, wenn Deutschland die Neutralität verletzte. Da er sich um unsere Nationalehre nicht zu kümmern brauchte, hätte er sich mit den Demütigungen abgefunden, die uns hätten zugefügt werden können. Seine Wünsche beschränkten sich ganz natürlich darauf, daß Belgien nicht zwischen zwei Feuer geriete. Wenn er jedoch Delcassés Ernennung meiner Initiative zuschrieb, so irrte er sich. Der Gedanke stammte von Briand und Jonnart. Sie teilten ihn erst Fallières, dann mir mit. Ich hatte um so weniger dagegen einzuwenden, als Delcassé in

Versailles nicht für mich gestimmt hatte und es häßlich von mir gewesen wäre, ihm dies nachzutragen; zudem schien man in Berlin, wie der Baron Guillaume selbst sagt, die alten Vorurteile gegen ihn fallengelassen zu haben.

Inzwischen kam der Baron Guillaume am 3. März 1913 in einer neuen Depesche an Davignon auf die Stimmung der öffentlichen Meinung in Frankreich zurück[1]. „Der deutsche Botschafter", schrieb er, „sagte mir am Sonnabend: ‚Die politische Lage hat sich seit zwei Tagen gebessert. Die Entspannung ist allgemein; man darf auf eine baldige Wiederkehr des Friedens hoffen. Was sich aber nicht bessert, ist die gegenseitige Stimmung der öffentlichen Meinung in Frankreich und Deutschland. Bei uns ist man überzeugt, daß wir aus dem Geiste des wiederauflebenden Chauvinismus einen Angriff der Republik zu befürchten haben; in Frankreich bekennt man sich zu den gleichen Befürchtungen uns gegenüber. Die Folge dieses Mißverständnisses ist, daß wir beide zugrunde gehen werden; ich weiß nicht, wohin wir auf diesem gefährlichen Wege kommen. Gibt es denn keinen Menschen, der soviel guten Willen und soviel Ansehen besitzt, um alle Welt zur Vernunft zu bringen? *Das alles ist um so lächerlicher, als beide Regierungen während der ganzen Krise, die wir durchmachen, die friedlichste Gesinnung bewiesen und sich gegenseitig aufeinander gestützt haben, um die Entstehung von Konflikten zu verhüten.*' Der Freiherr v. Schoen hat durchaus recht."

Der Freiherr v. Schoen wurde also den beharrlichen Bemühungen der französischen Regierung in loyaler Weise gerecht. Auch der Baron Guillaume verkannte sie nicht, fürchtete jedoch, das wehrlose Belgien werde in dem Wettrüsten, zu dem Deutschland das Zeichen gegeben hatte, Gefahr laufen, erdrückt zu werden.

[1] Bd. II, Nr. 1.

Sechstes Kapitel

Deutschlands Rüstungen und die Militärpflicht in Frankreich – Das Ministerium Briand untersucht die Frage der dreijährigen Dienstpflicht – Zusammentritt des Obersten Kriegsrates – Einbringung der Vorlage – Die Wahlreform im Senat – Ministerkrise – Barthou bildet das neue Kabinett – Reise nach Montpellier

„Die beträchtliche Vermehrung der deutschen Rüstungen", von der der Baron Guillaume sprach, hatte in letzter Zeit unerwartete Formen angenommen. Übrigens war sie die Fortsetzung einer zunehmenden Anstrengung. Während in Frankreich die Dauer der Dienstpflicht am 21. März 1905 von drei auf zwei Jahre herabgesetzt worden war, und zwar mit rückwirkender Kraft zugunsten des unter den Fahnen befindlichen Jahrganges, während das Ministerium Clemenceau durch Beschluß vom 4. April 1908 die Zeit für die Reservistenübungen herabgesetzt hatte, war in Deutschland im März 1911 ein neues Wehrgesetz in Kraft getreten, durch das die Stärke des deutschen Heeres die des unsrigen um 150000 Mann überstieg. 112 Maschinengewehrkompagnien, 18 Batterien Feldartillerie, 9 Bataillone Fußartillerie, 5 Bataillone Eisenbahntruppen, Luftschiffer, Kraftfahrer, Telegraphenformationen usw. waren aufgestellt worden. Am Vorabend des Tages, wo die französischen Kammern das deutsch-französische Abkommen vom 4. November 1911 ratifizierten, nämlich im Mai 1912, trat ein neues deutsches Militärgesetz in Kraft, durch das die Heeresstärke nochmals um 37000 Mann erhöht wurde. Zwei neue Armeekorps, eine neue Armeeinspektion, 17 Bataillone Infanterie, 106 Maschinengewehrkompanien, 6 Schwadronen Kavallerie, 30 Batterien Feldartillerie, 4 Pionierbataillone, 26 Scheinwerferzüge, 6 Kompanien für das Verkehrswesen usw. wurden aufgestellt.

Im Oktober 1912 ordnete Deutschland die vollständige und restlose Ausführung des Gesetzes von 1911 an, das nach seinem Wortlaut erst in den letzten Wochen des Jahres 1916 zur endgültigen Durchführung kommen sollte.

Im Januar 1913 ordnete es die vollständige und restlose Ausführung des Gesetzes von 1912 an, das nach seinem Wortlaut erst 1917 völlig zur Durchführung kommen sollte.

Zugleich erfuhr unser Kriegsministerium durch seine Nachrichtenstelle, daß im Reichstag eine dritte Militärvorlage eingebracht werden sollte, durch welche die Heeresstärke um weitere 143 000 Mann erhöht werden sollte, so daß eine Überlegenheit des deutschen stehenden Heeres von 325 000 Mann bevorstand.

Noch vor meinem Einzug ins Elysée, in der ersten Hälfte des Februar, hatte der Kriegsminister Etienne mich in meiner Wohnung in der Rue du Commandant Marchand aufgesucht und mit mir über die Besorgnisse gesprochen, die diese deutschen Rüstungen bei unserem Generalstab erweckten. Der General Joffre fürchtete, daß unsere zahlenmäßige Unterlegenheit zur wirklichen Gefahr würde. Er hielt es für notwendig, unsere eigenen Verteidigungsmittel zu erhöhen. Deutschland werde 865 000 Mann unter den Waffen halten; damit werde sein Heer das unsere um mehr als 35 v. H. übersteigen. Es war seit 42 Jahren das erstemal, daß das Reich derart seine erreichte Überlegenheit verdoppelte.

Zugleich hatten mehrere Zeitungen, bisweilen in sehr lebhafter Form, gefordert, daß wir die deutschen Rüstungen sofort beantworten sollten. Ihre Polemiken hatten alsbald heftige Proteste bei den Sozialisten, besonders bei Jaurès, zur Folge. Die Presse hatte sogar verkündet, Anfang Februar hätten hintereinander sechs Konferenzen im Ministerium des Innern unter Briands Vorsitz stattgefunden. An ihnen hätten außer dem Ministerpräsidenten der Kriegsminister, der Finanzminister, der Oberbefehlshaber sowie Vertreter der parlamentarischen Heereskommissionen teilgenommen. Selbstredend hatte ich keiner von ihnen beigewohnt und auch nicht alle Einzelheiten erfahren. Immerhin hatte Briand mir mitgeteilt, daß die Frage einer Reorganisation des Heereswesens geprüft worden sei.

Der „Temps" hatte mit einer Artikelreihe begonnen, worin er für die dreijährige Dienstzeit eintrat. „Die Zeit der halben Maßregeln", schrieb er, „ist vorüber. Dreißigmonatige Dienstzeit, Anwerbungen und Wiederanwerbungen – mit all diesen Lösungen verlieren wir kostbare Zeit." Trotzdem prüfte man im Kriegsministerium, ob man sich nicht mit Zwischenlösungen begnügen könne, etwa mit der dreijährigen Dienstzeit für die Kavallerie und für die reitende Artillerie. Wie jedoch Etienne versicherte, bestand der Generalstab auf einer Gesamtreform.

Nach Antritt meiner Präsidentschaft hatte das Kabinett Briand

die begonnene Prüfung fortgesetzt. Am Donnerstag, dem 27. Februar, hatte an der Place Beauvau ein Kabinettsrat stattgefunden, infolgedessen der Ministerpräsident und Minister des Innern an die Zeitungsagenturen folgende Notiz gesandt hatte: „Der Ministerrat hat die Prüfung der Mittel fortgesetzt, die das Kriegsministerium ins Auge gefaßt hat, um der unzureichenden Heeresstärke abzuhelfen. Die Beschlüsse der Regierung werden in einer der nächsten Sitzungen des Ministerrates gefaßt werden. Alle Nachrichten darüber sind also unzutreffend oder verfrüht."

In demselben Ministerrate teilten Etienne und Klotz ihren Kollegen eine Gesetzesvorlage mit, die den Kriegsminister zu Ausgaben im Gesamtbetrage von 500 Millionen ermächtigte, um die Verbesserung unserer militärischen Ausrüstung zu beschleunigen, namentlich in bezug auf die schwere Artillerie, die Steilfeuergeschütze zum Bedecken von Geländefalten, die Munition und die Verteidigung der Festungen. Diese außerordentliche Kreditvorlage unterbreiteten sie mir am gleichen Tage zur Unterschrift.

Am Montag, dem 3. März, trat der Ministerrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um über Etiennes Vorschläge betreffs der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit zu beraten. Am 4. März wurde der Oberste Kriegsrat zur Abgabe seines Gutachtens aufgefordert. Die Sitzung fand im Elysée unter meinem Vorsitz statt. Briand und Etienne wohnten ihr bei. Der Marineminister Baudin war in Toulon durch eine Übung im Gefechtsschießen abgehalten und sollte vor allem auch den ersten Lord der britischen Admiralität empfangen. Anwesend waren die Generale Joffre, Galliéni, Archinard, Pau, Marion, Menestrel, de Langle de Cary, Chomer, Meunier, Michel, Laffon de Ladebat und de Castelnau. Die Beratung dauerte von 2 bis 5 Uhr. Der Rat erklärte einstimmig, es sei für die nationale Verteidigung unbedingt notwendig, die Heeresstärke zu erhöhen. Mit der gleichen Einstimmigkeit billigte er darauf die von Etienne ausgearbeitete Vorlage über die Wiedereinführung der allgemeinen, ausnahmslosen dreijährigen Dienstpflicht. Vorher waren verschiedene andere Möglichkeiten der Erhöhung der Heeresstärke geprüft worden: Anwerbungen, Heranziehung von Zivilarbeitskräften, monatliche Einziehung von Reservisten, Dienstpflicht von 30 oder 27 Monaten. Aber alle diese Maßregeln waren einstimmig als unzureichend erklärt worden.

Ich hatte mich sorgfältig gehütet, auch nur den leisesten Druck

auf den Rat auszuüben, und den Generalen empfohlen, sich frei auszusprechen. Ich hatte sie aufgefordert, sowohl das militärische Interesse wie die politischen, finanziellen und moralischen Folgen zu erwägen. Ich hatte sie gebeten, nur auf die Stimme ihres Gewissens zu hören. Alle hatten über unsere ungenügende Deckung geklagt, bei der wir einem plötzlichen Angriff nicht gewachsen seien. Deutschland werde mindestens 30 Mann mehr je Kompanie in den Grenzgebieten haben. Noch größer sei unsere Unterlegenheit bei der Kavallerie. Die dreißigmonatige Dienstzeit könne das Loch in den Einheiten, das vom Oktober bis zum April entstände, nicht ausfüllen; auch bei den Herbstmanövern werde es sich fühlbar machen.

Angesichts eines so entschiedenen Gutachtens beschloß der Ministerrat am Mittwoch, dem 5. März, die Vorlage über die Wiedereinführung der ausnahmslosen dreijährigen Dienstpflicht schon am 6. in der Kammer einzubringen. „Es ist für uns eine Pflicht," hieß es in der Begründung, „und zwar die erste Pflicht, die einer verantwortungsbewußten Regierung obliegt, Ihnen das militärische Problem, das sich jetzt für Frankreich stellt, nebst seinen Lösungen vorzulegen."

Die Vorlage wies auf den Rückgang der Geburtenziffern als Ursache des dauernden Zurückbleibens der Heeresstärke hin. Sie betonte, daß es zur Zeit unmöglich sei, die neuen, für unerläßlich gehaltenen Einheiten aufzustellen, ja selbst die Ausbildung der bestehenden Einheiten sicherzustellen, und daß die verschiedenen Abhilfsmittel gegen die Schwäche der Truppenstärken versagt hätten. Sie begründete die Ablehnung der dreißigmonatigen Dienstzeit und der staffelweisen Einziehung sowie die Notwendigkeit der dreijährigen Dienstpflicht.

Die deutsche Presse, die den Maßnahmen ihrer Regierung Beifall gespendet hatte, beeilte sich selbstverständlich, die der französischen zu kritisieren. Zugleich gab ihr die Jahrhundertfeier von 1813 Anlaß zum Wachrufen von Erinnerungen, die für Preußen ruhmvoll und für uns peinlich waren. Auch Kaiser Wilhelm hielt am 10. März eine neue Dosis von trockenem Pulver für angezeigt. Nachdem er in einem Armeebefehl die Siege von 1813 gerühmt hatte fuhr er fort: „Auch wir werden mit freudigem Herzen in den Kampf gehen, falls es einmal gelten sollte, das mit so teurem Blut Errungene zu wahren, Deutschlands Ehre zu schirmen gegen den,

der sie anzutasten wagt." So stellte Wilhelm sein Reich offen als einen Eroberstaat hin, der seine Beute behalten will.

Zwei Tage darauf suchte freilich eine Veröffentlichung der Reichskanzlei in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die Presse zu beruhigen und den üblen Eindruck des neuen kaiserlichen Ausfalls zu verwischen. „In einzelnen deutschen Zeitungen", heißt es dort, „sind in diesen Tagen alarmierende Artikel mit Bezug auf die gegenwärtige oder die demnächst zu erwartende europäische Lage verbreitet worden. Wie die amtlichen deutschen Stellen, welche diesen Artikeln gänzlich fernstehen, die Situation beurteilen, ist wiederholt in der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' ausgeführt worden. Die gemeinsamen Bemühungen der Großmächte haben bereits, wie auch der englische Premierminister es soeben klar festgestellt hat, wertvolle Ergebnisse erzielt. Wir halten daran fest, daß es dieser gemeinsamen Arbeit gelingen wird, auch der noch verbliebenen Schwierigkeiten Herr zu werden." Der Bericht bemühte sich dann, Deutschlands Beschluß, sein Heer zu verstärken, zu rechtfertigen. „Wenn in den erwähnten Artikeln anderseits die geplante deutsche Heeresverstärkung mit einer angeblichen Verschlechterung der Beziehungen Deutschlands zu dem einen oder anderen seiner Nachbarn motiviert wird, die zu einem kriegerischen Konflikt dränge, so sind derartige Ausführungen auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Daß die gesamteuropäischen Machtverhältnisse durch die Vorgänge auf dem Balkan eine Verschiebung erlitten haben, von der mittelbar auch Deutschland berührt wird, ist eine jedem einleuchtende Tatsache. Solange der ewige Weltfriede noch nicht garantiert ist, muß Deutschland damit rechnen, daß es in einem Kriege genötigt sein kann, seine langgestreckten Grenzen nach mehreren Seiten zu verteidigen, und daß es dabei um seine Existenz ringen wird. Für eine solche Eventualität soll die neue Wehrvorlage Vorkehrung treffen."

In dem Augenblick also, wo Deutschland sich zu militärischen Maßregeln anschickt, die das Mißverhältnis zwischen der Wehrmacht unserer beiden Länder noch vermehren sollen und die uns in die Zwangslage versetzen, diesen gewaltigen Vorsprung etwas zu verringern, denkt es nicht daran – das geschah erst acht Tage später – zu leugnen, daß es selbst zuerst seine Wehrmacht verstärkt hat. Es sucht seinen Beschluß durch die Balkankrise und durch die Veränderungen zu rechtfertigen, die in Europa stattge-

funden haben, d. h. ganz offenbar durch die Besorgnisse, die Österreich über den Bestand der Doppelmonarchie empfindet. Aber keinen Augenblick fällt es ihm ein zu behaupten, daß Frankreich ihm in der Vermehrung der Rüstungen vorangegangen sei.

Unsere militärische Unterlegenheit war übrigens so gewiß und so bekannt, daß die Haushaltskommission der Kammer schleunigst das Programm der außerordentlichen Ausgaben prüfte, das ihr der Kriegsminister vertraulich vorgelegt hatte. Sie beschloß die Gewährung eines Kredits von 420 Millionen und betraute Clémentel mit der Abfassung eines günstigen Berichtes, der in der Sitzung vom 18. März niedergelegt wurde.

Durch ein Schreiben vom vorhergehenden Tage hatte Jules Cambon Jonnart auf zwei Berichte hingewiesen, die unser Militärattaché, Oberstleutnant Serret, und unser Marineattaché Faramond an den Kriegs- und den Marineminister gesandt hatten[1]. „Die deutschen Heeresvermehrungen", schrieb Jules Cambon, „haben für Deutschland ein unerwartetes Ergebnis gehabt: den Vorschlag der Regierung der Republik zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstpflicht und die männliche Entschlossenheit, mit der dieser Vorschlag in Frankreich aufgenommen worden ist. Der Eindruck des Erstaunens, den diese Pläne hervorgerufen haben, ist von der kaiserlichen Regierung dazu benutzt worden, die unbedingte Notwendigkeit der deutschen Heeresvermehrung zu betonen; diese Pläne sind als Antwort hingestellt worden. Das ist das Gegenteil der Wahrheit, denn die ungeheure militärische Anspannung, die Frankreich auf sich nimmt, ist ja nur die Folge von Deutschlands Initiativen. Die kaiserlichen Behörden unterlassen nichts, um die patriotische Stimmung aufzustacheln. Der Kaiser gefällt sich täglich darin, die Erinnerungen an 1813 wachzurufen. Gestern abend hat in den Straßen von Berlin ein großer Zapfenstreich stattgefunden, und man hat Reden gehalten, in denen die heutige Lage der vor hundert Jahren gleichgestellt wurde. Die Erregung der öffentlichen Meinung wird ihren Rückschlag in den Reichstagsreden finden, die im nächsten Monat stattfinden werden. Ich habe Anlaß zu fürchten, daß selbst der Reichskanzler gedrängt werden wird, auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland einzu-

[1] Gelbbuch, 1914, Nr. 1. In dem gleichen Hefte des Gelbbuches sind die Berichte des Oberstleutnants Serret und des Marineattachés Faramond als Anhang 1 und 2 abgedruckt.

gehen. Man konnte sich zwar darauf gefaßt machen, daß man das Vaterlandsgefühl in dem Augenblick schüren werde, wo man der Nation neue Opfer zumutet, aber es heißt doch Mißbrauch mit geschichtlichen Vergleichen treiben, wenn man die Gegenwart mit 1813 auf eine Stufe stellt. Wenn die Volkserhebung, die vor hundert Jahren in Deutschland gegen den genialen Mann losbrach, der nach der Weltherrschaft trachtete, heute ein Gegenstück fände, so müßte man es in Frankreich suchen, denn das französische Volk sucht sich ja nur gegen Gewaltherrschaft zu schützen." Ein paar Tage darauf erhielt unser Kriegsministerium aus sicherer Quelle einen Bericht, den der Oberst Ludendorff, Abteilungschef im Großen Generalstab in Berlin, am 19. März aufgesetzt hatte. Auch dies Schriftstück ist im „Gelbbuch" von 1914 veröffentlicht worden[1]. Etienne überreichte mir schon im April 1913 eine Schreibmaschinenschrift davon. Nach sorgfältiger Lektüre vertraute ich sie dem General Beaudemoulin an, mit der Bitte, sie im Geheimschrank zu verwahren. Sie wurde mir am 2. August 1914 mit der kennzeichnenden Überschrift wiedergegeben: „Bericht über einen im Jahre 1913 mitgeteilten deutschen Angriffsplan. Die Deutschen scheinen ihn genau in die Tat umzusetzen."

Dies zynische Schriftstück enthielt u. a. folgende Stellen: „Unsere neue Wehrvorlage ist nur eine Erweiterung des Werkes der militärischen Erziehung des deutschen Volkes. Unsere Ahnen von 1813 haben größere Opfer gebracht. Es ist unsere heilige Pflicht, das Schwert zu schärfen, das man uns in die Hand gegeben hat, und es bereitzuhalten, um uns zu verteidigen sowie um Schläge gegen unseren Feind zu führen. Man muß im Volke die Idee sich festsetzen machen, daß unsere Rüstungen eine Antwort auf die französischen Rüstungen und auf die französische Politik sind. Man muß es an den Gedanken gewöhnen, daß ein Offensivkrieg von unserer Seite eine Notwendigkeit ist, um die Herausforderung des Gegners zu bekämpfen . . . Man muß die Dinge so leiten, daß unter der drückenden Last gewaltiger Rüstungen, beträchtlicher Opfer, einer gespannten politischen Lage das *Losschlagen* als eine Erlösung betrachtet wird . . . Es wird nötig sein, Unruhen in Nordafrika und in Rußland hervorzurufen. Das Ziel, das wir ins Auge fassen müssen, ist, vom ersten Tage an mit einer großen Überlegenheit

[1] Gelbbuch, Nr. 2, Anlage.

die Offensive zu ergreifen. Zu diesem Zweck muß eine große Armee konzentriert werden, mit starken Landwehrformationen hinter sich, welche die Heere der kleinen Staaten bestimmen könnten, sich uns anzuschließen oder zum wenigsten untätig auf dem Kriegsschauplatz zu bleiben, oder sie im Falle bewaffneten Widerstandes vernichten könnten[1] ... Ende 1914 wird man rund 800000 Mann unter den Fahnen haben, einschließlich der Offiziere und der Einjährig-Freiwilligen. Die Kompanien der Grenzkorps kommen infolge der Verstärkungen von 200 auf 270 Mann ... Die neue Militärvorlage wird eine erhebliche Erhöhung der Friedenspräsenzziffer auf der ganzen Linie bringen. Sie wird unseren Grenzkorps 1914 die volle Kriegsstärke bringen. Wir werden auf diese Weise die besten Bedingungen für das Gelingen des strategischen Überfalls schaffen und den unternommenen Feldzug rasch und mit starken Schlägen führen und zum Ende bringen."

Zu derselben Stunde, wo Briand und sein Kabinett gegenüber den deutschen Plänen mutig ihre Verantwortung auf sich nahmen, gerieten sie vor dem Senat in Schwierigkeiten wegen der in der Kammer angenommenen Wahlreform. Eine sehr lebhafte Diskussion war entstanden und erfüllte lange Sitzungen. Am Dienstag, dem 18. März, hielt Briand zur Verteidigung seiner Vorlage eine seiner schönsten Reden. Selten hatte er soviel rednerische Kraft gezeigt und soviel sprühendes Leben. Aber schon zu Beginn dieser Rede merkte man bei der äußersten Linken große Kälte, fast Feindseligkeit. Er führte die entscheidenden Äußerungen an, die nacheinander alle Führer der republikanischen Partei, Clemenceau, Monis, Caillaux, zugunsten einer Vertretung der Minderheiten getan hatten. Alle hatten sie versprochen, um sie dann zu verläugnen. Darauf hatte er den Entwurf der Senatskommission zerpflückt, der eine einfache Listenwahl vorsah. Clemenceau hatte mit dem Schwung seiner besten Tage geantwortet und wieder einmal einen

---

[1] Soweit deckt sich der Wortlaut mit der des französischen Gelbbuches in der deutschen Fassung von Eduard Bernstein, „Dokumente zum Weltkriege 1914". Das ganze Schriftstück wird von Ludendorff in seiner Schrift „Französische Fälschung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg" (Berlin 1919, E. S. Mittler & Sohn) für eine Fälschung erklärt, der Ludendorff den echten Text seiner Denkschrift gegenüberstellt. Die oben weiterfolgenden Sätze aus der angeblichen Denkschrift Ludendorffs fehlen im Gelbbuch. – Der Herausgeber.

der Siege davongetragen, an die er gewöhnt war: er hatte das Kabinett gestürzt . . .

Briand kam sofort ins Elysée und überreichte mir seine Demission. Umsonst drang ich in ihn, die Macht zu behalten. Er entgegnete mir, er habe ausdrücklich die Vertrauensfrage gestellt und halte sich nicht mehr für befugt, einen Ausgleich zwischen beiden Kammern über das Wahlsystem anzubahnen. Ich begann also meine Präsidentschaft mit einer Krise, die mich recht in Verlegenheit setzte. Sie brach unter schwierigen Verhältnissen aus und drohte die Pläne über die nationale Verteidigung unerledigt zu lassen.

Im selben Augenblick verabschiedete sich Delcassé von mir, im Begriff, nach St. Petersburg abzureisen. Ich übergab ihm ein Schreiben an den Zaren, das ich mit Jonnart ausgearbeitet hatte und das im „Schwarzbuche" veröffentlicht worden ist[1]. Auch wenn es für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen wäre, hätte ich kein Wort hinzuzusetzen, kein Komma wegzustreichen gehabt. Ich sprach darin „von der großen militärischen Anspannung, die die französische Regierung plant, um das Gleichgewicht der europäischen Streitkräfte aufrechtzuerhalten." Dieser Satz würde hinlänglich beweisen, daß der frühere Kaiser die Wahrheit entstellt hat, als er in seinen „Geschichtstabellen" behauptete, ich hätte dem Zaren die dreijährige Dienstpflicht während meiner Reise nach Rußland versprochen. Ich setzte hinzu, daß Delcassé mit Nikolaus II. über alle Fragen sprechen werde, die den Eintritt des Bündnisfalles beträfen und uns eine erhöhte Fürsorge für die Erhaltung des Friedens ermöglichten.

Ich hatte den Eindruck, daß Delcassé seinen Aufenthalt in Rußland nicht ausdehnen werde und daß er nur für wenige Monate verreise. Aber er war ersichtlich nicht böse, den Parlamentsdebatten, für die er stets nur mäßige Neigung gehabt hatte, eine Zeitlang entrückt zu sein. Mit diskretem Lächeln bezeigte er mir sein Mitgefühl für die Verlegenheiten, in die mich die Bildung des neuen Kabinetts gebracht hatte.

Am Sonnabend, dem 19. März, weihte ich in dem großen Amphitheater das neue Krankenhaus de la Pitié ein. Dann schritt ich zu den üblichen Umfragen. Briand empfahl mir, seinen Justiz-

[1] Schwarzbuch, II, 52.

minister Barthou zu seinem Nachfolger zu bestimmen. Da er in der Kammer nicht für die Wahlreform gestimmt hatte, jedoch dem zurückgetretenen Kabinett angehörte, war er im Grunde an keine der beiden Parteien gebunden und hatte durch seine Klugheit und Geschmeidigkeit mehr Aussicht als jeder, einen Ausgleich zwischen beiden Kammern herbeizuführen. Andererseits war er von der Notwendigkeit überzeugt, das Gesetz über die Dienstpflicht durchzubringen, und wollte in dieser Hinsicht Briands Vorlage aufrechterhalten. Wie Briand betonte, hatte das Kabinett in der Kammer keine Niederlage erlitten, und von der Wahlrechtsfrage abgesehen, gab die Abstimmung des Senats keinen politischen Fingerzeig . . .

Übrigens benutzte Deutschland die Zeit, die Frankreich zur Lösung der Ministerkrise brauchte, zur prompten Durchführung seines Militärprogramms. Am selben 19. März trat der Bundesrat zusammen und genehmigte das Steuerprojekt für die Aufbringung einer Milliarde durch eine einmalige Vermögensabgabe.

Am 20., nach einem ziemlich langen Besuch bei den Greisen und Kranken im Departementshause von Nanterre, nahm ich meine Umfragen wieder auf und empfing Freycinet und Ribot, die der Bildung eines Ministeriums Barthou günstig gesinnt schienen. Nunmehr beschloß ich, den Deputierten der Basses-Pyrénées rufen zu lassen. Ich kannte ihn seit langen Jahren nicht nur als hochgebildeten, gedankenreichen und feinsinnigen Mann, sondern auch als treuen Republikaner und tatkräftigen Patrioten. Er verhehlte mir seine Befriedigung nicht. Seit 15 Jahren machten ihm gewisse Linkskreise einen Vorwurf daraus, daß er Innenminister unter Méline gewesen war. Es war ihm nicht unlieb, jetzt an erster Stelle seine eignen Gedanken vertreten zu können. Er bat mich nur um ein paar Stunden, um mit seinen Freunden zu sprechen, und kam alsbald mit einer Zusage zurück.

Inzwischen hatte ich ein Telegramm eines Mannes erhalten, der uns später noch ziemlich unangenehme Überraschungen bereiten sollte. Es war der neue König Konstantin von Griechenland. Sein Vater, König Georg, war soeben in Saloniki auf einem Spaziergange von einem Geisteskranken namens Skina ermordet worden. Mit ihm starb ein ehrlicher Freund Frankreichs. Leider konnten wir von seinem Nachfolger nicht das gleiche sagen. Immerhin hatte er sich beeilt, auf meinen Glückwunsch höflich zu antworten.

Louis Barthou hatte am 21. März sein Kabinett zusammenge-

bracht. Die Justiz hatte er Ratier übergeben, das Auswärtige Stephen Pichon, der es im Ministerium Clemenceau verständnisvoll geleitet hatte und das Haus, in das er wieder einziehen sollte, besser als irgendwer kannte, das Innere Klotz und die Finanzen an dessen Stelle Charles Dumont. Etienne blieb Kriegsminister und Pierre Baudin Marineminister . . . Unter den neuen Ministern waren mehrere, die in der Nationalversammlung offen gegen mich gestimmt hatten. Ich stimmte Barthou durchaus zu, daß er den Freunden von Pams dies Unterpfand der Versöhnung gäbe.

Am folgenden 22. März stellte der neue Präsident mir sein Ministerium im Elysée vor. „Ich habe darauf gesehen," sagte er zu mir, „ein Ministerium der republikanischen Einigung zu bilden. Ich kann Ihnen versichern, daß alle seine Mitglieder von ehrerbietigster Zuneigung für Ihre Person und der Republik treu ergeben sind. Ich habe versucht, rasch zu Werke zu gehen und etwas Gutes zu schaffen. Das erste ist geschehen; das zweite wird die Zukunft lehren."

In Erwartung der Zukunft hielten viele Deputierte diese Kombination für ziemlich unglücklich. Thierry, ein Fortschrittler, galt als zu farblos, und auf der äußersten Linken lehnten die Sozialisten den Gedanken der dreijährigen Dienstpflicht immer schroffer ab.

Im Ministerrate vom 25. las Barthou mir die Erklärung des Ministeriums vor, die den Wunsch nach einem Ausgleich bezüglich des Wahlsystems ausdrückte. Über das Militärgesetz lautete sie folgendermaßen: „Keine andere Sorge geht in unseren Augen der Notwendigkeit vor, die nationale Verteidigung durch unerläßliche, dringende Maßnahmen sicherzustellen. Die bereits bestehende Zunahme der Wehrmacht der anderen Völker hatte dem vorhergehenden Kabinett die Pflicht auferlegt, Ihnen einen Gesetzentwurf über die allgemeine dreijährige Dienstpflicht vorzulegen. Diese Pflicht und diesen Entwurf machen wir uns zu eigen. Wir verhehlen uns nicht, welche Last dem Lande daraus erwachsen wird, aber ein solches Opfer mutet weder seiner besonnenen Vaterlandsliebe noch seinem Lebenswillen zuviel zu."

Am Nachmittag wurde Barthou heftig angegriffen, hielt aber schneidig stand. Bei der Vertrauensfrage, die von Noël und Méquillet gestellt wurde, erhielt er jedoch nur 225 gegen 162 Stimmen. Außer den Abwesenden hatten sich 116 Deputierte der Abstimmung enthalten, meist sozialistische Radikale, Mitglieder der

Rechten oder der Action libérale. Das war für das Kabinett ein ziemlich mäßiger Anfang. Um zu leben, mußte es sich jetzt eine Mehrheit verschaffen. Barthou faßte diese Notwendigkeit mit Optimismus und gutem Humor ins Auge.

Schon am Freitag trug er übrigens einen verheißungsvollen Sieg davon. Die vereinigten Sozialisten wünschten in die Amnestievorlage, die nach meiner Wahl eingebracht worden war, eine Abänderung aufzunehmen, durch welche die Personen, die die nationale Verteidigung unterwühlt hatten und auf Grund des Gesetzes von 1894 über anarchistische Machenschaften verurteilt waren, begnadigt worden wären. Das Kabinett widersprach dieser Erweiterung der Amnestie und hatte fast die ganze Kammer auf seiner Seite.

Es war also schon ernstlich befestigt, als ich am Sonntag, dem 30. März, mit Barthou und Chéron meine erste Amtsreise als Präsident der Republik antrat. Sie galt dem Besuch von Montpellier . . . Am folgenden Tage schrieb der „Petit Méridional" vollkommen zutreffend: „Der Präsident der Republik hat auf seiner ersten Reise Fühlung mit der südfranzösischen Bevölkerung genommen, die so arbeitsam, so pflichtbewußt ist und so lebhaft nach Recht und Fortschritt strebt. Sie weiß ihm Dank dafür, daß er mit edlen Worten ihre Liebe zum Vaterland und zur Republik anerkannt, sie im Streben nach sozialem Fortschritt ermutigt und bestärkt hat."

Siebentes Kapitel

Die Forderungen der Balkanstaaten – Die Skutarifrage – Der Plan einer Flottendemonstration – Österreichs Ansprüche – Rußlands Besorgnisse – Die Versöhnlichkeit Frankreichs und Englands – Herausgabe Skutaris – Unter dem Druck Europas übergibt König Nikita die Stadt den Mächten – Essad Pascha in Albanien

Bei seinem Einzug am Quai d'Orsay fand Stéphen Pichon eine furchtbare Aufgabe vor. Im Orient blieben mehrere ernste Fragen in der Schwebe. Die Pforte hatte die Vermittlung der Mächte angenommen, aber die Balkanstaaten hatten ihr nur unter Bedingungen zugestimmt, zu denen Österreich sich nicht entschließen zu können glaubte. Sie forderten die sofortige Übergabe von Skutari und von Adrianopel, und Österreich verlangte nach wie vor, daß Skutari bei Albanien bliebe. Sie wollten, daß die Ägäischen Inseln Griechenland zugesprochen würden, wogegen mehrere Mächte die Regelung dieser Schwierigkeit ganz Europa überlassen wollten. Sie verlangten von der Türkei eine Kriegsentschädigung, wogegen die Mächte der Ansicht waren, daß sie sich fortan an der türkischen Staatsschuld nach Maßgabe der Gebiete, die ihnen zufallen sollten, beteiligen müßten[1].

Das Wiener Kabinett, das sich sowohl den Dank Rumäniens wie den Bulgariens verdienen wollte, riet dem letzteren, Silistria an Rumänien abzutreten, und versprach ihm dafür, ihm Saloniki auf Kosten der Griechen zu verschaffen[2]. Es wußte sehr wohl, daß es damit Öl ins Feuer goß. Zugleich nahm es die Beschießung Skutaris durch die Montenegriner zum Vorwand, um in Cetinje einen Sonderprotest zu erheben und Kriegsschiffe an der albanischen Küste kreuzen zu lassen. Rußland, das den immer noch eingezogenen Jahrgang entlassen hatte, war über diese österreichischen Initiativen sehr aufgebracht[3]. Es fürchtete die Ausdehnung dieser Flottendemonstration auf die montenegrinischen Gewässer, und um dem zu begegnen, regte es an, daß französische und englische Kriegsschiffe ihre Flagge in den gleichen Gewässern zeigen soll-

[1] Gelbbuch, II, S. 107, Nr. 164; S. 111, Nr. 171.

[2] Ebenda, S. 110.

[3] Ebenda, S. 114, Nr. 177.

ten. Paul Cambon hielt diesen Vorschlag Sasonows für zwecklos[1]. Pichon begnügte sich sehr verständig damit, den Grafen Szecsen auf das Bedauerliche eines Einzelvorgehens hinzuweisen, und dieser sah offenbar die Ungeschicklichkeit seiner Regierung ein. Er antwortete, Österreich habe keine andere Absicht, als den Kollektivwillen der Mächte zu unterstützen[2]. Aus Versöhnlichkeit unterstützte Pichon in Cetinje und in Konstantinopel die dortigen Forderungen Österreichs, nämlich die Beschießung von Skutari einzustellen und die Zivilbevölkerung zu verschicken.

Aber Iswolsky ließ keinen Tag vergehen, ohne Pichon aufzusuchen und in ihn zu dringen, daß die österreichische Flotte sich nicht allein in der Adria zeige. „Wie sollen wir", entgegnete Pichon, „Schiffe nach der montenegrinischen Küste senden? Das sähe ja so aus, als wollten wir einen Druck auf eine slawische Bevölkerung ausüben. Ihre Landsleute würden uns das nicht verzeihen. Wir könnten uns auf eine derartige Kundgebung nur dann einlassen, wenn wir zu der Erklärung ermächtigt würden, daß wir sie im Einvernehmen mit Ihnen veranstalten." – „Es wäre für uns ausgeschlossen, uns selbst an Zwangsmaßregeln zu beteiligen", erklärte Iswolsky. – „Dann geben Sie uns öffentlich das Mandat, für Sie einzutreten. Sonst könnten wir unser Eingreifen nicht rechtfertigen, weder vor der slawischen noch vor der französischen öffentlichen Meinung."

Während die Großmächte berieten, rückten die Verbündeten weiter vor. Die Bulgaren und Serben hatten die Westforts von Adrianopel erobert, und ihre Reiterei war in die Stadt eingerückt. Die Besatzung hatte die Speicher, das Zeughaus und die Kasernen in Brand gesteckt. Dieser Sieg und die Eroberung Janinas durch die Griechen vollendete den Zusammenbruch der Türkei, erregte aber um so mehr den Ehrgeiz Montenegros.

Schoen hatte seinerseits Pichon aufgesucht und ihm erklärt: „Sollte die Skutarifrage das Eingreifen Europas erfordern, so würde Deutschland gern vorschlagen, daß Österreich-Ungarn und Italien das europäische Mandat erhielten, eine Flottendemonstration in den montenegrinischen Gewässern zu unternehmen. Wären Sie diesem Vorschlage geneigt?" – „Ja, wenn alle Mächte zustimmten. Wir haben keinen anderen Wunsch, als Sondervorgehen zu

[1] Gelbbuch, Nr. 178.

[2] Ebenda, Nr. 179.

verhüten[1]." Im selben Augenblick aber hatte der österreichisch-ungarische Botschafter in London sich bei Sir Edward Grey eingestellt und ihm im Auftrage des Grafen Berchtold erklärt, der montenegrinische Kriegsrat habe beschlossen, Skutari zu stürmen. Fiele die Stadt, so sei die Niedermetzelung der Christen unausbleiblich, und ein Druck scheine erforderlich. Sir Edward Grey antwortete, die Mächte seien im Begriff, Serbien die Zurückziehung seiner Truppen von Skutari anzuraten, und Montenegro allein sei zu schwach, um viel zu erreichen[2].

Leider waren nicht nur die Montenegriner durch den bulgarischen Sieg erregt. Er wirkte auch auf St. Petersburg zurück; auf Danews Vorstellungen hin suchte Sasonow die Vergünstigungen zu erweitern, die die Mächte Bulgarien gewähren wollten. Pichon hatte diesen Eifer abgekühlt[3]. Zugleich hatte Rußland erklärt, es erhebe keinen Einspruch gegen eine Flottendemonstration, um die Erstürmung von Skutari durch die Montenegriner und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, die daraus entstehen könne, zu verhüten. Sie könne beispielsweise in der Blockade von Antivari bestehen. Aber Rußland müsse ihr notgedrungen fernbleiben, da es keine Schiffe im Mittelmeer habe. Der am 1. April im Elysée zusammengetretene Ministerrat war dabei geblieben, daß wir uns nur dann an dieser Demonstration beteiligen würden, wenn alle Mächte daran teilnähmen oder wenn wir ein ausdrückliches Mandat erhielten.

Viele französische Zeitungen behaupteten sogar, die Regierung der Republik dürfte sich überhaupt nicht an einer Intervention beteiligen. In ihrer Sympathie für die kleinen Balkanstaaten begriffen sie nicht, warum Montenegro an der Eroberung Skutaris verhindert werden sollte. Mit einiger Festigkeit, erklärten sie wiederholt, werde die Tripleentente über Österreichs Widerstand obsiegen. Sie sahen nicht ein, daß die Wiener Regierung bis an die Grenze ihrer Zugeständnisse gegangen zu sein glaubte, als die Londoner Botschafterkonferenz beschlossen hatte, Diakowo, Prizrend und Ipek den Verbündeten zuzusprechen. Wie Auguste Gauvain richtig bemerkt hat[4], hätte der Dreibund lieber einen Krieg gesehen als die

[1] Gelbbuch, II, Nr. 182, 184.
[2] Ebenda, Nr. 185.
[3] Ebenda, Nr. 189.
[4] Les origines de la guerre européenne.

Aufteilung Albaniens nach den Wünschen der Serben, Bulgaren und Montenegriner. Wußte der Dreibund doch, daß dieser Krieg unter äußerst günstigen Umständen für ihn ausgebrochen wäre. Deutschland hätte an Österreich-Ungarns Seite gekämpft, dessen Interessen auf dem Spiele standen. England hätte Rußland gewiß nicht geholfen, und Frankreich hätte durch sein Bündnis in einen Kampf mit sehr ungleichen Kräften hineingezogen werden können. Die französische Regierung hatte also recht, wenn sie ihre Vorsicht verdoppelte.

Zudem kannte sie damals noch nicht die volle Wahrheit. Heute wissen wir aus Giolittis und Tittonis Enthüllungen genau, welche Absichten Österreich im Frühjahr 1913 hatte. Während eines Aufenthaltes auf seinem Landsitz in Piemont hatte der Ministerpräsident Giolitti von seinem Außenminister San Giuliano ein Telegramm erhalten, das einen unerwarteten Schritt des österreichischen Botschafters v. Merey meldete. Dieser hatte dem Marchese di San Giuliano den Vorschlag gemacht, ohne Wissen der anderen Großmächte eine österreichisch-italienische Flottendemonstration in den Gewässern von Antivari zu vereinbaren, um Montenegro zur Aufhebung der Belagerung von Skutari zu zwingen. Um Österreich nicht allein in Albanien vorgehen zu lassen, hatte der italienische Minister des Auswärtigen sich anscheinend darein gefügt, das geplante Unternehmen auf gemeinsame Rechnung zu wagen, aber Giolitti wies ihn auf die Gefahren dieser Beteiligung hin. „Die Demonstration", telegraphierte er ihm, „wird entweder in Lächerlichkeit enden, falls ihr nicht eine Ausschiffung von Truppen folgt, oder sie wird zu einem europäischen Kriege führen. Denn jede ernste militärische Demonstration auf dem Balkan wird Rußland zu einem Angriff auf Österreich bestimmen, und wenn wir daran teilnehmen, werden wir zwangsläufig in den Konflikt verwickelt. Deutschland will den Frieden; somit wünscht es nicht, daß es zu einer Flottendemonstration kommt. Sollte sie aber stattfinden, so würde es unsere Beteiligung wünschen, um unsere Teilnahme an dem Kriege auf jeden Fall zu erzwingen."

Der letzte Satz zeigte zur Genüge, daß Giolitti, wenn er auch glaubte, daß Deutschland noch den Frieden wollte, doch befürchtete, daß es Österreich nicht kräftig genug im Zaume hielte. San Giuliano trat der Ansicht seines Ministerpräsidenten bei und lehnte das österreichische Anerbieten ab. Doch ein paar Tage später wie-

derholte v. Merey seinen Vorschlag. San Giuliano wurde von neuem schwankend und meinte, daß man die Aufforderung des Ballplatzes nicht endgültig ablehnen solle. Es empfehle sich, sagte er, darauf einzugehen, aber vorher die Botschafterkonferenz alle Mittel der Güte ja selbst des Druckes anwenden zu lassen, um die montenegrinische Regierung zur Aufhebung der Belagerung Skutaris zu bewegen. Selbst von dieser bedingten Zusage wollte Giolitti nichts wissen. Er antwortete dem Minister des Auswärtigen: „Vorbehaltlich meiner späteren ausführlichen Antwort bin ich augenblicklich der Ansicht: 1. Wir dürfen nie, unter keinem Vorwand, allein oder gemeinsam mit Österreich handeln, ohne ein Mandat von allen europäischen Mächten zu haben. 2. Wir müssen auf alle Weise vermeiden, daß wir ein solches Mandat erhalten, sei es, indem wir den europäischen Mächten seine gemeinsame Ausführung überlassen, sei es, indem wir uns mindestens Englands Teilnahme sichern. 3. Weder Skutari noch die Meerenge von Korfu sind die Gefahr eines europäischen Krieges wert; in einen solchen dürfen wir nur dann verwickelt werden, wenn wir ein ernstes Interesse haben oder wenn der Bündnisfall uns unbedingt dazu nötigt. 4. Österreich sucht uns bloßzustellen, um unserer Intervention sicher zu sein; aber eine solche Falle müssen wir durchaus meiden. Alles in allem müssen wir uns hüten, einen europäischen Krieg herbeizuführen, und sollte dieser ausbrechen, nicht die Verantwortung dafür tragen und nicht hineingezogen werden. Alles übrige ist ohne Bedeutung für uns. Ich werde nie für andere die Kastanien aus dem Feuer holen."

Trotzdem drang v. Merey weiter in den Marchese di San Giuliano. Inzwischen aber hatte Serbien sich den Vorhaltungen der Mächte, insbesondere Frankreichs und Rußlands, gefügt und zog seine Truppen zurück, die im Verein mit den Montenegrinern Skutari belagert hatten. Das war von seiten Serbiens sowie von seiten Rußlands und Frankreichs ein neues Zugeständnis an Österreich. Damit verlor der Plan einer Flottendemonstration das Hauptinteresse, das die österreichisch-ungarische Monarchie darin suchte; denn unter dem Vorgeben, gegen Montenegro vorzugehen, wollte man am Ballplatz vor allem das serbische Vorgehen in Albanien durchkreuzen. Nicht gegen den König Nikita wollte man sich in Wien zur Wehr setzen. Wenige Tage darauf machte v. Merey der Consulta sogar den Vorschlag einer Geldbeihilfe für den König der Schwarzen Berge. Es gälte, so

erklärte er, die Wiederannäherung des Ländchens an Serbien zu verhüten. Im Laufe dieser Unterredung verhehlte der österreichische Botschafter dem Marchese di San Giuliano seinen Verdruß darüber nicht, daß Österreich infolge der nachgiebigen und versöhnlichen Haltung Serbiens eine Gelegenheit zum Angriff auf diese Nation und zu ihrer endgültigen Mattsetzung verlöre. „Wahrhaftig, ich kann v. Mereys Schmerz nicht teilen", antwortete Giolitti dem Marchese di San Giuliano ironisch[1].

Übrigens sollte Österreichs Animosität gegen Serbien sich nicht auf diesen Versuch beschränken. Wie wir sehen werden, bemerkte Giolitti, daß die Angriffsabsichten der Doppelmonarchie sich in schärferer Form wiederholten, als die Botschafterkonferenz den Ansprüchen Österreichs in Albanien Genüge tat.

Für den Augenblick hatte Österreich in London sein Spiel gewonnen. Die Botschafterkonferenz hatte dem Gedanken der kollektiven Flottendemonstration grundsätzlich zugestimmt, und das Wiener Ministerium hatte schon vor Absendung der anderen Schiffe eine Schiffsdivision nach Antivari auslaufen lassen[2]. Wieder stand Sasonow einer überreizten öffentlichen Meinung gegenüber. Der Zar hatte dem König Nikita in kategorischer Form telegraphiert und ihn zum Nachgeben aufgefordert. Der aber, sagte Sasonow, benahm sich, als träume er davon, die Welt in Brand zu stecken, um sich sein Ei zu kochen. Zugleich bat der russische Minister uns inständig um unsere Beteiligung an der Flottendemonstration, fürchtete jedoch so lebhaft die Kommentare der slawischen Welt, daß er uns nicht zu der Erklärung ermächtigen wollte, daß wir im Einvernehmen mit ihm handelten[3]. Sasonow bestand ferner darauf, daß England an der Demonstration teilnähme und nicht Österreich mit Deutschland alleinlasse. Sir Edward Grey jedoch lehnte es aus Loyalität und Zartgefühl ab, ohne Frankreich im Verein mit den Dreibundmächten einzugreifen[4]. Infolge der Vorstellungen Sir G. Buchanans und Delcassés entschloß Sasonow sich endlich bekanntzugeben, daß die russische Regierung Frankreichs und Englands Teilnahme an der Flottendemonstration der Mächte wünsche.

---

[1] Giolittis Memoiren. Schreiben des französischen Geschäftsträgers in Rom, Charles Roux, 18. Dezember 1922, Nr. 603.

[2] Gelbbuch, II, Nr. 199.

[3] Ebenda, Telegramm Delcassés, 2. April 1913, Nr. 204f.

[4] Ebenda, Nr. 208f.

Sofort erhielt der Kommandant des „Edgar Quinet", der nach Korfu geschickt warden war, den Befehl, sich mit dem Kommandanten der englischen Schiffe ins Einvernehmen zu setzen, um gemeinsam nach Antivari zu fahren[1].

Es war Zeit, denn wie Jules Cambon uns aus sicherer Quelle meldete, war ein österreichisches Regiment auf den nach Antivari entsandten Kriegsschiffen eingeschifft worden, und wenn es landete, sollte auch das deutsche Kriegsschiff „Breslau" ein paar Leute an Land setzen, um Deutschlands und Österreichs Solidarität zum Ausdruck zu bringen[2].

Kaum hatten wir uns bereit erklärt, an der Flottendemonstration teilzunehmen, so beeilte Österreich sich, seine Vorteile weiter auszudehnen. Es verlangte, daß Montenegro ein Ultimatum gestellt und daß über die montenegrinischen Küsten binnen einer sehr kurzen Frist die Blockade verhängt würde. In ihrem tiefen Wunsche, die Einigkeit der Mächte aufrechtzuerhalten, ging die Regierung der Republik selbst auf dies neue Ansinnen ein, unter der Bedingung, daß Montenegro eine dreitägige Frist, nicht nur eine von 48 Stunden, gesetzt werde, daß die Blockade friedlich erfolge, d. h. daß die Schiffe, die sie zu durchbrechen suchten, nur zurückgehalten, nicht in den Grund gebohrt oder beschlagnahmt würden, und schließlich, daß die Blockade sich auf die Küstenstrecke von Antivari bis zur Drinamündung beschränkte[3]. Alle diese Zeichen guten Willens gab Pichon in voller Übereinstimmung mit dem Ministerrat und mit mir.

Aber die Skutarifrage war nicht seine einzige Sorge im Orient. In St. Petersburg hatten die Mächte ihre Botschafter beauftragt, den Streitfall zwischen Rumänien und Bulgarien nachzuprüfen, und diese neue Konferenz hatte ihre Sitzungen am 1. April 1913 parallel mit der in London begonnen. Die Botschafter Deutschlands, Österreichs und Italiens hatten sofort die Ansprüche Rumäniens, namentlich die auf Silistria, vertreten und geltend gemacht, daß Rumänien der einzige Balkanstaat gewesen sei, der den Ratschlägen Europas gefolgt sei und den *Status quo* nicht erschüttert habe. Ohne zu bedenken, daß er Zwietracht zwischen Bulgarien und Griechenland säte, hatte der österreichische Botschafter hinzuge-

[1] Gelbbuch, II, Nr. 210f.
[2] Ebenda, Nr. 207.
[3] Ebenda, Nr. 216, 218.

setzt, man könne Bulgarien als Entschädigung für das von ihm geforderte Opfer Saloniki geben. „Bulgarien ist nichts schuldig", hatte Buchanan geantwortet. „Es hat die Erfolge, die es erlangen soll, mit seinem Blute bezahlt. Rumänien fordert nur deshalb Beteiligung an dem bulgarischen Gewinn, weil es sich stark genug glaubt, seine Ansprüche zu erzwingen. England kann nicht zugeben, daß Gewalt vor Recht geht. Rumänien muß sich meines Erachtens mit einem strategischen Vorteil begnügen." Delcassé hatte erklärt, nach seiner Ansicht könne keine Rede davon sein, Saloniki den Griechen zu entreißen. Sasonow hatte darauf bestanden, daß Rumänien sich mit strategischen Ansprüchen begnüge[1]. Aber auch hierbei gab die Tripleentente einen Beweis ihrer Versöhnlichkeit. Schon in der zweiten Sitzung gingen Sasonow, Delcassé und Sir G. Buchanan darauf ein, daß Silistria abgetreten werde und daß Bulgarien sich verpflichte, längs der jetzigen Grenze von Silistria bis zum Meere keine Befestigung anzulegen, außer wenn Rumänien alle übrigen Gebietsansprüche fallen lasse und die bulgarischen Einwohner von Silistria, die die Stadt verlassen wollten, entschädige.

Sofort brach eine neue Schwierigkeit aus. Sobald wir einen Feuerherd erstickten, flammte ein anderer auf. Die Balkanverbündeten ließen die Mächte zwar wissen, daß sie deren Vermittlung zwischen ihnen und der Türkei annähmen, stellten aber nach wie vor unannehmbare Bedingungen. Die von der Londoner Konferenz für Thrazien gezogene Linie sollte als Grundlage der Erörterung, nicht als endgültige Grenze gelten. Die Ägäischen Inseln sollten an die Verbündeten, nicht an Europa abgetreten werden. Die Grenzen Albaniens sollten im voraus bestimmt werden, und die Verbündeten hofften, daß dies ihren Vorschlägen gemäß geschehen werde. Eine Kriegsentschädigung sollte gewährt werden[2]. Pichon fürchtete natürlich, daß derartige Ansprüche den Friedensschluß verzögern würden, und wenn die Feindseligkeiten weitergingen, fragte er sich mit steter Bangigkeit, was wohl geschehen werde, wenn die Bulgaren in Konstantinopel einrückten. Iswolsky hatte am 30. März klipp und klar angekündigt, daß die kaiserliche Regierung das Schwarze-Meer-Geschwader nach dem Bosporus entsenden werde. Pichon war der Meinung, daß diese Entsendung eine Flottenaktion des Dreibundes an denselben Küstenstrichen, vielleicht sogar ein

[1] Gelbbuch, II, Nr. 202.

[2] Ebenda, Nr. 214.

militärisches Eingreifen Österreich-Ungarns zur Folge haben werde. Eine so gefährliche Möglichkeit wollte er verhüten. Er hielt es für das beste, die Geschwader aller Mächte gleichzeitig an den Dardanellen, vor Rodosto und vor Konstantinopel auftreten zu lassen[1].

Aber Rußland erhob Einwendungen gegen ein kollektives Vorgehen. Es zauderte sogar, gemäß Sir Edward Greys Anregung mit einem europäischen Mandat allein vorzugehen. Es wollte zwar die Mächte benachrichtigen und ihnen gegenüber selbst bindende Verpflichtungen eingehen, aber das war alles. Bevor es etwas unternahm, gab es immerhin seine Zustimmung dazu, daß die Tripleentente Bulgarien eine kategorische Warnung erteilte[2]. Zugleich gab Sasonow ein neues Friedenspfand, indem er dem deutschen Botschafter erklärte, falls die Montenegriner Skutari eroberten, werde Rußland dem Beschluß Europas treu bleiben, Skutari Albanien zu geben[3]. Es war um so verdienstvoller, bei dieser Haltung zu bleiben, als in St. Petersburg leidenschaftliche slawenfreundliche Kundgebungen stattgefunden hatten und die russische Regierung ihre Wiederholung hatte verbieten müssen[4].

In dem Augenblick aber, wo die Bulgaren infolge eines zehntägigen Waffenstillstandes in der Tschataldschalinie haltmachten[5] und die Petersburger Konferenz sich über den Entwurf eines rumänisch-bulgarischen Abkommens einig wurde[6], brachen unter den Balkanverbündeten schwere Zwistigkeiten aus. Die Bulgaren und Griechen stritten sich um Saloniki, die Serben und Bulgaren um die Wardarlinie und um die Grenzen Albaniens[7]. Andererseits trat der montenegrinische Generalstab in Verhandlungen mit Essad Pascha zwecks Übergabe Skutaris, und tatsächlich wurde das Kapitulationsprotokoll am 22. April unterzeichnet. Die Londoner Konferenz machte den Vorschlag, den König Nikita zur Übergabe der Festung an die durch die Kommandanten der internationalen Seestreitkräfte vertretenen Mächte aufzufordern. Aber dieser Vorschlag rief in St. Petersburg wahre Bestürzung hervor[8]. Nach Iswolskys An-

[1] Gelbbuch, II, Nr. 220.
[2] Ebenda, Nr. 225–227.
[3] Ebenda, Nr. 226.
[4] Ebenda, Nr. 228f.
[5] Ebenda, Nr. 238, 241.
[6] Ebenda, Nr. 239.
[7] Ebenda, Nr. 234, 236, 240, 242, 245, 251.
[8] Ebenda, Nr. 257f.

gabe behauptete Sasonow jetzt, daß die Einnahme Skutaris die Lage verändere, daß es unmöglich sei, einen Zwang auf Montenegro auszuüben und daß es sich gezieme, dem König Nikita Entschädigungen zu gewähren, falls man ihm Skutari fortnähme[1]. Paul Cambon hatte in London dem Grafen Benckendorff gegenüber gegen die unerwartete Auffassung der russischen Regierung protestiert und auf dem Kollektivschritt in Cetinje bestanden. Und Pichon hatte ihm nach Rücksprache mit mir am 25. April mitgeteilt: „Ich billige durchaus Ihre Auffassung und telegraphiere in diesem Sinne nach St. Petersburg. Meine völlige Zustimmung, *der der Präsident der Republik beipflichtet*, beweist Ihnen, welchen Wert ich in der jetzigen Lage auf unser enges Zusammengehen mit der britischen Regierung lege[2]." Und da Doulcet, Frankreichs Geschäftsträger in St. Petersburg in Vertretung Delcassés, auf Grund der ihm gegebenen Versicherungen telegraphiert hatte, daß Rußland von der Linie seines Verhaltens nicht abweiche, hatte Pichon ihm geantwortet, nach Iswolskys Mitteilungen zu urteilen, schlage die kaiserliche Regierung einen gefährlichen Weg ein, worauf man sie unbedingt ernstlich hinweisen müsse[3]. Zum Glück hatte Sasonow wieder eingelenkt und schließlich seine Zustimmung zu einem Kollektivschritt in Cetinje gegeben, ohne die Aufforderung zur Herausgabe Skutaris an pekuniäre oder territoriale Entschädigungen zu knüpfen[4]. Aber kaum hatte er dies getan, so wiederholte er, er hoffe, daß man dem König Nikita, wenn er sich unterwerfe, diese Entschädigungen nicht abschlagen werde[5].

Umgekehrt teilte Deutschland uns mit[6], daß Österreichs Geduld erschöpft sei und daß Europa nicht zulassen könne, von Montenegro „vor der Welt und vor der Geschichte lächerlich gemacht zu werden". Die von der Zusammenkunft der Botschafter beschlossenen Maßnahmen schienen dem Berliner Kabinett unzureichend. Weder die enge Blockade noch die Zusage gewisser Entschädigungen habe auf Montenegro irgendeinen Eindruck gemacht. Die Flottenaktion habe die Einnahme Skutaris nicht verhindern

---

[1] Gelbbuch, II, Nr. 255, 257.
[2] Ebenda, Nr. 261.
[3] Ebenda, Nr. 262.
[4] Ebenda, Nr. 263, 265.
[5] Ebenda, Nr. 267, 27. April.
[6] Ebenda, Nr. 268, 28. April.

können. Um so mehr würden mehr oder minder platonische Mittel die Räumung nicht herbeiführen. Montenegro werde sich nie dazu verstehen, Skutari nur gegen ausführbare Entschädigungen aufzugeben, d. h. gegen solche, die nicht auf Kosten Albaniens erfolgten, wie Österreich es wollte. Der König Nikita werde sich nur der Gewalt fügen. Die deutsche Regierung verlangte, daß die Botschaftervereinigung die Zwangsmaßregeln festsetzte, die binnen 48 Stunden anzuwenden seien, und falls nicht alle Mächte zu gemeinsamem Vorgehen bereit seien, schlug sie vor, Österreich und Italien ein Mandat zur Vollstreckung von Europas Willen zu geben. Lehne Italien dies Angebot ab, so müsse Österreich allein handeln. Der Ton dieser deutschen Note war ziemlich brutal und bewies wieder mal, daß der brillante Sekundant den Reigen anführte.

Paul Cambon dagegen war einem militärischen Vorgehen gegen Montenegro durchaus abgeneigt. Er war nicht dafür, Österreich das Mandat zu geben, das Deutschland beantragte[1]. Sir Edward Grey seinerseits nahm eine Mittelstellung ein. Er hielt es für angebracht, dem König Nikita zu sagen, wenn er sich dem Willen der Mächte füge, würden sie mit ihm nach der Räumung Skutaris über annehmbare Entschädigungen reden; andernfalls werde Europa ihn nicht unterstützen und keinen Anteil an seinem Schicksal nehmen. Das französische Kabinett, das am Dienstag, dem 29. April, unter meinem Vorsitz zusammentrat, billigte einstimmig die Lösung des britischen Staatssekretärs. Wir alle waren der Ansicht, daß zwei Gefahren zu beschwören seien: eine ungeduldige Handlung der Wiener Regierung und eine Aufwallung der öffentlichen Meinung in Rußland. Pichon bat den Grafen Berchtold dringend, sich zu gedulden, und Sasonow, das Nationalgefühl in Rußland zu dämpfen[2].

Sasonow fürchtete, daß die öffentliche Drohung, keinen Anteil am Schicksal Montenegros zu nehmen, Rußland beunruhigen und den österreichischen Ehrgeiz ermutigen könne[3]. Außerdem traute er dem König Nikita zu, Händel mit den österreichisch-ungarischen Truppen zu suchen, um die schlimmsten Verwicklungen heraufzubeschwören[4]. Er ließ jedoch durch die Botschafterkonferenz eine Formel aufsetzen, die der von Sir Edward Grey vorgeschlagenen

[1] Gelbbuch, Nr. 269.
[2] Ebenda, Nr. 270.
[3] Ebenda, Nr. 277.
[4] Ebenda, Nr. 278.

entsprach. Sie wurde in Cetinje durch die Gesandten der Mächte notifiziert[1]. Und Sasonow erklärte sich zufriedengestellt[2]. Am 5. Mai übergab König Nikita die Stadt den Mächten im Interesse des europäischen Friedens, betonte aber nochmals mit seinem Volke, wie er sagte, dessen durch die Geschichte und die Eroberung geheiligtes Recht.

Die Erfolge, welche die Verbündeten davongetragen hatten, brachten ihnen also nicht alles ein, was sie von ihnen hätten erwarten können. Serbien hatte auf die Adriaküste verzichten müssen, an die seine Truppen vorgedrungen waren. Montenegro mußte Skutari wieder herausgeben. Griechenland sah die Hoffnung schwinden, die von Italien besetzten Inseln zu erhalten. Die Bulgaren waren auf dem Wege nach Konstantinopel aufgehalten worden. Die Großmächte hatten sich nur geeinigt, um Viktoria die Flügel zu beschneiden. Frankreich hatte wenigstens die Genugtuung, stets völlig selbstlos gehandelt und kein anderes Ziel gehabt zu haben, als einen europäischen Krieg zu verhüten.

Während aller dieser Verhandlungen war die österreichische Politik gleich unnachgiebig geblieben, und Deutschland hatte stets die Partei seines Verbündeten ergriffen. Die Übergabe Skutaris mußte jedenfalls zu einer Entspannung führen. Aber in dem Augenblick, wo wir dessen sicher zu sein glaubten, tauchte ein neuer Zwischenfall auf. Essad Pascha, der Skutari dem König Nikita infolge geheimnisvoller Verhandlungen tatsächlich freiwillig übergeben hatte, war mit 25000 Mann gutdisziplinierter Truppen, mit seiner Munition und leichten Artillerie nach dem albanischen Hochland marschiert. Dort angelangt, sollte er sich im Einvernehmen mit dem König von Montenegro zum Fürsten von Albanien proklamiert haben. Der Streich war gut gespielt. Was würde Österreich dazu sagen? Es hatte die Unabhängigkeit Albaniens im Namen des Nationalitätenprinzips gefordert, für das es bei sich selbst zwar einige Geringschätzung bezeigte, das es aber als ausgezeichneten Ausfuhrartikel betrachtete. Nun schien Albanien, dessen Entstehung Europa verfügt hatte, sich selbst sein Oberhaupt wählen zu wollen. Wie würde man in Wien einen Anspruch aufnehmen, der so viele Kombinationen über den Haufen zu werfen drohte?

---

[1] Gelbbuch, II, Nr. 282f.

[2] Ebenda, Nr. 284.

Achtes Kapitel

Besuche und Empfänge – Der deutsche Chauvinismus – Die Zwischenfälle von Lunéville und Nancy – Wilhelm II. in Metz – Reise des Königs von Spanien nach Frankreich – Feste in Paris und in Fontainebleau

Während die französische Regierung unter Pichons vorsichtiger Steuerung mitten durch die Klippen fuhr, verwandte ich nach wie vor in Erfüllung meiner Amtspflichten den größten Teil meiner Tage zu Besuchen von Krankenhäusern oder verschiedenen Ausstellungen und den größten Teil meiner Abende zu offiziellen Empfängen. Am 1. April hatte ich das große Vergnügen, das belgische Königspaar zu einem kleinen Frühstück bei mir zu sehen. Es war in sehr bescheidenem Aufzuge, nur mit zwei Ordonnanzoffizieren und einer Hofdame, für ein paar Stunden nach Paris gekommen . . . König Albert schien mir ebenso besorgt wie ich über die Ereignisse. Immerhin glaubte er noch, der deutsche Kaiser erwidere Frankreichs Friedenswillen mit einer ebenso versöhnlichen Gesinnung und leiste den alldeutschen Einflüssen, die sich rings um ihn regten, Widerstand . . .

Inmitten all dieser öffentlichen Verpflichtungen erfuhr ich das größte Leid meines Lebens, den Tod meiner Mutter, die am 11. April nach kurzem Unwohlsein plötzlich starb . . . In dem furchtbaren Schmerze, den ich und die Meinen empfanden, hatten wir nicht einmal das Recht, für uns allein zu bleiben, um zu weinen. Zur Beisetzung begleiteten uns nicht nur Freunde, sondern auch ein ganzer Schwarm gleichgültiger Menschen. Nach Paris zurückgekehrt, mußte ich fast sofort die verdrießlichen Repräsentationspflichten wieder aufnehmen, die den größten Teil meiner Tätigkeit ausfüllten.

Im Laufe des April empfing ich nacheinander den Prinzen von Wales, den ich weniger schüchtern und gereifter fand als im Vorjahre, dann den König Gustav V. von Schweden, der so gütig war, mir persönlich die Insignien des Seraphim-Ordens zu überbringen, und sich freute, daß er auch in diesem Jahre ein paar Wochen an der Côte d'Azur hatte verbringen können. Ebenso empfing ich Sir Francis Bertie, der mir nach einer Unterredung zwischen Sir Edward Grey und Paul Cambon die Nachricht brachte, daß König

Georg V. sich freue, mich Ende Juni in London zu empfangen. Ich war mit der Regierung der Ansicht gewesen, daß mein erster offizieller Besuch England gelten müsse, wohin auch meine Vorgänger nach ihrem Amtsantritt gereist waren.

Aber weder diese äußeren Lebenspflichten noch der innere Kummer lenkten mein Denken von der Gefahr ab, die in Europa immer größer zu werden schien, und stets war es das deutsche Rätsel, das sich meiner Beachtung am stärksten aufdrängte. Konnte ich mir doch nicht verhehlen, daß die nationalen Leidenschaften in Deutschland sich täglich mehr erhitzten. Die alldeutschen und die militärischen Verbände trieben eine immer stärkere Propaganda[1]. Der Reichstagsabgeordnete General v. Liebert hielt Vorträge über Deutschlands Willen zur Macht, über die Notwendigkeit einer Expansions- und Gewaltpolitik; der General Keim in Berlin hielt überall angriffslustige Reden; der General v. Wrochem rief aus: „Es ist vor allem die schallende Ohrfeige von Marokko, die uns unsere ganze militärische Ohnmacht offenbart hat. Ein Volk, das wie das unsere im Fortschritt und in der Entwicklung ist, braucht neue Gebiete zur Entfaltung seiner Kräfte, und gibt der Friede ihm diese Gebiete nicht, so muß es sie im Kriege suchen[2]."

Das „Berliner Tageblatt", das die Gefahren dieser Propaganda erkannte, schrieb am 21. April: „Finden Regierung, Reichstag und Volk nicht den Mut, zwischen sich und den Alldeutschen reinen Tisch zu machen, dann muß das Reich zuletzt im Rüstungskampf ersticken, und dann hilft auch alle offizielle Friedenspolitik nichts." Aber dieser Rat wurde nicht befolgt. Schon am 10. Februar 1913, lange vor Briands Beschluß, die dreijährige Dienstpflicht vorzuschlagen, veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung" folgende Notiz: „Die heutige Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei wurde vom Reichstagsabgeordneten Bassermann geleitet. Dieser sprach auch über die auswärtige Politik in dem Sinne, daß er die auswärtige Lage als bedenklich schilderte, neue Rüstungen verlangte und einer aktiven Politik das Wort redete." Und die „Frankfurter Zeitung" gab die von der nationalliberalen Reichstagsfraktion gefaßte Entschließung wieder: „Die Reichstagsfraktion . . . begrüßt mit Genugtuung den Beschluß der verbündeten

---

[1] S. Dr. Ottfried Nippold, Le chauvinisme allemand, Payot, 1921.

[2] Danziger Neueste Nachrichten, 6. März 1913.

Regierungen, dem Reichstage eine diesen Gesichtspunkten (dem Standpunkte der Fraktion bei den Militärvorlagen 1911 und 1912) entsprechende Vorlage zu unterbreiten."

Wie Maurice Muret betont[1], war Bassermann ein glänzender Zuwachs für die Alldeutschen. Hatte die nationalliberale Partei, die zumeist aus dem Großbürgertum bestand, bisher doch gezögert, sich dem Chor der Kriegslustigen anzuschließen.

Am 13. März 1913 veröffentlichte die „Tägliche Rundschau" folgenden Aufruf des deutschen Wehrvereins: „Kaiser und Kanzler haben eine neue große Heeresvorlage angekündigt. Das deutsche Volk ist damit vor eine schwerwiegende Entscheidung gestellt. Vor Jahresfrist hat der Reichstag der von den Regierungen beantragten Heeresverstärkuug mit erfreulicher Bereitwilligkeit zugestimmt. Der Wehrverein hat stets die Ansicht vertreten, daß diese Verstärkung nicht genüge. Sein letzter Aufruf schloß vor fünf Monaten mit den Worten: ‚Der Ernst der Gegenwart fordert gebieterisch, das Versäumte nachzuholen' . . . Daß die Verschiebung der Machtverhältnisse auf der Balkanhalbinsel ohne Nachwirkung auf das europäische Staatensystem bleiben werde, kann nur Unvernunft glauben . . . Der Ausgang des Krieges bedeutet eine stetige ernste Bedrohung Österreichs. Mag zunächst wieder Friede werden; der Habsburgischen Monarchie wird der Kampf ums Dasein nicht erspart bleiben. An ihrem Bestand aber hängt der unsere. Österreichs Zerfall würde das Deutsche Reich den schwersten Gefahren aussetzen."

Ein paar Tage darauf bezeichnete der Rektor der Universität Berlin auf einem deutschen Frauenkrongreß Frankreich als Erbfeind, und keiner der Anwesenden nahm Anstoß daran. Erst Stähelin wies in der „Straßburger Zeitung" auf das Unpassende dieser Bezeichnung eines Nachbarlandes durch einen Staatsbeamten hin.

Der Kronprinz, damals 32 Jahre alt, warf sich öffentlich zum Anhänger des Krieges auf. Der sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht wagte sich am 25. April 1913 im Reichstage darüber zu beschweren, bekam aber sofort einen Ordnungsruf, und seine rasch unterdrückte Kritik hielt den Kronerben nicht ab, die Vorrede eines kriegerischen Buches zu schreiben und darin den vielsagenden Satz zu gebrauchen: „Bis zum Untergange der Welt wird

[1] L'évolution belliqueuse de Guillaume II., Payot édit.

das Schwert immer der letzten Endes ausschlaggebende Faktor sein und bleiben."

Und doch hatte Fürst Bülow selbst darauf hingewiesen, daß Deutschland seit 1908 nicht mehr den mindesten Grund hatte, sich durch eine Einkreisung bedroht zu fühlen[1]. Diese Aufwallung des Alldeutschtums war also unentschuldbar. Wir bemühten uns Tag für Tag, soviel wir vermochten, ihr Einhalt zu tun, nicht nur, indem wir bei allen Verhandlungen Deutschlands und Österreichs Wünsche in weitestem Maße berücksichtigten, sondern auch, indem wir die Rücksichten und Zuvorkommenheiten gegen beide Länder vermehrten.

So hatte ich am 5. März, als in Helgoland mehrere deutsche Matrosen durch einen Unglücksfall umgekommen waren, an den Kaiser telegraphiert: „Ich erfahre die furchtbare Katastrophe, die die deutsche Marine in Trauer versetzt. Es drängt mich, Euer Majestät mein tiefstes Beileid auszusprechen und Ihnen mein Mitgefühl für die Hinterbliebenen der bei der Erfüllung ihrer Pflicht Umgekommenen zu versichern." Der Kaiser antwortete mir: „Sehr gerührt von dem Mitgefühl, das Sie mir anläßlich der furchtbaren Katastrophe bei Helgoland bezeigt haben, bitte ich Sie, Herr Präsident, meinen aufrichtigsten Dank sowie den der deutschen Marine entgegenzunehmen. Wilhelm I.R."

Kaum einen Monat später, am 3. April 1913, um 6 Uhr morgens, stieg ein Zeppelinluftschiff, L Z 16, zu einer Versuchsfahrt von Friedrichshafen auf; an Bord befanden sich drei Offiziere, die die Abnahmekommission bildeten. Zwei bis drei Stunden darauf überflog das Luftschiff französisches Gebiet in der Gegend von Belfort. Es wurde nacheinander in Xertigny, Passavant, Epinal, Baccarat und Manonviller gemeldet. Es flog in verschiedenen Höhen und kreuzte sechs Stunden lang in seltsamer Weise über den Departements Haute-Saône, Vosges und Meurthe-et-Moselle, und das alles über einer stark befestigten französischen Grenze. Endlich, um 2 Uhr nachmittags, landete es auf dem Manöverfelde von Lunéville, da es nur noch wenig Ballast und Betriebsstoff hatte, und zog sich selbst leichte Beschädigungen durch die plumpe Ungeschicklichkeit seiner Landung zu.

---

[1] Fürst Bülow, Deutsche Politik. Übersetzt von Maurice Herbette. Paris 1915, Ch. Lavauzelle, S. 72, 115, 122.

Diese Fahrt war recht verdächtig. Zudem war sie eine krasse Verletzung der Verordnung vom 21. November 1911 über die Luftschiffahrt. Sobald das Luftschiff, das eine Länge von 140 Metern hatte, gelandet war, wurde es von den Truppen umringt, die auf dem Manöverfeld exerzierten. Sie schützten es vor jeder Beschädigung und sperrten es bis zum Eintreffen der zuständigen Behörden ab. Um 3 Uhr 15 erhielt die Regierung Nachricht von dem Zwischenfall, und zwar durch ein Telegramm des Ortskommandanten von Lunéville, das mir sofort mitgeteilt wurde. General Hirschauer, Generalinspekteur des Luftfahrtwesens, fuhr am selben Abend nach Lunéville ab.

Inzwischen fand eine summarische Untersuchung durch die örtlichen Militär- und Zivilbehörden statt, worauf der Führer der Abnahmekommission, Hauptmann George, und der Lenker des Luftschiffes von der Zeppelinwerft die Erlaubnis erhielten, ihre Lage der deutschen Gesellschaft telegraphisch mitzuteilen. 150 Mann der Garnison von Lunéville wurden dem Lenker von der Zeppelinwerft zur Verfügung gestellt, um für das Festmachen des Luftschiffs zu sorgen. Die Bemannung erhielt auf ihre Bitte die Erlaubnis, die Nacht bei dem Luftschiff zu bleiben und die Schäden auszubessern.

Am Morgen des 4. traf von Oos-Baden ein Sonderzug mit den erforderlichen Wasserstoffbehältern zur Auffüllung des Ballons in Deutsch-Avricourt ein. In demselben Wagen langten 13 Facharbeiter mit den Werkzeugen und Ersatzstücken an, die der Lenker des Luftschiffes am Tage vorher bei seiner Firma angefordert hatte. Der Wagen wurde an den französischen Schnellzug angehängt und traf in Lunéville so früh ein, daß alle Reparaturen gegen Mittag beendet waren. Soweit waren die Verwaltungs- und Militärbehörden sowie die Ostbahngesellschaft auf Weisung der Regierung in ihrem Entgegenkommen gegangen.

Zugleich hatte General Hirschauer am selben Tage frühmorgens eine rasche Untersuchung vorgenommen, über die er telegraphisch nach Paris berichtete. Nachdem die Regierung Kenntnis davon genommen hatte, ließ sie dem Luftschiff die Erlaubnis geben, auf dem Luftwege nach Deutschland zurückzukehren, während die Offiziere mit der Eisenbahn nach Deutsch-Avricourt befördert werden sollten. Um 11 Uhr wurde dieser Beschluß den Beteiligten mitgeteilt.

Um 12 Uhr 45 stieg der Zeppelin wieder auf und verließ Frankreich in ruhiger Fahrt, dem Laufe der Seille folgend. Unmittelbar darauf fuhren die deutschen Offiziere mit dem Sonderkommissar von Avricourt im Kraftwagen nach der Grenze ab.

So hatte die französische Regierung binnen 24 Stunden eine besonders heikle Sache auf eine für Deutschland mehr als zufriedenstellende Weise geregelt. Niemand konnte ihre Höflichkeit, ja selbst ihr Wohlwollen verkennen. Das schien die deutsche Regierung anfangs auch zu begreifen. Sie beauftragte v. Schoen, Pichon schriftlich „ihren lebhaften Dank für die Art auszudrücken, wie die französische Regierung diesen bedauerlichen Zwischenfall gütigst geregelt hätte". Kaum aber war das Luftschiff in Metz eingetroffen, kaum waren die Offiziere in Straßburg angelangt, so schlug der Ton um. Nicht nur die gesamte deutsche Presse stimmte ein Konzert von Verwünschungen gegen Frankreich an, sondern auch die deutsche Regierung, die zweifellos durch die dreiste Undankbarkeit ihrer Offiziere aufgestachelt war, glaubte Schoen nochmals zum Quai d'Orsay schicken zu müssen, um sich über das Benehmen der französischen Zivilbehörden zu beschweren. Man habe dem Hauptmann und dem Lenker des Luftschiffes Schwierigkeiten bei ihrem telegraphischen Verkehr gemacht; die Bevölkerung habe feindliche Demonstrationen veranstaltet, kränkende Inschriften auf der Gondel angebracht. Mehr noch: Auf die Nachricht hin, daß Barthou und Klotz den Unterpräfekten von Lunéville zum Präfekten befördert hatten, nahm die deutsche Regierung keinen Anstand, einen ebenso ungewöhnlichen wie unpassenden Schritt zu tun: sie verlangte die Aussetzung dieser Beförderung, und um ihrem Ansinnen noch mehr Gewicht zu geben, stellte sie es doppelt: in Paris bei Pichon und in Berlin bei Jules Cambon. So geschah es, daß die öffentliche Meinung in Deutschland, durch eine bemerkenswert gut abgestimmte Presse und sogar durch die Haltung der deutschen Regierung irregeführt, aus einem Zwischenfalle, den Frankreich in aller Freundlichkeit geregelt hatte, die ungerechtesten Schlußfolgerungen gegen uns zog.

Drei Tage darauf begann im Reichstage die Beratung der neuen Militärvorlage. Offenbar hatte man ihre Annahme durch eine geschickte Entstellung des Zeppelin-Zwischenfalles fördern und erleichtern wollen. Mit klarer, fester Stimme hielt der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg eine lange Rede, in der er die Heeresvermeh-

rung zu rechtfertigen suchte. Er wurde den ständigen Friedensbestrebungen Europas während des Balkankrieges gerecht. Er wies es von sich, einen Zusammenstoß zwischen Slawen und Germanen für unausweichlich anzusehen. Er freute sich über die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, beklagte es jedoch, daß die Balkansiege als Erfolge des slawischen Gedankens gefeiert worden seien. In drohendem Tone fuhr er fort: „Als treue Verbündete Österreichs sind wir bemüht, diese Spannungen zu mildern, soweit es möglich ist. Aber den Kopf in den Sand stecken dürfen wir trotzdem nicht. Daß wir unsere Bündnistreue auch über die diplomatische Vermittlung hinaus bewähren werden, ist selbstverständlich. Durch die neue und akute Belebung der Rasseninstinkte erhält die durch die Balkankriege entstandene Verschiebung der militärpolitischen Situation eine erhöhte Bedeutung. Wir sind gezwungen, sie in Rechnung zu stellen, wenn wir an die Zukunft denken." Er erklärte weiter, Deutschlands Beziehungen zu Frankreich seien gut. Er habe allen Grund zu glauben, daß die gegenwärtige französische Regierung in Frieden mit dem Reiche zu leben wünsche. Da aber diese so gerechtfertigte Versicherung gar nicht zu der Wehrvorlage stimmte, beeilte er sich, sie zu verbessern. „Ob und welchen Wechsel die Zukunft bringen wird," sagte er, „weiß niemand." Und er verdächtigte nicht nur die sog. Chauvinisten, sondern auch die „Ruhigen und Überlegten" in Frankreich, die nach seiner Meinung das Unrecht taten, allzuoft an die Überlegenheit ihres Landes zu glauben, und die ein so verwegenes Selbstvertrauen zu Abenteuern treiben könne. Er wagte sogar die ironischen und hochmütigen Worte zu sprechen: „Dem lebhaften französischen Geiste erscheinen die Niederlagen der Türken . . . bei Kirk-Kilisse und Lüle Burgas . . . doch auch als Niederlagen der Deutschen; er sieht die Überlegenheit der französischen Geschütze und Instrukteure als . . . erwiesen an. Der Anschluß der Balkanstaaten an die Tripleentente wird im voraus eskomptiert, mit einem starken Seitenblick auf Elsaß-Lothringen . . . In der Illusion hat Frankreich schon einmal den Kampf mit uns begonnen[1]."

So verspottete der Kanzler ein friedliches Land; dagegen billigte er es, als Österreich die Entwicklung der Balkanstaaten zu hemmen, als es sie zu schwächen und zu verfeinden suchte.

[1] So im Original. Poincaré schreibt: „In seiner Illusion hat Frankreich den Krieg schon gewonnen." — Der Herausgeber.

Nach ihm vertrat der alte Graf Kanitz die folgenden, etwas widerspruchsvollen Sätze: 1. Frankreich ist ein erledigtes Land, dessen Bevölkerung täglich abnimmt. 2. Frankreich ist ein angriffslustiges Land, das von früh bis spät „Nach Berlin!" ruft. 3. Frankreich rüstet immerfort weiter, was Deutschland zur Vermehrung seiner Rüstungen nötigt. Darauf antwortete der Sozialdemokrat Scheidemann ziemlich ruhig: „Wenn Sie die Vorlage annehmen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Frankreieh seinc Gegenmaßnahmen trifft." Nach drei Sitzungen, die fast alle für die Wehrvorlage günstig verliefen, wurde die erste Lesung beendet und die Vorlage an die Kommission verwiesen. Somit war es gewiß, daß sie vor Pfingsten angenommen werden würde.

Unmittelbar nach dieser Debatte ereignete sich am Sonntag, dem 13. April, in Nancy ein neuer Zwischenfall, zu dem die herausfordernde Sprache des Reichskanzlers vielleicht beigetragen hatte. Sieben Deutsche waren in zwei getrennten Gruppen von Metz nach Nancy gefahren, um die Stadt zu besuchen. Zwei von ihnen, Teichmann und Heyne, hatten sich am Abend im Kasino getroffen, wo ein Zeitungsverkäufer Cholet mit ihnen einen Wortwechsel gehabt hatte. Cholet war vor ein paar Wochen nach Moyeuvre-la-Grande im annektierten Lothringen gefahren, dort von einigen anderen Deutschen mißhandelt worden und ihrer Wut nur durch die Flucht entronnen. Von diesem Mißgeschick hatte er einen dumpfen Groll bewahrt, und als er in Nancy zwei Deutsche bei Tische sitzen sah, hatte er sie so laut angefahren, daß ein Polizeibeamter ihm Schweigen gebot und ihn aufforderte, hinauszugehen.

Am selben Abend um Mitternacht, in der Brasserie Lorraine, wo die Theaterbesucher einzukehren pflegten, hatte sich eine Anzahl der Gäste des Kasinos eingefunden, unter ihnen mehrere Deutsche, Segerbarthold, Krauth und Schubert in Begleitung der Witwe Schreiber und der Opernsängerin Fräulein Wieser. Der Wortwechsel im Kasino, der aufgebauscht und entstellt worden war, führte zu Streitigkeiten zwischen den deutschen und französischen Gruppen. Einige junge Leute warfen den deutschen Touristen von einem Nebentisch unpassende Bemerkungen zu, und diese antworteten mit groben Späßen. Einer der Franzosen trieb die Unhöflichkeit so weit, den Fremden ein Blatt Papier mit fünf Spottversen von Heine auf Deutschland zustellen zu lassen. Der Besitzer des Lokals machte diesen peinlichen Gesprächen zum Glück ein Ende.

Um 1 Uhr 15 nachts wurde das Bierlokal geschlossen, und die Gäste entfernten sich. Die fünf Deutschen gingen gemeinsam zur Bahn, um den Zug nach Metz zu nehmen, der um 2 Uhr abfuhr. Ihnen folgten zwei junge Leute, die sie abermals foppten, aber so geschickt, daß die Polizei nichts Auffälliges wahrnahm und nur ein paar geräuschvolle Nachtwanderer vorbeigehen zu sehen glaubte. Indessen riß den Deutschen die Geduld, und sie zeigten bisweilen eine böse Laune.

Auf der Bahn, wo ziemlich viel Personen sich am Büfett, in den Wartesälen und auf den Bahnsteigen befanden, wurde die Sache noch schlimmer. Das Erscheinen der zwei Deutschen aus dem Kasino und der fünf aus dem Bierhause, die sämtlich gekommen waren, um den Zug zu besteigen, und die sämtlich durch ihre Aussprache, mehr noch durch ihr Aussehen auffielen, wurde mit höhnischem Murren begrüßt. Um sie vor diesen Demonstrationen zu schützen, ließ ein Eisenbahnbeamter sie im voraus in den Zug nach Metz einsteigen, der bereits auf dem dritten Bahnsteige stand. Da schienen sie völlig in Sicherheit; aber ihr Schlupfwinkel wurde alsbald entdeckt. Die Manifestanten umlagerten den Wagen, dessen Türen die Deutschen fest zuhielten, und drangen schließlich ein. Darauf kam es zu kurzen Tätlichkeiten; ein Deutscher erhielt einen Schlag und ein anderer verlor seinen Hut. Als der Beamte die Unordnung bemerkte, stieg er in den Wagen, wies die Lärmmacher hinaus und stellte die Ruhe her. Der Zug fuhr pünktlich ab und brachte die Deutschen ungefährdet nach Metz.

So bedauerlich dieser kurze Auftritt auch war, er machte in Nancy so wenig Aufsehen, daß der Präfekt es nicht mal für nötig hielt, ihn der Regierung zu melden. Barthou und ich erfuhren ihn erst am 14. April ziemlich spät durch Telegramme der Zeitungsagenturen. Selbstredend hatten die Deutschen die Sache nach ihrer Rückkehr nach Metz sofort den Zeitungen und den Behörden in hochdramatischer Form mitgeteilt, und alsbald ging ein neuer deutscher Pressefeldzug gegen Frankreich los.

Schon am folgenden Tage interpellierte der Abgeordnete v. Richthofen den Staatssekretär des Auswärtigen, und sofort nahm Jagow Stellung dazu, obwohl er zugab, noch keine zuverlässigen Auskünfte zu haben. „Über die Vorfälle von Nancy", sagte er, „sind wir bisher nur aus den Telegrammen von Wolff und aus der Presse unterrichtet. Sollten sich diese Nachrichten in ihrem vollen Umfange

bestätigen, so würden sie allerdings als höchst bedauerlich zu bezeichnen sein und auch einen traurigen Beweis dafür geben, wie sehr die chauvinistischen Treibereien, von denen neulich der Herr Reichskanzler gesprochen hat, Macht über die Gemüter gewinnen können und wie gefährlich sie sind. Der kaiserliche Botschafter in Paris hat die Anweisung erhalten, bei der französischen Regierung um Aufklärung zu ersuchen und, falls die Nachrichten sich als richtig erweisen sollten, wegen des mangelhaften Schutzes der betroffenen Deutschen vorstellig zu werden."

In der Tat erschien der Botschaftssekretär v. Wedel schon am Dienstag, dem 15., vormittags am Quai d'Orsay, um zu fragen, ob die französische Regierung ihm genaue Auskünfte geben könne. Pichon war im Ministerrat im Elysée. Sein Kabinettschef entgegnete, daß man einen Bericht erwarte und daß die Ergebnisse der Botschaft mitgeteilt würden. Noch vor diesem deutschen Schritt, zu der Stunde, wo Jagow im Reichstage sprach und einen unglücklichen nächtlichen Streit in einen internationalen Konflikt umzudeuten suchte, hatte die französische Regierung den Staatsrat Ogier, Kontrolldirektor im Ministerium des Innern, nach Nancy entsandt, um an Ort und Stelle eine unparteiische Untersuchung zu führen. Auf seinen Bericht hin traf das Kabinett Barthou, um jedes Unrecht auf seiten Frankreichs bestimmt zu vermeiden, schon am 18. strenge Strafmaßnahmen. Die beiden Polizisten, die vor dem Bahnhof gestanden und die Ausschreitungen anscheinend nicht bemerkt hatten, wurden wegen ungenügender Überwachung entlassen. Der Zentralkommissar der Stadtpolizei und der Sonderkommissar, dem die Bahnhofspolizei unterstand, wurden für die Nachlässigkeit ihrer Untergebenen verantwortlich gemacht und strafversetzt. Aber die Regierung ging noch weiter. Sie maßregelte den ersten Beamten des Departements. Der Präfekt, der den Fehler begangen hatte, die Sache nicht gleich dem Ministerium des Innern zu melden, wurde abgesetzt und erhielt ein anderes Amt. Das waren strenge Maßnahmen, und viele Zeitungen machten sie dem Kabinett zum Vorwurf. Aber Barthou und Klotz waren der Meinung, und ich billigte sie, daß wir unseren Nachbarn keinen Vorwand zu Klagen lassen durften. Die Regierung wollte allen Beamten zeigen, daß die geringsten Zwischenfälle in einer großen Stadt, wenn Deutsche darein verwickelt wurden, unversehens einen sehr ernsten Charakter annehmen konnten. Sie wollte die Wachsamkeit der

Staatsbeamten, besonders im Osten, anspornen, um diesseits wie jenseits der Grenze allen Machenschaften zur Erhitzung der Geister vorzubeugen. Sie hätte den Deutschen sicherlich mit Recht antworten können, daß sie sich wie alle beleidigten Staatsbürger an die französischen Gerichte wenden sollten, hielt es aber für angezeigt, Deutschland gegenüber die korrekteste Mäßigung zu zeigen.

Deutschland wußte ihr übrigens keinen Dank dafür. Die franzosenfeindliche Propaganda flammte in der deutschen Presse erst recht auf. Die konservative „Deutsche Tageszeitung", die alldeutsche „Post", der „Lokalanzeiger" erklärten die Sühne für unzureichend. Die beiden erstgenannten Zeitungen verlangten sogar, daß die französische Regierung ihr Bedauern ausdrücke. Das Berliner Kabinett widerstand diesem Druck indes und hielt den Zwischenfall für erledigt.

Aber die Reihe war noch nicht zu Ende. Am Sonntag, dem 20., führten aktive deutsche Offiziere, die eine Pfadfindergruppe kommandierten, ihre jungen Leute mit Musik und Fahnen zum Spaß auf französisches Gebiet. Am folgenden Dienstag, als ich eben Paris verlassen wollte, um drei Tage mit meiner Familie in Sampigny zu verbringen, landete ein deutscher Zweidecker mit zwei Offizieren vom Flughafen Darmstadt bei Arracourt. Der Führer, Hauptmann v. Wall, erklärte, er habe sich im Nebel verirrt und geglaubt, er ginge bei Château-Salins nieder. Die französischen Behörden ließen den Fall höherer Gewalt gelten und das Flugzeug nach Metz zurückkehren. Am nächsten Tage traf der Deutsche Kaiser mit großem Gefolge von Militär- und Zivilpersonen in Metz ein. Einer der annektierten Lothringer, der Frankreich über alles liebte, einer von denen, die ihr kleines Vaterland bei der deutschen Kriegserklärung verließen, um sich in das große zu retten, der Domherr Collin, der vor seinem Tode die Genugtuung hatte, das Departement Moselle im Senat zu vertreten, veröffentlichte im „Lothringer" einen Artikel, der von neuem die Ergebung und Besonnenheit der annektierten Bevölkerungen ausdrückte. „Wilhelm II.", schrieb er, „kommt heute in unser Lothringen und wird heute abend Gast der Stadt Metz sein. Er sei willkommen. Seine Soldaten, die er besichtigen und anspornen will, werden ihn mit der Disziplin, dem Respekt und der stillen Genugtuung empfangen, die sich gebühren. Die Zivilbevölkerung wird ihn besonders in der Hoffnung empfangen, daß er ihre Friedenswünsche und Friedensbedürfnisse teilt. In unserem

Elsaß-Lothringen wünschen wir durchaus keinen Krieg. Wir haben in dieser Hinsicht zu traurige Erfahrungen gemacht."

Die Stimmung, die dieser Artikel spiegelte, war sowohl die der Elsässer wie der Metzer, sowohl die der Lothringer an der Maas wie die der Annektierten. Fast zu gleicher Zeit nahm die zweite elsaß-lothringische Kammer einstimmig und ohne Debatte einen Antrag an, worin sie sich gegen jeden Krieg zwischen Deutschland und Frankreich aussprach. Ich selbst war an dem Tage, wo Wilhelm II. in Metz eintraf, noch in Sampigny, unweit der Grenze, inmitten von anderen Lothringern, die über meine Anwesenheit entzückt waren; und obwohl vor meinem Hause der vorgeschriebene Militärposten stand und auf dem Dach eine Fahne gehißt war, träumten diese braven Leute gleich mir in unseren Wäldern und auf unseren Wiesen, die im Lenzschmuck prangten, nur vom Landleben und von friedlicher Arbeit.

Ein paar Stunden danach riefen mich meine eintönigen Berufspflichten wieder nach Paris zurück: Besuche von Abordnungen, offizielle Ausfahrten, banale Audienzen, feierliche Empfänge, eine ununterbrochene Reihe von Einweihungen, Übergaben von Beglaubigungsschreiben ausländischer Gesandter . . .

Die friedliche Gesinnung, die Frankreich bei allen Gelegenheiten bewies, zeigte sich in ihrem vollen Glanze bei den Festen zu Ehren des Königs Alfons XIII., der die endgültige Annahme des spanisch-französischen Marokko-Abkommens durch einen offiziellen Besuch in Paris besiegeln wollte . . .

Er traf am Mittwoch, dem 5. Mai, vormittags auf dem Bahnhofe des Bois de Boulogne ein, der anmutig mit Grün, Blumen, Teppichen und Fahnen geschmückt war. Er trug die Uniform eines Generals der Artillerie, einen schwarzen Dolman mit drei goldenen Streifen am Ärmel, schwarzes Beinkleid mit roter Biese, weißen Tschako mit roter Feder. Behend und geschmeidig sprang er auf den Bahnsteig, drückte mir herzlich die Hand, sprach Barthou und die Minister, die ich ihm vorstellte, freundlich an. Er war von schlankem Wuchs, hatte lebhafte, frohe Augen, eine Adlernase, einen feinen, hochgedrehten Schnurrbart, eine etwas starke Unterlippe und ein kräftiges Kinn. Er gewann alle, die ihm nahten, durch sein Verlangen, zu gefallen, und durch seine Vertraulichkeit, die selbst bei den Bescheidensten das Gefühl erweckte, daß sie seinesgleichen seien. Ich bot ihm den Platz zu meiner Rechten in dem Wagen an, der

à la Daumont mit meinen vier schönsten Rappen bespannt war. Ihm folgten sechs andere Wagen; im ersten saß der spanische Premierminister Graf Romanones mit Barthou. Von Kürassieren eskortiert und von einer unzähligen Menge begrüßt, fuhren wir nach dem Ministerium des Auswärtigen, das für ein paar Tage zur Königsresidenz werden sollte . . .

Ich geleitete Alfons XIII. bis zu seinen Gemächern, und nachdem er sich einen Augenblick ausgeruht hatte, begaben wir uns gemeinsam nach der Invaliden-Esplanade, wo der Gouverneur, General Michel, dem Wunsche des Königs gemäß, die Schüler der Militärschulen und die Garnison von Paris vor einer mit den spanischen und französischen Farben geschmückten Tribüne vorbeimarschieren ließ. Dann lud ich unseren Gast zu einem kleinen Frühstück im Elysée ein, das im Salon Murat stattfand. Außer dem Gefolge des Königs nahmen Graf Romanones, Barthou und Pichon daran teil. Der König überreichte mir sofort das Goldene Vließ, dessen Eroberung mir zweifellos weniger Mühe gekostet hatte als Jason; aber es trug mir auch nicht das Reich des Pelias ein. Übrigens war der Orden mir wirklich nur „verliehen". Er muß, wie der jedes anderen Ritters, nach meinem Tode zurückgegeben werden. So hat es Philipp der Gute, der Stifter des Ordens, gewollt.

Am Nachmittag besichtigte der König die Militärschule. Dann empfing er ziemlich lange die Königin-Mutter, die Prinzessin von Battenberg, die in Paris war, und schließlich ließ er sich, wie es bei offiziellen Reisen der Staatsoberhäupter Brauch ist, das diplomatische Korps vorstellen. Am Abend gab ich im Elysée ein großes Diner, zu dem ich außer den beiden Kammerpräsidenten und den Ministern eine Reihe von Politikern eingeladen hatte. Besonders hatte ich Caillaux und seine Gattin aufgefordert, um im Geiste des Königs die letzten Spuren seiner Unzufriedenheit von 1911 auszulöschen. Auch der Präsident Loubet, gleichfalls Ritter vom Goldenen Vließ, war mit seiner Gattin erschienen. Von den Botschaftern waren nur Sir Francis Bertie und Graf Szecsen von Temerin eingeladen, der verwandtschaftlichen Beziehungen wegen, die zwischen dem spanischen, dem englischen und österreichischen Herrscherhause bestanden. Mir lag daran, dies neue Unterpfand für unsere guten Beziehungen zu der Doppelmonarchie zu geben. Auch der Trinkspruch, den ich auf S. M. Alfons XIII. ausbrachte, zeugte von der gleichen friedlichen Gesinnung . . . Der König antwortete

mir, meine Worte gingen ihm zu Herzen, und die spanische Nation sehe in dem warmen Empfange, den er in Paris finde, einen neuen Beweis für die brüderliche Gesinnung des französischen Volkes . . .

Am selben Tage, dem 5. Mai, ließ der Zar ankündigen, daß er demnächst nach Berlin reisen werde, um der Hochzeit der Prinzessin Viktoria Luise beizuwohnen, und mehrere parlamentarische Gruppen in Frankreich wollten nach Bern zu einer Konferenz fahren, an der auch ein paar Reichstagsmitglieder teilnehmen sollten. Am selben Tage richtete Wilhelm II. an das mecklenburgische Artillerieregiment folgenden flammenden Tagesbefehl: „Gern und dankbar gedenke ich der hervorragenden Hingebung und des Mutes, den die Batterien des Regiments in den blutigen Kämpfen des Feldzuges von 1870 gezeigt haben. Diese ruhmvolle Vergangenheit der Großherzoglich Mecklenburgischen Artillerie ist mir eine Bürgschaft für die Zukunft. Ich bin sicher, daß das Regiment dem Ruhme seiner Voreltern nicht nachstehen wird, daß es seine Treue zu dem gemeinsamen Vaterlande, die durch das Blut so vieler Helden besiegelt worden ist, unerschütterlich bewahren wird und daß es, wenn es von neuem gilt, die deutsche Ehre und die deutsche Macht gegen das Ausland zu verteidigen, neue Lorbeeren zu den alten hinzufügen wird[1]."

Am nächsten Tage machte der König von Spanien, einer der besten Reiter seines Landes, sich die Freude, bei Fontainebleau, in dem malerischen, von Felsrändern umsäumten und von dichten Bäumen bekrönten Solletal, die Offiziere und Mannschaften der Dragonerregimenter 7 und 13 reiten zu sehen. Er selbst ritt einen prächtigen Braunen, und die Menge der Zuschauer, die auf den angrenzenden Höhen stand, begrüßte ihn von neuem mit wiederholten Beifallsrufen.

Dann kehrten wir über Fontainebleau zum Artillerieschießplatz zurück, um einer Schießübung beizuwohnen, die der König mit leidenschaftlichem Interesse verfolgte. Schließlich begaben wir uns in das Schloß, wo in der Galerie Henri II. ein Frühstück von 24 Gedecken stattfand . . . Am Nachmittag fand im Steinbruch,

---

[1] Rückübersetzung aus dem Französischen. Der obige Tagesbefehl an das Mecklenburgische Artillerieregiment (Nr. 24 in Güstrow) steht weder im Armeeverordnungsblatt noch im Militärwochenblatt und ist in Zeitungen nicht auffindbar. Auch die Regimentsgeschichte enthält ihn nicht. In Deutschland ist er anscheinend nicht bekannt geworden. – Der Herausgeber.

einem riesigen, von Trichtern umsäumten Felszirkus, eine große Reiterquadrille statt, bei welcher der König den blendenden Figuren und den harmonischen Abwechslungen der Reiterspiele immer wieder seinen Beifall zollte . . . Auf der Heimfahrt in der Eisenbahn sprach Alfons XIII. mit mir voller Begeisterung von all diesen Schauspielen und von dem Vergnügen, das sie ihm bereitet hätten.

Am Freitag vormittags besuchte er in Neuilly eine spanisch-amerikanische Wohltätigkeitsanstalt; dann kehrte er im Auto nach Paris zurück . . . Am Abend brachte ich ihn nach dem Bahnhof Jouy-en-Josas, wo der Extrazug wartete, der ihn nach Madrid zurückführen sollte. Bevor er den französischen Boden verließ, sandte er mir telegraphisch seinen warmherzigen Dank für die ihm erwiesenen Zeichen von Sympathie. Er schloß mit den Worten: „Der Empfang, den Paris mit bereitet hat, wird mir stets in Erinnerung bleiben und die ständige Zuneigung vermehren, die ich stets für Ihr schönes Land empfunden habe."

Während seines Aufenthaltes führte er mit mir kein politisches Gespräch, außer über das spanisch-französische Zusammenwirken in Marokko. Ich sagte diesbezüglich das gleiche, was Pichon dem Grafen Romanones erklärte. Der Minister und ich versicherten der spanischen Regierung, wir würden gern mit ihr gemeinsam handeln, um die Befriedung in beiden Zonen schneller herbeizuführen, und der General Lyautey werde gelegentlich durch Madrid kommen, um die Einzelheiten dieses Zusammenwirkens festzusetzen. Über die Orientfragen hatte ich dem König und Pichon dem Grafen Romanones wiederholt gesagt, wir hätten durchaus keine Feindschaft gegen Österreich und würden auch weiterhin alles tun, um das europäische Konzert aufrechtzuerhalten.

Neuntes Kapitel

Die deutschen Wehrgesetze und das französische Gesetz über die dreijährige Dienstpflicht – Abstimmung in der Kammer und im Senat – Wiederbeginn der Feindseligkeiten im Orient – Angriff der Bulgaren auf die Serben und Griechen – Neue Pläne Österreichs gegen Serbien – Der Vertrag von Bukarest

Die deutschen Wehrgesetze veranlaßten die französische Regierung notgedrungen, das unsere zur Annahme zu bringen. Es stieß freilich auf einigen Widerstand, nicht nur bei den Sozialisten, sondern auch unter den sozialistischen Radikalen, die sehr geteilt waren; mehrere von ihnen empfahlen die zweieinhalbjährige Dienstpflicht. Léon Bourgeois schrieb an Charles Richet, den Vorsitzenden des achten nationalen Friedenskongresses, er werde für die Gesetzesvorlage stimmen, da er sich „des Unglücks von 1870 nur zu schmerzlich entsinne". Clemenceau, der den „Homme libre" begründet hatte und darin weder Barthou noch seinen alten Mitarbeiter Pichon noch mich mit seinem Spott verschonte, beglückwünschte den Ministerpräsidenten gleichwohl, „daß er zur rechten Zeit Maßregeln zur Selbstbehauptung ergriffen habe, die sich gebieterisch aufdrängten".

Außerdem hatte die Regierung beschlossen, sofort den Artikel 33 des Gesetzes von 1905 durchzuführen, der ihr erlaubte, den letzten Jahrgang unter den Fahnen zu behalten. Durafour und Brizon hatten das Kabinett über diese Maßregel interpelliert. Am 15. Mai hatte Barthou eine sehr nüchterne Erklärung zur Rechtfertigung dieser Maßnahme verlesen, und die Kammer hatte sie auf Antrag Verlots mit 322 gegen 155 Stimmen gebilligt. Drei Tage darauf erklärte Caillaux beim Festmahl der Partei der sozialistischen Radikalen, er fände eine dreijährige Dienstzeit zwar übermäßig, aber die Demokratie könne sich den neuen Pflichten nicht entziehen, die sich für sie aus der internationalen Lage ergäben, und erkenne an, daß eine „Verlängerung" des Militärdienstes unvermeidlich sei.

Da jedoch die Einbehaltung des Jahrganges durch ein paar Agitatoren ausgebeutet wurde, kam es in Toul, in Mâcon, in Nancy und besonders in Rodez zu Meutereiversuchen. Anarchistische Flugschriften wurden in den Kasernen verteilt. Soldaten mußten

vor das Kriegsgericht gestellt, andere in Strafkompanien versetzt, Chargierte degradiert werden. Diese traurigen Zwischenfälle fanden natürlich ihren Widerhall in der Kammer. Die Regierung hatte eine Vorlage über Nachtragskredite zur Bestreitung der Kosten für den einbehaltenen Jahrgang eingebracht. Die Debatte hatte als eine scheinbar technische begonnen, aber nach diesem friedlichen Anfang war sie giftig geworden; Maurice Violette hatte die Meuterer ziemlich lebhaft in Schutz genommen. Barthou hatte aus dem Stegreif vorzüglich geantwortet, und die Vorlage war mit 386 gegen 165 Stimmen angenommen worden.

Die Debatte über das Dienstpflichtgesetz, die durch den Widerstand der Minderheit in der Kommission ziemlich lange verschleppt worden war, begann am Montag, dem 2. Juni, zog sich aber derart in die Länge, daß der Ministerrat, um vor den Parlamentsferien zum Ende zu kommen, am 10. Juni beschließen mußte, die Kammer um außerordentliche Sitzungen zu bitten. Dagegen bewilligte der Reichstag schon am 13. in zweiter Lesung den Artikel 1 der Wehrvorlage und am 1. Juli sämtliche Militärgesetze und die mit ihnen verbundenen Finanzgesetze, ohne an den Forderungen der Regierung etwas zu ändern. Das deutsche Heer erhielt dadurch seine größte Vermehrung seit 1871. Seine Friedenspräsenzziffer betrug fortan 876000 Mann. Die ungeheure Vermehrung um 150000 Mann wurde durch zwei Arten von Finanzmaßnahmen gedeckt: außerordentliche Vermögenssteuer und eine jährliche Erbschaftssteuer.

Dies ganze Waffengeklirr hinderte übrigens beide Regierungen nicht, im Orient weiter gemeinsam zu arbeiten. Ebensowenig hinderte es die Staatsoberhäupter, bei jeder Gelegenheit offizielle Höflichkeiten auszutauschen. Der König von England war ebenso wie der Zar zur Hochzeit der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Herzog Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg nach Berlin gereist, und ich hatte dem Kaiser Wilhelm am 23. Mai 1913 „meine aufrichtigsten Glückwünsche und meine besten Wünsche für das junge Paar" ausgedrückt. Er hatte mir in einem höflichen Telegramm geantwortet, er sei „sehr dankbar für mein Gedenken".

Auch am 15. Juni, zu seinem fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläum, sprach ich ihm „meine Glückwünsche sowie meine Wünsche für seine Person und für die kaiserlich-königliche Familie" aus, und wieder sagte er, er habe „mein freundliches Gedenken" tief empfunden.

Inzwischen kämpften der Ministerpräsident und der Kriegsminister tapfer um die Beschleunigung des Militärgesetzes. Sie standen täglich im Feuer und hielten täglich neue Stürme aus. Um einem der stärksten Einwände gegen die lange Dienstzeit zu begegnen, war die Regierung auf mein Anraten schließlich auf die Einberufung mit 20 Jahren eingegangen. Dadurch konnte der Jahrgang 1913 sofort eingezogen und der Jahrgang 1910 bald entlassen werden, was den Übergang zwischen beiden Systemen erleichterte. Aber diese Neuerung erweckte den Widerspruch einiger Ärzte, und man mußte die Angehörigen durch Weisungen an die Aushebungskommissionen beschwichtigen. Andererseits hatten Messimy und Paul-Boncour einen Gegenentwurf eingebracht, der für die Anhänger einer Zwischenlösung sehr bestechend war, nämlich eine Dienstzeit von 28 Monaten für die Infanterie und von 30 Monaten für die berittenen Waffen. Aber der Oberste Kriegsrat blieb dabei, daß eine gründliche Reorganisation des Heeres eine gleichmäßige Dienstzeit von drei Jahren erfordere. Paul-Boncours und Messimys Gegenentwurf wurde von Barthou energisch bekämpft und mit 312 gegen 216 Stimmen abgelehnt. Schließlich, nach einer langen Reihe von Wechselfällen und nach einer im Namen der Minderheit von Caillaux verlesenen Erklärung, wurde am 19. Juli das gesamte Militärgesetz mit 358 gegen 204 Stimmen angenommen.

Unmittelbar darauf begann Doumer, der zum Berichterstatter im Senat gewählt worden war, seine Arbeit. In einer lichtvollen Gesamtdarstellung der Frage gab er die genauesten Einzelheiten über Deutschlands Rüstungen. „Schon zu Beginn des Jahres 1913", schrieb er, „beschloß die deutsche Regierung, im Bundesrat und im Reichstag eine Gesetzesvorlage einzubringen, deren Annahme für jeden, der Bescheid wußte, außer Zweifel stand. Sie hatte eine neue beträchtliche Vermehrung des deutschen Heeres zum Zweck. Die Vorlage, die seit ein paar Tagen unverändert und ohne irgendwelche Abstriche Gesetz geworden ist, forderte eine neue Verstärkung des Heeres an Menschen und Pferden, an Material und Mitteln aller Art, die zur Schlagkraft der heutigen Heere beitragen. Diese plötzliche, unerwartete Vermehrung ist nur die Fortsetzung anderer, schon beträchtlicher, die in den zwei Vorjahren beschlossen und durchgeführt worden sind. Das Gesetz vom 27. März 1911 hatte bereits zu einer Erhöhung der Präsenzziffer um 5000 Offiziere, 3000 Unteroffiziere und 15000 Mann geführt. Dazu kamen große

technische Verbesserungen für die Maschinengewehre, die Fußartillerie, die Verkehrstruppen, die Ausbildung des Heeres. Dessen Gesamtziffer wurde auf 671000 Mann erhöht. Ein Jahr darauf fand eine neue, noch imposantere Vermehrung statt. Durch das Gesetz vom 21. Mai 1912 wurden an den Reichsgrenzen zwei neue Armeekorps aufgestellt. Die Zahl der Einheiten mit erhöhtem Bestande wurde vermehrt, die Gesamtziffer um 2000 Offiziere, 7000 Unteroffiziere, 37000 Mann erhöht. Damit belief sich das deutsche Heer auf 712000 Mann, davon 37000 Offiziere oder Militärpersonen im Offiziersrange. Die Überlegenheit des deutschen Heeres über das französische, die somit rund 130000 Mann betrug, konnte hinreichend erscheinen. Trotzdem beschloß die kaiserliche Regierung schon wenige Wochen nach der Durchführung dieses Gesetzes die gewaltige Heeresvermehrung, die der Reichstag durch seine Bewilligung bestätigt hat." Sorgfältig prüfte Doumer die Folgen des neuen deutschen Gesetzes. Er wies darauf hin, daß die Vermehrung an der Westgrenze nicht weniger als 50000 Mann, 10000 Pferde und 500 Geschütze betrug. An der Ostgrenze belief sie sich auf 70000 Mann, 1000 Pferde und 340 Geschütze. Die Deckungstruppen waren fast auf Kriegsfuß gebracht. Es war eine Streitmacht von elf Armeekorps an der Ost- und Westgrenze, mit starker Kavallerie und völlig marschbereit. Im ganzen zählte das deutsche Heer mit der Garde und den bayrischen Korps fortan 72000 Offiziere, 112000 Unteroffiziere und 722000 Soldaten, insgesamt 876000 Mann. Der Berichterstatter stellte fest, daß Frankreich gegenüber dieser deutschen Heeresmacht, einschließlich der Pariser Garnison und der Kolonialtruppen, nur eine Gesamtstärke von 29000 Offizieren, 48500 Unteroffizieren und 532000 Mann hätte. Zöge man die Ausländer und die Eingeborenen ab, so blieben nur 481500. „Haben wir ein Recht, unser Heer derart unterlegen zu lassen?" fragte Doumer. „Wenn wir das täten, müßte Frankreich sich damit abfinden zu sinken, seinen Rang als Großmacht zu verlieren, seine geschichtliche und politische Rolle aufzugeben, auf die Erhaltung des Gleichgewichts in Europa zu verzichten. Stimmte es dieser entscheidenden Demütigung, dieser Selbstaufgabe zu, so kann man glauben, daß es sich zum Verschwinden verurteilen würde. Es würde zur leichten und lockenden Beute werden, und dann hätte es alle Aussicht, nach dem gewollten Verlust seiner Ehre auch Selbständigkeit und Leben zu verlieren. Seine militä-

rische Schwäche gegenüber der außerordentlichen Anspannung Deutschlands ist nämlich zu gewiß und zu sichtbar. Keine Sophistik kann gegen die Riesenhaftigkeit und die Brutalität der Zahlen aufkommen. 300000 Mann weniger! Ja über 300000 Mann, wenn man die abrechnet, die für lange an den afrikanischen Boden gebunden sind!" Nachdem Doumer so auf die Gefahr hingewiesen hatte, bewies er durch eingehende Untersuchung aller anderen vorgeschlagenen Lösungen, daß die restlose dreijährige Dienstpflicht die einzige Abhilfe sei. Der Senat beeilte sich, die Aussprache über die Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen. Die Sitzungsperiode wurde verlängert, um die Abstimmung nicht hinauszuzögern. Am 5. August wurde ein Gegenantrag Herriots, die $2^1/_2$ jährige Dienstzeit einzuführen, mit 202 gegen 76 Stimmen abgelehnt, und am Donnerstag, dem 7., wurde der gesamte, von der Kammer angenommene Wortlaut ohne irgendeine Abänderung mit der gewaltigen Mehrheit von 254 gegen 37 Stimmen verabschiedet.

Zwei Tage darauf wurde der Friede von Bukarest unterzeichnet und – ein reizvolles Zusammentreffen – König Konstantin von Griechenland zum deutschen Feldmarschall ernannt. Diesen beiden Ereignissen von ungleicher Bedeutung war im Orient eine lange Reihe neuer Wechselfälle vorausgegangen. Pichon hatte, ohne einen Tag zu erlahmen, die von mir im Jahre 1912 befolgte Politik der europäischen Einigung fortgesetzt, und zugleich hatte er sich bemüht, das engste Einvernehmen mit England und Rußland aufrechtzuerhalten. Jede Seite des „Schwarzbuches" liefert den Beweis für dies doppelte Bestreben und zeigt somit, wie ungenau die Worte sind, die Pichon in den Schriften in den Mund gelegt werden, die Judet unter dem Titel „Carnets Louis" veröffentlicht hat. Doch merkwürdig! Obwohl Pichon das ihm zugeschriebene alberne Gerede entrüstet dementiert hat und obwohl seine ganze Haltung diesen Phantasiereden widerspricht, stützen sogenannte deutsche Geschichtschreiber, ja deutschfreundliche amerikanische Schriftsteller sich auf dies Geschwätz wie auf glaubwürdige Zeugnisse, um die ständige Auffassung der französischen Regierung blöde zu fälschen. Und doch hätten sie nur Stieve oder das „Schwarzbuch" zu lesen brauchen, um festzustellen, daß Pichon im Jahre 1913 die gleichen Sorgen hatte wie Jonnart und ich vor ihm[1].

[1] S. besonders Schwarzbuch, II, 87f. Schreiben Iswolskys, 25. April/8. Mai 1913.

Iswolsky seinerseits blieb stets gleich geschwätzig und geschäftig. Zugleich fuhr er in seinen gewohnten Methoden fort. Schien ein kaiserliches Reskript ihm aufmerksamer für Deutschland als für Frankreich gefaßt, so schrieb er gleich an Sasonow: „Die Einleitung des Reskripts könnte hier eine gewisse Erregung hervorrufen. Sie unterstreicht sozusagen die Solidarität zwischen Rußland, Deutschland und England und sagt überhaupt kein Wort von unserm Verbündeten: Frankreich. Für mich ist es natürlich klar, daß diese Formulierung keinen Hintergedanken enthält, aber Sie wissen ja, mit welcher krankhaften Empfindlichkeit man hier unsere Beziehungen zu Deutschland verfolgt und welche Besorgnisse die Reisen des Zaren nach Berlin jedesmal hervorrufen[1]." Iswolsky gebraucht hier im Jahre 1913 wörtlich die gleichen Ausdrücke für die angebliche Stimmung Frankreichs wie im Jahre 1912 für die mir zugeschriebenen Gedanken. Mehr noch, er beurteilt alle seine Mitarbeiter in der Botschaft ebenso wohlwollend wie Frankreich und die Franzosen. Er beschwert sich über den Charakter von Sewastopulo, über „die gekränkte Eigenliebe" und den „Größenwahn" Arthur Raffalowitschs[2]. Zum Glück blieb Sasonow ruhiger als sein Botschafter, und Pichon freute sich höchlich über seine friedliche Gesinnung[3].

Ende Mai hatten die Zwistigkeiten zwischen den Balkanverbündeten sich zugespitzt. Danew sagte zu Paul Cambon, um die entstandenen Schwierigkeiten mit Serbien zu schlichten, sei Bulgarien gemäß dem Vertrage von Sofia bereit, sich dem Schiedsspruch Rußlands zu unterwerfen. Betreffs der Zwistigkeiten zwischen Bulgarien und Griechenland setzte er hinzu, sie müßten von den Großmächten geschlichtet werden[4]. Inzwischen aber beschwerten sich die Griechen, daß die Bulgaren 70000 Mann zwischen Doiran und Seres zusammenzögen, und in Belgrad fürchtete man, die Bulgaren würden, nachdem sie über die griechischen Truppen hergefallen und sie vernichtet hätten, Geschmack an dieser Treibjagd finden und versucht sein, sich gegen die Serben zu werden[5]. Der serbische Geschäftsträger in Berlin betrachtete einen Konflikt zwischen

[1] Schwarzbuch, II, 98. Iswolsky, 6./19. Juni 1913.
[2] Ebenda, S. 98, Schreiben Iswolskys, 6./19. Juni 1913.
[3] Ebenda, S. 90f.
[4] Gelbbuch, II, Nr. 301.
[5] Ebenda, Nr. 302.

Griechen und Bulgaren als unvermeidlich. Die Truppen beschossen sich schon gegenseitig. Eine serbische Division, die in Gewgeli am Wardar 60 km von Saloniki lagerte, erhielt Befehl, den Griechen zu Hilfe zu kommen[1].

In diesem Augenblick, wo die Feuersbrunst überall wieder aufzuflammen schien, unterzeichneten die Verbündeten und die Türken in London die Friedenspräliminarien. Der Sultan trat den Balkanstaaten alle Gebiete seines Reiches auf dem europäischen Festlande westlich der Linie von Enos über das Ägäische Meer bis nach Midia am Schwarzen Meere mit Ausnahme von Albanien ab. Sämtliche Kriegführenden überließen den Großmächten die Regelung aller Albanien betreffenden Fragen, besonders die Grenzbestimmung. Die Insel Kreta verblieb Griechenland. Das Schicksal der übrigen Ägäischen Inseln und der Halbinsel des Berges Athos wurde den Mächten überlassen[2].

Leider fand selbst bei der Unterzeichnung dieses Vertrages im St. Jamespalast ein kurzer Streit zwischen den Bevollmächtigten statt, der den Mangel eines Einvernehmens zwischen den Balkandelegationen offenbarte[3].

Geschow hatte Paschitsch in Zaribrod getroffen. Man hatte vereinbart, daß die vier Premierminister der Verbündeten bald in einer Balkanstadt zusammenkommen und, falls sie sich nicht einig würden, sich dem Schiedsspruch Rußlands unterwerfen sollten[4]. Der Zar hatte seinerseits König Ferdinand und König Peter I. telegraphisch aufgefordert, nichts gegeneinander zu unternehmen, ohne Rußlands Rat eingeholt zu haben[5].

Pichon, der mich über all diese Zwischenfälle auf dem laufenden hielt, betrachtete die Bulgaren als die weitaus unnachgiebigsten unter allen Verbündeten. Stanciow sagte ohne Zaudern zu ihm, Bulgarien könne auf keinem Punkte nachgeben. Bulgarien forderte Saloniki, Monastir, Wodena, Kastoria, Ostrowo und Ochrida. Es behauptete, der Schiedsspruch des Zaren könne sich weder auf Monastir noch auf dessen Umgebung erstrecken. Pichon gab Stanciow die Antwort, mit dieser Haltung übernähme Bulgarien eine

[1] Gelbbuch, II, Nr. 304.
[2] Ebenda, Nr. 306.
[3] Ebenda, Nr. 308.
[4] Ebenda, Nr. 310, 311, 314, 315.
[5] Ebenda, Nr. 321.

schwere Verantwortung, und wie ich im Jahre vorher, erklärte er ihm, die von neuem beantragte bulgarische Anleihe werde nicht bewilligt, wenn Bulgarien sich nicht versöhnlich zeige[1].

König Ferdinand hatte sich beeilt, eine theoretische Annahme des Schiedsverfahrens nebst einer Anklageschrift gegen Serbien nach St. Petersburg zu senden[2]. Während aber Paschitsch sich mit seinen Kollegen in Athen und in Cetinje ins Einvernehmen setzte, um nach St. Petersburg zu reisen, gab Danew Sasonow ausweichende Antworten[3]. Dann bildete Serbien sich ein, Rußland beabsichtige Bulgarien übermäßig entgegenzukommen, und Paschitsch trat zurück. Frankreich, England und Rußland unternahmen in Belgrad und Sofia wiederholt Schritte, um den Bruch zu verhüten[4].

Inzwischen hatten in Europa zwei Ministerwechsel stattgefunden, die nicht geeignet waren, unsere Tätigkeit zu erleichtern. In Sofia war an Geschows Stelle Danew Premierminister geworden, und dieser hatte in London wenig Entgegenkommen gegen die anderen Balkanverbündeten gezeigt. In Budapest war der ungarische Kabinettschef Lukács durch einen Staatsmann ersetzt worden, der für den slavenfeindlichsten und deutschfreundlichsten galt: Graf Stephan Tisza[5]. Zugleich flößte das Benehmen der Türkei uns wachsende Sorge ein. Trotz des Vertrages von St. James weigerte sich die Pforte, demobil zu machen. Die tollkühnen Minister, die am 26. Januar 1913 die Macht an sich gerissen hatten, nachdem sie Nasim Pascha hatten ermorden und den alten Großvesir Kiamil Pascha belästigen lassen, machten sich offen über Europa lustig und spekulierten auf die Zwistigkeiten der Balkanvölker, um einen Teil der abgetretenen Gebiete zurückzuverlangen. Sie waren sicher, zu diesem Unternehmen von Österreich und Deutschland ermutigt zu werden, die beide über den Ausgang des Krieges untröstlich blieben.

Diesen Augenblick wählte Bulgarien, um über Serbien herzufallen. In der Nacht vom 24. zum 25. Juni griffen 600 Mann reguläre bulgarische Truppen die serbischen Vorposten bei Kratowo

---

[1] Gelbbuch, II, Nr. 327.

[2] Ebenda, Nr. 333.

[3] Ebenda, Nr. 343, 344, 347.

[4] Ebenda, Nr. 347, 350ff.

[5] S. Gauvain, Les origines de la guerre européenne.

an. Sasonow vermutete, daß Bulgarien in seinen Forderungen durch die Hoffnung bestärkt worden sei, bei Österreich mehr oder minder heimliche Unterstützung zu finden[1]. Und jetzt, als Paschitsch, der seine Demission zurückgezogen und von der Skupschtina die Befugnis erhalten hatte, den Schiedsspruch des Zaren endgültig anzunehmen, sich zur Reise nach St. Petersburg anschickte, griffen die Truppen des Generals Radko Dimitriew die Serben unversehens auf breiter Front an, und es entspannen sich ebenso erbitterte wie unentschiedene Kämpfe[2].

Dieser heimtückische Angriff war jedenfalls durch Bulgariens nationalen Wunsch diktiert, Mazedonien zu besetzen und zu annektieren. Trotzdem hatte das Kabinett in Sofia den Angriff weder befohlen noch selbst die Erlaubnis dazu gegeben. Danew kannte ihn nicht im voraus, und sobald er ihn erfuhr, gab er den Befehl, das Feuer einzustellen. Alles war heimlich zwischen König Ferdinand und dem Oberbefehlshaber, General Sawow, abgekartet worden. Überdies behauptete der General, dem schriftlichen Befehl des Königs gehorcht zu haben, und dieser dementierte es nicht. Sawow fügte sich selbst am 1. Juli dem Gegenbefehl Danews. Die ganze Verantwortung für dies tragische Abenteuer fällt also auf den König von Bulgarien.

Ferdinand aber hatte es nur in der Überzeugung gewagt, Österreich gefällig zu sein, das die Ausdehnung Serbiens mit Mißtrauen beobachtete. Take Jonescu hat in dieser Hinsicht vielsagende Einzelheiten über die Machenschaften des Wiener Kabinetts berichtet[3]. Schon im Mai 1913 hatte Österreich seinen Gesandten in Bukarest, den Fürsten Fürstenberg, beauftragt, die rumänische Regierung zu benachrichtigen, daß es bei einem Konflikt zwischen Bulgarien und Serbien das erstere „nötigenfalls mit den Waffen" unterstützen werde. Zwischen dem Teilangriff und dem Gesamtangriff in den letzten Junitagen suchte der österreichische Gesandte in Sofia, Graf Tarnowski, den König Ferdinand am 27. vormittags auf. Der König fuhr mit ihm nach seiner Besitzung Krania, wo sie eine lange Unterredung hatten. Gleich nach Tarnowskis Abfahrt ließ Ferdinand den General Sawow rufen, und in der folgenden Nacht

[1] Gelbbuch, II, Nr. 361.

[2] Ebenda, Nr. 367, 371.

[3] Zeitung „La Roumanie", Ende Dezember 1914 und Anfang Januar 1915. Vgl. Gauvain, a. a. O.

nach seiner Rückkehr nach Sofia gab der General den Befehl zu dem plötzlichen Angriff.

Frankreich mochte noch nicht der Hoffnung entsagen, daß diese Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht von Dauer sein werde. Aber Bulgariens Haltung blieb den Griechen ebenso verdächtig wie den Serben.

Während Pichon sich mit verdoppelter Kraft bemühte, auf Wesnitsch, Stanciow und Romanos mäßigend zu wirken[1], beschwor uns Veniselos, Rußland die Augen zu öffnen. Bulgarien werde Rußland ebenso betrügen, wie es alle Welt betrogen habe[2]. Und Paul Cambon fand, daß Veniselos nicht Unrecht hatte. „Wie die Serben", schrieb er, „sind auch die Griechen von den Bulgaren angegriffen worden. Veniselos sagt mit Recht, seine Regierung habe den Angriff erwartet, denn besser als irgendwer wußte er, daß Griechenland ihm ausgesetzt war. Als Delegierter zu den Londoner Konferenzen hatte er nicht überhören können, was Danew, ebenfalls als Delegierter, dem ersten besten gesagt hatte. Diese Reden aber gingen dahin, daß Bulgarien Saloniki haben wolle und es bekommen werde, selbst um den Preis eines Krieges[3].

Rumänien seinerseits, das alle diese Wirren benutzte und Bulgarien nicht freie Hand lassen wollte, gab seinen Truppen Befehl, die Donau zu überschreiten[4]. Diese Demonstration brachte König Ferdinand sofort zur Besinnung. Er zog seine Truppen zurück und bewilligte die Grenze Türtükai-Baltschik. Übrigens hatten die Angreifer nirgends Waffenglück, und Bulgarien begann um Gnade zu schreien. Am 16. Juli bat Stanciow mich, ihn im Auftrage des Königs Ferdinand zu empfangen. Ich tat es in Gegenwart Pichons[5]. Er drückte mir von seiten seines Herrschers den Wunsch aus, Frankreich möchte sich für eine Vermittlung der Großmächte verwenden und mit ihnen die Friedensbedingungen festsetzen. Wenn die Rumänen, die in Warna eingerückt waren, ihren Marsch auf Sofia fortsetzten, könne in der bulgarischen Hauptstadt eine Revolution ausbrechen. Er beschwor mich, seinen Schritt als Beweis dafür anzusehen, daß Bulgarien den Frieden wolle und sich in die unver-

[1] Gelbbuch, II, Nr. 375, 376, 378.
[2] Ebenda, Nr. 379.
[3] Ebenda, II, Nr. 392.
[4] Ebenda, Nr. 385.
[5] Ebenda, Nr. 399.

meidlichen Bedingungen füge. Ich entgegnete ihm, Frankreich werde, seiner ständigen Haltung getreu, gern jede Maßregel gutheißen und anraten, die zu einem raschen Friedensschluß durch das Einvernehmen aller Mächte führen könne. Pichon und ich beschlossen, allen Mächten Kenntnis von dem Schritt und von der Antwort zu geben.

Die bulgarischen Mißerfolge führten eine Ministerkrise in Sofia herbei. Anhänger Radoslawows und Stambulows ergriffen die Macht. Dr. Genadiew wurde Außenminister und erhielt den Auftrag, den Frieden zu schließen. Zugleich aber zögerte die neue Regierung, ihre Niederlage öffentlich anzuerkennen, und die Türken benutzten dies Zögern, um auf Adrianopel zu rücken, das sie am 20. Juli besetzten. Im Besitz dieser Stadt erklärten sie, sich nicht mehr an die in London gezogene Grenze halten zu können, und verlangten als Grenze den Maritzalauf[1].

Die Londoner Konferenz dagegen hielt an der Linie Enos–Midia fest, und Sasonow hielt es für unmöglich, daß das christliche Europa dem Anspruch der Pforte nachgeben könne. Er ließ sogar Turkan Pascha wissen, daß Rußland im Bedarfsfalle die Zwangsmittel, über die es verfüge, anwenden werde[2].

Auch diesmal blieb Pichon der von mir im Vorjahre befolgten Politik treu und benachrichtigte die russische Regierung in meinem wie in seinem Sinne, wir würden uns an jeder Maßnahme beteiligen, die die Mächte einstimmig als wirksam ansähen; dagegen betonte er die Gefahren eines russischen Sondervorgehens[3].

Aber wo war jetzt die Einstimmigkeit? Wenn auch alle Botschafter in London an der Linie Enos-Midia festhielten, so fand doch Deutschland Zwangsmittel verfrüht, Italien schlug vor, mit der Pforte zu unterhandeln, und selbst Sir Edward Grey riet davon ab, wieder zur Gewalt zu greifen[4].

Sasonow, der an einer kollektiven Flottendemonstration verzweifelte, forderte anstatt dessen, daß die Seestreitkräfte Rußlands, Englands und Frankreichs vor Konstantinopel kreuzen sollten. Pichon fragte mich um Rat und antwortete demgemäß: Ein Eingreifen der Tripleentente, *wie die russische Regierung es vor-*

[1] Gelbbuch, II, Nr. 413.
[2] Ebenda, Nr. 414.
[3] Ebenda, Nr. 417.
[4] Ebenda, Nr. 421.

schlüge, würde sofort zu einem Bruch des europäischen Konzerts führen, und wir könnten diesen Vorschlag nicht annehmen[1]. Wir waren also so wenig wie 1912 in Rußlands Schlepptau. Wir stellten die Notwendigkeit einer Einigung aller Großmächte einschließlich Deutschlands und Österreichs über alles.

Rußland war indes so besorgt, daß Sir Edward Grey glaubte, es sei trotz allem moralisch verpflichtet, Bulgarien gegen die Pforte beizustehen, und sich fragte, ob es sich nicht selbst mit Deutschland verständigen und freie Hand in der Türkei erhalten könne, unter der Bedingung, daß es nicht in Asien einschreite, sondern sein Eingreifen auf Europa beschränke. Pichon antwortete, falls es zu einem Einvernehmen zwischen Rußland und Deutschland komme, würden wir die ersten sein, die sich darüber freuten[2]. So sah es mit unserem Kriegsverlangen aus.

Rußland wandte sich also nach Berlin, aber das Auswärtige Amt fragte in Wien an, und die österreichisch-ungarische Regierung antwortete umgehend, sie habe nichts gegen ein Vorgehen Rußlands, behalte sich jedoch vor, selbst die ihr als zweckmäßig erscheinenden Maßregeln zum Schutze Bulgariens zu ergreifen. Immer mehr spielte es mit Sofia auf Gegenseitigkeit. Jules Cambon sagte von der österreichischen Antwort: „Es handelt sich offenbar um den Sandschak[3]." Angesichts dieser Schwierigkeiten gab Sasonow zum Glück seiner ersten Regung nicht weiter nach. Er begnügte sich, die beiden russischen Kreuzer, die vor Konstantinopel lagen, nach Sewastopol zurückzuberufen, in der Hoffnung, dies werde der Pforte zu denken geben. Selbst einer Berichtigung der Linie Enos-Midia zugunsten der Türkei stimmte er zu[4].

Alle diese kleinen Zwistigkeiten ermüdeten schließlich Sir Edward Greys wunderbare Geduld. Er war abgespannt. Die Zeit der Sommerferien war gekommen. Er hatte es eilig, einen Urlaub anzutreten, den er sehr nötig brauchte. Er schlug vor, die Londoner Konferenz auf unbestimmte Zeit zu vertagen, sobald das Einvernehmen über die einstweilige Gestaltung Albaniens erzielt sei. Paul Cambon befürchtete, diese Vertagung möchte wie ein Abbruch aussehen. Er wies darauf hin, daß die Botschafterkonferenz das Sym-

[1] Gelbbuch, II, Nr. 424.
[2] Ebenda, Nr. 426f.
[3] Ebenda, Nr. 430.
[4] Ebenda, Nr. 432f.

bol der Einigkeit der Mächte sei, und hielt es für vorteilhafter, die Sitzungen nur aller vierzehn Tage abzuhalten. Pichon antwortete, nachdem er meinen Rat eingeholt hatte, er stimme der Ansicht unseres Botschafters zu. Wieder also war es Frankreich, das Wert darauf legte, alle Möglichkeiten des europäischen Konzerts zu wahren[1].

In seiner Ratlosigkeit hatte Ferdinand von Bulgarien sich schließlich an den König von Rumänien gewandt und ihn um Beschleunigung des Friedensschlusses gebeten. Der Rumäne hatte die Bevollmächtigten der Balkanstaaten nach Bukarest eingeladen; die bulgarischen Delegierten hatten sich vorweg mit den rumänischen getroffen; man einigte sich rasch über fast alle Punkte; aber sofort versuchten die Bulgaren, Rumänien zu einem Sonderabkommen zu bewegen, und baten um seine Unterstützung gegen Serbien und Griechenland[2].

Die Kawallafrage gehörte zu den Hauptstreitpunkten zwischen Griechenland und Bulgarien. Die Griechen besetzten die Stadt; Geschow wollte sie daraus vertreiben. Rußland unterstützte Bulgarien; aus Sympathie für den König Konstantin nahm Deutschland Griechenland in Schutz[3].

Am 2. August telegraphierte König Ferdinand mir[4]: „Seit zehn Monaten befindet sich die bulgarische Nation im Kriege. Nach ihren entscheidenden Siegen in Thrazien, durch die Serbien und Griechenland sich völlig befreien und ihre Gebiete großenteils dank Bulgariens gewaltigen Opfern in unverhofftem Umfange vergrößern konnten, stehen jetzt alle seine Kräfte an den Grenzen in andauerndem, beklagenswertem Ringen. Heute jedoch, wo es ehrlich wünscht, diesem neuen Kriege ein Ende zu machen, begegnet es den unnachgiebigen Forderungen seiner einstigen Verbündeten, die in der jetzigen Lage die gewaltigen Dienste vergessen, die es ihnen geleistet hat. Es sieht sich sogar der Gefahr der Erdrosselung ausgesetzt, ohne freien Zugang zum Meere, denn Griechenland beansprucht den Hafen Kawalla, und zwar aus völkischen Gründen, die geltend zu machen man Bulgarien selbst verwehrt. Das hieße Bulgarien nach Mazedonien auch noch die letzte Möglichkeit friedlicher Entwicklung versagen. Das hieße nach all den Opfern, in die

[1] Gelbbuch, II, Nr. 434f.
[2] Ebenda, Nr. 439.
[3] Ebenda, Nr, 440.
[4] Ebenda, Nr. 442.

es gewilligt hat, von meinem unglücklichen Lande unmögliche Abtretungen verlangen. Das hieße nicht nur, den künftigen Frieden auf dem Balkan auf sehr schwache Füße stellen, sondern sogar die peinliche Notwendigkeit einer verzweifelten Wiederaufnahme des Krieges mit all seinen Schrecknissen nahelegen, und das in dem Augenblick, wo wir alle bei einigem guten Willen hofften, etwas wie ein Recht auf Frieden zu haben. Aus all diesen Gründen wende ich mich an Frankreich, obwohl es sich leider vor kurzem anscheinend nicht mehr der Bande hat entsinnen wollen, die mich allein unter allen anderen mit ihm verknüpften. *Aber ich vergesse nicht, daß vom Oberhaupt der französischen Nation während dieser langen Krise alle edlen Friedensinitiativen und alle versöhnlichen Worte gekommen sind.* Ich bitte Sie also, Herr Präsident, im Namen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, Bulgarien in Bukarest in der Frage der Zuteilung Kawallas zu unterstützen."

In diesem Telegramm spiegelt sich Ferdinands Charakter recht genau. Vorwürfe gegen Frankreich, es vergesse das französische Blut, das in seinen Adern rollte, Vorwürfe gegen die Balkanverbündeten, weil sie Bulgarien, dessen Truppen sie verräterisch angegriffen hatten, Undank erwiesen, ziemlich plumpe Schmeichelworte über die Friedensinitiativen, die damals ganz Europa anerkannte – alles war darin enthalten. Nach Übereinkunft mit Pichon begnügte ich mich zu antworten: „Ich beeile mich, Eurer Majestät den Empfang Ihres Telegramms anzuzeigen, und werde es mir zur Pflicht machen, es der französischen Regierung mitzuteilen. Ich bitte Eure Majestät, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu genehmigen." Am nächsten Tage telegraphierte Pichon an unseren Gesandten Blondel in Bukarest: „Der Präsident der Republik hat die wohlwollende Aufmerksamkeit der Regierung der Republik auf das persönliche Telegramm des Königs gelenkt. Die Regierung hat die Darlegungen des Königs mit lebhaftester Sympathie geprüft. Übrigens hat sie nicht aufgehört, die aufrichtigste Freundschaft für Bulgarien zu empfinden. Wenn sie ihm den Rat gibt, nachzugeben, indem es Bedingungen annimmt, deren peinliche Härte sie voll begreift, so geschieht dies, weil sie sicher ist, daß die Fortdauer des Widerstandes unvermeidlich zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten führen würde[1]." So blieb die Sorge der fran-

[1] Gelbbuch, II, Nr. 449.

zösischen Regierung stets die gleiche: einen Krieg zu beenden, der allgemein werden konnte, und sie ergriff Griechenlands Partei gegen Bulgarien, also diesmal Deutschlands Partei gegen Rußland, lediglich in der Hoffnung, den Wiederbeginn der Kämpfe zu verhüten. Übrigens verstimmten Frankreichs Ratschläge an Bulgarien Rußland tief; in St. Petersburg begann ein Pressefeldzug gegen Frankreich, und Pichon mußte Delcasée bitten, dies neue Mißverständnis bei Sasonow zu beheben[1].

Wenn aber Sasonow so seiner öffentlichen Meinung für den Augenblick nachgab, besann er sich doch rasch und wiederholte übrigens stets, er sei zu keinem Sondervorgehen gewillt. Österreich hingegen, als es erfuhr, daß die Balkanstaaten im Begriff waren, den Bukarester Vertrag zu unterzeichnen, wollte den Abschluß eines Friedens verhindern, der ihm offenbar zu günstig für Serbien erschien, und zum zweiten Male plante es einen bewaffneten Angriff auf seinen kleinen Nachbar. In der Sitzung der italienischen Deputiertenkammer vom 5. Dezember 1914 hat Giolitti erzählt, wie die Dinge sich zugetragen haben[2]. Am 9. August 1913 hatte San Giuliano ihm telegraphiert: „Österreich gibt uns sowie Deutschland seine Absicht kund, gegen Serbien vorzugehen. Es behauptet, dies Vorgehen sei defensiv, und es hofft dadurch den Bündnisfall in Anwendung zu bringen, den ich aber in diesem Falle nicht für gegeben halte. Ich suche mich mit Deutschland zu verständigen, damit wir uns bemühen, dies österreichische Vorgehen zu verhindern." Giolitti hatte sofort geantwortet: „Greift Österreich Serbien an, so ist der Bündnisfall offenbar nicht gegeben. Dies Vorgehen geschähe auf seine eigene Rechnung, denn es handelt sich für Österreich nicht um Verteidigung, da niemand daran denkt, es anzugreifen. Das muß Österreich in aller Form erklärt werden; es ist zu wünschen, daß Deutschland eingreift, um Österreich von einem so gefährlichen Abenteuer abzuhalten." Auf Italiens Antrag fiel Deutschland in der Tat Österreich in den Arm. Kaiser Wilhelm II. war damals noch nicht geneigt, gegen Serbien die verächtlichen Ausdrück zu gebrauchen, die er 1914 in seinen cholerischen Randbemerkungen anwenden sollte. Er hatte 1913 Gründe, den Friedensschluß in Bukarest zu wünschen. Er wollte die rumänischen Hohenzollern nicht zu sehr verstimmen. Er ließ Österreich zur Vorsicht raten,

[1] Gelbbuch, II, Nr. 467.

[2] S. auch seine Memoiren (Plon-Nourrit).

und König Karol dankte ihm in einem seitdem veröffentlichen Telegramm warm: „Durch Dich wird der Friede endgültig bleiben."

Der Friede wurde also am 10. August in Bukarest zwischen Rumänien, Griechenland, Montenegro und Serbien einerseits, Bulgarien andererseits unterzeichnet. Die neue bulgarisch-rumänische Grenze verlief von der Donau oberhalb Türtükai bis zum Schwarzen Meere südlich Ekrene. Bulgarien mußte die in der Umgegend befindlichen Besfestigungen schleifen und durfte keine neuen erbauen. Die serbisch-bulgarische Grenze folgte von dem Gipfel des Patarika der alten türkisch-bulgarischen Grenze und der Wasserscheide zwischen Wardar und Struma, wobei jedoch das obere Strumitzatal den Serben verblieb. Die griechisch-bulgarische Grenze lief von der Höhenlinie der Belasika Planina bis zur Mündung der Mesta ins Ägäische Meer. Die bulgarische Regierung verpflichtete sich, ihr Heer wieder auf Friedensfuß zu setzen[1].

Kaum war dieser Vertrag unterzeichnet, so gab das Wiener Kabinett zu verstehen, daß er nicht endgültig sei, daß er den Großmächten unterbreitet werden müsse und daß ihre Mehrzahl ihn nicht billige[2]. Rußland seinerseits schien einige Hintergedanken betreffs der Revision zu haben, die natürlich von den österreichischen verschieden waren. Deutschland hingegen fürchtete Rumänien zu mißfallen. Die französische Regierung einigte sich mit Berlin unmittelbar dahin, daß Europa sich darauf beschränken solle, von den Bukarester Beschlüssen Kenntnis zu nehmen[3].

Heute haben die meisten Deutschen diese beharrlichen Anstrengungen Frankreichs absichtlich vergessen, und Viviani hat aus Entrüstung darüber in seiner „Antwort an den Kaiser" geschrieben: „Deutschland ist selbst 1919 in seiner Denkschrift über die Verantwortung am Kriege nicht vor der Behauptung zurückgeschreckt, die Balkanwirren seien faktisch nichts gewesen als ein großes Komplott, das Rußland unter Beihilfe Englands, Frankreichs und der Balkanstaaten gegen Österreich-Ungarn und die Türkei angezettelt habe. Um derartige Behauptungen zu widerlegen, braucht man nur die verschiedenen amtlichen Veröffentlichungen der drei verbündeten Regierungen aufzuschlagen, besonders die drei französischen „Gelbbücher" über die Balkanangelegenheiten. Dort findet man den kla-

[1] Gelbbuch, II, Nr. 471.
[2] Ebenda, Nr. 462.
[3] Ebenda, Nr. 466.

ren Beweis für die beständigen Bemühungen der Diplomatie der Entente, insbesondere Frankreichs und Raymond Poincarés, den Konflikt zu verhüten, dann ihn einzuschränken und schließlich ihn beizulegen."

Aber wer schlägt die „Gelbbücher" auf? Selbst in Amerika liest man lieber Fabre-Luce oder gar Judet, und mit solchen Helfern glaubt man Geschichte zu schreiben.

Zehntes Kapitel

Reise nach Toulon – Flottenmanöver – Reise nach England – Abfahrt von Cherbourg – Ankunft in Portsmouth – Aufenthalt in London – Die Entente cordiale – Besuch in Windsor – Rückkehr nach Calais und nach Paris

Während sich so die Balkankrise mit ihrem Hin und Her von Gewaltakten und Entspannungen hinzog, hatte ich mich nicht berechtigt geglaubt, mich im Schloß von Rambouillet zu erholen. Ich fragte mich sogar, ob ich die Sommerferien in dem Landhause verbringen könnte, in dem Loubet und Fallières gewohnt hatten, oder ob ich mich wie Sadi Carnot nach Fontainebleau begeben sollte . . . In Erwartung der unbestimmten Zeit der Sommerfrische hatte ich meiner Trauer wegen mehrere Feste in der Provinz abgelehnt, aber ich konnte nicht umhin, ein paar durchaus offizielle Reisen zu machen.

Zunächst hatte ich mich nach Toulon begeben, um den Flottenmanövern beizuwohnen . . . Auf die Begrüßungsworte des Bürgermeisters Micholes hatte ich in einer Ansprache geantwortet, deren letzte Worte wieder eine Mahnung zum Frieden waren . . .

Nach Paris zurückgekehrt, empfing ich am 9. Juni u. a. den Gesandten der Vereinigten Staaten, Myron T. Herrick, der mir den auf der Durchreise befindlichen Admiral Peary vorstellte. Ich begrüßte ihn als Forschungsreisenden der Nordpolexpedition und überreichte ihm das Großkreuz der Ehrenlegion. Dann fing das repräsentative Leben mit all seinem Prunk und all seinen Frondiensten wieder an.

Auf Antrag der Regierung hatten beide Kammern Kredite für die Kosten der beiden Präsidentenreisen nach England und nach Spanien bewilligt. Ende Juni trat ich die erstere mit Stéphen Pichon an. Zur selben Zeit nahm die Balkankrise wieder an Heftigkeit zu. Schon am 4. Juni hatte der König von England mir für meine Wünsche zu seinem Geburtstage gedankt und mir telegraphiert: „Mit großer Freude erwarte ich die glückliche Gelegenheit, Sie bald in London zu empfangen und Ihnen persönlich meinen festen Wunsch auszudrücken, daß die Gefühle der Sympathie und der

Freundschaft, die unsere beiden Länder gegenwärtig verbinden, sich weiter entwickeln."

Die englischen Zeitungen, besonders die „Times", „Daily Mail" und „Daily Express", hatten meine Ankunft freudig verkündet und auf die Dienste hingewiesen, die ich dem europäischen Frieden seit anderthalb Jahren geleistet hätte. Der Londoner Grafschaftsrat hatte eine Delegation des Pariser Stadtrates unter Vorsitz des neuen Präsidenten Chassaigne-Goyon zu den Festen eingeladen, die mir zu Ehren veranstaltet werden sollten.

Am Montag, dem 23., verließ ich Cherbourg, sehr betrübt, daß ich einst weder im Lyzeum von Bar-le-Duc noch im Gymnasium Louis le Grand ein Wort Englisch gelernt hatte. So konnte ich denn nicht mal die prachtvolle Huldigung Rudyard Kiplings an Frankreich, die am Tage meiner Ankunft in der „Morning Post" erschien, im Urtext lesen:

Terrible with strength that draws from her tireless soil,
Strictest judge of her own worth, gentlest of man's mind,
First jo follow Truth and last to leave old truths behind,
France beloved of every soul that loves its fellows kind!

Furchtbar durch Kraft, die unerschöpft dein Boden spendet,
Des eignen Wertes beste Richterin
Und wie kein Volk von liebenswertem Sinn,
Als erstes stets der Wahrheit zugewendet,
Als letztes alten Wahrheiten entfremdet,
O Frankreich, jeder Seele lieb und wert,
Die sich in ihresgleichen selber ehrt!

Die Stadt Cherbourg bereitete mir einen glänzenden Empfang. Der Bürgermeister und radikale Deputierte Mathieu dankte mir im Namen der Einwohner und feierte in seiner Ansprache die Entente cordiale, die seinen Mitbürgern „als ein notwendiges Unterpfand des Friedens" erschien, „dessen Aufrechterhaltung in den mit der Größe und Würde des Landes vereinbarten Grenzen sie treu ergeben blieben" . . .

Während der Salutschüsse ereignete sich auf dem Fort Roule ein Unglücksfall, der das ganze Fest trübte. Unvorsichtigerweise und vorschriftswidrig waren dicht vor den feuernden Geschützen Kartuschen gelagert, auf die der Brandsatz einer Schlagröhre fiel. Durch das noch glühende Pulver fingen die Kartuschen Feuer, und

eine furchtbare Explosion entstand. Zwei Artilleristen wurden getötet, acht andere verletzt. Ich erfuhr dies Unglürk zu spät, um mich nach dem Fort zu begeben und die Opfer zu besuchen; ich konnte nur noch Spenden für die Überlebenden und die Angehörigen der zwei Toten hinterlassen. War es nicht ein schlimmes Vorzeichen, daß der bewaffnete Friede in dem Augenblick, wo ich nach England abreiste, die Missetaten des Krieges beging? Das zu glauben überlasse ich Abergläubischen. Ich empfand jedenfalls tiefen Schmerz darüber, daß an jenem Tage brave Leute durch die Tücke des Schicksals in der Erfüllung einer ihnen befohlenen Dienstpflicht verunglückt waren.

Die Nacht verbrachte ich auf der Reede an Bord des „Courbet". Kurz vor Mittag trafen wir in Portsmouth ein. Sechs englische und sechs französische Zerstörer fuhren uns entgegen. Kaum hatte der „Courbet" geankert, so erschienen auf der „Fire Queen" der Admiral Edmund Poë und andere hohe Offiziere, um mich an Bord zu begrüßen. Sie brachten mich auf ihrem Schiff bis zur Südmole, wo ein großes Zelt aufgeschlagen war. Der Prinz von Wales erwartete mich an der Landestelle in englischer Marineuniform mit dem Großkordon der Ehrenlegion, den der Präsident Fallières ihm im Vorjahre bei seiner Großjährigkeit verliehen hatte. Paul Cambon, hocherfreut, mich in England zu begrüßen, der Botschaftsrat de Fleuriau, der Militärattaché Oberst de la Panousse waren sämtlich in großer Uniform da.

Das festgesetzte Programm verbot mir ein Verweilen in Portsmouth, dessen Bevölkerung sich an den Quais drängte. Ich wurde vom Mayor und vom Alderman empfangen, die mir eine schön gemalte Adresse überreichten. Sie war die erste einer reichen Sammlung, die sich bald vermehren sollte. Während der Fahrt nach London konnte ich ziemlich ruhig mit dem Prinzen von Wales plaudern, den ich ebenso schlicht wie früher, aber schon gereift fand. Ebenso wie Pichon bewunderte ich seine Liebenswürdigkeit und seinen munteren Sinn. In Victoria Station erwartete mich der König mit dem Herzog und dem Prinzen Arthur von Connaught. Ich sah ihn zum erstenmal und war sofort durch seine Ähnlichkeit mit seinem Vetter, dem Zaren, betroffen. Indessen war er weniger blaß, sein Blick weniger verträumt, sein Lächeln weniger traurig, seine Gebärden weniger schüchtern. Er begrüßte mich sehr herzlich und lud mich ein, dem Vorbeimarsch der Ehrengarde beizuwohnen; dann

führte er mich zu einem Galawagen, auf dessen vier à la Daumont angespannten Pferden Vorreiter in prächtigen scharlachroten und goldenen Livreen saßen, die von meinem schwarzen Rock stark abstachen. Sobald der Wagen sich in Bewegung setzte, brach die ungeheure Menge, die den Bahnhof umringte, in stürmische Hochrufe aus. In Frankreich hätte ich bei den Straßenkundgebungen bisweilen versucht sein können zu vergessen, daß die Popularität, vorübergehend oder dauernd, viel mehr meinem Amt als meiner Person galt, aber in England verschwand solche Illusion vor dem Augenschein. Frankreich selbst war es, das man in London begrüßte; ich war für diese begeisterte Menge nur ein Symbol mit Zylinder und weißer Halsbinde.

Der König und der Prinz von Wales geleiteten mich nach York House, wo dieselben Gemächer, die der Präsident Loubet 1903 und Fallières 1906 bewohnt hatten, für mich eingerichtet waren. Später, nach dem Kriege, sollten König Georg und Königin Mary mir und meiner Gattin einen Teil der königlichen Wohnung im Buckingham Palace einräumen. Aber im Jahre 1913 war es noch üblich, daß die französischen Staatsoberhäupter im York House wohnten, der alten Wohnung des Königspaares, als es noch das Herzogspaar von York gewesen war . . .

Nachdem ich mein demokratisches Galakleid wieder in Ordnung gebracht hatte, fuhr ich mit einer Eskorte betreßter Reiter zum Buckingham Palace, um den König und die Königin zu begrüßen, dann nach Marlborough House, um der Königin Alexandra meine Aufwartung zu machen. Bei ihr traf ich die Kaiserin-Witwe von Rußland. Ich beschloß diese offizielle Rundfahrt mit einem Besuche bei der Prinzessin von Schleswig-Holstein, der Schwester Eduards VII., die in Schomberg House wohnte, sowie mit einem anderen Besuche bei dem Herzogspaar von Connaught im Clarence House. Die ganze Königsfamilie wetteiferte in Liebenswürdigkeit, um mir diese Reihe offizieller Pflichten möglichst angenehm zu machen.

Dann fuhr ich nach Albert Gate, wo Paul Cambon mir seine Freude ausdrückte, mich in der französischen Botschaft empfangen zu können. Albert Duché, der Vorsitzende der französischen Handelskammer, stellte mir die Kolonie vor; ich beglückwünschte sie zu allem, was sie getan hatte, um die Entente cordiale herbeizuführen und zu fördern, und dankte ihr für die Dienste, die sie „dem

Frieden und der Zivilisation geleistet hätte". Wenn das Wort Friede immer wieder in meinen Ansprachen vorkam, so war es, weil es unwiderstehlich nicht nur aus meinem Herzen, sondern aus dem Bewußtsein aller Franzosen, deren Vertreter ich war, emporquoll.

Am Abend gab das Königspaar im Buckingham Palace ein großes Festmahl. In dem weiten Saale, in dem die mit blauen, weißen und roten Blumen geschmückten Tafeln standen, bildeten die Yeomen des Hofes mit ihren Hellebarden Spalier. Große, mit goldenem Geschirr geschmückte Anrichten strahlten im Scheine der elektrischen Lampen. Ich saß zur Rechten des Königs, zu seiner Linken die Kronprinzessin von Schweden, die Königin rechts von mir. Während der Tafel berührte unsere Unterhaltung nur ziemlich gleichgültige Dinge. Die Königin, die das Französische völlig beherrschte, versprach mir gütigst, den König zu begleiten, wenn er in ein paar Monaten nach Paris käme. Der König, der unsere Sprache etwas spät gelernt hat, sie jedoch sehr gut versteht, dankte mir dafür, daß ich ihm 1912 den Wortlaut meiner Reden in Nizza und Cannes auf Viktoria und Eduard VII. übersandt hatte.

Er wiederholte diesen Dank in besonders warmer Weise bei dem Trinkspruche auf mich, den er mit den wohlwollendsten Komplimenten für meine Person begleitete. „Unsere Regierungen", fuhr er fort, „haben die Erhaltung des Friedens stets im Auge. In den letzten Monaten, als eine ernste internationale Frage nach der andern entstand, hat der Geist des Vertrauens und der gegenseitigen Offenheit, in dem Frankreich und Großbritannien diese verschiedenen Probleme behandelt haben, sich als ein unschätzbarer Rückhalt erwiesen. Wir empfinden lebhafte Genugtuung darüber, daß alle Bemühungen der beteiligten Großmächte angesichts der Schwierigkeiten, die Europa durchgemacht hat, unablässig auf den Frieden gerichtet waren." Meine Antwort war in völlig gleichem Tone gehalten. Ich drückte dem König und dem englischen Volke meinen Dank für den mir bereiteten Empfang aus, ging kurz auf die Entstehung der Entente cordiale ein, spielte auf die ernsten Ereignisse der letzten Monate an, die Europa so lange in Atem gehalten hatten und ihm noch immer ernstliche Sorge bereiteten. „Unsere beiden Regierungen", fuhr ich fort, „haben Tag für Tag die Wohltaten eines Einvernehmens schätzen gelernt, das ihnen erlaubt hat, ein dauerndes Zusammenwirken herbeizuführen, die entstandenen Probleme in voller Übereinstimmung zu prüfen und sich leicht über

die wünschenswerten Lösungen zu einigen. In diesem täglichen Zusammenwirken haben sie sich unablässig bemüht, die Ausdehnung oder die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu beschwören und Konflikten zwischen den Großmächten vorzubeugen, deren Folgen unberechenbar wären. Ebenso wie England hat Frankreich sich dazu beglückwünscht, mit beständiger Beihilfe aller Staatskanzleien an diesem Friedenswerke zu arbeiten, und es wird in gleichem Sinne darin fortfahren, damit die Harmonie, in der Europa ein heilsames Vorbild gegeben hat, auch künftig nicht gestört wird."

Gewiß waren diese beiden Reden nicht geeignet, die chauvinistischen Leidenschaften in Frankreich oder in England zu erhitzen. Hätte doch Wilhelm II., wenn er das Wort ergriff, sich unsere Sprache zum Vorbild genommen! Nach dem Mahle unterhielt ich mich kurz mit dem Premierminister Asquith und mit seiner Gattin, die ich früher bei einem kleinen Frühstück bei meinem Freunde Gabriel Hanotaux kennengelernt hatte.

Am Mittwoch, dem 25., besuchte ich während des Vormittags die französischen Anstalten, das französische Krankenhaus in der Shaftesbury Avenue, das Home der französischen Erzieherinnen in Lancaster Gate, das französische Institut in Marble arch. Pichon und Cambon begleiteten mich stets, und der Botschafter empfing mich mit berechtigtem Stolze in diesen Anstalten, zu deren Begründung er so nutzbringend beigetragen hatte. Die Straßen strotzten noch immer von Menschen, und meine Ohren dröhnten vom Schall der Hochrufe.

Rückfahrt nach Saint James Palace und nach York House, brillantes Präsentieren der Horse Guards in roten Dolmans, Empfang des diplomatischen Korps, Abfahrt zur Guildhall. Während der ganzen Fahrt halten Truppen die Menge zurück. Die Pfeifer der Linientruppen mischen ihr fröhliches Spiel in das Trompetenschmettern der Horse Guards und in die scharfen Dudelsackklänge der Hochländer. Die Stadtviertel, durch die ich komme, Holborn Borough und Marybone Borough, schicken mir Abordnungen, die meinen Wagen aufhalten und mir Adressen überreichen. Die Männer nehmen ihre Hüte ab, die Frauen schwenken ihre Tücher.

Am Portal der Guildhall empfängt mich der Lord Mayor, Sir David Bernett, und die Lady Mayoress, von einer Wolke glänzender Trachten umgeben. Auch der Lord Mayor hat, wie üblich, einen prächtigen, ganz mit Hermelin besetzten Mantel angelegt. Die Al-

dermen tragen rote, pelzverbrämte Roben. In feierlichem Zuge schreiten wir zur Bibliothek, voran, aus vollem Halse blasend, die Stadttrompeter in feuerroten Kleidern, hinter ihnen die Stadtmarschälle, dann große Saaldiener mit Perücken, ein Stabträger und ein Schwertträger. Ich reiche der Lady Mayoress den Arm. Pichon, Cambon und Mollard haben Diplomatentracht angelegt, um nicht zu viel schwarze Flecke in einer so farbigen Zeremonie zu bilden. Von brausenden Hochrufen begrüßt, betreten wir die Bibliothek, eine Art gothische Kapelle, die an beiden Enden durch Glasfenster erleuchtet und mit zwei großen Bildnissen Karls II. und Jakobs II. geschmückt ist. Die Stadträte in blauer Seide, mit einem friedlichen Stabe bewaffnet, stellen sich zu beiden Seiten des Mittelganges auf, und wir schreiten zwischen ihnen bis zu der im Hintergrund aufgeschlagenen Estrade, auf der sich die Ehrengäste befinden, unter ihnen ein paar Franzosen im schwarzen Rock, besonders die Pariser Stadträte, lediglich an ihren schlichten Insignien erkennbar. Alle Engländer jedoch sind wie schöne Gemälde, die aus alten Rahmen herabgestiegen sind. Selbst Asquith hat ein goldgesticktes Kleid mit Epauletten angelegt; ein großer Säbel hängt an seinem Gurt. In Rußland hatte ich mich im letzten Jahr in eine halb asiatische Welt versetzt gefühlt. Heute, in England, glaubte ich mich in eine Vergangenheit zurückversetzt, die Frankreich bei sich zerstört hat, die wir aber trotz allem im flüchtigen Schein unserer Erinnerungen als die unsere erkennen.

Ich nehme neben dem Lord Mayor an einem Tische Platz, auf dem ein ziseliertes Kästchen steht, ein Geschenk der Zunft der Goldschmiede an mich. Nach der Tradition, die in dieser Umgebung alles beherrscht, wird dreimal mit dem *Gavel* geklopft. Der Stadtrat tritt zusammen, er beschließt, mir sofort im Namen der Stadt London eine Adresse zu überreichen. Der *Recorder* in schwarzer Robe und weißer Perücke verliest diese Adresse; dann wird das Pergament zusammengerollt und in das Kästchen eingeschlossen.

Von all diesen geschichtlichen Bildern überwältigt, antworte ich, nicht ohne tiefe Bewegung hätte ich diese ehrwürdige Stätte betreten, die so alte und ruhmvolle Erinnerungen birgt. „Hier knüpft sich die Gegenwart eng an die Vergangenheit. Hier sind die Anfänge Ihres Gemeindelebens. Hier haben Ihre alten Zünfte eine Handelshauptstadt geschaffen, deren Glanz rasch über die Welt hinstrahlen sollte. Auf diesem Boden, der so viele Erinnerungen wach-

ruft, fühle ich mich von Ehrfurcht und Bewunderung ergriffen. Erlauben Sie, daß ich mich diesen Gefühlen hingebe und daß sich mein Denken pietätvoll in die fernen Zeiten versenkt, deren Duft mich hier umfängt. Nichts kann einen Freund Englands besser lehren, welchen Kraftüberschuß ein großes, für den Fortschritt begeistertes Volk in dem aufgeklärten Kult seiner nationalen Überlieferungen findet."

Neues Trompetengeschmetter, ein neuer Festzug. Mit dem gleichen Zeremoniell schreiten wir in den Speisesaal, wo etwa dreißig große Tafeln gedeckt sind. Auch hier umgibt uns gothische Architektur, altes Eichengestühl, Galerien aus Holzschnitzwerk, getäfelte Decken, und überall zwischen den Spitzbögen die karmesinroten oder königsblauen Zunftfahnen . . . Bevor jedoch die Gäste ihr Mahl beginnen, gebietet der Zeremonienmeister, der hinter mir neben dem Lord Mayor steht, mit starker Stimme Schweigen und verkündet, daß der Kaplan das Tischgebet sprechen wird. „*Pray, be silent! Ladies and gentlemen!*"

Diesmal bringt der Lord-Mayor das Hoch auf den König aus. Alle Anwesenden wiederholen, ihr Glas erhebend: „*King! King!*" Dann setzt man sich wieder. „*Pray, be silent, Ladies and Gentlemen!*" Der Trinkspruch auf den Präsidenten der Republik. Der Lord Mayor spricht englisch. Da er mir jedoch eine Übersetzung seiner Rede hat überreichen lassen, macht er mich durch seine Lobsprüche verlegen. „*Pray, be silent! Ladies and Gentlemen!*" wiederholt der Zeremonienmeister. Jetzt bin ich dran. Leider muß ich französisch sprechen. Später sollte ich in der gleichen Guildhall, in der League of Help, in den Universitäten von Glasgow und London mit lahmer Aussprache englische Reden riskieren, ohne es allzusehr zu bereuen. Aber heute, am 25. Juni 1913, vollbringe ich ein ganz anderes Wunder. Die Zuhörerschaft ist so nachsichtig, daß sie mir dröhnenden Beifall zollt, als wäre Französisch ihre Muttersprache. Alles im Saale erhebt sich begeistert, als ich ausrufe: „Heute ist die Freundschaft beider Nationen womöglich noch enger geknüpft und noch mehr befestigt. Kein einziger Zwischenfall in der internationalen Politik tritt ein, ohne daß die befreundeten Regierungen loyal ihre Ansichten austauschen, und dies beständige Zusammenarbeiten, *das die Mitwirkung keiner anderen Macht ausschließt, sondern vielmehr nach Erhaltung des europäischen Einvernehmens trachtet, schafft zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich eine Ge-*

wohnheit brüderlichen Vertrauens und gemeinsamen Wollens. Das Ideal des Friedens und des Fortschritts, das den Geist beider Völker erleuchtet, strahlt nirgends heller als in dieser erlauchten Stadt, wo das Wirtschaftsleben sich mit wunderbarer Stärke entwickelt hat und sich überall die souveräne Kraft der menschlichen Arbeit kundgibt."

Auch diese Rede wird von der englischen Presse mit einstimmigem Wohlwollen aufgenommen. In York House erhalte ich eine Menge von Briefen und Telegrammen, deren unoffiziellsten die rührendsten sind. Nach dem Festmahl erscheinen dort auch die Stadtbehörden der Grafschaft London, von Westminster und Kensington, die Vorsitzenden und Mitglieder des Grafschaftsrates und zahllose Abordnungen, die französisch-schottische Gesellschaft, die Handelskammerverbände des Vereinigten Königreichs, die Londoner Handelskammer, das Königliche Gesundheitsinstitut, was weiß ich noch? Die Adressen auf Pergament häufen sich in meinen Gemächern...

Abends Diner in der französischen Botschaft. Der König und der Prinz von Wales tragen den Großkordon der Ehrenlegion. Ich habe die Halskette des Viktoria-Ordens angelegt, den König Georg mir am Morgen hat überreichen lassen. Nach dem Essen unterhalte ich mich mit einigen Gästen, die Paul Cambon mir vorstellt, mit den Mitgliedern des Kabinetts und mit Bonar Law, dem Marquis of Lansdowne, dem Count Roseberry, Mr. Winston Curchill, dem Marschall French ...

Mein Reiseprogramm ist noch nicht erschöpft. Auch der 26. ist völlig ausgefüllt. Am Vormittag besuche ich das Schloß Windsor – leider nicht als einfacher Reisender. Eine Kavallerieabteilung begleitet mich bis Paddington Station; bei der Durchfahrt durch Piccadilly werde ich von den Schwärmen von Arbeitern und Arbeiterinnen, die zu ihrer Arbeit gehen, an meiner Eskorte erkannt und mit tosendem Beifall begrüßt. In Windsor überreicht der Mayor mir eine neue Adresse... Am Schloßportal empfangen mich der Herzog von Argyll, der Lord Steward, der Lord Chambellan, der königliche Gouverneur und mehrere andere Personen.

Ich lasse mich zuerst in die alte Sankt Georgs-Kapelle führen, an der der älteste der großen englischen Dichter, Chaucer, gearbeitet haben soll und die unter ihren Wölbungen eine große Zahl berühmter Gräber birgt ... Dann durchschreite ich unter Führung der

Konservatoren, die mir die seltensten Stücke der Sammlungen zeigen, die verschiedenen Säle des Schlosses . . ., und um mir eine Erinnerung an diesen allzu raschen Besuch zu hinterlassen, überreicht mir der Herzog von Argyll einen schmucken kleinen Führer mit hübschen Stichen, auf dessen Vorsatzblatt er seinen Namen geschrieben hat. Aber ich bin nicht zu meinem Vergnügen noch zu meiner Belehrung nach Windsor gekommen. Ich bleibe der Gefangene meiner Präsidentenpflichten. Ich besteige wieder meinen Wagen und fahre durch den von Shelley besungenen Wald nach Frogmoore, wo die Königin Viktoria an der Seite des Prinzgemahls ihren letzten Schlaf schläft; an diesem Grabe lege ich einen Kranz von Palmen und Blumen nieder.

Kurz vor Mittag bin ich wieder in Paddington und kehre durch den Hyde Park, wo Kinder auf den Rasenflächen spielen, in den Saint James Palace zurück, um sogleich wieder nach dem Hyde Park Hotel zu fahren, wohin die französische Kolonie mich eingeladen hat. Die Rede des Vorsitzenden des französischen Wohltätigkeitsvereins, Lebègue, gibt mir die Gelegenheit, sowohl die Tätigkeit unserer Landsleute zu rühmen wie Paul Cambon zu feiern, dessen unvergleichliche Mitarbeit ich seit anderthalb Jahren schätzen gelernt habe. Das Frühstück endet mit dem Gesang der Marseillaise; dann treffe ich das Königspaar beim Concours hippique im Olympia wieder, wo ich einer sehr schönen Vorführung von zwölf Leutnants aus Saumur und einem Wettbewerb um den von Eduard VII. gestifteten Wanderpokal beiwohne. Die russische Mannschaft erhält den ersten Preis; Frankreich kommt an zweiter, England an dritter Stelle. Der Beifall der Zuschauer gilt ebensosehr den Staatsoberhäuptern wie den Wettkämpfern, und diese Kundgebung gibt mir wieder mal über die Eitelkeit „irdischer Größe" zu denken.

Nach York House zurückgekehrt, empfange ich dort auf Anraten Pichons und Paul Cambons Sir Edward Grey. Der französische Minister hat natürlich meinen Aufenthalt in London wahrgenommen, um mit seinem Kollegen zu reden. Ich meinerseits habe mit dem König nur allgemein über die Notwendigkeit gesprochen, die Tripleentente und das europäische Konzert aufrechtzuerhalten. Aber an demselben Tage, wo ich in England gelandet bin, haben die Bulgaren die serbischen Vorposten bei Kratowo angegriffen, und Sasonow hat an den Grafen Benckendorff telegraphiert, er halte angesichts eines Krieges zwischen den Verbündeten einen Meinungs-

austausch unter den Regierungen der Tripleentente für sehr erwünscht. Er hat ihn gebeten, Sir Edward Grey zu sondieren, und hinzugesetzt, die Anwesenheit des Präsidenten der Republik und Pichons in London könne die Aussprache zweifellos erleichtern[1].

Sir Edward Grey erscheint mir ganz so, wie ich ihn mir vorgestellt hatte. Ein hoher Geist von großer Rechtschaffenheit und von kluger Vorsicht. Er versteht so ziemlich Französisch, spricht es aber nicht, und in den Unterredungen zwischen ihm und Paul Cambon gebraucht ein jeder seine Muttersprache, ohne daß daraus je das geringste Mißverständnis entstünde. Sir Arthur Nicholson, der sehr gut Französisch kann, begleitet Sir Edward Grey und beteiligt sich an der Unterhaltung, die er mehrfach durch seine Dolmetschergabe erleichtert. Bei aller Anhänglichkeit an die Entente ist Sir Edward Grey sichtlich bemüht, kein Wort zu sagen, keine Gebärde zu machen, die das europäische Einvernehmen stören könnte. Er beurteilt die Ereignisse sehr kaltblütig. Wenn die Feindseligkeiten zwischen den Balkanstaaten fortgehen, sollen die Mächte nach seiner Meinung die Neutralität wahren. Das ist auch meine und Pichons Meinung. Es wird vereinbart, in St. Petersburg, Wien und Berlin die Forderung zu stellen, daß jedermann die gleiche Haltung beobachtet. Wird andererseits ein Schiedsspruch in dem griechisch-bulgarischen Zwist erforderlich, so hält er es mit uns für wünschenswert, daß dieser Schiedsspruch durch die sechs Mächte erfolgt. Schließlich kommt er auf Koritza zu sprechen und sagt zu uns, er hege keine Hoffnung, daß die Konferenz es den Griechen zusprechen werde[2]. Alles in allem hinterläßt diese kurze Unterredung mit Sir Edward Grey mir den besten Eindruck.

In einer Mitteilung an die Agentur Reuter erklärt Pichon, die beiden Staatskanzleien stimmten in ihren Ansichten über die allgemeine Politik wie über die Fragen betreffs der Erhaltung des Friedens überein, und er setzt hinzu: „Der Besuch des Präsidenten bildet einen neuen Faktor der Befriedung unter den Nationen der Welt."

Am selben Abend gibt Sir Edward Grey mir im Foreign Office ein Diner, zu dem u. a. Prinz Ludwig von Battenberg, der Herzog

[1] Gelbbuch, II, Nr. 361. Infolge eines Versehens ist das unter dieser Nummer veröffentlichte Telegramm vom 26. Juni 1913 als von Pichon unterzeichnet und an Paul Cambon gerichtet angegeben. Es ist faktisch vom Quai d'Orsay an Paul Cambon gerichtet, um es Pichon in London zu übergeben.

[2] Gelbbuch, II, Nr. 363f.

von Connaught und Asquith geladen sind. Gleich darauf begeben wir uns nach Buckingham Palace zum Hofball. Aus besonderer Gunst darf ich in langen Beinkleidern erscheinen, obwohl das Zeremoniell, wenn man kein offizielles Kostüm hat, Kniestrümpfe erfordert. Pichon hat seine diplomatische Tracht angelegt. Paul Cambon, der in einer Quadrille mit der Königin tanzen soll, hat tapfer Kniehosen angezogen und trägt sie elegant. Vor dem weiten, für die Tanzenden bestimmten Raum ist ein Podium aufgeschlagen, auf dem drei Lehnstühle für das Königspaar und für mich stehen. Aber ich sitze dort allein die ganze Zeit lang als etwas trübsinniger Zuschauer. Die Königin tanzt viel, der König seltener, um mich nicht zu lange allein zu lassen; aber obwohl niemand es mich fühlen läßt, kann ich nicht umhin zu denken, daß die Befürchtung, der Präsident der Republik könne sich in Frankreich lächerlich machen, ihn in England etwas lächerlich gemacht hat.

Am Freitag, dem 27., morgens, verlasse ich London, stets mit Beifall und Hochrufen begrüßt. In Dover besteige ich den „Pas de Calais" und sage dem englischen Boden Lebewohl. Die dichte Menge am Strand und auf den Molen sendet mir Hochrufe nach. Badende Männer und Frauen umringen unser Schiff, und bewimpelte Barken geben ihm das Geleit. Die Forts und das britische Geschwader, das zu Ehren Erankreichs auf der Reede ankert, schießen Salut. Der „Pas de Calais" verläßt die Küste, von einem französischen und einem englischen Torpedobootsgeschwader umrahmt und von den drei Panzerschiffen „Gloire", „Condé" und „Marseillaise" gefolgt.

In Calais werde ich von dem Innenminister Klotz und vom Maire Morieux empfangen. Ich lege einen Kranz an dem Denkmal der Matrosen des „Pluviôse" nieder und begebe mich ins Rathaus, wo der Präsident der Handelskammer und der Bürgermeister mich beglückwünschen. Ich antworte mit Friedensworten.

Vor Verlassen Englands hatte ich dem König aus Dover meinen Dank ausgesprochen. Er antwortete mit einem herzlichen Telegramm und wiederholte mir die Versicherung, er behalte meinen Besuch in guter Erinnerung.

Gegen Abend traf ich in Paris ein. Eine bewegte Menge umlagerte den Nordbahnhof. Angesichts ihrer frohen Stimmung konnte ich nicht bezweifeln, daß sie gleich mir von meiner Reise nach England neue Bürgschaften für die Eintracht Europas und die Sicherheit erhoffte.

Elftes Kapitel

Die täglichen Pflichten – Aufenthalt in Sampigny – Besuch Lahovarys – Vertrag zwischen der Pforte und Bulgarien – Vergnügungsreise – Die großen Manöver – Unfall des Obersten v. Winterfeld

Am Tage nach meiner Rückkehr kam das spanische Königspaar inkognito durch Paris. Es reiste nach England zur Prinzessin von Battenberg, der Mutter der Königin. Ich und meine Gattin begrüßten das Herrscherpaar auf der Gare d'Orsay und luden es zum Frühstück mit dem damaligen Kammerherrn des Königs Quinones de Leon, dem Botschafter und der Marchesa de Villa Urrutia, den Ehepaaren Barthou und Pichon ein. Vierundzwanzig Stunden darauf begann ich wieder mit meinen Rundreisen . . . Nach Schluß der Sitzungsperiode fuhr ich endlich nach Sampigny . . .

Am 20. August, meinem Geburtstage, rief ein liebenswürdiges Telegramm des Königs von England die Erinnerungen an meine Reise nach London wieder wach, und am folgenden Tage brachte ein Besuch des rumänischen Ministers Lahovary mir von neuem all die Ängste in Erinnerung, die ich während der Balkankrise ausgestanden hatte. Sobald der Friede von Bukarest unterzeichnet war, hatte König Karol mir in dankbarer Anerkennung der Friedensstifterrolle der französischen Regierung die Halskette seines Ordens Karol I. verliehen, und der liebenswürdige Lahovary war eigens nach Sampigny gereist, um mir die Insignien zu überbringen. So wurde wenigstens ein Hohenzoller Frankreich öffentlich gerecht.

Ich sprach mit dem rumänischen Minister über die Lage im Orient, die durch den Vertrag von Bukarest nicht völlig geklärt war. In Rußland hatte die öffentliche Meinung die Zuweisung Kawallas an Griechenland als Schlappe empfunden[1]. In der Türkei hatte der Großvesir den Vertretern der sechs Mächte einen neuen Protest gegen die Linie Enos-Midia übergeben[2]. In Bulgarien hielt man den Frieden für ungerecht und räuberisch und glaubte nicht, daß er dauernde Ruhe auf dem Balkan verbürge[3]. In Österreich hielt man die Revision der serbisch-bulgarischen Grenze für wich-

[1] Gelbbuch, Die Balkanangelegenheiten, III, Nr. 1.
[2] Ebenda, Nr. 5.
[3] Ebenda, Nr. 6.

tiger und wünschenswerter als die der bulgarisch-griechischen. Graf Thurn hatte Sasonow davon in Kenntnis gesetzt, und dieser hatte geantwortet: „Für mich ist es umgekehrt. Da unsere Standpunkte entgegengesetzt sind, ist es das beste, nichts zu erklären." Fortan verzichtete Sasonow auf jede Revisionsforderung; wir konnten damit nur zufrieden sein[1].

Es blieb noch übrig, bei der Türkei die Räumung von Adrianopel durchzusetzen. Die Mächte einigten sich dahin, einen Druck auf die Türkei auszuüben, nicht durch Gewaltmittel, sondern durch Kreditverweigerung[2]. Die türkische Regierung setzte den Bitten Europas das Beharrungsvermögen entgegen und beschwerte sich über die Greuel, die die bulgarischen Truppen in den von Griechenland geräumten Orten begingen. Sie kündigte an, daß sie genötigt sein werde, eine Abteilung zum Schutze der Bevölkerung über die Maritza zu schicken. Pichon bemühte sich, sie davon abzuhalten[3].

Leider ließ Österreich sich weder durch Pichons noch durch Sasonows Besonnenheit beschwichtigen. Am 15. August übergab Graf Thurn dem russischen Minister eine neue Note, worin wiederholt wurde, daß der Vertrag von Bukarest eine zu große Demütigung und Schwächung für Bulgarien sei. Sofia, sagte die österreichisch-ungarische Regierung, steht unter der serbischen Drohung. Sie drückte die Hoffnung aus, daß der Vertrag in dieser Hinsicht sowie betreffs der allzu großen Tiefe des Hinterlandes von Kawalla berichtigt würde. Österreich also war es, das den so mühsam erstickten Brand wieder zu schüren versuchte.

Während es so einen Vertrag zu zerreißen dachte, um Serbien auf Kosten Bulgariens zu verkleinern, das das Opfer seines eigenen Angriffs geworden war, setzten wir unsere Versuche fort, die Türkei zurückzuhalten. Den Zusagen der Pforte zuwider hatten die türkischen Truppen die Maritza überschritten und Demotika besetzt; sie schienen im Begriff, auf Dedeagatsch zu rücken. Rußland begann sich wieder zu beunruhigen. „Es gilt, einem von ganz Europa gefaßten Beschluß Achtung zu verschaffen", entgegnete Pichon. „Ebenso nötig ist es, daß die Vergeltungsmaßnahmen von ganz Europa ergriffen werden[4]."

[1] Gelbbuch, III, Nr. 7 f.
[2] Ebenda, Nr. 9.
[3] Ebenda, Nr. 15.
[4] Ebenda, Nr. 25–27.

Von den Botschaftern gedrängt, stritt der Großvesir ab, daß er Dedeagatsch besetzen wolle, und versicherte, die türkischen Truppen hätten Befehl erhalten, über die Maritza zurückzugehen[1]. Die Bulgaren ihrerseits übertrieben das türkische Vorrücken. Sie verkündeten Europa geräuschvoll die Besetzung des rechten Ufers, und in St. Petersburg nahm die Erregung zu.

Die französische Regierung hatte Schätze von Geduld und von Geisteskraft verschwendet, um eine Annäherung zwischen Bulgarien und der Pforte herbeizuführen. Diese war geneigt, betreffs Thraziens nachzugeben, jenes, durch die Vorstellungen Rußlands abgekühlt, setzte keine große Hoffnung mehr auf Adrianopel und entschloß sich zu unmittelbaren Verhandlungen mit der Türkei[2].

In einem persönlichen Schreiben, das Pichon mir am 28. August von Paris nach Sampigny schickte, äußerte er sich etwas zuversichtlicher: „Ich achte Ihre Ruhe zu sehr, um Sie mit Mitteilungen zu ermüden. Doch verfolge ich aufmerksam alle Geschäfte und beschäftige mich ohne Unterlaß mit denen, deren Prüfung bis zu den Parlamentsferien aufgeschoben worden war. So werde ich Ihnen demnächst ein ganzes Aktenstück über die Sache des Tanger-Statuts übersenden. Wir sind uns mit Djawid Bei völlig einig über die Regelung der Dinge in Syrien. Wie Sie gesehen haben, haben wir Rußland jeden Vorwand zur Verstimmung, zu Ansprüchen oder Beschwerden in der Adrianopelfrage genommen."

In der Tat hatte Bulgarien schließlich den General Sawow sowie Totschew als Delegierte nach Konstantinopel entsandt, und Anfang September war eine Entspannung eingetreten. Die Verhandlungen begannen am 9., kamen jedoch erst am 29. zum Abschluß. Die Grenze folgte einer höchst verzwickten Zickzacklinie von der Mündung der Reshwaja ins Schwarze Meer zum nördlichsten Punkte des nach Norden verlaufenden Maritzabogens; von da suchte sie in neuen Windungen das Ägäische Meer, das sie bei der Mündung des rechten Maritzaarmes erreichte. Durch diese Grenzziehung verblieb Adrianopel der Türkei[3].

Im selben Augenblick erschien ein anderes günstiges Zeichen. Die Kabinette von Wien und St. Petersburg hatten beschlossen, ihre Botschafter zu wechseln, die nicht immer Geschicklichkeit be-

[1] Gelbbuch, III, Nr. 34, 37.
[2] Ebenda, Nr. 54–56.
[3] Ebenda, Nr. 90.

wiesen und nicht verstanden hatten, beide Länder einander näherzubringen. Botschafter in Wien wurde Schebeko, ein alter Freund des Deutschtums, der als Anhänger eines Einvernehmens zwischen den drei Kaisern bekannt war. Bei den letzten russischen Manövern war unserer Militärmission die scheinbar von oben befohlene Zuvorkommenheit gegen die österreichischen Offiziere aufgefallen. Schließlich hatte der Ministerpräsident Kokowzow dem Vertreter der Wiener Korrespondenz gegenüber im September sehr liebenswürdig über Österreich und schmeichelhaft über Kaiser Franz Joseph gesprochen[1]. Alles schien beruhigt.

Ich hatte nun die Freiheit, einen seit Wochen gehegten Plan zu verwirklichen. Er war mir durch eine Reihe von Personen nahegelegt worden, die sich für die Förderung des Touristenverkehrs und die Belebung der alten Provinzsitten interessierten, besonders durch Henry de Jouvenel; die Ausführung hatten Edmond Chaix, Vorsitzender des Ausschusses für den Touristenverkehr beim französischen Automobilklub, sowie der Verband der Werbevereine Mittelfrankreichs, die Generalräte und Präfekten mehrerer Departements unter der Oberleitung des damaligen Präfekten des Departements Haute-Vienne, Morain, übernommen. Diese Fahrt war zauberhaft, und in allen Gegenden, durch die ich kam, stellte ich deutlicher denn je fest, wie allgemein in Frankreich die Liebe zur Arbeit und zum Frieden war . . .

Unsere Fahrt endete in Toulouse. Am nächsten Morgen fuhr ich mit dem General Beaudemoulin, ohne meine Gattin, nach Isle-Jourdain, wo ich den Kriegsminister Etienne sowie die Generale Joffre und de Castelnau treffen sollte. In dieser Gegend fanden die großen Manöver statt. Ich verweilte dort ein paar Stunden. In dem Augenblick, wo ich eine hinter einer Anhöhe aufgestellte Batterie besichtigte, brachte ein Husarenrittmeister mir eine traurige Nachricht.

Ein Auto, in dem der deutsche Militärattaché, Oberst v. Winterfeldt, sowie der russische, dänische und griechische Militärattaché und ihr Begleiter, Oberst Dupont vom zweiten Bureau des Großen Generalstabes, saßen, war am Morgen von Montauban abgefahren und auf der Straße beim Ausweichen umgestürzt. Alle Offiziere waren hinausgeschleudert worden und der Oberst v. Winterfeldt

[1] Gelbbuch, III, Nr. 72.

unter den umgestürzten Wagen geraten. Verletzt hatte man ihn in ein Privathaus in Grisolles zu dem Jndustriellen Massot geschafft und Ärzte herbeigerufen.

Ich beschloß ihn sofort aufzusuchen, mich über seinen Zustand zu erkundigen und ihm gute Besserung zu wünschen. Ein Stabsarzt stand an seinem Bette. Ich erkundigte mich bei ihm sowie bei den anderen Ärzten, trat an den Oberst heran, drückte ihm die Hand, sprach ihm mein Bedauern und mein Mitgefühl aus, stellte mich ihm zur Verfügung, falls er meiner Dienste bedürfe. Er erklärte, er fühle sich schon besser und werde aufs beste gepflegt. Als ich ihn verließ, beeilte ich mich, an den Kaiser zu telegraphieren, der, wie ich wußte, eine besondere Freundschaft für ihn hatte.

„Grisolles, 16. September.

„Eben besuchte ich den Oberst v. Winterfeldt, der einen unglücklichen Automobilunfall beim Manöver erlitten hat. Zu meiner großen Freude teile ich Eurer Majestät mit, daß die Prognose der Ärzte sehr günstig war und daß der Zustand des Verletzten sich schon wesentlich gebessert hat. Man hat nur Quetschungen und blaue Flecke ohne Knochenbrüche festgestellt. Ich konnte ein paar Minuten mit ihm sprechen, ohne daß es ihn angriff. Genehmigen Eure Majestät meine ausgezeichnete Hochachtung."

Leider bestätigte die erste Prognose sich nicht. Nachdem ich die Nacht auf dem Bahnhof Grisolles verbracht hatte, mußte ich dem Kaiser am nächsten Morgen ein weniger optimistisches Telegramm senden.

„Grisolles, 17. September 1913.

„Zu meinem lebhaften Bedauern muß ich Eurer Majestät mitteilen, daß der Zustand v. Winterfeldts in der Nacht von den Ärzten schlimmer befunden worden ist, als sie gedacht hatten. Man hat einen Beckenbruch festgestellt, der eine chirurgische Operation nötig machen wird. Frau v. Winterfeldt ist benachrichtigt worden und bei dem Verletzten eingetroffen."

Der Kaiser antwortete mir aus Kadinen:

„17. September 1913.

Bei meiner Ankunft hier erhielt ich Ihre beiden gütigen Telegramme über den Zustand des Majors v. Winterfeldt. Leider zerstört das zweite die Hoffnung, die die günstige Prognose des er-

sten erwecken konnte. Der Unfall muß recht schwer sein. Ich bin sehr gerührt von aller Güte, die Sie dem Verletzten erweisen, und von der warmen Sympathie, die Sie bei diesem Anlaß bekunden. Genehmigen Sie meinen tiefen und aufrichtigen Dank. Ich verbleibe, Herr Präsident, mit größter Hochschätzung

Wilhelm I. R."

Bevor ich Grisolles verließ, empfahl ich den deutschen Oberst den Militär- und Zivilbehörden. Die Operation verlief glücklich, aber er blieb mehrere Monate krank in Grisolles, wo er als Gast des Herrn Massot von den französischen Ärzten glänzend gepflegt wurde. Im Juli 1914, nach seiner Wiederherstellung, schenkte die Regierung der Republik der Frau v. Winterfeldt in meinem Namen vier Sèvresstatuetten. Am 11. Juli 1914 schrieb Frau v. Winterfeldt meiner Gattin einen überschwenglichen Dankesbrief und bat sie, mir nochmals für die Sympathie zu danken, die die französische Regierung ihrem Gatten bewiesen habe. Zehn Tage darauf brach der Krieg aus. Der Oberst v. Winterfeldt verließ Frankreich, blieb aber in der Nähe unserer Grenze und trieb eine heftige Propaganda gegen uns. Im November 1918 vergaß Deutschland die Propaganda und entsann sich der Statuetten. Es schickte ihn nach Rethonde als Unterhändler für den Waffenstillstand.

Zwölftes Kapitel

In Toulouse – Von Graves nach Bordeaux – König Konstantin im Elysée – Ein paar Tage in Rambouillet – An der Côte d'Argent – Reise nach Spanien – Rückkehr nach Marseille

Von Grisolles, wo ich einem Kampfe zwischen den Truppen des Generals Pau und des Generals Chaumer beiwohnte, fuhr ich nach Toulouse weiter . . . Die Stadt wetteiferte mit allen, die ich besucht hatte, und unter unbeschreiblichen Ovationen fuhr ich weiter nach Montauban, wo de Selves mich bewillkommnete, von pa nach Mézin, von wo ich mit meiner Gattin im Auto zum Besuch Fallières' und seiner Gattin nach dem stillen Loupillon fuhr. Wir speisten bei ihnen in kleinem Kreise. Ich war glücklich, ein paar Stunden bei meinem Vorgänger zu verbringen; wir ließen unsere gemeinsamen Erinnerungen des letzten Jahres wieder aufleben . . .

Von hier bringt uns der Zug nach der Landspitze von Graves. Es ist vereinbart worden, daß ich mit Barthou, mit dem Minister für die öffentlichen Arbeiten Thierry und mit dem Schiffahrtsdirektor Charguéraud die Gironde bis Bordeaux hinauffahren soll. Ich will die Pläne prüfen, deren Ausführung dem Verdon die nötige Breite geben und den Verkehr des Hafens von Bordeaux mit allen Weltgegenden erleichtern soll. Das ist ein Programm auf lange Frist, dessen Prüfung wohl für unsere Friedenshoffnungen spricht.

Nach kurzem Aufenthalt am Verdon besteigen wir den Zerstörer „Dunois", der bei leichter Brise mit 18 Knoten Fahrt zwischen zwei fernen, sehr belebten Ufern dahinfährt. Ich benutze die Muße der Fahrt, um den Trinkspruch zu entwerfen, den ich nach der Rückkehr in Paris auf den König Konstantin von Griechenland halten soll, der soeben in Berlin eine platte, kriecherische Rede auf Wilhelm II. gehalten hat. Ich nehme mir vor, besonders seinen Vater Georg zu rühmen, der Frankreich liebte und bewunderte . . .

Die Ankunft in Bordeaux durch das Bassin Richelieu ist von unbeschreiblicher Schönheit, und ich kann meiner Bewegung nicht Herr werden. Die Stadt hat die prächtigen Empfänge überbieten wollen, die man uns in Limoges, in Guéret, in Tulle, in Cahors, in Montauban und Toulouse bereitet hat. Sie hat sich selbst über-

troffen. Kein Mensch, der seine Beine gebrauchen kann, ist zu Hause geblieben, und alle sind ein Herz und eine Seele. Wer hätte mir damals gesagt, daß ich ein Jahr darauf zur gleichen Zeit wider Willen in der gleichen gastlichen Stadt weilen würde, und mit welcher Trübsal und Bangigkeit!

Die Stadtverwaltung gibt mir und meiner Gattin ein Festmahl im Rathaus, und der Bürgermeister Gruet hält eine liebenswürdige Rede. In meiner Antwort spreche ich nur von Bordeaux und vom Departement Gironde, von den einstigen und jetzigen wirtschaftlichen Reichtümern, von der Zukunft, die für die Gegend geschaffen werden soll.

Dann wohne ich auf der Place Magenta stillschweigend der Einweihung des Denkmals für die Gefallenen von 1870 bei. Louis Barthou, den enge Bande an Bordeaux knüpfen, hält eine tiefbewegende Ansprache, die in den Worten gipfelt: „Die friedliche Gesinnung Frankreichs, deren Ehrlichkeit und Beständigkeit so viele Zwischenfälle bewiesen haben, ist nicht unvereinbar mit der gebieterischen Pflicht, stark und bereit zu sein."

Am Abend großes Bankett, das der Generalrat und die Handelskammer geben. Auch dort spreche ich nur von den materiellen und geistigen Interessen der schönen Provinz. Mit einer Kundgebung des Vertrauens auf die friedlichen Fortschritte der großen Girondestadt endet dieser zauberhafte Tag . . . Am folgenden Abend um 10 Uhr treffen wir auf der Gare d'Orsay in Paris ein.

Am nächsten Tage, Sonntag, dem 21., empfange ich den König Konstantin zum Frühstück, rühme seinen Vater und gebe ihm selbst die Versicherung, „daß Frankreich, dessen Gefühle unveränderlich sind, Griechenlands treue und sichere Freundin, die es stets gewesen ist, bleiben wird". Etwas verlegen über den üblen Eindruck, den in Frankreich seine Berliner Rede gemacht hat, in der er die siegreiche Kraft des deutschen Heeres gepriesen hat, sucht der Herrscher seine Ungeschicklichkeit gutzumachen, indem er in freundlicher Weise seinen Dank für „den wertvollen Beistand" ausspricht, „den Frankreich immer wieder den Ansprüchen des griechischen Volkes geleistet hat, von seinem Erwachen zur Unabhängigkeit bis zu den ruhmvollen Kämpfen, die es eben geliefert hat". Er geht ziemlich glücklich auf dies Thema ein und wird sogar den „hervorragenden Offizieren" der Mission des Generals Eydoux gerecht. Kurz, ein korrekter, etwas geschraubter Trinkspruch,

wenn auch nicht gerade, wie ein Pariser Blatt sagte, der Trinkspruch eines Feldmarschalls im Paradeanzug.

Am Montag vormittag im Ministerrat wird auf Antrag des Kriegsministers beschlossen, den Jahrgang 1910 am 8. November zu entlassen. Am Dienstag fahre ich nach Rambouillet, wo ich ein paar Tage Ruhe zu finden hoffe ... Trotzdem wird dieses Landleben durch ein paar notgedrungene Empfänge unterbrochen. Einmal sind es die Offiziere des brasilianischen Kreuzers „Benjamin Constant", die nach Frankreich entsandt sind, um mich zu meiner Präsidentenwahl zu beglückwünschen ... Ein andermal ist es eine Jagd, die ich in Marly in der Ebene des Teufelsloches gebe. Mein erster Gast, Briand, vertritt mich liebeswürdig bei dem Morden, und ich frühstücke nur mit den Jägern im Pavillon. An anderen Tagen erscheinen Abordnungen aus Reims, Vaucluse und Marseille, um mich zu neuen Reisen einzuladen ...

Am Sonnabend, dem 4. Oktober, kommen die Minister nach Rambouillet, um dort einen Rat abzuhalten. Wieder ist es die Lage im Orient, die ihre Aufmerksamkeit auf sich lenkt. Die Verhandlungen zwischen Griechenland und der Pforte kommen nicht vorwärts. In Berlin hält man es für wahrscheinlich, daß die Türkei die Feindseligkeiten gegen die Hellenen wieder eröffnen wird[1]. Nur Frankreich und England sind Griechenland wohlgesinnt. Ein türkisch-griechischer Konflikt liefe also nach Paul Cambons Ansicht Gefahr, eine tiefe Spaltung unter den Mächten hervorzurufen[2]. Frankreich setzt sich in Konstantinopel wie in Athen tatkräftig für eine friedliche Lösung ein[3].

Mitten in diesen neuen Ungewißheiten reise ich am Sonntag abend nach Spanien ab. Auf Bitten Barthous, der Deputierter der Basses-Pyrénées ist, soll meine Gattin mich bis in sein Departement begleiten. Ich werde dort kurz verweilen und die Côte d'Argent besuchen. Nach kurzem Aufenthalt in Mont-de-Marsan und Dax gehe ich ganz im Baskenland und im Bearnerland auf. In Bayonne lese ich an den Triumphbögen Inschriften wie „*Bibe moussu Poincaré*! *Bibe moussu Barthou*!" Und die Schiffe auf dem Adour haben die große Flagge gehißt. Hier empfängt mich natürlich der liebe Léon Bonnat in seinem herrlichen Museum, und mit

[1] Gelbbuch, III, Nr. 59 f.

[2] Ebenda, Nr. 94.

[3] Ebenda, Nr. 96 f.

dem Lobe des Meisters verknüpfe ich wohl oder übel das seiner Vaterstadt . . . Wir halten uns kurz an den lichtgebadeten Gestaden auf, durch die unsere Fahrt geht: Biarritz, Guétary, Saint-Jean-de-Luz und Hendaye . . .

Auf der Station Irun erhalte ich ein Begrüßungstelegramm des Königs von Spanien. Das Gefolge, das er mir zur Verfügung stellt, erwartet mich auf dem Bahnsteig und besteigt meinen Präsidentenzug. Bei sinkender Nacht fahren wir nach Madrid weiter. Bei Tagesanbruch ist der kastilianische Himmel, der mich einst durch seine Klarheit entzückt hatte, dicht bewölkt, und ein strömender Regen verbirgt mir den Horizont. Er hat noch nicht aufgehört, als wir bei Kanonendonner und beim Klang der Marseillaise mit feierlicher Langsamkeit in den Bahnhof von Madrid einlaufen. Er ist ganz mit Schilden bedeckt, auf dem die Buchstaben R. F. im Verein mit dem spanischen Wappen prangen.

Der König erwartet mich in der Uniform eines Generalobersten der Infanterie, auf der Brust den Großkordon der Ehrenlegion. In seiner Begleitung sind der Infant Ferdinand von Bayern und der Infant Alfons. Er tritt mir fröhlich entgegen, drückt mir die Hand, stellt mir die Infanten, Romanones, Maura, Garcia Prieto, den Gouverneur von Madrid, den Alkalden, die Abordnung des Stadtrates vor. Dann besteigt er mit mir eine à la Daumont bespannte Kalesche mit gepuderten Vorreitern, deren Galafrisur der Regen etwas in Unordnung bringt, und wir fahren zwischen tiefen Spalieren von Soldaten, die die Menge in Abstand halten, nach dem Königspalast . . . Im Innern entfaltet das spanische Zeremoniell seinen ganzen Prunk. Auf der breiten, doppelwangigen Freitreppe stehen von Stufe zu Stufe unbewegliche Hellebardiere in blauem Frack und Kniehosen. Oben erwarten mich die Königin, schlicht und reizend, wie ich sie in Paris gesehen, die Königin-Mutter und die Infanten. Von einem langen Zuge gefolgt, schreiten wir nach dem großen Königssaal und treten auf den Balkon über dem Ostplatze, wo wir dem Vorbeimarsch der Truppen beiwohnen. Trotz des schlechten Wetters ist ihre Haltung vorzüglich. Die Zuschauer bejubeln besonders die Husaren der Prinzessin, die Bürgergarde im Dreispitz und die Lanzenreiter mit ihren Silberhelmen. Sobald die letzten Truppen vorbei sind, durchbricht die Menge die Absperrung und wälzt sich bis an den Palast. Wir verlassen den Balkon, aber der König und ich müssen mehrmals wieder hinaustreten.

Hierauf folgt ein Frühstück im Familienkreise des Königs. Ich unterhalte mich besonders mit der Königin-Mutter, die sehr an ihrer alten Heimat hängt. Wir sprechen von den gemeinsamen Erinnerungen des Hauses Österreich und des Hauses Lothringen, besonders von der herzoglichen Kirche in Nancy, an der noch ein kaiserlicher Kaplan wirkt. Ich überreiche dem kleinen Prinzen von Asturien, dem kleinen Prinzen Jaime und ihrer Schwester Beatrix Spielsachen, die ich aus Paris mitgebracht habe, und Paris erscheint ihnen sofort als Paradies für Fürstenkinder.

Dann statte ich der Infantin Isabella, den Infanten Alfons von Orleans, Carlos und Fernando Besuche ab. Schließlich empfange ich in unserer Botschaft die französische Kolonie und beglückwünsche sie zu allem, was sie für das Einvernehmen beider Länder getan hat. „Selbst in den Stunden," sage ich, „wo flüchtige Mißverständnisse die wahren Gefühle beider Völker vielleicht vorübergehend getrübt haben, waren Sie Frankreich gegenüber Zeugen der edlen spanischen Tugenden und Spanien gegenüber Bürgen für die französische Seele. Sie haben daran gearbeitet, eine Freundschaft auf festen Grund zu stellen, die in der Natur der Dinge lag und die Sie, wie alle Franzosen oder Spanier, die in die Zukunft blickten, vorbereitet haben."

Am Abend gibt der König im größten Saale des Schlosses ein großes Galadiner unter den weiten, mit Malereien geschmückten Wölbungen. Er dankt mir warm für meinen Besuch und erblickt in ihm „ein kostbares Pfand für das gute Einvernehmen und die vertraute Freundschaft zwischen beiden Nationen". Natürlich spielt er auch auf die „Aufgabe der Zivilisation" an, die Frankreich und Spanien jenseits der Meerenge übernommen haben. Ich entgegne, diese von beiden Nationen verfolgte Aufgabe sei durch die verständnisvolle Haltung der öffentlichen Meinung erleichtert worden. „Jetzt läßt alles uns vertrauensvoll in die Zukunft blicken, die nach den Worten Eurer Majestät in gutem Einvernehmen und in vertrauter Freundschaft verlaufen wird. Unsere Rassengemeinschaft, die Gleichheit unserer Zivilisation und Kultur, die Verwandtschaft unserer schönen lateinischen Sprachen, die Solidarität unserer afrikanischen Unternehmungen, das Bedürfnis nach der Entwicklung unserer wirtschaftlichen Beziehungen gehen Hand in Hand mit unserem Streben nach dem Weltfrieden."

Zur besseren Vereinbarung unseres Vorgehens in Marokko ist der

General Lyautey nach Madrid gekommen, um sich mit dem Grafen Romanones und mit Pichon auszusprechen. Sie haben während meines Aufenthaltes lange, herzliche Unterredungen. Nur die Prüfung des Tangerstatuts kommt nicht vorwärts. England besteht auf einer internationalen Regelung. Spanien wünscht in Tanger eine maßgebende Stellung. Auch wir haben örtliche Interessen wahrzunehmen. Erst zehn Jahre später, 1923, sollten wir zu einer Vereinbarung gelangen. Für die in beiden Zonen einzuschlagende Politik liefert die Erfahrung des Generals Lyautey der spanischen Regierung wertvolle Fingerzeige.

Auf das Festmahl folgt ein glänzender Empfang, an dem viele Politiker teilnehmen, u. a. der republikanische Abgeordnete Azcarrate, den der König mir koketterweise selbst vorstellt. Ich antworte ihm lachend, er habe es besser als ich, denn die royalistischen Deputierten kämen bei uns nicht ins Elysée. Zehn Monate später traf dies Wort nicht mehr zu. Der Krieg hob die Selbstausschließung der Gegner der Republik auf, und vier Jahre lang herrschte in Frankreich heilige Eintracht.

Am nächsten Tage trocknet der Sonnenschein die Fahnen rasch und belebt die Straßen. Schöne Madriderinnen, die ihre Mantillen mit Kokarden in den französischen Farben geschmückt haben, spenden uns herzlichen Beifall an der Puerta del Sol, als wir auf der Fahrt nach dem Bahnhof von Atocha hindurchfahren. Dann besteigen wir den Extrazug nach Toledo. Während der Fahrt rühmt der König mir schwungvoll die Schönheiten seines Landes und beweist mir ohne Mühe, daß ich trotz mehrerer Reisen in Spanien noch viel zu sehen und zu lernen habe . . .

Am Abend, nach der Rückkehr nach Madrid, findet im Königlichen Theater eine Galavorstellung statt. Der Saal ist voll von reizenden Toiletten und strahlenden Uniformen . . . Einen Teil des folgenden Tages widme ich den französischen Anstalten, der französischen Schule, deren Grundstein der Präsident Loubet gelegt hat, dem französischen Institut, das kürzlich von Steeg eingeweiht worden ist und das sich unter der Obhut der Universitäten Toulouse und Bordeaux und mit Beihilfe hervorragender spanischer und französischer Professoren rasch entwickelt hat . . . Am Abend fahre ich mit Alphons XIII. in Begleitung des Grafen Romanones und Stéphen Pichons nach Cartagena, wo wir noch lange miteinander plaudern. Auch am nächsten Morgen setzen wir diese Gespräche vor

der Einschiffung fort. Der König und sein Premierminister geben uns positive Zusicherungen über Spaniens freundschaftliche Gesinnung fürFrankreich. Die Mißverständnisse von 1911 sind völlig ausgelöscht. Eine neue Ära beginnt. Selbst wenn Deutschland uns jemals angreifen sollte, könnten wir im voraus auf Spaniens Neutralität rechnen und unsere Truppen aus den Pyrenäen völlig zurückziehen. „Das ist eine förmliche Verpflichtung von meiner Seite", wiederholt der König mit Nachdruck[1]. Er geht sogar noch weiter. Er faßt die Möglichkeit ins Auge, daß seine Regierung, falls wir einen Angriff zum Opfer fallen und die Cortez ihre Genehmigung geben, in der Lage sein werde, unser 19. Armeekorps durch die Halbinsel marschieren zu lassen. „Jedenfalls", sagte er, „werden Sie von uns niemals einen Stoß in den Rücken zu befürchten haben." Persönlich wünschte er mir immer engeres Einvernehmen zwischen den drei lateinischen Mittelmeervölkern. Der bestimmte und feste Ton, mit dem er Pichon und mir diese Erklärungen aus eigenem Antriebe gab, machten uns tiefen Eindruck.

Bei unserem Eintreffen in Cartagena liegen auf der Reede, dem Bahnhof gegenüber, spanische Kriegsschiffe, einige, wie der „Carlos Quinto", Veteranen, andere, wie die „España", von neuem Typ, ein Beweis für die Anstrengungen der königlichen Marine. Neben ihnen liegt die französische Division der „Danton"-Klasse, und als Zeichen besonderer Aufmerksamkeit ist auf Befehl des Königs Georg V. auch der englische Kreuzer „Invincible" eingetroffen, um uns den Gruß der englischen Flotte zu überbringen.

Ein Dampfboot bringt mich an Bord des „Diderot", während der König sich auf die „España" begibt. Kurz darauf besuche ich Alfons XIII. auf dem spanischen Dreadnought, dessen Panzertürme, Maschinen und Dynamos er mir mit Stolz zeigt. Nach dieser Besichtigung begeben wir uns gemeinsam an Bord des „Invincible", um dem Kapitän und der Bemannung unseren Dank abzustatten. Sie empfangen uns mit königlichen Ehren. Dann fahren wir zum „Diderot" zurück, wo ich dem König ein Abschiedsfrühstück gebe. Er interessiert sich lebhaft für die geringsten Einzelheiten des fran-

[1] Ich hatte Gelegenheit, auf diese Unterredung öffentlich zurückzukommen, und zwar als Antwort auf eine Stelle in einem Pamphlet des hochbegabten Schriftstellers Blasco Ibanez gegen Alfons XIII. Der König, der seine persönlichen Gefühle nie verhehlt hat, dankte mir in einem Privatbriefe dafür, daß ich sie bekanntgegeben hätte.

zösischen Panzers, die ihm der Admiral Boué de Lapeyrère eingehend erklärt. Dann setzen wir uns unter einem weiten Zelt in den Farben Karls III., weiß und hellblau, über das orangefarbene und rote Draperien hinlaufen, an eine hufeisenförmige, mit Rosen, Margueriten und Nelken geschmückte Tafel. Die beiden großen Geschütze des „Diderot" strecken ihre Mäuler über die Gäste hin . . .

Der König sitzt zu meiner Rechten. Ich halte meine Rede auf ihn, die ich ihm, wie es Brauch ist, mitgeteilt habe, und da ich sie nicht ablese, verfolgt er die ihm übergebene Abschrift mit Vergnügen und stellt fest, daß ich nichts anderes sage. Um seine freundschaftliche Kontrolle irrezuführen, ändere ich beim Sprechen ein paar Worte, und als er mir nach Beendigung meiner Rede vergnügt sagt, er habe Abweichungen entdeckt, gebe ich sie ihm selbst an und gestehe ihm meinen harmlosen Scherz ein, den er lachend allen Gästen erzählt. Diese Rede ist lediglich ein Ausdruck meines Dankes an den König wie an sein Volk, eine Huldigung für die spanische Armee und Flotte, ein Dank an den „Invinicible". Ich schließe ganz einfach: „Auf diesem Mittelmeer, dessen Fluten uns umspülen, der Wiege der lateinischen Zivilisation, begreifen Spanien und Frankreich, wenn das möglich ist, noch besser die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und die wertvollen Vorteile ihrer friedlichen Einigkeit." Der König antwortet mir, meine Worte hätten „den Weg zu seinem Herzen gefunden". Weder Spanien noch Frankreich könnten diese gemeinsame Wiege und diese beständigen Interessen vergessen, an die sie die Fluten, die uns umspülen, dauernd gemahnen. Dann richten wir beide an König Georg V. das folgende Telegramm: „Cartagena, 10. Oktober. Wir danken Eurer Majestät gemeinsam für die Entsendung des „Invincible" nach den Gewässern von Cartagena. Wir haben das schöne Panzerschiff mit großer Freude gemeinsam besichtigt. Genehmigen Eure Majestät die erneute Versicherung unserer herzlichen Freundschaft. Alfonso. R. Poincaré."

Der französische und spanische Minister übergaben der Presse folgende Mitteilung; „Die Unterredungen zwischen dem Grafen Romanones, Lopez Munoz und Pichon haben sich auf alle politischen, wirtschaftlichen und Handelsfragen erstreckt, die Frankreich und Spanien betreffen. Dabei hat sich ergeben, daß zwischen den Vertretern beider Länder völlige Übereinstimmung besteht. Ihre Politik in Afrika wie in Europa vollzieht sich nach den Grundsätzen, die in den Abkommen von 1904, 1907 und 1912 festgelegt sind, und

sie wird immer mehr durch die Gefühle des Einvernehmens und der herzlichen Freundschaft bestimmt, die den Interessen wie den Bestrebungen und Bedürfnissen beider Völker entsprechen. Diese Grundsätze finden ihre ganz natürliche Anwendung in der allgemeinen Politik der Pariser und Madrider Regierung wie in den besonderen Fragen, die sich auf ihr Wirken in Marokko beziehen."

Um 3 Uhr nahm König Alfons Abschied von mir, nachdem er mir seine herzlichen Zusicherungen wiederholt hatte. Dann lichtete das französische Geschwader, der „Diderot" voran, unter den Salutschüssen der spanischen Schiffe und des „Invincible" die Anker. Brausende Zurufe von den Kais begleiteten unsere Abfahrt. Das Meer war still, der Himmel rein, die Luft durchsichtig. Die Reise nach Marseille bot uns einen Tag und zwei Nächte der Einsamkeit und der Ruhe . . .

Sobald wir in Sicht von Marseille sind, empfinde ich, wie stets, selbst bei kurzer Abwesenheit, ein inneres Beben beim Wiedersehen des Heimatbodens. Meine Erregtheit nimmt zu, als ich über uns den Eindecker von Garros heranfliegen und vor uns auf der regungslosen Flut den „Lotus", die „Ville d'Alger" und den „Duc de Bragance" nahen sehe, die die Compagnie des messageries maritimes und die Compagnie transatlantique uns zur Begrüßung entgegensenden. Dann legt der „Marius Chambon" neben dem „Diderot" an, um mich an Bord zu nehmen und zum Kai zu bringen, während hunderte von Fahrzeugen, mit Menschen beladen, uns munter umschaukeln und die brausenden Hochrufe den Kanonendonner übertönen.

Der „Marius Chambon" fährt in den alten Hafen ein, und wir landen unter einem glühenden Himmel am Quai de la Fraternité. Dort erwarten mich die Minister Pierre Baudin und Joseph Thierry, der Präfekt Schrameck, die Senatoren und Deputierten, die Zivil- und Militärbehörden, und hinter diesem offiziellen Kreise wogt und drängt sich eine Menschenmenge unter endlosen Zurufen. Auf der Cannebière und in der Rue Saint-Ferréol nichts als Fahnen, Wimpel und Kandelaber. An den Fenstern, auf den Balkonen, auf den Sonnendächern der Läden stehen Zuschauer, die uns zujubeln und uns Blumen zuwerfen. Diesmal ist selbst Bordeaux in Schatten gestellt, und die große Stadt der Phokäer erringt die Palme der Begeisterung. Welche Wünsche aber drückt sie aus? Hat die dreijährige Dienstpflicht sie mit kriegerischem Geist und mit Angriffs-

lust erfüllt? Weit entfernt. Beim Bankett in der Börse sagt des Bürgermeister Chanot zu mir: „Marseille, eine Stadt der Arbeit, des Handels und der Industrie, fürchtet alle Konflikte, denn es leidet unter ihnen. Wenn es bereit ist, alle Opfer zu bringen, um die Stärke des Landes sicherzustellen, so ist es glücklich, in Sicherheit und Frieden zu leben und zu gedeihen." Er dankt mir dafür, daß ich stets dem Gedanken gehorcht habe, unter den Bürgern wie nach außen fruchtbare, stärkende Eintracht aufrechtzuerhalten; und er erinnert auch daran, daß Marseille für 1916 eine Kolonialausstellung plant, die es zum großen internationalen Feste machen will.

Der Vorsitzende des Generalrates Pasquet und Adrien Artaud sprechen in gleichem Sinne, und auch ich rede in meiner Antwort nur von dem Programm der öffentlichen Arbeiten, die Marseille größere Bewegungsfreiheit und bequemere Verbindungen mit dem Inlande geben, die regelmäßige Versorgung seines Handels sicherstellen, seinen Seehandel ausdehnen und die Stadt in die Lage versetzen sollen, ihren Rang unter den großen Welthäfen zu behaupten.

Im Prado, wo ich den Grundstein der Kolonialausstellung lege, erklärt mir Jules Charles-Roux, der bereits zum Generalkommissar ernannt ist, eingehend das Programm, das die Stadt binnen drei Jahren verwirklichen will. Drei Jahre, 1916, das Jahr von Verdun! Ich antworte: „Ihre bevorstehende Ausstellung wird eine neue Kundgebung unserer Kolonialmacht sein, der Sie so wacker dienen und die von der Republik so machtvoll entwickelt wird." Und ich verspreche, der Einweihung beizuwohnen ...

Am Mittwoch, dem 15., um 8 Uhr morgens, bin ich wieder im Elysée, die Augen noch voll von etwas verworrenen Bildern, in denen sich baskische und bearnesische Landschaften mit kastilianischen Trachten, provenzalischen Szenerien und den Schattenbildern der Eingeborenen mischen, die 1916 die Kolonialausstellung in Marseille besuchen sollen.

Dreizehntes Kapitel

Sasonow auf der Durchreise in Paris – Plan einer Alpenfahrt im Sommer 1914 – *Kokowzow in Paris – Die russischen Eisenbahnen – Griechenland und die Türkei – Die Mission des Generals Liman v. Sanders – Gespräch des Kaisers Wilhelm mit dem König der Belgier – Der Zwischenfall in Zabern*

Während Pichons Abwesenheit hat Louis Barthou das Ministerium des Auswärtigen geleitet. Im Ministerrat vom 16. Oktober berichtet er uns über die Ereignisse, die während unserer Reise stattgefunden haben. Im ganzen nichts Ernstes. Doch eine neue Gefahr ist plötzlich aufgetaucht: serbische Truppen haben aus Versehen oder aus Absicht strategische Punkte besetzt, die die Konferenz in London dem neuen Albanien vorbehalten will. Pichon, der ebenso wie ich vor ein paar Wochen Paschitsch empfangen und ihn friedlich gesinnt gefunden hat[1], ist über dieses seltsame Abenteuer erstaunt. Wir alle sind der Meinung, in Belgrad energisch zu intervenieren. Sasonow, der ziemlich leidend ist und die Bäder von Vichy aufsuchen will, ist gerade auf der Durchreise in Paris, wo er sich zwei Tage aufhält, bevor er nach Berlin fährt, um mit der kaiserlichen Regierung zu verhandeln. Er begrüßt mich im Elysée, und ich teile ihm meine Besorgnisse mit. Er erklärt sich bereit, mit England und uns schleunigst in Serbien zu intervenieren. Nach Verlassen meines Kabinetts hat er am Quai d'Orsay eine lange Unterredung mit Stéphen Pichon, der ihm das gleiche anempfiehlt und die gleiche Antwort erhält. Er sucht auch Barthou auf, mit dem er sich ohne Mühe verständigt. Dann läßt er in Gemeinschaft mit Pichon Wesnitsch kommen, und beide sagen zu ihm, seine Regierung wäre besser beraten, wenn sie den freundschaftlichen Vorstellungen Frankreichs und Rußlands nachgäbe, als wenn sie sich österreichischen Drohungen aussetze[2]. Sehr vernünftig telegraphiert Wesnitsch in diesem Sinne nach Belgrad. Aber das Wiener Kabinett läßt der serbischen Regierung nicht mal so viel Zeit, um die geplanten Maßnahmen zu

[1] Schwarzbuch, II, S. 153. Telegramm Sewastopulos vom 17./30. September 1913.

[2] Bericht Sasonows an den Zaren vom 24. Oktober 1913. Schwarzbuch, II, S. 360ff.

treffen. Es sucht, nach Dumaines Ausdruck[1], „einen Einschüchterungserfolg, durch den es sowohl Serbien demütigen wie sich rühmen kann, Albanien gerettet zu haben", und schickt ein sehr schroffes Ultimatum nach Belgrad. Angesichts dieser gebieterischen Aufforderung räumt Serbien, das bereits Frankreichs und Rußlands Ansicht kennt, sofort das für Albanien bestimmte Gebiet.

Inzwischen ereignet sich in Deutschland ein neuer Zeppelinzwischenfall. Eins dieser gebrechlichen Ungetüme ist bei Johannisthal in der Luft explodiert. Bemannung und Passagiere sind tot. Ich spreche dem Kaiser Wilhelm wiederum mein tiefes Beileid aus[2], und er dankt mir warm. Ich weiß ja nicht, daß dieser Zeppelin dazu bestimmt ist, in einer Sommernacht Bomben auf die schlafenden Pariser zu werfen. Ich weiß nur, daß Frankreich im Frieden mit Deutschland lebt und ihm gegenüber keine Regel der internationalen Höflichkeit verabsäumen will . . .

Am Montag, dem 20., kehre ich mit meiner Gattin im Auto nach Rambouillet zurück . . . Der Balkan läßt uns jetzt freier atmen. Die Zukunft ist fast rosig. An den schönen Herbsttagen verspäten wir uns in den Baumgängen des Parks, und morgens beim Erwachen lasse ich meine Blicke über die weiten Kanäle gleiten, auf denen weiße Schwäne schwimmen. Barthous Regierung hat gegenwärtig scheinbar nur innere Schwierigkeiten in Aussicht. Eine unangenehme Probe, die aber nichts Gefährliches für das Land bedeutet. Die Kammern werden am 4. November wieder eröffnet. Dem Kabinett stehen zwei große Debatten bevor, die eine über einen Antrag zum „Schutz der weltlichen Schule", den der Deputierte Brard eingebracht und dessen Erörterung bereits begonnen hat, die andere über die Konsolidierungsanleihe, die Charles Dumont zur Entlastung des Staatsschatzes auflegen will und die durch Aufdruck auf den einzelnen Stücken ausdrücklich von allen gegenwärtigen und künftigen Steuern befreit werden soll. Das aber mißfällt nicht nur allen Anhängern der Einkommensteuer, sondern auch allen Deputierten, besonders denen der Regierungsmehrheit, die sich nicht die Hände binden wollen oder die, wie Cochery, die Einkommensteuer versprochen haben. Das Ministerium muß also auf Stimmenverluste gefaßt sein. Ich rate Barthou, auf diese Befreiung, die mir unnötig scheint, zu verzichten. Aber irre ich mich? Der Minister-

[1] Gelbbuch, III, Nr. 105.

[2] 17. Oktober 1913.

präsident hinterläßt mir den Eindruck, als läge ihm nicht viel daran, die Macht zu behalten, ja er scheint nicht mal zu böse darüber, nach einem erfolgreichen Ministerium eine Ausgangstür zu finden, die nicht in einen Abgrund führt.

In dem Augenblick, wo die Parlamentsferien zu Ende gehen, erscheint bei mir im Namen der Vertreter des Alpengebietes der Senatspräsident Antonin Dubost mit der Bitte, im Sommer 1914 eine Autofahrt nach dem Südosten zu machen. Ich nehme diesen Vorschlag gern an, und die Zeitungen veröffentlichen alsbald das Schreiben, worin Dubost dem Deputierten von Savoyen, Antoine Borrel, meine Zusage mitteilt. Er selbst ist von den Werbeverbänden beauftragt worden, Schritte bei mir zu tun. Es wird also vereinbart, daß ich im Jahre 1914 während der Parlamentsferien die Alpenstraße von Nizza bis Evian im Auto befahren soll. Zweifellos werde ich in der Gegend einige der Naturschönheiten wiedersehen, die ich einst bei den Manövern als Alpenjäger bewundert habe. Der General Beaudemoulin wird einige der zum Präsidenten kommandierten Offiziere beauftragen, den Plan zu überprüfen und das Programm festzusetzen. Die Fahrt soll nach meiner Rückkehr aus Rußland stattfinden. Derart waren unsere Kriegsvorbereitungen . . .

Zur selben Zeit hielt Kokowzow, der aus Italien kam, sich mit seiner Gattin ein paar Tage in Paris auf. Wir empfingen beide am Dienstag, dem 11. November, im Elysée nebst Louis Barthou, Pichon und ihren Damen. Beide erschienen uns ganz so, wie wir sie kannten, schlicht und liebenswürdig, ohne eine Spur des Iswolskyschen Snobismus. Am selben und am folgenden Tage hatte der russische Ministerpräsident mit Barthou, Pichon und Charles Dumont mehrere wichtige Unterredungen, über die er dem Zaren Bericht erstattete, ebenso wie über die, welche er in Rom mit Giolitti und San Giuliano geführt hatte, und über die, welche er ein paar Tage darauf mit Bethmann Hollweg und dem Kaiser haben sollte. Sein Bericht vom 19. September, nach der Rückkehr aufgesetzt, ist im „Schwarzbuch" (II, S. 385 ff.) veröffentlicht worden. So sehr wie die Schriftstücke des Hofmeisters Iswolsky von absichtlichen oder unabsichtlichen Ungenauigkeiten wimmeln, so sehr atmet Kokowzows Bericht Offenheit und Ehrlichkeit. Halten wir zunächst einen Satz fest, der unmittelbares Licht auf eine Wahrheit wirft, die Victor Margueritte, Fabre-Luce und Judet zu verdunkeln gesucht haben. „*Alle Staatsmänner, mit dem Präsidenten der Republik be-*

ginnend, haben dauernd einen Satz meiner allgemeinen Formel wiederholt, besonders die Notwendigkeit, um jeden Preis die Gemeinsamkeit des europäischen Handelns aufrechtzuerhalten und durch jedes nur mögliche Mittel das zu verhüten, was man als „Sonderschritte" bezeichnet und worin sie eine wirkliche Gefährdung des Friedens sehen." Somit waren alle Staatsmänner, die Kokowzow in Frankreich gesprochen hat, ebenso wie ich gegen Sonderschritte, einerlei, von welcher Seite sie kamen; alle glaubten an die Zweckmäßigkeit der Vorsichtsmaßnahmen, die ich 1912 ergriffen hatte und deren Sinn von Fabre-Luce so seltsam verkannt, deren Wesen von ihm so seltsam entstellt worden ist. Alle waren auch ebenso wie ich entschlossene Anhänger des gemeinsamen europäischen Handelns. Alle wollten schließlich wie ich alles ausschalten, was den europäischen Frieden gefährden konnte. Auch René Marchand, der Herausgeber des „Schwarzbuches", muß unsere Denkweise gekannt haben. Er war damals Korrespondent des „Figaro" in St. Petersburg, und als er im November nach Paris kam, hatte sein Vater, der Generaladvokat, ihn ins Elysée geschickt, um sich dafür zu bedanken, daß ich ihn bei unserer Botschaft empfohlen hatte. Damals sprach er von der zaristischen Regierung mit ehrlicher Bewunderung und wußte sehr wohl, daß in Paris niemand, vom schlichtesten Bürger bis zum Staatsoberhaupt, den Krieg wollte.

Kokowzows Bericht bringt den unparteiischen Leser noch auf eine andere Beobachtung. Kein Wort steht darin von den neuen angeblichen Geldforderungen Iswolskys, von denen dieser in einem weiter oben zitierten[1] angeblichen Schreiben vom Juli 1913 spricht, das von Leipzig nach Amerika gelangt ist. Kokowzows Schweigen beweist klar, daß dieser Zwischenfall ein Phantasiegebilde und daß das Schreiben gefälscht ist. Da Kokowzow durch mich wußte, daß Iswolsky ihn schon einmal getäuscht hatte, hätte er sich bei mir während seines Aufenthaltes unfehlbar erkundigt, ob der Botschafter sein Anliegen wiederholt habe. Wenn ein Mann wie der amerikanische Professor Barnes nicht gemerkt hat, daß das Leipziger Schreiben apokryph war, so ist das ein Zeichen von großem Mangel an kritischem Sinn. Und wenn es in gewissen deutschen Städten Fabriken für Urkundenfälschungen gibt, wie es dort Fabriken für falsche Banknoten für Ungarn gibt, so zeigt dieser Umstand

[1] S. Seite 67 des vorliegenden Bandes.

zur Genüge, daß deutsche Imperialisten außerstande sind, das Mittel zum Reinwaschen ihrer Vorkriegsregierung in der Wahrheit zu finden.

Übrigens fährt Kokowzow in seinem Bericht mit den folgenden Worten fort, die man natürlich weder bei Fabre-Luce noch bei Victor Margueritte wiederfindet, ebensowenig in der mäßigen Antwort des Reichskanzlers Marx auf meine zusammenfassende Studie, die 1925 in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs" erschienen ist. „In diesen Erklärungen (der französischen Staatsmänner und des Präsidenten der Republik) habe ich mir noch andere Züge gemerkt, die Ihre (des Zaren) Beachtung verdienen. In ihrer jetzigen Zusammensetzung *zeigt die französische Regierung die unzweifelhafte, kaum verhüllte Tendenz, alle Eventualitäten zu vermeiden, die Frankreich wieder auf den Weg der Abenteuer führen könnten. Bei unbedeutenden Kundgebungen wie bei den großen Lebensereignissen bemerkt man eine einzige Tendenz, nämlich Ruhe und Frieden aufrechtzuerhalten und nicht den mindesten Anschein plötzlicher Komplikationen zu erwecken.*" Und weiter: „Der Ministerpräsident Barthou, der infolge der Rechtschaffenheit und Ehrlichkeit seiner Ansichten überhaupt einen ausgezeichneten Eindruck macht, und der Minister des Auswärtigen, Pichon, dem unstreitig das Verdienst für die Lösung zahlreicher ernster Fragen zukommt, haben mir, ohne jede Veranlassung meinerseits, sehr deutlich erklärt, daß *die ganze Regierung gegen ihren östlichen Nachbar durchaus günstig gesinnt ist. Sie haben mich sogar gebeten, dem deutschen Reichskanzler, falls sich die Gelegenheit dazu bietet, die Versicherung zu geben, daß die französische Regierung die Beziehungen zu Deutschland nicht nur nicht zu verschlechtern sucht, sondern daß sie sogar bereit ist, gemeinsam mit ihm eine ganze Reihe von Fragen zu prüfen, besonders Fragen betreffs Kleinasiens, die seit langem auf eine klare Lösung harren.*" Es handelte sich besonders um die alte Sache der Bagdadbahn, die in England, in Deutschland und Frankreich bebereits mehrere Phasen durchlaufen hatte und alsbald zu neuen langwierigen Unterhandlungen führen sollte, bei denen Frankreich in seiner Selbstlosigkeit und Versöhnlichkeit bis zum Äußersten gegangen ist[1].

---

[1]) Vgl. Schwarzbuch, II, S. 182ff. Schreiben Iswolskys vom 7./20. November 1913.

Kokowzow untersucht dann gewissenhaft, wenn auch notgedrungen etwas hypothetisch, die Gründe, aus denen die damaligen Franzosen, insbesondere der „Durchschnittsfranzose", wie er ihn schon selbst nannte[1], ihr Geld lieber in bar oder in Banknoten auf den Banken oder in ihren Geldschränken verwahrten, als es in Staatsanleihen oder in Industrieunternehmungen anzulegen. Ebenso untersucht er scharfblickend die gefährdete Stellung des Kabinetts Barthou, das die Notwendigkeit erkannt hatte, ein erhebliches Defizit auszugleichen und die Kammer trotz der nahe bevorstehenden Wahlen um eine Anleihe sowie um Steuererhöhungen zu bitten. Allerdings täuschte er sich in seinen Vorhersagen, wenn er versicherte, Caillaux sei nicht nahe daran, wieder zur Macht zu kommen. Aber er zog aus seinen zum Teil anfechtbaren Annahmen einen sehr richtigen Schluß: „In den großen Fragen der allgemeinen Politik, die Frankreichs Lebensinteressen tief in Mitleidenschaft ziehen, wird es uns nie im Stiche lassen. Überall jedoch, wo diese nicht berührt werden, überall, wo andere, russische oder europäische Interessen im Vordergrund stehen, wird Frankreich sich unstreitig sehr zurückhaltend zeigen und nach aller Wahrscheinlichkeit im Sinne der nachgiebigsten Lösung der entstandenen Fragen auf uns einwirken." War es möglich, deutlicher zu sagen, daß Frankreich nie im Schlepptau Rußlands fahren werde und daß es vor allem, wie es recht und billig war, seine nationalen Interessen befragen werde?

Nachdem Kokowzow dem Zaren diese verschiedenen Betrachtungen vorgelegt hat, geht er auf den Hauptzweck seines Berichtes ein: die Verbesserung des russischen Bahnnetzes. Der russische Minister erinnert daran, daß seine Regierung ein großes Programm öffentlicher Arbeiten aufgestellt hat, um die Wohlfahrt des Reiches zu fördern. Aber man könne sich, wie er sagt, die erforderlichen Mittel nicht im Inlande verschaffen und ebensowenig Anleihen auf den deutschen Markt bringen, der so gut wie verschlossen sei, noch auf den amerikanischen Markt, der Frankreichs Schuldner sei, noch auf den englischen Markt, der fremde Anlagen nicht sehr gern sähe. Somit bliebe nur der französische Markt zugänglich. „Ich kann Ew. Kaiserlichen Majestät nicht verhehlen", schreibt er, „daß ich die Aussprache darüber mit der französischen Regierung nicht

[1]) Schwarzbuch, II, S. 395.

ohne wohlbegründete Befürchtungen angeschnitten habe". Der Minister gibt dann näher an, er habe die ersten Verhandlungen im Juni d. J. mit Barthou, Pichon und Charles Dumont durch Vermittlung des früheren Präsidenten der Kammer der Börsenmakler, de Verneuil, angeknüpft, und die französische Regierung habe die Antwort gegeben[1]: „Wir sind bereit, den Bau russischer Eisenbahnen zu fördern, indem wir eine Anleihe bis zu 200 Millionen Rubel auf dem französischen Markte zulassen. Aber wir knüpfen zwei Bedingungen an unsere Zustimmung: erstens daß die russische Regierung ihr Heer vermehrt, zweitens daß sie sich entschließt, gewisse strategische Linien, deren Notwendigkeit die Generalstäbe anerkannt haben, in ihr Eisenbahnprogramm aufzunehmen."

Wie man sich entsinnt, fand jährlich eine Zusammenkunft zwischen dem französischen und russischen Generalstabschef statt, um die in der Militärkonvention vom 17. August 1892 vorgesehenen Verteidigungspläne in Einklang zu bringen. Bei der Konferenz am 13. Juli 1912 hatte der General Joffre in seiner Besorgnis über die Unzulänglichkeit des russischen Netzes und über die verhängnisvollen Zeitverluste, die gegebenenfalls bei einer Zusammenziehung des Heeres entstehen mußten, bei dem General Schilinski darauf bestanden, daß diesem gefährlichen Zustand abgeholfen werde[2]. Während meiner Reise nach Rußland hatte ich selbst mit Kokowzow über dieses ernste Thema gesprochen. Im August 1913 fand die neunte Konferenz zwischen Joffre und Schilinski in St. Petersburg und in Krasnoje Selo statt[3]. Dabei wurde die Notwendigkeit anerkannt, angesichts der erhöhten Beschleunigung der deutschen Mobilmachung infolge der neuen Wehrgesetze eine Anstrengung zu machen, um die Fristen in Frankreich und in Rußland abzukürzen. Man war sich einig geworden, daß es zweckmäßig sei, gewisse strategische Linien zweigleisig auszubauen[4]. Nach Joffres und Schilinskis Anschlägen konnten die erforderlichen Arbeiten drei bis sechs Jahre dauern[5]. Es handelte sich also keinesfalls um die Vorbereitung

[1] Wenn Fabre-Luce diese Unterhandlungen ins Jahr 1912 zurückdatiert, begeht er einen unentschuldbaren Fehler. Sein Diskussionssystem wird auch nicht durch die Zweideutigkeiten gerechtfertigt, mit denen er sich in einem Aufsatz zu entschuldigen sucht, der kürzlich in der Zeitschrift „Europa" erschienen ist.

[2] Schwarzbuch, II, S. 425.

[3] Ebenda, II, S. 431.

[4] Ebenda, II, S. 434.

[5] Ebenda, S. 404.

eines Angriffs auf Deutschland noch selbst um unmittelbare Verteidigungsmaßnahmen. Es war ein langfristiges Werk, das man unternahm, um den Zustand der Unterlegenheit, in dem sich das russische Mobilmachungssystem befand, ein Ende zu machen.

Gewiß hatte die französische Regierung das Recht, ja die Pflicht, unseren Verbündeten den französischen Markt nur dann zu öffnen, wenn Frankreich bei dieser Genehmigung gewisse Vorteile fand. Sie hätte einen schweren Fehler begangen, wenn sie es verabsäumt hätte, Rußland zu allen Vorkehrungen aufzufordern, die seine militärische Mitwirkung im Ernstfalle rascher und wirksamer gestalteten.

Aber wohlgemerkt gehorchte Frankreich bei all diesen Verhandlungen, als es seine Bürgschaftsforderungen stellte, stets dem gleichen Gedanken: bei Rußland durchzusetzen, daß es, falls uns der Krieg erklärt wurde, seine Hauptanstrengung nicht gegen Österreich, sondern gegen Deutschland richtete und daß es imstande war, die größtmögliche Zahl von Divisionen in kürzester Frist zusammenzuziehen. Nicht Rußland also war es, wie der frühere Kaiser Wilhelm geschrieben hat, das von Frankreich die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit verlangte, sondern Frankreich, das als Antwort an Deutschland aus eigenem Antrieb eine Maßregel ergriffen hatte, die ihm nach den Umständen geboten schien, und das sich hierauf bemühte, seinen Verbündeten, aber nicht von heute auf morgen, sondern für später, zu einer entsprechenden Verstärkung seiner Militärmacht zu veranlassen. Indem Barthou, Pichon und Charles Dumont ihre grundsätzliche Zustimmung zu einer neuen russischen Anleihe an diese durch die Vorsicht gebotenen Bedingungen knüpften und außerdem bestimmten, daß die Anleihe von 1300 Millionen, die die französische Regierung selbst plante, ein Prioritätsrecht genießen sollte, benahmen sie sich mit einer Klugheit, die niemand verkennen konnte, und so gab auch Kokowzow freiwillig ihren gerechtfertigten Vorstellungen nach.

Doch der russische Ministerpräsident berührte in seinen Unterredungen mit den französischen Ministern noch ein anderes Thema von dringendem Interesse. Die Lage im Orient hatte sich von neuem verschlimmert, und zwar mit unerwarteter, verwirrender Plötzlichkeit. Die Türkei nahm mit einemmal eine rätselhafte Haltung ein, die Rußland beunruhigte. Der Frieden zwischen der Pforte und

Griechenland war noch immer nicht unterzeichnet. Die türkische Regierung hatte Bevollmächtigte nach Athen gesandt, die sich mit den griechischen Unterhändlern sofort einig wurden. Aber sie hatten nur Vollmacht *ad referendum* erhalten, und jetzt schien die Türkei wenig geneigt, ihren Vertragsentwurf zu ratifizieren[1]. In jeder ihrer Antworten stellte sie die von den Delegierten gebilligten Lösungen in Frage[2]. Paschitsch glaubte nach den zuverlässigsten Auskünften, daß die Türkei, wie er sagte, durch den Erfolg des zweiten Balkankrieges Appetit bekommen hätte und zudem von Österreich gedrängt würde, einen neuen Feldzug gegen Griechenland zu unternehmen. Wenn dieser Krieg, so erklärte er, ausbräche, so könne Serbien nicht unbeteiligt daran bleiben, denn es sei sich völlig klar, daß es nach einer griechischen Niederlage unfehlbar selbst an die Reihe käme. Paschitsch bat die Tripleentente, die Türkei zurückzuhalten, und Sasonow bat England und Frankreich, sich Rußland bei den erforderlichen Schritten anzuschließen[3]. Pichon wiederholte Rifaat Pascha sofort und wies Bompard an, ein gleiches in Konstantinopel zu sagen, daß die Regierung der Republik keine türkische Anleihe in Frankreich genehmigen werde, bevor der Friede und die Ordnung im Orient völlig wiederhergestellt seien[4]. Zugleich riet er in Athen nochmals zur Vernunft[5].

Ein verdächtiges Zusammentreffen war es, daß König Ferdinand von Bulgarien sich gerade damals, als die Türkei einen neuen Krieg zu planen schien, in Wien aufhielt. In Serbien wie in Griechenland war man überzeugt, daß er sich zum Werkzeug des österreichischen Kabinetts gemacht habe und daß dieses die Türkei zu Abenteuern zu drängen suche[6]. Jedenfalls hatte Österreich, ohne es irgend jemand wissen zu lassen, an Griechenland eine Aufforderung gerichtet, die ebenso brutal war wie seine vorherige Aufforderung an Serbien. Deutschland fand, daß sein Verbündeter sich etwas zuviel herausnahm, ließ ihm aber immer mehr freie Hand. Diesmal hatte Wien sich mit Rom unmittelbar verständigt. Der österreichisch-ungarische und der italienische Gesandte in Athen hatten,

[1] Gelbbuch, III, Nr. 113.
[2] Ebenda, Nr. 115.
[3] Ebenda, Nr. 119.
[4] Ebenda, Nr. 120.
[5] Ebenda, Nr. 121.
[6] Ebenda, Nr. 122.

ohne sich mit ihren Kollegen von der Tripleentente ins Einvernehmen gesetzt zu haben, Veniselos bekanntgegeben, daß die von den Truppen Konstantins besetzten Gebiete in dem für Albanien bestimmten Teile von Epirus vor dem 31. Dezember geräumt werden müßten. Wie Gauvain bemerkt, entstand durch Österreichs Vorgehen abermals die Frage, ob die Liquidation der Balkanangelegenheiten unter der Aufsicht einer Macht oder ganz Europas erfolgen solle. Jules Cambon schrieb an Pichon[1]: „Zimmermann hat sich darüber beschwert, daß das Wiener Kabinett sein letztes Ultimatum an Griechenland ebenso gestellt hat wie das vorhergehende an Serbien, d. h. ohne Berlin zu benachrichtigen. *Aber so peinlich Österreichs Initiativen hier auch wirken mögen, man kann sicher sein, daß die kaiserliche Regierung sich durch ihr Mißvergnügen nicht abhalten lassen wird, sie schließlich zu unterstützen.*" Deutschland also, und Deutschland allein, geriet immer mehr ins Schlepptau eines Verbündeten, der beunruhigend geworden war, weil er sich über sein eigenes inneres Gleichgewicht beunruhigte.

Indes riet Deutschland der Türkei doch, keine neuen Ansprüche zu erheben, und da die Pforte bereits andererseits Anleihen am Londoner und Pariser Markte suchte und Pichons feste Antwort sie entmutigt hatte, fügte sie sich darein, mit Griechenland zu unterhandeln.

Zur selben Stunde aber ereignete sich ein Theatercoup, der uns plötzlich die Erklärung für sehr viele Intrigen gab. Wir erfuhren, daß die türkische Regierung versprochen hatte, der neuen deutschen Militärmission unter dem General Liman v. Sanders den tatsächlichen Befehl über das Armeekorps in Konstantinopel zu geben. Kokowzow, der Frankreich verlassen hatte, traf in Berlin in dem Augenblick ein, wo Sasonow in St. Petersburg diese überraschende Nachricht erhielt. Durch seinen Minister des Auswärtigen benachrichtigt, suchte Kokowzow sofort den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg auf. Der sagte zu ihm: „Die Mission Sanders ist nur die Fortsetzung der alten Mission v. d. Goltz. Die Niederlagen der Türkei haben in der Presse zu Kommentaren geführt, die für Deutschland nicht immer sehr günstig waren. Wir sind daher verpflichtet, der Welt zu zeigen, daß wir unser Ansehen in Konstantinopel nicht

[1] Gelbbuch, III, Nr. 138. S. über diesen Zwischenfall und alle des gleichen Zeitraumes das sehr genaue Buch von Gauvain: „Les origines de la guerre européenne".

eingebüßt haben." Bei einer zweiten Unterredung mit dem Reichskanzler kam Kokowzow darauf zurück. „Wir protestieren ja nicht gegen die Erneuerung einer Militärmission," betonte er, „sondern dagegen, daß deutsche Offiziere den Befehl über das Korps in Konstantinopel erhalten. Träfe diese Maßregel zu, so würde die öffentliche Meinung in Rußland sich unweigerlich erregen. Im Laufe der letzten Ereignisse haben alle Mächte einschließlich Rußlands die Unabhängigkeit Konstantinopels und der Meerengen gegen die Bulgaren und Griechen zu schützen gesucht; sie haben im gemeinsamen Interesse Wert darauf gelegt, den Türken dieses europäische Gebiet zu erhalten. Sollte Deutschland künftig in Konstantinopel ein militärisches Kommando innehaben, so erhielte es den Schlüssel für die Durchfahrt." Infolgedessen hatte Kokowzow verlangt, daß Deutschland das Militärkommando in der Türkei entweder durch eine Truppeninspektion ersetzen oder wenigstens das von ihm kommandierte Elitekorps nicht nach Konstantinopel, sondern anderswohin legen solle, z. B. nach Adrianopel oder nach Kleinasien, im letzteren Falle aber nicht an die russische Grenze oder in die französische Interessensphäre[1].

Ein gleiches hatte Kokowzow zum Deutschen Kaiser gesagt. Der hatte den Erstaunten gespielt und ausgerufen; „Wie hätten wir annehmen können, daß eine so einfache Sache Ihre Besorgnis erregen würde? Übrigens ist der Gedanke nicht von uns ausgegangen, sondern die Türkei hat um unsere Hilfe gebeten[2]." Die Behauptung war unzutreffend. Der Vorschlag war vielmehr von Deutschland ausgegangen[3]. Und was der Kaiser im Sinne hatte, war faktisch ein militärisches Fußfassen in der Türkei. Was hätten die Leute in Frankreich oder im Auslande, die seit dem Kriege die alte russische Politik systematisch herabgesetzt haben, wohl gesagt, wenn der Zar jemals den Anspruch erhoben hätte, das Armeekorps in Konstantinopel einem seiner Generale zu unterstellen?

Indes antwortete auch der Reichskanzler auf Kokowzows Vorstellungen nur mit Ausflüchten, dann mit einem zweideutigen Schreiben[4], und trotz eines gemeinsamen Schrittes, den England,

---

[1] Schwarzbuch, II, S. 411ff., Bericht Kokowzows; Gelbbuch, III, Nr. 135, Schreiben Jules Cambons.

[2] Gelbbuch, III, Nr. 140.

[3] Ebenda, Nr. 151.

[4] Ebenda, Nr. 153.

Frankreich und Rußland in Konstantinopel unternahmen, sollte die Schwierigkeit erst später, am 15. Januar 1914, durch eine schlaue Kombination gelöst werden, die Deutschland angeregt hatte und aus der es noch einen Vorteil schlug[1]. Ich komme später darauf zurück.

Während das Kabinett Barthou diese außenpolitischen Wolken zu vertreiben suchte, mußte ich immer noch eine ziemlich vergebliche Tätigkeit auf das verwenden, was Artikel 3 des Verfassungsgesetzes den Vorsitz bei den nationalen Feierlichkeiten nennt. Offen gesagt, waren die nationalen Feierlichkeiten von einer Häufigkeit, die ihre Eintönigkeit täglich vermehrte; so das Fest der Turnverbände, die offiziellen Jagdfrühstücke in Rambouillet und in Marly, der Verband der Zivilingenieure, das Waisenhaus der P. T. T. usw. Aber stets war es mein Doppelgänger, der symbolische namenlose Präsident, das zufällige, augenblickliche Wahrzeichen des Landes, was ich bei diesen Gelegenheiten selbstlos zur Schau trug.

Zwischendurch kommt das spanische Königspaar am Dienstag, dem 18. November, durch Paris. Der König reist nach Österreich, die Königin nach England. Sie besuchen mich und meine Gattin im Elysée. Wir erwidern den Besuch, und am Abend begleite ich den König ins Rathaus, wo ein großer Empfang stattfindet. Man kennt den König jetzt in Paris wie einen gewohnten Gast. Die Straße, die Fenster und die Plauderecken in den Wohnungen sind ihm gleichermaßen gewogen.

Am nächsten Tage, bei schönem, trockenem Wetter, frühstückt Alfons XIII. im Schlosse von Rambouillet; . . . dann lasse ich ihn mit den übrigen Gästen unter der Obhut des Generals Beaudemoulin auf die Jagd gehen. Bei sinkender Nacht liegt die Strecke auf dem Kies vor den Wasserbecken längs des ganzen Schlosses, über 700 Rehe, Fasanen, Hasen und Kaninchen . . . Der Anblick dieser Hekatombe belebt in mir die Jägerinstinkte nicht, die ich seit jungen Jahren verloren habe, und ich bin etwas traurig über die zutraulichen Rehe, die uns sonst im Hochwalde umsprangen und beim Schall unserer Schritte kaum davonliefen.

Ein paar Tage nach der Abreise des Königs teilt mir Stéphen Pichon unter dem Siegel tiefster Verschwiegenheit ein Schreiben Jules Cambons vom 22. November mit. Es betrifft eine Unter-

[1] Gelbbuch III, Nr. 176. 178.

redung, die der König der Belgier kürzlich in Potsdam mit dem Kaiser und dem Generalstabschef v. Moltke gehabt hat. Cambon hatte diese Unterredung schon am 10. November durch den belgischen Gesandten in Berlin, Baron Beyens, vertraulich erfahren, aber dieser hatte darauf bestanden, daß unser Botschafter sie uns nur mündlich mitteilte . . . Cambon hatte anfangs gezaudert, den Minister des Auswärtigen schriftlich in Kenntnis zu setzen, hatte es aber schließlich doch getan, weil er nicht nach Paris kommen konnte und die Mitteilung nicht länger aufschieben wollte.

Das Schreiben ist heute bekannt. Es ist im August 1914 im „Gelbbuch" veröffentlicht worden. Als Pichon es erhielt, erregte es ihn natürlich sehr. König Albert war nach Deutschland gekommen, um das Regiment, dessen Chef er war, zu besichtigen; er hatte geglaubt, den Kaiser Wilhelm in der ihm von früher bekannten friedlichen Stimmung zu finden. Bald aber hatte er gemerkt, daß der Kaiser wie umgewandelt war. Er widerstand den Kriegsgelüsten gewisser politischer Parteien nicht mehr und hielt den Krieg mit Frankreich für unausweichlich. Er beklagte sich, man weiß nicht warum, daß alles, was Deutschland tue, von Frankreich durchkreuzt werde, und daß der Revanchegedanke in den Köpfen unseres Volkes spuke. Übrigens war er überzeugt von der erdrückenden Übermacht des deutschen Heeres und seines Sieges gewiß. Der General v. Moltke hatte sich dem König gegenüber ebenso geäußert wie der Kaiser. Auch er erklärte den Krieg für „notwendig und unvermeidlich", war aber eines raschen Sieges noch gewisser als sein Herrscher. „Diesmal", sagte er zu dem König, „muß ein Ende gemacht werden. Eure Majestät ahnen nicht, welche unwiderstehliche Begeisterung das deutsche Volk an jenem Tage ergreifen wird." Der König hatte entgegnet, die friedliche Gesinnung der Regierung der Republik und Frankreichs könne nicht bezweifelt werden, aber der Kaiser und sein Generalstabschef waren bei ihrer Meinung geblieben. König Albert war so betroffen von diesen Gesprächen, daß er sie dem Baron Beyens sofort mitteilte und ihn bat, sie Jules Cambon mitzuteilen, freilich unter dem Siegel der Verschwiegenheit. „Ich kann nicht umhin," hatte Jules Cambon dem Baron Beyens geantwortet, „eine derartige Mitteilung dem Präsidenten der Republik und Pichon mitzuteilen." Beyens hatte das zugegeben, aber verlangt, daß die Anvertrauung auf uns beschränkt bliebe und daß selbst die Mitglieder des französischen Kabinetts

nichts davon erführen. Außerdem teilte der belgische Gesandte Jules Cambon mit, daß der Kaiser gealtert, überanstrengt und reizbar scheine. Je mehr die Jahre Wilhelm II. bedrückten, um so mehr Einfluß gewannen die Familienüberlieferungen, die Strenge der Kaiserin, die reaktionären Hofkreise und vor allem der Tatendrang der Militärs auf seinen Geist. Vielleicht war er auch etwas eifersüchtig auf die Popularität, die der Kronprinz sich dadurch erworben hatte, daß er den Leidenschaften der Alldeutschen schmeichelte. „*Wie dem aber auch sei,*" *schloß der Baron Beyens,* „*der Präsident der Republik muß benachrichtigt werden. Der König hat festgestellt, daß die Stimmung für England und für Rußland ebenso günstig ist, wie sie nachteilig für Frankreich ist.* Es scheint ihm also wichtig, daß jeder Zwischenfall vermieden wird. *Vielleicht würde man ihn in Berlin benutzen, wenn man nicht gar versuchen würde, einen zu schaffen.* Übrigens wird König Albert durch Paris kommen, wenn er die Königin nach dem Süden bringt. Dann kann er selbst mit Poincaré reden."

Mehr hatte Beyens nicht gesagt, aber Jules Cambon hatte diese Mitteilung sehr ernst gefunden. Die persönliche Loyalität des Königs Albert, so schrieb der Botschafter, schließe von vornherein jeden Gedanken aus, daß er sich zum Sprachrohr Deutschlands mache. Vielleicht hätte der Kaiser und sein Generalstabschef den Zweck verfolgt, ihm zu imponieren und ihn zu bestimmen, keinerlei Widerstand zu leisten, falls Deutschland die belgische Neutralität verletzte. Aber Wilhelm II. war oft seiner Eindrücke nicht Herr, und Jules Cambon war der Ansicht, daß auch wir fortan „unser Pulver trocken halten" müßten. Mit diesem Rate schloß seine beunruhigende Depesche.

In seinem schönen Buche „L'Allemagne avant la Guerre"[1] hat der Baron Beyens selbst diesen vielsagenden Zwischenfall dargestellt und Jules Cambons Bericht bestätigt. „Welches war der Zweck jener Anvertrauungen?" schreibt er. „Das war nicht schwer zu erkennen. Sie waren eine Aufforderung, sich angesichts der über Westeuropa schwebenden Gefahr in die Arme des Stärkeren zu werfen. Diese Arme taten sich auf, um Belgien zu umfassen – und es dann zu erdrücken! Bedenkt man das Ultimatum, daß der belgischen Regierung am 2. August 1914 gestellt wurde, so erkennt man,

[1] Brüssel und Paris, Librairie nationale d'art et d'historie G. van Oest et Cie. S. 24ff.

zu welchem Akte der Gefälligkeit und der Feigheit Kaiser Wilhelm den König Albert durch die Unterredung in Potsdam gefügig machen wollte."

Ernennung des Generals Liman v. Sanders in Konstantinopel, drohende Reden in Potsdam – das waren die beunruhigenden Zeichen, unter denen wir die gefährlichen Fortschritte des preußischen Militarismus beobachten konnten. Zur gleichen Zeit schlug wie ein Donnerschlag der Zwischenfall von Zabern ein.

Gewiß wünschte Elsaß-Lothringen ebensowenig wie Frankreich den Krieg. Es suchte sich der deutschen Herrschaft wohl oder übel anzubequemen[1]. Aber die Entrüstung in Zabern und in der ganzen Provinz über die Unverschämtheit des Leutnants v. Forstner und über das Schimpfwort „Wackes" für die elsässischen Rekruten, die jähe Auflehnung der Bevölkerung, die brutale Unterdrückung der Einwohner durch die Offiziere, ja selbst durch die Zivilbeamten, hatten der Welt blitzartig die Grausamkeit des Ausnahmezustandes gezeigt, unter dem die annektierten Länder litten. Die Kommentare, zu denen dieser traurige Zwischenfall der kaiserlichen Politik in Deutschland Anlaß gab, hatten seinen symptomatischen Charakter noch verdeutlicht. In der öffentlichen Immatrikulationssitzung hatte der Rektor der Universität Marburg, Geheimrat Professor Dr. Ludwig Dräger, die Studenten folgendermaßen angeredet: „Man muß endlich ein Ende machen, indem wir mit unserem Erbfeinde handgemein werden. Der Zwischenfall in Zabern hat gezeigt, wohin eine Versöhnungspolitik führt. Wir dürfen uns nie verhehlen, daß der Kampf mit unserem Erbfeinde unvermeidlich geworden ist."

Das Alldeutschtum gewann solche Macht bei unserem Nachbar, daß Professor Hans Delbrück im Dezemberhefte der „Preußischen Jahrbücher" auf die Gefahr hinwies. Er befürchtete, Deutschland möchte sich heute oder morgen zu einem Kriege verleiten lassen, der nicht nur ein Unglück für die Menschheit sein werde, sondern auch für Deutschland selbst verhängnisvoll werden könne. Ohne die Ungeschicklichkeiten der Alldeutschen wäre England in der Agadirsache nicht an die Seite Frankreichs getreten. Und er schloß: „Hätte England nicht hinter Frankreich gestanden, hätten wir eine viel größeren Druck ausgeübt und sicherlich ein viel größeres Stück

[1] S. Les vrais criminels, von Florent Matter, Berger-Levrault, 1926, Kap. 5.

des Kongo wirklich davongetragen." Einen größeren und wirksameren Druck ausüben und ein viel größeres Stück von einer französischen Kolonie erhalten – das betrachtete der Professor Delbrück, obwohl er die Alldeutschen tadelte, als ein Friedenswerk.

Ohne auf die diplomatischen Ratschläge des hervorragenden Lehrers zu hören, stimmten die Alldeutschen nach wie vor ihre Kriegslieder an. „Im jüngsten Leutnant", schrieb die ‚Post'[1], „wird hier das deutsche Volk beleidigt . . . Wenn diese ganze Sache nicht gut preußisch erledigt wird, dann bleibt sie unerledigt. Wir waren weit entfernt davon, den Leutnant v. Forstner in Schutz zu nehmen, als er das Wort „Wackes" gebrauchte, das eine so unberechenbare Wirkung hervorgebracht hat, . . . aber es liegt fast ein Stück Vorsehung in diesem an sich so unbedeutenden Vorfall: nun sind uns die Augen geöffnet über Elsaß-Lothringen . . . Fast drohend erhebt sich die Frage: war es gut, dem Lande eine Verfassung zu geben? Ist es wirklich reif dafür? . . . Wir brauchen Männer im Elsaß, preußische Männer . . . Man schaffe preußische Staatsanwälte ins schöne Elsaß, die nicht stehen bleiben, wenn sie zum Weitergehen aufgefordert werden. Man hauche dem Lande deutschen Geist ein und unterbinde das verräterische Treiben der Wetterlé und all der kleinen Wetterlés, die dort am Werke sind – nur so wird man sich vor einem zweiten Zabern bewahren . . . Wenn Straßburg mit dem Elsaß nicht fertig wird, so muß Berlin sprechen."

Im Alldeutschen Verbande hielten der Vorsitzende, Rechtsanwalt Claß, der Freiherr v. Stössel, der Dr. Heinemann, der Dr. Reismann-Grone heftige Reden gegen die „Welschen" und billigten laut die brutalen Worte, die der Kriegsminister von Falkenhayn im Reichstage über die Zaberner Vorfälle gesprochen hatte[2].

„Das Vaterland" griff heftig die Reichstagsmitglieder an, die den Mut gehabt hatten, das Benehmen einiger Offiziere im Landesheere zu kritisieren, und tadelte den Reichtagspräsidenten, weil er es zugelassen habe, daß „der elsässische Sozialdemokrat Peirotes" diese Offiziere als „Hochverräter" gebrandmarkt hatte. Dieselbe Zeitung erinnerte an Bismarcks altes Programm und forderte dessen strenge Anwendung: „Nicht für Elsaß-Lothringen haben

[1] 8. Dezember 1913. S. Le chauvinisme allemand von Dr. Ottfried Nippold, Payot édit.

[2] Deutsche Tageszeitung, 9. Dezember 1913.

unsere Krieger ihr Blut vergossen. Nein! Für das Deutsche Reich, für seine Einheit und für die Verteidigung seiner Grenzen."

Im „Tag" ging der Generalmajor Heim noch weiter[1]. „Nicht die Elsässer, sondern die Deutschen sollen die wirklichen Herren im Elsaß sein. So kann es nicht weitergehen. Eine energische Geste ist nötig. Aber sie möge bald erfolgen!"

Im Reichstage hatte der Kanzler zwar etwas maßvoller gesprochen als der Kriegsminister. Aber er hatte gezaudert, die Gewalttaten der Offiziere offen zu tadeln. Er hatte laviert, hatte sich mit seinem Kollegen v. Falkenhayn solidarisch erklärt und seine Sache so geschickt gemacht, daß er schließlich alle Welt etwas verstimmt hatte. Ein Antrag, wonach seine Antwort der Auffassung des Reichstages nicht entsprach, war mit großer Mehrheit angenommen worden. Aber das war in den Wind gesprochen. Es gab in Deutschland kein parlamentarisches System. Die Volkssouveränität bestand überhaupt in keiner Form. Der Reichskanzler trug dem Parlament und dem Lande gegenüber keine Verantwortung. Er war nur dem Kaiser verantwortlich, und eine Regung der Selbständigkeit des Reichstages vermochte nichts an der beunruhigenden Stimmung Wilhelms II. zu ändern, auf die König Albert uns hingewiesen hatte.

[1] 9. Januar 1914.

Vierzehntes Kapitel

Sturz des Kabinetts Barthou – Krise – Bildung des Ministeriums Doumergue – Beibehaltung der dreijährigen Dienstpflicht und der Außenpolitik – Die französische und die russische Anleihe – Deutschland und Österreich – Der europäische Friede Ende 1913

In der Kammer hatte die Aussprache über den Anleiheplan begonnen. Die radikale Gruppe hatte sich im voraus festgelegt, sowohl auf eine Anleihe von nicht mehr als 900 Millionen zur Deckung der außerordentlichen Rüstungsausgaben wie gegen jede auf die einzelnen Stücke aufgedruckte Steuerfreiheit, die das Parlament für künftig binden konnte. Die Regierung verlangte unbedingt eine Gesamtsumme von 1 Milliarde 300 Millionen und den Aufdruck, daß die neue Rente von jeder künftigen Steuer befreit werden sollte. Nach dem, was mir Georges Cochery, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, ein besonnener, gesetzter Mann, gesagt hatte, stand zu befürchten, daß die Vorlage des Kabinetts abgelehnt werde. Ich rief Barthou und Charles Dumont abermals, sich nicht verantwortlich für einen Wortlaut zu machen, der schon am 25. März 1908 mit 349 gegen 170 Stimmen abgelehnt worden war. Er schiene gegen die allgemeine Einkommensteuer gerichtet und ich sähe seine Zweckmäßigkeit nicht ein. Aber hier wie so oft lernte ich die engen Machtbefugnisse des Präsidenten kennen. Barthou machte mir geistvoll klar, daß guter Rat billig sei, und hielt an seiner Idee um so eigensinniger fest, als dies das erstemal war, wo er persönlich in einer Finanzdebatte hervortrat.

Nicht weniger hartnäckig und mit großem Erfolge bekämpfte Caillaux den Standpunkt der Regierung. Er stritt ihr das Recht ab, einen Teil der Staatssouveränität zu veräußern und künftige Geschlechter zu binden. Er erinnerte daran, daß Männer wie Casimir Périer, Krantz und Aynard mehrfach erklärt hatten, kein Parlament dürfe auf das Recht verzichten, alle Steuerzahler einschließlich der Gläubiger der Staatsrente zur allgemeinen Einkommensteuer heranzuziehen. Er wies auf das Beispiel Englands hin. Er bemühte sich nachzuweisen, daß die Einkommensteuer, die er in der Kammer durchgesetzt hatte und die jetzt dem Senat vor-

lag, niemals durchgeführt werden könne, wenn man die Steuerfreiheit der Staatsrente auf unbestimmte Zeit proklamiere. Barthou und Charles Dumont antworteten kräftig. Aber nun hatten sie Cochery, den Vorsitzenden, und Noulens, den Berichterstatter des Haushaltsausschusses gegen sich, und das Kabinett wurde mit 290 gegen 265 Stimmen gestürzt. Das war am 2. Dezember, einem Jahrestage, der, wie man sich denken kann, Veranlassung zu einigen Scherzen gab.

Um $^1/_2$9 Uhr abends überreichten die Minister mir ihre Demission. Ich dankte ihnen für ihre treue Mitarbeit in den letzten acht Monaten und bat sie, wie üblich, die laufenden Geschäfte weiterzuführen. Als ich Barthou die Hand drückte, konnte ich nicht umhin, ihm zu wiederholen: „Das ist ein Selbstmord."

In kaum zehn Monaten meiner Präsidentschaft stand ich also zum zweitenmal vor einer Ministerkrise. Von einer sehr kleinen Anzahl von Stimmen der Rechten und der Mitte abgesehen, bestand die Mehrheit, die das Kabinett gestürzt hatte, nur aus Stimmen der Linken; sie reichte von den Demokraten bis zu den vereinigten Sozialisten. Zweifellos gab die Abstimmung keinen bestimmten Fingerzeig; denn wenigstens dem Anscheine nach war der Kampf um eine technische Frage entbrannt. Als loyaler Schiedsrichter jedoch durfte ich mir nicht verhehlen, daß die Abstimmung im ganzen einen merklichen Ruck nach links bedeutete. Das war übrigens kein Wunder bei einer Kammer, in der sich schon unter den Ministerien Monis und Caillaux eine radikale Mehrheit gebildet und behauptet hatte. Auch ich hatte im Jahre 1912 nur unter ständigem Beistande der Linken regieren können . . .

Da die Krise sich hinschleppte, wurden schon mehrere Zeitungen ungeduldig und verlangten die Auflösung der Kammer. In den Gängen taten selbst Deputierte der sozialistischen Radikalen so, als ob sie dafür wären. Aber der Haushalt war noch nicht bewilligt, und die Kammer konnte einem Kabinett, das die Absicht zeigte, Neuwahlen auszuschreiben, sehr wohl die Zwölftel verweigern. War es doch nicht nur, wie man oft gesagt hat, die Erinnerung an den 16. Mai, wodurch die Ausübung des Auflösungsrechtes eingeschlafen war, sondern auch das von den Kammern reichlich ausgenutzte Recht, die Finanzdebatten in die Länge zu ziehen und der Regierung ihre Lebensmöglichkeit abzuhandeln. Der Mißbrauch mit einem wesentlichen Vorrechte der Parlamentsgewalt hatte nach und

nach ein nicht minder wesentliches Vorrecht der Vollzugsgewalt aufgehoben. Übrigens sah ich in diesem Falle nicht ein, wie ich eine Auflösung hätte rechtfertigen sollen, und so blieb ich trotz der Aufforderung einiger Publizisten, u. a. Judets, fest entschlossen, nichts zu unternehmen, was einem Gewaltstreich ähnlich sehen konnte. Besonders dem Auslande gegenüber wollte ich jede Gefahr eines Abenteuers vermeiden.

Ich bat Léon Bourgeois, die Lage mit mir zu prüfen. Da er noch immer nicht hinreichend wiederhergestellt war, konnte er das Amt des Ministerpräsidenten auch jetzt nicht übernehmen. Aber mir lag daran, seine Meinung über die Menschen und Dinge zu erfahren. Da die radikale Partei die früheren Ministerien gestürzt hatte, bewog er mich, den künftigen Ministerpräsidenten aus ihrer Mitte zu nehmen, aber nur einen Mann, der für die dreijährige Dienstpflicht gestimmt hatte und entschlossen war, sie zu vertreten. Das traf für die meisten Senatoren dieser Partei zu. Léon Bourgeois wies mich mit leiser Vorliebe auf Gaston Doumergue hin, unsern gemeinsamen Kollegen im Ministerium Sarrien von 1906, der mir nicht nur als klarblickender Patriot und eifriger Republikaner bekannt war, sondern auch als gewissenhafter und urteilsfähiger Mann. Ich ließ Doumergue also kommen, und er antwortete mir wie üblich, er werde seine Freunde befragen, kam aber in kurzem mit der Nachricht zurück, er hoffe bald in der Lage zu sein, das Ministerium zu bilden. Er bot das Finanzportefeuille Caillaux an, der es annahm. Er besuchte Combes und Léon Bourgeois, die ihn ermunterten, seine Verhandlungen fortzusetzen, sowie Clemenceau, der ihm ausdrücklich seine Unterstützung zusagte und, wenn er auch nach wie vor Barthou, Pichon und mich in seinem „Homme libre" mißhandelte und uns voller Abscheu als Schützlinge des Grafen Albert de Mun brandmarkte, das in der Bildung befindliche Kabinett doch mit nachsichtigem Wohlwollen begrüßte. Briand, dem Doumergue den Eintritt in sein Kabinett anbot, lehnte es wegen des noch immer bestehenden Konfliktes zwischen beiden Kammern in der aufregenden Frage der Wahlreform ab. Hatten doch die Deputierten nochmals mit sehr starker Mehrheit den Entwurf des Proportionalwahlrechtes angenommen, den Briand im Senat nicht hatte durchsetzen können. Die Kluft mußte also noch überbrückt werden, und Briand war zu sehr Frontkämpfer, um zu den Brückenbauern überzugehen.

Dafür erhielt Doumergue von René Viviani die förmliche Zusage seiner Mitarbeit. Er stellte mir also seine endgültige Annahme in Aussicht, und mir wurde etwas leichter ums Herz . . . Am Montag unterzeichnete ich die Ernennungsdekrete, worauf ich, im Gegensatze zu den Gewohnheiten meiner Vorgänger, einer Einladung zum Diner in der österreichischen Botschaft Folge leistete.

Am Dienstag, dem 9. Dezember, stellte Gaston Doumergue mir die neuen Minister vor; für die Justiz Bienvenu-Martin, für das Innere René Renoult, Finanzen Caillaux, Krieg Noulens, Marine Monis, Öffentlicher Unterricht Viviani, Öffentliche Arbeiten Fernand David, Handel Malvy, Landwirtschaft Maurice Reynaud, Kolonien Lebrun, Arbeit Métin . . . Alles in allem ein rein radikales Kabinett. Die Mehrzahl seiner Mitglieder hatte für Pams gestimmt. Aber die oberste Pflicht eines konstitutionellen Staatsoberhauptes war ja wohl, Schiedsrichter und nicht Parteimann zu sein. Übrigens hätte es mir nichts gekostet, meinen früheren Gegnern entgegenzukommen, hätte ich nicht bei einigen meiner Freunde Enttäuschung, ja bisweilen einen fast vorwurfsvollen Kummer verspürt. Sie hielten das für Vergeßlichkeit, ja fast für Undank, was doch nur die obligatorische Ausübung einer Befugnis war, die mir gebot, die Fingerzeige des Parlaments zu berücksichtigen, und mir nicht mehr die Freiheit zu persönlicher Bevorzugung ließ.

Im Ministerrat am Donnerstag, dem 11., las Doumergue mir die Erklärung vor, die er am Tage vorher mit seinen Kollegen ausgearbeitet hatte. In der Frage der dreijährigen Dienstpflicht und in der äußeren Politik trat das Kabinett völlig den Ansichten seines Präsidenten bei, die auch die meine war. „Keiner von Ihnen", hatte Doumergue geschrieben, „erwartet von uns den Vorschlag, die Debatte über das kürzlich angenommene Militärgesetz wieder zu eröffnen. Es ist Gesetz. Wir wollen es ehrlich durchführen". Das war gewiß keine Begeisterung, aber Doumergue mußte seine eigene Meinung in Einklang mit derjenigen der bisherigen Opposition bringen, die er im ganzen ausgeschaltet hatte. Weiter erklärte das Kabinett in ausgezeichneter Fassung die Stetigkeit unserer Außenpolitik. Auch hatte Doumergue wohlweislich an Sasonow und an Sir Edward Grey telegraphiert, um ihnen seine Anhänglichkeit an das Bündnis und an die Entente zu versichern. Der Kurs unserer Diplomatie blieb also unverändert. Kein Mensch, weder in den

Kammern noch im Lande, verlangte einen Wechsel. Ja, niemand hätte ihn geduldet.

Ich beglückwünschte den Ministerpräsidenten zu seinen diesbezüglichen Versicherungen und lud ihn sofort zum Frühstück mit dem spanischen Königspaare ein, das sich nach Alfons' XIII. Rückkehr aus Wien wieder in Paris aufhielt. Der König hatte lange mit Kaiser Franz Joseph gesprochen, der ihm bisweilen etwas erschöpft vorgekommen war und seine Besorgnisse über die internationale Lage, ja sogar über die persönliche Stimmung Wilhelms II. nicht verhehlt hatte.

Doumergue empfahl sich nach der Mahlzeit rasch, um die angekündigten Interpellationen zu beantworten. Aber die Debatte drehte sich fast gar nicht um die Ministerfrage. Violette griff Briand heftig an, weil er eine Aussöhnungspolitik eingeschlagen und „das Land in tiefe Hypnose versenkt" habe. Bei seiner Verteidigung sparte Briand nicht mit den prachtvollsten Mitteln seiner Beredsamkeit. In allen Stunden seines politischen Lebens, entgegnete er, sei ihm „eine republikanische Mehrheit gefolgt"; die äußerste Linke habe von ihm selbst die Wahlreform gefordert; die Vorlage der dreijährigen Dienstpflicht habe er eingebracht, weil er sich einer unerbittlichen Pflicht gegenübergesehen habe; trotz dem Beschlusse des kürzlich stattgehabten radikal-sozialistischen Kongresses in Pau, zur zweijährigen Dienstpflicht zurückzukehren, hätte die Notwendigkeit, das neue Gesetz beizubehalten, sich der Vaterlandsliebe seiner Nachfolger aufgedrängt; die dreijährige Dienstpflicht sei fortan die organische Grundlage der nationalen Verteidigung, und er werde für das Kabinett stimmen, das versprochen habe, sie beizubehalten.

Auch Gaston Doumergue wiederholte auf der Tribüne, er werde das Gesetz beibehalten und zur Durchführung bringen. Bei dem Bevorstehen der allgemeinen Wahlen war diese Versicherung verdienstvoll, aber niemand machte sich Illusionen über die Möglichkeit einer Abrüstung, und die Debatte zog sich weder über das Militärgesetz noch über die äußere Politik in die Länge. Painlevé brachte einen Vertrauensantrag ein, der mit 293 gegen 13 Stimmen angenommen wurde. Aber die Aussprache belebte sich wieder bei einem Zusatzantrage von André Lefèvre. Dieser erinnerte daran, daß das Parlament vor kurzem mit großer Mehrheit die Notwendigkeit einer Anleihe anerkannt habe, um den Staatsschatz zu stärken

und die außerordentlichen Rüstungsausgaben zu bestreiten. Somit beantragte er, jede ausländische Anleihe vom französischen Markte auszuschließen, bevor die französische Anleihe aufgelegt sei. Die Regierung wollte diese Verpflichtung nicht eingehen, und Lefèvres Antrag wurde abgelehnt. Immerhin hatte Caillaux erklärt, er habe in früheren Jahren, als er Finanzminister war, ausländische Anleihen nur dann zugelassen, wenn sie Frankreich „politische oder wirtschaftliche Vorteile" gewährten, und „in erster Linie stets die Bedürfnisse und die verfügbaren Mittel des Staatsschatzes ins Auge gefaßt". Für die Zukunft versprach er, sich nach den gleichen Grundsätzen zu richten. Ein etwas zweideutiger Wortlaut, der die Regierung im Sinne dieser Erklärung band, aber sie nicht völlig band, kam schließlich zur Annahme.

Nachdem das Ministerium so seine parlamentarische Weihe erhalten hatte, widmete Gaston Doumergue sich gewissenhaft der Prüfung der laufenden Geschäfte. Ich stellte rasch fest, daß er sie völlig in gleichem Sinne leitete wie vordem Pichon, Jonnart und ich. Schon unsere ersten, sehr vertrauensvollen und herzlichen Gespräche hatten mir diese Gewißheit verschafft, als ich am Freitag, dem 12., im Krankenhause Laënnec die Armenapotheke „Léon Bourgeois" und in Villejuif das Altersheim des Departements einweihte . . . Daran schloß sich eine lange Reihe offizieller Bankette, das fünfzigjährige Jubiläum der Kunstakademie, der Verband der Handelshochschulen und was weiß ich noch! Kurz, ich nahm ergebungsvoll die Reihe meiner erzwungenen Fahrten und erholungslosen Aufenthalte wieder auf.

Doumergue war als Leiter der Regierung sehr tatkräftig und als Minister des Auswärtigen sehr gescheit. Bei aller Großzügigkeit ging er ins einzelne; bei aller Gutmütigkeit war er scharfsinnig. Er hatte die Beziehungen zu den verschiedenen Botschaftern aufgenommen und rasch ihre Achtung gewonnen. Iswolsky hat Sasonow natürlich seine ersten Unterredungen mit ihm berichtet. Wenn man das Wesentliche aus seinem gewohnten Wortschwall herauszieht, erkennt man leicht, daß Doumergue dem russischen Botschafter nur das wiederholt hat, was er in der Kammer gesagt hatte. „Sobald Doumergue sein Amt angetreten hatte, suchte ich ihn auf. Er erklärte mir, das neue Kabinett werde unbeirrt die engste Fühlung mit Rußland halten. In seiner heutigen Erklärung in der Kammer wird Doumergue die Unveränderlichkeit der französischen

Außenpolitik betonen, die auf dem Bündnis mit Rußland und auf der Entente cordiale mit England beruht[1]."

Das Kabinett Barthou hatte Iswolsky wissen lassen, daß die russische Eisenbahnanleihe in Frankreich erst nach der Anleihe aufgelegt werden könne, die unsere nationalen Bedürfnisse erforderten. Auch ich hatte Kokowzow bei seiner Durchreise durch Paris diese Bedingung im Einvernehmen mit der Regierung bestätigt, und er hatte sie in seinem Bericht an den Zaren deutlich angegeben[2]. Da jedoch Caillaux im Parlament erklärt hatte, er zöge die französische Anleihe zurück oder schöbe sie auf, wurde der Markt für ausländische Anleihen aufnahmefähiger. Iswolsky hatte das wohl gemerkt und Doumergue gebeten, die russische Anleihe unverzüglich zuzulassen. Aber Doumergue hatte im Hinblick auf den etwas zweideutigen Antrag, den die Kammer angenommen hatte, vorsichtig geantwortet, er werde die Frage prüfen und sein möglichstes tun[3].

Raffalowitsch seinerseits hatte flugs den Finanzminister aufgesucht, und nach Iswolskys Angaben hatte Caillaux dem russischen Finanzrat gesagt, er sei „durchaus bereit, in nächster Zukunft eine russische Eisenbahnanleihe für 500 Millionen zu genehmigen". Ferner hatte er Raffalowitsch anvertraut, die französische Anleihe werde, falls sie genehmigt werde, wahrscheinlich erst nach den Wahlen stattfinden; augenblicklich werde das Kabinett sich voraussichtlich mit der Ausgabe von 400 Millionen Schatzscheinen begnügen[4]. Rußland hatte also den Vortritt. Selbstverständlich war Iswolsky entzückt von dieser Zuvorkommenheit, die weder Barthou noch ich für nötig gehalten hätten. Ein paar Tage darauf drückte er seine Freude aus, daß alle Hindernisse für die russische Anleihe endgültig überwunden seien. Die Anleihe konnte sofort auf den Markt gebracht werden, ebenso eine serbische Anleihe[5]. Nie hatte Iswolsky einen gleichen Sieg davongetragen. Hatte Caillaux sich in ungestümer Gefälligkeit plötzlich ins russische Schlepptau begeben? Nein, so wenig wie Barthou und ich. Aber er war zweifellos der Ansicht, daß der Bau der russischen Bahnen, deren strate-

---

[1] Schwarzbuch, II, S. 203; 28. November / 11. Dezember 1913.
[2] Ebenda, II, S. 409.
[3] Ebenda, S. 205-207. Telegramme Iswolskys, 1./14. und 2./15. Dezember.
[4] Ebenda, S. 206. Telegramm Iswolskys, 1./14. Dezember.
[5] Ebenda, S. 217. Telegramm 17./30. Dezember 1913.

gische Bedeutung die Regierung kannte, sobald wie möglich begonnen werden mußte und daß Frankreich überdies ein politisches Interesse daran hatte, seinen Verbündeten zufriedenzustellen.

Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß Iswolsky sich bei Sasonow das Verdienst für die Antworten des neuen Kabinetts zuschrieb. Handelte es sich z. B. um die deutsche Mission in Konstantinopel, so schrieb er triumphierend[1]: „In der für uns brennenderen und ernsteren Frage der deutschen Instrukteure steht Doumergue bisher ohne Zaudern *hinter uns* und wiederholt mir bei jeder Unterredung, die ich mit ihm habe, seine völlige Solidarität mit uns und bestätigt mir, daß er geneigt ist, uns aufs tatkräftigste beizustehen." Hinter Rußland? Nichts war unzutreffender. Wie Pichon, Jonnart oder ich blieb Doumergue lediglich an Rußlands Seite. Noch dazu trug er Sorge, wie ich es 1912 getan hatte und wie Jonnart und Pichon es nach mir getan hatten, Rußland über seine Absichten zu befragen und ihm von allen Sonderschritten abzuraten.

„Doumergue", gesteht Iswolsky, „fragt mich beharrlich und mit sichtlicher Unruhe über unsere weiteren Absichten aus. Mit besonderer Besorgnis betrachtet er die Möglichkeit einer Ausgleichsforderung unsererseits, denn das kann nach seiner Meinung zur Aufteilung der asiatischen Türkei und somit zum europäischen Kriege führen. Nach den Auskünften, die er aus London erhalten hat, bezeigt Sir Edward Grey für die gegenwärtige Angelegenheit von neuem lebhafteres Interesse, und man kann auf tatkräftiges Eingreifen von seiner Seite rechnen." Törichterweise druckt das „Schwarzbuch" den letzten Satz in Fettschrift ab, als ob Doumergue oder Sir Edward Grey bei dieser Gelegenheit eine kriegerische Sprache geführt hätten. Hieß es etwa den Krieg wollen, wenn man ihn fürchtete und nicht leichtherzig zulassen wollte, daß ein deutsches Heer sich in Konstantinopel niederließ?

Inzwischen waren Paul und Jules Cambon Ende Dezember nach Paris gekommen, und Doumergue hatte mit beiden lange über die Orientfrage gesprochen. Hierauf hatte der Ministerpräsident an den russischen Botschafter eine Note gerichtet, in der er fast wörtlich die Ausdrücke wiederholte, die ich selbst bei mehreren Anlässen gebraucht hatte. So zwangsläufig nötigte die Wiederkehr ähnlicher Ereignisse zur Wiederholung der gleichen Anfragen, zu den gleichen

---

[1] Schwarzbuch, II, S. 210ff. 5./18. Dezember 1913.

Meinungsaustauschen und Vorsichtsmaßnahmen. „Doumergue bittet Herrn Iswolsky um gefällige Mitteilung, wie die kaiserliche Regierung im einzelnen die Intervention auffaßte, um die es sich handelt, auf welche besonderen Punkte sich die Forderung der drei Mächte erstrecken soll und schließlich, welchen Beschluß Rußland Frankreich und England vorschlagen zu müssen glaubt, falls ihre gemeinsamen Schritte in Berlin und in Konstantinopel nicht zu der von ihnen angestrebten friedlichen Lösung führen sollten." Und weiter: „Doumergue bestand besonders auf der Notwendigkeit der vorherigen Aussprache zwischen St. Petersburg, Paris und London über alle Möglichkeiten, die eintreten könnten, und über die Maßnahmen, die wir im Falle des Mißerfolges der Intervention in Berlin und in Konstantinopel vorzuschlagen für zweckmäßig halten werden" [1].

Somit tut Gaston Doumergue nach Rücksprache mit unseren hervorragendsten Botschaftern mit Recht genau das gleiche, was getan zu haben mir Fabre-Luce, Victor Margueritte oder Judet törichterweise zum Vorwurf machen. Er will sich mit Rußland und England verständigen, bevor er sich mit Europa verständigt, um Rußland keine Möglichkeit zu Sonderschritten zu lassen. Er sucht sich Aufklärung über die Absichten unseres Verbündeten zu verschaffen, fragt ihn aus, drängt ihn, weil er ihn überwachen und, wenn nötig, zurückhalten will. Am Sonntag, dem 28. November, empfing ich selbst Paul und Jules Cambon im Elysée anläßlich des Jahreswechsels und merkte, daß sie mit Gaston Doumergue ebenso im Einvernehmen waren wie vorher mit mir.

Gewiß sah ich, seit ich im Elysée wohnte, bei weitem nicht alle Depeschen oder selbst Telegramme, die beim Ministerium einliefen. Dem Brauche meiner Vorgänger entsprechend, hatte ich keinen Beamten vom Quai d'Orsay bei mir. Erst mein Nachfolger Deschanel ließ sich Hermite zuweisen und Millerand Vignon. Der Protokollchef brachte mir jeden Morgen um 9 Uhr die Telegramme, die das Ministerium für wichtig hielt, und weit seltener die Abschrift einiger Berichte. Außer diesen kurzen täglichen Mitteilungen wurde ich nur durch die Unterredungen mit dem Minister informiert. Doch ebenso wie Jonnart und Pichon kam Doumergue sehr gern, um mit mir zu plaudern, und hielt mich über alles, was von ernstem Inter-

[1] Schwarzbuch, II, S. 218f. Telegramme Iswolskys, Nr. 607 und 608, 17./30. Dezember 1913.

esse war, auf dem laufenden. Oft fragte er mich auch nach Einzelheiten über die früheren Ereignisse, und ich gab sie ihm so vollständig, wie mein Gedächtnis es mir erlaubte. Bei ihm fühlte ich mich völlig sicher. In aller Unabhängigkeit leitete er die äußere Politik, und seine Leitung war in meinen Augen tadellos.

Nichtsdestoweniger blieb ich in Sorge über die Drohungen, die den europäischen Frieden noch gefährdeten. Nicht ohne Bangigkeit sah ich die Partei- und Gruppenkämpfe in der Kammer beim Nahen der Wahlen wieder aufleben. Ich hatte während dieses Jahres alles getan, um die Zwistigkeiten wo nicht beizulegen, so doch zu mildern. Ich hatte im Elysée parlamentarische Diners veranstaltet, zu denen ich Senatoren und Deputierte aller Richtungen einlud, sowohl Konservative, wie den Grafen de Mun und Denys Cochin, deren Talent und Vaterlandsliebe ich bewunderte, wie Radikale, die vor Jahresfrist Partei gegen mich ergriffen hatten, aber nicht so unliebenswürdig waren, mir zu schmollen. Ich entsinne mich, daß ein mir wenig bekannter Deputierter, Paul Meunier, nach einem dieser wöchentlichen Empfänge so dankbar für unsere Aufnahme war, daß er uns in einem Körbchen mit rosa Schleifen ein Zwerghündchen zuschicken ließ, das durch eine Wohltätigkeitsanstalt von der Vivisektion gerettet worden war. Es war ein reizender kleiner Brüsseler Pintscher, den wir „Miette" tauften. Damals war ich nicht auf die anders gearteten Liebenswürdigkeiten gefaßt, die Paul Meunier mir während des Krieges in einer Eintagszeitung erweisen sollte. Aber was er auch schreiben mochte, der Anblick Miettes, die auf den Rasenflächen des Elysées umherlief, sollte meine Rache und mein Trost sein.

Ich hätte gewünscht, daß in den Fragen der nationalen Verteidigung und der Außenpolitik die Einmütigkeit wiederkehrte, auf die mein Kabinett sich während des ganzen Jahres 1912 hatte stützen können. Gewiß hatte ich selbst, trotz eines gescheiterten Versuches der hitzigsten Fraktion auf dem Kongreß von Pau, mich in keiner Weise über die Loyalität derer zu beklagen, die mir meinen Kollegen und Freund Pams vorgezogen hatten. Der Kongreß hatte schließlich einen Antrag angenommen, wonach der Präsident der Republik als außer und über der Partei stehend anzusehen sei, und mit Ausnahme einiger Blätter, wie des „Bonnet rouge", den ein Journalist namens d'Almeyreda begründet hatte, wurde diese Losung respektiert. Im Palais Bourbon dagegen waren alle politischen

Leidenschaften wieder erwacht. Je mehr sich die Balkanereignisse in die Länge zogen und die örtlichen Ereignisse keinen europäischen Krieg nach sich zogen, beruhigten sich die Gemüter, das Bedürfnis nach Einigkeit machte sich weniger fühlbar und jeder kehrte zu seinen alten Vorurteilen zurück. Ich fragte mich oft, ob die nationale Eintracht angesichts einer plötzlichen Gefahr sich wieder herstellen ließe, und in meinem Innern tat ich Frankreich bisweilen das Unrecht, dies zu bezweifeln.

Die Ereignisse des Jahres 1913 waren jedoch nicht geeignet, mir jede Zukunftssorge zu benehmen. Die Vorfälle von Lunéville und Nancy, die folgenschweren Anvertrauungen des Königs Albert, die Auskünfte, die mir Jules Cambon über die Geistesverfassung Wilhelms II. gab, die Reden des Generals von Falkenhayn, ja selbst des Reichskanzlers anläßlich der Gewaltakte deutscher Offiziere in Zabern – das alles bewies uns, daß der preußische und alldeutsche Einfluß in Berlin auf die kaiserliche Regierung immer stärker wurde und daß wir Gefahr liefen, eines Tages einem feindseligen Deutschland gegenüberzustehen, das zum Kriege entschlossen war.

Gewiß gab es noch eine kleine Gruppe von Franzosen, die nach wie vor an die Möglichkeit glaubten, einen unerschütterlichen Frieden in Europa herbeizuführen, wenn wir für immer auf unsere annektierten Provinzen verzichteten, wenn wir feierlich unsere Zustimmung zu der Gewalttat von 1871 gäben, wenn wir die Elsaß-Lothringer, die noch immer pietätvoll an dem alten Vaterlande hingen, ihrem Schicksal überließen. Sie wiegten sich sogar in der Illusion, Deutschland werde uns für unseren Verzicht belohnen und die dem Reich einverleibten Gebiete mit völliger Autonomie ausstatten. Bethmann Hollwegs schneidende Reden in den Jahren 1912 und 1913, die drohenden Worte Wilhelms II. in Straßburg, die Erregung, die durch die Vorfälle von Zabern in Deutschland entstanden war, zeigten zur Genüge, wie naiv diese Wahnhoffnung war. Wie man gesehen hat, hatte Jules Cambon uns geschrieben, das Reich dächte nicht daran, Elsaß-Lothringen solche Freiheiten zu gewähren. Die von mir geschilderten Versuche eines Deutschen namens Karl René bildeten übrigens einen weiteren Beweis für die Ansicht unseres Botschafters.

Karl René hat meine Schilderung gelesen und in einem sehr höflichen Schreiben gegen die Vorstellung protestiert, die ich mir nach den aktenmäßigen Unterlagen von seiner Person gemacht hatte. Als

Konsul und Geheimer Hofrat[1], so schrieb er, sei er nie ein Werkzeug der Wilhelmstraße gewesen; ebensowenig habe er Frankreich in die Falle locken wollen, er habe nur den einen Gedanken gehabt, beide Völker einander näherzubringen, da er ihr gutes Einvernehmen lebhaft wünsche. Sein Großvater war Franzose und napoleonischer Offizier gewesen. Er selbst, obwohl ein guter Deutscher, hatte Frankreich stets geliebt. Schon 1907 hatte er mit dem Präsidenten des preußischen Herrenhauses, Freiherrn Otto v. Manteuffel-Gossen, und dem Vizepräsidenten des Reichstages, Professor Paasche, ein „Deutsch-französisches Annäherungskomitee" begründet. Bei mehreren Anlässen hatte er seine Sympathie für unser Land offen bekundet, so daß er 1910 auf Jules Cambons eigenen Antrag das Kreuz der Ehrenlegion erhalten hatte.

Als er die Gewährung der Autonomie in Elsaß-Lothringen im Jahre 1912 für ein Mittel der deutsch-französischen Verständigung hielt, war er also nicht von der Wilhelmstraße vorgeschickt worden. Wie er versicherte, war er nur seiner eigenen Eingebung gefolgt. Bestärkt wurde er in seinen Absichten durch einen angesehenen Franzosen, den er Ende Februar 1912 in Paris aufgesucht hatte. Dieser gehörte nicht zur politischen Welt, war aber durch seine Stellung in der Lage, die Ansicht der offiziellen Kreise zu kennen. In der gewiß falschen Annahme, daß die Ansichten dieses Franzosen damals die der Regierung spiegelten, beschloß er, ohne am Quai d'Orsay anzufragen, Schritte zu unternehmen, um ein deutsch-französisches Bündnis durch die Autonomie Elsaß-Lothringens herbeizuführen. Am 26. Februar 1912 bat er den Freiherrn v. Schoen, dem Berliner Kabinett einen Ausgleich vorzuschlagen, der anscheinend nach beider Ansicht für die Regierung der Republik angenehm sein konnte.

Karl René war, wie er wiederholt betont, überzeugt, daß unser Landsmann, bevor er mit ihm sprach, die Zustimmung des französischen Kabinetts eingeholt hätte. Allerdings behauptet er nicht, daß ihm jemand diese Versicherung gegeben habe, und meine sowie Jules Cambons Briefe beweisen, daß er sich irrte. Einerlei, die Bedeutung seiner Erklärungen liegt nicht hierin. Aus dem, was er mir geschrieben hat, geht deutlich hervor, daß der Frhr. v. Schoen,

[1] Die Vorgeschichte des Weltkrieges, S. 83ff. – Karl René ist der Verfasser einer fesselnden Geschichtsdarstellung mit dem Titel „Von Sarajewo bis Versailles" (Karlsbad 1922), auf die ich bei Gelegenheit zurückkommen werde.

statt mich selbst zu befragen, zunächst nach Berlin reisen wollte, um zu ermitteln, ob irgendeine Aussicht bestände, daß die kaiserliche Regierung auf diese Kombination grundsätzlich einginge. Nach Deutschland zurückgekehrt, begab Karl René sich am 2. März 1912 zur französischen Botschaft, um Jules Cambon in Kenntnis zu setzen. Der antwortete ihm natürlich, er habe keine offizielle Weisung erhalten. Bisher wußte ich von diesen großen Plänen nichts. Zur gleichen Zeit bat Karl René den Freiherrn v. Schoen, sich mit ihm in Berlin zu treffen, sobald er den Reichskanzler und den Staatssekretär aufgesucht habe. Hier lasse ich ihm selbst das Wort: „Am 5. März 1912, mittags, traf ich den Freiherrn v. Schoen, der inzwischen angekommen war, im Hotel Esplanade in Berlin. Ich fand ihn tief erregt. Mit wahrhafter Entrüstung sagte er zu mir, der französische Vorschlag, den er Kiderlen-Wächter unterbreitet habe, sei von diesem in schroffster und verächtlichster Form abgelehnt worden, und er habe nicht einmal Bethmann Hollweg für diesen Gedanken gewinnen können."

Ich habe keinen Grund, an dem merkwürdigen Bericht des Herrn Karl René zu zweifeln. Übrigens hat er mir ein Schreiben des Freiherrn v. Schoen mitgeteilt, das seine Angaben bestätigte, und ich habe seit dem Kriege schon mehrfach Anlaß gehabt, die Loyalität und die friedliche Gesinnung des ehemaligen deutschen Botschafters zu würdigen. Weit besser als meine eigene Darstellung beweist der klarere und vollständigere Bericht Renés die Wahrheit meiner Schlußfolgerung: weder 1912 noch 1913 bestand irgendeine Aussicht, die Autonomie Elsaß-Lothringens durchzusetzen. Wenn Schoen selbst geglaubt hat, die französische Regierung werde mit dieser Lösung zufrieden sein, wenn er sie in Berlin in Vorschlag gebracht und vertreten hat, in dem ehrlichen Wunsche, eine Annäherung zwischen beiden Ländern herbeizuführen, wenn er Renés Idee mit seinem hohen Ansehen unterstützt hat und wenn Karl René seinerseits im Interesse des europäischen Friedens in gutem Glauben gehandelt hat – wieviel bezeichnender und ernster ist dann die „schroffe und verächtliche Ablehnung" Kiderlen-Wächters! Und wieviel besser enthüllen die Ausfälle des Kaisers in Straßburg, die Reichstagsreden des Generals von Falkenhayn und Bethmann Hollwegs sowie der Donnerschlag von Zabern im Lichte der Auskünfte Karl Renés den unbeugsamen Willen des kaiserlichen Deutschlands, Elsaß-Lothringen dauernd unter der Faust zu halten!

Durch ein Schreiben vom 2. März 1916 hat der frühere Vorsitzende der britischen Handelskammer in Paris, Thomas Barclay, mich an einen ähnlichen Versuch erinnert, den er selbst Ende 1912 unternommen hatte. Er hatte mich am Quai d'Orsay aufgesucht und zu mir gesagt; „Ich fahre nach Berlin. Ich gedenke Bethmann Hollweg zu sprechen, den ich seit langen kenne. Ich möchte gern zu einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland beitragen. Glauben Sie, daß die Zurückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich die Eintracht endgültig wiederherstellen würde? Und halten Sie es für möglich, daß Frankreich Deutschland als Gegenwert für diese Rückerstattung irgendwelche Kompensation, z. B. in Kleinasien, gewährt?" Ich entgegnete Sir Thomas Barclay, ich machte mir über den Erfolg eines solchen Schrittes keine großen Illusionen. Da er sich jedoch erböte, das Gelände zu sondieren, verließe ich mich auf seinen Takt und stellte ihm frei, nach Gutdünken zu handeln. Seitdem erzählte er mir nie wieder von dieser Reise nach Berlin, und ich wußte nicht, was aus seinem Plane geworden war. Erst durch sein Schreiben vom März 1916 erfuhr ich, daß er tatsächlich bei Bethmann Hollweg gewesen war. Der Reichskanzler hatte ihm geantwortet: „Ein Verzicht auf Lothringen ist für uns ganz ausgeschlossen. Es ist zur Sicherung gegen eine französische Invasion annektiert und mit großen Kosten befestigt worden. Es hat uns Jahr für Jahr große Summen gekostet, die der Reichstag nur in der Überzeugung bewilligt hat, die nationale Verteidigung dadurch sicherzustellen. Wie könnten wir heute nach 45 Jahren alles verleugnen, was wir getan haben? Übrigens würden französische Kompensationen in Asien Verdacht bei England erregen, das die Entwicklung unserer Seemacht bereits mit Mißtrauen betrachtet." Durch diese abschlägige Antwort entmutigt, hatte Sir Thomas Barclay, der erst nach meiner Wahl zum Präsidenten der Reblik nach Paris zurückgekehrt war, es nicht für angebracht gehalten, mir seine Unterredung mitzuteilen. Er hatte sie jedoch aufgezeichnet, und als er sie mir neuerdings mitteilte, verwunderte sie mich nicht. Sowohl Sir Thomas Barclay wie dem Freiherrn v. Schoen gegenüber blieb Bethmann Hollweg dem kaiserlichen Willen treu.

War dieses Deutschland, in dem der Militarismus König war, wenigstens entschlossen, Österreich daran zu hindern, daß es mit dem Säbel seines großen Verbündeten spielte? Wie Jules Cambon uns weiter oben gesagt hat, klagte es zwar über Österreich, hatte sich

aber daran gewöhnt, ihm nachzugeben. Es fühlte, daß Österreichs Zerfall drohte, daß es durch unterworfene Nationalitäten innerlich ausgehöhlt wurde, daß es unfähig war, sich durch einen freiheitlichen Föderalismus zu erneuern, daß es in der verstärkten Herrschaft der Magyaren und der Deutschen ein unbeständiges Gleichgewicht suchte. Es sah auch, daß die Finanzen der Doppelmonarchie durch die Last der neuen Heeresausgaben täglich mehr zerrüttet wurden. Es begriff, daß Österreich im Dreibund zu einer schweren parasitären Masse wurde, die jeden Augenblick den gemeinsamen Marsch behindern und in ihre Teile auseinanderfallen konnte. Da es aber trotz allem das Habsburgische Reich war, das dem deutschen Unternehmertum die Pforten des Orients erschloß, konnte und wollte Deutschland sich nicht von ihm trennen. Es wagte Österreich nicht einmal zurückzuhalten, wenn es sich von seiner Bevormundung freimachte. Und doch hatte Österreichs Verhalten im Jahre 1913, bald gegen Montenegro, bald gegen Serbien, bald gegen Griechenland, überreichlich bewiesen, wie reizbar und impulsiv die Doppelmonarchie war und wie ihre inneren Mißstände sie immerfort zu äußeren Ablenkungen zu treiben drohten.

Oft entsann ich mich einer Reise nach Spalato und Salona, auf der zahlreiche angesehene Einwohner mir aus freien Stücken ihre Ungeduld anvertraut hatten, das österreichische Joch abzuschütteln. Ich war dorthin gereist, um die Ruinen des Diokletianspalastes zu besuchen. Ich hatte dem Monsignore Bulič, dem Leiter der Ausgrabungen und Direktor des Museums, ein kurzes Einführungsschreiben zugeschickt, daß mein gelehrter Kollege und Freund Charles Diehl mir für ihn mitgegeben hatte. Unabsichtlich jedoch kam ich gerade am Geburtstage Franz Josephs nach Spalato, und Bulič mußte als Verwaltungsbeamter an einem offiziellen Festakte teilnehmen. Er hatte mir einen Professor des Gymnasiums in voller Uniform zugeschickt, um mich wissen zu lassen, daß er in ein paar Stunden zu meiner Verfügung stände. Als dieser Vertreter zu mir kam, sagte er mir gleich ins Gesicht; „Sie sehen mich in der Uniform der Knechtschaft." Auch als Monsignore Bulič selbst seiner Pflicht genügt hatte und mich liebenswürdig nach Salona begleitete, mischte er in seine langen, wertvollen Erklärungen über die römische Nekropole, über die Porta Suburba und die Porta Caesarea schwermütige Betrachtungen über die unerträgliche Knechtschaft, unter der die Slawen der Monarchie litten. Ich sah Bulič später wie-

der, als er beim Friedenskongreß von 1919 die Ansprüche Jugoslawiens vertrat. Als ich mit ihm in seinem Lande umherstreifte, ahnte ich nicht, daß seine Prophezeiungen sich eines Tages erfüllen würden. Er glaubte, Franz Josephs Tod werde das Zeichen für die Befreiung sein, und wiederholte mir immer wieder: „Österreich-Ungarn ist, wie es eingerichtet ist, ein Glücksspiel gegen den Willen der Völker, gegen die menschliche Freiheit, gegen die Gerechtigkeit und gegen den gesunden Verstand. Ob Europa es will oder nicht, ein so schlecht organisierter Staat ist zu baldigem Tode verurteilt."

Jedesmal, wenn Österreich-Ungarn im Jahre 1913 neue Ungeschicklichkeiten beging, dachte ich an die Worte des Monsignore Bulič. Und doch hatte Frankreich ein Interesse daran, dieses alte Kartenhaus solange wie möglich zu erhalten. Aus Furcht, es zu erschüttern, näherten wir uns ihm auf den Fußspitzen und mit verhaltenem Atem.

Die heilige Eintracht

Fünfzehntes Kapitel

Der 1. Januar 1914 – Plan einer Reise nach Rußland und nach Skandinavien – Die deutsche Militärmission in Konstantinopel – Deutsch-französische Verhandlungen über die kleinasiatischen Angelegenheiten – Neuer Besuch von Veniselos – Griechenland und die Türkei

Wenn Montaignes Wort wahr ist, daß „der Schwarm der kleinen Leiden mehr verletzt als der Stoß eines einzigen, so groß es sei", so bin ich selten mehr „verletzt" worden als im ersten halben Jahre 1914, wo ich sowohl die zunehmenden Sorgen um die Zukunft Europas wie alle kleinen Verdrießlichkeiten eines tatenlosen, rings eingeschränkten Amtes kennengelernt habe. Ich sah, wie die politischen Parteien das Land zerrissen, dem der Ernst der Ereignisse von heute auf morgen die Pflicht zur Wiederherstellung der nationalen Einheit auferlegen konnte. Ich hatte das klägliche Schauspiel von Parlamentsränken und Finanzskandalen vor Augen. Ich erlebte die unerwartete Umbildung eines Kabinetts, den freiwilligen Rücktritt eines zweiten, den brutalen Sturz eines dritten. Ich bezahlte den Preis für meine verfassungsmäßige Nichtverantwortlichkeit mit widerspruchsvollen Vorwürfen entgegengesetzter Parteien, die meine angebliche Autorität in ihren ausschließlichen Dienst zwingen wollten. Nur durch dauernde Willensanspannung gelang es mir, meine Erschlaffung und Entmutigung, ja selbst Widerwillen und Ekel zu überwinden. In jenen Tagen banger Unsicherheit hatte ich nur einen Rückhalt, das Bild Frankreichs, das meiner Seele stets vorschwebte.

Die offiziellen Empfänge des Neujahrstages waren nach dem gewohnten Zeremoniell kalt verlaufen. Der Ministerpräsident Gaston Doumergue hatte mir mit lächelnder, herzlicher Schlichtheit für das Vertrauen gedankt, das ich seiner Regierung bezeigt hatte. Nachdem ich mit den beiden Kammerpräsidenten die üblichen Besuche ausgetauscht hatte, frühstückten die Minister bei mir und blieben dann noch in den Sälen des Elysée, sowohl zu der feierlichen Stunde des diplomatischen Empfanges wie zu dem lang-

weiligen Vorbeizug der behördlichen Körperschaften. Mit noch röteren Wangen als sonst und mit praller Brust unter seinem Galakleide hielt Sir Francis Bertie eine kurze Ansprache, in der er im Namen seiner Kollegen die Hoffnung ausdrückte, daß der wiederhergestellte Friede nicht mehr gestört werde. Ich antwortete im gleichen Tone. „Im Laufe der Ereignisse," sagte ich, „die Europas Aufmerksamkeit seit so langen Monaten beansprucht haben, hat Frankreich ohne Unterlaß mit den anderen Mächten zu bewirken gesucht, daß die Feindseligkeiten zunächst unterblieben, dann daß sie eingeschränkt und schließlich, daß sie abgekürzt wurden. Jetzt, wo der Friede nach so viel betätigtem Mut und so viel vergossenem Blut glücklich wiederhergestellt ist, hofft Frankreich, daß er durch nichts mehr gestört wird und daß alle Nationen, von der Sorge befreit, die sie bedrückte, und fortan der Zukunft gewiß, wieder die Freiheit erlangen werden, in ihrem eigenen wie im allgemeinen Interesse an der Förderung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen, am Wachstum ihres Wohlstandes und am Fortschritt der Zivilisation zu arbeiten." Weder Sir Francis noch ich ahnten an diesem 1. Januar 1914 die Trübsale und Schrecknisse, die das neue Jahr unsern beiden Ländern und der Welt vorbehielt.

Während der etwas unzusammenhängenden Gespräche, die wir im Laufe des Nachmittags führten, hatte der Ministerpräsident es für erwünscht erklärt, daß ich bald die herkömmliche Reise des Präsidenten der Republik nach Rußland anträte. Allerdings war ich vor nicht langer Zeit als Minister des Auswärtigen nach St. Petersburg gereist, aber als Staatsoberhaupt mußte ich mich einem schon alten Brauche fügen, den Félix Faure, Emile Loubet und Armand Fallières einer nach dem andern gewissenhaft befolgt hatten. Da ich schon meinen Besuch in London gemacht hatte, meinte Doumergue, ich dürfe den Besuch bei dem Herrscher der verbündeten Macht nicht zu lange hinausschieben. Die Ansicht des Ministerpräsidenten war schon in die Presse durchgesickert. Einige Zeitungen nahmen keinen Anstand, den Tag meiner Abreise aus eigener Machtvollkommenheit festzusetzen. Die einen sprachen von den Parlamentsferien im Sommer, die andern vom Mai. Gemäßigte Blätter, die das radikale Kabinett bekämpften, schuldigten es sogar an, es wolle die Reise früher anberaumen, um im Augenblick der bevorstehenden allgemeinen Wahlen den Trumpf einer französisch-russischen Demonstration auszuspielen. Natür-

lich aber konnten weder Doumergue noch ich etwas ohne Einverständnis mit St. Petersburg beschließen, das zunächst befragt werden mußte, wann ihm der Besuch genehm sei.

Wie ich in den früheren Bänden gezeigt habe, war seit dem Abschluß des französisch-russischen Bündnisses keine französische Regierung, einerlei, ob sie gemäßigt oder radikal-sozialistisch war, auf den Gedanken gekommen, dies Bündnis zu lösen oder auch nur zu lockern. In seinem reizenden Buche „Der Diplomat" spottet Jules Cambon witzig über die Staatsmänner, die seit dem Kriege die alten internationalen Ententen im Rückblick mit Kritiken überschüttet haben. „Ich weiß nicht," sagt er, „warum der Ausdruck ‚europäisches Gleichgewicht' nicht mehr beliebt ist. Ich fürchte, es ist deshalb, weil man seine hohe Bedeutung nicht mehr versteht. Aber wenn das Wort nicht mehr in Mode ist, so bleibt die Notwendigkeit eines Gleichgewichts zwischen den Nationen nichtsdestoweniger bestehen." In der Tat ist es den beiden großen europäischen Gruppierungen, die bis 1914 bestanden, lange Zeit gelungen, den Frieden vor ernsten und häufigen Bedrohungen zu schützen, eben weil sie sich gegenseitig aufwogen und die ungefähre Gleichheit der Kräfte ihnen dauernd heilsame Furcht vor einem Zusammenprall einflößte. Eine allgemeinere und vollkommenere Organisation begriff man noch nicht recht, und Männer wie Léon Bourgeois, die bereits das Wort Völkerbund aussprachen, waren selbst der Ansicht, daß unser Bündnis mit Rußland und unsere Entente mit England für die Sicherheit Frankreichs und für den europäischen Frieden bei weitem den Vorzug vor unserer Isolierung verdienten.

Am 4. Januar fand die erste Aufführung des „Parsifal" in der Oper statt. Zwischen der Gralszene und der Szene der Blumenmädchen empfing ich in meiner Loge den italienischen, österreichischen und russischen Botschafter. Iswolsky, der sich stets gern vordrängte, drückte die Absicht aus, mit mir und dem Ministerpräsidenten unverzüglich über den Reiseplan zu verhandeln, der zu so vielen vorzeitigen Kommentaren geführt hatte. Ich gab ihm am nächsten Vormittag eine Audienz in meinem Kabinett. Wie er mir sagte, sei dem Zaren der August zweifellos am liebsten. Auch Gaston Doumergue sprach mit dem Botschafter: dann telegraphierte er am 6. Januar an Delcassé und bat ihn, bei der russischen Regierung offiziell anzufühlen. Wegen unserer französischen

Parlamentsarbeiten und unserer bevorstehenden Kammerwahlen schlug er entweder die Zeit vom 10. bis 20. Mai oder einen beliebigen Tag nach dem 16. Juli vor[1]. Delcassé antwortete dem Ministerpräsidenten, Sasonow freue sich sehr auf den angekündigten Besuch und werde den Zaren bei der ersten Gelegenheit fragen; doch müsse Nikolaus II. sich mit Rücksicht auf die Gesundheit des Zarewitsch vom März bis Mai in der Krim aufhalten[2]. Am 20. Januar verdeutlichte unser Botschafter diese Antwort durch folgendes Telegramm an Doumergue: „Die Zeit, die dem Kaiser für den Besuch des Präsidenten der Republik am besten passen würde, ist die zwischen dem 7. und 20. Juli russischen Stils, d. h. zwischen dem 20. Juli und 2. August unseres Stils. Iswolsky ist beauftragt, Sie davon in Kenntnis zu setzen. Der Aufenthalt in der Krim, den die kaiserliche Familie im März wegen der Gesundheit der Kaiserin und des Großfürsten-Thronfolgers nehmen muß, schließt den Besuch im Mai aus. Höchstwahrscheinlich wird die kaiserliche Familie nämlich nicht vor Anfang Juni nach St. Petersburg zurückkehren[3]." Damit war meine Reise ohne irgendein Zutun Doumergues oder meiner selbst für die Jahreszeit der Ferien, des schönen Wetters und der Ruhe festgesetzt.

Ein paar Tage darauf, am 22. Januar, telegraphierte Paul Cambon an den Ministerpräsidenten: „In Windsor, wo ich bis Sonnabend vormittag bleiben soll, sprach der König mir gestern den Wunsch aus, dem Präsidenten der Republik seinen Besuch zu erwidern. Bei der jetzigen inneren Lage Englands ist er sehr in Verlegenheit, einen Zeitpunkt festzusetzen. Er drückte mir vertraulich seine Sorgen betreffs der Verhältnisse in Irland aus, die im Mai oder Juni in ein kritisches Stadium treten könnten. Es erscheint ihm unmöglich, sich für den Sommer zu binden. Der Herbst liegt zu fern, und zudem ist er eine ungünstige Jahreszeit. Sollte das Ende des April dem Präsidenten der Republik genehm sein, so könnte der König am 20. April oder an einem der folgenden Tage nach Paris kommen." Obwohl dieser Zeitpunkt mitten in die Wahlperiode fiel, nahm ich ihn natürlich ohne weiteres an, und so hatte ich schon im Januar die Aussicht auf zwei verschiedene Reihen

[1] Telegramm Nr. 6, 6. Januar 1914.

[2] Telegramm Nr. 10 aus St. Petersburg, 6. Januar 1914, eingegangen am 7. Januar.

[3] Telegramm Nr. 44 aus St. Petersburg.

internationaler Festlichkeiten, die wir bei unserer festen Zuversicht auf die Erhaltung des europäischen Friedens noch ins Auge fassen konnten.

Andererseits sandte Thiébaut, unser Gesandter in Stockholm, schon am 15. Januar an den Quai d'Orsay eine Depesche, die mein Programm noch erweitern sollte[1]. In Schweden, sagte er, scheine man zu hoffen, daß ich vor oder nach meiner Reise nach St. Petersburg das Beispiel, das Armand Fallières 1908 gegeben hatte, befolgen und mich bei der Durchreise in den skandinavischen Ländern aufhalten werde. Man frage sich, ob ich Kopenhagen anlaufen werde, ohne einen Abstecher nach Stockholm zu machen. Thiébaut betonte die große Bedeutung, die ein offizieller Besuch am schwedischen Hofe nach seiner Ansicht habe. Unter dem Einfluß der deutschen Propaganda sei das schwedische Volk ziemlich erregt gegen Rußland. Große militärische Rüstungen würden geplant, und Rußland beantworte sie mit Maßnahmen in Finnland, die Schweden als Drohungen bezeichne. Außerdem sei das Stockholmer Kabinett überzeugt, daß die russische Regierung in ihrem Lande mehrfach Spionageakte veranlaßt habe. Thiébaut hielt es für sehr wünschenswert, diesen Mißverständnissen ein Ende zu machen, indem ich eine Friedens- und Freundschaftsbotschaft von St. Petersburg nach Stockholm brächte. Nachdem Doumergue die Frage geprüft und in St. Petersburg, Kopenhagen und Christiania angefragt hatte, hielt er es für das beste, wenn ich meine bevorstehende Reise auf die drei skandinavischen Hauptstädte ausdehnte und einen Aufenthalt in ihnen nach meiner Rückkehr aus Rußland vorsähe.

Es fehlte wenig, daß zu allen diesen Seereiseplänen noch ein größerer hinzutrat, auf den ich noch weniger gerechnet hatte. Myron T. Herrick, der treffliche Botschafter der Vereinigten Staaten, der mir damals warme Freundschaft bezeigte, träumte nämlich davon, daß ein französisches Staatsoberhaupt den Boden Amerikas betreten möge. Er wünschte, daß ich den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, besuchte, dessen Geistesgaben er mir besonders rühmte, den ich mir aber aus der Ferne als ziemlich rätselhafte Persönlichkeit vorstellte. Der Botschafter hatte seinen Plan zunächst meinem Vetter Emile Bou-

[1] Depesche Nr. 6 aus Stockholm.

troux anvertraut, der durch sein prächtiges Buch über William James eine erlesene Anhängerschaft in Amerika gewonnen hatte, und da Boutroux auf diese Eröffnungen eingegangen war, hatte Herrick mich selbst mit ungestümer Herzlichkeit bestürmt. Ich hatte die lange Dauer der doppelten Fahrt eingewandt, doch er hatte sich mit dieser Antwort nicht zufriedengegeben. D'Estournelles de Constant, Senator des Departements Sarthe, der den besten Teil seiner Tätigkeit der Annäherung der Völker widmete, brachte mir am 30. Januar das Schreiben eines aufrichtigen Freundes Frankreichs, des Professors an der Universität Columbia, Nicholas Murray Butler. Dieser plante für den November dieses Jahres eine feierliche Versammlung der amerikanischen Akademie für Kunst und Wissenschaft und wünschte lebhaft eine Beteiligung der französischen Akademie. Da der Präsident Woodrow Wilson Mitglied der amerikanischen Universität war, wies Butler d'Estournelles darauf hin, daß mein Besuch in den Vereinigten Staaten als Akademiker ein geeignetes Mittel sei, um die öffentliche Meinung daran zu erinnern, daß die beiden höchsten Beamten unserer zwei freien Demokratien durch ein glückliches Zusammentreffen Mitglieder der größten literarischen oder gelehrten Körperschaften in ihren Ländern seien. Ich bat d'Estournelles, Nicholas Murray Butler für seine Absicht und seine Einladung zu danken. Ich war stark versucht, Frankreichs Gruß dem damals so fernen Amerika zu überbringen, wagte jedoch nicht zu versprechen, daß ich noch im selben Jahre eine neue Reise auf ein schon so langes Programm setzen würde, und mußte mir die endgültige Antwort sehr ungern vorbehalten.

Übrigens blieb ja noch meine Zusage an den Senatspräsidenten Dubost bestehen, daß ich im August, nach der Rückkehr aus Skandinavien, eine Automobilfahrt auf der Alpenstraße durch das Dauphiné und durch Savoyen machen sollte. Unter diesen friedlichen Aussichten und mit diesen verlockenden Verheißungen eines Nomadenlebens begann für mich das Jahr 1914.

In der Erwartung, daß alle diese Pläne zur Ausführung kämen, bemühte Doumergue sich gewissenhaft, die internationalen Fragen von den schlimmen Keimen, die sie noch bargen, zu säubern. Zunächst suchte er die aufreizende Frage des militärischen Kommandos in Konstantinopel zu regeln. Er hielt es für taktvoll, diskrete Schritte in Berlin zu tun. In einem Privatgespräch mit Jules

Cambon hatte v. Jagow gesagt: „Sollte die Sache eine europäische Wendung nehmen, so ließe sie sich nicht mehr beilegen." Das gleiche hatte der Staatssekretär zu dem englischen Botschafter gesagt. In seinem eifersüchtigen Bestreben, das kaiserliche Prestige zu wahren, schien Deutschland also entschlossen, nicht nachzugeben, wenn Frankreich und England den russischen Forderungen offen beitraten.

Obgleich Sasonow sehr auf eine Lösung drängte, wollte er mit Deutschland keine Händel anfangen. Er dachte an einen Druck auf die Türkei und an Kompensationen, über die er sich nicht näher ausließ. Für den Augenblick verlangte er, daß die Pforte finanziell boykottiert werde. Nun aber hatte Mehmed Dschawid Bey am 11. September 1913, als er in Paris war, mit dem Minister des Auswärtigen, Stéphen Pichon, ein Abkommen getroffen, das uns nicht mehr volle Freiheit ließ. Die französische Regierung hatte sich verpflichtet, den Abschluß einer türkischen Ablösungsanleihe nach Maßgabe der Lage auf dem Pariser Markte zu begünstigen. Außerdem hatte sie der Türkei ihren freundschaftlichen Beistand beim wirtschaftlichen und finanziellen Aufbau ihres Reiches zugesagt. Dafür hatte sie schätzbare Vergünstigungen für die französischen Wohlfahrts- und Unterrichtsanstalten sowie Konzessionen für Hafen- und Eisenbahnbauten in Kleinasien erlangt. Auch Rußland, England und Deutschland hatten nach den Balkankriegen entsprechende Abmachungen mit der Pforte getroffen. Doumergue und Caillaux hätten natürlich gewünscht, daß die unsrige ohne zu große Verspätung zur Ausführung käme. Aber Rußland war durch die unglückliche Sache des Militärkommandos derart beunruhigt, daß es, wie es sagte, auf die Vorteile seines eigenen Abkommens mit der Türkei verzichten wollte, wenn Frankreich und England ein gleiches täten und darauf eingingen, mit ihm zusammen einen energischen Druck auf die Pforte auszuüben. „Jedenfalls", telegraphierte Doumergue am 10. Januar an Paul Cambon, „habe ich Sir Francis Bertie gesagt, die Verweigerung oder die bloße Zurückstellung der türkischen Anleihe erscheine mir nicht als entscheidendes Druckmittel, denn die Türkei könne wahrscheinlich auf einem anderen Markte hinreichende Summen für ihren dringendsten Bedarf finden und günstigere Verhältnisse für eine größere Kreditoperation abwarten."

Übrigens kam der Widerstand gegen die russischen Forderungen,

wie man sich denken kann, tatsächlich nicht aus Konstantinopel, sondern geraden Weges aus Berlin. Die Türkei war nur ein Werkzeug, und somit war Sasonows Taktik zum Scheitern verurteilt. Kaiser Wilhelm II. behauptete, er habe die Militärmission dem König Georg V. und dem Zaren während ihres kürzlichen Besuchs am Kaiserhofe selbst angekündigt und beide hätten den deutschen Plan stillschweigend gebilligt. Der Zar entsann sich dieser Anvertrauung nicht, und als der König von England von der russischen Regierung befragt wurde, ließ er durch Sir George Buchanan antworten: 1. Der deutsche Herrscher hat nichts über die Kommandogewalt der Mission geäußert. 2. Von der Militärmission selbst hat der Deutsche Kaiser nur beiläufig und wie von einer bloßen Fortsetzung der Mission v. d. Goltz gesprochen. Der König von England hat keinen Augenblick den Eindruck gehabt, daß die neue Militärmission einen anderen Charakter annehmen könne[1].

Schließlich, nach einigen Unterredungen zwischen Sir Edward Grey und dem Fürsten Lichnowsky sowie zwischen Jules Cambon und Jagow, entschloß sich der Deutsche Kaiser zu einigen rein formalen Zugeständnissen, um in der Sache seinen Standpunkt desto sicherer aufrechtzuerhalten. Er gab den Schatten preis und behielt den Raub. Am 14. Januar meldete Delcassé aus St. Petersburg an Doumergue[2]: „Giers (russischer Botschafter in der Türkei) telegraphiert: nach Angabe des deutschen Geschäftsträgers in Konstantinopel wird die Frage Sanders vor Ende des Monats geregelt werden, indem Sanders zum Generalinspekteur des türkischen Heeres ernannt wird, ungefähr so wie der General v. d. Goltz, aber ohne Truppen zu kommandieren. Andererseits hat Graf Pourtalès (deutscher Botschafter in Rußland) zu Sasonow gesagt, er betrachte die Angelegenheit als erledigt. Er hat nicht gesagt, daß er im Namen seiner Regierung spräche, und hat keine näheren Angaben gemacht." Eine unbestimmte Auskunft, die Delcassé am 16. wie folgt ergänzte: „Jagow hat dem russischen Botschafter erklärt, der General Liman v. Sanders, der soeben zum General der Kavallerie im deutschen Heere befördert worden ist, werde demnächst zum Feldmarschall des türkischen Heeres ernannt werden. Da die Marschallswürde mit dem Befehl über ein Armeekorps unvereinbar ist, hat Jagow hinzugesetzt, so wird die

[1] Telegramm Delcassés, 12. Januar 1914.

[2] Gelbbuch, Balkanangelegenheiten, III, Nr. 175.

Frage, die uns entzweit hat, auf diese Weise gelöst[1]." Der Streich war gut gespielt!

Boppe, unser Geschäftsträger in Konstantinopel, bestätigte die Nachricht von diesem Kunstgriff: „Konstantinopel, 16. Januar. General Liman, den ich heute abend traf, sagte, er habe gestern vom Kaiser Wilhelm ein Telegramm erhalten, wonach er zum General der Kavallerie befördert sei. Er setzte hinzu, mit Rücksicht auf diese Beförderung habe der Sultan ihn durch Irade vom heutigen Tage zum Marschall ernannt. Den Befehl über das 1. Armeekorps erhält ein türkischer General. Der russische Botschafter ist sehr zufrieden mit dieser Lösung, die nach seiner Ansicht den Zwischenfall endgültig abschließt." Der russische Botschafter war mit wenig zufrieden und seine Regierung desgleichen. Der neue Marschall blieb offenbar nicht in Konstantinopel, um irgendeiner Azijade den Hof zu machen oder Nargilehs zu rauchen. Deutschland warf Rußland den Knochen hin und behielt eifersüchtig das Mark. Wieder einmal gab die Tripleentente der achtlosen Welt ein glänzendes Zeugnis ihrer Mäßigung und ihres guten Willens.

Zu gleicher Zeit bewies Frankreich in Berlin soviel Selbstverleugnung wie Geduld in den endlosen Besprechungen über die Eisenbahnen in Kleinasien und über die Bagdadlinie. Diese heiklen Verhandlungen, die aus dem Wunsche entsprungen waren, überall die geringsten Spuren von Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und uns auszulöschen, hatten am 15. November 1913, vor dem Rücktritt des Ministeriums Barthou, in der Wilhelmstraße begonnen. Vorausgegangen waren technische Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Finanzgruppen, die an den türkischen Angelegenheiten beteiligt waren. Jetzt aber waren die Regierungen selbst in Gestalt ihrer Delegierten vertreten. Sergent, der zweite Direktor der Bank von Frankreich, und der Konsul Henri Ponsot waren zu Vertretern Frankreichs bestimmt worden. Sie trafen in Berlin ein paar Tage nach dem Gespräch zwischen dem Kaiser und dem König der Belgier ein, von dem ich im vorhergehenden Bande gesprochen habe[2]. Sie hatten mehrere Zusammenkünfte mit dem Vortragenden Rat v. Rosenberg im Auswärtigen Amte, dem Botschaftsrat v. Radowitz, den Direktoren der Deutschen Bank v. Gwinner und Helfferich. Sergent legte dar, daß

[1] Gelbbuch, Balkanangelegenheiten, III, Nr. 177.

[2] In der deutschen Ausgabe S. 182ff. dieses Bandes.

Deutschland und Frankreich nach der Regelung der Privatinteressen zwischen Einzelgruppen natürlich berufen seien, sich mit der Finanzlage ihrer Schuldnerin, der Türkei, sowie mit den allgemeinen Maßregeln zu befassen, die der Balkanfriede nunmehr notwendig machen könne: Ablösungsanleihen, Eröffnung neuer Geldquellen, Beiträge zum Schuldendienst der Dette ottomane in den an die Siegerstaaten abgetretenen Gebieten. Die Deutschen erhoben sofort den Anspruch, das Bagdadunternehmen mit allen seinen Vorkriegsprivilegien und Vergünstigungen wieder aufzunehmen. Die Überschüsse der vertragsmäßigen Einkünfte sollten ihnen verpfändet bleiben, und diese Einkünfte sollten voll auf den früheren Stand gebracht werden. Diese Vorfrage wurde lange umstritten; dann suchte man die beiderseitigen Einflußsphären der Netze von Bagdad und Damaskus-Hama zu bestimmen. Helfferich forderte für die Bagdadlinie nicht nur die Strecke Aleppo–Alexandrette, sondern auch die Strecke Aleppo–Meskene, und er setzte trocken hinzu, wenn die Franzosen auf diese Kombination nicht eingingen, werde Deutschland ihre geistige und moralische Expansion in Syrien und anderswo zu behindern wissen.

Jules Cambon mußte am 25. und 26. November bei Zimmermann persönlich intervenieren, erreichte jedoch nichts. Die Verhandlungen wurden für ein paar Wochen ausgesetzt und im Januar 1914 wieder aufgenommen.

Am 22. Januar telegraphierte Gaston Doumergue an Jules Cambon: „Sergent und Ponsot treffen Sonntag in Berlin ein, um am Montag die Besprechungen gemäß dem deutlich ausgedrückten Wunsche der Deutschen wieder aufzunehmen. Nach meiner Ansicht ist es wesentlich, daß wir vor jedem neuen Zugeständnis von unserer Seite eine schriftliche, ausführliche Antwort auf die Bemerkungen und Gegenvorschläge herbeiführen, die wir gemacht haben und die uns bisher lediglich bestätigt worden sind. Der Vorschlag, der unserer Aussprache vom 14. Januar zugrunde lag, enthielt sehr beträchtliche Zugeständnisse, über die wir nicht hinausgehen können, ohne von Deutschland ein gleichwertiges Entgegenkommen zu erhalten."

Unsere Unterhändler nahmen also ihre Versuche in bestem Glauben wieder auf. Ein paar Tage darauf, am Geburtstage des Kaisers, bei dem Diner in der Reichskanzlei, hatte Jules Cambon eine sehr

ernste Unterredung mit Bethmann-Hollweg[1]. „Sind unsere Beziehungen nicht etwas schwieriger geworden als vor Monatsfrist?" fragte der Reichskanzler unvermittelt. „Ich habe es nicht bemerkt", entgegnete der Botschafter ruhig. „Aber offen gesagt, hat man sich in Frankreich über einige deutsche Schritte verwundern können." – „Was meinen Sie damit?" – „Die übermäßige Besorgnis, die sich in den deutschen Regierungs- und Finanzkreisen anläßlich der Reise von Dschawid Bey nach Paris geäußert hat. Wie Sie wissen, wünscht die französische Regierung die Aufrechterhaltung des Friedens im Orient ebenso lebhaft wie Sie und setzt sich dafür ein. Wir haben beträchtliche Interessen in der Türkei. Natürlich wendet sich die Pforte, wenn sie mittellos ist, an den Pariser Markt, und wir können nicht zulassen, daß gesagt wird, wir brauchten Deutschlands Zustimmung, um ihr diesen Markt zu öffnen." Der Kanzler ging nicht weiter darauf ein, kam aber im Laufe des Abends von selbst auf dies Gespräch zurück. „Wahrscheinlich", so schrieb Jules Cambon, „hat die Wiederaufnahme der Verhandlungen über Kleinasien ihn bestimmt, mich zu fragen, ob die Dinge noch ebensogut gingen wie vor Monatsfrist. Sergent und Ponsot neigen zu der Ansicht, daß das Telegramm Nr. 46, das Ihre Instruktionen an mich enthielt, hier entziffert worden ist und den Kanzler vielleicht beeindruckt hat. Wie dem aber auch sei, er sprach nur den lebhaften Wunsch aus, wir möchten zum Abschluß kommen. Ich entgegnete ihm, das wünschten wir ebensosehr wie er, aber der Geist des Entgegenkommens müsse gegenseitig sein, denn es käme darauf an, daß unser Abkommen, wenn es zustande käme, von der öffentlichen Meinung in Frankreich gebilligt werde. Bethmann Hollweg erwiderte, auch er habe Rücksicht auf seine öffentliche Meinung zu nehmen; er werde von allen Seiten kritisiert; Frankreich verfolge seit vierzig Jahren eine großzügige Politik; es habe gewaltige Gebiete in der Welt erobert, und auch Deutschland brauche einen Platz an der Sonne. „Noch vor drei Jahren", setzte er hinzu, „haben wir zugelassen, daß Sie sich ein Reich in Nordafrika schufen. Was haben wir für unsern Verzicht erhalten? Kompensationen, deren wirklicher Wert sich schwer bestimmen läßt. Welchen Dank wissen Sie uns dafür? Und heute, wo wir in Kleinasien einen großen Plan und ein großes Werk verfolgen, und

[1] Depesche Jules Cambons an Doumergue, 28. Januar 1914.

zwar seit langen Jahren . . .“ – „Aber niemand“, fiel Jules Cambon ein, „macht Deutschland die Frucht seines Unternehmens streitig. Blicken Sie doch nur auf eine Karte. Da werden Sie sehen, daß Deutschland, während es sich fast diese ganzen Gebiete wirtschaftlich sichert, mit uns um ein paar Kilometer syrischer Eisenbahnen marktet.“ Der Kanzler wiederholte, Deutschland sei expansionsbedürftig, und wenn es in Kleinasien eingeschränkt werde, würde man sich an ihm nicht nur dort, sondern auch anderswo stoßen. „Glauben Sie mir,“ schloß er, „halten wir uns an die Tatsachen und schalten wir alles Entzweiende aus. Sonst wäre es gefährlich.“ Am Schluß seiner Depesche an Doumergue bemerkte Jules Cambon, diese Unterredung habe ihn durch ihren Ernst an die erinnert, die er zu Anfang des Jahres 1911 mit dem Reichskanzler über Marokko geführt hatte. „Man muß sie daher stets ernstlich in Betracht ziehen“, schrieb er. Sollten wir also jetzt im östlichen Mittelmeer ein neues Agadir erleben?

Ein paar Tage später, am 5. Februar, bei der vierzehnten Konferenz der Delegierten, warf der Kaiser selbst sein Schwert in die Wage. „Einigen Sie sich, und vor allem unverzüglich“, sagte er zu den französischen Delegierten. Man einigte sich, und selbstredend trug Frankreich wieder zum größten Teil die Kosten des Entgegenkommens. Man gestand ihm zu, daß sein Netz bis Bolu reichen und daß der Bahnhof von Siwas ihm gehören solle. Man ließ ihm das Orontestal und die Straße Orontes–Aleppo. Selbstredend behielt Deutschland sich den Löwenanteil vor, behauptete aber dennoch, wie nach dem Vertrage vom 4. November 1911, es hätte uns Opfer gebracht. In Wahrheit machten wir in einem Gebiete, wo wir überall hundertjährige Interessen hatten und der deutsche Einfluß erst ein paar Jahre alt war, aus Sorge um den Frieden gutwillig weitgehende Zugeständnisse, die die Wirkung hatten, unsere wirtschaftliche und moralische Einflußsphäre in der asiatischen Türkei auf ein schmales Küstengebiet zu beschränken.

Unter den deutschen Delegierten war Artur v. Gwinner, Direktor der Deutschen Bank, der sich heute rühmt, vor dem Kriege ein notorischer Pazifist wie Ballin und Rathenau gewesen zu sein[1], einer der schroffsten und unnachgiebigsten gewesen. Er hatte es Helfferich überlassen, einen großen Teil der Verhandlungen zu

[1] Siehe „Current History“, New-York, Mai 1927, S. 241.

führen, aber jedesmal, wo er persönlich eingriff (Sitzungen vom 15., 18., 22. November, 8. Dezember 1913 usw.), hatte er nicht nur die gegenwärtigen Interessen Deutschlands in Kleinasien erbittert verfochten, sondern auch die Ansprüche, die künftig die germanische Vorherrschaft im Orient sicherstellen sollten. Zweifellos hatte er bereits das Bild jener Riesenkarten vor Augen, die zu Beginn des Krieges in den deutschen Bahnhöfen angeschlagen wurden und auf denen der Weg der bevorstehenden kaiserlichen Eroberungen von Antwerpen bis Bagdad mit einem langen blauen Strich verzeichnet war. Allerdings scheint der Ausbruch der Feindseligkeiten bei Gwinner eine kurze Gewissenskrise hervorgerufen zu haben. James W. Gerard, der 1914 Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin war, hat im März 1926 in der „Current History" einen Aufsatz veröffentlicht, worin er Frankreich von aller Schuld für den Konflikt freisprach und Deutschland mit folgender merkwürdiger Einzelheit belastete: „Gwinner, der Leiter der Deutschen Bank, hat mir kurz nach Kriegsausbruch berichtet, daß die Offiziere des Großen Generalstabes zum Kaiser gekommen seien und ihm erklärt hätten, sie zerbrächen ihre Säbel auf ihren Knien, wenn er die Kriegserklärung nicht unterzeichne." Andererseits hat selbst der Admiral v. Tirpitz in seinem 1926 veröffentlichten Buche bestätigt, Gwinner habe 1913 dem Admiral v. Capelle erklärt, daß eine Gruppe von Personen, die sich im Mittelpunkte der deutschen Staatsleitung befanden, den Krieg gewollt und zum Kriege getrieben hätte. Das sind gewiß Zeugnisse, deren Übereinstimmung zu denken gibt. Theodor Wolff hat dies so stark empfunden, daß er im „Berliner Tageblatt" vom 24. Oktober 1926 ausrief, der Admiral v. Tirpitz versetze denen „einen Dolchstoß in den Rücken, die sich die Widerlegung der in dem Vertrage von Versailles enthaltenen Behauptung von der Schuld am Kriege zur Aufgabe gemacht haben". Diese Enthüllungen haben Gwinner in der Tat peinlich berührt, und um sich gegen die Angriffe zu schützen, die ihm seine Geständnisse von 1914 von seiten der „Unschuldsverfechter" eingebracht haben' hat er in seiner Antwort an den Botschafter Gerard und den Admiral v. Tirpitz die dümmsten Verleumdungen zusammengerafft, die gegen Frankreich und besonders gegen den Präsidenten der Republik vorgebracht worden sind. Er hat einen Artikel geschrieben[1],

[1] Current History, New-York, Mai 1927.

worin er Geschichtsschreibern vom Range eines Ernest Judet, Demartial und Victor Margueritte Behauptungen entlehnt, deren Falschheit ich überreichlich nachgewiesen habe. Mehr noch, um sich in den Augen der deutschen Nationalisten nach Möglichkeit zu rehabilitieren, schreibt er allen Ernstes, die französische Regierung habe Caillaux ermorden lassen wollen, um die Wahrheit über die Kriegsursachen zu unterdrücken. Soweit geht heute ein Deutscher, der einen hohen Posten in seinem Lande bekleidet hat, um sich Verzeihung dafür zu erwirken, daß er einen Augenblick die Schuld der kaiserlichen Regierung anerkannt hat. Gwinner würde sicherlich größere Ehre einlegen, wenn er es wagte, dem Geiste der Mäßigung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, den Frankreich unaufhörlich bewiesen hat und dessen Zeuge er selbst bei den Verhandlungen war, in die er hineingezogen wurde.

Doumergue ging in diesem Geiste der Mäßigung selbst so weit, daß er, obwohl mit Deutschland im Einvernehmen über die türkischen Fragen, dennoch kein endgültiges Abkommen mit der Pforte schließen wollte, bevor er sicher war, daß die Türken sich nicht zu neuen Abenteuern fortreißen ließen.

Am 9. Januar telegraphierte unser Geschäftsträger Boppe aus Pera: „Seit einem Jahre, seitdem die britische Regierung sich mit der Regierung der Republik über die Inselfrage geeinigt hat, hat die Lage im Orient sich verändert. Die Großmächte haben zugelassen, daß das Komitee Adrianopel zurückeroberte. Die jungtürkische Regierung hat sich befestigt; sie hat mit Bulgarien, wo nicht ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Griechenland, so doch ein für diese Macht beunruhigendes Geheimabkommen geschlossen. Sie hat durch den Ankauf des brasilianischen Schlachtschiffes und durch Enver Paschas Eintritt in das Ministerium großen Einfluß auf die öffentliche Meinung der Mohammedaner gewonnen. Die Männer, die Europa die Stirn geboten haben, als es sie zwingen wollte, die Linie Enos–Midia zu respektieren, sind sich des Erfolges bewußt, den sie davongetragen haben. Sie können von heute auf morgen, ohne Griechenland den Krieg zu erklären, Truppen nach den Inseln werfen."

Inzwischen erhielten ich und Doumergue am 14. Januar den Besuch von Veniselos, der aus Italien kam und nach London weiterreiste. Ich fand ihn nicht allzu pessimistisch. Jedoch klagte er über die italienische Regierung, die die griechischen Ansprüche auf Epi-

rus nur zum dritten Teil gebilligt hätte, und auch nur vorbehaltlich von Österreichs Zustimmung. Ebenso war er mit dem Dreibund unzufrieden, der unter dem Einfluß der Türkei noch immer mit der Antwort über die aufregende Inselfrage zauderte, die er in London zu geben versprochen hatte. „Wir unsererseits", wiederholte er mir entschlossen, „werden weder auf Chios noch auf Mitylene verzichten. Das sind die beiden größten und reichsten Inseln. Keine von denen, die Italien besetzt hält, könnte uns Ersatz dafür bieten, nicht einmal Rhodos. Übrigens habe ich keine große Angst vor einem türkischen Angriff. Sollte die Türkei die Offensive ergreifen und Bulgarien es sich einfallen lassen, die Neutralität zu verletzen, indem es dem türkischen Heere den Durchzug gestattete, so würde Rumänien eingreifen. Wir haben mit ihm ein Abkommen, das die Durchführung des Vertrags von Bukarest verbürgt. Ich habe ihm ein richtiges Bündnis vorgeschlagen. Es hat für den Augenblick nicht so weit gehen wollen. Aber ich verzweifle nicht daran, mehr zu erreichen. An dem Tage, wo Griechenland und Rumänien verbündet sind, hoffe ich sehr, sie werden auch beide Frankreichs Verbündete werden." Und der geschickte Kreter setzte hinzu, um einem Einwande zu begegnen, den er in meinem Geiste ahnte: „Man darf den König Konstantin nicht nach seinem unglücklichen Trinkspruch in Potsdam beurteilen. Seine Phantasie war noch von den griechischen Siegen berauscht, und er fühlte sich sehr geschmeichelt durch die Glückwünsche, die man ihm in Deutschland darbrachte. Er war vom Kaiser überrumpelt und umgarnt worden. Er wußte nicht recht, was er antwortete, und vor allem war er nicht auf eine Veröffentlichung gefaßt. Man hat ihm dann freilich den zu veröffentlichenden Wortlaut vorgelegt, aber er wagte sich nicht selbst zu verleugnen und verstand nicht, welchen Vorteil man aus dem Zwischenfalle ziehen wollte. Ich kann Ihnen versichern, er ist weder ein Freund Frankreichs noch ein Deutschenfreund. Er ist Grieche, nichts als Grieche, und er wird sich wohl hüten, unserm Nationalgefühl zu widerstreben."

Ich gab Veniselos die höfliche Versicherung, daß Frankreich von den Worten des Königs in Potsdam keine schlechte Erinnerung bewahrt habe und daß es dankbar seiner Besuche in Paris gedenke. Während wir aber plauderten, kamen mir die Verse Homers in den Sinn:

Kreta ist ein Land im dunkelwogenden Meere,
Fruchtbar und anmutsvoll und rings umflossen. Es wohnen
Dort unzählige Menschen und ihrer Städte sind neunzig,
Völker von mancherlei Stamm und mancherlei Sprachen. Es wohnen
Dort Achäer, Kydonen und eingeborene Kreter,
Dorier, welche sich dreifach verteilt, und edle Pelasger.
Ihrer Könige Stadt ist Knossos, wo Minos geherrscht hat,
Der neunjährig mit Zeus, dem großen Gotte, geredet.

Von welchem dieser unzähligen Menschen stammt Veniselos ab? Ich weiß es nicht. Aber wenn er mit mir von den anderen Mittelmeermächten spricht, fliegt mein Denken von Chios nach Kreta und von Kreta nach Ithaka, und ich glaube den göttlichen Odysseus, den vielgewandten, vor mir zu sehen.

Veniselos hatte seine Abreise nach London verschoben und frühstückte bei mir ein paar Tage darauf, am 19., im Elysée mit Doumergue. Er bat die französische Regierung, das Schicksal der strittigen Inseln so bald wie möglich durch die Großmächte regeln zu lassen und die Bekanntgabe des europäischen Abkommens an die Pforte zu beschleunigen. Er bestand auch auf einer griechischen Anleihe an der Pariser Börse. Die siegreichen Balkanstaaten und die besiegte Türkei bewarben sich bei uns um die gleiche Gunst!

Glückliche Zeiten, wo Frankreich dank dem Überfluß seiner Kapitalien zum Weltbankier vorbestimmt war! Dies Privileg gab unserer diplomatischen Tätigkeit zweifellos großen Nachdruck. Aber die Kammern sahen Anfang 1914 dies Überhandnehmen fremder Anleihen auf unserem Markte mit Sorge, während der Plan einer französischen Anleihe, der vorher von Charles Dumont, dem Finanzminister im Kabinett Barthou, eingebracht worden war, teils um den Staatsschatz zu entlasten, teils um die Ausgaben für die nationale Sicherheit, besonders für die schwere Artillerie, zu bestreiten, im Rückstande blieb. De Freycinet, der trotz seines hohen Alters die ganze Lebhaftigkeit seiner Intelligenz bewahrte, hatte mir bei seinem Neujahrsbesuch am 4. Januar seine Besorgnis über diesen Aufschub ausgedrückt und mir gesagt, er halte es angesichts der sehr dunklen internationalen Lage für gefährlich, den Staatsschatz nicht umgehend zu entlasten. Ich teilte seine Ansicht und wies Doumergue darauf hin, mit dem er übrigens, wie er mir gesagt hatte, selbst sprechen wollte.

Rußland, das seinerseits den ersten Teilbetrag der Anleihe, die es in Frankreich unterbringen wollte, zu erhöhen wünschte, sah eine

türkische Anleihe auf unserem Markte sehr ungern. Delcassé teilte dies Doumergue am 23. Januar mit. „Der russische Geschäftsträger in Konstantinopel", schrieb er, „telegraphiert, daß die deutsche Regierung mit der baldigen Auflegung einer türkischen Anleihe am Pariser Markte rechnet. Daraufhin bietet sie der Pforte die Schlachtkreuzer „Moltke" und „Göben" zum Verkauf an. Beide sind 1910 und 1911 von Stapel gelassen und durch ihre Verdrängung von 23 000 t Dreadnoughts. Aber durch die 28-cm-Geschütze, aus denen ihre schwere Artillerie besteht, und durch die geringe Stärke ihrer Panzerung sind sie heutigen Schiffen von gleicher Verdrängung unterlegen, deren Artillerie stärker ist und die besser geschützt sind ... Mit dem Erlös aus ihrem Verkaufe würde Deutschland seine Flotte um zwei Einheiten vermehren, die sich mit den stärksten der ausländischen Flotten messen könnten. Ich hatte schon Gelegenheit, Sie auf die besorgte Aufmerksamkeit hinzuweisen, mit der die kaiserliche Regierung die Versuche der Türkei verfolgt, sich sofort Kriegsschiffe zu verschaffen. Die kriegerischen Absichten der Pforte gegenüber Griechenland sind bekannt. Andererseits verweisen der französische und der russische Botschafter in Konstantinopel einstimmig auf die Verhandlungen zwischen der türkischen und der bulgarischen Regierung, durch die wenigstens der freie Durchmarsch der gegen Griechenland bestimmten türkischen Truppen durch das bulgarische Gebiet sichergestellt würde. Müssen wir nicht, da wir wie Rußland durchaus den Frieden aufrechterhalten wollen, soweit wie irgend möglich verhindern, daß die Türkei in Frankreich die Mittel erhält, um ihn zu gefährden? Dürfen wir als Verbündete Rußlands die Möglichkeit außer acht lassen, daß die Türkei ihre Dreadnoughts gegen Rußland wendet, bevor die Panzerkreuzerdivision fertiggestellt ist, die auf der Werft von Nikolajew gebaut wird?"

So suchte also Deutschland, das angeblich die kriegerischen Absichten der Türkei fürchtete, sie nichtsdestoweniger zu Lande wie zur See zu stärken. Entzog es dem General Liman von Sanders den Titel eines kommandierenden Generals, so ließ es ihn zum türkischen Marschall ernennen, und er blieb dort, um die türkischen Truppen an den Meerengen zu inspizieren. Zugleich wollte Deutschland der Pforte zwei Panzerkreuzer verkaufen, die für die deutsche Flotte minderwertig sein mochten, unter türkischer Flagge jedoch noch ganz gute Dienste leisten konnten. Nach und nach sah man sich

bereits die Linien der künftigen Koalition abzeichnen: Deutschland, Österreich, Bulgarien und die Türkei. Ich weiß nicht, ob Kaiser Wilhelm, der dem König Albert Ende 1913 einen so beunruhigenden Eindruck hinterlassen hatte, sich damals schon mit dem Gedanken des Krieges vertraut gemacht hatte. Unstreitig aber traf er alle seine Maßnahmen, um im Falle des Kriegsausbruches Rußland den Weg zum Mittelmeere zu sperren und die südlichen Verbindungen zwischen Frankreich und seinem Verbündeten abzuschneiden.

Sechzehntes Kapitel

Tagebuchblätter – Paléologue zu Delcassés Nachfolger bestimmt – Calmettes Pressefeldzug – Die grünen Telegramme – Diner in der deutschen Botschaft – v. Wangenheim – Admiral von Tirpitz – Die türkische Anleihe – Dschawid Bey – Deutschland und die portugiesischen Kolonien – Das Kommando in Skutari

. . . Meine Gespräche mit Doumergue und einigen Ministern, ziemlich seltene Besuche von Staatsmännern, die Sitzungen des Ministerrates, das Lesen der Parlamentsberichte – das war alles, was mich an das politische Leben knüpfte. Übrigens hatte ich keineswegs über das radikale Kabinett zu klagen. Es bezeigte mir ehrerbietiges Zutrauen. Es regierte, ich präsidierte; es zweifelte nicht an meiner Loyalität. In den Ratssitzungen im Elysée äußerte ich offen meine Meinung über alles, hegte jedoch nicht den eitlen Anspruch, sie den verantwortlichen Ministern aufzuzwingen.

Doumergue sprach mit sehr feinem und sicherem Urteil über die auswärtigen Angelegenheiten . . . Caillaux leitete die Finanzen mit ungewöhnlicher Sachkenntnis und mit sehr eleganter Gewandtheit. Vielleicht tat er seinem Ansehen etwas Abbruch, da er übermäßig darauf bedacht war, es hervorzukehren und ins Licht zu setzen. Er griff gern über seine Zuständigkeit hinaus und fügte sich als früherer Ministerpräsident nur schwer in das bescheidene Amt eines Ressortministers. Noulens, dessen gutmütiges Gesicht gar nichts Kriegerisches hatte, verteidigte das Heer, dessen Führer er war, als guter Feldherr. Monis, ein tüchtiger Advokat aus der Gironde, dessen volltönende Stimme tosende Versammlungen beherrschte, versah gewissenhaft das Amt des Marineministers. Viviani, Großkanzler der Universität, stellte sein prächtiges Rednertalent in den Dienst der Künste und Wissenschaften . . .

Die meisten Senatoren oder Deputierten hatten im Vorjahre für Pams gestimmt. Einige hatten sich über seine Niederlage noch nicht getröstet. Aber alle erkannten an, daß ich mich in der Ausübung meines Amtes streng an die Vorschriften der Verfassung hielt, und nach und nach schien ihre Haltung so vertrauensvoll zu werden, daß ich, wenn ich die Augen schloß, mir einbilden konnte, der Präsident ihrer Wahl zu sein.

Trotzdem fügte die innere Politik ihre Verdrießlichkeiten zu denen der äußeren. Ich will hier nicht all die Seiten wiedergeben, denen ich meine Trübsale anvertraute. Ich will mich auf einen Auszug aus meinen täglichen Aufzeichnungen beschränken und ein paar Kommentare zu den Stellen geben, die für das Verständnis der Hauptereignisse in den ersten Monaten des Jahres unerläßlich sind.

Mittwoch, 7. Januar. – Doumergue teilt mir etwas überrascht mit, daß Théophile Delcassé zur Erneuerung seiner halbjährigen Mission als Botschafter in St. Petersburg nicht geneigt ist. Der frühere Minister hat dann ein Jahr auf dem Posten verbracht, den Briand und Jonnart ihm anvertraut haben, aber länger will er nicht bleiben. Er führt nur Gründe persönlicher Art an. Kein Zerwürfnis zwischen ihm und der Regierung ist eingetreten. Doumergue möchte ihn gern durch Paléologue ersetzen; er ist Direktor für Politische Angelegenheiten am Quai d'Orsay und hat das Zeug zu einem Botschafter. An seine Stelle soll der jetzige Unterdirektor de Margerie treten, dessen Klugheit und Erfahrung er sehr schätzt. Er fürchtet, daß die Nebel der Newa Paléologue nicht reizen und daß er vielmehr seinen Blick auf den italienischen Himmel richtet. Aber die Botschaft in Rom ist nicht frei, und würde sie es, so würden sich zweifellos Léon Bourgeois und Stéphen Pichon dazu melden. Doumergue sähe es lieber, wenn Paléologue freiwillig ja sagte, als daß er sich aus Gehorsam fügte, und bittet mich, seinem Mitarbeiter zuzureden. Ich bescheide ihn in mein Kabinett. Es fehlt ihm offenbar an Begeisterung. Er fürchtet in Rußland das Heimweh nach dem Mittelmeer. Trotzdem fügt er sich dem Wunsche seines Ministerpräsidenten gutwillig.

Donnerstag, 8. Januar. – Der „Figaro" veröffentlicht heute morgen einen von seinem Chefredakteur Calmette unterzeichneten, sehr lebhaften Artikel, worin Caillaux bezichtigt wird, sich auf unfaire Art Wahlgelder verschafft zu haben. Dieser Angriff paßt gar nicht zu der sonstigen Haltung der Zeitung noch zu der Calmettes, der bisher der höflichste Publizist war. Ich kenne ihn seit lange. Er ist ein liebenswürdiger, feiner Geist. Seit der Bildung des radikalen Ministeriums, dem er abhold ist, war er so taktvoll, mich nicht mehr im Elysée zu besuchen. Ich weiß daher nicht, welche Einflüsse ihn bestimmt haben, und bin sehr erstaunt über die neue Manier seiner Polemik, ebenso aber über die Tatsachen, die er an-

führt. Ich habe nichts davon gehört, und sie dünken mich wenig wahrscheinlich. Allerdings habe ich gemäßigte Deputierte sagen hören, das Finanzministerium begünstige gegenwärtig ausländische Anleihen, weil sie am Vorabend der Wahlen Wahlfonds ergäben. Aber der „Figaro" erzählt noch unschönere Dinge, die mir auch die gehässigsten Gegner niemals berichtet haben. Heute ist Ministerrat. Caillaux benutzt ihn, um sich zu rechtfertigen. Er ist sehr gereizt über den unerwarteten Angriff, spricht mit heftiger Entrüstung über Calmette und setzt mit krampfhaft verzerrten Zügen in fieberhafter Eile ein Dementi für die Presse in Gegenwart seiner Kollegen und meiner Person auf. Übrigens macht er mir den Eindruck verleumdeter Unschuld.

Sonnabend, 10. Januar. – Wie Delcassé an Doumergue telegraphiert, ist Kokowzow zu ihm in die französische Botschaft gekommen und hat ihm folgendes mitgeteilt. Zur Ausführung der von ihm übernommenen Verpflichtung, in vier Jahren die von den alliierten Generalstäben als notwendig erkannten strategischen Linien auszubauen, muß die russische Regierung schon jetzt beträchtliche Anstrengungen machen und gleichzeitig eine Menge von Werkstätten einrichten. Fügt man zu den 5320 km strategischer Linien noch 11 000 km bewilligter wirtschaftlicher Linien, so sind im ganzen 16 000 km zugleich in Bau zu nehmen. Kokowzow bittet nicht um Erhöhung des Gesamtbetrages der bewilligten Anleihen, wünscht jedoch, die erste Jahresrate von 500 auf 600 Millionen zu erhöhen, selbstredend unter Herabsetzung des letzten Fünftels auf 400 Millionen. Doumergue gibt im Einvernehmen mit Caillaux seine Zustimmung dazu. Weder der Ministerpräsident noch der Finanzminister wollen die bisherige französisch-russische Bündnispolitik ändern. Sie betrachten sie als rein defensiv und führen sie wie ihre Vorgänger weiter.

Montag, 12. Januar. – Gaston Calmette hält seine Behauptungen aufrecht und fügt neue Anklagen hinzu. Heute abend protestieren alle von ihm Angegriffenen gegen seine Darstellung. Es wird mir immer wahrscheinlicher, daß er von politischen oder persönlichen Feinden von Caillaux irregeführt worden ist.

Dienstag, 13. Januar. – Calmette antwortet kräftig auf die Dementis und nimmt nichts von seinen Behauptungen zurück. Die öffentliche Meinung erregt sich und spaltet sich in zwei Parteien. Wie zur Zeit der Dreyfußaffäre gerät Paris in eine Art Bürger-

krieg. Im Ministerrat ist Caillaux ebenso ruhig und voller Selbstbeherrschung, wie er am ersten Tage nervös und gereizt war. Mit schöner Ruhe verliest er ein Schreiben an die Haushaltkommission, worin er seine Finanzpläne darlegt: eine Kapitalsteuer auf alle Vermögen über 30000 Franken und fünfjährige Erklärung der Steuerpflichtigen. Kein Minister erhebt den schüchternsten Einspruch. Meine Verantwortungslosigkeit läßt mir kaum das Recht zur Andeutung leiserVorbehalte, auf die niemand eingeht. Das Programm, denn weiter ist es nichts, wird angenommen.

Mittwoch, 14. Januar. – Der radikale Senator Perchot sucht mich auf und sagt mir, es sei wünschenswert, Calmettes Pressefeldzug Einhalt zu tun. Er reize Caillaux' Freunde sehr. Einige von ihnen seien anscheinend so niederträchtig gewesen, mir zuzuschreiben, daß ich ihn veranlaßt hätte. Ich antworte Perchot, dergleichen Anwürfe träfen mich nicht; sie entehrten nur die, die imstande seien, sie zu erfinden oder zu verbreiten. Gewiß würde ich dem Pressefeldzug gern Einhalt tun, hätte ich ein Mittel dazu, aber wie würde Calmette, der eifersüchtig auf seine Selbständigkeit hält, mein Eingreifen aufnehmen ? Und welche Wirkung würde es haben ?

Kurz darauf kommt Caillaux selbst ins Elysée. Ich weiß nicht, warum er mich heute an Richelieus Wort erinnert: „Die größten Geister sind für die Führung der Geschäfte eher gefährlich als nützlich. Haben sie nicht viel mehr Blei in sich als Quecksilber, so taugen sie für den Staat nichts." – „Ich würde Sie nicht stören," sagt der Finanzminister zu mir, „wenn es sich nicht um eine sehr ernste Frage handelte. Ich höre soeben, daß der „Figaro" im Begriff ist, die Entzifferungen der deutschen Telegramme von 1911 zu veröffentlichen, und zwar diejenigen, in denen v. d. Lancken über seine Unterredungen mit Fondère berichtet. Durch diese Veröffentlichung beschwört Calmette die Gefahr ärgerlicher internationaler Verwicklungen herauf. Erfolgt sie, so muß die Regierung, um die Verantwortung von sich abzuwälzen, selbstredend erklären, die Schriftstücke seien gefälscht, und gegen die Zeitung vorgehen." – „Allerdings", entgegnete ich, „wäre die Veröffentlichung dieser Entzifferungen sehr bedauerlich und vielleicht sehr gefährlich. Aber es scheint mir sehr schwierig, Calmette ins Elysée kommen zu lassen. Setzt er nachhher den Pressefeldzug mir zum Trotze fort, so werden sich von neuem Leute finden, die behaupten, ich hätte ihn veranlaßt." – „Das stimmt; es gibt schon Leute, die dumm genug sind,

das zu glauben." – „Wirklich, dumm; denn wollte ich Ihnen schaden, so würde ich keinen derartigen Feldzug veranlassen; er ist so heftig, daß er nur Ihnen zugute kommt." – „Ich begreife, daß Sie Calmette nicht sprechen können, aber Sie haben gemeinsame Freunde." – „Meinen Sie damit, es wäre Ihnen angenehm, wenn ich mit Briand oder Barthou spräche?" – „Zu Briand habe ich kein Zutrauen, aber Barthou wird zweifellos den Ernst einer Indiskretion begreifen." – „Ich will ihn gern heute noch kommen lassen." – „Sagen Sie ihm," fährt Caillaux mit hochmütiger Herablassung fort, „daß, wenn die Telegramme echt sind (hier sind sie; übrigens sind es dieselben, die Sie und ich vor zwei Jahren eingesehen haben), die darinstehenden Behauptungen falsch und die Tatsachen entstellt sind." – „Ich werde ihm sagen, Sie bestritten diese Behauptungen, aber vor allem werde ich ihm sagen, die Veröffentlichung sei sehr gefährlich." – „Solche Machenschaften sind abscheulich." – „Jedenfalls sehr bedauerlich. Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß Sie es waren, der den Zwist zwischen Ihnen und Briand angefangen hat." – „Ja, es war vielleicht unrecht von mir, ihm vorzuwerfen, daß er das Land einschläfere, aber das war nur eine politische Anklage, und er hat mir mit Beleidigungen geantwortet. Noch kürzlich, in seiner Rede in St. Etienne . . ." – „Er war überzeugt, Sie ließen ihn in gewissen kleinen Blättern angreifen, die Ihnen ganz ergeben scheinen." – „Ach, der ‚Bonnet rouge!' Ich habe nie einen Sou für dies Blatt hergegeben. Übrigens hat es meinen trefflichen Freund Paul Deschanel ebenso mißhandelt wie Briand und Sie. Zu solchen Machenschaften werde ich mich nie erniedrigen."

Mit diesen Versicherungen verläßt Caillaux mich, und ich lasse Barthou kommen. Er verspricht mir, Calmette noch am Abend zu besuchen und ihn darauf hinzuweisen, wie gefährlich es sei, Deutschland öffentlich wissen zu lassen, daß französische Dienststellen seine Telegramme 1911 entziffert haben. Deutschland ahnt dies und tut unbesorgt ein gleiches. Aber solche Praktiken pflegt man nicht vor der ganzen Welt zur Schau zu stellen.

Freitag, 16. Januar. – Barthou empfangen. Er war bei Calmette, der ihm versprach, weder jetzt noch später auf die geheimnisvollen Entzifferungen anzuspielen, und ihm versicherte, Briand stehe den Artikeln im „Figaro" ganz fern. Barthou hat dies Caillaux unmittelbar mitgeteilt. Calmette, dem Barthou anempfohlen hatte,

seine Angriffe nicht fortzusetzen, vor allem nicht an die auswärtige Politik zu rühren, schien geneigt, diese Ratschläge zu befolgen.

Montag, 19. Januar. – Der „Figaro" setzt trotzdem seine Artikelreihe fort. Caillaux ist sichtlich betroffen davon.

Dienstag, 20. Januar. – Ich breche mit der Überlieferung meiner Vorgänger und speise heute abend in der deutschen Botschaft. Bisher wurden die Botschafter zwar ins Elysée eingeladen, aber der Präsident der Republik nahm ihre Einladungen nicht an, um nicht infolge der Fiktion der Exterritorialität fremden, besonders deutschen Boden zu betreten. Ich sehe keinen triftigen Grund, einen Brauch beizubehalten, der nach Schmollen aussieht. Ich habe dem Freiherrn v. Schoen also versprochen, ein paar Stunden in dem schönen Botschaftshotel in der Rue de Lille zu verbringen, das der König von Preußen 1815 so billig gekauft hatte und das noch so voll von Erinnerungen an Eugen Beauharnais und die Königin Hortense war . . . Unter den Gästen befanden sich Doumergue, Ribot und Stephen Pichon. Der Freiherr v. Schoen empfing mich liebenswürdig und gemütlich. Er stellte mir den deutschen Botschafter in Konstantinopel, Freiherrn v. Wangenheim, vor, der auf der Durchreise durch Paris war und sich nicht in der Fremde fühlte. Ein großer, kalter, positiver Mann mit klarem Geist und gebieterischer Sprache. Nach seiner Überzeugung werden die Türken nie zulassen, daß Griechenland Chios und Mytilene erhält. Sie werden sich nicht einmal dem formell ausgedrückten, notifizierten Willen aller europäischen Mächte beugen. Andererseits trägt Wangenheim große Besorgnis über die russische Politik in den armenischen Wirren zur Schau. Er befürchtet, die Petersburger Regierung spare sich dort einen Vorwand auf, um die Aufteilung Kleinasiens in Angriff zu nehmen oder um sich den Weg nach Konstantinopel zu erschließen oder vorzubehalten. Er möchte, daß europäische Generalinspekteure für ein bis anderthalb Jahre beauftragt würden, einen Reformplan für Armenien auszuarbeiten, und daß diese Reformen erst nach Abschluß dieser Untersuchung endgültig festgesetzt würden. Heute, sagt er, arbeitet man mit unsicheren Unterlagen. Während der Feststellungen der Generalinspekteure würde Europa mit der Frage befaßt bleiben. Damit vermiede man die Gefahr einer Aussprache unter vier Augen zwischen Rußland und der Türkei.

Bis auf diese kurze Unterredung wechselte ich mit den Gästen,

auch mit v. Schoen selbst, nur angenehme Salongespräche. Und doch hatte meine bloße Anwesenheit, die von der Presse bekanntgegeben war und die ich absichtlich lange ausdehnte, eine politische Bedeutung. Sie zeigte deutlich, daß Frankreich in der Art, wie es den Frieden auffaßte, keine Hintergedanken und Geheimnisse hatte[1]...

Sonntag, 25. Januar. – Doumergue teilt mir folgende Depesche Jules Cambons mit: „Berlin, 19. Januar 1914. Streng geheim. Der Admiral v. Tirpitz hatte mit Madame de Faramond, der Gattin unseres Marineattachés, eine höchst merkwürdige Unterredung beim Admiralstabschef. Madame de Faramond, eine geborene Amerikanerin, nimmt am hiesigen Hofe eine Sonderstellung ein, denn ihre Schwester ist mit dem Freiherrn Speck von Sternberg verheiratet, dem früheren deutschen Botschafter in Washington und besonderen Freunde des Kaisers. Tirpitz wünschte dringend, daß diese Unterredung mir mitgeteilt würde. Ich bat unseren Marineattaché, mir einen rein persönlichen Bericht zu schreiben. Ich beehre mich, ihn Eurer Exzellenz zu übersenden mit der Bitte um strenge Geheimhaltung. Tirpitz ist eine bedeutende Persönlichkeit. Seine Worte haben eine Tragweite, die wir uns nicht verhehlen dürfen. Sie spiegeln offenbar die Sorgen, die man höchsten Ortes hat, besonders wenn man sie neben die Worte des Kaisers und die des Generals v. Moltke hält, die ich Ihrem Vorgänger s. Z. berichtet habe. Es ist klar, daß Deutschland die Zeiten zurückwünscht, wo es uns in der Tunisfrage Beistand leistete und die ägyptischen Schwierigkeiten uns England entfremdeten. Der Admiral v. Tirpitz war stets ein heftiger Gegner Englands. Wir glaubten ihn von alldeutschem Geiste beseelt, durch den er für uns ein gefährlicher Gegner wurde. Seine jetzigen Worte und die Erregung, mit der er sie sprach, sind bei einem Manne von seiner Geistesart nicht zufällig. Man kann sich fragen, ob gewisse, jetzt umlaufende Gerüchte über den möglichen Sturz des Reichskanzlers und seinen Ersatz durch Tirpitz nicht eine ernste Grundlage haben und ob der Admiral von Tirpitz nicht die Absicht gehabt hat, gewisse Vorurteile zu verscheuchen, die wir, wie er wohl fühlt, gegen ihn haben könnten. Gez.: Jules Cambon."

Dieser Depesche lag der Bericht de Faramonds bei: „Herr Bot-

[1] S. „Von Sarajewo bis Versailles", von Karl René, deutschem Konsul und Hofrat.

schafter! Am Mittwoch abend speiste ich beim Admiral v. Pohl, dem Admiralstabschef der deutschen Marine. Der Staatssekretär der Marine war bei diesem Diner zugegen. Gleich nach Verlassen der Tafel trat der Admiral v. Tirpitz auf meine Frau zu, zog sie in eine Ecke des Salons und begann unvermittelt mit einer langen Tirade über die deutsch-französischen Beziehungen, in der offenbaren Absicht, daß seine Worte uns wiederholt würden. Der Admiral v. Tirpitz, sonst ein sehr ruhiger Mann, sprach mit einem Wortschwall und einer Erregung, die bei ihm ungewöhnlich sind. In seinen Anspielungen auf die englische Politik zeigte sich Erbitterung. Meine Frau, die ebensogut deutsch wie französisch spricht, hörte dem Staatssekretär aufmerksam zu und unterbrach ihn nur mit einer Bemerkung, die zu der Entgegnung führte, mit der das Gespräch endete. „Warum", fragte der Admiral v. Tirpitz, „schmollt Frankreich nach wie vor mit uns? Ich weiß, es gibt furchtbare Erinnerungen zwischen unseren Ländern. Aber schließlich ist das, was wir Ihnen vor dreiundvierzig Jahren antaten, wenig im Vergleich zu den Niederlagen und Demütigungen, die Sie uns hundertundfünfzig Jahre lang zugefügt haben. Warum sollten Frankreich und Deutschland sich nicht für quitt halten und sich nicht die Hand reichen? Sie werden mir einwenden: Elsaß-Lothringen. Ja, darin liegt alles. Aber glauben Sie mir, es ist für uns ebenso peinlich, in diesem Lande zu sein, wie für Sie, es verloren zu haben. Finden Sie unsere Lage in Elsaß-Lothringen beneidenswert? Eine rein militärische Frage hat uns veranlaßt, einen Teil von Französisch-Lothringen zu besetzen. Wir haben Metz nur widerwillig genommen, um den Frieden in Zukunft sicherzustellen. Wollte Frankreich aufhören, eine Gefühlspolitik in bezug auf Elsaß-Lothringen zu treiben, so wäre die Annäherung zwischen uns leicht. Das Glück und das Wohlergehen Elsaß-Lothringens wären die unmittelbare Folge dieser Annäherung. Um das von Ihnen zu erreichen, wären wir zu großen Zugeständnissen bereit. Sie haben in Nordafrika ein gewaltiges Reich gegründet; Sie haben Marokko genommen; entwickeln Sie dies reiche, herrliche Land; wir überlassen es Ihnen ganz, ohne jede Einschränkung; machen Sie dort, was Sie wollen; dafür verzichten Sie auf eine Gefühlspolitik wegen Elsaß-Lothringens. Wenn Frankreich, statt auf die englische Freundschaft zu bauen, die nicht ehrlich sein kann, darein willigte, die Vergangenheit zu vergessen und uns die Hand zu reichen, so wäre der

Weltfriede gesichert und eine herrliche Zukunft täte sich für unsere beiden Länder auf. Das englisch-französische Bündnis ist widersinnig. England ist die selbstsüchtigste aller Nationen; es denkt nur an seine eigenen Interessen und hält seine Zusagen an seine Verbündeten oder Freunde nie. In der kritischen Stunde wird es Sie im Stiche lassen. Der maßlose Ehrgeiz der Engländer wird eines Tages für Sie und für uns zu einer Katastrophe führen, aus der England versuchen wird, Vorteil zu schlagen." Da unterbrach meine Frau den Staatssekretär mit den Worten: „Aber, Exzellenz, Sie sprechen ja, als ob eine große Gefahr drohe. Wer denkt denn daran, einen Krieg zu entfesseln?" – „Wir nicht", entgegnete der Admiral v. Tirpitz. „Nie werden wir Ihnen den Krieg erklären. Ebensowenig glaube ich, daß man in Frankreich den Krieg wünscht, obschon man bei Ihnen keinen sehr deutlichen Begriff von unserer Militärmacht hat. Bedenken Sie wohl, daß unser Heer zu keiner Zeit unserer Geschichte so schlagfertig gewesen ist wie gegenwärtig. Die große Gefahr ist England; es wird Sie zu einem Angriffe gegen uns treiben, in der Hoffnung, die Kastanien zu essen."

Also mit England brechen, Deutschland die Vorherrschaft überlassen, die Vergangenheit vergessen, unsere Erinnerungen verleugnen, Marokko ausbeuten – das sollen wir tun, wenn wir den Ratschlägen des Admirals v. Tirpitz folgen wollen. Dafür verspricht er uns den Frieden, hält uns aber vor, daß das deutsche Heer nie so stark gewesen sei wie heute. Bruch der Entente cordiale, Frankreichs Auslieferung an Deutschland, das ist der deutsche Friede. Kann man ernstlich hoffen, daß es der europäische Friede sein wird?

Während der Admiral v. Tirpitz so heftig über England spricht und uns von ihm abzuziehen sucht, scheint Deutschland Ränke auf dem Balkan zu spinnen. Dumaine telegraphiert an Domergue: „Wien, 24. Januar 1914. Wie versichert wird, hat die deutsche Regierung gegen die Ausdehnung des österreichisch-französischen Trustes auf das östliche Netz der orientalischen Eisenbahnen energisch Stellung genommen. Tschirschky soll seinen Protest sogar in einer sehr scharfen Note ausgedrückt haben. Deutschland will, daß die rumelische Linie als Verlängerung seiner anatolischen Linie angesehen werde; es wird nie die Konzession an eine ausländische Gesellschaft zulassen. Mein Gewährsmann, der wahrscheinlich vom Ballplatz ermächtigt ist, mir diese Anvertrauung zu machen, setzt

hinzu, das Berliner Kabinett wolle ebensowenig, daß das Wiener Kabinett gemeinsame Sache mit der französischen Regierung macht. Es durchkreuzt die Verhandlungen in Belgrad, wo es ihm übrigens leicht fällt, seinen Einfluß geltend zu machen. Wenn es, wie zu befürchten ist, die Verhandlungen mit der französischen Gruppe zum Scheitern bringt, ist ein Konflikt zwischen Österreich und Serbien unvermeidlich. Die deutsche Intrige hätte also die Wirkung, die furchtbaren Verwicklungen herbeizuführen, vor denen, wie man glauben sollte, Deutschland ebenso wie wir Anlaß haben sollte, den allgemeinen Frieden zu schützen. Gez.: Dumaine."

Montag, 26. Januar. – Heute kommen schlechte Nachrichten aus Konstantinopel. Unerwartete Schwierigkeiten zwischen der Pforte und Bulgarien, gegenseitige Abberufung des bulgarischen Gesandten in Konstantinopel und des türkischen in Sofia, und das alles anscheinend wegen der Pomaks im annektierten Thrazien, einer Bevölkerung slawischer Abstammung und mohammedanischer Religion.

Andererseits telegraphiert Boppe an Doumergue: „Pera, 25. Januar 1914. In den offiziellen Kreisen scheint man über die Langsamkeit von Dschawid Beys Verhandlungen enttäuscht. Die Deutschen suchen Vorteil aus dieser Enttäuschung zu schlagen: ihr Blatt, der „Lloyd ottoman", veröffentlicht seit mehreren Tagen tendenziöse Nachrichten über die politischen Bedingungen, die die Regierung der Republik an die Anleihe knüpft. Die Verzögerung, die der Abschluß dieser Anleihe erfährt, können der deutschen Botschaft nur angenehm sein. Gestern sagte der Oberstleutnat Strempel zu dem russischen Marineattaché: „Unser Kaiser (Wilhelm II.) hatte vor einer Weile daran gedacht, der Türkei die ‚Moltke' abzutreten, hat aber auf Bitten der Familie des Feldmarschalls darauf verzichtet. Setzt jedoch Rußland bei Frankreich einen Aufschub der türkischen Anleihe durch, so wird mein Herrscher zweifellos die ‚Göben' der türkischen Flotte zu Verfügung stellen."

Nun aber hat Doumergue die von der Türkei beantragte Anleihe nicht abgelehnt noch sie auf unbestimmte Zeit aufgeschoben. Er hat nur erklärt, die Aufrechterhaltung des Friedens in der Levante sei für uns eine entscheidende Frage, und er hat Bürgschaften von der Pforte verlangt. Wie kann dies vorsichtige Benehmen einen Vorwand für die Abtretung der „Göben" liefern? Und was bedeuten diese bedingten Drohungen?

Dienstag, 27. Januar. – Wieder die türkische Anleihe. Gestern neuer Telegrammwechsel zwischen Konstantinopel und Paris. Der Großwesir Prinz Halim hat Boppe die Versicherung gegeben, die Türkei denke nicht daran, Griechenland den Krieg zu erklären, sobald ihr die Entscheidung der Großmächte über die Zuteilung der Inseln zugestellt werde. Keine Rüstungsausgabe, hat er hinzugesetzt, werde auf das Konto der von Dschawid Bey beantragten Anleihe kommen. Doumergue hat geantwortet, die Regierung der Republik wolle Dschawid Bey weder entmutigen noch sich ihm gegenüber binden, bevor die Mächte sich darüber geeinigt hätten, wie sie ihrem gemeinsamen Willen in der Inselfrage Respekt verschaffen würden. Europas Entscheidung steht jetzt fest; sie besagt, daß alle ägäischen Inseln, die Griechenland gegenwärtig besetzt hält, ihm bis auf drei übergeben werden. Nur Tenedos, Imbros und Kastellorizzo sollen der Türkei verbleiben. Griechenland soll Bürgschaften dafür geben, daß die ihm zufallenden Inseln weder befestigt noch zu militärischen Zwecken benutzt werden. Die endgültige Übergabe an die griechische Regierung soll übrigens erst erfolgen, wenn die griechischen Truppen die für Albanien bestimmten Gebiete geräumt haben. So lautet der feierliche Beschluß der Mächte; aber bisher ist Europa sehr in Verlegenheit, wie es ihm Achtung verschaffen soll.

Mittwoch, 28. Januar. – König Christian von Dänemark benachrichtigt uns, daß er im Laufe des Mai nach London reisen muß und danach, etwa am 16., nach Paris kommen wird. Selbstredend werde ich seinen Besuch erwidern, indem ich Ende Juli, bei meiner Rückkehr aus Rußland und Schweden, in Kopenhagen Aufenthalt nehmen werde. Wieviel offizielle Höflichkeiten stehen in Aussicht, und wann werde ich in diesem Sommer im Schatten meiner heimischen Wälder ausruhen können?

In einem langen Telegramm besteht Boppe nochmals darauf, daß die Regierung der Republik die türkische Anleihe sobald wie möglich genehmigt. Er glaubt Dschemal, Enver Pascha und ihre Freunde seit vierzehn Tagen geneigt, sich dem Dreibunde zu nähern. Aber man müsse die Regelung der Inselfrage erleichtern, indem man Chios und Mytilene gegen den Dodekanes austausche. Doumergue teilt mir diesen Vorschlag mit, der seinem vorsichtigen Geiste widerstrebt. Er fürchtet, Boppe mache sich Illusionen und lasse sich von den Jungtürken beschwatzen. Wie könnten wir der

Türkei Aussicht auf einen Tausch machen, der dem Beschluß Europas zuwiderläuft? Chios und Mytilene sind Griechenland zugesprochen, und zwar teils als Entschädigung für das Opfer, das ihm in Albanien zugemutet worden ist. Frankreich steht es nicht frei, allein eine Regelung umzustoßen, die das Werk aller Großmächte ist.

Donnerstag, 29. Januar. – Delcassé telegraphiert an Doumergue, er habe heute morgen sein Abberufungsschreiben dem Zaren überreicht und eine lange Unterredung mit ihm gehabt. Nikolaus II. hat zu ihm gesagt, durch die Angelegenheit Sanders sei die Bedrohung der wesentlichen Interessen Rußlands durch Deutschland offenkundig geworden. Der russische Handel mache dank der Verbesserung der Transportmittel und des Bevölkerungszuwachses Fortschritte. Es sei unzulässig, daß Deutschland die Türkei vorschiebe, um der russischen Ausfuhr die Meerengen zu schließen. Der Zar erzählte, daß Wilhelm II. ihn im ersten Vierteljahre seiner Regierung mit Briefen überschüttet habe, um ihm die Vorteile der Rückkehr zur Dreikaiserpolitik klarzumachen. Eines Tages, bei einer Begegnung, sei der Deutsche Kaiser auf dies Thema zurückgekommen; Nikolaus habe entgegnet: „Das Vermächtnis meines Vaters ist mir heilig; ich bin der Ansicht, daß das, was mein Vater getan hat, zum Wohle Rußlands war. Hoffentlich können wir weiter in Frieden leben, aber ich werde auf dem Wege verharren, den mein Vater vorgezeichnet hat." „Seit jenem Tage", sagte der Zar, „ist Wilhelm II. nicht mehr auf diese Sache zurückgekommen." Aber Nikolaus II. hat Delcassé gegenüber nichts von der Zusammenkunft in Björkö gesagt[1] . . .

Freitag, 30. Januar. – Doumergue hat gestern an Boppe telegraphiert, die Zuteilung der Inseln an Griechenland ergebe sich aus der Londoner Konferenz, und es stehe Frankreich nicht frei, diese Regelung rückgängig zu machen. Er wünsche der Türkei behilflich zu sein, aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszukommen, und habe dies Rifaat Pascha aus freien Stücken erklärt; aber ebensosehr wünsche er zu vermeiden, daß die öffentliche Meinung Europas Frankreich den Vorwurf mache, daß es der Türkei die Mittel liefere, den Frieden durch einen Angriff auf Griechenland zu stören. „Man redet Ihnen", hat er hinzugesetzt, „von einem etwaigen Anschluß der Türkei an die Tripleentente, falls Frankreich

[1] Die Vorgeschichte des Weltkrieges, S. 192 ff.

die türkische Regierung in der Inselfrage unterstütze und ihr die Geldmittel erschließe, die sie unmittelbar braucht. Ein formeller Antrag auf Anschluß an die Tripleentente wäre offenbar der ernstesten Beachtung wert, aber unter der Bedingung, daß er zugleich der russischen und englischen Regierung gestellt wird. Das ist Ihnen gewiß nicht entgangen." In Konstantinopel wie überall ist es also der Friede, für den Frankreich eintritt . . .

Montag, 2. Februar. – Der Kriegsminister Noulens und der Generalstabschef Joffre berichten mir über die neue Heeresorganisation, über die Ausgaben, die für das Artilleriematerial erforderlich sind, aber leider durch den Aufschub der Anleihe verzögert werden, sowie über die Befestigungsarbeiten bei Nancy, die seit ein paar Monaten im Gange sind. Lange Zeit war der Generalstab der Ansicht gewesen, die alte lothringische Hauptstadt müsse im Falle eines deutschen Angriffes als verloren betrachtet werden. Heute hat er diese unglückliche Auffassung preisgegeben, aber zum hinreichenden Schutze der Grenze fehlt noch viel. Ich sage Noulens und dem General Joffre, sie könnten natürlich auf meine Unterstützung im Ministerrate rechnen.

Dienstag, 3. Februar. – Delcassé ist heute nach Paris zurückgekehrt, nachdem er der Mission, die ihm Briand und Jonnart gegeben hatten, selbst ein Ende gemacht hat. Die Gründe für seinen Beschluß sind weder Doumergue noch mir klar.

Mittwoch, 4. Februar. – Wiederbeginn der deutsch-englischen Verhandlungen wegen der portugiesischen Kolonien, von denen Auguste Gauvain sagen konnte, sie seien ein trauriges Beispiel diplomatischer Unsittlichkeit[1]. Sie scheinen eine für die französischen Interessen ziemlich ungünstige Wendung zu nehmen, denn sie berühren die Kabindafrage. Diese Besitzung ist in unsere Kolonien eingesprengt. Wird sie deutsch, so laufen wir Gefahr, daß in Zentralafrika einige der Schwierigkeiten wieder auftauchen, die durch den Vertrag von 1911 geregelt worden sind. Die Regierung hat Paul Cambon beauftragt, Sir Edward Grey unsere Besorgnisse mitzuteilen. Der britische Staatssekretär hat sie vollauf gewürdigt, jedoch unserem Botschafter eröffnet, daß Kabinda und Loanda durch das deutsch-englische Abkommen von 1898 auf den etwaigen Anteil des Deutschen Reiches fallen. „Was wollen Sie?" hat Sir

[1] Journal des Débats, Dienstag, den 10. August 1926. Siehe „Die Große Politik der Europäischen Kabinette", veröffentlicht von der Wilhelmstraße, Bd. 31–33.

Edward Grey hinzugesetzt. „Was geschehen ist, ist geschehen. England kann die getroffenen Vereinbarungen nicht rückgängig machen." Wie Paul Cambon in einer langen Depesche bemerkt, ist dies Abkommen im Jahre 1898 tatsächlich gegen Frankreich gerichtet gewesen. Es war im Jahre von Faschoda. Damals schickte Großbritannien sich zur Eroberung Transvaals und des Orangefreistaates an. Manche Engländer, und nicht die geringsten, wollten noch weitergehen. Sie begehrten unser Kolonialreich ganz oder teilweise. „Wäre der Krieg in Südafrika rasch und glücklich beendet worden," schrieb Paul Cambon, „so war ich darauf gefaßt, daß die Madagaskarfrage aufgeworfen wurde. Ein Krieg zwischen England und Frankreich war möglich; manche hielten ihn für wahrscheinlich. Die deutsche Regierung kannte diese Lage. Ihr Botschafter in London, Fürst Hatzfeld, wußte genau Bescheid und hatte seit einer Weile Unterredungen über die Kolonialfrage zwischen seinem Botschaftsrat v. Eckardstein und J. Chamberlain zugelassen . . . Man setzte die geheimen Mittelsmänner der deutschen Diplomatie, Bankiers, Journalisten und Grandseigneurs, in Bewegung. Fürst Hatzfeld band Salisbury mit J. Chamberlains mächtigem Beistande die Hände und unterzeichnete mit Balfour jenen Eventualvertrag über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien, der im Sinne der deutschen Regierung zu einem anderen Teilungsvertrage führen sollte, dem über die französischen Kolonien. Es gab englische Staatsmänner – ich habe sie bei meiner Ankunft in London selbst kennengelernt –, die durchaus geneigt waren, Deutschlands Mitwirkung bei der Zerstörung des französischen Kolonialreiches anzunehmen. Sir Edward Grey und seine Kollegen gehören nicht zu dieser Schule; wir können uns zu unseren Beziehungen zu ihnen nur beglückwünschen. Aber wir dürfen nicht vergessen, was Deutschlands wahre Absicht im Jahre 1898 war, denn die Reichskanzlei verfolgt ihr Ziel mit unermüdlicher Beharrlichkeit, und die Revision des Vertrages, besonders seine Veröffentlichung, sind in ihren Augen Mittel zur Schaffung gemeinsamer Interessen mit England, die sie später gegen Frankreich ausnutzen kann."

Mit Recht meint Paul Cambon, daß die Veröffentlichung des Vertrages von 1898, wenn Deutschland sie durchsetzt, in Frankreich eine bedauerliche Wirkung haben wird, und er rät der britischen Regierung davon ab. Aber das Pariser Kabinett fühlt sich

Deutschland gegenüber nicht so unbefangen wie England gegenüber, und Doumergue hat Jules Cambon vorsichtige Zurückhaltung anempfohlen. Immerhin hat er ihn gebeten, die kaiserliche Regierung an Artikel 16 des deutsch-französischen Vertrages vom 4. November 1911 zu erinnern. Nach diesem Artikel muß jede Veränderung des territorialen Status quo in dem durch den Vertrag umschriebenen Kongobecken Gegenstand einer Konferenz zwischen den Vertragsstaaten des Berliner Abkommens werden. Kabinda jedoch und ein Teil von Loanda fallen gerade in das durch den Vertrag umschriebene Becken. Jules Cambon hat Jagow diskret nach den Verhandlungen gefragt, von denen alle deutschen Zeitungen sprechen. Der Staatssekretär hat sie als streng vertraulich bezeichnet und nichts sagen wollen. Jules Cambon hat in das Gespräch den Artikel 16 einfließen lassen, der, wie er an Doumergue schreibt, auf Kiderlens eigenen Wunsch in den Vertrag vom 4. November aufgenommen worden ist. Jagow hat sich über diesen Einwand erstaunt gezeigt. Er wußte nichts davon oder wollte nichts davon wissen, daß einige portugiesische Kolonien, deren Aufteilung geplant ist, zum Kongobecken gehören. Ist denn eine Unterschrift, die kaum zweiundeinhalbes Jahr alt ist, schon so bald ausgelöscht?

Ich speise in der türkischen Botschaft. Rifaat Pascha empfängt mich mit freudiger Zuvorkommenheit. Bei ihm treffe ich Dschawid Bey. Er versichert mir, sein Land sei bereit, uns alle Bürgschaften für seine friedlichen Absichten zu geben. Die Türkei protestiere zwar gegen die Abtretung der Inseln an Griechenland, werde jedoch die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen. „Warum gibt Ihre Regierung nicht sofort eine amtliche Erklärung ab, um Europa zu beruhigen?" – „Sie wird die Frage prüfen. Aber warum zögert Frankreich, unsere Anleihe zu genehmigen?" – „Das hat Doumergue Ihnen gesagt. Beruhigen Sie zunächst Europa. Welche Friedensbürgschaften werden Sie geben?" – „Nach der Anleihe Ihre Kontrolle. Heute unsern Geldmangel." – „Man hat oft Völker Kriege führen gesehen, gerade weil es ihnen an Geld fehlte." – „Das stimmt", entgegnete er lachend und ließ das Gespräch fallen.

Doumergue, dem ich es in einer Ecke des Rauchsalons mitteilte, verhehlte mir nicht, daß ihn bei der Prüfung der türkischen Frage nicht nur außenpolitische Belange in Verlegenheit setzten, sondern auch die Möglichkeit parlamentarischer Verwicklungen. Er ent-

sann sich eines Antrages, den André Lefèvre an dem Tage eingebracht hatte, wo das Kabinett sich der Kammer vorstellte und wegen der ausländischen Anleihen fast gestürzt worden wäre. Da Caillaux es für nötig gehalten hat, die französische Anleihe zurückzustellen, steht zu befürchten, daß das Parlament sich noch empfindlicher zeigt als vor zwei Monaten und daß es anderen Ländern nicht den Vorrang einräumen will, den unser Staatsschatz selbst nicht wahrgenommen hat.

Sonnabend, 7. Februar. – Im Ministerrat spricht Doumergue mit seinen Kollegen über die türkische Anleihe. Nach seiner Ansicht kann man den türkischen Antrag unmöglich ablehnen, ohne die Türkei zu verstimmen und sie Deutschland in die Arme zu treiben. Doch er ist der Meinung, daß man weitere wirtschaftliche Vorteile verlangen und vor allem ernste Vorbeugungsmaßnahmen gegen jedes Kriegsunternehmen treffen müsse, und zwar durch Aufnahme einer Bedingung mit aufschiebender oder auflösender Kraft, die die Gewährung der Anleihe von der Erhaltung des Friedens abhängig macht. Caillaux tritt seiner Ansicht bei. Der Ministerrat beschließt grundsätzlich die Weiterführung der Verhandlungen zwischen Paris und Konstantinopel zum Zweck einer Finanzoperation, die im Juni oder Juli stattfinden kann, wenn die Türkei ihre Zusagen hält.

Sodann berichtet Doumergue dem Ministerrat über die Verhandlungen betreffs des Schicksals der portugiesischen Kolonien.

Am Abend speise ich mit ein paar Kollegen bei dem ständigen Sekretär der Akademie, Etienne Lamy. Ernest Lavisse sagt zu mir: „Wie deutsche Freunde mir mitteilen, wird der Kaiser von der Militärpartei immer mehr umstrickt. Seien wir auf unserer Hut."

Sonntag, 8. Februar. – Noch eine schwarze Serie. Die schlechten Nachrichten treffen haufenweise ein. Der Dreibund, der die Türkei schont, hat Sir Eduard Grey geantwortet, nach seiner Ansicht müsse jede Übereinkunft zwischen den europäischen Mächten, wie ihr gemeinsamer Wille bei der Pforte geltend zu machen sei, aufgeschoben werden. Man möge zunächst einmal nur die Entscheidung der Londoner Konferenz über die Inseln in Athen und in Konstantinopel notifizieren. Dann werde man sehen, wie man sich bei der Durchführung zu benehmen habe. Übrigens hat der Fürst Lichnowsky dem britischen Staatssekretär anvertraut, Deutschland werde sich niemals auf Zwangsmaßregeln gegen die Türkei einlassen, und der Marchese Imperiali hat seinerseits gestanden, daß

Italien, bevor es an ein drohendes Vorgehen gegen die Pforte denke, eine günstige Lösung seines Antrages auf Konzessionen in Kleinasien abwarten werde[1]. Derart sprach Europa zu Beginn des Jahres 1914 europäisch!

Werden da die Türken nicht abermals auf die Uneinigkeit der Mächte spekulieren? Doulcet, unser interimistischer Geschäftsträger in St. Petersburg, schickt uns unter dem gestrigen Tage beunruhigende Nachrichten: „Als Paschitsch (der nach St. Petersburg gereist war) sich beim Minister des Auswärtigen verabschiedete, zeigte er sich besorgt über den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei, den er für unvermeidlich hält und der einen allgemeinen Konflikt auf dem Balkan nach sich ziehen wird; denn die Serben werden mit den Griechen marschieren. Er reist nach Bukarest und wird sich gemeinsam mit Veniselos bemühen, Rumänien zu bestimmen, daß es in Sofia keinen Zweifel über seine eigenen Absichten aufkommen läßt. Darin sieht Sasonow einen Anlaß mehr, um den Türken die Entscheidung der Mächte zu notifizieren und diese Notifizierung durch eine Flottendemonstration zu unterstützen. Das ist nach seiner Ansicht das einzige sichere Mittel, um einen dritten Balkankrieg zu verhüten. Jawohl, aber wie kann Sasonow eine Flottendemonstration vorschlagen, wenn Deutschland, Österreich und Italien sich absichtlich fernhalten? Das wäre der endgültige Bruch des europäischen Konzerts, und wir selbst lieferten der Türkei den Beweis unserer Uneinigkeit und Ohnmacht."

In seine Botschaft in Pera eingeschlossen, besteht Boppe noch immer auf dem raschen Abschluß der türkischen Anleihe. Wie er meldet, schuldet die türkische Regierung ihren unglücklichen Beamten seit sechs Monaten das Gehalt; sie kann ihre Soldaten nicht ernähren, ihre Gendarmen und Polizisten nicht löhnen; sie hat keine Mittel mehr zur Aufrechterhaltung der Ordnung, und jeden Augenblick kann eine Revolution ausbrechen.

Dienstag, 10. Februar. – Wie Doumergue seinen Kollegen im Ministerrate mitteilt, hat Paul Cambon in seinen Unterredungen mit Sir Edward Grey auf das Argument hingewiesen, das uns Artikel 16 des Vertrages vom 4. November 1914 liefert, dem England völlig beigepflichtet hat. Caillaux, der die Verhandlungen über dieses diplomatische Schriftstück geführt hat, besteht darauf, die britische

[1] Telegramm Paul Cambons, 7. Januar.

Regierung vor der Nichtbeachtung dieses Artikels und vor den ernsten Unzuträglichkeiten der geplanten Aufteilung der Kolonien zu warnen.

Am Mittag besucht mich Sir Francis Bertie wegen der bevorstehenden Reise des Königs Georg V. nach Paris. „Wie ich höre," sagt er zu mir, „besteht die Absicht, während des Aufenthaltes Sr. Majestät keine Truppenschau stattfinden zu lassen. Das wäre meines Erachtens sehr bedauerlich. Es sähe so aus, als ob unser König die französische Armee geringschätze. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dafür sorgten, daß diese Nummer des Programms nicht ausfällt. Der König hat mich nach London berufen; ich werde ihn Sonntag sehen und ihm meine Ansicht sagen." Ich benutze Sir Francis Berties Besuch, um von den portugiesischen Kolonien zu sprechen. Er scheint über die brennendste Frage, die Kabinda und Loanda betrifft, kaum Bescheid zu wissen. Ich erkläre sie ihm. Betreffs der Vergangenheit bestätigt er mir Paul Cambons Angaben. Der Vertrag von 1898 ist nicht von Lord Salisbury geschlossen worden, sondern von Balfour, der ihn vertrat. Lord Salisbury war abwesend und fand den Vertrag ebenso wie Lord Lansdowne sehr übel. „Aber was tun?" sagt Sir Francis. „Das Abkommen besteht. Man könnte es nur im Einvernehmen mit Deutschland aufheben. Gewiß wird der Eindruck in Frankreich, sobald es bekannt wird – falls es bekannt werden soll – bedauerlich sein." – „Ja, gewiß, lieber Botschafter. Aber wenn der Vertrag, über den Deutschland heute mit England verhandelt, das frühere Abkommen bestätigt, wird er es stärken, und diese Bekräftigung wird nicht die Entschuldigung für sich haben, daß sie zu einem Zeitpunkt erfolgt ist, wo die Beziehungen zwischen England und Frankreich unfreundlich waren. England wird seine Freunde hier und in Lissabon verletzen. Wir sollten wir übrigens auch eine Aufteilung anerkennen, die zwei europäische Nationen unter sich allein ohne Rücksicht auf die Berliner Akte und den Vertrag vom 7. November vornehmen? Ich spreche Ihnen hier nicht meine persönliche Ansicht aus, sondern die der ganzen Regierung, die noch heute morgen darüber beraten hat."

Sir Francis Bertie erkennt an, daß die Frage sehr ernst ist und Überlegung verdient. Er verspricht mir, noch heute an Sir Edward Grey zu schreiben . . .

Mittwoch, 11. Februar. – Noch immer kein Einvernehmen zwischen den Mächten über die Zweckmäßigkeit einer unmittelbaren

Notifizierung an Griechenland und die Türkei. Doumergue telegraphiert nach London, diese Verschleppung begünstige alle Intrigen und ermutige zum Widerstande. Vermöchten die Mächte sich nicht über die Mittel zur Geltendmachung ihres Willens zu einigen, so müßten sie ihn nach seiner Meinung wenigstens zunächst in Athen und in Konstantinopel notifizieren. Doch Paul Cambon ist der Ansicht, daß Griechenland diese Notifizierung zweifellos mit einer Bürgschaftsforderung beantworten werde, daß die Türkei ihrerseits ihre Ansprüche auf Chios und Mitylene wahrscheinlich nicht aufgeben werde und daß Europa in eine Sackgasse gerate, wenn es sich nicht im voraus über die Mittel einige, die im Falle von Schwierigkeiten anzuwenden sind.

Armes Europa! Während es sich derart in vergeblichen Bemühungen erschöpft, den kleinen Streitfall zwischen Griechenland und der Türkei zu schlichten, aus dem ein allgemeiner Konflikt entstehen kann, nähern sich Italien und Österreich auf Grund ihrer alten Abmachungen allmählich in der albanischen Frage. Sie verlangen für den neugeborenen Staat, der durch eine improvisierte Regierung in Valona dargestellt wird, ein Privileg für eine österreichisch-italienische Bank, weigern sich, trotz der Beschlüsse der Londoner Konferenz, diesem Institut einen wahrhaft internationalen Charakter zu geben, bewilligen auf ihre Gefahr und auf ihren Vorteil einen beträchtlichen Vorschuß für den Prinzen von Wied, den Europa aus Gefälligkeit gegen die Mittelmächte zum Herrscher Albaniens bestimmt hat und der demnächst auf die Suche nach seinem Thron gehen soll. Kurz, Österreich und Italien schalten nach und nach alle Mächte aus, um Albanien zum Feld ihrer eigenen Experimente zu machen.

Inzwischen gibt die Türkei das tatsächliche Kommando über die Division in Skutari dem deutschen Obersten Nikolai, der es bereits interimistisch innehatte, dem es aber entzogen werden sollte. Damit legt Deutschland die Hand auf die Meerengen, während Österreich und Italien sich in Albanien einnisten. Rußland beklagt sich, daß Frankreich und England seine Interessen in Konstantinopel nicht kräftig genug unterstützen. Wieder einmal scheint die Diplomatie des Dreibundes die der Tripleentente zu schlagen. Doch ich habe kaum Zeit, alle diese Wolken vorbeiziehen zu sehen. Die Regierung allein hat das Recht zu dem Versuche, sie zu verscheuchen. Mir liegen vor allem die Repräsentationspflichten ob . . .

Siebzehntes Kapitel

Kokowzows Entlassung – Deutschlands Kriegsrüstungen – Die Liebenswürdigkeiten des „Homme libre" – Calmettes Pressefeldzug – Unterredungen mit Doumergue, Caillaux, Briand und Barthou – Diner in der italienischen Botschaft – Das Drama in der Rue Drouot

Donnerstag, 12. Februar 1914. – Albert Lebrun spricht mit mir über die portugiesischen Kolonien, die ihm ebenso wie Doumergue dauernd große Sorge machen. Wie mir der Ministerpräsident schriftlich mitgeteilt hat, ist der Wortlaut des deutsch-französischen Marokkoabkommens vom 4. November 1911 dem Londoner Kabinett selbstredend amtlich angezeigt worden. Das ist auf Grund des englisch-französischen Abkommens vom 8. April 1904 sogar schon vor seiner Unterzeichnung geschehen. England hat es in genauer Kenntnis der Umstände ausdrücklich gebilligt. Das andere deutsch-französische Abkommen dagegen, das gleichfalls am 4. November 1911 über Zentralafrika geschlossen wurde, ist dem Foreign Office lediglich aus Höflichkeit mitgeteilt worden[1], und diesem zweiten Vertrage ist England nicht offiziell beigetreten. Offenbar schwächt dieser Unterschied dem britischen Kabinett gegenüber ein wenig die Schlußfolgerungen ab, die wir aus Artikel 16 ziehen, aber unsere Argumentierung behält Deutschland gegenüber, das beide Abkommen unterzeichnet hat, volle Kraft. Ist England auch nicht gebunden, so weiß es doch, das Deutschland gebunden ist, und es kann sich heute nicht zum Mitschuldigen eines Vertragsbruches machen. Bleibt zudem die Berliner Kongoakte und schließlich und vor allem die Ungehörigkeit einer derartigen Aufteilung der portugiesischen Kolonien, die Portugal niemandem abgetreten hat.

Freitag, 13. Februar. – Doumergue hat von Doulcet, unserm Geschäftsträger in St. Petersburg, eine unangenehme Nachricht erhalten: „Der Rücktritt des Ministerpräsidenten, den Delcassé vorausgesagt hat, steht dicht bevor. Der Zar hat sich soeben entschlossen, Kokowzows Demission anzunehmen, die dieser ihm schon

[1] Telegramm Nr. 751 aus London, 14. November 1911.

seit dem Herbste sowohl aus Ruhebedürfnis nach zehnjähriger Amtstätigkeit wie wegen der Unstimmigkeiten mit dem Minister des Innern angeboten hatte. Der amtliche Erlaß ist noch nicht vollzogen, was aber demnächst stattfinden wird." Einerlei, welche Ursachen dieser Rücktritt hat, er ist tief bedauerlich. Trotz der engen Schranken, die einem russischen Ministerpräsidenten gezogen sind, übte Kokowzow einen sehr günstigen Einfluß auf die allgemeine Politik der verbündeten Macht aus. Seine Rechtschaffenheit, sein klarer Blick, seine Besonnenheit, sein sicheres Urteil, seine ehrliche Friedensliebe machten ihn zu einem wertvollen Mitarbeiter der Tripleentente. Wir wollen wünschen, daß sein Nachfolger ihm nicht zu sehr nachsteht.

Sonnabend, 14. Februar. – Eine gute Regung Jagows. Im Ministerrate verkündet Doumergue, der deutsche Staatssekretär habe in einer Unterredung mit Jules Cambon anerkannt, daß ein Teil der portugiesischen Kolonien in dem vertragsmäßig bestimmten Kongobecken liegt. Wie Jagow hinzusetzte, dürfe in diesem Gebiet keine territoriale Veränderung ohne Zustimmung Frankreichs erfolgen, und unsere Rechte aus Artikel 16 würden gewahrt werden. Doumergue telegraphiert nach London, diese deutsche Erklärung, die dem Vertrag vollauf entspreche, müsse es nach seiner Ansicht der englischen Regierung ermöglichen, uns gleichfalls Genüge zu leisten.

In der Inselfrage hat das Foreign Office endlich der von den Mächten geforderten Notifizierung zugestimmt, behält sich aber für künftig volle Freiheit vor. Somit ist Europa noch sehr weit davon entfernt, sich über die Sanktionen zu einigen, und die Türkei vermag nach wie vor aus unserem Zwiespalt Vorteil zu schlagen.

Paléologue, der in St. Petersburg angelangt ist, telegraphiert, daß Goremykin Kokozows Nachfolger werden soll. Ich habe ihn nie getroffen und weiß nicht, was er taugt. Wie Paléologue berichtet, bedauert Sasanow das Ausscheiden seines alten Ministerpräsidenten lebhaft. Über Goremykin ist er sehr zurückhaltend, glaubt jedoch, er werde sich nicht lange behaupten. Aber in der äußeren Politik, sagt er, ändert sich nichts. Goremykin wird Ministerpräsident ohne Portefeuille. In den liberalen Kreisen befürchtet man, er plane reaktionäre Maßnahmen. Unbestimmte Nachrichten, die nichts Gutes verheißen.

Am Abend großer Ball im Elysée, 5000 Eingeladene. Das ist viel

für die Räume, aber wenig für die zahllosen Pariser, die um Einladungen gebeten haben. Trotz des Gedränges viel Frohsinn und Stimmung. Alle fremden Botschafter und Gesandten sind erschienen und verweilen ein paar Augenblicke bei mir. Graf Szecsen spricht mit mir über Albanien, an dem Österreich nach wie vor Interesse zu nehmen scheint. Ich erinnere ihn daran, daß er 1912, als ich am Quai d'Orsay war, von seiner Regierung beauftragt worden war, mir zu versichern, daß in Albanien allen Nationen wirtschaftliche und finanzielle Gleichheit eingeräumt werden solle. Heute vergesse man diese Regel, denn Österreich und Italien beanspruchten für sich allein 60 v. H. des Kapitals der Albanischen Bank. Graf Szecsen kann die Richtigkeit meiner Bemerkung nicht abstreiten und gibt mir höflich zu verstehen, daß seine Regierung das letzte Wort noch nicht gesprochen habe.

Iswolsky vertraut mir mit einiger Bitterkeit seine Befürchtungen über Kokowzows Rücktritt an. Ich habe nie bemerkt, daß er ihn sehr geliebt hätte, und Kokowzow hatte mir 1912 nicht verhehlt, daß er kein großes Vertrauen in ihn setze. Aber die geistige und moralische Bedeutung des früheren Ministerpräsidenten kann der Botschafter nicht ableugnen. Außerdem befürchtet er, daß sein Rücktritt das Zeichen zu einer Reaktion sein werde. „Ich war Minister des Auswärtigen unter Goremykin", sagte er. „Wir haben also sehr gute Beziehungen, aber unsere politischen Ansichten waren sehr verschieden. Wie man es bei Ihnen nennt, war ich sein linker Flügel. Ich bin es noch. Ich fürchte sehr, daß eine reaktionäre Politik sehr bald den Gegenschlag einer neuen Revolutionsbewegung zeitigen wird. Bei alledem berücksichtigt man zu wenig die liberalen Anschauungen eines großen Teiles von Rußland, besonders in Moskau. Das ist ein schwerer Irrtum, auf den eines Tages große Gefahren folgen können." Iswolsky scheint heute abend sehr pessimistisch. Er hütet sich zwar, den Zaren oder Personen seiner Umgebung anzuschuldigen und spricht mit gewollter Zurückhaltung, aber ihn bedrücken sichtlich die Erinnerungen an die Unruhen, deren Zeuge er gewesen ist, und wenn er der Reaktion feindlich gesinnt scheint, so ist es nicht, weil sie ihm an sich mißfällt, sondern weil er befürchtet, sie könne durch Ungeschicklichkeiten zur Revolution führen . . .

Sonntag, 15. Februar. – Die von den Mächten beschlossene Notifizierung ist gestern in Konstantinopel erfolgt. Was nun ? Man wird

es sehen. In den Tag hineinzuleben scheint heute das Schicksal Europas.

Dienstag, 17. Februar. – Doumergue teilt im Ministerrat mit, daß der Großwesir die Mitteilung der Mächte mit einer sehr zweideutigen Note beantwortet hat. Darin heißt es im Schaukelstil einerseits, die türkische Regierung nehme Kenntnis von dem Beschluß Europas, daß die Inseln Imbros, Tenedos und Kastellorizzo der Türkei zurückgegeben werden sollen, und andererseits, daß die türkische Regierung sich betreffs Chios' und Mytilenes „im Bewußtsein ihrer Pflichten und in Würdigung der Wohltaten des Friedens bemühen wird, ihre billigen und berechtigten Ansprüche geltend zu machen". Wohl dem klugen Mann, der weiß, ob diese Wendung Europa mit Widerstand bedroht oder ihm Fügsamkeit verspricht!

Donnerstag, 19. Februar. – Der Prinz von Wied, der nächste Woche zur Entdeckung Albaniens ausziehen wird, kehrt aus England zurück, wo er den König besucht hat. Er kommt durch Paris und stellt sich mir vor. Ich lade ihn zum Frühstück mit einigen Gästen ein. Er ist ein großer, noch junger Deutscher von recht vornehmem Wesen, aber mit schüchterner, verlegener Miene und einer gewissen militärischen Steifheit, mehr Künstler und Musiker als Diplomat, ohne jede Kenntnis des Landes, das er dank den Mittelmächten als regierender Fürst oder als König, jedenfalls als Mbret beherrschen soll. Er hat nichts von einem Eroberer noch selbst von einem Führer. Ich frage ihn, ob er Albanien schon kenne. „Nein", entgegnet er, und gleichsam zur Entschuldigung für seine Unkenntnis setzte er hinzu: „Aber ich war in Palästina und Ägypten." Er gedenkt sich in Durazzo niederzulassen, so daß er im Falles eines Schreckschusses sich leichter nach Triest einschiffen kann. Er hat keinerlei Programm und reist mit der schönen Ahnungslosigkeit eines Touristen, der seinen Baedeker erst nach der Heimkehr lesen will.

Sonnabend, 21. Februar. – Doumergue legt im Ministerrat die Vereinbarung über Kleinasien vor, die nach mühseligen Verhandlungen eben in Berlin paraphiert worden ist. Der Ministerrat billigt sie, und Doumergue teilt dieses Jules Cambon mit. Sie ist ein neuer Beweis für unsere versöhnliche Gesinnung gegenüber Deutschland. Möge Deutschland das anerkennen und uns Dank dafür wissen!

Sonntag, 22. Februar. – Vormittags empfange ich Paul Cambon.

Wie er mir sagt, hat der König von England selbst gewünscht, daß das deutsch-englische Abkommen über die portugiesischen Kolonien nicht veröffentlicht wird. Und Sir Edward Grey hat unserm Botschafter vor zwei Tagen erklärt, die Regierung verzichte auf diese Veröffentlichung. Anscheinend herrscht also völliges Einvernehmen zwischen der Krone und dem britischen Kabinett über eine Frage, die die öffentliche Meinung in Frankreich verletzen könnte. Wenn aber das Abkommen nicht veröffentlicht wird, will Grey aus verfassungsmäßigen Bedenken keinen Geheimvertrag schließen, und er wird gewiß keine endgültige Unterschrift leisten. Damit wird das Ganze hinfällig. Das ist Paul Cambons sichere Hoffnung.

Lächelnd erzählt er mir, er habe mit Joseph Caillaux gesprochen, und dieser habe ihm unter dem Eindruck seines kleinen Zerwürfnisses mit Sir Francis Bertie im Jahre 1911 den Wunsch ausgedrückt, sobald wie möglich, bevor er von neuem Ministerpräsident werde, von England wieder in Gnaden aufgenommen zu werden. Gleich Clemenceau ist Caillaux immer nur mit dem ersten Platz zufrieden. Ob das eine Schwäche oder Stärke ist, wird die Zukunft zeigen. Aber Doumergue ist noch nicht tot . . .

Montag, 23. Februar. – Besuch Sir Francis Berties. Er war in London, hat den König Georg und Sir Edward Grey gesprochen. Der König wünscht, daß der Vertrag mit Deutschland nicht „vor seiner Reise nach Frankreich" veröffentlicht wird. Weiter nichts. Paul Cambon hatte mir gesagt: „Er wird überhaupt nicht veröffentlicht." Der Unterschied ist beträchtlich. Ich teile es dem Ministerpräsidenten mit. Er weiß so wenig wie ich, was er davon halten soll. Warten wir das Weitere ab. Jedenfalls bleibt uns eine Frist von sechs Wochen.

Mittwoch, 25. Februar. – Paléologue telegraphierte gestern, die durch Kokowzows Rücktritt entstandene Krise sei noch nicht beendigt. Auf den schwankenden Willen des Zaren machen sich verschiedene Einflüsse geltend. Man fragt sich, welchem er nachgeben wird.

Ich empfange den Grafen Gontaut-Biron, Deputierten der Basses-Pyrénées, der gerade aus Rußland zurückkehrt. Er hat Nikolaus II. und Kokowzow gesprochen und sich bei der Großfürstin Wladimir aufgehalten. Wie diese ihm gesagt hat, hat der Fürst Meschtschersky, der für eine heftige Reaktionspolitik ist, gewaltigen

Einfluß auf die Zarin gewonnen, und Kokowzows Rücktritt ist das Ergebnis eines langen Ränkespiels. Vor zwei Jahren, so versicherte die Großfürstin, war der Ministerpräsident hinter den Briefwechsel zwischen der Zarin und dem berüchtigten sibirischen Mushik Rasputin gekommen, der eine so seltsame Macht über sie besaß. Diese Briefe enthielten zwar nichts, was die Ehre der Zarin berührte, bewiesen jedoch eine fortwährende Einmischung Rasputins in die kaiserlichen Familienangelegenheiten, ja selbst in die Staatsgeschäfte. Kokowzow hielt es für seine Pflicht, den Zaren darauf hinzuweisen. Dieser nahm seinen Schritt sehr wohl auf und dankte ihm dafür. Der Mushik wurde entfernt. Doch es gelang der Zarin bald, ihm eine glänzende Genugtuung zu verschaffen. Er kehrte zurück und nahm bei Hofe seine bevorzugte Stellung wieder ein. Er beherrscht den Geist der Zarin dermaßen, daß er die jungen Großfürstinnen unter dem Vorgeben, sie von ihren Sünden zu erlösen, mit seinen Zudringlichkeiten bis an ihr Bett verfolgt und daß das Vertrauen ihrer Mutter durch diese geheimnisvollen Exorzismen nicht erschüttert wird. Die Zarin hat ihr Ziel erreicht. Auf ihr Betreiben hat der Zar Kokowzow entlassen. Er hat zwar schwer unter dem ihm aufgedrängten Entschluß gelitten, anscheinend aber nicht den Mut gehabt, den Bitten seiner Frau zu widerstehen. So gibt die Schwachheit des Zaren seiner Rechtschaffenheit bisweilen den Anschein der Unehrlichkeit . . .

Montag, 2. März. – Der Deputierte Joseph Reinach bittet um eine Audienz, um mit mir über „ernste Dinge" zu reden. Wie er mir sagt, hat er aus Mülhausen einen Brief von Mathieu Dreyfus erhalten, dem Bruder des ungerechterweise wegen Landesverrats angeklagten Hauptmanns, dessen Prozeß Frankreich so unselig zerrissen hat. Mathieu Dreyfus teilt Reinach einen Fragebogen mit, den die deutschen Behörden an alle Industriellen im Elsaß versandt haben. Gefragt wird darin nach der Kohlenmenge in Tonnen, die sie im Kriegsfalle für ihre Werke benötigen. Es scheint sich um eine Mobilmachungsvorbereitung zu handeln. Reinach drängt, daß das Gesetz über die Einheiten unverzüglich verabschiedet wird. Wie er hinzufügt, hat Noulens der Heereskommission zugesagt, die Aussprache über dies Gesetz vor dem Militärbudget vorzunehmen, aber der Finanzminister hat Einwendungen erhoben, und der Kriegsminister hat nachgegeben. Reinach bittet mich, den Ministerrat auf die Wichtigkeit der Frage hinzuweisen. Ich verspreche es ihm.

Doumergue hat von unserm neuen Botschafter in St. Petersburg ein Telegramm erhalten, worin dieser von seiner Audienz beim Zaren berichtet. Nikolaus II. hat den Wunsch geäußert, daß die Tripleentente sich eines Tages in einen Dreibund verwandeln möge. Paléologue, der sich aller Unterredungen Paul Cambons in London entsinnt, sowohl derjenigen von 1912 wie der früheren, hat klüglich geantwortet, es sei bei England ein allgemeiner Grundsatz, fast ein Dogma, keine Bündnisse einzugehen, solange keine drohende Kriegsgefahr besteht. Alles, was Rußland vom britischen Kabinett zu erlangen suchen könne, seien Abkommen nach Art derjenigen, die Frankreich selbst mit England getroffen habe, d. h. defensive Militärkonventionen, die bei drohender Kriegsgefahr von den Regierungen in Betracht gezogen und bei Zustimmung der Parlamente in Bündnisse verwandelt werden könnten. „Wenn Eure Majestät wünschen," hatte Paléologue geschlossen, „würde Doumergue sich sicherlich nicht weigern, Sir Edward Grey offiziell zu sondieren, und im Fall einer günstigen Antwort wäre vielleicht auch der Präsident der Republik erbötig, mit König Georg zu sprechen, der demnächst nach Paris kommen muß." Der Zar entgegnete: „Teilen Sie bitte Doumergue und Poincaré mit, daß ich ihnen dankbar dafür wäre."

Freitag, 6. März. – Georges Clemenceau fährt fort, mich in den beiden ersten Spalten des „Homme libre" mit kräftigen Liebenswürdigkeiten zu überschütten. Jetzt bezichtigt er mich, im Verein mit Briand, Barthou und Millerand gegen das Kabinett zu konspirieren. Diesmal scheint mir der Spaß etwas zu weit zu gehen, und ich schreibe an den Ministerpräsidenten: „Ich weiß nicht, ob Sie Clemenceaus gestrigen Artikel im „Homme libre" gelesen haben. Ich bin sicher, daß ich mich vor Ihnen und Ihren Kollegen nicht von dem Vorwurf der Unehrlichkeit reinzuwaschen brauche; er ist ebenso dumm wie gehässig. Ich habe, glaube ich, Ihrem Kabinett zur Genüge bewiesen, daß ich nicht nur unfähig bin, gegen irgendeine meiner verfassungsmäßigen Pflichten zu verstoßen, sondern daß ich auch stets bereit bin, den Ministern freundschaftliche Beihilfe zu leisten, wenn ich mir in den Ratssitzungen auch die Freiheit des Denkens und der Sprache wahre. Ich befürchte also nicht, daß diese Angriffe den geringsten Eindruck auf Sie oder auf Ihre Kollegen machen können. Aber in den Kammern kann es schlecht unterrichtete Personen geben, die sie ernst nehmen. Schließlich ist

Clemenceau auch kein einfacher Journalist, sondern ein wichtiger Senator, ein früherer Ministerpräsident und einer Ihrer Freunde; man kann annehmen, daß er Bescheid weiß. Ich denke mir das meine über seine fortgesetzten Angriffe, und er irrt sich stark, wenn er glaubt, er werde mich dadurch entmutigen und mich vom geraden Wege abbringen. Setzt er sie jedoch fort, so werde ich genötigt sein, mich mit Ihnen ins Benehmen zu setzen, um Mittel und Wege zur öffentlichen Entlastung des Präsidenten der Republik von dem beleidigenden Verdacht, den man ihn aufbürden will, und von der Verantwortung, die man ihm geflissentlich zuschiebt, zu finden. Halten Sie sich, lieber Präsident und Freund, meiner herzlichen Zuneigung versichert." Ich bin im voraus gewiß, daß Doumergue nötigenfalls ein Mittel finden wird, um die Dinge öffentlich ins reine zu bringen.

Der Generalstabschef, General Joffre, den ich mit Zustimmung des Kriegsministers zu mir berufen habe, beantwortet die Frage, die ich ihm über das Militärgesetz stelle. „Es wäre erwünscht," sagt er, „wenn es bis zum 1. April angenommen würde. Geschähe das nicht, so würde ich es nicht gerade für verhängnisvoll halten, denn ich will nichts übertreiben; wohl aber für ernst. Es würden 15 neu aufzustellende Batterien fehlen, d. h. ein Drittel der schweren Artillerie, und man könnte die vorgesehenen Pionierkompanien nicht aufstellen." Ich weise Doumergue und Noulens auf diese Gefahr hin.

Sonnabend, 7. März. – Doumergue sucht mich auf und erklärt mir klipp und klar, er sei bereit, mich unter allen Umständen zu decken, und werde zu diesem Zweck vor den Kammerwahlen energische Worte sprechen. Er glaubte Clemenceau beschwichtigt zu haben, erkannte aber an, daß es ihm nicht gelungen ist. Clemenceau ist ja ein Mann, der sich durch niemand beschwichtigen läßt, wenn er nicht will.

Doumergue ist mit mir und mit Noulens der Ansicht, daß das Gesetz über die Heeresverstärkung vor Schluß der Sitzungsperiode verabschiedet werden muß. Im Ministerrate tritt er entschieden dafür ein, ebenso Noulens. Ein entsprechender Beschluß wird gefaßt. Bleibt die Ausführung.

Am Nachmittag tagt unter meinem Vorsitz der Oberste Rat der Landesverteidigung im Elysée. Das Marineministerium, das die Küstenverteidigung in den großen Seehäfen übernommen hatte,

möchte diese Sorge jetzt lieber wieder dem Kriegsministerium überlassen. Ein ergebnisloser Streit, dessen Fortdauer mich verwundert und dem ich gern bald ein Ende machen würde.

Montag, 9. März. – Ich empfange den Geschichtschreiber Großfürst Nikolai Michael, korrespondierendes Mitglied des Institut de France, einen klugen, einnehmenden und hochgebildeten Mann, der jedoch zu kühnen Urteilen und zu üblen Nachreden neigt. Nach seiner Ansicht verkehrt Paléologue in St. Petersburg zu viel in den Aristokratenkreisen und läßt sich von der Großfürstin Wladimir beschwatzen, die bei Hofe schlecht angeschrieben ist und deren Urteile der Bosheit verdächtig sind. Aber der Großfürst selbst spricht von der Zarin ebenso abschätzig und zweifellos ebenso leichtfertig wie die Großfürstin; ja es macht ihm Vergnügen, bedenkliche Geschichten über Rasputin zum besten zu geben. Ich frage mich, ob er mit solchem Klatsch die Geschichte seines Landes zu schreiben gedenkt.

Dienstag, 10. März. – Trotz der freundschaftlichen Ratschläge, die Barthou, wie er mir sagt, Calmette gegeben hat, setzt dieser seine Angriffe gegen Caillaux erbarmungslos fort. Heute gräbt er die Affäre des Finanzmanns Rochette wieder aus und zieht sowohl den Finanzminister wie Monis hinein. Die Öffentlichkeit findet wieder Geschmack an Skandalen, und die Atmosphäre wird allmählich vergiftet . . .

Donnerstag, 12. März. – Kreuzfeuer. Die „Action française" spricht mit Behagen von dem Scheitern des Experiments mit Poincaré, wie sie es nennt. Und im „Homme libre" spottet Clemenceau: „Ich unterliege dem Experiment mit Poincaré, aber ich beteilige mich nicht daran." Doch was tut dies? Kein Mensch wird mich dahin bringen, aus Ermüdung oder Zermürbung einen Posten zu verlassen, auf dem ich nach meinem Gefühl im Rahmen meiner verfassungsmäßigen Befugnisse einiges Gute tun und viel Schlimmes verhüten kann. Die Kammer hat heute das Kadresgesetz nach einer sehr demonstrativen Rede von Noulens mit 415 Stimmen angenommen. Vielleicht war es nicht umsonst, daß ich in den letzten Tagen da war, um die Regierung auf die Vorstellungen des Generals Joffre hinzuweisen.

Freitag, 13. März. – Während Clemenceau mir gegen allen Augenschein den Vorwurf macht, ich sei von den Rechtsparteien gewählt worden, und in dem „Experiment mit Poincaré" nur „einen Ver-

such zugunsten der religiösen Interessen" sieht, tadelt sein Todfeind Judet mich dagegen im „Eclair" von heute morgen heftig, ich hätte im Jahre 1912 die halbamtlichen Beziehungen eingestellt, die ein Attaché unserer Botschaft beim Quirinal im Jahre 1911 mit dem Vatikan angeknüpft hätte. Nach Judets Ansicht habe ich die schwachen, aber nützlichen Bande, die mein Vorgänger im Ministerpräsidium zwischen Paris und Rom weislich angeknüpft hatte, unter dem Vorwand parlamentarischer Korrektheit roh abgerissen. Nichts ist unzutreffender. Ich habe lediglich dunklen, weitläufigen Beziehungen ein Ende gemacht, die die Kammern niemals gebilligt hätten und die dem Heiligen Stuhl nicht einmal gefallen könnten, da er sich stets gegen indirekte Beziehungen erklärt hat. So bin ich denn dem einen zu weiß, den anderen zu rot oder zu blau. Aber was liegt mir an den Brillen, durch die man mich sieht? Ich suche meinen geraden Weg zu gehen, ohne die Farbe zu wechseln . . .

Sonnabend, 14. März. – Stendhal behauptete, wenn man einen Menschen kennenlernen wolle, müsse man ihn allmorgendlich beobachten, wenn er auf die „Jagd nach dem Glücke" geht. Diese Jagd findet im Elysée nicht statt. Deshalb kennt man die Bewohner dieses Hauses wohl auch so schlecht. Das Glück! Noch heute habe ich keinen Schatten davon gesehen.

Auf Doumergues Antrag ist der Ministerrat auf Montag verschoben worden. Doch am Vormittag erscheint Caillaux nach telephonischer Anmeldung in meinem Kabinett, krebsrot im Gesicht und mit zuckenden Bewegungen. Infolge der Artikel Calmettes ist es gestern in den Kammern, wie zu erwarten stand, zu einem Zwischenfall über die Affäre Rochette gekommen. Die Regierung hat bei der Abstimmung die Mehrheit erhalten, aber die Aussprache soll am Dienstag fortgesetzt werden. Nach einem Worte des Kardinals von Retz, den Caillaux sehr bewundert, hatte dieser heute morgen die Miene eines Mannes, „dem es an die Nieren geht". Calmette rüstet nicht ab. Er hat gestern einen alten Privatbrief veröffentlicht, in dem Caillaux sich rühmte, die Einkommensteuer zu Falle gebracht zu haben, während er sie scheinbar verteidigte. Caillaux hat in einer Havasnote geantwortet, die Calmette heute morgen kommentiert hat, wobei er die Affäre Rochette hineingezogen hat. Dieser Pressekrieg wird zweifellos ohne Erbarmen geführt. Die Politik scheint keine genügende Erklärung dafür zu

bieten, und der Gegensatz zu der sonstigen Haltung des Direktors des „Figaro" wird immer krasser.

„Das ist noch nicht alles", sagt Caillaux zu mir. „Ich weiß aus sicherer Quelle, daß Calmette jetzt eine Aufzeichnung veröffentlichen will, die der Generalstaatsanwalt Fabre am Pariser Gerichtshof früher zu seiner Rechtfertigung geschrieben hat. Dieser Generalstaatsanwalt behauptet, im Jahre 1911 habe meine Regierung ihn zum Aufschub der Sache Rochette gezwungen, und an jenem Tage habe er die größte Demütigung seines Lebens erfahren. Sie sehen, wie man mich zu hetzen sucht. Aber ich bin in der Lage, mich zu verteidigen, und werde es tun. Fabre hat mir selbst zweimal Dinge gesagt, die diese Aufzeichnung widerlegen und die ich wiederholen werde. Rochettes Advokat, Maurice Bernard, war es, der den Aufschub bei Gericht beantragt hat. Nimmt man mich vor, so werde ich meinerseits gezwungen sein, Briand und Barthou in die Sache hineinzuziehen, denn sie haben als Justizminister die Aufzeichnung Fabres in Händen gehabt und einer oder der andere hat zweifellos darüber gesprochen. Das alles wird bedauerlich sein. Es läge wirklich im öffentlichen Interesse, solche traurigen Händel zu ersticken."

Caillaux geht dann auf zahlreiche Einzelheiten ein, die ich in meinen vergilbten Blättern ruhen lasse. Nach so vielen Jahren kommen sie mir vorsintflutlich vor, und ich habe keinen Mut, sie hier wiederzugeben. Caillaux schließt mit den Worten: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich überlegten, ob Sie nicht mit Briand und Barthou sprechen können." Ich verspreche, sie rufen zu lassen, aber ich bin angeekelt von all diesen Skandalen, die mir bei der Lage Europas aberwitzig erscheinen.

Da Doumergue mit dem Prinzen Georg und der Prinzessin Maria von Griechenland, der Tochter des Prinzen Roland Bonaparte, im Elysée frühstückt, teile ich ihm den Besuch von Caillaux und meine Unterredung mit ihm mit. Er ist gleich mir tiefbetrübt über diese Zänkereien. Caillaux, der sich von Briand und Barthou angegriffen wähnt, brennt darauf, ihnen zu antworten. Wem wird dieser häusliche Zwist zugute kommen?

Briand ist in St. Etienne und soll erst am Dienstag vormittag nach Paris zurückkehren. Ich kann ihn also nicht gleich sprechen. Barthou folgt meinem Rufe. Wie er mir sagt, hat er die Aufzeichnung Fabres in Händen gehabt, beabsichtigt aber keineswegs, sie

zu veröffentlichen. Er glaubt nicht, daß Calmette an ihre Veröffentlichung denkt . . .

Sonntag, 15. März. – Mein lieber Freund Alfred Mézières, der trotz seiner 88 Jahre noch immer jung ist, hat mich eingeladen, heute beim Festmahl der Pariser Journalisten den Vorsitz zu führen. Ich gehe in Gesellschaft des Ministers des Innern René Renoult hin. Da ich tief besorgt über die Gehässigkeiten bin, die Frankreich in ernster Zeit zu zerreißen drohen, benutze ich diese Gelegenheit, um der Pariser Presse öffentlich Ritterlichkeit und Mäßigung anzuempfehlen . . .

Montag, 16. März. – Vor dem Ministerrate, der ausnahmsweise auf diesen Vormittag anberaumt ist, haben Doumergue und Caillaux eine Unterredung mit mir in meinem Kabinett. Sie bestehen darauf, daß ich Briand kommen lasse, der heute aus St. Etienne zurückkehrt. Wie sie sagen, glauben sie zu wissen, daß ein Abendblatt die Aufzeichnung Fabres heute oder morgen veröffentlichen wird. „Findet diese Veröffentlichung statt," setzen sie hinzu, „so wird man die Verantwortung dafür unfehlbar auf Briand und Barthou schieben, die die Aufzeichnung als Justizminister von Amts wegen in Händen gehabt haben. Möglicherweise werden Caillaux und Monis durch die Angaben des Generalstaatsanwalts belastet. Aber Briand und Barthou werden in Verdacht kommen, selbst eine sträfliche Indiskretion begangen zu haben. Man wird sie bezichtigen, daß sie ein Schriftstück, das sie im Ministerium belassen oder vernichten mußten, für sich behalten und es gegen politische Gegner benutzt haben. Die Führer der beiden Fraktionen der republikanischen Partei laufen also in gleicher Weise Gefahr, durch diese Enthüllung bloßgestellt zu werden." Ich kann die Richtigkeit dieser Bemerkungen nur anerkennen. Ich erkläre mich bereit, Barthou am Nachmittag nochmals kommen zu lassen und auch Briand zu mir zu bestellen, allerdings unter der Bedingung, daß Doumergue dabei zugegen ist. Demgemäß wird beschlossen.

In dem Augenblick, wo Doumergue mein Kabinett verlassen will, entschuldigt Caillaux sich bei ihm, er habe mir noch etwas unter vier Augen zu sagen. Doumergue geht hinaus, und als wir allein sind, fährt Caillaux sehr erregt fort: „Es ist noch etwas anderes und Ernsteres, Herr Präsident. Wie ich erfahren habe, will Calmette morgen oder demnächst andere Privatbriefe veröffentlichen, die ihm übergeben worden sind. Nie ist ein Politiker so ver-

folgt worden wie ich. Eine so furchtbare Prüfung kann ich nicht erdulden. Werden diese Briefe veröffentlicht, so bleibt mir nichts übrig, als Calmette totzuschießen." – „Aber wer hat Ihnen denn diese Auskünfte gegeben?" frage ich. „Calmette hat die Grenzen einer erlaubten Polemik bereits überschritten, indem er den ersten Privatbrief veröffentlichte, in dem Sie von der Einkommensteuer sprachen. Aber ganz streng genommen erklärte der politische Charakter dieser Wendung ihre Veröffentlichung, ja rechtfertigte sie sogar. Es ist ausgeschlossen, daß andere Privatbriefe veröffentlicht werden. Ich halte Calmette für unfähig zu derartigen Angriffen. Jedenfalls gibt es Mittel, ihm Halt zu gebieten. Ist Maurice Bernard nicht Ihr Anwalt? Sie täten gut, ihn aufzusuchen. Wenn Sie es wünschen, will ich selbst noch heute mit ihm sprechen. Ich weiß, er kennt Calmette. Er wird sich gewiß nicht weigern, mit ihm zu reden."

Kurz darauf findet der Ministerrat statt. Caillaux zeigt dabei eine Kaltblütigkeit und Ruhe, die in schroffem Gegensatz zu der Nervosität in meinem Kabinett steht. Nur im Nacken und im Gesicht ist er noch etwas rot. Er legt den Finanzplan dar, den er in der Kammer einzubringen gedenkt: eine allgemeine Einkommen- und Ergänzungssteuer nebst einer Steuererklärung, die nicht nachgeprüft oder nur mit Hilfe der beiden Unterlagen nachgeprüft wird, über die die Verwaltung heute verfügt; Aufnahme dieser Steuer, die das Kabinett Barthou vergebens zu bekämpfen gesucht hat, in das Finanzgesetz. Einige Mitglieder der Regierung erheben schüchterne Einwendungen, aber Caillaux widerlegt alle mit einem Wort oder einer Handbewegung.

Maurice Bernard, der stets dienstfertig und gern bereit ist, Händel zu schlichten, kommt zu Beginn des Nachmittags zu mir. Er macht sich anheischig, Calmette von der Veröffentlichung eines intimen Briefwechsels abzubringen, wenn anders der Chefredakteur des „Figaro" wider alle Wahrscheinlichkeit eine solche Absicht hegen sollte. Er wird auch Caillaux aufsuchen und sich ganz zu seiner Verfügung stellen.

Um 4 Uhr nachmittags läßt Doumergue sich bei mir melden; auch Briand und Barthou erscheinen in meinem Kabinett. Ich weise die letzteren darauf hin, daß, wenn eine Veröffentlichung des Fabreschen Protokolls stattfindet, ihre Gegner ihnen unweigerlich die Verantwortung für diese Enthüllung zuschreiben werden, da sie

das Schriftstück als Justizminister in Händen gehabt haben. Beide beteuern ihren lebhaften Wunsch, diesen Skandal zu verhüten, und gedenken unverzüglich einzugreifen.

Nachdem sie fortgegangen sind, bleibt Doumergue noch einen Augenblick bei mir. Da ich mich nicht für berechtigt halte, ihm die Unterredungen zu verheimlichen, die ich im Laufe des Tages mit Caillaux und Maurice Bernard gehabt habe, teile ich sie ihm mit. Er ist gleich mir aufs höchste abgestoßen von diesen traurigen Zwischenfällen, die die Kammern erregen und das Land allmählich anwidern.

Doch um 7 Uhr abends erfolgt ein Theatercoup. Der Polizeipräfekt telephoniert an meinen Generalsekretär Adolphe Pichon, Frau Caillaux habe sich bei der Polizei des 9. Arrondissements als Gefangene gestellt. Nach ihrer eigenen Angabe habe sie in der Chefredaktion des „Figaro" mehrere Revolverschüsse auf Calmette abgefeuert. Einzelheiten fehlen noch.

Nach einigen Minuten telephoniert Doumergue mich an. Auch er hat nur unbestimmte Auskünfte. Man hat ihm gesagt, daß ein anderes Morgenblatt als der „Figaro" morgen die Aufzeichnung des Generalstaatsanwaltes Fabre veröffentlichen soll; ob die Nachricht zutrifft, weiß er nicht.

Wieder verstreichen ein paar Minuten, dann macht der Polizeipräfekt nähere Angaben. Frau Caillaux hat die sechs Schüsse ihres Revolvers auf Calmette abgefeuert, und der Direktor des „Figaro" ist schwer verletzt in die Klinik von Hartmann gebracht worden. Tragisches Nachspiel zu einem traurigen Tage.

Trotzdem müssen wir unsere Gedanken von diesem blutigen Drama losreißen, um in der italienischen Botschaft zu speisen. Tittoni und seine Gattin kommen uns im Vorzimmer des Erdgeschosses entgegen. Während Frau Tittoni an meinem Arme die Treppe hinaufgeht, erzählt sie mir, Frau Caillaux habe die Einladung der Botschaft angenommen, aber um $^1/_2 4$ Uhr, bevor sie zum „Figaro" ging, telephoniert, sie habe die Grippe und ihr Gatte werde allein kommen. Um 7 Uhr habe der Finanzminister sich gleichfalls entschuldigen lassen.

Als ich die Salons betrete, sehe ich nur schweigende, betroffene Gruppen. Doumergue, der sich sonst zu beherrschen pflegt, vermag seine Erregung nicht zu verbergen. Wie er mir sagt, hat Caillaux ihm seine Demission angeboten; er hat sie abgelehnt. Ich kann diese

freundschaftliche Ablehnung nur billigen, setze jedoch hinzu, es scheine mir trotz allem sehr schwierig, daß Caillaux seine Absicht aufgibt. Ich stelle mich dem Ministerpräsidenten zur Verfügung, falls er mich nach der Gesellschaft beim Botschafter zu sprechen wünscht.

Frau Caillaux sollte eine meiner Tischnachbarinnen sein. Auf ihrem Platz sitzt Frau Stephen Pichon, die mit Frau Calmette bekannt und über das Ereignis bestürzt ist. Gegen 10 Uhr abends erhalten wir bessere Nachrichten von dem Verletzten. Man hofft ihn retten zu können. Eine Italienerin, die sich in den Salons der Botschaft fieberhaft Luft zufächelt, erzählt, sie sei Redakteurin beim „Figaro" und habe sich, als die Schüsse erdröhnten, in der Redaktion befunden. Sie wiederholt nachdrücklich, daß man im Begriff gewesen sei, andere Briefe gegen Caillaux zu veröffentlichen. Ich weiß nicht, warum ich den Eindruck habe, daß diese elegante Person zu denen gehörte, die die Freunde des Ministers seit einigen Wochen über die wahren oder falschen Absichten Calmettes informierten.

Der Deputierte Jules Roche ist gleichfalls unter den Gästen. Wie er mir erzählt, war er ebenfalls im „Figaro", als Frau Caillaux dort erschien. Calmette unterhielt sich gerade mit Paul Bourget, als man ihm eine Karte in einem Umschlag überreichte. Bourget fragte scherzend: „Es ist wohl eine Dame?" – „Ja", entgegnete Calmette und zeigte ihm die Karte der Frau Caillaux. „Sie werden sie doch nicht empfangen?" – „Lieber Freund, es ist eine Frau. Wie kann ich ihr die Tür weisen lassen?" Bourget ging, und Calmette gab Befehl, Frau Caillaux in sein Kabinett zu führen. Fast unmittelbar darauf vernahm man die Revolverschüsse. Der Verletzte wurde in die Klinik von Hartmann geschafft; er hatte noch soviel Kraft, den Herbeieilenden zu sagen: „Ach, liebe Freunde, mein Haus, mein armes Haus."

Wir kehren vor 11 Uhr ins Elysée zurück und erfahren bei der Ankunft, daß die Ärzte, die einen Augenblick hoffnungsvoll waren, eine Kugel im Mastdarm gefunden und einen tödlichen Bluterguß festgestellt haben. Armer Calmette! Er hat sich mit seinem Pressekrieg gegen Caillaux gründlich verrechnet. Wenn er auch das Recht zum Angriff auf einen mächtigen politischen Gegner hatte, so hat er doch zu viele ungenügend geprüfte Behauptungen hineingemischt. Er hat sich ganz unbegreiflicherweise zur Veröffentlichung

eines Privatbriefes verleiten lassen und dadurch den Verdacht hervorgerufen, daß er noch andere in Besitz haben könne. Aber wenigstens hat er diesen erbitterten Kampf mit offenem Visier geführt, und wenn er auch die Waffen, die man ihm darbot, zu wahllos angenommen hat, so ist er doch sicherlich keinem anderen Gefühl gefolgt als dem Wunsche, die Ideen zu verfechten, die stets die seinen gewesen sind. Er ist tot, ich gedenke nicht ohne tiefen Kummer unserer früheren Begegnungen bei gemeinsamen Freunden, Künstlern oder Schriftstellern, wo er mir soviel Sympathie und Vertrauen entgegenbrachte. Seit dem Tage, wo er Caillaux befehdete, um Briand und Barthou wieder zur Macht zu bringen, war er so taktvoll, mich nicht wieder aufzusuchen; aber nie werde ich den liebenswürdigen und geistvollen Publizisten vergessen, der mir stets die selbstloseste Treue bewiesen hat.

Der Abend vergeht, ohne daß Doumergue ins Elysée kommt. Er telephoniert, er werde morgen früh in mein Kabinett kommen. Inzwischen versuche ich, mich von dem quälenden Eindruck dieses Dramas zu befreien, aber die ganze Nacht durch wechselt der Alpdruck mit Schlaflosigkeit.

Achtzehntes Kapitel

Das erste Wiederaufleben der Affäre Rochette – Eine Untersuchungskommission – Ende der Legislaturperiode – Aufenthalt in Eze – Ein russischer Schritt – Besuch des englischen Königspaares in Paris – Empfang im Elysée – Austausch friedlicher Ansprachen – Die Truppenschau in Vincennes – Im Rathause. – Beim Rennen in Auteuil – Unterredung Doumergues mit Sir Edward Grey

Am 17. März frühmorgens kommt Doumergue mit sorgenvoller Miene ins Elysée. Die Uhr zeigt kaum die neunte Stunde. Aus Taktgefühl hat der Ministerpräsident Caillaux' Demission nach wie vor abgelehnt, aber er erwartet von diesem, daß er sie aufrechterhält, und hält die Umbildung des Ministeriums für notwendig. Er hat verschiedene Möglichkeiten ins Auge gefaßt, aber noch keine Wahl getroffen. Er will seine Kollegen zusammenberufen und sie befragen. Er sieht voraus, daß sie dafür sein werden, Renoult das Finanzministerium an Stelle des Ministeriums des Innern zu geben und an seine Stelle den Handelsminister Maloy zu setzen, der sich als sehr geschickter parlamentarischer Taktiker erwiesen hat. Der Unterstaatssekretär Péret im Ministerium des Innern soll Maloys Nachfolger werden. Damit wäre alles geregelt. Ich persönlich würde es vorziehen, daß Bienvenu-Martin, dessen Erfahrung als Verwaltungsmann ich kenne, das Portefeuille des Innern erhielte und daß Jeanneney oder Lhopitau nach der Place Vendôme käme. Ich schlage Doumergue diese Lösung vor, aber er verhehlt mir nicht, daß der Gedanke, den Justizminister außerhalb des Kabinetts zu suchen, ihm widerstrebt. Er hat es eilig, zum Schluß zu kommen; außerdem liegt ihm natürlich daran, nicht in den Verdacht zu kommen, daß er den Justizminister im Hinblick auf den bevorstehenden Prozeß auswähle. Zu Anfang des Nachmittags findet ein Ministerrat am Quai d'Orsay statt, und gleich darauf teilt Doumergue mir mit, die Regierung habe beschlossen, sich unter den Bedingungen, die er mir angegeben hatte, zu reorganisieren. Das Unterstaatssekretariat im Ministerium des Innern soll Abel Ferry angeboten werden, dem Sohne von Charles und Neffen von Jules Ferry, der noch in seinen hoffnungsvollen Anfängen steht.

Der Tag schließt mit einem neuen Theatercoup, der weniger blutig ist als der gestrige, aber nicht weniger überraschend. In der Kammer hat eine Debatte stattgefunden. Die Affäre des Finanzmannes Rochette ist wieder auferstanden und eine neue Untersuchung angeordnet worden. Plötzlich hat Barthou die Tribüne bestiegen, die Urschrift der Aufzeichnung des Generalstaatsanwalts Fabre aus der Tasche gezogen und sie verlesen. Tiefbewegt vom Tode seines Freundes Calmette, sucht Barthou mich am Nachmittag auf; aber nichts in unserem Gespräch läßt mich seine Absicht erraten. Wie dem aber auch sei, das Schriftstück ist nun auf andere Weise als durch eine Veröffentlichung im „Figaro" bekanntgeworden, und Caillaux' Gegner werden nun versuchen, es gegen ihn auszubeuten.

Aber auch Caillaux hat Freunde, die ihm die Treue halten. Einige sind sogar leidenschaftlich und ungerecht. Zweifellos wissen sie weniger gut Bescheid als er und suchen mich in diese traurigen Dinge hineinzuziehen, obwohl ich ihnen völlig fern stehe. Zeitungen wie die „Guerre sociale" begnügen sich nicht damit, Frau Caillaux, wie es ihr Recht ist, warm in Schutz zu nehmen, sie behaupten auch, aller Wahrheit zuwider, ich sei der Haupturheber von Calmettes Presseangriffen. Die „Guerre sociale" betont die Freude, welche die „nationalistische und briandistische Presse" über Caillaux' Rücktritt empfinde, und in ihrer Nummer vom 18. März schreibt sie sogar: „Calmette holte sich seine Informationen täglich im Elysée." Eine infame Lüge, die kein Mensch zu vertreten gewagt hat, weder im Juli 1914 vor dem Schwurgericht noch im Jahre 1920 vor dem Obersten Gerichtshofe. Ihre anonymen Urheber haben sich stets im Dunkeln gehalten, nachdem sie Caillaux irregeführt hatten.

Wie ich höre, verbreiten ein paar fanatische Anhänger von Caillaux in den Gängen der Deputiertenkammer die gleichen Verleumdungen und andere, noch gehässigere oder noch lächerlichere. Zu gleicher Zeit kommt Caillaux zu mir, um mir überschwenglich für das Vertrauen und die Sympathie zu danken, das ich ihm während seines Ministeriums erwiesen habe.

Aber der Eingriff der Regierung, der seinerzeit in der Affäre Rochette erfolgt ist und über den der Generalstaatsanwalt Fabre in seiner Aufzeichnung klagt, war anscheinend nicht nur das Werk von Caillaux, der den Geldmarkt durch die Enthüllungen gefährdet

glaubte, die der Angeklagte bei seiner Vernehmung über die Gelder zu machen drohte, die gewisse Kreditinstitute an die Presse verteilt hatten; er war zugleich auch das Werk des damaligen Ministerpräsidenten und Justizministers Monis, der den Bitten seines Kollegen, des Finanzministers, nachgegeben hatte. Nun aber ist Monis, gegenwärtig Marineminister im Kabinett Doumergue, dem Beispiel von Caillaux noch nicht gefolgt. Er hat sein Portefeuille nicht zur Verfügung gestellt. Doumergue erwartet seine Demission bis zum 19. März. Sie trifft an diesem Tage ein, während die Pariser Bevölkerung, unbesorgt um unsere Verdrießlichkeiten, den Fastnachtstag begeht und die Karnevalskönigin im Elysée ein Armband von meiner Gattin empfängt.

Wer soll Monis' Nachfolger werden? Schon vor vier Jahren hat mein Kollege in der Akademie, Emile Faguet, mir mit einer sehr herzlichen Widmung sein Buch über den Kultus der Unzulänglichen gesandt. Wird er uns wieder eine willkürliche Wahl vorwerfen? Doumergue kommt auf den glücklichen Einfall, sich an Albert Lebrun zu wenden, aber der Deputierte der Meurthe-et-Moselle lehnt ab, die Stunden verstreichen, die Ränke beginnen, und um zum Ziele zu kommen, verfällt der Ministerpräsident auf einen Senator der Aude, Gauthier, einen sehr rechtgläubigen, liebenswürdigen und wohlmeinenden Radikalen, der aber leider noch in den Anfangsgründen der politischen Schule steckt und kaum die Zeit finden wird, sie zu absolvieren.

Calmettes Brüder, denen ich mein Beileid ausgesprochen habe, bedanken sich bei mir, ebenso sein Schwager, der Generaladvokat Marchand, der Vater René Marchands, der – – damals noch nicht daran dachte, ein „Schwarzbuch" zu übersetzen.

Alle drei versichern mir, und ich zweifle ihre Worte nicht an, daß sich in den Papieren des Verstorbenen keine Privatbriefe von Caillaux oder von den Seinen befunden haben und daß er somit keine hätte veröffentlichen können. Dagegen befanden sich unter seinen Papieren eine wörtliche Abschrift der Aufzeichnung Fabres und zwei Abschriften der berühmten grünen Telegramme von 1911 von Calmettes Hand. Meine Besucher legen mir diese letzteren vor und sagen mir, sie sähen wohl ein, daß sie zu schwerwiegend seien, als daß sie sie behalten wollten, und sie händigen sie mir aus. Ich danke den Herren Calmette und Marchand für ihren Schritt und nehme die Abschriften an, jedoch unter der Bedingung, den Mi-

nisterpräsidenten und Minister des Auswärtigen sofort in Kenntnis davon zu setzen. Ich benachrichtige Doumergue telephonisch.

Der Freiherr v. Schoen ist gerade bei ihm gewesen, und nachdem er mit ihm über verschiedene Dinge gesprochen hat, hat er einfließen lassen: „Was ist das eigentlich mit den grünen Telegrammen?" – „Ich weiß nicht, was Sie meinen." – „Nun, die Geschichte, die einige Ihrer Zeitungen betreffs der deutsch-französischen Verhandlungen von 1911 erzählen." – „Ich weiß nichts. Im Ministerium hat niemand begriffen, um was es sich handeln kann." Am Schluß der Unterredung hat Doumergue den Botschafter freundschaftlich gefragt: „Nun reisen Sie bald nach dem Süden?" – „Nein, noch nicht. Ich muß in Paris bleiben, falls diese Bombe platzen sollte." Wir sind also gewarnt. Deutschland hat schon 1911 durch eine leicht festzustellende Unvorsichtigkeit erfahren, daß man am Quai d'Orsay seine Telegramme entzifferte. Es hat sogar daraufhin seine Chiffre geändert, und bis zum Jahre 1914 ist es uns noch nicht wieder gelungen, sie herauszubekommen. Trotzdem wünscht es nicht, daß die Sache enthüllt wird, und geschieht dies doch, so wird eine Explosion erfolgen, die uns einen amtlichen Schritt des Botschafters zuzieht.

Aber schon platzt eine andere Bombe, und zwar durch eine Aussage Maurice Bernards vor dem Untersuchungsausschuß. An das Berufsgeheimnis gebunden, hat Maurice Bernard die Aussage darüber verweigert, auf wessen Veranlassung er den Aufschub der Affäre Rochette beantragt habe. Er hat von einem Herrn X. gesprochen und dadurch die allgemeine Neugier erregt. Wer ist dieser X.? Die Phantasie arbeitet. Für einige hitzige Freunde Caillaux' besteht kein Zweifel: X. kann nur der Präsident der Republik sein. Sie sagen und schreiben es. In ihrer blöden Verblendung schrecken sie vor der Dummheit so wenig zurück wie vor der Niedertracht. Was liegt daran? Hat mein alter Lehrer Marc Aurel mich nicht gelehrt, daß dies die Ordnung der Natur ist und daß Leute dieses Schlages notwendig so handeln müssen?

Inzwischen schreibt Rochette, der geflohen ist, selbst an Jean Jaurès, den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, einen langen Brief, dessen Schriftzüge Maurice Bernard anerkennt und der die Sache klarstellt. Der unauffindbare Finanzmann erklärt, er habe tatsächlich die Absicht gehabt, zu seiner Verteidigung die Liste aller Emissionskosten zu veröffentlichen, die von den Finanz-

instituten gezahlt worden seien. Caillaux habe das erfahren und Maurice Bernard kommen lassen, um ihn zu fragen, ob ein Aufschub ohne Rechtsbeugung möglich sei. Nachdem er diesen gesprochen, habe er sich an den Ministerpräsidenten und Justizminister Monis gewandt, der Fabre eine Weisung gegeben habe. Durch diese Enthüllungen erregt, vernimmt der Kammerausschuß Zeugen, verhört Monis, Caillaux, Fabre, Maurice Bernard und zieht seine Untersuchung in die Länge, indem er täglich ohne große Ergebnisse Goethes letzte Worte wiederholt.

Inzwischen kommt Caillaux mehrmals ins Elysée. Entgegen den Versicherungen von Calmettes Brüdern und meinem eigenen Empfinden scheint er noch immer zu glauben, der Direktor des „Figaro" habe die Absicht gehabt, weitere Privatbriefe zu veröffentlichen. Übrigens leistet er den Schicksalsschlägen tapfer Widerstand. Während er sich in den Zeiten, wo ihm das Glück lächelte, gern für den Mittelpunkt der Welt gehalten hat, scheint er durch diese Prüfung mehr Wirklichkeitssinn bekommen zu haben. Er spricht mit bemerkenswerter Kaltblütigkeit und scheint mühelos sein sonst so leicht reizbares Temperament zu beherrschen. Er dankt mir dafür, daß ich Doumergue gesagt habe, ich stellte mich gern als Zeuge in der Voruntersuchung zur Verfügung und würde über das Gespräch aussagen, das ich mit ihm, Caillaux, am Morgen des Tages geführt hatte, wo Calmette erschossen wurde. Ich gebe ihm den allgemeinen Inhalt meiner Erinnerungen wieder, die sich mit den seinigen dekken. Ein paar Tage darauf erscheint Forichon, der erste Präsident am Berufungsgericht, in meinem Kabinett, um meine Aussage in der gesetzlichen Form aufzunehmen.

Diese peinlichen Zwischenfälle nehmen einen Teil meiner Zeit in Anspruch. Festmahle, Zeremonien und Reden erfüllen fast den ganzen Rest meines Amtslebens: Waisenhaus der Volksschulen, Waisenhaus der französischen Eisenbahnen, Gerichtspresse, was weiß ich noch? Trotzdem halte ich mich über die auswärtigen Angelegenheiten und über die Militärfragen regelmäßig auf dem laufenden. Doumergue und Noulens unterlassen nichts, um mich zu informieren. Ich bedaure, daß die im Jahre 1913 geforderten Kredite für das Artilleriematerial noch nicht bewilligt sind und daß die Zulassung der ausländischen Kredite an den Pariser Markt vor der französischen Anleihe erfolgt ist, mit der ein Teil der Rüstungsausgaben bestritten werden sollte. Noulens ist ebenso wie Doumergue

entschlossen, diesen Fehler wieder gutzumachen, denn bei längerer Dauer könnte er verhängnisvoll werden. Aber jetzt muß man warten, bis die neue Kammer zusammentritt.

Trotz der Erregung über Calmettes Tod wird die jetzige Kammer von Sorgen weniger selbstloser Art beherrscht. Sie fühlt ihr Ende nahen. Die allgemeinen Wahlen stehen bevor. Sie möchte in Schönheit sterben. Und doch hat sie noch nicht den Haushalt für 1914 verabschiedet, der einen Fehlbetrag von 800 Millionen aufweist, und sie wird sich mitten in der Periode der vorläufigen Zwölftel auflösen. Am Freitag, dem 3. April, tagt sie bis 2 Uhr nachts und nimmt auf den Bericht ihres Untersuchungsausschusses hin eine etwas platonische Tagesordnung an, worin sie die Einmischung der Finanz in die Politik und der Politik in die Rechtspflege tadelt. Den sich Einmischenden wird es darum nicht schlechter gehen. Die Justizbeamten werden die Kosten des Abenteuers zu tragen haben. Die Kammer vertagt sich auf unbestimmte Zeit, und im ganzen Lande beginnt der Wahlfeldzug.

Da ich kein Recht habe, mich in diesen Kampf einzumischen, befasse ich mich immer mehr mit den diplomatischen Depeschen, die Doumergue mir mitteilen läßt. Am 4. April trifft ein wichtiges Telegramm von Paléologue ein: „Mein englischer Kollege ist gestern vom Zaren Nikolaus in einer Privataudienz empfangen worden. Seine Majestät hat nachdrücklich die gleichen Argumente wie mir gegenüber zugunsten eines russisch-englischen Bündnisses vorgebracht. „Dies Bündnis", hat der Zar gesagt, „fasse ich nur als defensiv auf, aber ich sehne es als beste Bürgschaft für den Frieden herbei." Sir G. Buchanan, der persönlich sehr für den Bündnisgedanken ist, hat geglaubt dem Zaren nicht verhehlen zu dürfen, daß seine Regierung seine Ansicht nicht teilt. Diese Antwort hat den Zaren tief enttäuscht. Bleibt die britische Regierung bei der Ablehnung des Paktes, der ihr so kategorisch angeboten wird, so müssen wir besorgen, daß die Tripleentente in Frage gestellt wird. Man darf nicht vergessen, daß der Gedanke, in engere Beziehungen zu Deutschland zu treten, zahlreiche Anhänger in St. Petersburg hat, besonders in der Umgebung des Zaren. Wird der Zar in dem Augenblick, wo er zu der Erkenntnis kommt, daß er auf den Beistand Englands keine bestimmte und dauerhafte Politik begründen kann, nicht den Lockrufen aus Berlin Gehör geben? Ich setze hinzu: Der Zar gehorcht einer wohlbedachten Überzeugung, wenn er die

Notwendigkeit betont, die Tripleentente zu stärken, um die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens sicherzustellen."

Doumergue teilt dies Telegramm im Auszuge nach London mit. Aber sowenig wie ich macht er sich die geringsten Illusionen über Englands Antwort. Es wird sich Rußland gegenüber nicht mehr binden als uns gegenüber. Das bestätigt mir auch Paul Cambon, der sich gerade in Paris aufhält, als Paléologues Telegramm eintrifft, und der mit mir über den bevorstehenden Besuch des Königs Georg spricht. „Sollten die Konservativen wieder zur Macht kommen," sagte er zu mir, „so würde jedenfalls der frühere Vizekönig von Indien, Lord Curzon, Staatsekretär im Foreign Office werden. Obgleich er früher in Indien eine schroff antirussische Politik geführt hat, ist er heute der Tripleentente aufrichtig ergeben. Neulich sagte er zu Sir Arthur Nicolson, der es mir wiederholte: ‚Ich würde gern bis zum Bündnis mit Frankreich gehen, aber keine englische Regierung könnte das Unterhaus dahin bringen.' " Paul Cambon setzt hinzu: „Höchstens könnten wir auf das Zustandekommen militärischer Abmachungen zwischen England und Rußland nach Art der unsrigen hoffen." Wie unser Botschafter mir ferner erzählt, erfährt der König gegenwärtig einige der großen Verdrießlichkeiten, die in allen freien Ländern das Loos der verfassungsmäßigen Staatsoberhäupter sind. Die Konservativen werfen ihm ziemlich heftig vor, daß der dem liberalen Kabinett die Zügel schießen läßt. Nach ihrer Behauptung hätte die Königin Viktoria oder selbst Eduard VII. die Dinge nicht so weit kommen lassen. Sie hoffen, daß der König der Homerulebill nach der dritten Lesung die Bestätigung versagen werde, denn sie könne zum Bürgerkriege führen. Andererseits ist der König in der Kammer von einem Arbeiterführer angegriffen worden, der ihm offen vorgeworfen hat, er habe Offiziere dazu ermutigt, ihren Abschied zu nehmen, um nicht eines Tages das Gesetz zur Durchführung bringen zu müssen. Diesem Parlamentsmitglied hat man ein Festmahl gegeben, und es ist von seinen Freunden beglückwünscht worden. So ist der König in ein Kreuzfeuer gekommen. Diese ungerechten, widerspruchsvollen Kritiken scheinen ihn ziemlich stark verletzt zu haben. Es hieß neulich sogar, er wolle seine Reise nach Frankreich aufschieben. „Zum Glück", sagt Paul Cambon, „ist das nicht der Fall, und der Aufenthalt des britischen Herrschers in Paris wird für ihn eine wohltätige Ablenkung sein."

In Erwartung dieses Königsbesuches kann ich während der Parlamentsferien dem Elysée, seinen Vergoldungen und Wandbespannungen für ein Weilchen den Rücken kehren. Damit Südfrankreich mir nicht vorwirft, daß ich es zu sehr vernachlässige, entschließe ich mich, diesmal nicht nach Sampigny zu gehen, sondern mich irgendwo am Mittelmeere niederzulassen. Nach kurzem Suchen miete ich eine stille, unter Pinien versteckte Villa in den Voralpen am Fuße der kleinen Sarazenenstadt Eze-sur-Mer . . . Als ich diesen fernen Erholungsort erreiche, freue ich mich, ein Weilchen der Umklammerung meines Amtes zu entgehen, und ich habe wenigstens den Eindruck, daß die europäische Lage, so unbeständig sie auch noch ist, mich etwas freier aufatmen läßt. Auf dem Balkan scheint der Friede hergestellt. Unsere Beziehungen zu allen Mächten sind normal. Welche neuen Einflüsse sich auch auf Wilhelm II. geltend machen mögen, Frankreich ist fest entschlossen, ihm keinen Vorwand zum Kriege zu geben. Ich habe fast die Empfindung der Ruhe und Sicherheit, als ich an der Côte d'Azur den Frühling von 1914 begrüße . . .

Vor meiner Rückkehr nach Paris erscheint am 16. April in den „Times" ein Schreiben Ernest Lavisses, dessen Entstehung der hervorragende englische Journalist Henry Wickham Steed in seinen Erinnerungen[1] geschildert hat. In diesem Schreiben hebt der Direktor der höheren Normalschulen den Einfluß hervor, den die Tripleentente auf die Erhaltung des Friedens haben kann und muß. Er schließt mit den Worten: „Haben wir von deutscher Seite nicht vernommen, daß für Deutschland die Stunde gekommen ist, seine Kraft zu entfalten, und daß es in drei bis vier Jahren zu spät wäre? Dieser Gedanke ist gewiß den deutschen Staatsmännern durch den Sinn gegangen, und vielleicht machen sie sich den Vorwurf, daß sie nicht wie Bismarck den Mut gefunden haben, die rechte Stunde auszuwählen. Darum muß die Tripleentente vor der möglichen Gefahr eines ‚Präventivkrieges' auf der Hut sein . . . Die bis an die Zähne bewaffneten Großmächte sagen immer wieder, sie wollten den Frieden erhalten. Es ist möglich, daß gegenwärtig keine von ihnen lügt. Gegenwärtig – das genügt. Die Tripleentente hat die Aufgabe, dies ‚Gegenwärtig' zu verlängern. Greifen wir zu jeder friedlichen Aushilfe und empfehlen wir sie an . . . Nehmen wir das

[1] Französische Übersetzung, Librairie Plon, S. 350 ff.

Haager Schiedsgericht sehr ernst. Es hat dreimal den Krieg verhütet. Gewinnen wir Zeit. Das System der übermäßigen Rüstungen wird schließlich den Völkern, die es erdrückt, unerträglich werden. Dann werden wir erkennen, wie töricht es ist, welchen Fleck es in unserer Zivilisation bildet; dann können wir von der Einschränkung der Rüstungen reden."

An dem Tage, wo die „Times" diesen Aufsatz veröffentlichten, sagte der deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, zu Wickham Steed: „Welch blödes Schreiben hat dieser Lavisse an Ihre Zeitung gerichtet! Welch ein Gedanke, von der Einschränkung der Rüstungen zu reden!" Er ahnte nicht, daß dies Schreiben von Steed und Lavisse gemeinsam verfaßt war. Mehr noch, beide hatten es mir im Elysée vorgelegt, bevor ich Paris verließ, und wie Steed angibt, hatte ich „seine Veröffentlichung im voraus gutgeheißen." Das genügt, um zu beweisen, daß der Präsident der Republik sich sowenig mit Angriffsplänen trug wie der französische Geschichtsschreiber und der englische Journalist.

Acht Tage vor den Kammerwahlen, am Sonntag, dem 19. April, verlassen wir unsere Villa in Eze und kehren nach Paris zurück. Doch bevor ich meiner Wahlpflicht nachkomme, habe ich zunächst andere Pflichten zu erfüllen. Am Dienstag soll das englische Königspaar eintreffen, und damit beginnt eine Zeit der Empfänge und Festlichkeiten . . .

Vor der Ankunft der englischen Gäste verlangt Iswolsky dringend eine Audienz. Er bittet mich im Auftrage seiner Regierung, bei Georg V. darauf zu dringen, daß er mit Rußland, wo nicht ein Bündnis, das er als unmöglich anerkennt, so doch ein Abkommen nach Art dessen schließt, das er mit uns geschlossen hat. Ich entgegne ihm, der König werde gewiß nichts ohne seine Regierung unternehmen. Doumergue gedenke mit Sir Edward Grey zu reden, und ich würde mit dem Ministerpräsidenten besprechen, was ich dem König sagen könne.

Um vier Uhr verlasse ich mit meiner Gattin das Elysée im Galawagen, der im Vergleich zu den britischen Staatskutschen sehr bescheiden ist, aber mit seinen vier schönen, à la Daumont bespannten Rappen doch ganz schmuck aussieht. Das Wetter ist sehr milde. In der Klarheit dieses Frühlingsnachmittags ist Paris ein Wunder von Anmut und Eleganz. Längs den Champs-Elysées und der Avenue du Bois hat sich unter dem frischen Grün der Ulmen und Kastanien

bereits eine dichte Menge eingestellt. Sie begrüßt mich im Vorbeifahren, spart sich jedoch offenbar ihre Begeisterung für den Augenblick auf, wo unsere Gäste erscheinen werden.

Wir steigen vor dem kleinen Bahnhof der Porte Dauphine aus, wo die beiden Kammerpräsidenten und die Minister uns empfangen. Kaum haben wir auf dem Bahnsteig Aufstellung genommen, so fährt die Lokomotive des Königszuges, mit den englischen Farben beflaggt, majestätisch ein, als wäre sie sich bewußt, eine große geschichtliche Rolle zu spielen. Der König steigt aus, gefolgt von der Königin. Er trägt Admiralsuniform, sie ein blaßblaues Voilekleid mit gleichfarbigem Hute. Ich stelle dem Königspaare meine Gattin, die Kammerpräsidenten, die Mitglieder der Regierung vor. GeorgV. schreitet mit mir rasch die Kompanie der Garde républicaine ab, und unter Leitung des Protokollchefs William Martin wird der Festzug ordnungsmäßig gebildet.

Der König besteigt mit mir allein den Präsidentenwagen; die Königin nimmt mit meiner Gattin und dem Admiral de Jonquières in einem anderen Galawagen Platz. Dann folgen Landauer mit Engländern und Franzosen. Doumergue und Sir Edward Grey sitzen nebeneinander und nehmen gegenseitig Fühlung. Unterwegs spielen die Militärkapellen God save the King und die Marseillaise.

Georg V. ist sehr angenehm überrascht von dem gewaltigen Zulauf der Bevölkerung. Die Begeisterung übersteigt offenbar seine Erwartungen. Er verhehlt mir seine Freude nicht. Die Königin ihrerseits ist tief bewegt und sogar anmutig verschüchtert; sie drückt meiner Gattin immerfort ihre Befriedigung aus. Wir geleiten das Herrscherpaar nach dem Ministerium des Auswärtigen und bis in die ihm zugedachten Gemächer; dann verabschieden wir uns.

Ein paar Minuten darauf besuchen König Georg und Königin Mary uns im Elysée. Der Etikette gemäß gehen wir ihnen bis zum Salon des Tapisseries entgegen und geleiten sie durch den Saal der Flügeladjutanten nach dem großen Mittelsaal. Durch die Fenster, die auf die äußere Galerie gehen, bewundern sie den Garten, die frischen Rasenplätze, die Blumenkörbe mit Tulpen und Hyazinthen, und wir reden von nichts als von dem Pariser Frühling, um den London uns beneidet.

Bei diesem Besuche erhalten ich und meine Gattin von dem Königspaare reizende Andenken. Außerdem überreicht Georg V. mir für Frankreich fünf große Medaillons, die Szenen aus dem Leben

Ludwigs XIV. darstellen. Sie gehörten früher zu den Schmuckstücken des Standbildes des großen Königs auf der Place de la Victoire. Sie waren von Desjardins ausgeführt und Ludwig XIV. vom Marschall de la Feuillade überreicht worden. Nach der Zerstörung des Standbildes waren sie nach Schloß Windsor gekommen und über hundert Jahre im Besitze der englischen Königsfamilie gewesen. „Ich benutze diese Gelegenheit," sagte der König sehr liebenswürdig zu mir, „um sie Frankreich zurückzuerstatten."

Abends großes offizielles Diner in dem riesigen Festsaale, dessen hoffnungslose, langweilige Häßlichkeit zum Glück durch die schöne Reihe der Gobelins verdeckt wird, bis auf den Plafond, der seinen schreienden Prunk unverschämt über uns ausbreitet. Der König spricht mit mir mehrfach von dem Empfang, der ihm zuteil geworden ist, und über den er sehr gerührt ist. Diese begeisterte Begrüßung scheint ihm eine angenehme Ablenkung zu sein, die ihn etwas für seine politischen Sorgen entschädigt. Er verhehlt sie mir nicht. Die Presse, sagt er, hat die Sache mit den verabschiedeten Offizieren übertrieben. Es ist vielleicht verkehrt gewesen, sie im voraus zu fragen, ob sie bei der Durchführung des Gesetzes mitmachen wollten. Dadurch hat man sie fast aufgefordert, je nach ihrem persönlichen Gutdünken zu antworten. Aber der militärische Zwischenfall ist abgeschlossen. Ernster steht es mit der Homerulefrage selbst. „Ich kann", erklärt der König energisch, „doch nicht den Ausbruch eines Bürgerkrieges zulassen. Andererseits habe ich nicht die Macht, deren Nichtausübung gewisse Konservative mir vorwerfen. Die Lage ist sehr schwierig." Wir tauschen ein paar resignierte Worte über das gemeinsame Loos der unverantwortlichen Staatsoberhäupter in parlamentarischen Staaten. Dem König macht es stets etwas Mühe, Französisch zu sprechen. Er sucht nach den Worten, findet sie aber und drückt seine Gedanken schließlich völlig klar aus.

In meinem Trinkspruch auf das britische Herrscherpaar betone ich natürlich nochmals, welche Friedensbürgschaft die Entente cordiale für die Völker Europas bildet. „Der heutige Besuch Eurer Majestäten in Frankreich", sage ich, „ist die glänzende Besiegelung einer Freundschaft, die durch Zeit und Erfahrung bewährt, ihre dauernde Wirksamkeit bewiesen hat. Sie entspricht dem besonnenen Willen zweier mächtiger Nationen, die beide gleich am Frieden hängen, beide gleich für den Fortschritt begeistert, beide gleich an

freie Sitten gewöhnt sind. Während der allzu kurzen Zeit, wo Euer Majestät bei uns weilen werden, können Sie Frankreich gewiß nur in einer kleinen Auswahl seiner äußeren und geistigen Erscheinungen sehen. Gleichwohl werden die künstlerischen, militärischen und Sportfeste, denen Sie gütigst beiwohnen wollen, Ihnen einige Grundzüge unseres Nationalcharakters in abgekürzter Form zeigen, und gewiß werden Sie in den Tugenden, die unsere Demokratie hochhält, mehrere der traditionellen Kräfte wiederfinden, die Englands Größe und Ruhm seit so langer Zeit ausmachen: den Sinn für Maß, Ordnung und soziale Disziplin, das klare Bewußtsein der vaterländischen Pflicht, das freudige Aufsichnehmen notwendiger Opfer, den leidenschaftlichen Kult eines Ideals, das sich nie verdunkelt, sondern das ganze Leben einer Nation erleuchtet. Nach langer Nebenbuhlerschaft, die beiden Ländern unvergeßliche Lehren gegenseitiger Achtung hinterlassen hat, haben Frankreich und Großbritannien gelernt, sich zu lieben, sich geistig zu nähern und ihre Anstrengungen zu vereinigen. Heute vor zehn Jahren haben beide Regierungen die Fragen, die sie entzweiten, auf gütlichem Wege geschlichtet. Die damals geschlossenen Abkommen, deren Herbeiführung der klare Blick Seiner Majestät König Eduards VII. und seiner Ratgeber so glücklich vorbereitet hatte, haben ganz natürlich zu einer allgemeinen Verständigung geführt, die seitdem zu einer der sichersten Bürgschaften des europäischen Gleichgewichtes geworden ist. Ich bezweifle nicht, daß diese Bande inniger Freundschaft unter der Obhut Eurer Majestät und Ihrer Regierung zum großen Nutzen der Zivilisation und des Weltfriedens täglich enger geknüpft werden. Das ist der aufrichtige Wunsch, den ich im Namen Frankreichs ausdrücke."

Der König antwortet mir in einer Ansprache, die er mit klarer Stimme und mit festemTone verliest, ohne daß sein leichter Akzent der Klarheit seiner Rede Abbruch tut. „Mit ganz besonderer Freude sehe ich mich inmitten des französischen Volkes am zehnten Jahrestage der Abkommen, durch die unsere beiden Länder alle Fragen, die sie entzweiten, friedlich geschlichtet haben. Aus diesen Abkommen sind die engen und herzlichen Beziehungen entstanden, die uns heute einigen und dank denen wir heute an dem menschenfreundlichen Werke der Zivilisation und des Friedens arbeiten können. Ich danke Ihnen, Herr Präsident, daß Sie daran erinnert haben, daß der Name meines geliebten Vaters stets mit

dieser Entente verknüpft bleibt, und von Herzen unterschreibe ich Ihre beredte Darlegung der hohen und edlen Ziele, die unsere beiden Länder gemeinsam verfolgen. Ihre Verwirklichung wird eine Wohltat für unsere beiden Länder sein und zugleich das kostbarste Vermächtnis, das wir den künftigen Geschlechtern hinterlassen können. Die Königin und ich werden nie den herzlichen Empfang vergessen, der uns bei unserer Ankunft zuteil ward und den man in meinem Lande hoch aufnehmen wird. Ich bin glücklich, daß wir während unseres Aufenthaltes das Vergnügen haben werden, das zu bewundern und zu würdigen, was Sie so richtig als Grundzüge Ihres Nationalcharakters bezeichnen. Diese Grundzüge haben Frankreich auf eine so hohe Stufe der Zivilisation und des Gedeihens erhoben; ihnen vor allem ist es zu danken, daß es seinen Platz in der Welt so würdig und so stolz behauptet."

Weder ich noch der König hatten bei diesen Ansprachen auf den Dreibund Bezug genommen. Wir wollten uns den Vorwurf ersparen, daß wir eine Mächtegruppe der anderen entgegengestellt hätten. Wir vermieden alles, was die Empfindlichkeit des Dreibundes hätte erwecken können. Wird man uns Dank dafür wissen? Ich weiß es nicht. Aber wir haben ein neues Beispiel der Besonnenheit und Mäßigung gegeben.

Am folgenden Mittwoch, dem 23., zu Beginn des Nachmittags, fahre ich mit meiner Gattin nach der englischen Botschaft, wo das Königspaar uns nach einem intimen Frühstück erwartet. Der König trägt die englische Feldmarschallsuniform mit weißem Federhut und rotem Waffenrock. Ich besteige mit ihm einen Galalandauer, der von drei Artilleriegespannen gezogen wird, und meine Gattin begleitet die Königin Mary in einer mit sechs Apfelschimmeln bespannten Kalesche, deren Vorreiter blaue Jacke, gelbe Hosen und gepuderte Perrücke tragen. Das bescheidene französische Zeremoniell mußte sich doch vom Glanze des britischen etwas zulegen. Vom Faubourg St. Honoré bis zur Porte de Vincennes und durch den ganzen Wald ertönen die begeisterten Hochrufe einer zahllosen Menge. Der König strahlt. Bei unserer Ankunft auf dem Exerzierplatze werden wir mit 101 Kanonenschüssen, mit Trompetenschmettern, Trommelwirbeln und tausendfachen Zurufen empfangen. Unser Landauer biegt nach links ab und fährt die Truppenfront ab, während der Wagen der Königin unmittelbar auf die Tribüne zustrebt. Nachdem wir rasch an der Infanterie, Kaval-

lerie und Artillerie vorbeigefahren sind, kehren wir längs des Außenzaunes, an dem eine begeitserte Menge steht, zur Tribüne zurück, während die Hochrufe immer stärker anschwellen.

Nach einem schönen Vorbeimarsch unter leuchtendem Himmel, der nur durch den Staub etwas beeinträchtigt wird, kehren wir nach Paris zurück. In den Stadtvierteln des kleinen Volkes zeigen die Arbeiter, oft im Arbeitskleide, große Begeisterung. Durch die Rue St. Antoine fahren wir zum Rathause, wo der Stadtrat uns einen Empfang bereitet, der zwar weniger großartig ist als der in der Guildhall, aber herzlich und reizend. Der Vorsitzende, Chassaigne-Goyon, begrüßt den König und mich mit einer liebenswürdigen feinsinnigen Ansprache.

Am Abend Diner in der englischen Botschaft, dann Galaoper. Nie habe ich solche Menschenmenge auf den Boulevards und in den Seitenstraßen gesehen. Unser Zug und unsere Eskorte müssen sich auf dem Hin- und Rückwege einen Weg durch die Menge bahnen, die sich gleich hinter uns wieder schließt. Die Rue de la Paix ist prächtig ausgeschmückt und illuminiert. Bei der Rückkehr ins Elysée setzt Paris unter den funkelnden Sternen noch immer seinen frohen Abend fort. Wir öffnen unsere Parkfenster und genießen einen Augenblick, dem offiziellen Getriebe entrückt, die linde Kühle der Aprilnacht.

Den ganzen Tag über war es mir nicht möglich gewesen, mit dem König über Rußlands Wünsche zu sprechen. Übrigens soll Doumergue morgen, am Donnerstag, am Quai d'Orsay eine Unterredung mit Sir Edward Grey haben, und es ist auch besser, daß die Frage zunächst zwischen beiden Regierungen erörtert wird.

Am Donnerstag, dem 23., vormittags, lassen wir dem Königspaare seine Freiheit, aber am Nachmittag treffen wir es wieder beim Rennen in Auteuil. Der Rasen ist schwarz von Menschen. Das Publikum blickt nach den Tribünen und vergißt die Wetten, die Pferde. Nach dem militärischen Rennen gehen wir durch die begeisterte Menge bis zu dem Pavillon, wo der Tee serviert wird. Wir setzen uns mit dem Königspaare, der Herzogin-Witwe von Uzès und der Prinzessin Maria von Griechenland an einen reservierten Tisch und sprechen sowenig wie gestern von Politik. Pascal sagt: „Man stellt sich Plato und Aristoteles stets im langen Pedantenkleide vor. Sie waren Biedermänner wie andere und lachten mit ihren Freunden." Heute hätte er schreiben können: „Man stellt

sich die Könige und Präsidenten stets in Uniform vor, mit Orden und Ehrenzeichen oder mit Pergamenten, die sie unterzeichnen wollen. Sie sind aber Leute, die sich wie andere unterhalten und es nicht verschmähen, sich im Freien zu erholen."

Abends Diner im Ministerium des Äußeren. Wie Doumergue mir mitteilt, ist Sir Edward Grey dem Gedanken, mit Rußland ein Marineabkommen nach der Art des unsrigen zu schließen, ziemlich günstig gesonnen. Da ich bei der Tafel zwischen dem Königspaare sitze, benutze ich diese doppelte Nachbarschaft, um die Frage meinerseits zu berühren und Georg V. den Wunsch des Zaren Nikolaus auszudrücken. „Ja," antwortet der König fest, „es wäre sehr gut, wenn auch wir ein Marineabkommen mit Rußland hätten. Sie sollten mit Sir Edward Grey darüber sprechen."

So rede ich denn nach dem Mahle mit dem britischen Staatssekretär im gleichen Sinne wie Doumergue. Sir Edward Grey sagt noch nicht ganz zu. „In England", sagt er, „ist es ziemlich schwierig, eine offizielle Entente mit Rußland zu schließen, denn die liberale Partei ist alles in allem gegen jedes Abkommen mit einer autokratischen Regierung." – „Ich begreife die Stichhaltigkeit dieses Grundes sehr wohl", entgegne ich. „Auch uns erwachsen oft Schwierigkeiten daraus, daß unsere Republik in einem dauernden Bündnis mit einer absoluten Monarchie steht. Unsere Staatseinrichtungen stehen dieser Regierungsform womöglich noch ferner als die Ihrigen. Aber die kaiserliche Regierung schlägt Ihnen heute ja kein Bündnis vor, sondern eine bloße Entente, ein defensives Marineabkommen wie das, welches zwischen Ihnen und uns besteht. Da es sich auf technische Fragen beschränkt, läßt es beiden Regierungen volle Freiheit." Sir Edward Grey sagt mir, er persönlich sei diesem Gedanken nicht abhold, aber er müsse mit Asquith darüber verhandeln. „Jedenfalls", fügt er hinzu, „kommt es darauf an, uns nicht ablehnend gegen Rußland zu zeigen. Wir könnten ihm zunächst das englisch-französische Abkommen mitteilen, das es kennenlernen möchte. Dann kann man abwarten, ob es nähere Vorschläge machen wird. Von einem Militärabkommen könnte übrigens keine Rede sein, da England im Ernstfalle seine ganzen Streitkräfte in Frankreich einsetzen müßte." Ich teile dies Gespräch Doumergue mit. Er will mit Sir Edward Grey morgen so früh wie möglich sprechen.

Am Freitag, dem 24., gegen Mittag, besuche ich mit meiner Gat-

tin das Königspaar am Quai d'Orsay. Dann gehen wir mit ihm zu Fuß durch die menschenerfüllte Rue de Constantine nach dem Invalidenbahnhofe, wo die Begeisterung der englischen Kolonie sich in die der Pariser Bevölkerung mischt. Die Abreise steht bevor; die Festlichkeiten sind zu Ende. Das Herrscherpaar nimmt Abschied von uns, und als es den Zug bestiegen hat, sendet es der Stadt, die es so gut aufgenommen hat, ein letztes Lächeln zu. Ein paar Stunden später, vor der Einschiffung nach England, telegraphiert mir Georg V.: „Beim Verlassen des französischen Bodens möchten ich und die Königin Ihnen, Herr Präsident, nochmals wärmstens danken für die herzliche und freundliche Aufnahme, die Sie uns bereitet haben. Unser Aufenthalt in der Hauptstadt wird zu unseren köstlichsten Erinnerungen zählen, und wir werden nie den warmen Empfang vergessen, der uns bereitet worden ist. Wir sind tief gerührt davon und bitten Sie, den Einwohnern von Paris herzlich zu danken. Empfangen Sie, Herr Präsident, meine aufrichtigsten Wünsche für Ihr Glück und für die Erhaltung der engen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Unsere besten Empfehlungen an Madame Poincaré. Gez. Georg, R. I." Ohne die diplomatischen Folgen meines Besuches beim König im Jahre 1913 und seines jetzigen Gegenbesuches zu überschätzen, glaube ich sagen zu können, daß beide zur Festigung der Entente cordiale beigetragen haben. Das ist bei der ständigen Bedrohung des europäischen Gleichgewichtes kein geringes Ergebnis.

In seinen fesselnden Memoiren hat Lord Grey of Fallodon seinen Aufenthalt in Paris ebenso humorvoll wie wahrheitsgetreu geschildert[1]. Seine Erinnerungen bestätigen und ergänzen die meinen. Über die Truppenschau in Vincennes schreibt er: „Man hörte keinen einzigen chauvinistischen Ruf. Der Empfang war sehr freundlich, aber nichts gab ihm das Gepräge einer kriegerischen Geste oder einer angriffslustigen Demonstration. Eine Truppenschau ist gewiß ein militärisches Schauspiel, aber unter den obwaltenden Umständen etwas zu Gewohntes, um kriegerisch zu sein . . . Der Militärdienst war eine Last, die Frankreich durch die Kriegsgefahr, durch die Lehren der Geschichte und durch die gegenwärtige Lage aufgezwungen war." So wurde Grey sich trotz seiner insularen Einstellung beim Besuch von Paris bewußt, wel-

[1] Twenty five years, I, S. 280ff.

chen harten Notwendigkeiten das friedliche Frankreich sich unterwerfen mußte, und der Anblick der Volksmenge gab ihm die folgende zutreffende Betrachtung ein: „Warum hätte diese Menschenmenge, die den schönen Apriltag genoß, wünschen sollen, den Frieden zu stören, der ihr diesen Genuß ermöglichte?"

Der britische Staatssekretär spricht dann von den offiziellen Festen. „Alle Veranstaltungen", sagt er, „waren von den Franzosen ausgezeichnet vorbereitet. Übrigens geschah nichts, als was bei solchen Festlichkeiten Brauch ist. Man gab ein großes Festmahl, bei dem sorgfältig einstudierte Ansprachen zur Verherrlichung der Entente zwischen Großbritannien und Frankreich gehalten wurden, ohne irgendeine andere Macht zu verletzen. War das alles? Hätte es sich nur um Frankreich und um uns gehandelt, ja. Der Besuch war kurz; die Zeit war fast ganz mit Zeremonien ausgefüllt; es war kein Raum für eine ernste Unterredung über irgend etwas. Die Regelung der wichtigen Geschäfte zwischen Frankreich und Großbritannien erfolgte in London durch mich und Cambon oder in Paris durch Vermittlung Berties; beide Botschafter besaßen das volle Vertrauen ihrer Regierungen. Nur am letzten Morgen wurde ich gebeten, nach dem Quai d'Orsay zu kommen. Außer mir und Doumergue waren Bertie und Cambon zugegen, ebenso, glaube ich, einer oder zwei hohe Beamte vom Ministerium des Auswärtigen. Soviel ich mich entsinne, führte besonders Cambon die Unterhaltung mit mir in derselben Weise, wie er es in London gewohnt war. Die Franzosen sagten, es läge in den englisch-französischen Beziehungen nichts vor, was ihnen eine Aussprache gegenwärtig als nötig oder wünschenswert erscheinen lasse. Aber sie hatten eine Bitte bezüglich Rußlands. Rußland wußte, daß zwischen dem französischen und englischen Generalstabe Unterredungen stattgefunden hatten, und um Rußland zu zeigen, daß man es nicht fernhalten wolle, war es erwünscht, daß etwas Ähnliches ihm gegenüber stattfände. Es handelte sich für uns nicht darum, irgendeine Bindung einzugehen; darum bat man uns nicht. Ebenso lag kein Grund vor, daß der britische Generalstab in Verbindung mit den russischen Heeren trat. Die räumliche Entfernung erlaubte den russischen und englischen Heeren nicht, in einem Kriege mit Deutschland Schulter an Schulter zu kämpfen, wie es bei den französischen und englischen Heeren eintreten konnte. Beschloß England, sich an einem solchen Kriege zu beteiligen, so

blieb die Verwendung seines Heeres die gleiche, mochten sich der russische und der englische Generalstab ins Einvernehmen setzen oder nicht. Die Rolle des britischen Expeditionskorps war durch die Abmachungen zwischen dem französischen und dem englischen Generalstabe bestimmt. Militärische Unterredungen mit Rußland erübrigten sich daher. Jedoch lag ein Grund vor, daß zwischen den englischen und russischen Marinebehörden einige vorläufige Besprechungen über die Rolle der beiderseitigen Flotten stattfanden, falls Großbritannien sich an einem Kriege beteiligen sollte. Die Franzosen selbst legten diesem Gedanken keine große strategische Bedeutung bei; sie schlugen den Wert der russischen Flotte in einem Kriege gegen Deutschland nicht sehr hoch an. Aber sie hatten großes Interesse daran, Rußland nicht durch eine Ablehnung zu verstimmen. Wir sagten daher zu, daß die englischen und russischen Marinebehörden in Fühlung miteinander treten sollten. Ich habe mich in der Folgezeit nie bei der Admiralität erkundigt, aber ich glaube, das praktische Ergebnis dieser Beratungen war nicht groß . . . Welchen Anlaß hatte die französische Regierung zu dieser Bitte? Die russisch-englischen Unterredungen waren eine Vorsichtsmaßregel für den Fall eines Krieges mit Deutschland. Das steht fest. Drängte die französische Regierung, weil sie einen Krieg mit Deutschland dicht bevorstehend glaubte oder weil sie selbst Angriffsabsichten hatte? Es gab nicht das geringste Anzeichen noch den geringsten Anschein dafür, daß sie etwas Derartiges dachte. Ich war damals sicher, daß sie keine Angriffsabsichten hatte, und bin es noch heute. Der Revanchegedanke, die Rückeroberung Elsaß-Lothringens, waren zwar nicht öffentlich widerrufen, aber stillschweigend aufgegeben worden."

Das waren die Eindrücke, die Sir Edward Grey im Frühjahr 1914 von Frankreich mitnahm. Sie deckten sich mit denen jedes unparteiischen Betrachters und entsprachen völlig der Wirklichkeit. Wenn ich aus dem schönen Buche des Viscounts of Fallodon noch andere Stellen über die Reize des französischen Aprils und über die Bäume auf den Pariser Avenuen zitierte, so würde man sehen, daß der damalige Staatssekretär seine Reise weit mehr mit philosophischen Ideen und mit poetischen Empfindungen ausgeführt hat als mit imperialistischen Absichten.

Neunzehntes Kapitel

Die Kammerwahlen – Das dänische Königspaar in Paris – Reise nach Lyon – Die neue Kammer – Reise nach der Bretagne – Doumergues Demission – Ministerkrise – Befragung in Elysée – Viviani nimmt die Ministerpräsidentschaft an, lehnt sie dann ab – Ablehnung Deschanels – Annahme Ribots und Léon Bourgeois' – Das neue Kabinett stellt sich der Kammer vor – Es wird gestürzt

Am Sonntag, dem 26. April, vormittags, begebe ich mich zur Mairie des 8. Arrondissements, um meinen Stimmzettel abzugeben . . . Welches Ergebnis werden diese Kammerwahlen heute abend in ganz Frankreich haben? Mein überparteiliches Amt läßt mir kaum das Recht, danach zu fragen. Ich begnüge mich damit, meiner Staatsbürgerpflicht still nachzukommen.

Da ich dazu verurteilt bin, dem politischen Kampfe fernzubleiben, reise ich alsbald nach der Côte d'Azur ab. Dort versuche ich drei Wochen lang in Eze die Ketten abzuschütteln, die ich mir aufladen ließ. Täglich erhalte ich einen Koffer voll Telegramme und Aktenstücke zum Lesen, Haufen von Schriftstücken zum Unterzeichnen, aber kein Minister kommt, um mit mir zu verhandeln.

Die Wahlen, besonders nach dem zweiten Wahlgange, sind der äußersten Linken günstig, namentlich den Sozialisten, die mit 102 Deputierten in die neue Kammer einziehen. Am 15. Mai kehre ich nach Paris zurück. Durch die Wahlschlacht erhitzte Blätter machen mir schonungslos die widerspruchsvollsten Vorwürfe. Die reaktionären Zeitungen rügen meine Neutralität und tun, als verständen sie nicht, warum ich nicht mit meiner ganzen angeblichen Autorität eingegriffen habe, um das Ministerium des Innern und die ganze Regierung zu einem mäßigenden Einfluß auf die Befragung des Landes zu bestimmen. Clemenceau triumphiert. Im „Homme libre" preist er die Niederlage „Briands und seiner rechtsstehenden Verbündeten". Er stellt mich als schwankenden Liebhaber hin und widmet mir allmorgendlich zwei lange Spalten voll bitterer, konzentrierter Ironie. Ich kann niemandem antworten. Die Hände sind mir gebunden, und mein Mund ist stumm. Eine reizende Zugabe zu meiner Präsidentenwürde! Ich muß mich still

verhalten und in dumpfem Schweigen mit ansehen, wie die andern handeln und reden.

Am Sonnabend, dem 16. Mai, nimmt der Ministerrat seine unterbrochenen Sitzungen im Elysée wieder auf. Malvy, der junge, leidenschaftliche Minister des Innern, freut sich über den radikalen Wahlausfall und teilt seinen Kabinettskollegen die amtliche Aufstellung der Ergebnisse mit. Der Kriegsminister Noulens kommt nach der Sitzung zu mir, um mit mir zu sprechen. Er beunruhigt sich über die verwegenen Versprechungen, die viele Kandidaten betreffs der dreijährigen Dienstpflicht gegeben haben; er ist entschlossen, das Gesetz gegen jeden Abänderungsversuch zu verteidigen, einerlei, welche Tendenzen die neue Mehrheit in dieser Hinsicht zeigen mag. Ich entgegne ihm, daß er in diesem Hauptpunkte meine volle Unterstützung habe. Offenbar verbietet uns die europäische Lage, unsere Verteidigungsmittel zu schwächen.

Am selben Tage, um 3 Uhr nachmittags, trifft das dänische Königspaar zum Besuch auf dem Bahnhofe des Bois de Boulogne ein. Ich fahre mit meiner Gattin zu seinem Empfang, und auch diesmal begrüßt uns die Zuschauermenge mit wiederholten Hochrufen. Dieser Empfang auf der Straße macht mich gegen die Schwierigkeiten meines Amtes nicht blind. Ich denke an den König, den ich jetzt begrüßen soll. Christian X. ist wie Georg V. von England ein konstitutioneller Herrscher. Auch er kennt alle Mißlichkeiten der Rolle eines unverantwortlichen Staatsoberhauptes, die den Schwankungen des Volkswillens unterliegt, aber er hat in den Stunden der Ungewißheit wenigstens das unpersönliche, dauernde Ansehen einer Dynastie. In monarchischen Ländern kann der König seinem Volke zweifellos noch als das reine Abbild des Vaterlandes erscheinen. In einer Republik ist ein gewählter Präsident nur ein Politiker, der gestern aus seinem Stande emporgestiegen ist und morgen in ihn zurückkehrt und der selbst während seiner Amtstätigkeit Anhänger und Gegner behält. Umsonst sucht er sich über den Kampf zu erheben; er schleppt die Erinnerung an seine Vergangenheit mit sich, und selbst wenn er den alten Menschen ganz ausgezogen hat, ist er nur ein getrübtes Symbol der Nation. Stelle ich in den Augen der guten Leute dort auf den Bürgersteigen wirklich Frankreich dar? Oder sind es die großen, à la Daumont angespannten Rappen und die Vorreiter, die auf ihnen sitzen, denen ihre Grüße und Beifallsrufe gelten?

Christian X. ist ein großer, schlanker, hagerer Mann, dessen hohe Gestalt heute durch die Bärenmütze der dänischen Garde noch vergrößert wird. Er versteht sehr gut Französisch und spricht es tadellos; in seiner Unterhaltung liebt er vertrauliche Bemerkungen und fröhliches Gelächter. Er hat gegenwärtig ein Ministerium, das ohne Rachegedanken und voll Angst vor seinem mächtigen Nachbar durchaus deutschfreundlich ist; aber er selbst bekennt, daß er Frankreich mehr als jedes andere Land liebe. Er hält sich gern bei uns auf; an der Côte d'Azur hat er die Königin Alexandrine kennengelernt, die Tochter der Großherzogin Anastasia von Mecklenburg, unserer liebenswürdigen Nachbarin in Eze, die übrigens gestern nach Paris gekommen ist, um ihre Angehörigen zu sehen. Eine andere Tochter der Großherzogin hat den deutschen Kronprinzen geheiratet. Die Königin ist eine schlichte, zuvorkommende Frau, die die Last der Größe mit einiger Ungeduld zu tragen scheint und lieber frei in den Straßen von Paris umherginge, um die Läden zu besuchen und die Abende in den Theatern zu verbringen . . .

Beim Festmahle im Elysée bewillkommne ich Christian X. mit einer Ansprache. Am selben Abend erfahre ich durch ein Telegramm Paul Cambons, daß die britische Regierung den Abschluß eines Marineabkommens mit Rußland endgültig gebilligt hat.

Am Sonntag, dem 17. Mai, Frühstück in der dänischen Gesandtschaft, Rennen in Longchamps, Diner am Quai d'Orsay. Ich tausche mit dem Königspaare nur Gelegenheitsbemerkungen über die verschiedenen Zeitvertreibe, die der Tag uns bietet. Am Montag morgen in Satory bei wolkenlosem Himmel schönes Kriegsspiel. Besichtigung, Vorbeimarsch, Exerzieren, Angriffe, Flüge von Flugzeugen, Manöver des lenkbaren Luftschiffes „Montgolfier", alles klappt vorzüglich. Der König, der die dänische Generalsuniform trägt, zeigt sich von diesen Schauspielen entzückt. Zuletzt steigt er zu Pferde und macht sich das Vergnügen, mit dem Gouverneur von Paris, General Michel, die Truppenfront entlang zu galoppieren. Sowenig wie beim Besuche des Königs von England verraten diese militärischen Festlichkeiten auch nur eine Spur von kriegerischer Stimmung. Ebensowenig liegt ein kriegerischer Hintergedanke darin, daß das Paradefrühstück in der Galerie des Batailles stattfindet. Wir haben unseren Gästen lediglich einen Empfang in Versailles bereiten wollen. Nach dem Kaffee fahren wir bei herrlichem

Wetter durch die Alleen des Parkes, und das dänische Herrscherpaar findet diese Spazierfahrt so feenhaft, daß es mich noch 13 Jahre später, bei seiner Wiederkehr nach Paris, daran erinnert. Das Spiel der großen Fontänen, der Anblick des Latonaparterres, des Apollobosketts, des Neptunbeckens, der Beifall der Menge, die Schönheit des Wetters, alles erfüllt unsere Gäste mit Frohsinn. Ein Abend in der Oper vollendet ihr Entzücken und beschließt den offiziellen Festreigen. Am Vormittag des 19. reist das Königspaar nach Belgien ab, nachdem es mir wiederholt hat, es hoffe, mich im nächsten Juli in Kopenhagen bei meiner Rückkehr aus Rußland zu sehen. Von der Grenze telegraphiert Christian X. mir noch, er nähme unauslöschliche Eindrücke von seinem Aufenthalt in Frankreich mit.

Der Aufenthalt unserer königlichen Gäste hat den zunehmenden Lärm der inneren Politik nicht verstummen lassen. Während meine Gattin sich nach Berck begibt, um das Marinelazarett zu besuchen und einige Unterstützungen an die Kranken auszuteilen, spricht alles rings um mich schon von der bevorstehenden Umbildung des Ministeriums. Der Ruck nach links, der sich aus den Kammerwahlen zu ergeben scheint, und das Rücktrittsverlangen, das Gaston Doumergue ergriffen hat, führen zu allerlei Kommentaren und Vermutungen. Zeitungen der Rechten fordern uns auf, der Linken den Weg zu sperren. Ein radikaler Senator, Alexandre Bérard, antwortet in der „Lanterne", er habe zwar in Versailles nicht für mich gestimmt, kenne mich aber als Republikaner, der das Gesetz und die Verfassung gewissenhaft achtet. „Alle diese Leute", schreibt er, „kennen die Anfangsgründe der Verfassung von 1875 nicht. Der Präsident der Republik ist nur der erste Diener der parlamentarischen Republik . . . Bei seiner Wahl hat Poincaré versprochen, der treue Diener der Verfassung zu sein; es heißt ihn beleidigen, wenn man annimmt, er könne sein Wort brechen und gegen seine Pflicht verstoßen." Alexandre Bérard hat recht. Aber wie schwer und peinlich ist das Amt eines Staatsoberhauptes, das den Ideen der anderen nacheinander Geltung zu verschaffen und auf seine eigenen Ideen zu verzichten hat!

Politiker, Journalisten, wohlmeinende Ratgeber suchen mich auf, machen mich für die Wahlen verantwortlich und werfen mir mehr oder weniger offen vor, in den Schönheiten von Eze eingeschlummert zu sein, statt selbst den Wahlfeldzug zu kommandieren. Ich merke, sie sind enttäuscht, verbittert, dumpf gereizt. Die mei-

sten fordern mich auf, bei der ersten Gelegenheit ein Ministerium Delcassé zu bilden. Aber Delcassé, der sehr gern Präsident der Republik oder Kammerpräsident geworden wäre, hat stets sehr wenig Neigung zum Ministerpräsidenten gehabt; überdies hat Doumergue mir seine Rücktrittsabsicht selbst noch nicht mitgeteilt. Und ich habe nicht den mindesten Anlaß, seine Demission herbeizuführen.

Eine kurze Ablenkung gewährt mir eine Reise nach Lyon vom 22. bis 24. Mai in Gesellschaft des Handelsministers Raoul Péret. Herriot, der Bürgermeister von Lyon, hat als radikaler Senator öffentlich zu meiner Präsidentenwahl beigetragen. Er leitet sein großes Gemeinwesen mit einer Einsicht und Hingebung, die selbst seine Gegner anerkennen. Er ist Literat und Künstler. Gern folge ich seiner Einladung.

Schon der Empfang, den mir die Bevölkerung bereitet, ist von einer Wärme, zu der ein sehr wohlwollender Maueranschlag der Stadtverwaltung sicherlich beigetragen hat . . . Bei dem Festmahl von 600 Gedecken, das mir in den Sälen des Rathauses gegeben wird, hält Herriot eine elegante und großherzige Ansprache. In meiner Antwort erinnere ich an den herzlichen Empfang, den Lyon mir bereits vor drei Jahren bereitet hat, wo ich als einfacher Senator den Vorsitz in der Gesellschaft für Berufsausbildung geführt hatte . . . Am 24. Mai, kurz vor Mitternacht, verlasse ich Lyon und kehre nach Paris zurück . . .

Zwei radikale Deputierte des Departements Ain, Messimy und Alexandre Bérard, kommen ins Elysée und laden mich ein, mich in ihrem Departement aufzuhalten, wenn ich im August meine Autotour in den Alpen gemacht habe und nach Paris zurückkehre. Ich weiß nicht, ob ich diesen Aufenthalt zu allen bereits geplanten noch werde hinzufügen können, verspreche jedoch, alles zu tun, was von mir abhängt . . .

Vorher steht mir jedenfalls die Reise nach Rußland und nach den skandinavischen Ländern bevor, und gerade jetzt wünscht Sasonow, wie Paléologue telegraphiert, dringend, daß ich die Einladung des Königs von Schweden bei meiner Rückkehr aus Rußland annehme, was ich ja übrigens schon getan habe. Er hofft, es werde mir gelingen, die zwischen beiden Ländern noch bestehenden Mißverständnisse zu zerstreuen.

Ich empfange Briand. Er ist ganz in Form und bleibt sehr opti-

mistisch. Er hofft, in der neuen Kammer werde alles sich bald regeln. Er hat in den Gängen bereits geschickt sondiert. Er will sobald wie möglich in die Parlamentsdebatten eingreifen, um die dreijährige Dienstpflicht und die Wahlreform zu verteidigen. Er hält es für wünschenswert, daß das Ministerium Doumergue nicht zurücktritt.

Aber die innere Politik bleibt nach seiner Ansicht sehr ungewiß, und die äußere Politik läuft Gefahr, es wieder zu werden. Ernste Nachrichten sind aus Durazzo eingelaufen. Aufständische sind in Massen gegen die Stadt gerückt. Das albanische Ministerium ist zurückgetreten. Die Malissoren haben sich geweigert, gegen die Angreifer zu kämpfen. Der Prinz von Wied, der mit sowenig Begeisterung nach dem Lande gegangen war, das Europas Wohlwollen ihm zugedacht hatte, hat sich beeilt, es mitsamt der enttäuschten Prinzessin trüben Blickes und mit gesenkter Stirn zu verlassen. Beide haben sich mit ihrem Gefolge auf das italienische Kriegsschiff „Misurata" eingeschifft. Eine Feuersbrunst ist auf dem Balkan erloschen; wird eine andere ausbrechen?

Dienstag, 26. Mai. – Ministerrat. Kein Wort von Demission. Der Finanzminister Renoult bereitet jetzt für den Juli die Anleihe vor, die so unrechterweise zurückgestellt worden ist. Das Kabinett macht Pläne auf lange Sicht, als wären die Rücktrittsgerüchte zum Glück nur erfunden. Trotzdem fährt die Presse fort, von einer drohenden Krise zu sprechen . . .

Am Donnerstag, dem 28. Mai, erscheint Joseph Caillaux in elegantem Frühjahrsanzug im Elysée. Er scheint endgültig aufgeheitert und trägt den Kopf wieder hoch. Er entschuldigt sich, mich seit seiner Wiederwahl in die Deputiertenkammer noch nicht aufgesucht zu haben. Wie er mir sagt, hatte er einen harten Kampf zu bestehen. Gustave Théry ist ins Departement Sarthe gekommen, um die Kandidatur eines Nebenbuhlers gegen ihn zu unterstützen. Andere haben ihn erbarmungslos angegriffen. Er erhitzt sich im Sprechen und klagt heftig über Industrielle oder Finanzleute, die er für seine Todfeinde hält. Er ergeht sich in heftigen Reden über den unglücklichen Calmette und versichert mir betreffs der grünen Telegramme, er wisse jetzt zweifelsfrei, auf welchem Wege der Direktor des „Figaro" sie erhalten habe. Er nennt mir einen Diplomaten, der sie einem Journalisten gegeben habe, dessen Namen er mir nicht angibt; dieser hätte sie Calmette übergeben. Der ehe-

malige Finanzminister sähe es gern, wenn ich in der Voruntersuchung des Kriminalprozesses nochmals aussagen könnte, um zu erklären, daß in den entzifferten Telegrammen nichts stehe, was gegen seine Ehre oder gegen seine Vaterlandsliebe verstoße. Wenigstens möchte ich erlauben, daß er selbst erkläre, daß dies nach seiner Kenntnis meine Auffassung sei. Ich weise ihn darauf hin, daß ich sein Benehmen vom Jahre 1911 schon 1912 auf der Tribüne verteidigt hätte und daß es ihm völlig freistehe, meine Worte zu zitieren, setze aber hinzu, es könne unter dem internationalen Gesichtspunkte sehr ernst werden, wenn der Präsident der Republick aufgefordert werde, sich öffentlich über Entzifferungen ausländischer Telegramme zu äußern. Er streitet das nicht ab, verfällt aber auf den nicht weniger gefährlichen Gedanken, Doumergue in der gleichen Sache als Zeugen zu laden. Nach und nach verliert er seine Kaltblütigkeit und ruft aus: wenn er die gewünschte Erklärung weder von mir noch von der Regierung erhalte, werde er genötigt sein, den Wortlaut der deutschen Telegramme vor Gericht bekanntzugeben. Ich entgegne ihm, er wisse wohl, daß er bei dieser Veröffentlichung nichts zu gewinnen hätte.

Doumergue, der mich am folgenden Tage aufsucht und dem ich meine Unterredung mit Caillaux mitteile, ist durchaus der Ansicht, daß ich niemandem erlauben dürfe, mich als Zeugen hierfür anzurufen, und er selbst ist entschlossen, sein Zeugnis in einer so gefährlichen Sache wie die der grünen Telegramme zu verweigern. Während unseres Gesprächs gibt er mir wiederholt zu verstehen, daß er mir seine Demission vor Zusammentritt der neuen Kammer einreichen werde. Ich bitte ihn dringend, dies nicht zu tun und auf jeden Fall noch mit mir darüber zu sprechen. Aber die Forderungen seiner Freunde scheinen ihn etwas mutlos zu machen, und er sagt, er ziehe es vor, für später zu meiner Verfügung zu bleiben.

In dieser Ungewißheit trete ich am Freitag, dem 29., eine andere amtliche Reise an. Mit der Bevölkerung der verschiedenen französischen Provinzen Fühlung zu nehmen, ihre Beschwerden und Wünsche anzuhören und sie der jeweiligen Regierung mitzuteilen – das ist ja doch in der Abgeklärtheit meiner verfassungsmäßigen Ohnmacht der einzige wirkliche Dienst, den ich dem Lande leisten kann. Ich reise also nach der Bretagne in Begleitung eines einzigen Unterstaatssekretärs, des jungen, liebenswürdigen radikalen Deputierten der Haute-Savoie, namens Jacquier, der die schönen

Künste verwaltet. Der Kriegsminister Noulens soll in Rennes zu uns stoßen . . .

Bei unserer Ankunft in Rennes hören wir aus den Pariser Depeschen, daß Doumergues Rücktritt bevorstehe. Noulens, der soeben eingetroffen ist, und Jacquier, der mich an die Küste begleitet hat, sind sehr betrübt darüber. Sie haben diese Entscheidung zwar vorhergesehen, bedauern sie aber. Noulens befürchtet, die neue Kammermehrheit werde ihn ins Finanzministerium drängen und das Kriegsministerium einem Gegner der dreijährigen Dienstzeit zu geben versuchen. Ich denke an die ernsten Unannehmlichkeiten, die mich bei der Rückkehr erwarten, aber jetzt muß ich dem Unglück die Stirn bieten und der Bretagne ein lächelndes Gesicht zeigen. . . . Am 1. Juni gegen Mitternach kehre ich nach Paris zurück. Die meisten Minister erwarten mich auf dem Bahnsteige. Doumergue läßt sich durch seinen Kabinettschef entschuldigen und mir sein Erscheinen im Elysée für den nächsten Vormittag, den 2. Juni, in Aussicht stellen.

Die Kammer hat ihr vorläufiges Präsidium ernannt. Sie hat Deschanel mit 401 Stimmen gewählt; das ist kein revolutionäres Zeichen. Ich wäre weniger besorgt über das Schicksal der Legislaturperiode, wenn Doumergue mich nicht durch seinen angekündigten Besuch eine neue Rücktrittsabsicht befürchten ließe.

In der Tat erscheint er am Dienstag um 10 Uhr, um mir mitzuteilen, daß er in einem Kabinettsrate, der eben am Quai d'Orsay stattgefunden hat, seinen Kollegen die Gründe für seinen Beschluß dargelegt hat. Wie er sagt, hat er seiner Partei den Dienst erwiesen, einen Wahlkampf zu leiten, der den Wunsch seiner Freunde erfüllt hat; jetzt hält er seine Aufgabe für erledigt. Er rät mir, die Ministerpräsidentschaft Viviani anzubieten, der zwar nicht für die dreijährige Dienstzeit gestimmt hat, aber, so versichert er mir, ebenso wie er selbst entschlossen sei, sie beizubehalten.

Ich dringe in Doumergue, seinen Entschluß aufzugeben, der in meinen Augen durch nichts gerechtfertigt ist. Aber ich vermag nichts über seine Bescheidenheit, und er überreicht mir das Schreiben, das er und seine Kollegen bereits unterzeichnet haben . . . Alle zurücktretenden Minister sind schon im Sitzungssaale versammelt. Ich gehe mit Doumergue zu ihnen. In ihrer Gegenwart gibt er einen liebenswürdigen Kommentar zu seinem Schreiben. Nochmals bitte ich ihn, nicht auf seiner Absicht zu bestehen. Ich weise darauf hin,

daß der Rücktritt des Kabinetts mir keinen parlamentarischen Fingerzeig gibt und daß die Wahlen, die für seine Regierung günstig ausgefallen sind, keinen Rücktrittsgrund für ihn bilden können. Aber sein Wille steht fest. Ich füge mich seinem Wunsche und spreche ihm meinen Dank und mein lebhaftes Bedauern aus ...

Alsbald berufe ich die beiden Kammerpräsidenten. Antonin Dubost kommt um $^1/_2$2, Paul Deschanel um 3 Uhr. Der erstere sagt mir nicht viel Bestimmtes, läßt jedoch durchblicken, daß sich nach seiner Ansicht aus den Kammerwahlen die Notwendigkeit einer Zwischenlösung für das Militärgesetz zu ergeben scheine. Deschanel dagegen spricht sich bestimmt für die Bildung eines Kabinetts aus, das entschlossen ist, die dreijährige Dienstzeit beizubehalten. Seine eigene Wahl zum vorläufigen Präsidenten, die Clementels, des früheren Ministers unter Barthou, zum Vizepräsidenten, die Niederlage Augagneurs und Rabiers, die Gegner des jetzigen Militärsystems sind, die Ernennung des ihm günstig gesinnten Messimy, der nicht einmal Kandidat war und der sofort nach dem Wahlakt demissioniert hat – das alles gibt nach Deschanels Ansicht deutliche, übereinstimmende Fingerzeige. Übrigens wäre er für ein Kabinett Viviani, falls ich bestimmte Bürgschaften für die Beibehaltung der dreijährigen Dienstpflicht hätte und das Kriegsministerium weder ein politischer General noch ein demagogischer Parlamentarier erhielte.

Ein Gartenfest, das ich den von der Stadt Paris eingeladenen fremden Stadtverwaltungen gebe, zwingt mich, meine Befragungen zu unterbrechen. Am Mittwoch vormittag nehme ich sie wieder auf. Léon Bourgeois sagt mir, er halte es für unerläßlich, das Gesetz über die dreijährige Dienstpflicht beizubehalten und es kräftig zu vertreten. Er würde seiner Kränklichkeit wegen zwar die Ministerpräsidentschaft nicht annehmen, aber ein einfaches Ministerium als geringere Last nicht abschlagen. Trotzdem wagt er bei seiner großen Schonungsbedürftigkeit nicht zu versprechen, nach dem Quai d'Orsay zu gehen. Wie er mir anvertraut, kann er in Versammlungen nur noch mit großer Mühe lesen oder sprechen. Er rät mir, vorzüglich Viviani zu berufen.

Dieser stellt sich auf meinen Wunsch bei mir ein. Er bedauert Doumergues Rücktritt, hält ein Kombination für nötig, die sich ganz auf die Linke stützt und entschlossen ist, sowohl die Steuerreform wie die Wahlreform zur Durchführung zu bringen. Für das

Militärgesetz hat er zwar nicht gestimmt, sich aber nachträglich von seiner Notwendigkeit überzeugt. Nach seiner Ansicht darf es weder abgeändert noch durch milde Anwendung abgeschwächt noch seine künftige Aufhebung schon jetzt versprochen werden. Er rät mir, meine Befragungen sehr weit auszudehnen, sowohl um mich selbst zu unterrichten wie um den Kammern zu zeigen, daß mir jede Voreingenommenheit fernliegt . . .

Am Donnerstag, dem 4. Juni, um 3 Uhr berichtet Viviani mir über seine ersten Verhandlungen. Clemenceau und Léon Bourgois haben ihm geraten, die dreijährige Dienstpflicht energisch beizubehalten, aber dem ersteren hat Viviani nichts angeboten, und der zweite scheint nicht geneigt, dem geplanten Kabinett beizutreten. Viviani bittet mich, ihn zu empfangen und ihm zuzureden. Demgemäß lasse ich Bourgeois kommen. Er findet die Formeln, mit denen Viviani sein Militärprogramm darlegen will, zweideutig und fürchtet, daß zu geschickt abgewogene Ausdrücke das neue Kabinett dem Angriff aller Parteien aussetzen. Er selbst ist entschlossen, jede Zweideutigkeit zu vermeiden. Ich stimme ihm bei, dringe aber in ihn, das Portefeuille des Auswärtigen anzunehmen und seine Ansicht zu vertreten. Er wendet mir zunächst seine schwankende Gesundheit ein, aber ich bitte ihn, dem Vaterlande noch einmal ein Opfer zu bringen. Er willigt ein, mit Viviani in meinem Kabinett zu sprechen. Ich rede auf beide sehr energisch und fast bewegt ein. Aber Léon Bourgeois sagt nur soviel zu, daß er am nächsten Morgen eine Aussprache mit Viviani haben will. Bis dahin behält er sich seine endgültige Antwort vor.

Viviani setzt seine Umfragen fort, ohne den Mut zu verlieren. Die Widerstände, auf die er stößt, entmutigen ihn nicht, aber er fängt an, die Nerven zu verlieren. Er klagt über Mangel an Takt bei Caillaux, der am Vorabend des Schwurgerichtsprozesses anscheinend einen Mann seiner Wahl im Justizministerium haben möchte. Er hofft, Léon Bourgeois werde schließlich zusagen.

Aber am Freitagmorgen gibt der Senator der Marne ihm einen abschlägigen Bescheid. Er hat lange sein Gewissen befragt und hält es nicht für möglich, einer unklaren militärischen These beizutreten. In dieser Hinsicht hält er keine Zwischenlösung für möglich. Ich fürchte, diese Ablehnung, deren Grund Léon Bourgeois nicht verhehlt, wird ein zweifelhaftes Licht auf Vivianis Absichten werfen und seinem Kabinett ein ganz anderes Gepräge geben, als es von

uns ursprünglich beabsichtigt war. Viviani scheint sehr in Verlegenheit. Er wendet sich an Peytral, der ablehnt, an Lebrun, der ablehnt, an Combes, der ablehnt, an Jean Dupuy, der zaudert, an ein paar andere, die ihre Mitarbeit zusagen. Erst am Abend hat er schließlich René Renoult, Maloy, Noulens, Messimy, Thomson und Justin Godard zusammengebracht.

Am Sonnabend, dem 6. Juni, morgens sucht er mich auf, bevor er seine künftigen Mitarbeiter zusammenberuft. Ich finde ihn immer nervöser. Wie er mir sagt, hat er keinen Augenblick geschlafen, sondern die ganze Nacht in Tränen gelegen. Noch nie habe ich ihn so ohnmächtig gegen die Umwelt gesehen. Infolge der Schwierigkeiten ist seine stets sehr rege, bisweilen etwas jähe Empfindsamkeit fast krankhaft geworden. Er teilt mir den Wortlaut der Ministererklärung über das Militärgesetz mit, den er seinen Kollegen in einigen Minuten vorlegen will. Mehrere Verlegenheitswendungen sollen anscheinend den Deputierten zu Hilfe kommen, die ihren Wählern die Aufhebung des Gesetzes versprochen haben, aber jetzt der Ansicht sind, daß die Ausführung dieses Versprechens dem nationalen Interesse zuwiderläuft. Doch sie befriedigt diejenigen nicht, die sich bei ihrer Zustimmung zu der dreijährigen Dienstpflicht bewußt waren, eine notwendige Maßnahme zu treffen.

Viviani selbst hat seine Ansicht in seiner „Antwort an den Kaiser" (S. 75) dargelegt: „Von der Notwendigkeit durchdrungen, das Gesetz über die dreijährige Dienstpflicht beizubehalten, aber in dem Wunsche zu zeigen, daß es keine für alle Zeiten unantastbare Urkunde sei, übernahm ich die Bildung des Kabinetts mit dem Vorsatz, das erst kürzlich angenommene Gesetz bestehen zu lassen. Ich wollte nur bekunden, daß jetzt eine militärische Ausbildung der organisierten Jugend unerläßlich sei und daß man eines Tages, wenn die äußeren Verhältnisse es erlaubten, die getroffenen Maßnahmen rückgängig machen könne, denn die Militärgesetze hängen von der europäischen Lage ab. Aber diese Zwischenlösung hatte das Schicksal, das die Parteien den ausgleichenden Maßnahmen stets zu bereiten pflegen: die Gemäßigten fürchteten sie, und einige Leute von der äußersten Linken hielten sie für unzureichend."

Vivianis erste Formel schien mir selbst nicht sehr klar. Ich hatte ihm einige Änderungen im einzelnen empfohlen, die er übrigens zweckmäßig gefunden hatte, und er war zu Malvy ins Ministerium des Innern gegangen, um seine künftigen Kollegen dort zu treffen.

Kurz darauf kam er wieder ins Elysée, um mir mitzuteilen, daß alles in die Brüche gegangen sei. Justin Godart, der Deputierte des Rhonedepartements, hatte keinen Satz der Erklärung gebilligt, der die Erleichterung der Militärlasten von der äußeren Lage abhängig machte. Viviani hatte nicht nachgegeben. Noulens, Messimy, Thomson und Jean Dupuy hatten ihn unterstützt. „Es handelt sich darum," hatte Thomson gesagt, „ob wir Franzosen bleiben wollen." Aber Godart war starrsinnig geblieben. Viviani hätte ihn durch einen sozialistischen Radikalen ersetzen können, der für die dreijährige Dienstpflicht war. Aber er fühlte, daß Godart so dachte wie eine große Anzahl von Deputierten, die durch ihre Versprechen an die Wähler gebunden waren, und dieser Opposition gegenüber fürchtete er, nicht zu einem dauernden Einvernehmen gelangen zu können. Ich weiß nicht, ob etwa diese Bezugnahme auf die äußere Lage bei Godart vorübergehend den Glauben erweckt hat, Frankreich habe sich Rußland gegenüber zur Annahme der dreijährigen Dienstzeit verpflichtet. Später hat er sich überzeugen können, daß niemand eine solche Verpflichtung eingegangen ist. Aber ein paar Wochen nach dieser Ministerkrise hat er in einem Aufsatz diese falsche Nachricht[1] auf sein Konto nehmen zu können geglaubt, und Wilhelm II. hat seinen Irrtum später benutzt, um ihn in seinen armseligen ‚Geschichtstabellen'[2] als unstreitige Wahrheit hinzustellen.

Wie dem aber auch sei, durch die Hindernisse gereizt, auf die er gestoßen ist, erklärt Viviani mir, er verzichte auf seinen Auftrag. Umsonst suche ich ihm Mut zuzusprechen. „Nein," sagt er, „ich bleibe für ein anderes Mal zu Ihrer Verfügung. Gegenwärtig empfehle ich Ihnen, Paul Deschanel oder, wenn er ablehnt, Delcassé zu betrauen."

Ich schicke einen meiner Offiziere zum Kammerpräsidenten. Deschanel geht spazieren – der Glückliche! Erst um 5 Uhr erfährt er von meiner Aufforderung und erscheint im Elysée. Er nimmt meine Eröffnungen ziemlich ungünstig auf. Seine Wiederwahl zum Präsidenten, sagt er, habe keine politische Bedeutung. Er habe dem Amte, das er bekleidet, erst den berufsmäßigen Charakter wiedergegeben, den es nie hätte verlieren sollen. Er könne seine 700 Wäh-

[1] Courrier européen, 23. Juli 1914.

[2] Vergleichende Geschichtstabellen, 1921, Verlag K. F. Köhler, Leipzig, S. 49, 71.

ler nicht ohne Unhöflichkeit im Stiche lassen; sie gehörten den verschiedensten Parteien an und setzten einfach Vertrauen in seine Fähigkeit als Präsident. Er möchte, daß man nicht erfahre, daß ich ihn mit der Kabinettsbildung betraut hätte. Er könne dies Amt nicht annehmen. Die Republik habe ihn nicht gebraucht, als er im ministerfähigen Alter war. Er habe nie die Macht ausgeübt. Jetzt sei er nicht mehr jung genug, um mit den Anfangsgründen zu beginnen. Er würde hinter den Erwartungen zurückbleiben. Er kenne sich gut. Er sei dazu bestimmt, Kammerpräsident zu bleiben und nicht Ministerpräsident zu werden. Ich dringe in ihn. Ich appelliere an seine Selbstlosigkeit und an seine Vaterlandsliebe. Ich setze sogar hinzu, sein persönliches Interesse decke sich mit dem allgemeinen Interesse. Er werde größer werden, wenn er eine Aufgabe übernehme, die zwar nicht ohne Gefahren, aber auch nicht ohne Ruhm sei. Sie sei tausendmal besser als der friedliche Posten, auf den er sich zurückgezogen habe. Doch umsonst, ich erweiche ihn nicht; ich fühle, daß er an seinem Präsidentenstuhle klebt.

Dann erkläre ich ihm, ich könne meinen Vorschlag nicht verschweigen. Kein Mensch würde es verstehen, wenn ich es unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen unterlassen hätte, ihm Doumergues Nachfolgerschaft anzubieten. Er ist sehr verdrossen und bittet mich, nichts zu sagen. Ich leiste ihm Widerstand und gehe nur darauf ein, mit ihm zusammen eine Notiz abzufassen, die seine Eigenliebe schont. Wir deuten darin an, daß ich ihn wegen der Ministerpräsidentschaft befragt habe, da die Abstimmung der Kammer mir als Fingerzeig erschienen sei, daß er aber geantwortet habe, bei dem rein technischen Charakter dieser Wahl halte er es für seine Pflicht, das ihm anvertraute Amt nicht preiszugeben.

Nun bleibt mir nur noch Delcassé. Er liegt zu Bett und leidet an Furunkeln. Mein Generalsekretär, Adolphe Pichon, sucht ihn auf und versucht festzustellen, ob diese Krankheit nicht mehr diplomatisch als natürlich ist. Aber es gelingt ihm nicht, vorgelassen zu werden. Ich bitte Clementel, seinerseits alles zu tun, um sich Eingang zu verschaffen. Es gelingt ihm nur, Frau Delcassé zu sprechen. Er wird seinen Versuch morgen wiederholen.

Ich tappe also von neuem im tiefsten Dunkel. Ich stehe einer Kammer gegenüber, deren wirkliche Absichten ich nicht kenne, und bin von Ränken umgeben, die ich nicht zu entwirren vermag. Ein wichtiger Besuch verschafft mir eine kurze, angenehme Ab-

lenkung. Theodore Roosevelt, der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, der sich in Paris aufhält, kommt, um sich mit mir zu unterhalten. Ich finde ihn so, wie ich ihn vor ein paar Jahren in der Sorbonne kennengelernt hatte, rauh, energisch, mit langem Halse, starken Kinnbacken, etwas hartem Blick unter den Gläsern seines Kneifers, mit kurzem, dichtem Schnurrbart. Er spricht von seinem Lande mit einem Stolze, der fast taktlos ist, aber auch von Frankreich mit einer Unkenntnis, die mir an die Seele geht. Mit ernster Miene erzählt er mir, es gäbe in Paris, in den politischen Kreisen, eine revisionistische Strömung, die nach einer amerikanischen Verfassung und nach größeren Machtbefugnissen des Präsidenten strebe. Er drückt die Hoffnung aus, ich werde der Träger dieser bevorstehenden gesetzmäßigen Revolution sein. Nachdem ich mich versichert habe, daß er nicht spaßt, reiße ich den unsinnigen Gedanken aus seinem Geiste.

Am Sonntag, dem 7. Juni, ist Clementel endlich bis zu Delcassés Bette vorgedrungen. Der frühere Minister des Auswärtigen ist wirklich krank; er hat die Grippe und Furunkeln am Halse. Er ist körperlich außerstande, ein Kabinett zu bilden. Clementel, Jean Dupuy und Peytral lehnen nacheinander die Ehre der Präsidentschaft ab. Ich lasse nochmals Doumergue kommen, der nur drei Lösungen sieht und sich bereit erklärt, seine Meinung öffentlich kundzugeben: nochmals Viviani, nochmals Léon Bourgeois oder Alexandre Ribot.

Der Absage der beiden ersteren bin ich leider allzu gewiß. Ich lasse daher Ribot kommen. Er war mein hartnäckiger Gegner bei der Präsidentenwahl, nicht nur bei der Vorwahl, sondern auch in Versailles bis zur endgültigen Abstimmung. Einerlei; die Schlacht ist geschlagen und die Vergangenheit ist in meinen Augen, als wäre sie nicht gewesen. Übrigens ist Ribot ein großer Parlamentarier, ein unvergleichlicher Debatter, stets über alles auf dem laufenden, einer der reichsten und gebildetsten Geister. Obwohl gemäßigt, wird er von der Linken geachtet, und er wird Léon Bourgeois, der ihm sehr nahesteht, leicht zur Mitarbeit gewinnen. In der Frage der nationalen Verteidigung ist er unnachgiebig. Andererseits hat er es bei der Finanzkommission des Senates selbst durchgesetzt, daß sie das von den Kammern angenommene Einkommensteuerprojekt in den in Arbeit befindlichen Haushaltsplan aufnimmt. Im Palais Bourbon kann man ihm also nicht vorwerfen, er verkörpere eine allzu konservative Finanzpolitik. Er willigt darein, „seine Freunde zu

befragen", und beginnt seine Schritte mit dem offensichtlichen Wunsche, rasch zum Ziele zu kommen.

Inzwischen erhalte ich durch Besuche, Briefe und Zeitungslektüre sehr üble Nachrichten über die öffentliche Stimmung. Auf der Rechten macht man mir nach wie vor den Vorwurf, daß ich nicht in die Wahlen eingegriffen und meine Lage verschlimmert habe, indem ich nach den Wahlen kein Kabinett des Widerstandes bildete. Auf der Linken tadelt man mich, weil ich noch kein rein radikales Ministerium eingesetzt habe, und in einigen politischen Kreisen geht man darauf aus, mich zur Abdankung zu zwingen. Alles, was ich im Januar 1913 erlebt habe, fängt wieder an, die unsauberen Machenschaften, die blöden Verleumdungen, die galligen Notizen in den kleinen Hetzblättern. Doch jetzt weiß ich gegenüber diesem gehässigen Treiben die Ruhe der Verachtung zu wahren . . .

Am Montag, dem 8. Juni, abends, berichtet Ribot mir über die ersten Ergebnisse seiner Schritte. Er ist sehr optimistisch und glaubt, sein Kabinett werde am Dienstagmorgen gebildet sein. Léon Bourgeois hat seine Mitarbeit als Außenminister zugesagt, Delcassé die seine als Marineminister. Er möchte Noulens für den Krieg behalten, ist aber seiner Zusage noch nicht sicher. Ich lasse Noulens auf Ribots Bitten am Dienstagmorgen kommen, vermag ihn aber nicht zu überzeugen. Er hält ein Ministerium Ribot nicht für lebensfähig. Die sozialistischen Radikalen haben es dem Senator des Pas-de-Calais nicht verziehen, daß er früher die Trennung von Kirche und Staat bekämpft hat. Nach Noulens' Ablehnung vertraut mir Jean Dupuy, dessen Mitwirkung Ribot gewünscht hat, seine Enttäuschung und Verlegenheit an. Er glaubt nicht an die Dauer des geplanten Kabinetts.

Tatsächlich kommt Ribot am Mittag mit verstörter Miene und langem Gesicht wieder. Seine hohe Gestalt ist wie eine Trauerweide geknickt. Er vermag die endgültige Liste seines Kabinetts noch nicht zu veröffentlichen. Bei der Verhandlung am Montag hat Jean Dupuy in einem Anfall von Pessimismus, der seinen Gewohnheiten und seinem Temperament widerspricht, die Seele der künftigen Minister durch seine Ausführungen entmutigt. Léon Bourgeois, der nach der Marne gereist ist, hat durch seinen Sohn telephonisch darum bitten lassen, vor seiner Rückkehr nichts Endgültiges zu beschließen. Er wird um 4 Uhr zurück sein; bis dahin bleibt alles in der Schwebe.

Die Zeit verstreicht. Léon Bourgeois kommt zu Ribot und bleibt bei seiner Zusage, trotz des wachsenden Widerstandes der sozialistischen Radikalen, die soeben beschlossen haben, gegen das in Bildung befindliche Ministerium zu stimmen. Der Senator des Marnedepartements fordert nur, daß in die ministerielle Erklärung ein deutlicher Passus aufgenommen werde, daß das neue Kabinett sich auf eine republikanische Mehrheit stützen wolle. Ribot hat gegen diesen Zusatz nichts einzuwenden. Aber Jean Dupuy ist nach wie vor der Ansicht, daß eine andere Regierung als die Vivianis gegenwärtig nur mit großer Mühe eine Linksmehrheit erhalten werde. Trotz allem kommt das Ministerium am Abend zustande. Es setzt sich wie folgt zusammen: Ribot Ministerpräsident und Justiz, Léon Bourgeois Äußeres, Delcassé Krieg, Camille Chautemps Marine, Peytral Inneres, Clementel Finanzen, Jean Dupuy Öffentliche Arbeiten, Maunoury Kolonien, Dessoye, Vorsitzender der Unterrichtsliga, Unterricht, Marc Réville Handel, Dariac Landwirtschaft, Abel Arbeit.

Die großen Zeitungen vom 10. Juni sind dem neuen Ministerium im allgemeinen günstig, aber die „Lanterne", der „Radical", die „Humanité" toben. In der „Guerre sociale" betitelt Gustave Hervé seinen täglichen Artikel „Auf dem Wege nach Versailles", und er schreibt: „Die Ministerkrise ist beendet, aber die Präsidentenkrise bleibt offen. Das Land will nach links, aber der schlimm Gewählte im Elysée will es nach rechts zwingen. Das Land fordert Combes, er zwingt ihm Ribot auf. Das ist eine Herausforderung, ein Trotzbieten, ein kleiner Staatsstreich gegen das allgemeine Wahlrecht und die Volkssouveränität."

Am Ende des Vormittags stellt Ribot mir seine Kollegen vor. Alle scheinen jetzt sehr vertrauensvoll. Selbst Jean Dupuy verhehlt seine Besorgnisse. Die Dekrete werden unterzeichnet; sie geben dem Kabinett Leben und Hoffnung.

Am Nachmittag empfange ich Aristide Briand, der mich bittet, mich in seinem Wahlkreise Saint-Chamont aufzuhalten, wenn ich demnächst nach dem Loiredepartement reise. Wir wechseln ein paar Worte über die Lage. Wie er mir sagt, sei er anfangs für ein Ministerium Viviani gewesen, aber Viviani habe sich zu unerfahren und zu schwach gezeigt. Da nun ein Kabinett Ribot gebildet sei, müsse man es leben lassen; Briand hält dies nicht für unmöglich. . .

Donnerstag, der 11., ist ein langsamer Tag des Abwartens. Die

Kammer tagt nicht; die Minister richten sich ein. Doch am Freitagmorgen findet der erste Ministerrat im Elysée statt. Um sich nach links zu verstärken, hat das Kabinett radikale Unterstaatssekretäre, Guernier, Margaine, Le Cherpy, herangezogen. Ribot und Clementel stellen die Lage des Staatsschatzes dar, die wahrhaft traurig ist. Die solange hinausgeschobene Anleihe muß schleunigst aufgelegt werden. Ribot verliest seine Erklärung; es werden nur unbedeutende Kleinigkeiten daran geändert. Sie ist deutlich und nüchtern, unzweideutig über das Militärgesetz, deutlich über die Steuer- und Sozialreformen, friedliebend und vorsichtig in den Fragen der Außenpolitik. Es scheint, daß sie von einer republikanischen Kammer einstimmig begrüßt werden müßte. Aber die Minister haben schon nicht mehr ihre schöne Zuversicht von gestern. Die Nachrichten aus dem Palais Bourbon sind abscheulich. Um das Unglück vollzumachen, sagt Ribot mir, ihm sei gestern abend nach einem Diner im Petit-Luxembourg bei Antonin Dubost unwohl geworden; er habe die ganze Nacht nicht geschlafen und sei sehr erschöpft. Delcassé, dem es etwas besser geht, gedenkt in die Kammer zu kommen, ist aber noch nicht imstande, dort das Wort zu ergreifen. Léon Bourgeois, der immer noch bestrebt ist, eine Linksmehrheit für das Kabinett zu gewinnen, beginnt anscheinend selbst am Erfolge zu zweifeln. Ich verlasse den Ministerrat mit sehr ungünstigem Eindruck.

Am Nachmittag, während der Kammersitzung, lese ich im „Salon d'argent" neben meinem Arbeitszimmer. Das offene Fenster geht auf den Rosengarten, aber ich kann meine Gedanken kaum sammeln; sie schweifen nach dem Palais Bourbon. Wirre, beunruhigende Nachrichten treffen ein. Die Angreifer, Puech, Dalimier, Augagneur und Marcel Sembat sind von der Linken kräftig unterstützt worden. Ribot, der nicht im Vollbesitz seiner Rednergabe zu sein scheint, hat eine ziemlich kurze Rede gehalten, die durch Zwischenrufe unterbrochen worden ist. Auf alles Verständige, was er gesagt hat, selbst über die Finanzlage, hat man mit Murren oder mit Spott geantwortet.

Dann hat die Kammer über eine von Dalimier eingebrachte Tagesordnung beraten, die geschickt so abgefaßt war, daß sie gewissen Deputierten die Verlegenheit ersparte, über bestimmte Fragen, besonders über das Militärgesetz abzustimmen. „Voller Ehrerbietung vor dem Willen, der sich in den allgemeinen Wahlen bekundet hat,

und entschlossen, ihr Vertrauen nur einem Kabinett zu schenken, das eine Linksmehrheit zu gewinnen vermag, hat die Kammer . . ." Ribot hat die Mine sofort bemerkt. Er hat erklärt, er nähme zwar sehr gern eine Tagesordnung an, die ihn dazu verpflichte, eine republikanische Mehrheit zu gewinnen, aber zuvor wünsche er eine Tagesordnung zu erhalten, die sich deutlich über die Hauptpunkte des Regierungsprogramms, Militärgesetz, Steuerreform, Weltlichkeit des Staates, äußere.

Abstimmung, Auszählung. Die Tagesordnung Dalimier hat mit 306 gegen 262 Stimmen den Vorzug erhalten. Das Kabinett ist gestürzt. In Ribots Gefolge verlassen die Minister die Sitzung mit der Feierlichkeit eines Leichenbegängnisses, als trügen sie eine totgeborene Idee zu Grabe. Nach ihrem Fortgehen wird die mörderische Tagesordnung mit 395 Stimmen angenommen. Dieser Marschbefehl richtet sich natürlich gegen mich.

Kaum sind diese Nachrichten ins Elysée gelangt, so erscheint Ribot mit seinen Kollegen, den Ministern und Unterstaatssekretären, um mir ihre Gesamtdemission zu überreichen. Ich danke ihnen für ihre Hingebung und beglückwünsche sie zu ihrem Mute. Sie gehen, und ich bleibe allein, mehr denn je allein in dem traurigen Palaste, der mir für sieben Jahre als Observatorium des politischen Himmels angewiesen ist. Zum Glück kommen mein Bruder Lucien, Direktor im Unterrichtsministerium, meine Gattin und meine Schwägerin, um mich meiner Schwermut zu entreißen. Wir speisen im Familienkreise, und ihre liebevolle Zuvorkommenheit verscheucht aus meinem Geiste die düsteren Gedanken, die ihn bestürmen. Sobald ich mir aber wieder selbst überlassen bin, frage ich mich bang: Was fordert das höhere Interesse des Landes? Die Tagesordnung der Kammer ist eine Aufforderung an mich. Ist es meine Pflicht zu gehen oder zu bleiben?

Zwanzigstes Kapitel

Neue Befragungen – Das Ministerium Viviani – Ein Zwischenfall in Marokko – Nochmals die grünen Telegramme – Beim Grand Prix erfahre ich das Attentat von Sarajevo – Depeschen aus Wien und Budapest – Ein Besuch des Grafen Szecsen – Franz Joseph und Wilhelm II – Am Vorabend der Pariser Schwurgerichtsverhandlungen – Berchtold und Tisza – Reise nach Montdidier und nach Péronne – Das Fest vom 14. Juli – Eine Militärdebatte im Senat

Lange befrage ich mein Gewissen; es verbietet mir, meinen Posten zu verlassen. Je mehr ich angegriffen werde, um so weniger darf ich ans Desertieren denken. Einige Zeitungen der Rechten raten mir zu einem Gewaltstreich, der aber nur ein törichter Streich wäre. Ich müsse die Kammer mattsetzen, wolle ich nicht unter der öffentlichen Verachtung erliegen. Wenn sie nicht vorwärts komme, müsse ich sie auflösen. Als ob der Senat geneigt wäre, die erforderliche Zustimmung zu geben! Als ob die Kammer selbst, da der Staatshaushalt für 1914 noch nicht bewilligt ist, nicht imstande wäre, am Ende des Monats ein Zwölftel zu verweigern und dadurch Neuwahlen zu vereiteln! Und als ob schließlich die allgemeine Volksstimmung, die sich durch die Wahlen ausgedrückt hat, bereit wäre, sich selbst nach wenigen Wochen auf Befehl eines einzigen zu widerrufen!

Nein! Ich werde das mir anvertraute Amt morgen wie gestern loyal ausüben. Man mag sagen, was man will, es sind weder Vorurteile noch juristische Bedenken, die mir mein Verhalten vorschreiben. Es ist ein Gefühl der Ehre und der elementaren Rechtschaffenheit. Ich bin der Gefangene des Amtes, das ich für sieben Jahre angenommen habe und das ich nicht verkürzen darf, wenn man mich nicht unmittelbar dazu zwingt.

Ich lasse die beiden Kammerpräsidenten nochmals kommen. Antonin Dubost ist ratlos. Er schwankt zwischen Viviani, Combes und Clemenceau. Er befürchtet, daß Viviani, selbst mit Malvys Beistand, den strenggläubigen Radikalen gegenwärtig etwas verdächtig sei. Paul Deschanel stößt sich nicht an diesem ängstlichen Einwand. Er spricht sich in aller Form für ein Ministerium Viviani aus. Diese Kombination, versichert er mir, werde im Palais Bourbon am meisten Anklang finden.

Am 13. Juni um 11 Uhr vormittags berufe ich also Viviani nochmals. Es kostet mich keine Überwindung. Ich kann weder an seiner Vaterlandsliebe noch an seiner demokratischen Gesinnung noch an seiner mir stets bezeugten Freundschaft zweifeln. Sein lebhafter Verstand, dem ein außerordentliches Gedächtnis zu Hilfe kommt, seine allgemeine Bildung, seine Rednergabe, mit der er keinem anderen nachsteht, sind kostbare Bürgschaften der Kraft und des Erfolges für das Ministerium, das er leiten soll. Gewiß hat er einige Temperamentsfehler. Er ist bisweilen argwöhnisch, mißtrauisch, reizbar. Er hat die Ungeduld und die Heftigkeit eines verwöhnten Kindes. Aber diese kleinen natürlichen Fehler werden durch seine Hochherzigkeit reichlich aufgewogen. Ich teile ihm Deschanels Ansicht mit und finde ihn durchaus geneigt, seine Schritte zu wiederholen. Nur widerwillig, sagt er zu mir, habe er in der Kammer gegen das Ministerium Ribot gestimmt. Er habe mir dadurch seine zweite Berufung erleichtern wollen, denn er habe den sofortigen Sturz des Kabinetts vorhergesehen und geglaubt, es werde mir unmöglich sein, das neue Ministerium aus der Minderheit zu nehmen. Diesmal ist er entschlossen, rasch und zielbewußt voranzugehen. Doch er nimmt an, daß das Komitee in der Rue de Valois seine Forderungen verdoppeln wird. Man wolle bereits Thomson und Fernand David ausschließen, die sich bei der Abstimmung über die Tagesordnung Dalimier der Stimme enthalten haben. Dagegen bestehe man auf einem einflußreichen Ministerium für Combes. Viviani hat nichts gegen Combes, für den er persönlich große Achtung hegt. Aber der frühere Ministerpräsident hat sich ganz vor kurzem für die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit ausgesprochen. Viviani ist nicht geneigt, gegenwärtig ein Versprechen zu geben, das er für unzeitig und gefährlich hält.

Übrigens zieht Combes selbst ihn aus der Verlegenheit. Er weigert sich in ein Kabinett einzutreten, das sich nicht öffentlich verpflichtet, die Dienstzeit demnächst herabzusetzen. Viviani sieht sich also nach anderen Mitarbeitern um, und um 5 Uhr nachmittags meldet er mir, er habe ein elegantes Mosaik zusammengesetzt, wie er selbst es lächelnd nennt. Er hat das Unterrichtsministerium telephonisch Augagneur angeboten, der in Lyon ist und zusagend geantwortet hat. Für das Innere hat er Malvy beibehalten, der seit den Wahlen der große Günstling der sozialistischen Radikalen ist. Die Finanzen hat er Noulens gegeben, der sich davor fürchtete, aber

nachgab, das Kriegsministerium Messimy, der Jägeroffizier ist und die Militärfragen gut kennt, die Öffentlichen Arbeiten René Renoult, der sich als Advokat rasch einarbeiten wird, das Handelsministerium G. Thomson, dem man seine Stimmenthaltung verziehen hat, die Landwirtschaft Fernand David, die Kolonien Maurice Raynaud, das Arbeitsministerium Couyba, der einst als Montmartresänger bekanntgeworden ist, aber es später nicht verschmäht hat, eine ernstere Aufgabe zu übernehmen. Die Marine hat Viviani wieder Gauthier gegeben, der sich freilich mit ihr noch nicht vertraut gemacht hat, und das Justizministerium hat er abermals Bienvenu-Martin anvertraut, dessen Unparteilichkeit in schwierigen Verhältnissen hoffentlich von den Freunden wie von den Gegner Caillaux' anerkannt wird.

Endlich, am Sonntag, dem 14. Juni, stellt Viviani mir sein nagelneues Kabinett vor. Es ist vervollständigt durch die Unterstaatssekretäre Jacquier für das Innere, Laurent für den Krieg, Ajam für die Handelsmarine, Dalimier, den Urheber der siegreichen Tagesordnung, für die Künste, Abel Ferry, den Neffen von Jules und Sohn von Charles Ferry, für das Auswärtige. „Ich stelle Ihnen die neuen Minister vor", sagt Viviani. „Sie sind voller Ehrerbietung für Ihre Person und für Ihr Amt. Ich danke den Herren in Ihrer Gegenwart für den Eifer, mit dem sie meine Aufgabe erleichtert und eine Krise beendet haben, die nicht ohne große Unzuträglichkeiten hätte fortdauern können, wäre es auch nur im Hinblick auf das Ausland. Denen, die noch nicht unter Ihrer Präsidentschaft im Ministerrate gesessen haben, möchte ich auch die Loyalität rühmen – ich betone das Wort nicht, denn das hieße Sie beleidigen –, vor allem aber den klaren Blick, die Besonnenheit und Zurückhaltung, mit der Sie den Vorsitz im Ministerrate führen . . ."

Am Dienstag morgen verliest Viviani im Ministerrate den Entwurf der ministeriellen Erklärung, der Zustimmung findet. Es ist ein recht gut abgefaßtes Schriftstück, aber weniger wirksam als eine Rede des Verfassers. Der Ministerpräsident spart seine Kräfte offenbar für die Debatte auf. Am Nachmittag stellt sich das Kabinett den Kammern vor. Auf eine Interpellation von Jaurès antwortet Viviani sehr glücklich und trägt einen großen Sieg davon, ohne etwas von seiner Position preiszugeben. Er erklärt rund heraus, er werde die unter den Fahnen befindlichen Jahrgänge nicht entlassen. Das Militärgesetz sei zwar nicht unantastbar, könne jedoch nicht

abgeändert werden, bevor eine ganz neue Gesetzgebung geschaffen und ausprobiert worden sei. Trotz des Schmollens der äußersten Linken wird eine Tagesordnung, die der Regierung das Vertrauen der Kammer ausdrückt, mit 370 gegen 137 Stimmen angenommen. Vielleicht kann die Regierung und können die Kammern jetzt die ungeheure Arbeit, die ihnen bevorsteht, in Angriff nehmen.

Diner in der spanischen Botschaft. Dort treffe ich Viviani, der mit seinem Triumphe sehr zufrieden ist. Nur eins, gesteht er mir, verdirbt ihm die Freude. Im Feuer der Improvisation hat er auf der Tribüne das Zeitwort „konkretieren" erfunden. Ich tröste ihn mit dem Hinweise, daß selbst Littré, wenn ich nicht irre, das Fehlen dieses Wortes beklagt hat. Aber mich belustigt der Gedanke, daß dieser Künstlergeneral nach einem solchen Siege sich über einen kleinen Tintenfleck oder Wasserspritzer bekümmert, der auf seine Sterne gefallen ist.

Mittwoch, 17. Juni. – Viviani kündigt mir den Besuch Aristide Briands an, dem der Fürst von Monaco vorgeschlagen hat, ihn mit Jules Roche zu den kaiserlichen Regatten nach Kiel mitzunehmen, um ihm eine Begegnung mit Wilhelm II. zu ermöglichen. Viviani ist nicht sehr für diesen Reiseplan. Briand gehört zwar nicht der Regierung an und kann nicht befugt sein, in ihrem Namen zu sprechen, aber trotz seiner neuerlichen Uneinigkeit mit der Mehrheit hat er in der Politik eine große persönliche Stellung, und man wird annehmen können, daß er sich für das Ministerium bereit hält. Er wird in eine falsche Lage kommen, ungerechte Kommentare und phantastische Mutmaßungen wachrufen. So sehr die Anwesenheit Jules Roches in Kiel, wie vor einigen Jahren die Etiennes, als einfacher Akt internationaler Höflichkeit erscheint, so sehr würde Briands Anwesenheit zwangsläufig zu mannigfachen Mutmaßungen führen, die gefährliche Polemiken entfesseln könnten. Ich sage Viviani, daß ich seine Auffassung teile. Ich sage das gleiche Briand selbst, als er sich im Elysée einstellt. Übrigens will er aus eigenem Antriebe verzichten. Die Reise nach Kiel ohne ausdrückliche Einladung des Kaisers wäre ein Schritt, der manche Verlegenheiten mit sich brächte. Die Begegnung würde zweifellos auch keine anderen Erfolge zeitigen als die ziemlich häufigen Gespräche zwischen Jules Cambon und Wilhelm II. Warum unsern Botschafter kaltstellen? Könnte das Gespräch noch für zufällig gelten! Aber wozu nach Deutschland reisen, mit dem Kaiser reden und nachher sehen,

daß alles beim alten ist? Briand wird also dem Fürsten Albert für seine Einladung danken, die dieser, wie er versichert, von sich aus gemacht hat und der der Kaiser ganz fernzustehen scheint. Der Fürst wird trotzdem nach Kiel fahren und mir später, nach seiner Rückkehr, die seltsame Szene erzählen, deren erstaunter Zuschauer er auf der kaiserlichen Jacht werden sollte.

Am Donnerstag, dem 18., kommt der Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen, Abel Ferry, zu mir, um mir im Auftrage Vivianis einen bedauerlichen Zwischenfall mitzuteilen, der sich in Marrokko ereignet hat. Er erinnert durch seine peinliche Ähnlichkeit an die alte Geschichte von Casablanca. Zwei deutsche Ansiedler haben von neuem für die Desertion aus der Fremdenlegion gewirkt. Der General Lyautey, der täglich die verdächtigen Machenschaften Karl Fickes und anderer Leute gleichen Schlages vor Augen hat, will sie kriegsgerichtlich verfolgen lassen. Nach seiner Ansicht hat Deutschland den festen Willen, dem Protektorat, das es uns 1911 zugestanden hat, Schwierigkeiten zu machen. Viviani zaudert, erstens, weil er einen diplomatischen Protest befürchtet, der in diesem Augenblick unangenehme Formen annehmen könnte, und zweitens, weil Deutschland uns schon mehrfach, namentlich im Jahre 1912, das Recht bestritten hat, seine Staatsangehörigen vor unsere Militärgerichte zu stellen. Um alles zu vermeiden, was unsere Beziehungen zu der Berliner Regierung verschlechtern könnte, empfehle ich Abel Ferry, den General Lyautey zu veranlassen, daß er nichts Unwiderrufliches tut, ohne eingehend nach Paris berichtet und bestimmte Weisungen erhalten zu haben. Außerdem sei ich der Ansicht, daß man Jules Cambon mit der Sache befassen müsse, daß man ihn veranlasse, Deutschland an Frankreichs unveränderlichen Standpunkt zu erinnern, und daß man die Wilhelmstraße darauf hinweise, daß wir nur unter der Bedingung auf die Verfolgung der Schuldigen verzichten, daß sie aus Marokko ausgewiesen werden und die Sache vor das Haager Schiedsgericht kommt. Mit Recht fordert Viviani von dem General Lyautey zunächst ergänzende Nachrichten, und zwei Tage darauf erfahren wir, daß der Hauptanstifter der Desertionen, namens Klein, zwar deutscher Herkunft ist, aber das französische Staatsbürgerrecht erworben hat. Somit kann er ohne jede Gefahr vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Der zweite Verantwortliche, der seine deutsche Staatsangehörigkeit behalten hat, wird bis zur Grenze geleitet und

nicht verfolgt werden. Damit hat die französische Regierung einen neuen Beweis ihrer friedlichen Gesinnung gegeben.

Mit Ausnahme dieses kleinen Zwischenfalles herrscht jetzt überall Ruhe, in den auswärtigen Angelegenheiten wie in der inneren Politik. Ich entwerfe neue Pläne für den Sommer und den Herbst. Nach meiner Rückkehr aus Rußland und Skandinavien werde ich mich mit meiner Gattin, meinem Bruder und meiner Schwägerin an der Maas treffen. Wir werden uns in Sampigny auf unserer waldigen Höhe niederlassen, und erst in der zweiten Hälfte der Parlamentsferien werden wir zwei bis drei Wochen im Schlosse Rambouillet verweilen. Inzwischen werde ich die malerische Autofahrt auf der Alpenstraße von Nizza bis zum Genfer See unternehmen. Schließlich wird meine Reise nach Saint-Etienne und Roanne, die ich am 5. Juli machen sollte, auf den 27. und 28. September verschoben. Örtliche Verhältnisse haben diesen Aufschub nötig gemacht. Niemand von uns zweifelt daran, daß Briand, der Deputierter des Loiredepartements ist, Dr. Reymond, der das gleiche Departement vertritt, und ich uns friedlich in der reichen Industriegegend treffen werden, die ich zu besuchen versprochen habe.

In Erwartung dieser langen Reihe amtlicher Reisen füge ich mich mit Geduld und Entsagung in die tägliche Fron, die mir Artikel 3 des Verfassungsgesetzes vom 25. Februar 1875 auferlegt. Ich führe ohne Rast und Ruhe den Vorsitz bei den Nationalfeierlichkeiten. Ich weihe ein. Ich halte Reden bei den Banketten. Großes Rennen in Auteuil, fünfzigjähriges Jubiläum des Roten Kreuzes, Wohltätigkeitsfest zugunsten des Waisenhauses der Ministerien, Verteilung von Preisen in der polytechnischen Gesellschaft, Kunstausstellung, französisch-amerikanisches Komitee usw. Wer gibt mir das „sanft hingleitende, stumme und dunkle Leben“ wieder, dessen Reize man erst wirklich schätzt, wenn man es verloren hat?

Während ich derart bei mancherlei Zeremonien ein etwas unfreundliches Bild des Staates darstelle, kommt die Frage der grünen Telegramme abermals aufs Tapet. Caillaux besteht bei Viviani wie vordem bei Doumergue darauf, im Hinblick auf den Prozeß eine Erklärung der Regierung zu erhalten. Der Ministerpräsident ist geneigt, den Generalstaatsanwalt aufzufordern, daß er bei der Verhandlung erklärt: „Es gibt im Ministerium des Auswärtigen kein Schriftstück, das gegen die Ehre oder die Vaterlandsliebe Caillaux' spräche.“ Wie Viviani mir versichert, leistet diese Fassung dem

früheren Ministerpräsidenten Genüge. Ich freue mich darüber. Aber diese traurige Sache überhitzt die Leidenschaften, verwirrt die Geister und vergiftet die Atmosphäre, und das leider in dem Augenblick, wo die Luft in Osteuropa sich plötzlich mit neuer Elektrizität lädt!

René Pinon, der aus Österreich und vom Balkan zurückkehrt, berichtet mir, noch nie sei die österreichische Politik beunruhigender gewesen, und die Einmischungsversuche der Doppelmonarchie in Serbien könnten täglich wieder anfangen. Und da schlägt gerade am Sonntag, dem 28. Juni, wie ein Blitz ein tragisches Ereignis ein, das die Katastrophe zu beschleunigen droht.

Ich hatte am Quai d'Orsay eben den Vorsitz bei dem Korporationsfrühstück der republikanischen Departementspresse geführt und war von den Eingeladenen in kameradschaftlich heiterer Stimmung empfangen worden. Am Nachmittag war der Grand Prix in Longchamps. Wie üblich, mußte ich ihm mit meiner Gattin beiwohnen. Wir fuhren bei herrlichem Wetter ab; in den Baumgängen des Bois de Boulogne drängte sich eine fröhliche, sorglose Menge, als wir in unserm à la Daumont bespannten Wagen vorbeifuhren. Man wird nie genug sagen können, wie sehr die Sonne zur Popularität der Staatsoberhäupter beiträgt. Auf der Präsidententribüne fanden wir die beiden Kammerpräsidenten und das diplomatische Korps. Ein Büfett war für unsere Gäste errichtet. Die Klarheit des Himmels, die Menge der Zuschauer, die Eleganz der Toiletten, die Schönheit des Rennplatzes in seinem weiten grünen Rahmen, alles verhieß uns einen reizenden Nachmittag. Mit etwas zerstreuten Blicken folgte ich dem Laufen der Pferde, als uns ein Havastelegramm überbracht wurde, das Bestürzung unter uns warf. Bei einem Besuch in Sarajevo war der Erzherzog-Thronfolger von Österreich mit seiner morganatischen Gattin, der Herzogin von Hohenberg, tödlich getroffen worden. Zwei Attentate waren nacheinander erfolgt, das erste, so hieß es, durch einen Schriftsetzer serbischer Herkunft, aber österreichischer Staatsangehörigkeit namens Cabrinowitsch, der eine Bombe geworfen, aber nur Vorübergehende getroffen hatte, das zweite durch einen Studenten Princip, ebenfalls österreichischer Staatsangehörigkeit, der aus nächster Nähe mehrere Revolverschüsse auf den Erzherzog und auf die Herzogin von Hohenberg abgefeuert und ihn am Kopfe, sie am Leibe verwundet hatte. Beide waren in den Konak gebracht worden und nach einigen Minuten verstorben.

Obwohl diese Nachricht noch keinen amtlichen Charakter trug, hielt ich mich für verpflichtet, das Telegramm dem österreichisch-ungarischen Botschafter, Graf Szecsen, zu übergeben, der unweit von mir auf der Tribüne saß. Er erbleichte, stand auf und bat mich um Erlaubnis, in seine Botschaft zurückzukehren, um dort eine direkte Nachricht seiner Regierung abzuwarten. Die anderen Botschafter, die benachrichtigt wurden, blieben da, und so war ich gezwungen, mit ihnen bis zum Ende der Rennen auszuharren. Aber wir sprachen nur noch von diesem Morde und von den politischen Verwicklungen, die er nach sich ziehen konnte. Die einen fragten sich, was nun wohl aus der habsburgischen Monarchie werden würde, denn die Kinder des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner morganatischen Gattin waren durch den Willen des Kaisers Franz Joseph im voraus von der Thronfolge ausgeschlossen worden. Die anderen fürchteten, die Balkanprobleme möchten eine neue Zuspitzung erfahren. Der rumänische Gesandte Lahovary blickte sehr düster. Er fürchtete, dies Verbrechen möchte Österreich einen Vorwand liefern, um einen Krieg vom Zaune zu brechen.

Ins Elysée zurückgekehrt, beeilte ich mich, an den alten Kaiser zu telegraphieren: „Mit Trauer und Entrüstung erfahre ich das Attentat, das Eurer Majestät einen neuen Schmerz zufügt und die kaiserliche Familie und Österreich-Ungarn in Trauer versetzt. Ich bitte Euer Majestät, an mein tiefes Mitgefühl zu glauben." Offen gesagt, war ich nicht sehr sicher, ob der Tod des Neffen den Oheim in tiefen Schmerz versenken werde. Wußte ich doch, daß ihre Beziehungen ziemlich gespannt waren und daß Franz Joseph dem Erzherzog-Thronfolger seine Ehe mit Sophie Chotek nie verziehen hatte. In der Tat soll Franz Joseph, wie der General Margutti berichtet, bei der Nachricht vom Tode seines Thronerben nur gesagt haben: „Eine höhere Macht hat die Ordnung wiederhergestellt, die ich leider nicht aufrechtzuerhalten vermocht hatte[1]." Wie dem aber auch sei, schon am Montag erhielt ich vom Kaiser eine Antwort, in der er mir für mein Beileid so warm dankte, wie es ein tiefbetrübter Mann tun kann.

Nach und nach erhielten wir verschiedene Nachrichten über das Drama von Sarajevo und über seine möglichen Folgen. Unser Wiener Botschafter Dumaine schrieb am 29. Juni an Viviani

---

[1] Vom alten Kaiser, S. 148.

(Nr. 170): „Graf Berchtold hat mir mit ehrlicher Bewegtheit von seinen langen, vertraulichen Beziehungen zu dem verstorbenen Erzherzog erzählt. Beide waren gleichaltrig. Schon von klein auf und in den Jugendjahren hat er zu Franz Ferdinand von Este kameradschaftliche Beziehungen unterhalten, die sich im Laufe der Zeit in vertrauensvolle und treue Anhänglichkeit verwandelt haben. Ebenso bestand zwischen der Herzogin von Hohenberg und der Gräfin Berchtold eine alte Jugendfreundschaft. Der kürzliche Empfang im Schlosse Konopischt, wo der Minister und seine Gattin mit Aufmerksamkeiten überhäuft wurden, war das letzte Zeugnis für diese Gesinnung, von der mir Graf Berchtold viele Einzelheiten mit einer Rührung erzählte, die man bei seiner gewohnten Zurückhaltung nicht erwartet hätte. Er ist, sagte er zu mir, allgemein falsch beurteilt worden, weil er einen schwierigen, hartnäckigen Charakter hatte und weil es ihm gleichgültig war, sich Feinde zu machen. Aber er war ein Fürst von weitem Verstande und zu bedeutenden Entwürfen fähig. Man hat ihn sehr zu Unrecht bezichtigt, eine Angriffspolitik gegen gewisse Staaten, namentlich gegen Rußland, zu planen. Ich kann versichern, daß er vielmehr günstige Gesinnungen für das Nachbarreich hegte. Darin folgte er der Tradition seines Vaters, der mehrere Missionen am Petersburger Hofe ausgeführt und von ihnen Hochachtung für das russische Volk heimgebracht, sich auch mit dem Zaren Nikolaus befreundet hatte. Wäre der Erzherzog zur Regierung gelangt, so bin ich gewiß, er hätte russenfreundliche Tendenzen gezeigt." Nach Wiedergabe dieses Gesprächs fuhr Dumaine fort: „Von einem so ehrenvollen wie grausamen Tode in der Erfüllung seiner Pflichten als halber Herrscher und als Oberbefehlshaber betroffen, wird Franz Ferdinand im ganzen Vorteil von seinem rätselhaften Wesen haben. Während man sich vor seiner Regierung zu seinen Lebzeiten fast allgemein fürchtete, wird man ihm jetzt Regierungspläne zuschreiben, die für sein Andenken höchst schmeichelhaft sind. Alles, was man als wahrscheinlich annehmen darf, ist, daß die Heftigkeit seiner Leidenschaften ihn vielleicht dazu hingerissen hätte, die Grundlagen und die äußere Politik der Monarchie umzustürzen, ohne daß man sagen kann, ob das Experiment geglückt wäre. Er verabscheute die Ungarn und die Italiener; deshalb schrieb man ihm die Absicht zu, das Slawentum auf Kosten der Magyaren und des italienischen Vordringens im österreichischen Küstengebiete der Adria zu begünstigen. Wäre er

trotzdem in diesen Tendenzen soweit gegangen, entweder einen Trialismus einzuführen oder den verschiedenen, unter seinem Szepter vereinigten Nationalitäten eine Autonomie zu gewähren, die weit genug ging, um die Wünsche der einen wie der anderen zu befriedigen? In Rumänien erwartete man von ihm eine Verbesserung der Lage der von den Ungarn unterdrückten Bevölkerung Siebenbürgens. In Serbien war die öffentliche Meinung ihm günstig, weil man von ihm erwartete, daß er ein jugoslawisches Königreich gründen werde. Aber man rechnete dabei wohl nicht mit seinem engen Ultramontanismus, der ihm ebensoviel Abscheu gegen die verschiedenen Schismatiker wie gegen die Italiener einflößte, die den Kirchenstaat geraubt hatten. Im Innern hofften fast allein die Tschechen, daß er ihnen hilfreich sein werde, und zwar wegen des Einflusses seiner Gattin, die aus einer altböhmischen Familie stammte. Das Volk, das ihn nur wenig kannte und ihn nach dem beurteilte, was man von seinem klerikalen Fanatismus und von seinem Geiz erzählte, liebte ihn nicht. Jetzt aber, wo er verschwunden ist, stellt man diese zweifelhaften Aussichten gewagter Neuerungen der kaum zweifelhaften Gewißheit entgegen, daß die dem jetzigen alten Kaiser teuren, überlebten Traditionen unter der Herrschaft eines jungen Kaisers ohne Persönlichkeit fortdauern werden. Ein Knabe droht der Nachfolger eines Greises zu werden. Das muß in der Unbesonnenheit und Sorglosigkeit der Wiener Atmosphäre alle die betrüben, die in den möglichen Ereignissen einer sehr nahen Zukunft eine Gefahr für den Zusammenhalt der Monarchie zu sehen glauben. Gez. Dumaine."

In einer anderen Depesche vom 30. fährt Dumaine fort: „Wie Jowanowitsch (serbischer Gesandter in Wien) sagt, soll seine Regierung es sich seit langem zur Regel gemacht haben, die strenge Absonderung, in der die beiden annektierten Provinzen gehalten werden, zu respektieren. In Belgrad behandelt man die Rassengenossen des Nachbarreiches, ‚als ob sie choleraverdächtig seien'. Aber die bosnischen Brüder haben gar kein Bedürfnis nach Aufreizung. Ihre große Mehrheit hat sich darein gefügt, die Ereignisse abzuwarten, die ihrem allserbischen Traume förderlich sein können. Ein paar Gewaltmenschen, mehr Anarchisten als Patrioten, empfehlen die Anwendung revolutionärer Mittel. Daß sie Beziehungen zu den entsprechenden Gruppen in Serbien selbst unterhalten und sich dort, in Serbien, mit Werkzeugen versehen, ist noch ziemlich wahrschein-

lich. Wenn aber ihre Machenschaften der mißtrauischen österreichischen Polizei entgehen, wie kann man dann der serbischen Verwaltung ungenügende Überwachung vorwerfen?"

Am selben Tage schrieb unser Generalkonsul in Budapest an den Quai d'Orsay: „Der Mann, den die Ungarn als ihren Feind und als Slawenfreund hinstellten, ist von Serben ermordet worden. In Wirklichkeit war Franz Ferdinand bei den Serben und bei den Slawen im allgemeinen nicht beliebter als bei den Ungarn. Einerseits verzieh man es ihm nicht, daß er der Hauptanstifter der Annexion Bosniens und der Herzegowina gewesen ist. Andererseits hatten die serbischen und slawischen Nationalisten allen Anlaß, seinen großen trialistischen Plänen zu mißtrauen. Wenn er gewisse Ansprüche befriedigte und diese slawischen Staaten im Rahmen der Monarchie selbst aufrichtete, waren diese Pläne dazu angetan, die Serben der Monarchie von denen des Königreiches für immer zu trennen. Ja, vielleicht hätten sie eines Tages durch die Anziehungskraft eines Großstaates zur völligen Einverleibung Serbiens geführt."

Im ganzen sind die Mutmaßungen unserer Vertreter durch alles bestätigt worden, was man später von den Ursachen und den Bedingungen des Attentates erfahren hat. Fest steht, daß Princip und Cabrinowitsch österreichische Untertanen waren. Ebenso fest steht, daß der Sektionsrat von Wiesner, der vom Ballplatz mit der Untersuchung des Doppelmordes in Sarajevo beauftragt wurde, in seinem amtlichen Berichte vom 13. Juli 1914 geschrieben hat[1]: „Mitwisserschaft serbischer Regierung an der Leitung des Attentates oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts erwiesen. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen." Zweifellos wohnten beide Mörder in Belgrad, und die Granaten trugen den Stempel des serbischen Zeughauses von Kragujewatsch. Aber Wiesner erklärte in demselben Berichte: „Doch keine Anhaltspunkte dafür, daß erst jetzt ad hoc Magazinen entnommen, da Bomben aus Vorräten Komitadschis vom Kriege stammen können."

In seinem hervorragenden Werke „Les origines immédiates de la guerre" hat Pierre Renouvin, der einen Lehrauftrag an der Sorbonne hat, alle Veröffentlichungen über das Attentat, besonders die stenographischen Berichte der Prozeßverhandlungen, und alle öster-

[1] „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges", veröffentlicht von der Republik Österreich, Wien 1919, I, S. 53.

reichischen oder deutschen Kommentare unparteiisch geprüft[1]. Er gibt zu, daß die Mörder Mitschuldige in gewissen Militär- und Polizeikreisen Belgrads gehabt haben, aber er fährt fort: „Es ist unmöglich, auf eine Mitschuld der serbischen Regierung selbst zu schließen. Der Bund ‚Einheit oder Tod', (dessen Führer, Oberst Dimitriewitsch, 1917 wegen einer Verschwörung gegen den Prinzregenten von Serbien zum Tode verurteilt wurde und der an der Vorbereitung des Attentats beteiligt gewesen zu sein scheint) stand sich schlecht mit der Regierung, besonders seit dem zweiten Balkankriege; er hatte Anlaß zu ernsten Schwierigkeiten wegen der Verwaltung der neuserbischen Gebiete gegeben. Tatsächlich bildete er im Heere eine mächtige und gefährliche Gruppe, die sich der Kontrolle der Zivilgewalt entzog." Das ist die einzige Anklage, die sich nach langen, eingehenden Untersuchungen gegen Serbien aufrechterhalten läßt: nichts gegen seine Regierung, nichts gegen das Volk selbst, aber revolutionäre Beziehungen zwischen den Slawen Österreich-Ungarns und einigen Fanatikern in Belgrad. Das weist auch klar ein englischer Autor nach, der nie große Sympathien für Serbien gezeigt hat: Seton-Watson stellt durch unanfechtbare Dokumente fest, daß die serbische Regierung der Ermordung des Erzherzogs völlig fern gestanden hat[2].

In einem fesselnden Aufsatze des „Manchester Guardian" vom 7. Oktober 1926 hat auch Graf Sforza klar nachgewiesen, daß die „Hauptverantwortung für die Krise vom Juli 1914 der Militär- und Aristokratenkaste Österreich-Ungarns zufällt", „die 1908 zum Kriege gegen Serbien gerüstet hatte", „die froh gewesen wäre, wenn sie 1913 gegen Serbien hätte losschlagen können und die daran durch den Widerstand des italienischen Premierministers Giolitti gehindert wurde", dieselbe, „die schon im Frühjahre 1914 einen Schlag gegen Serbien vorbereitet hatte, ein Plan, den die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand einfach in eine Strafexpedition verwandelt hat". Wie Graf Sforza hinzusetzt, hat er mit Paschitsch während der zwei Jahre 1916–1918, die dieser mit seiner Regierung in Korfu verbrachte, oft und lange darüber ge-

[1] Kap. I, S. 1—12, Alfred Costès, éditeur.

[2] „Sarajevo, a study on the origins of the great war", London 1926, Hutchinson and Co. publishers. – Vgl. Dr. Lazare Markowitsch, „Tribune de Genève", 9./10. September 1926. – „Le délit de Sarajevo", par José Almira et Giov. Stoyan, Paris, éditions Radot.

sprochen. Paschitsch stritt die Verschwörungen der „Schwarzen Hand" und des Obersten Dimitriewitsch nicht ab, aber, sagte er, sie waren auch gegen die serbische Regierung gerichtet, die von den Vorbereitungen des Mordes keine Ahnung gehabt hatte.

Ein anderer serbischer Minister vom Juli 1914, Ljuba Jowanowitsch, hat übereinstimmende Erklärungen abgegeben[1] und an zwei wichtige Zeugnisse erinnert, an das des Generals Conrad v. Hötzendorf, der in seinen Memoiren[2] anerkennt, daß die Aktensammlung über die Entstehung des Attentats von Sarajevo keinen Beweis für die Mitschuld der amtlichen serbischen Kreise liefert, und an das des Hauptuntersuchungsrichters in der Mordsache von Sarajevo, Leo Pfeffer, der am 2. August 1924 im „Karlowatschki Glas" geschrieben hat: „Das im Laufe meiner Untersuchung entstandene Aktenstück beweist nicht nur unstreitig, daß das amtliche Serbien nichts von dem Attentate gewußt hat, sondern auch, daß diejenigen, die es vorbereitet haben, sich vor ihm verborgen hielten."

Immerhin warf der Tod des Erzherzoges vor dem des alten Kaisers nicht nur die Balkanfrage wieder auf; er stellte auch die österreichische Frage. Schon seit einer Weile hatten die inneren Mißstände Österreichs zugenommen. Der Verlust des albanischen Thrones durch den Prinzen von Wied war in Wien als Verletzung der Eigenliebe, ja fast als Demütigung empfunden worden. Kaiser Wilhelm selbst hatte es für gut befunden, seinen Freund und Vertrauten Franz Ferdinand wiederzusehen und von neuem mit ihm über die Orientfragen zu sprechen. Am 12. Juni trafen sich beide auf dem Lieblingssitze des Erzherzog-Thronfolgers, Konopischt in Böhmen. In seinem Buche „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges" hat v. Jagow sehr witzig als Anlaß dieser Fürstenbegegnung den Wunsch des Kaisers und des Erzherzogs angegeben, gemeinsam den Rosenflor zu bewundern. Also ein bloßes Idyll. Trotzdem schickte der deutsche Botschafter in Wien, v. Tschirschky, dem Reichskanzler nach der Begegnung einen Bericht, der wie folgt anfing: „Graf Berchtold war nach der Abreise Seiner Majestät des Kaisers von Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Erzherzog Franz Ferdinand nach Konopischt geladen worden. Der

[1] Interview von Albert Mousset, „Figaro" vom 5. April 1925. Über die Polemiken, die ein 1924 erschienenes Buch Jowanowitschs hervorgerufen hat, siehe den Aufsatz von Emile Laloy im „Mercure de France" vom 1. September 1927.

[2] „Aus meiner Dienstzeit", IV, S. 81f.

Minister erzählte mir heute, Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit habe sich ihm gegenüber in höchstem Maße befriedigt über den Besuch Seiner Majestät des Kaisers ausgesprochen. Er habe über alle möglichen Fragen eingehend mit Seiner Majestät gesprochen und durchweg völlige Übereinstimmung der Ansichten konstatieren können[1]."

Doch über was bei jenen geheimnisvollen Unterredungen auch gesprochen worden sein mag, es ist auffällig, daß ihnen sofort unerklärliche militärische Maßregeln folgten. Am 27. Juni, d. h. am Vorabend des Attentats von Sarajevo, schrieb unser Gesandter in Belgrad: „Seit einigen Tagen sind militärische Maßregeln an der serbischen Grenze getroffen worden. In Bosnien und in Dalmatien sind 100000 Mann zusammengezogen, und längs der Save und Donau ist eine Kette von Truppen und Gendarmerie von Orsowa bis Raca gezogen. Die Brigade in Semlin ist mit Kavallerie und Artillerie versehen worden. Die Eisenbahn Semlin-Szabatka wird militärisch bewacht."

Das war noch nicht alles. Zwischen dem 14. und 27. Juni, vor der Abreise des Erzherzogs nach Sarajevo, wurde am Ballplatz eine wichtige Denkschrift abgefaßt, in der der Nachweis geführt werden sollte, daß die Lage auf dem Balkan für Österreich unerträglich geworden sei. Nach der Revolution vom 9. November 1914, zu einer Zeit, wo fast ganz Deutschland die Augen der Wahrheit zu öffnen schien, bemerkte Karl Kautsky, Volksbeauftragter im Auswärtigen Amte, mit Recht, in diesem Schriftstück des Ballplatzes sei nichts anderes zu erblicken als ein diplomatisch stilisierter Plan eines Vorbeugungskrieges gegen Rußland. Die Verfasser dieses Schriftstückes wandten sich zunächst gegen Rumänien, dessen König, obwohl ein Hohenzoller, soeben den Zaren in Constanza empfangen hatte. Sie warfen ihm vor, daß er sich trotz aller „freundschaftlichen Vorhaltungen" von der österreichisch-ungarischen Politik loszulösen suche. Auf eine günstige Wandlung sei nicht mehr zu hoffen, woraus sie den Schluß zogen, daß Österreich fortan nicht nur Rumänien, sondern auch Serbien und Rußland gegenüber auf die sogenannte „Politik des friedlichen Abwartens" verzichten müsse[2]. Man müsse ein Bündnis zwischen Bulgarien und

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 4. – Kautsky, op. cit., französische Ausgabe, S. 45.

[2] Die deutschen Dokumente, Nr. 14.

der Türkei herbeiführen und das gemeinsame Wirken dieser beiden Länder gegen Serbien benutzen. Diese Denkschrift, in der sich das geheime Denken Österreich-Ungarns so unverhüllt zeigt, hat die deutsche Propaganda seit ein paar Jahren unter den Kommentaren des „Schwarzbuches" der Sowjets zu begraben versucht. Trotzdem ist es schon am 24. Juni 1914 verfaßt worden, offenbar um die Einkreisung und Demütigung Serbiens vorzubereiten[1].

Dies aufschlußreiche Schriftstück sollte in dem Augenblick nach Berlin abgehen, wo Franz Ferdinand ermordet wurde. Sofort beschleunigt Franz Joseph seine Absendung und unterstützt sie durch ein Handschreiben an Wilhelm II.: „Das Bestreben meiner Regierung", heißt es darin, „muß in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein. Die erste Etappe auf diesem Wege wäre in einer Stärkung der Stellung der gegenwärtigen bulgarischen Regierung zu suchen, damit Bulgarien, dessen reelle Interessen mit den unserigen übereinstimmen, vor der Rückkehr zur Russophilie bewahrt bleibt. Wenn man in Bukarest erkennt, daß der Dreibund entschlossen ist, auf einen Anschluß Bulgariens nicht zu verzichten, jedoch bereit wäre, Bulgarien dazu zu veranlassen, sich mit Rumänien zu verbinden und dessen territoriale Integrität zu garantieren, so wird man dort vielleicht von der gefährlichen Richtung zurückkommen, in welche man durch die Freundschaft mit Serbien und die Annäherung an Rußland getrieben worden ist. Wenn dies gelingt, könnte der weitere Versuch gemacht werden, Griechenland mit Bulgarien und der Türkei zu versöhnen; es würde sich dann unter der Patronanz des Dreibundes ein neuer Balkanbund bilden, dessen Ziel darin bestehen würde, dem Vordringen der panslawistischen Hochflut ein Ziel zu setzen und unseren Ländern den Frieden zu sichern. Dieses wird aber nur dann möglich sein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den Angelpunkt der panslawistischen Politik bildet, als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird."

Zugleich wird die Denkschrift durch einen energischen Schlußsatz vervollständigt: „Um so gebieterischer tritt an die Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem Haupte verdichten wollen."

[1] Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges, von Gooß, Wien, Seidel, 1919. – Diplomatische Aktenstücke, I, Anhang 1.

Franz Ferdinands Tod war also nicht die Ursache, sondern der Anlaß und Vorwand zu der „Strafexpedition", die Österreich bereits gegen Serbien plante. Daher sagte Graf Berchtold schon am Tage nach dem Attentat zu dem Generalstabschef Conrad v. Hötzendorf, daß der Moment zur Lösung der serbischen Frage vorliege[1]. Zugleich verkündete der Minister des Auswärtigen dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza „seine Absicht, das Verbrechen von Sarajevo zur Abrechnung mit Serbien zu benutzen". Graf Tisza zauderte damals sehr, wenn auch wohl nicht aus Friedensliebe, denn er schrieb ja selbst: „Es wäre mein geringster Kummer, einen passenden Casus belli zu finden", aber er hielt einen unmittelbaren Angriff auf Serbien nicht für angebracht, weil er Rußlands Eingreifen befürchtete und Österreich-Ungarns Aussichten zunächst durch einen sicheren Rückhalt in Bukarest und in Sofia verbessern wollte[2]. Ohne diesen Rat zu berücksichtigen, sandte Berchtold schon am 4. Juli abends seinen Kabinettschef Graf Hoyos mit der Denkschrift und dem kaiserlichen Handschreiben nach Berlin.

In Paris wußten wir natürlich nichts von diesem geheimen Briefwechsel und von den Absichten, deren Geständnis er enthielt. Die öffentliche Meinung war noch ahnungsloser als die Regierung. Wien, Budapest und Sarajevo sind für viele Franzosen Städte, die sich fern im Nebel verlieren, und selbst die Minister hatten näherliegende Sorgen als den Tod des Erzherzogs. Im Ministerrate vom 30. Juni wurde etwas über Österreich und viel über die Kongregationen gesprochen. Das Gesetz von 1904 hatte nämlich bestimmt, daß alle Kongregationsschulen binnen zehn Jahre geschlossen werden müßten. Diese zehn Jahre waren abgelaufen. Der Innenminister Malvy beantragte, das Gesetz durchzuführen und die Schulen zu schließen. Demgemäß wurde beschlossen. Außerdem forderte Malvy ein Auflösungsdekret für eine gewisse Anzahl genehmigter Kongregationen, die, wie er sagte, gegen ihre Statuten verstießen.

---

[1] Conrad, „Aus meiner Dienstzeit", Wien, Rikolaverlag, 1924, IV, 34.

[2] Bericht Tiszas an den Kaiser, 1. Juli 1914. Diplomatische Aktenstücke, I, 2. Über die Sache von Sarajevo, ihre Vorgänge und Folgen, sowie über die amtliche Untersuchung siehe auch „L'Autriche-Hongrie, brillant second" von Jules Chopin. (I. B. Pichon, Lektor mit Lehrauftrag an der tschechischen Universität in Prag, mit Vorrede von Ernest Denis, Professor an der Sorbonne, Editions Bossard.)

Dafür war er bereit, gewisse tatsächlich bestehende und nützliche Schulen zu genehmigen, deren Lage ungesetzlich und ungewiß war. Trotz Vivianis und meiner Einwendungen sprach sich die Mehrheit des Ministerrates gegen den letzten Vorschlag aus. Der Minister des Innern neigte sich zu mir herüber und flüsterte lächelnd: „Schließlich verdächtigt man mich noch als Reaktionär."

Ich entschädigte mich für die Politik, indem ich anläßlich der Kunstausstellungen die Mitglieder der Kunstgenossenschaften zum Diner einlud und mit ihnen auf der Terrasse und im Park einen köstlichen Abend verbrachte. Dann fing der Reigen der Feste und Zeremonien wieder an. Großer Fahrradpreis in Vincennes. Gutbesuchte volkstümliche Veranstaltung. Wir schrieben den 5. Juli. Graf Hoyos war in Berlin eingetroffen. Aber kein Mensch in Paris wußte es, und niemand in dieser Volksmenge ahnte die Katastrophe, die die Welt bedrohte, ich sowenig wie die braven Leute, die mir zujubelten. Die Nachrichten aus Osteuropa waren noch sehr unbestimmt. Wir erfuhren zwar genau, was man sah, aber wie sollten unsere Vertreter das ahnen, was man nicht sah?

Am 2. Juli sandte unser Konsul in Triest, de Valicourt, dem Quai d'Orsay einen fesselnden Bericht über die Ankunft der sterblichen Überreste des Erzherzogs und seiner Gattin. Am Vorabend hatte das österreichische Schlachtschiff „Viribus unitis" die beiden Leichen gebracht und war, von mehreren Kreuzern und Torpedobooten begleitet, im Hafen vor Anker gegangen. In den schönen Straßen der ganzen Stadt mit ihren hohen Häusern ohne Läden und Markisen, die Stendhal in seinem Briefwechsel geschildert hat [1], sah man nichts als Trauerdekorationen und umflorte Fahnen. Am 2. morgens wurden die Särge am Quai ausgeschifft. Obwohl von italienischer Abkunft und Sprache, drängte sich die Triester Bevölkerung ehrerbietig in den Straßen, durch die der Trauerzug kam. Der Weg war der gleiche, den am 18. Januar 1868 die Leiche des Kaisers Maximilian genommen hatte. Sieben Trauerwagen mit über zweihundert Kränzen fuhren den beiden Leichenwagen voraus. Die Särge wurden auf dem Südbahnhofe in einen Trauerwagen gesetzt, der um 10 Uhr nach Wien abging. Fünf Minuten später fuhr er durch die Station Miramare, an dem Schlosse vorüber, wo der Erzherzog im vergangenen Frühjahr den Kaiser Wilhelm an-

[1] „Stendhal, consul de France à Trieste", par René Dollot, consul de France à Trieste, éd. du Stendhal-Club.

gesichts des Geschwaders von Pola, das zur Begrüßung der beiden großen Verbündeten erschienen war, so prächtig empfangen hatte.

Am 2. abends trafen die Särge in Wien ein und wurden bei Fackelschein öffentlich ausgestellt. Dumaine hat uns die Reihe der Leichenfeierlichkeiten beschrieben[1]. Zu keiner derselben war das diplomatische Korps eingeladen. Bei keiner auch zeigte sich Wilhelm II. Der Kaiser hatte sofort seine Absicht kundgegeben, der Beisetzung beizuwohnen. War er doch erst kürzlich vom Erzherzog in Konopischt so fröhlich empfangen worden. Da schien es ganz natürlich, daß er ihm die letzte Ehre erweisen wollte. Aber er wollte die Offiziere des preußischen Regiments mitnehmen, dessen Chef der Verstorbene gewesen war, und dort wie überall durch den Glanz seiner Erscheinung auffallen. Dieser Anspruch vertrug sich schlecht mit dem bescheidenen, prunklosen Programm, das man entworfen hatte. Die erbarmungslose Etikette erlaubte nämlich nicht, daß die morganatische Gattin an fürstlichen Ehren teilnahm. Kein einziges Mitglied des Hauses Habsburg hatte sich die Mühe gemacht, die sterblichen Reste der Opfer von Sarajevo nach Wien zu geleiten. Die Armee nahm an der Beisetzung ihres Oberbefehlshabers nicht teil, und unter dem Vorwande, die Gesundheit des alten Kaisers zu schonen, hatte man das Erscheinen der fremden Herrscher und ihrer Familien verhindert. Als der Deutsche Kaiser erfuhr, wie seine Eröffnung aufgenommen worden war, besann er sich anders und erklärte, er sei durch ein leichtes Unwohlsein in Potsdam zurückgehalten. Während Dumaine diese seltsamen Einzelheiten meldete, ahnte er schon, was im Dunkeln gesponnen ward; denn er schrieb: „Nachdem der Erzherzog Franz Ferdinand von Este bei Lebzeiten so viele Befürchtungen und Feindschaften erregt hat, bleibt er bis in den Tod beunruhigend und drohend. Das Attentat, dem er zum Opfer gefallen ist, läßt den Haß gegen Serbien, selbst gegen Rußland wieder aufflammen. *Unter dem Vorwande, Vergeltung für den Mord zu üben, will man fast die ganze Balkanfrage wieder aufrollen.*"

Übrigens nahm Deutschland, ohne die Umstände des Mordes genau zu kennen, bereits für Österreich Partei gegen Serbien. Am 4. Juli telegraphierte de Manneville, der in Berlin unseren beurlaubten Botschafter vertrat, an Viviani: „Gestern sagte mir der Unter-

[1] Depesche vom 3. Juli.

staatssekretär im Auswärtigen Amte, und er hat es heute dem russischen Botschafter wiederholt, er hoffe, Serbien werde den Forderungen Genüge leisten, die Österreich ihm vielleicht betreffs der Belangung und Verfolgung der Mitschuldigen des Verbrechens von Sarajevo stellen müsse. Er setzte hinzu, wenn Serbien anders handle, werde es die öffentliche Meinung der ganzen zivilisierten Welt gegen sich haben[1]."

Sasonow dagegen schien geneigt, Serbien gegen ein willkürliches Verfahren in Schutz zu nehmen. Er wies den österreichisch-ungarischen Geschäftsträger in St. Petersburg, Grafen Czernin, freundschaftlich darauf hin, welche beunruhigende Erregung in Rußland durch die Angriffe der Wiener Presse auf Serbien anläßlich eines Verbrechens österreichischer Staatsangehöriger auf österreichisch-ungarischem Gebiete zu entstehen drohe, und als Graf Czernin zu verstehen gab, die österreichisch-ungarische Regierung werde vielleicht genötigt sein, die Anstifter des Attentates von Sarajevo auf serbischem Boden zu suchen, unterbrach ihn Sasonow mit den Worten: „Kein Land hat mehr als Rußland unter den im Auslande vorbereiteten Attentaten zu leiden gehabt. Haben wir jemals den Anspruch erhoben, gegen irgendein Land das Verfahren anzuwenden, mit dem Ihre Zeitungen Serbien bedrohen? Schlagen Sie diesen Weg nicht ein; er ist gefährlich[2]."

Am 5. Juli kommt Graf Szecsen ins Elysée, um mir im Namen des Kaisers Franz Joseph und der österreichisch-ungarischen Regierung nochmals für das Beileid zu danken, das ich dem Herrscher und der kaiserlichen Familie ausgedrückt habe. Ich wiederhole im Laufe des Gespräches, daß dies Verbrechen in ganz Frankreich ein Gefühl wahren Abscheues ausgelöst hat. Ich deute an, daß politische Morde, wie der des Präsidenten Carnot in Frankreich, gewöhnlich nur Akte einzelner Fanatiker sind. Doch Graf Szecsen, dessen friedliche Gesinnung ich oft gerühmt habe, entgegnet mir, als hätte er bereits ein Losungswort erhalten: „Caserios Verbrechen entsprang keiner Frankreich feindlichen Agitation in Italien. Dagegen wendet man in Serbien seit vielen Jahren alle erlaubten und unerlaubten Mittel an, um die Slawen gegen die österreichisch-ungarische Monarchie aufzuhetzen."

Später, während des Krieges, wurde am Quai d'Orsay das Tele-

[1] Gelbbuch über den europäischen Krieg, 1914, Nr. 9.

[2] Telegramm aus St. Petersburg, 6. Juli.

gramm entziffert, in dem Graf Szecsen seiner Regierung dieses Gespräch mitteilte. „In Ausführung Ihrer Weisungen", schrieb er, „habe ich Poincaré den Dank der österreichisch-ungarischen Regierung für sein Beileid ausgedrückt. Der Präsident ergriff diese Gelegenheit, um mir von neuem zu versichern, welchen Anteil er an der Trauer der Monarchie und des Herrschers nehme. Unter Bezugnahme auf die serbenfeindlichen Kundgebungen, die bei uns stattgefunden haben, erinnerte er daran, daß die Italiener nach der Ermordung des Präsidenten Carnot in ganz Frankreich den Verfolgungen der Bevölkerung ausgesetzt gewesen seien. Ich wies darauf hin, daß jenes Verbrechen in keinerlei Zusammenhang mit einer franzosenfeindlichen Agitation in Italien gestanden habe, wogegen er zugeben müsse, daß man in Serbien seit Jahren alle erlaubten und unerlaubten Mittel gegen die Monarchie anwende. Zum Schlusse drückte Poincaré seine Überzeugung aus, daß die serbische Regierung sich uns gegenüber sehr entgegenkommend betreffs der gerichtlichen Untersuchung und der Strafverfolgung der etwaigen Mitschuldigen zeigen werde. Das sei eine Pflicht, der kein Staat sich entziehen könne." An diesem Berichte habe ich nichts auszusetzen. Er trifft völlig zu und beweist, wie fern es mir lag, mich in dieser traurigen Sache parteiisch zu zeigen.

Aber diesen Standpunkt, den der kaiserliche Botschafter mir gegenüber mit Maß vertreten hatte, sollte die österreichisch-ungarische Regierung sich alsbald zu eigen machen. Forgách, der ehemals den ganzen Prozeß in Agram aufgezogen hatte, fuhr fort, die Bureaus am Ballplatze zu inspirieren. In Wien sagte alle Welt, man müsse ein Ende mit Serbien machen. Schon am 30. Juni stellte der deutsche Botschafter in Wien, v. Tschirschky, fest, daß dies die allgemeine Stimmung sei, und teilte es der Wilhelmstraße mit. „Hier", schrieb er, „höre ich auch bei ernsten Leuten vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden. Man müsse den Serben zunächst eine Reihe von Forderungen stellen, und, falls sie diese nicht akzeptieren, energisch vorgehen. Ich benutze jeden solchen Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen." Fürwahr ein deutscher Botschafter, der sich durch Mäßigung auszeichnete! Aber sein Bericht wird dem Kaiser vorgelegt, und Wilhelm II. schreibt wütend an den Rand[1]: „Wer hat ihn dazu ermächtigt?"

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 7.

(Wer hat Tschirschky ermächtigt, diese vernünftige Sprache zu führen?) „Das ist sehr dumm! Geht ihn gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist, was es hierauf zu tun gedenkt. Nachher heißt es dann, wenn es schief geht, Deutschland hat nicht gewollt! Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald!"

In diesem herrschaftlichen, herrenmäßigen und herrischen[1] Losungsworte des Kaisers spiegelt sich der ganze Wilhelm II., wie sein Landsmann Emil Ludwig ihn uns in einem Buche geschildert hat, das zwar nicht ohne Irrtümer, ja nicht mal ohne Ungerechtigkeiten ist, uns aber die Verheerungen erkennen läßt, die der Dünkel in einem getrübten Autokratenhirn angerichtet hat[2]. Österreich nicht zurückhalten, es handeln lassen, mehr noch, es zu einem brutalen Vorgehen gegen Serbien ermutigen – das ist unmittelbar nach dem Verbrechen der impulsive Wille des Mannes, dessen Stirnrunzeln die Erde erbeben läßt. Mit dieser schroffen Randnotiz versehen, wird Tschirschkys Bericht aus dem Zivilkabinett des Kaisers an das Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes gesandt. Jagow hat nur noch zu gehorchen.

Am folgenden 5. Juli, während ich den Dankesbesuch des Grafen Szecsen erhalte, finden im Potsdamer Schlosse lange, geheimnisvolle Besprechungen statt. Graf Hoyos ist mit der österreichischen Denkschrift und dem Handschreiben Franz Josephs in Berlin eingetroffen. Der österreichische Botschafter in Berlin, Graf Szögyenyi, erhält diese Schriftstücke aus der Hand des Grafen Hoyos und übernimmt es, sie Wilhelm II. zu übergeben. Er bittet um eine Audienz beim Kaiser und wird zum Frühstück in Potsdam eingeladen. Der Bericht über seinen Schritt, den er am selben Abend aufsetzt, ist im österreichischen „Rotbuch" von 1919 abgedruckt[3]. Nachdem der Kaiser Kenntnis von dem Handschreiben und der Denkschrift genommen hat, erklärt er, Österreich könne auf Deutschlands volle Unterstützung rechnen; nach seiner Ansicht solle man nicht länger zaudern zu handeln. Rußlands Haltung, setzt Wilhelm hinzu, werde zweifellos feindlich sein, aber er sei seit lange auf diese Möglichkeit gefaßt, und Österreich könne versichert

[1] Nicht zu übersetzendes Wortspiel: mot d'ordre impérial, impérieux et impératif. D. Übers.

[2] Wilhelm II., aus dem Deutschen übersetzt von J. P. Samson, Simon Kra.

[3] Diplomatische Aktenstücke, I, 6.

sein, daß Deutschland ihm selbst bei einem Kriege zwischen ihm und Rußland treu zur Seite stehen werde. Übrigens sei Rußland nicht schlagfertig[1].

Lügt Graf Szögyenyi, wenn er die Reden des Kaisers in diesen bestimmten Ausdrücken wiedergibt? Das wagt niemand zu behaupten. Doch wenn man Hans Delbrück und anderen mehr oder minder ausgesprochenen Verteidigern Wilhelms II. Glauben schenken will, soll der alte, müde österreichische Botschafter den Kaiser offenbar falsch verstanden haben. Aber zum Unglück für diese Verteidiger sind die Randnotizen da. Sie lassen sich nicht abstreiten. Wilhelm II. läßt uns selbst seine Ansicht über die Art und Weise erkennen, wie man mit Serbien verfahren soll. Wir kennen also seine Geistesverfassung zu der Zeit,wo er den Grafen Szögyenyi in Potsdam empfing.

Am nächsten Morgen empfängt Bethmann Hollweg, nachdem er zuvor beim Kaiser gewesen war, seinerseits den österreichischen Botschafter und hat mit ihm eine Unterredung, die wir sowohl aus einem Telegramm des Reichskanzlers an Tschirschky wie aus dem Berichte des österreichischen Botschafters an seine Regierung kennen[2].

Bethmann Hollweg erklärt seine Bereitwilligkeit zu einem diplomatischen Vorgehen, um Bulgarien in den Dreibund aufzunehmen und das österreichisch-rumänische Bündnis enger zu knüpfen. Ebenso verspricht er, daß Deutschland „in Einklang mit seinen Bündnispflichten und seiner alten Freundschaft" an Österreichs Seite bei einem Vorgehen gegen Serbien bleiben wird.

Graf Szögyenyi betont, daß der vom Reichskanzler zugesicherte Beistand weder Vorbehalte noch Bedingungen einschließt und daß Bethmann Hollweg erklärt hat, „unser (Österreichs) Verhalten zu Serbien betreffend, stehe die deutsche Regierung auf dem Standpunkte, daß wir (Österreich) beurteilen müßten, was zu geschehen hätte, um dieses Verhältnis zu klären. Wir könnten hierbei, wie auch immer unsere Entscheidung ausfallen möge, mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr stehe."

Der deutsche Reichskanzler hatte im Entwurfe seines Tele-

[1] S. auch Renouvin, op. cit. Zweite durchgesehene und vervollständigte Auflage, S. 36 f.

[2] Deutsche Dokumente und Diplomatische Aktenstücke, I, 7. S. 27.

gramms an Tschirschky selbst geschrieben: „unter allen Umständen". Doch er besann sich, strich diese Worte, und der abgesandte Text enthält sie nicht[1]. Wahrscheinlich sind also die von Szögyenyi berichteten Worte wirklich gefallen, aber bei reiflicher Überlegung hat der Kanzler sie in dem amtlichen Schriftstücke lieber etwas abmildern wollen.

Schließlich berichtet der österreichische Botschafter in Berlin, Bethmann Hollweg habe ebenso wie der Kaiser die Ansicht ausgedrückt, Österreich solle unverzüglich handeln; aber auch diese Wendung steht nicht in dem Telegramm des Reichskanzlers. Sie wird jedoch durch den Grafen Hoyos bestätigt, der an den Verhandlungen vom 5. und 6. Juli direkt beteiligt war[2]. „Ich halte mich für verpflichtet festzustellen, daß sowohl Graf Szögyenyi wie ich in Berlin den Eindruck gewannen, daß die deutsche Regierung für ein sofortiges Einschreiten unsererseits gegen Serbien eingenommen war, obwohl sie die Gefahr klar erkannte, daß ein Weltkrieg daraus entstehen konnte."

Und so urteilt über diesen entscheidenden Punkt auch Renouvin, dessen Werk durch ein paar Franzosenfeinde in Deutschland und in Amerika so seltsam entstellt worden ist: „Die Prüfung der Texte gestattet den Schluß, daß Szögyenyis Berichte durchaus zutreffen. Die Berliner Regierung spricht sich für die Politik des sofortigen Vorgehens aus, sie treibt ihren Verbündeten zum Handeln, ohne ihn zu fragen, was er will noch wohin er strebt; sie verspricht ihm unter allen Umständen beizustehen. In diesem Sinne spricht der bayerische Geschäftsträger in Berlin am 8. Juli von der „Blankovollmacht", die Deutschland Österreich gegeben habe[3]."

Aber es fanden in Potsdam und in Berlin am 5. und 6. Juli noch andere Gespräche als die oben wiedergegebenen statt. Man hat sogar angenommen, daß ein großer Kronrat im kaiserlichen Schlosse stattgefunden habe. Die Tatsache dieses Kronrates ist behauptet einmal von Dr. Muehlon, einem Direktor der Kruppwerke, weiter von dem Botschafter der Vereinigten Staaten Morgenthau in Konstantinopel, der in seinen Memoiren die Anvertrauungen seines deutschen Kollegen v. Wangenheim wiedergibt, und endlich von

[1] Deutsche Dokumente, Nr. 13, Anm. 5.

[2] Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluß auf die Balkanpolitik Österreich-Ungarns, Berlin 1922, S. 80.

[3] Die deutschen Dokumente, Anlage IV, Nr. 2.

dem Freiherrn von dem Bussche, der 1917 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte war. Mehrere deutsche Schriftsteller jedoch, unter anderen Graf Montgelas[1], haben sich indes um den Nachweis bemüht, daß in Potsdam kein Kronrat stattgefunden hat. In der Tat scheinen die Unterredungen vom 6. Juli diese feierliche Form nicht angenommen zu haben, aber es steht nicht weniger fest, daß der Kaiser damals, und zwar nach Empfang des österreichischen Botschafters, lange Konferenzen mit den höchsten Militär- und Marineautoritäten gehabt hat.

Nach dem „Weißbuche", das das Reich im Juni 1919 veröffentlicht hat, hätte es nichts Harmloseres und Alltäglicheres gegeben als diese Unterredungen[2]. Bei einem Frühstück ohne jede Förmlichkeit sollen unbestimmte Reden über die politische Lage ausgetauscht worden sein. Am nächsten Tage sei Wilhelm II., da er durch seine Gäste völlig beruhigt worden sei, mit der Gewissensruhe eines Mannes ohne Furcht und Tadel zu seiner Nordlandreise aufgebrochen. Das „Weißbuch" setzt jedoch hinzu: „Es sind dabei (in Potsdam) keinerlei besondere Beschlüsse gefaßt worden, da von vornherein feststand, daß es nicht möglich sei, Österreich-Ungarn die den Bundespflichten entsprechende Unterstützung bei dem Versuche, von Serbien wirkliche Garantien zu erlangen, zu versagen." Außerdem erkennt das „Weißbuch" ausdrücklich an, „daß man auch in Berlin die Möglichkeit einer Einmischung Rußlands und ihre Folgen mit in Betracht zog", aber, wie das „Weißbuch" hinzusetzt, „mit irgendeiner Wahrscheinlichkeit eines allgemeinen Krieges nicht rechnete. Von der Absicht vollends, einen europäischen Krieg zu entfesseln, kann keine Rede sein".

Diese abmildernden Erklärungen kommen mit zahlreichen Gegenzeugnissen in Widerspruch. Der deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, hat in seinen Memoiren die Angaben des Grafen Szögyenyi bestätigt. „Ende Juni", schreibt er[3], „begab ich mich auf Allerhöchsten Befehl nach Kiel . . . An Bord des ‚Meteor' (der Kaiserlichen Jacht) erfuhren wir den Tod des Erzherzog-Thronfolgers. S. M. bedauerte, daß dadurch seine Bemühungen,

[1] Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, Berlin 1923.

[2] Der Bericht der deutschen Delegation bei der Friedenskonfernz nimmt keinen Bezug darauf; er beschränkt sich darauf zu leugnen, daß ein Kronrat stattgefunden hat.

[3] Lichnowsky, S. 27f der deutschen Ausgabe.

den hohen Herrn für seine Ideen zu gewinnen, vergeblich waren. Ob der Plan einer aktiven Politik gegen Serbien schon in Konopischt festgelegt wurde, kann ich nicht wissen ... In Berlin angekommen, sah ich den Reichskanzler und sagte ihm, daß ich unsere auswärtige Lage für sehr befriedigend hielte, da wir mit England so gut ständen wie schon lange nicht ... Auch in Frankreich sei ein pazifistisches Ministerium am Ruder. Herr v. Bethmann Hollweg schien meinen Optimismus nicht zu teilen und beklagte sich über die russischen Rüstungen ... Daß der General v. Moltke (der deutsche Generalstabschef) zum Kriege drängte, wurde mir natürlich nicht gesagt. Ich erfuhr aber, daß Herr v. Tschirschky einen Verweis erhalten, weil er berichtete, er habe in Wien Serbien gegenüber zur Mäßigung geraten. Auf meiner Rückreise aus Schlesien hielt ich mich (4. Juli) nur wenige Stunden in Berlin auf und hörte, daß Österreich beabsichtige, gegen Serbien vorzugehen, um unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Leider unterschätzte ich in dem Augenblick die Tragweite der Nachricht ... Nachträglich erfuhr ich, daß bei der entscheidenden Besprechung in Potsdam am 5. Juli die Wiener Anfrage die unbedingte Zustimmung aller maßgebenden Persönlichkeiten fand, und zwar mit dem Zusatze, es werde auch nichts schaden, wenn daraus ein Krieg mit Rußland entstehen sollte. So heißt es wenigstens im österreichischen Protokoll, das Graf Mensdorff (österreichischer Botschafter in England) in London erhielt."

Andererseits hat Maurice Bompard, ehemaliger französischer Botschafter in Konstantinopel, jetzt Senator des Moseldepartements, mir über die Potsdamer Besprechungen folgende Auskünfte erteilt. „Damals", so schrieb er mir, „war mein Kollege v. Wangenheim, der deutsche Botschafter in der Türkei, in Berlin. Am 14. Juli kehrte er etwas unerwartet nach Konstantinopel zurück. In den folgenden Tagen besuchte er den italienischen Botschafter, Marchese Garroni, und sagte zu ihm als zu einem Verbündeten: „Der Krieg ist beschlossen. Der Beschluß ist in einem großen Rate gefaßt worden, der unter dem Vorsitz des Kaisers in Potsdam vor seiner Nordlandreise stattgefunden hat." Der Marchese Garroni hat diese Anvertrauung zunächst für sich behalten. Die Sache erschien ihm sogar so ungeheuerlich, daß er kaum daran glauben wollte. Nach Ausbruch des Krieges aber erzählte v. Wangenheim es jedem, der es hören wollte. Der amerikanische Botschafter

Morgenthau gibt in seinen Memoiren die Einzelheiten der Darstellung wieder, die sein deutscher Kollege ihm selbst Anfang August 1914 über den Kronrat gemacht hat. Natürlich kamen mir die Angaben des Freiherrn v. Wangenheim ziemlich bald zu Ohren, und zur selben Zeit hat der Marchese Garroni, bei dem ich ihre Richtigkeit nachzuprüfen suchte, sie mir selbst bestätigt."

Anfang 1923 hatte der Geschäftsträger in Rom, Charles Roux, über das gleiche Thema eine Unterredung mit Salandra, der ihm alles erzählte, was Garroni ihm und Sonnino von den Anvertrauungen des Freiherrn v. Wangenheim seiner Zeit gesagt hatte, und diese Darstellung deckte sich völlig mit der von Bompard[1].

Außerdem war man in dem ersten „Weißbuche", das Deutschland zu Kriegsbeginn herausgab, als das Reich sich des Sieges noch sicher wähnte, noch nicht so vorsichtig gewesen, wie man nach der Niederlage sein zu müssen glaubte. Da hatte man sich folgendes Geständnis entschlüpfen lassen: „Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, daß eine Aktion, die er für notwendig hielte, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit, unserer Bundespflicht entsprechend, in einen Krieg verwickeln könnte[2]."

Der Kaiser wußte also sehr wohl, daß er, wenn er Österreich freie Hand ließ, und erst recht, wenn er es zum Handeln drängte, Gefahr lief, allgemeine Verwicklungen heraufzubeschwören. Er wußte es sogar so gut, daß er es vor Antritt seiner Nordlandreise für gut hielt, sich mit dem Generalstabs- und Admiralstabschef ins Ein-

---

[1] Depesche von Charles Roux, Nr. 51, 4. Februar 1923.

[2] Weißbuch, S. 3f. – Hierüber wie über alle anderen Fragen betreffs des Konfliktes von 1914 siehe das sehr bemerkenswerte Werk: „Les origines et les responsabilités de la grande guerre" von Emile Bourgeois, Mitglied des Instituts und Professor an der Sorbonne, und G. Pagès, Generalinspekteur des öffentlichen Unterrichtswesens. Dort findet man die wesentlichen Urkunden, welche die Verfechter der deutschen „Unschuld" umsonst unter den Sowjetveröffentlichungen verschwinden zu lassen versucht haben, die aber dennoch ihre entscheidende Kraft behalten. Siehe auch die gelehrten Studien von Auguste Gauvain, Mitglied des Instituts: „Les origines de la guerre européenne" in Band IV von „L'Europe au jour le jour" (Editions Bossard).

vernehmen zu setzen. Angenommen, der Freiherr von dem Bussche habe sich geirrt, als er in einer Aufzeichnung vom 30. August 1917,[1] wo er im Ministerium war, von einer Beratung sprach, die zu Kriegsvorbereitungen geführt habe, so ist doch soviel sicher, daß der Kaiser am 6. Juli den Kriegsminister von Falkenhayn, den General von Bertrab als Vertreter des Großen Generalstabes, den interimistischen Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Admiral von Capelle, und den Kapitän z. S. Zenker, Chef der taktischen Abteilung im Admiralstab, empfangen hat. Das ergibt sich deutlich aus der Untersuchung der Reichskanzlei im Oktober 1919 über die in der Aufzeichnung von dem Bussche enthüllten Tatsachen. Auch der Admiral von Tirpitz berichtet in seinen Memoiren (1919, S. 209), daß der Kaiser den General v. Falkenhayn und den Kapitän v. Zenker tatsächlich nach Potsdam berufen hat.

Nach seiner Rückkehr ins Kriegsministerium hat der General v. Bertrab dem Grafen Waldersee über die Unterredung berichtet, und dieser hat diesbezüglich geschrieben, der Kaiser habe dem General gesagt, „er, der Kaiser, habe dem Kaiser Franz Joseph zugesagt, mit der deutschen Macht hinter ihm zu stehen, wenn aus dem seitens Österreich geplanten Vorgehen gegen Serbien Verwicklungen entständen".

Nach v. Capelle und Zenker[2] hat der Kaiser zwar erklärt, er habe Österreich seinen Beistand versprochen, glaube jedoch nicht an ein Eingreifen Rußlands oder Frankreichs, die beide nicht schlagfertig seien. Falkenhayn ist in einem Schreiben an den deutschen Untersuchungsausschuß von 1919 ausführlicher[3]: „S. Majestät der Kaiser und König hat mich am 5. Juli 1914 nachmittags, wenn ich nicht irre, durch den Fernsprecher, in das Neue Palais befohlen und nach meiner Ankunft dort sofort empfangen. Es waren außerdem zugegen Generaloberst v. Plessen und General der Infanterie Freiherr v. Lyncker. Seine Majestät las mir Teile des bekannten Handschreibens des Kaisers Franz Joseph sowie des wohl ebenso bekannten Memorandums der österreichischen und ungarischen Regierung vor, wies darauf hin, daß aus dem offenbar festen Ent-

[1] Die deutschen Dokumente, Anhang VIII.

[2] Ebenda, Einleitung, S. XIX u. VI.

[3] Beilagen zu den stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, S. 62. Vgl. Renouvin, 2. Auflage, S. 47f.

schluß Österreich-Ungarns, der großserbischen Propaganda nunmehr ein Ende zu machen, sehr ernste Folgen entstehen könnten, und richtete im Anschluß daran die Frage an mich, ob das Heer für alle Fälle bereit sei. Meiner Überzeugung entsprechend bejahte ich dies ohne jede Einschränkung ganz kurz und fragte meinerseits nur noch, ob irgendwelche Vorbereitungen zu treffen seien. Seine Majestät lehnte ebenso kurz ab und entließ mich."

Graf Waldersee, damals Oberquartiermeister im Großen Generalstabe, schrieb an denselben Untersuchungsausschuß[1]: „Für mich gab es infolge der Audienz des Generals von Bertrab in Potsdam nichts zu veranlassen. Die planmäßigen Mobilmachungsarbeiten waren am 31. März 1914 abgeschlossen. Das Heer war wie immer bereit." Somit wirft ein Teil des republikanischen Deutschlands umsonst einen schamhaften Schleier über die Unbesonnenheiten Wilhelms II. Er hat tatsächlich am 5. und 6. Juli gesagt: „Laßt Österreich nur handeln. Was es auch tun möge, wir werden es unterstützen." Ein schicksalsschweres Wort! Gleichsam das geheime, aber amtliche Zeichen für die bevorstehende Katastrophe!

Was geht zur selben Zeit in Paris vor? Am Montag, dem 7., gebe ich den beiden Kammerpräsidien ein Diner. Kein Senator, kein Abgeordneter denkt an den Krieg. Am Mittwoch, dem 8., weihe ich in der Polytechnischen Hochschule ein Denkmal für 1814 ein. Die Schüler sind im Hofe aufgestellt. Aus besonderer Aufmerksamkeit ist eine eigene Tribüne für die Familie von Henri, Lucien und Raymond Poincaré errichtet. Ich komme nur als Zuschauer. Der Kriegsminister Messimy hält im Namen der Regierung die Rede auf die alte Schule, spricht aber mehr von Wissenschaft und von öffentlichen Arbeiten als von Kriegskunst; kein kriegerischer Gedanke verdüstert die Feier. Am Donnerstag, dem 9., entferne ich mich noch mehr von den in Berlin herrschenden Gedanken. Wir entfliehen Paris im Auto, um mit Marcel Prévost und seiner Gattin bei dem Ehepaar Maurice Donnay im Prieuré zu frühstücken. Während dieser paar Mussestunden plaudern wir ungestört unter Bäumen und zwischen Blumen, und bei meinen Freunden vergesse ich rasch die schweren Ketten meines Kerkers.

---

[1] Die deutschen Dokumente, S. XV. – (Der Verfasser verwechselt hier den Bericht des Grafen Waldersee an die Herausgeber der deutschen Dokumente mit dem sachlich übereinstimmenden an den Untersuchungsausschuß. Der Herausgeber.)

Die Nachrichten, die wir aus Österreich erhalten, enthüllen uns übrigens nichts von dem dortigen Geheimnis, sie sind vielmehr ziemlich beruhigend.

In Übereinstimmung mit seinem russischen Kollegen drückt Dumaine in einem Telegramm vom 8. Juli (Nr. 94) die Ansicht aus, daß es der österreichischen Militärpartei nicht gelingen werde, Serbien eine Untersuchung des Verbrechens von Bosna Seraï aufzwingen zu lassen, und daß der Einfluß des alten Kaisers jeden Plan eines drohenden Vorgehens vereiteln werde. „Wenn Mangel an Voraussicht und Sorgfalt geherrscht hat," bemerkt er, „so sind vor allem die bosnischen Behörden daran schuld. Das muß man zugeben."

Auch in London beschwichtigt Paul Cambon Sir Edward Grey, der zwar kein Ultimatum, wohl aber schroffe Vorstellungen Wiens in Serbien befürchtet. Er sagt zu ihm, die österreichisch-ungarische Regierung scheine nicht geneigt, die Belgrader Regierung für die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers verantwortlich zu machen. Da Philippe Berthelot, Unterdirektor der auswärtigen Angelegenheiten, diese Zuversicht auf rasche Beruhigung teilt, schreibt er an den Rand von Paul Cambons Telegramm folgende Weisung: „Durch Mitteilung der günstigen Nachrichten des Telegramms 94 aus Wien beantworten." Die französische Regierung ist so friedliebend, daß sie niemandem Hintergedanken zutraut. Schöne Herzensreinheit eines Volkes, das seine Tugenden stets den anderen zuschreibt.

Weder Dumaine noch Paul Cambon noch irgendeiner von uns wußte schon, daß am 7. Juli, nach der Rückkehr des Grafen Hoyos, in Wien ein Ministerrat stattgefunden hatte, über den uns das österreichische „Rotbuch" von 1919 (S. 25–28) selbst Aufschluß gibt. Darin hatte Graf Berchtold dargelegt, daß es an der Zeit sei, Serbien für immer unschädlich zu machen. Er hatte hinzugesetzt, die kaiserlich deutsche Regierung habe ohne Vorbehalt zugesagt, Österreich in einem Konflikt mit Serbien zu unterstützen[1]. Er hatte nicht verhehlt, daß ein Krieg mit Serbien einen anderen mit Rußland zur Folge haben könne. In dem vom Grafen Hoyos aufgesetzten Protokoll hieß es zuerst: „Er sei sich klar darüber, daß der Krieg mit Rußland infolge unseres Einmarsches in Serbien sehr wahrscheinlich wäre." Graf Berchtold ersetzt diesen Satz durch den fol-

[1] Diplomatische Aktenstücke, I, 8. – Vgl. Renouvin, Kap. III. – Jerôme und Jean Tharaud, „Quand Israel est roi", Plon-Nourrit, S. 52ff.

genden: „Er sei sich klar darüber, daß ein Waffengang mit Serbien den Krieg mit Rußland zur Folge haben könnte." Aber, so schließt er, es sei besser, daß der Bruch schon jetzt erfolge, denn Rußland werde auf dem Balkan täglich mächtiger. Jedes Hinausschieben sei ein Zeichen der Schwäche, das die verbündete Regierung enttäuschen werde.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza spricht gemäßigter. Er erkennt zwar an, daß ein Krieg gegen Serbien möglich geworden ist, verurteilt jedoch den Grundsatz des Krieges um jeden Preis und rät statt eines vom Zaune gebrochenen Angriffs eine vorherige diplomatische Aktion an.

Der Ministerrat, obwohl zum Kriege entschlossen, geht darauf ein, mit einer diplomatischen Aktion zu beginnen, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß diese Aktion in einem Ultimatum besteht und daß dieses Ultimatum in sehr bestimmter und schroffer Form abgefaßt wird. Im ersten Protokoll heißt es: „daß daher ganz unannehmbare Forderungen an Serbien gestellt werden müßten". Man verbessert es und schreibt schließlich: „daß solche weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde."

Da Tisza noch widerspricht, entgegnet ihm Berchtold: „Ein diplomatischer Erfolg wäre wertlos." Am 10. sagt Berchtold zu dem deutschen Botschafter v. Tschirschky[1]: „Sollten die Serben alle gestellten Forderungen annehmen, so wäre das eine Lösung, die ihm sehr unsympathisch wäre, und er sinne noch darüber nach, welche Forderungen man stellen könne, die Serbien eine Annahme völlig unmöglich machen würden."

Während Österreich-Ungarn derart seinen Racheplan ausbrütet, ahnt die öffentliche Meinung in Paris nichts von der Gefahr, die bereits über Europa schwebt, und interessiert sich nur für die bevorstehende Schwurgerichtsverhandlung. Je näher der Tag rückt, desto mehr rühren sich ein paar hitzige Anhänger Caillaux'. Kleine Wochenschriften versuchen mannigfache ärgerliche Ablenkungsmanöver. Caillaux selbst scheint sich nicht immer zu beherrschen. Er ergeht sich hier und dort in unbedachten Äußerungen. Am Freitag, dem 10. Juli, sucht er Maurice Bernard auf, der ihm gleich sagt,

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 29.

er wolle mir seine Unterredung mit ihm unverzüglich mitteilen. Ich kann ihre Wiedergabe noch heute nicht ohne Verblüffung lesen, denn Caillaux behauptete darin, eine schriftliche Erklärung zweier Zeugen in Händen zu haben, wonach Calmette mich während seines Pressefeldzuges oft im Elysée besucht habe. Diese Behauptung vervollständigte er durch viele andere, deren Wiedergabe ohne Interesse ist, ja er äußerte einen Wunsch, den ihm nur völlige Ratlosigkeit eingeben konnte. Dann verließ er den ganz verblüfften Maurice Bernard[1].

Eine halbe Stunde später erfahre ich diese seltsame Geschichte. Da ich nicht will, daß man mir während meiner Nordlandsreise vor Gericht eine Rolle zuschreibt, die ich nie gespielt habe, setze ich für den Justizminister Bienvenu-Martin sofort ein Schreiben auf, das ich ihm persönlich übergeben will.

„Lieber Minister! Joseph Caillaux war gestern bei Maurice Bernard, der sein Anwalt war und, wie er weiß, mein persönlicher Freund ist, und er hatte mit ihm eine Unterredung, die Maurice Bernard, wie er ihm gleich sagte, mir mitgeteilt hat. Caillaux hat ihm gesagt, er habe die schriftliche Erklärung zweier Personen in Händen, die bezeugen, daß ich während Calmettes Pressefeldzug in Beziehungen zu diesem gestanden und einige seiner Artikel inspiriert hätte. Caillaux hat hinzugesetzt, er wolle diese Erklärungen augenblicklich nicht benutzen. Es ist also möglich, daß er sie später benutzt und daß man im Laufe des Prozesses angebliche Zeugen beibringt, die die im voraus außerhalb des Untersuchungsverfahrens gesammelten Aussagen wiederholen. Caillaux weiß sehr wohl, daß ich Calmettes Pressefeldzug völlig fern gestanden habe, und ich kann mir nicht vorstellen, wie er den Erklärungen, die er in Händen zu haben behauptet, Glauben beimißt. Sollten jedoch während des Prozesses und in meiner Abwesenheit Zeugen auftreten, die behaupten, ich hätte zu Calmette während seiner Angriffe auf Cail-

[1] In einem Schreiben vom 25. Oktober 1926, das mein hervorragender Kollege am Institut Pasteur, Dr. Calmette, wegen einer Erklärung, die er Charles Maurras gegeben hatte, an mich gerichtet hat, schreibt er mit dem Zusatz, er sei bereit, dies öffentlich zu bezeugen: „Sie waren in keiner Weise an dem Pressefeldzug beteiligt, den mein unglücklicher Bruder in ebenso patriotischer wie selbstloser Absicht geführt und der ihm das Leben gekostet hat. Ich weiß besser als irgendwer, daß er stets so taktvoll war, Sie nicht um Rat zu fragen, denn er wußte, daß es Ihnen in Ihrer damaligen hohen Stellung unmöglich war, ihm Ihren Rat zu geben."

laux unmittelbare oder mittelbare Beziehungen gehabt oder dessen Pressefeldzug begünstigt, so haben sie gelogen, und wenn sie diese Lüge vor Gericht vorzubringen wagen, so bitte ich Sie, sofort ein Verfahren wegen falschen Zeugnisses gegen sie anzustrengen. Ich verbleibe usw. Ihr R. Poincaré."

Am Sonnabend, dem 11., vor dem Ministerrat, übergebe ich dies Schreiben Bienvenu-Martin in Gegenwart Vivianis und Malvys in meinem Kabinett. Ich wiederhole ihnen alles, was Maurice Bernard mir gesagt hat, und kann nicht umhin, ihnen mein Befremden auszudrücken. Bienvenu-Martin verhehlt mir nicht, daß man mich, wie er durch den Generalstaatsanwalt wisse, in Caillaux' Umgebung tatsächlich bezichtigt, Calmette zu seinen Angriffen ermutigt zu haben. Wie können vernünftige Menschen sich derart verwirren lassen? Ich habe stets in guten Beziehungen zu Caillaux gestanden. Bei seiner Eheschließung war ich sogar Trauzeuge seiner Frau; ich habe nie einen Anlaß gehabt, ihm meine Sympathie zu entziehen; und da sollte ich aus dem Elysée, während er Minister war, feig gegen ihn konspiriert haben! Mir eine solche Niedertracht zuzutrauen, war fürwahr ein Akt des Wahnsinns[1]!

Malvy sucht mich am Ende des Tages nochmals auf. Er hat mit Caillaux gesprochen, und der hat zu ihm gesagt: „Ich habe nie daran gedacht, dem Präsidenten zu drohen, noch ihm Unannehmlichkeiten zu bereiten. Maurice Bernard hat mich nicht verstanden. Ich will keinerlei Gebrauch von den mir übergebenen Erklärungen machen. Ich habe sie nicht veranlaßt, sie sind mir aus freien Stücken gebracht worden. Einer besonders versichert, Calmettes Auto vor dem Elysée gesehen zu haben." Ich wiederhole dem Minister des Innern, daß dieser anonyme Zeuge ein Lügner oder ein Geisterseher sei, und ich lasse mein Schreiben in den Händen des Justizministers.

Während ich meine Zeit mit der Regelung dieser peinlichen Zwischenfälle vertun muß, lauten die Nachrichten aus Wien dauernd unbestimmt. Aber noch wird uns kein drohender Konflikt gemeldet. Am 10. Juli schreibt Dumaine in einer Depesche (Nr. 177), die übrigens erst am 17. in Paris ankommt: „Können Gewaltakte

[1] Später, bei der Voruntersuchung vor dem Obersten Gerichtshofe, hat Caillaux von neuem von Zeugnissen gesprochen, die er angeblich gesammelt hätte. Auf mein neues Dementi hin hat er nicht darauf bestanden. Und doch hätte ich gern erfahren, wer ihn zum besten gehalten hat.

verhindert, Vergeltungsmaßnahmen gemildert werden und wird die Gefahr einer scharfen befristeten Forderung schließlich abgewendet, so muß man die hohe Weisheit und den klaren Blick des Kaisers Franz Joseph loben . . . Durch den Willen ihres Herrschers geleitet, haben die drei gemeinschaftlichen Minister und die beiden Ministerpräsidenten, die über die zu ergreifenden Maßregeln beraten haben, sich sowohl betreffs des in Bosnien einzurichtenden Regimes wie bezüglich der Untersuchung über den Ursprung des Verbrechens wahrscheinlich an Pläne und Anordnungen halten müssen, deren Tragweite sehr von dem abweicht, was die Hetzer nach wie vor von ihnen fordern." Wie man sieht, wurde das Geheimnis gut gewahrt.

An demselben Tage, wo Dumaine diese Depesche schrieb, berichtete Graf v. Tschirschky der deutschen Regierung über eine Unterredung des Grafen Berchtold mit Franz Joseph, die jener ihm sofort mitgeteilt hatte. Der Kaiser hatte die Ansicht geäußert, daß man Serbien konkrete Bedingungen stellen müsse. Die deutsche Reichskanzlei teilte Wilhelm II. Tschirschkys Bericht mit, und sofort machte der Kaiser folgende angriffslustige Randbemerkung: „Aber sehr, und unzweideutig! Dazu haben sie (die Österreicher) Zeit genug gehabt." Und da Tschirschky hinzugesetzt hatte, Berchtold suche den Serben die Annahme unmöglich zu machen, aber Tisza ziehe ein gentlemanlikes Verfahren vor, wurde Wilhelm II. wütend, und erregt schrieb die kaiserliche Feder: „Mördern gegenüber, nach dem, was vorgefallen ist! Blödsinn!"

Bekanntlich dauerte Tiszas Widerstand nicht an. Berchtold hielt ihn bereits am 11. Juli für gebrochen, denn an jenem Tage erhielt Graf Szecsen aus Wien ein Telegramm, von dem er der französischen Regierung wohlweislich kein Wort gesagt hat. „Vollkommenes Einvernehmen mit Deutschland bezüglich der aus dem Sarajevoer Attentat erwachsenen außenpolitischen Situation und aller ihrer eventuellen Konsequenzen erzielt[1]."

Am selben Tage erinnerte Wilhelm II. beim Lesen eines Telegrammes aus Wien in einer Randnotiz an ein Wort Friedrichs des Großen: „Ich bin gegen die Kriegsräte und Beratungen, sintemalen die timidere Parthey allemal die Oberhand hat." Er fand die österreichische Politik zu ängstlich und zu schleppend. Seit Tschir-

[1] Im Kriege am Quai d'Orsay entziffertes Telegramm.

schky den Verweis erhalten hatte, hütete er sich wohl, zur Vorsicht zu raten. Übrigens wurde der deutsche Botschafter von Berchtold über alle Vorgänge auf dem laufenden gehalten. Schon am 11. hatte Berchtold ihm Auskunft über die wesentlichen Bedingungen des bevorstehenden Ultimatums gegeben[1].

In Paris ahnen wir von alledem nichts. Die österreichische Sphinx bleibt undurchdringlich. Vor diesem Mysterium kann ich nicht auf meine Nordlandsreise verzichten. Sie ist seit sechs Monaten geplant. Die Kammern haben die Kredite bewilligt. Alles ist bereit, nicht nur in St. Petersburg, sondern auch in Stockholm, in Kopenhagen und in Christiania. Wechselte ich jetzt meine Pläne, so sähe es so aus, als wollte ich an das Bevorstehen einer Gefahr glauben machen und Europa beunruhigen.

„In verschiedenen Formen und unter verschiedenen Gesichtspunkten", hat Viviani in seiner „Antwort an den Kaiser" (S. 79) geschrieben, „hat man diese Reise kritisiert. Man hat gesagt, das Ereignis von Sarajevo hätte uns davon abhalten müssen. Da unsere Reise seit über fünf Monaten vorbereitet war und nicht nur nach Rußland, sondern auch nach Schweden, Dänemark und Norwegen gehen sollte, konnten wir sie nicht verschieben, ohne Anlaß zu den schlimmsten Deutungen zu geben. Damit hätten wir selbst den kaum sichtbaren Zustand der Spannung verschärft . . . Wenn man glaubt, wie Kaiser Wilhelm es in seinen Memoiren wiederholt, daß diese Reise erfolgt sei, um uns über den Krieg zu verständigen, so braucht man auf diese Albernheit kaum zu antworten. Diese Reise ist von meinem Vorgänger, dem Ministerpräsidenten Doumergue, schon bei seinem Amtsantritte zu Beginn des Jahres 1914 in die Wege geleitet worden. Ich fand sie im Juni völlig ausgearbeitet vor."

Viviani hat recht. Wären wir nicht gereist, so hätten wir eine Unhöflichkeit gegen die drei skandinavischen Reiche begangen, und man hätte uns vorgeworfen, den Weltfrieden zu stören. Wir blieben also bei unseren Plänen . . .

Am Montag, dem 13. Juli, bat Fürst Albert von Monaco mich, ihn zu empfangen, und erzählte mir von seiner letzten Reise nach Kiel. Er übergab mir eine Aufzeichnung, die er bei seiner Rückkehr verfaßt hatte. Sie betitelte sich „Betrachtungen über sech-

[1] Privatbrief Tschirschkys an Jagow. Deutscher Untersuchungsausschuß, S. 119.

zehnjährige Besuche in Kiel". Er wünschte, ich möchte eines Tages dem Kaiser Wilhelm im Kanal begegnen und dort mit ihm die europäische Entente begründen. Etwas harmlos fuhr er fort: „Aber der Präsident der französischen Republik müßte die Macht des Präsidenten der großen amerikanischen Republik besitzen, damit er neben dem Prestige des nationalen Vertrauens für das Vertrauen der übrigen Nationen in die Festigkeit der französischen Regierung einen Rückhalt böte." Ich ließ Seiner Hoheit keine großen Illusionen über die Möglichkeit, diese Verfassungsänderung in Frankreich durchzuführen. Über Deutschland schrieb er: „Es wird in seinem unbeugsamen Willen und in seiner zunehmenden Stärke hervorragend regiert." Dem Kaiser rühmte er warmes Interesse für die Werke der Intelligenz und entschlossene Friedensliebe nach. In der letzten Hinsicht sollte der Fürst bald umlernen und mit mir über Wilhelm II. anders reden. Schon jetzt hatte er in Kiel einen etwas getrübten Eindruck erhalten. Er war auf der kaiserlichen Jacht „Meteor", die an den Regatten teilnahm, als ein Depeschenboot eilends herankam und ein Schriftstück für den Kaiser auf der Brücke abwarf. Es war ein Telegramm, das den Doppelmord in Sarajevo meldete. Wilhelm II. las hastig das Schriftstück, das man ihm hinreichte; dann drehte er sich zu dem Fürsten um und rief aus: „Nun muß ich alles, was ich getan habe, wieder von vorn anfangen." Was hatte er mit dem Erzherzog-Thronfolger getan? Und was wollte er wieder anfangen?[1]

Am 13. Juli abends kommen der Ministerpräsident Viviani und der Kriegsminister Messimy nacheinander zu mir, um mir über eine lange und ernste Debatte im Senat zu berichten. Es handelte sich um die schon allzu lange aufgeschobene Gesetzesvorlage, die den Kriegs- und den Marineminister zu einmaligen Ausgaben für die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung ermächtigte. Der Berichterstatter der Heereskommission des Senats, Charles Humbert, hatte nicht ohne Grund geklagt, daß diese am 27. Februar 1913 eingebrachte Vorlage, die einen Kredit von 420 Millionen für die Verbesserung der militärischen Ausrüstung vorsah, noch nicht zur Abstimmung gelangt sei. Nach seiner Behauptung verhehlte der Generalstab die Wahrheit systematisch. Er betonte die Unzulänglichkeit unserer schweren Artillerie, die schlechte Ausstattung unserer

[1] Vgl. Emil Ludwig, op. cit., S. 224f. der französischen Ausgabe.

Festungen, das Fehlen von Beobachtungsständen, den Mangel von Verbindungen zwischen den Forts, den Mangel an Munition und eine Menge anderer wichtiger oder weniger wichtiger Fragen. Er sagte einige freundliche Worte über den Kriegsminister, dem er übrigens den Entwurf seiner Rede mitgeteilt hatte, aber seine Darlegung, die beträchtlichen Eindruck auf den Senat machte, war im ganzen eine richtige Anklage gegen die Verwaltung in der Rue St. Dominique. Messimy antwortete mit dem Hinweise, daß die Programme des Kriegsministeriums sich seit vielen Jahren oft an den Einwendungen des Finanzministeriums gestoßen hätten, und er wies nach, daß trotzdem neuerdings zahlreiche Verbesserungen in der Organisation und Ausrüstung des Heeres stattgefunden hätten. Trotzdem gelang es ihm nicht, die Erregung des Senats zu beschwichtigen. Clemenceau, der Humbert sehr lebhaft unterstützt hatte, ergriff das Wort und erklärte, er habe seit 1870 keiner so beunruhigenden und so schmerzlichen Parlamentssitzung beigewohnt. Er verlangte von dem Minister Punkt für Punkt Antwort auf die kritischen Ausführungen des Redners. Er erklärte, es schiene ihm unmöglich, daß die Kammern in die Ferien gingen, ohne hierüber beruhigt und durch bestimmte Erklärungen in die Lage gesetzt worden zu sein, die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen. Die Sitzung wurde auf Dienstag, den 14., vertagt, um die Debatte fortzuführen und den Staatshaushalt für 1914 zu verabschieden, dessen Annahme so lange verschoben worden war. Am Tage des Nationalfestes sollte also eine Sitzung stattfinden. War das wohl der Augenblick, um die Unzulänglichkeit unserer Heeresorganisation so in die Öffentlichkeit zu ziehen? Und wäre es nicht besser gewesen, die eingebrachten Gesetze eher zu verabschieden? Jetzt konnte Wilhelm II. seelenruhig wiederholen, und er hatte es bereits Österreich gegenüber getan, um es anzuspornen, daß weder Frankreich noch Rußland schlagfertig seien.

Viviani und Messimy fürchten, daß die Sitzungsperiode noch einen Tag länger dauern kann, und sie wünschen, daß ich mich nicht wie vereinbart am Mittwoch in Cherbourg einschiffe, sondern am Donnerstag früh von Dünkirchen abfahre. Wir treffen gemeinsam die durch diesen Programmwechsel erforderlichen Maßregeln.

Am 14. morgens findet in Longchamps bei klarem Wetter eine sehr schöne Parade statt. Nachdem ich mit Messimy die Front entlang gefahren bin, übergebe ich den drei neu aufgestellten Pionier-

regimentern und den drei schweren Artillerieregimentern ihre Fahnen. Ich verleihe dem General Joffre, der sich einst in Tonking und in Timbuktu ausgezeichnet hat und der seit 1911 zum Oberbefehlshaber bestimmt ist, das Großkreuz der Ehrenlegion, ebenso dem General Archinard, der heute das Kolonialkorps kommandiert. So wenig wie in den früheren Jahren liegt in diesen Verleihungen und Auszeichnungen oder in den militärischen Schauspielen, die ihnen vorangehen und folgen, die geringste Absicht eines Säbelrasselns oder einer Herausforderung.

Bei der Hin- und Rückfahrt ist die Volksmenge in den Alleen des Bois so begeistert, daß Messimy mir mit einem Anflug von Erstaunen seine Genugtuung darüber ausdrückt. Aber auch diesmal gelten diese hergebrachten Huldigungen nicht mir, sondern der vergänglichen Verkörperung Frankreichs, die ich darstelle. Höchstens kann meine Abreise nach dem Auslande die Pariser auf den Gedanken bringen, mir ihre Reisewünsche mit besonderer Wärme darzubringen. Aber auch bei diesen Kundgebungen ertönt kein einziger Ruf, der die mißtrauischsten Friedensfreunde beunruhigen könnte.

Am Nachmittag, nach dem üblichen Diner, das ich den Generalen gebe, teilt mir Abel Ferry von seiten Vivianis mit, daß die Debatten im Senat sich in die Länge ziehen, daß Clemenceau im Einvernehmen mit Charles Humbert die Absicht hat, die Einsetzung einer Untersuchungskommission zu beantragen, und er bittet mich um meinen Rat. Viviani scheint wenigstens zugestehen zu wollen, daß die Heereskommission des Senats Untersuchungsvollmacht erhält. Ich verhehle Abel Ferry nicht, daß diese Maßregel mir als Abdankung der Regierung erscheine, und ich rate davon ab. Um $^1/_2$11 Uhr abends erfahre ich endlich, daß Clemenceau seinen von Viviani bekämpften Antrag zurückgezogen und daß man sich darauf beschränkt hat, die Heereskommission mit der Abfassung eines ausführlichen Berichtes zu betrauen.

Während Frankreich friedlich sein Nationalfest begeht, fallen in Wien große Entscheidungen, ohne daß unser Botschafter etwas davon ahnen kann. Tiszas Widerstand ist seit ein paar Tagen erlahmt. Er hat an den Kaiser geschrieben, um seine Bedenken gegen ein unmittelbares Vorgehen geltend zu machen, aber Berchtold hat ihn auf „die militärischen Schwierigkeiten" hingewiesen[1], „die aus

[1] Diplomatische Aktenstücke, I, Nr. 10; Berchtold an Tisza.

einer Verzügerung entstehen könnten". Er hat sich auf das Zeugnis des Generalstabschefs Conrad v. Hötzendorf berufen, und zugleich hat er Tisza nach einer Unterredung mit Tschirschky wiederholt, „daß es in Deutschland nicht verstanden würde, wenn wir die gegebene Gelegenheit vorübergehen ließen, einen Schlag zu führen", und „daß man in Deutschland ein Transigieren unsererseits als Schwächebekenntnis auslegen würde, was nicht ohne Rückwirkung auf unsere Stellung im Dreibund und die künftige Politik Deutschlands bleiben könnte".

Derart vermahnt, gab Tisza schließlich nach; es kam zu einem Einvernehmen über die unerbittlichen Bedingungen, die in das Ultimatum aufgenommen werden sollten, und am 14. Juli schrieb Berchtold in seinem Bericht an den Kaiser triumphierend: „Der Inhalt der Note ist ein solcher, daß mit der Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung gerechnet werden muß[1]."

Am selben Tage telegraphierte Graf Tschirschky nach Berlin: „Graf Tisza suchte mich heute nach seiner Besprechung mit Graf Berchtold auf. Der Graf sagte, er sei bisher stets derjenige gewesen, der zur Vorsicht ermahnt habe, aber jeder Tag habe ihn nach der Richtung mehr bestärkt, daß die Monarchie zu einem energischen Entschlusse kommen müsse." („Unbedingt", setzt Wilhelm II. an den Rand) ... „Graf Tisza fügte hinzu, die bedingungslose Stellungnahme Deutschlands an der Seite der Monarchie sei entschieden für die feste Haltung des Kaisers von großem Einfluß gewesen." Deutschland hätte Österreich also zurückhalten können, wenn es gewollt hätte. Mehr noch, es hätte Österreich nicht mal zurückzuhalten, sondern nur nicht anzutreiben brauchen; dann hätten Franz Joseph und Tisza die Möglichkeit gehabt, das geplante Vorgehen abzudämpfen.

Tschirschky fuhr fort: „In betreff des Zeitpunktes der Übergabe an Serbien ist heute beschlossen worden, lieber bis nach der Abreise Poincarés aus Petersburg zu warten, also bis zum 25." Und Wilhelm II., stets ungeduldig und nervös, schreibt enttäuscht an den Rand des Berichtes: „Wie schade![2]" Am selben 14. Juli tritt Wilhelm II. noch geräuschvoller in Szene. Er richtet an Franz Joseph ein Handschreiben, um ihn zum Handeln anzuspornen.

---

[1] Diplomatische Aktenstücke, I, Nr. 19.

[2] Die deutschen Dokumente, I, Nr. 49.

„Durch Deinen bewährten und von mir aufrichtig geschätzten Botschafter wird Dir meine Versicherung übermittelt worden sein, daß Du auch in den Stunden des Ernstes mich und mein Reich in vollem Einklang mit unserer altbewährten Freundschaft und unseren Bündnispflichten treu an Eurer Seite finden wirst. Dies Dir an dieser Stelle zu wiederholen ist mir eine freudige Pflicht. Die grauenerregende Freveltat von Sarajevo hat ein grelles Schlaglicht auf das unheilvolle Treiben wahnwitziger Fanatiker und die den staatlichen Bau bedrohende panslawistische Hetzarbeit geworfen. Ich muß davon absehen, zu der zwischen Deiner Regierung und Serbien schwebenden Frage Stellung zu nehmen. Ich erachte es aber nicht nur als eine moralische Pflicht aller Kulturstaaten, sondern als ein Gebot für ihre Selbsterhaltung, der Propaganda der Tat, die sich vornehmlich das feste Gefüge der Monarchien als Angriffsobjekt ausersieht, mit allen Machtmitteln entgegenzutreten. Ich verschließe mich auch nicht der ernsten Gefahr, die Deinen Ländern und in der Folgewirkung dem Dreibund aus der von russischen und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation droht, und erkenne die Notwendigkeit, die südlichen Grenzen Deiner Staaten von diesem schweren Drucke zu befreien."

So antworten Wien und Berlin auf die Feuerwerke der Pariser Feste mit Kriegsvorbereitungen gegen ein kleines Volk, das zu erdrücken zwei große Reiche geschworen haben. Aber das ferne Geräusch des Gewehrladens dringt nicht bis zu uns.

Am Mittwoch, dem 15. Juli, zwingen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kammer und dem Senat nochmals zu einem Hin und Her wegen des Staatshaushaltes für 1914, der seit über sechs Monaten verabschiedet sein müßte und der im Rahmen des Finanzgesetzes die Hauptbedingungen einer allgemeinen Einkommensteuer enthält. Endlich kommt das Einvernehmen zustande Von $^1/_2$9 bis 10 Uhr abends findet ein Ministerrat im Elysée statt. Alles beglückwünscht sich. Viviani, der vom Endkampf etwas erschöpft ist, atmet auf, als er das Schließungsdekret gelesen hat. Trotzdem beunruhigt ihn der Gedanke, daß die im Senat gemachten Enthüllungen über den Zustand des Heeres eine gefährliche Rückwirkung im Auslande haben können. Messimy erholt sich von dem gestrigen heftigen Schreckschuß im Palais Luxembourg, der heute seinen Nachschlag in der Deputiertenkammer gefunden hat. Alles ist schon in Ferienstimmung. Ich beschließe den Abend etwas schwer-

mütig mit meiner Frau, die sich über meine weite Reise beunruhigt und meine Rückkehr an der Maas bei meinem Bruder im Waldesschatten von Sampigny abwarten will. Um $^1/_2$12 Uhr abends fahre ich vom Nordbahnhofe ab, wo alle Minister sich eingefunden haben, um mir Lebewohl zu sagen und mir gute Reise zu wünschen. Obgleich die Stunde der Abreise nicht bekanntgegeben ist, hat sich eine ziemlich große Menge vor dem Bahnhof und auf den Bahnsteigen angesammelt. Auch sie gibt mir ihre Sympathie durch Hochrufe kund. Keiner dieser Leute noch wir ahnen die bangen Tage, die wir durchleben sollen. Ich besteige den Präsidentenzug mit Viviani, der mich nach Rußland begleitet, und mit dem Marineminister Gauthier, der uns an Bord bringen und sich von uns auf der Reede von Dünkirchen verabschieden soll.

Einundzwanzigstes Kapitel

Abreise von Dünkirchen – Auf See – Die „France" und der „Jean Bart" – Die österreichisch-ungarische Ministersitzung vom 19. Juli – Auf der Reede von Kronstadt – Diner in Peterhof – Unterredungen mit dem Zaren – Besuch in St. Petersburg – Empfänge des diplomatischen Korps – In der Stadtduma – Die Zarin und ihre Kinder – In Krasnoje Selo – Diner an Bord der „France" – Abreise – Ein Schreiben des Zaren

Vor fünf Uhr morgens treffen wir in Dünkirchen ein. Trépont, Präfekt des Departements du Nord, der Unterpräfekt Delavey, der Bürgermeister Terquem, der Deputierte Defossé, der Präsident des Generalrates Vancauvenberghe begrüßen mich in meinem Wagen, und gleich darauf fährt der Zug zum Hafen bis zur Trystramschleuse, wo ich aussteige. Ein Schlepper bringt uns zur Reede bis zu den beiden Panzerkreuzern „France" und „Jean Bart", die uns erwarten. Beide feuern die vorschriftsmäßigen Salutschüsse ab. Die Bemannung steht unbeweglich an Bord, die Front nach außen, und ruft: „Vive la République!" Viviani und ich werden am Fallreep der „France" von dem Admiral Le Bris und dem Kapitän z. S. Grandclément empfangen, der wie sein gleichnamiger Vetter meiner militärischen Suite zugeteilt ist und jetzt das Panzerschiff kommandiert, auf dem die Präsidentenflagge mit meinem Namenszug in goldenen Buchstaben gehißt ist . . .

Wir lichten die Anker und fahren in Kiellinie in die Nordsee hinaus. Das Wetter ist anfangs frisch und düsig, klärt sich jedoch allmählich auf und wird wärmer. So schlage ich denn den Seeweg wieder ein, den ich vor zwei Jahren zurückgelegt habe. Die Erinnerung an ihn vermittelt mir Bilder weiter Horizonte und das Gefühl holden, vom Seegange gewiegten Nichtstuns. Heute, als Staatsoberhaupt, bin ich viel prächtiger untergebracht wie damals als Ministerpräsident. Aber meine militärische und zivile Suite, so zurückhaltend sie auch ist, läßt mir bei weitem nicht die Freiheit, die ich 1912 hatte, als ich auf dem Achterdeck des „Condé" friedlich las. Trotzdem habe ich mir eine kleine Büchersammlung mitgenommen, die besonders aus Übersetzungen russischer und skandinavischer Werke besteht.

Je zwei dänische Lootsen von Kattegatt und vom Belt sind im voraus angeheuert worden, um uns durch ihre heimischen Gewässer zu geleiten. Schließlich hat der Marineminister auch für Funkverbindung zwischen Paris und dem Präsidentenschiff durch die Militärstation des Eiffelturmes und die Funkstation von Dünkirchen gesorgt.

Nach all diesen Vorbereitungen fahren wir also mit 17 bis 18 Knoten in nordöstlichem Kurs. Ein sehr schöner Tag, nur gegen Abend eine leichte Brise. Ich unterhalte mich lange mit Viviani, auf dem Deck auf- und abgehend. Der Ministerpräsident scheint froh, Paris und der Politik für ein Weilchen entronnen zu sein. Trotzdem halte ich es für zweckmäßig, ihn vor unserer Ankunft in Rußland in gewisse Fragen einzuweihen, die er noch nicht gründlich kennt und über die er vielleicht mit Sasonow verhandeln muß: frühere Einzelheiten des französisch-russischen Bündnisses, Geschichte der Militärkonventionen, chinesische Angelegenheiten, Verhandlungen Rußlands mit England über ein Marineabkommen, Auskünfte über die russischen Staatsmänner, die ich kennengelernt habe und die er noch nicht gesehen hat. Er hört mir gespannt und mit offenem Geist zu, aber ungewollt kehrt sein Denken bisweilen zum Pariser Justizpalast und zu dem Saale zurück, wo das Drama in der Rue Drouot verhandelt werden soll.

Freitag, 17. Juli. – Reizvolles Erwachen. Schöner Sonnenschein, zartblaue See, leichte Wolken, sehr milde Temperatur, die jütische Küste am Horizont. Viele Dampfer und Segelschiffe.

Was geht in Wien und in Berlin vor? So fragen wir uns noch mehr mit Wißbegier als mit Besorgnis. „Sanft geschaukelt zwischen der blauen Flut und dem blauen Himmel," schreibt Viviani (S. 81), „in der Einsamkeit, die für den Staatsmann der Lohn seines Tuns ist, plauderte ich mit dem Präsidenten der Republik. Mit erhobener Stirn und ruhigem Gewissen fuhren wir dem Frieden entgegen, der Befestigung unseres Bündnisses, der Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Nationen, jenem Zusammenstrom allgemeiner Sympathien, in dem trotz der vorzugsweisen Zuneigung, die ein Bündnis mit sich bringt, die Annäherung von Gedanken und Interessen nicht verboten ist. Was wollten wir dem Zaren, der russischen Regierung sagen? Gewiß wollten wir von der europäischen Lage, von den Interessen unseres Bündnisses reden. Wir wollten auch um eine Annäherung zwischen Rußland und Schweden bitten,

das sich über das Vorgehen eines russischen Marineattachés beschwerte. Wir wollten schließlich auch die Beschwerden Englands gegen die Handlungsweise einiger russischer Konsuln vorbringen... Wir sprachen von diesen Absichten und von anderen, außeramtlichen Dingen, schöpften aus unseren Berufserinnerungen und aus unseren politischen Erinnerungen die Gegenstände unserer freundschaftlichen Gespräche."

Die Funksprüche melden uns nichts von Belang. Wir plaudern zwanglos bald über Literatur, bald über Politik und Diplomatie. Mein Partner, der ein erstaunliches Gedächtnis hat, sagt ganze Seiten von Prosa und Poesie auswendig, besonders Meisterstücke der Redekunst, aus denen seine eigene Beredsamkeit Nahrung zieht. Aber mitten in seinen Erinnerungen und Zitaten fragt er sich plötzlich, womit sich wohl gerade der Justizminister Bienvenu-Martin, sein Vertreter am Quai d'Orsay, und Philippe Berthelot, de Margeries Vertreter, beschäftigen.

Wir nehmen Kurs nach Süden, dann nach Südosten und schicken uns an, mit langsamerer Fahrt durch den Belt zu steuern. Am Abend erblicken wir „rechts voraus", ein deutsches Torpedoboot, das auf uns zufährt.

Sonnabend, 18. Juli. – Herrliches Wetter. Prächtige Durchfahrt. Die „France" rollt und stampft nicht. Ich lese auf dem Verdeck, besichtige alle Teile des Panzerschiffes, plaudere mit den Offizieren, den Steuermannsmaaten, den Ingenieuren, Artilleristen und der Bemannung...

Während ich diese Stunden der Ruhe und Stille genieße, werden in Wien und in Berlin seltsame Ränke gesponnen, von denen ich nichts ahnen kann. An diesem Tage schickt der bayerische Geschäftsträger in Berlin, v. Schoen, dem Ministerpräsidenten in München einen merkwürdig vielsagenden Bericht[1]: „Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit dem Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit dem Balkan- und dem Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich, Euer Exzellenz über die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinandersetzung mit Serbien nachstehendes zu berichten: Der

[1] Die deutschen Dokumente, IV, 138, Anh. IV. – Bayerische diplomatische Aktenstücke, herausgegeben von Dr. Pius Dirr, alldeutschem bayerischen Landtagsabgeordneten und Direktor der bayerischen Staatsarchive, Nr. 13, Bericht 386.

Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat, in Belgrad zu unternehmen, und der in der Überreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. d. M. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise der Herren Poincaré und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurlaubung der Kriegsminister und des Chefs des Generalstabes den Anschein friedlicher Gesinnung, und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden . . . *Wie mir Herr Zimmermann sagte*, wird die Note soweit sie bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten: 1. Den Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen werde, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie mißbillige; 2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat in Sarajevo und Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung; 3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt seien. Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden. *Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg. Hier* (in Berlin) *ist man durchaus damit einverstanden, daß Österreich die günstige Stunde nutzt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin.* Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn v. Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Österreich-Ungarn dank seiner Entschlußlosigkeit und Zerfahrenheit jetzt eigentlich der kranke Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Italiener, Rumänen, Serben und Montenegriner warteten . . . Man ist hier der Ansicht, daß es für Österreich sich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, *daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin.* Die *Blankovollmacht*, die man dem Kabinettschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos, gab, der zur Übergabe eines Allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemorias hierhergekommen war, *ging so weit, daß die*

österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln! In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und entschlußlosen Stellen in Wien fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei . . . *Man hätte es hier lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet und der serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Drucke von sich aus eine Genugtuung anzubieten* . . . Im Interesse der Lokalisierung des Krieges wird die kaiserliche Regierung sofort nach der Übergabe der österreichischen Note in Belgrad eine diplomatische Aktion bei den Großmächten einleiten. Sie wird mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandsreise und der Chef des Großen Generalstabes sowie der preußische Kriegsminister in Urlaub seien, *behaupten, durch die Aktion Österreichs genau so überrascht worden zu sein wie die anderen Mächte* . . . Sie wird geltend machen, daß es im Interesse aller monarchischen Staaten liege, wenn das ‚Belgrader Anarchistennest' einmal ausgehoben werde, und sie wird darauf hinarbeiten, daß die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien eine Angelegenheit dieser beiden Staaten sei."

v. Schoens Schreiben, das noch über einige Seiten weitergeht, beweist, daß die deutsche Regierung zwar auf eine Lokalisierung des Krieges hoffte, aber sehr wohl erkannte, daß dies nicht sicher war, und schon vor Absendung des Ultimatums die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges kalt ins Auge gefaßt hatte. Ach, mein armer, lieber Viviani, wenn man ein Schreiben dieses Stils mit Ihrer Unterschrift gefunden hätte, wie hätten sich da Victor Margueritte, Barnes und Fabre-Luce gefreut!

Übrigens wird Schoens Bericht durch einen Privatbrief Jagows an den Fürsten Lichnowsky vom 18. Juli bestätigt. Er schreibt an seinen Botschafter in London: „Österreich will sich jetzt mit Serbien auseinandersetzen und hat uns dies mitgeteilt . . . Wir können und dürfen ihm nicht in den Arm fallen . . . Läßt sich die Lokalisierung nicht erreichen, so können wir Österreich nicht opfern."

An der Reeling der „France" lehnend, betrachte ich die Sonne, die im Meere versinkt. Viviani lehnt neben mir; wir bewundern stumm die Schönheit dieses Schauspiels und warten auf den

flüchtigen Augenblick, wo das Meer, tief am Horizont, grün aufleuchtet.

Sonntag, 19. Juli. – Wir nehmen wieder Kurs auf Nordosten, ohne unsere Fahrt zu beschleunigen. Der Himmel ist noch immer strahlend, das Meer leicht bewegt. Auf dem Achterdeck lese ich ruhig ein paar Werke von Ibsen aus meiner skandinavischen Büchersammlung. Gegen Abend erreichen wir die Höhe von Reval. Neun russische Zerstörer kommen uns entgegen. Wir hissen die kleine Flagge mit dem russischen Wimpel am Großmast und stoppen. Ein Zerstörer legt an Steuerbord der „France" an. Ihm entsteigen ein Kapitän z. S. und ein Fregattenkapitän, die uns mit den neun Fahrzeugen bis Kronstadt geleiten sollen. Eine zarte Aufmerksamkeit, die wir uns, offen gesagt, gern erspart gesehen hätten, denn fortan hatten wir das Gefühl, nicht mehr ganz für uns zu sein. Einer der Zerstörer fährt uns auf 800 m als Aufklärer voraus. Die acht anderen setzen sich in zwei Divisionen in Kiellinie hinter den „Jean Bart". Unsere beiden Panzer nehmen ihre Fahrt wieder auf, wie zwei riesige, von kleinen Robben umringte Walfische . . . Übrigens verlieren wir bei der Weiterfahrt nach Osten Zeit. Wir stellen unsere Uhren auf osteuropäische Zeit vor. Unsere Flottille fährt friedlich in den Finnischen Meerbusen ein. Alle französischen und russischen Schiffe zeigen bis zum Abend die Flagge der beiden verbündeten Nationen. Dann ziehen wir unsere Flaggen und Wimpel ein.

Während wir so in der Illusion des Friedens dahinfahren, findet in Wien ein entscheidender österreichisch-ungarischer Ministerrat statt. Graf Tisza hat sich Berchtolds Gründen endlich gefügt, und am 18. Juli sagt Graf Hoyos zu dem deutschen Legationsrat Stolberg, „daß die Forderungen derart seien, daß ein Staat, der noch etwas Selbstbewußtsein und Würde habe, sie eigentlich unmöglich annehmen könne". Hoyos verhehlt nicht, daß Berchtold, wenn eine friedliche Beilegung drohe, um den Konflikt unvermeidlich zu machen, „dann bei der praktischen Durchführung der einzelnen Postulate eine weitgehende Ingerenz auszuüben wissen werde[1]".

Nachdem Deutschland so gebührend benachrichtigt ist, setzt der österreichisch-ungarische Ministerrat am 19. den endgültigen Wortlaut des Ultimatums fest, und zugleich entwirft er ein politisches Programm, das Berchtold übrigens für vorläufig und abänderungs-

[1] Die deutschen Dokumente, 87, Privatschreiben Stolbergs an Jagow.

fähig erklärt[1]. Es soll erklärt werden, daß die Monarchie keinen Teil des serbischen Gebietes zu annektieren gedenkt, weil die Madjaren ihren Einfluß in der Doppelmonarchie nicht durch Einverleibung neuer slawischer Untertanen vermindern wollen. Gleichwohl behält man sich spätere Annexionen vor, falls Rußland Bulgarien an sich zieht. Jedenfalls soll das Königreich Serbien erdrückt und zerstückelt werden; es soll „in die Abhängigkeit der Monarchie" gebracht, zum Abschluß einer Militärkonvention und zum Wechsel der Dynastie gezwungen werden. Stücke von Serbien sollen zwischen Griechenland, Bulgarien, Albanien, nötigenfalls auch Rumänien aufgeteilt werden. Den Großmächten soll erklärt werden, daß Österreich-Ungarn keinen Eroberungskrieg führt und nicht die Einverleibung des Königreiches beabsichtigt. Aber „natürlich sollen strategisch notwendige Grenzberichtigungen sowie die Verkleinerung Serbiens zugunsten anderer Staaten sowie eventuell notwendige vorübergehende Besetzungen durch diesen Beschluß nicht ausgeschlossen werden". Solche Pläne hegt ohne unser Wissen das alte habsburgische Reich, angetrieben von seinem großen Verbündeten, der sich über seine Langsamkeit beschwert.

Am selben Tage befiehlt Wilhelm II., der an den norwegischen Küsten kreuzt, die deutsche Flotte bis zum 25., d. h. bis nach der Überreichung des österreichischen Ultimatums, zusammenzuhalten[2]. In Berlin entsprechendes Benehmen. Der serbische Geschäftsträger hat Jagow aufgesucht und ihm eine Verbalnote übergeben. Da die serbische Regierung sich durch ein österreichisches Vorgehen bedroht fühlt, verspricht sie, jeden serbischen Staatsangehörigen, dessen Mitschuld an dem Verbrechen von Sarajevo festgestellt sei, vor Gericht zu ziehen. Sie verpflichtet sich zur energischen Bekämpfung aller Versuche auf serbischem Gebiet, die darauf abzielen würden, die Ruhe der Nachbarmonarchie zu stören. Sie setzt nur hinzu, sie könne keine Forderungen annehmen, die mit ihrer Unabhängigkeit und Würde unvereinbar seien. Was antwortet Jagow? Er lehnt die Bitte des Geschäftsträgers ab, billigt es, daß Österreich „energische Saiten" aufzieht, erklärt Deutschlands Solidarität mit seinem Verbündeten[3].

Keine dieser beunruhigenden Nachrichten gelangt bis zu uns. Die

[1] Diplomatische Aktenstücke, I, 67f., Nr. 26.

[2] Die deutschen Dokumente, Nr. 101.

[3] Ebenda, Nr. 91.

„France" setzt ihre Fahrt fort. Ein dichter Nebel sinkt auf die Fluten herab, als wolle er uns die europäischen Gestade verbergen.

Montag, 7./20. Juli. – Ich erwache vom Heulen der Nebelhörner, das sich alle zwei Minuten wiederholt. Ich trete an eine Luke. Dichter Nebel umfängt uns. Trotzdem fahren wir anscheinend mit 15 Knoten Geschwindigkeit, was bei dieser Unsichtigkeit vielleicht unvorsichtig ist. Plötzlich, um $^1/_2$6 Uhr früh, fühlen wir einen heftigen Stoß, und die beiden neuen Sirenen der „France" stoßen zwei schrille Töne aus, einen tiefen und einen hohen, das Signal „Stoppen!" Die „France" hat südlich Helgeland einen russischen Schlepper „Wintyge" angefahren, der eine Baggermaschine schleppt. Wir haben keine Havarie, aber der Schlepper ist leicht beschädigt. Während wir stoppen, überholt uns der „Jean Bart" mit den Zerstörern, ohne daß wir sie vorbeikommen sehen; als wir die Fahrt wieder aufnehmen, befinden wir uns plötzlich inmitten der Flottille und ein paar Schritte von dem „Jean Bart", den wir beinahe anfahren. Die Katastrophe wird nur durch eine scharfe Wendung des Steuers vermieden. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß ein französisches Panzerschiff in den russischen Gewässern ein Schleppschiff der befreundeten Nation angefahren und beschädigt hat. Ich bin nicht sehr stolz auf dieses Mißgeschick.

Bevor wir in Sicht von Kronstadt kommen, werden wir von zwei Regengüssen überschüttet, aber bald klärt das Wetter sich auf, und sobald wir uns den kleinen Inseln nähern, die der Stadt vorgelagert sind, gießt ein strahlender Himmel warmes Licht über ein Panorama aus, das ich gewiß noch schöner fände, wenn es mir nicht schon bekannt wäre. Wir hissen die große Flagge. Der „Jean Bart" begrüßt das Land mit 21 Salutschüssen. Das Land antwortet Schuß um Schuß. Die Würde der „France" als Präsidentenschiff gebietet ihr anscheinend Stillschweigen.

Langsam fahren wir an den fünf Schiffen vorbei, die der Admiral Essen befehligt. Ein Geschwader kleiner russischer Minenleger begrüßt uns. Sie tragen außer der Bemannung ein paar Damen in hellen Toiletten. Dann nahen leichte Fahrzeuge und Dampfer auf den silbernen Fluten der Reede. Sie sind voller Menschen. Das größte von ihnen ist von den französischen Kolonien in Rußland gechartert. Wie ich erfahre, haben alle meine Landsleute, selbst die unbemitteltsten, es sich nicht nehmen lassen, ihren Beitrag zu zahlen. Zahlreiche Männer, Frauen und Kinder sind an Bord und sen-

den der „France" endlose Hochrufe zu. Wie viel tiefer hallen französische Zurufe so fern von Paris in mir wieder!

In dem Gewirr dieser Schiffe haben wir einige Mühe, Anker zu werfen. Und schon erscheint die kaiserliche Jacht „Alexandria" in der Reede. Salute werden gewechselt. Der Marineminister, Admiral Grigorowitsch, der mich hier im Jahre 1912 empfangen hat, besucht mich in einem Depeschenboot. Ich erwarte ihn auf dem Verdeck. Wie die Etikette es vorschreibt, bin ich im Frack, mit dem blauen Ordensband des Andreasordens quer über der Brust. Ich wechsle ein paar Worte mit dem Admiral, und wir verlassen mein Panzerschiff gemeinsam unter dem betäubenden Lärm der französischen und russischen Salven. Die kaiserliche Jacht trägt am Hintermaste die Kaiserflagge Nikolaus' II. und die französische Flagge mit meinem Namenszuge. Am Fallreep erwartet mich der Zar in Admiralsuniform mit weißem Rock und dem roten Ordensbande der Ehrenlegion. Er empfängt mich sehr huldvoll und schlicht mit einem Aufleuchten seiner hellen Augen, während der Geschützdonner ringsum anschwillt. Ich stelle ihm Viviani und die Personen unserer Begleitung vor. Er hat seinerseits Sergei Dimitriewitsch Sasonow, Iswolsky, Paléologue und den alten Baron Fredericks aus Peterhof mitgebracht. Ich schüttle ihnen rasch die Hand[1].

Fast unmittelbar darauf richtet die „Alexandria" den Bug nach der Küste, von der sie gekommen ist, dem Südufer der Newabucht, und wir entfernen uns von der „France", dem „Jean Bart", den russischen Panzern und dem Gewimmel der kleinen Fahrzeuge, auf denen Hüte und Tücher geschwenkt werden. Die Fluten des Golfes liegen still und spiegelglatt. Die Linien von Peterhof zeichnen sich in der Ferne ab und werden immer deutlicher. In dem Augenblick, wo ich in Rußland lande, läßt man mich, so scheint es, Petersburg den Rücken kehren, gleich als ob das ganze russische Volk sich in den engen Grenzen der kaiserlichen Residenz konzentrierte.

Der Zar bittet mich, auf dem Achterdeck seiner Jacht neben ihm Platz zu nehmen. Mit klarer, wohlklingender Stimme und in tadellosem Französisch spricht er von der Erinnerung, die mein letzter Besuch ihm hinterlassen hat. Er erinnert mich daran, daß er in den letzten Jahren Félix Faure, Loubet und Fallières empfangen hat,

[1] S. Paléologue, „La Russie des Tsars", Paris, Plon, Bd. I. – „Les journées tragiques de juillet 1914", von Sasonow, „Revue des Deux Mondes", 1. August 1927.

und dieses Nacheinander der Präsidenten scheint das Ansehen ihres Amtes in seinen Augen nicht vermindert zu haben. Er bemüht sich ersichtlich, unser demokratisches System zu verstehen. Er scheint die ererbten Vorurteile abgelegt zu haben, die er gegen unsere politischen Sitten gehegt haben mag. In seinem Lande bleibt er zwar ein großer Anhänger der Tradition und der Vorrechte des Selbstherrschertums. Aber er spricht von unserer Republik mit Wohlwollen und stellt die loyale Bundestreue über alle anderen Rücksichten. Trotzdem ist er etwas besorgt über die Tendenzen der neuen französischen Kammer. Im Jahre 1912 hatte er kein Wort über unsere Militärgesetze gesagt. Heute deutet er taktvoll die Befürchtung an, daß der Wunsch, den Wählern gefällig zu sein, in der neuen Legislaturperiode zur Schwächung unserer Verteidigungsmittel führen könnte. Ich antworte ihm kurz, daß die Gesinnung des Parlaments, welcher Art seine politische Mehrheit auch sein möge, stets die gleiche bleiben wird und daß alle französischen Parteien von dem gleichen Patriotismus erfüllt sind. Er klagt beiläufig über Witte, der, wie er sagt, untröstlich darüber sei, daß er von den Staatsgeschäften entfernt worden ist, und alle möglichen Ränke spinne, um die Sympathien Rußlands nicht Frankreich, sondern Deutschland zuzuwenden.

Wir nahen der bewaldeten Küste, in deren Grün, rechts und links von Peterhof, die Städtchen Duderhof, Ropscha, Gostilitzy und Hunderte von hübschen Villen gebettet liegen. Es ist 3 Uhr nachmittags, als wir an der Landungsbrücke von Peterhof anlegen, wo sich alle russischen Großfürsten zu unserem Empfang eingefunden haben. Ich springe auf einen Landungssteg, vom Zaren gefolgt, und da bin ich nun wieder auf dem Festlande, das ich schon fast vergessen hatte. Nach dem Abschreiten der Front der Gardeseesoldaten, die unbeweglich steht und das Gewehr präsentiert, besteige ich mit dem Zaren einen Wagen, der uns nach dem Schlosse bringt. Wie vor zwei Jahren finde ich diesen Abklatsch von Versailles etwas flau: ein weiter Park, in dem verlorene Gruppen von Spaziergängern und Schwärme junger Frauen zu sehen sind, breite, frisch geharkte Alleen, schöne hochstämmige Birken, Fichten und Eichen, Fontänen, Wasserfälle und Kanäle, Najaden, Faune und Tritonen. Und da steht es wieder vor mir, das Palais mit seinem häßlichen Anstrich, seinen weißen Fensterrahmen, seiner Metallkuppel mit den vergoldeten Ornamenten, stolz auf der langen Terrasse, dahinter das

Feenmärchen von Baumwipfeln und Wassern, die Erinnerungen an Peter den Großen und die Zarin Elisabeth.

Auf dem Schloßplatz und im oberen Park um das Neptunsbecken sind Truppen aufgestellt, die bei unserer Ankunft die Ehrenbezeugung erweisen. Der Zar führt mich in die für mich bestimmten Gemächer. Sie liegen in einer Ecke des Palais mit dem Blick auf die unteren Gärten. Viviani wird unweit von mir in dem gleichen Palastflügel untergebracht. Wiederum durchschreite ich die allzu prunkvoll ausgestatteten Galerien und die Säle, deren geräuschvolle Pracht meinem Geschmack widerstrebt: den Porträtsaal mit seinen 328 Bildern des Malers Rotari, die chinesischen Kammern, den Weißen Saal, die Diwankammern, die Ritterkammer – was weiß ich noch? Noch heimatloser fühle ich mich in den mir zugewiesenen Gemächern, die einst für die Großfürstin Olga Nikolajewna eingerichtet waren. Sie sind voll von Kaminen, die mit bemalten Porzellanvasen aus der kaiserlichen Manufaktur geschmückt sind, und von Spiegeln in jeder Größe. Mein Schlafzimmer ist in altrussischem Stil eingerichtet und ganz mit Gold und weißem Atlas ausgestattet. Am Fuße meines Bettes steht eine große, platzraubende Psyche aus Porzellan, die zweifellos meinen Schlaf bewachen und meine Träume widerspiegeln soll. Aus den Fenstern wenigstens fällt mein Blick ungehindert auf das Simsonbecken, die Fontänen im französischen Stil und den langen Wasserlauf, der zwischen Fichten sich zum Meere hinstreckt.

Nach ein paar Minuten der Ruhe empfängt mich die Zarin, die mit ihren beiden ältesten Töchtern, den Großfürstinnen Olga und Tatjana, in das große Palais gekommen ist, das die kaiserliche Familie so gut wie nie bewohnt. Sie lebt dauernd zurückgezogen in der friedlichen Villa Alexandria inmitten eines geschlossenen Parkes, zu dem das Publikum keinen Zutritt hat. Die Zarin scheint wohler zu sein als 1912; sie zeigt sich sehr entgegenkommend. Der Zar und die Zarin bleiben nicht stehen wie bei meinem ersten Besuche. Sie fordern mich auf, mich zu setzen, nehmen selbst neben mir Platz und plaudern vertraulich in Gegenwart der beiden anmutig lächelnden Prinzessinnen. Das Gespräch dreht sich zunächst um beliebige Dinge, meine Reise, meine Eindrücke, der Zustand des Meeres, die Temperatur. Dann spricht Nikolaus II. von meiner beabsichtigten Rückkehr über Schweden. Er wünscht, daß die Mißverständnisse zwischen Schweden und Rußland völlig zerstreut werden und daß

mein Aufenthalt in Stockholm dazu beiträgt. Er hat den König vor zwei Jahren in Finnland empfangen. An seiner persönlichen Gesinnung zweifelt er nicht; doch klagt er über die schwedische Regierung, die, wie er sagt, grundlos rüstet, als ob Schweden von Rußland bedroht werde, was doch nicht der Fall sei, oder als ob es den Hintergedanken habe, gegebenenfalls Partei gegen Rußland zu ergreifen, was nach der Ansicht des Zaren Deutschlands Wunsch sein muß. Ich erwidere ihm, ich würde mich gern zum Dolmetscher von Rußlands friedlicher Gesinnung machen, wisse aber, daß Schweden seinerseits gewisse Klagen erhebe, insbesondere über Spionageversuche, die allzu eifrigen Vertretern Rußlands zur Last gelegt würden. „Ja," sagte der Zar, „ich kenne diese Anklagen, aber ich halte sie für grundlos."

Während dieser Unterredung sucht Viviani Sasonow auf, und beide Staatsmänner unterhalten sich eine Stunde lang. Wie mir der französische Ministerpräsident nachher sagt, scheint Sasonow die Folgen des Doppelmordes in Sarajevo nicht allzusehr zu fürchten. Bisher hat er keine beunruhigenden Nachrichten erhalten. Ich weiß nicht, ob der russische Minister Viviani von dem Besuche erzählt hat, den ihm der österreichische Botschafter, Graf Szapary, am 18. Juli gemacht und der besonders zu seiner Beruhigung beigetragen hatte. Graf Szapary hatte ihm nämlich die friedlichen Absichten seiner Regierung beteuert und ihm versprochen, Österreich werde nichts unternehmen, was seine Beziehungen zu Serbien trüben könne. Sasonow war so befriedigt über diese Unterredung gewesen, daß er sie sofort dem Baron Schilling mit den Worten mitteilte: „Szapary war sanft wie ein Lamm[1]."

Als Viviani seine Unterredung mit Sasonow beendet hat, fahre ich aus, um den Großfürsten die üblichen Besuche abzustatten. Ich habe eine ganze Suite: einen russischen General, den der Zar zum Dienst bei mir kommandiert hat, Viviani, den General Beaudemoulin, meine Offiziere, de Margerie und William Martin. Diese Großfürstentour, wie Viviani sie respektlos nennt, ist sehr lang und unerquicklich. Die Wohnungen sind über die ganze Gegend verstreut; übrigens finden wir nur bei der Großfürstin Wladimir und bei ihrem Sohne eine offene Tür.

[1] „Rotes Archiv", historische Zeitschrift, Bd. IV. Tagebuch des Barons Schilling, englische Übersetzung mit Vorwort Sasonows und Einleitung des Barons Schilling. London 1925, Georges Allen and Unwin.

Am Abend Galadiner im Palais in dem großen Saale Peters I., den zwölf Kristallkronleuchter mit Kerzen erleuchten. Elektrische Beleuchtung ist im Schloß Peterhof noch nicht eingerichtet. Übrigens brannten auch im Kabinett des Präsidenten der Republik, als ich ins Elysée einzog, noch Petroleumlampen . . .

Ich sitze rechts von der Zarin und diese rechts vom Zaren. Wir sitzen alle drei mit dem Rücken gegen das berühmte Wandgewebe nach dem Gemälde von Steinben, das Peter I. auf einer Fischerbarke während eines Sturmes auf dem Ladogasee darstellt. In den vier Ecken des Saales hängen Gemälde von Peter I., Katharina II., Anna Iwanowna und Elisabeth Petrowna in ganzer Figur. Sie erinnern mich an die vier Herrscher, die Peterhof am meisten geliebt haben. Vor uns stehen gewaltige Tafelaufsätze aus massivem Silber, von Rosen, Nelken und Schwertlilien umgeben. Während des Mahles bekommt die Zarin Erstickungsanfälle. Sie macht sichtliche Anstrengungen, ihren Schmerz zu bezwingen. Übrigens spricht sie mit mir offen von ihrer schwachen Gesundheit und von den Herzkrämpfen, die oft alle ihre Pläne plötzlich umwerfen. Trotzdem wäre sie sehr erfreut, am Donnerstag auf der „France" zu frühstücken, wohin ich sie mit dem Zaren eingeladen habe. Mit einem Anflug von Schwermut sagt sie zu mir, eine ihrer schönsten Lebenserinnerungen sei ein Aufenthalt in Houlgate gewesen, bevor sie Zarin geworden sei. Rechts von mir sitzt die Großfürstin Wladimir, die bei Hofe endgültig wieder in Gnaden steht und mich beharrlich von Paris, unseren Schriftstellern und Künstlern unterhält.

Gegen Ende des Mahles erhebt sich der Zar, um mich willkommen zu heißen. „Das Oberhaupt des befreundeten und verbündeten Staates", sagt er, „ist stets des wärmsten Empfanges in Rußland sicher. Aber heute wird die Freude, den Präsidenten der französischen Republik zu begrüßen, noch verdoppelt durch das Vergnügen, in Ihnen einen alten Bekannten wiederzusehen, mit dem ich zu meiner Freude vor zwei Jahren persönliche Bekanntschaft machen konnte. Seit langer Zeit durch gegenseitige Sympathie der Völker und durch gemeinsame Interessen geeinigt, sind Frankreich und Rußland seit fast einem Vierteljahrhundert eng verbunden, damit beide ihr gleiches Ziel besser verfolgen können: Wahrung ihrer Interessen durch gemeinsames Wirken für die Erhaltung des Gleichgewichtes und des Friedens in Europa. Ich bezweifle nicht, daß unsere beiden Länder, ihrem Friedensideal treu und auf ihr bewährtes

Bündnis sowie auf gemeinsame Freundschaften gestützt, auch weiterhin die Segnungen des Friedens genießen werden, indem sie die Fülle ihrer Machtmittel aufrechterhalten und das Band, das sie einigt, immer fester knüpfen."

Ich antworte kurz: „Getreu der Überlieferung, die meine verehrten Vorgänger befolgt haben, wollte ich Eurer Majestät und Rußland das feierliche Zeugnis für die Gefühle bringen, die in den Herzen aller Franzosen unveränderlich sind. Fast fünfundzwanzig Jahre ist es her, daß unsere Länder in klarer Erkenntnis ihrer Bestimmung die Anstrengungen ihrer Diplomatie vereinigt haben. Die glücklichen Ergebnisse dieses dauernden Zusammenwirkens machen sich im Gleichgewichte der Welt täglich fühlbar. Das Bündnis, zu dem der erlauchte Kaiser Alexander III. und der vielbetrauerte Präsident Carnot die Initiative ergriffen haben, das auf gemeinsamen Interessen beruht, das durch den Friedenswillen zweier Regierungen geweiht ist, das sich auf Heere und Flotten stützt, die sich kennen, sich achten und an brüderliches Zusammenhalten gewöhnt sind, das durch lange Bewährung befestigt und durch kostbare Freundschaften vervollständigt ist, hat seit seiner Begründung den Beweis seiner wohltätigen Wirkung und seiner unerschütterlichen Zuverlässigkeit geliefert. Eure Majestät können versichert sein, daß Frankreich in engem täglichen Zusammenwirken mit seinem Verbündeten das Werk des Friedens und der Zivilisation fortsetzen wird, an dem die beiden Regierungen und die beiden Nationen unaufhörlich arbeiten."

„Poincaré", schreibt Viviani (S. 81), „hatte mir als verantwortlichem Leiter der Regierung die Rede mitgeteilt, die er bei dem Galadiner halten mußte, und ich hatte um Mitteilung der Rede des Zaren gebeten, was mir bewilligt wurde. Beide Reden klingen rein und fest zusammen zum Preise des Friedens."

Nach dem Mahle plaudere ich in den Salons mit den russischen Ministern, dem Großfürsten Nikolai und der Großfürstin Anastasia, die noch immer die alte Vorliebe für Frankreich haben, sowie mit dem Großfürsten Nikolai Michael, dem Geschichtsschreiber, der über Witte ebenso hart urteilt wie der Zar.

Der Tag geht vorüber, ohne daß Viviani und ich über Österreich und Serbien etwas Neues erfahren. Paléologue hat uns die Nachrichten mitgeteilt, die er aus Paris erhalten oder in St. Petersburg erfahren hat, aber sie sind noch sehr unbestimmt. In dem Augen-

blick, wo die Polemiken gegen Serbien in Budapest zu verstummen scheinen, hat der plötzliche Tod Hartwigs, der in Belgrad bei dem österreichisch-ungarischen Botschafter Baron Giesl gestorben ist, die unmittelbare Wirkung gehabt, die Glut unter der Asche wieder zu schüren. Aber das ungarische Kabinett hat sich beeilt, diese Erregung zu beschwichtigen, und es hat offiziell das Stichwort des Optimismus ausgegeben. Andererseits zeigt uns alles, was man aus Wien erfahren kann, daß, wenn die Regierung der Doppelmonarchie in Belgrad keine Drohnote übergeben hat, um von Serbien Rechenschaft für das Attentat in Sarajevo zu fordern, dies nicht etwa deshalb unterblieben ist, weil der größte Teil der Wiener Presse davon abgeraten hätte. Nur die „Zeit" will keine scharfen Maßnahmen und empfiehlt Ruhe. Die „Reichspost", die „Neue freie Presse" bringen beunruhigende Nachrichten und schüren die allgemeine Erregung. An der Börse ist eine richtige Panik ausgebrochen, in die auch die besten österreichischen Werte hineingerissen worden sind.

Doch bei alledem hat Paléologue noch keine Mitteilung von den bedeutsamen Depeschen Dumaines vom 15. Juli 1914 (Nr. 181, 182). Sie sind kaum in Paris eingetroffen, und ich sollte sie erst weit später erfahren. Dumaine berichtet über die leidenschaftlichen Artikel in der Presse, über die tollen Gerüchte, die umlaufen, über die Verrücktheit der öffentlichen Meinung. Er betont, daß „die peinliche Debatte im französischen Senat, durch die die Fehler und Mängel unserer militärischen Organisation enthüllt worden sind", gegen Frankreich ausgebeutet wird. In den Zeitungen erörtert man ein Thema, das sich leicht weiterspinnen läßt: Frankreichs militärische Ohnmacht ist ein Wink für Rußland; Frankreich rechnet in der internationalen Politik nicht mehr mit; Rußland ist isoliert; es wird gut tun, nicht zu sehr die Partei Serbiens zu ergreifen, falls in Belgrad ein mehr oder weniger drohender Schritt erfolgt. Aber von diesem Schritt selbst hat Dumaine noch nichts gehört, und für den Augenblick glaubt er, die österreichisch-ungarische Regierung werde sich sicherlich „mit einer nichtssagenden Befriedigung ihrer Eigenliebe" begnügen.

Am Ballplatze hat man sich wohl gehütet, Dumaine mitzuteilen, daß Graf Berchtold am selben Tage, dem 20. Juli, zum Kaiser Franz Joseph nach Ischl gefahren ist und ihm den Entwurf des Ultimatums vorgelegt hat, den der greise Herrscher an sich genommen hat,

um ihn zu prüfen. Am folgenden 21. sollte er ihn ohne Abänderung genehmigen[1]. Ohne jedoch diese kaiserliche Genehmigung abzuwarten, schickte der politische Direktor Baron Macchio schon am 20. einen amtlichen Abzug des Ultimatums an den österreichischen Gesandten, Baron Giesl, in Belgrad und schrieb ihm vor, die Note am Donnerstag, dem 23. Juli, zwischen 16 und 17 Uhr der serbischen Regierung zu überreichen[1], ein Aufschub, der, wie man bereits weiß und wie man weiterhin noch besser sehen wird, den Zweck hatte, Viviani und mich vor unserer Abreise aus Rußland nichts erfahren zu lassen.

Niemand in St. Petersburg hat eine Ahnung von diesen Vorbereitungen. Ebenso weiß niemand, daß Wilhelm II. heute den Befehl an die Flotte bestätigt hat, bis zum 25. zusammenzubleiben, und daß er gleichzeitig dem Reichskanzler Bethmann Hollweg geraten hat, den Direktor der Schiffahrtsgesellschaften von den etwaigen Möglichkeiten in Kenntnis zu setzen[2].

Schließlich kennt auch niemand von uns den bedeutsamen Zwischenfall, der am selben Montag, dem 20. Juli, wegen des Deutschen Kronprinzen stattgefunden hat. Eine alldeutsche Broschüre mit dem Titel „Des Reiches Schicksalsmann[3]" war vor kurzem erschienen, und er hatte den Verfasser öffentlich beglückwünscht. Bethmann Hollweg mußte an den Kronprinzen schreiben, um ihm mehr Ruhe anzuempfehlen, und an den Kaiser, um ihn um sein Eingreifen zu bitten. „Ich besorge ernstlich," telegraphierte er am 20. Juli an Wilhelm II., „daß Seine Kaiserliche Hoheit, wenn jetzt das österreichische Ultimatum bekannt wird, mit Kundgebungen hervortreten möchte, die nach allem Vorangegangenen von unseren Gegnern als gewollte Kriegstreiberei angesehen werden."

Keines dieser Warnungszeichen wurde von uns bemerkt. Wir wußten nur das eine: Heute beginnt vor dem Schwurgericht der Seine der Prozeß über die Affäre, die die Leidenschaften in Paris erregt und die Viviani wegen der grünen Telegramme immerfort beunruhigt.

Dienstag, 21. Juli. – Als der Zar mich am Montag abend in meine Gemächer zurückgeleitete, fragte er mich, ob ich ihn am nächsten

[1] Die deutschen Dokumente, S. 88. Diplomatische Urkunden, I, Nr. 46.

[1] Diplomatische Aktenstücke, I, Nr. 27, 28, 30, 31.

[2] Die deutschen Dokumente, Nr. 82, 101, 115.

[3] Im Original: „L'Homme du destin de l'Empire". (D. Übers.)

Morgen empfangen könne. Am Dienstag um 10 Uhr erschien er. Er dankte mir nochmals für meinen Besuch und sagte mir, die Zarin und er würden sich sehr freuen, ihn im Sommer 1915 erwidern zu können. Für seine Person knüpfte er keinerlei Vorbehalt an diese Zusage. Nur für die Zarin setzte er hinzu, da sie sich jetzt wohler fühle, hoffe er, daß sie an der Reise werde teilnehmen können. Keinen Augenblick trat der Gedanke eines Krieges ihm vor Augen. Er spielte nicht im geringsten auf eine Gefahr an, die weder er noch ich damals so nahe glaubten.

Zunächst hat er mit mir lange über die zwischen England und Rußland bestehenden Schwierigkeiten gesprochen. Wie die französische Regierung von England weiß, verletzen mehrere russische Konsuln in Persien das englisch-russische Abkommen von 1907 und benehmen sich wie in einem eroberten Lande. Im Einvernehmen mit Viviani teile ich dem Zaren diese Zwischenfälle mit. Er erkennt loyal an, daß England in dieser Hinsicht vollkommen recht hat, und er gibt mir die Versicherung, daß bereits Maßregeln getroffen seien, um die Wiederkehr der bedauerlichen Tatsachen, die ich ihm mitgeteilt habe, zu verhüten. Betreffs der transpersischen Eisenbahn, um deren künftige Stücke der Bär und der Walfisch heftig gestritten haben, ist über einen wichtigen Teil des Projektes ein Einvernehmen erzielt. Bleibt die aufregende Frage des Endstücks zum Persischen Meerbusen. „Sie läßt sich später regeln," sagte der Zar, „es eilt nicht. Die Hauptsache ist, daß kein Problem aufgeworfen wird, das die guten Beziehungen zwischen England und Rußland zu trüben droht. Mir liegt ebensoviel wie Ihnen daran, daß sie fortdauern. Aber was wollen Sie? Wir haben im Inland wie im Ausland bisweilen Vertreter, die durch örtliche Gesichtspunkte voreingenommen sind und das allgemeine Interesse nur zu leicht aus den Augen verlieren."

Er fuhr fort: „Wegen des Marineabkommens mit Großbritannien habe ich selbst an den König Georg geschrieben und ihn gebeten, die Sache zu beschleunigen. Ich danke der französischen Regierung für ihre Vermittlung." Bei dieser Gelegenheit sprach ich mit dem Zaren über eine Indiskretion, die, wie Deutschland behauptete, sowohl in der russischen Botschaft in Paris wie im Ministerium an der Sängerbrücke begangen sein sollte. Er kannte diese deutsche Behauptung, fragte sich aber, ob das Berliner Kabinett sie nicht aufgestellt habe, um die Wahrheit zu erfahren. Jedenfalls

sprach er seine Freude darüber aus, daß Sir Edward Grey sich durch diese Enthüllung nicht habe erregen lassen.

Im weiteren Rundblicke kam der Zar auf Albanien. Ziemlich streng urteilte er über die Unerfahrenheit des Prinzen von Wied. Betreffs Chios' und Mytilenes hielt er den Widerstand Griechenlands gegen die türkischen Ansprüche für durchaus gerechtfertigt. Er beunruhigte sich etwas über die Gerüchte über eine beginnende italienische Mobilmachung und fragte sich, was Rom wohl auf dem Balkan suchen könne. Er glaubte nicht, daß die angeblichen Streikdrohungen der Eisenbahner so viele Truppenbewegungen, besonders in der Gegend von Brindisi, hinreichend erklärten. Seine Hauptsorge galt natürlich dem schweigsamen, rätselhaften Österreich. Was hatte es vor? Er wußte es nicht und fühlte sich in dieser Hinsicht nicht völlig sicher. Aber er sagte mir kein Wort, daß eine ernste Beunruhigung verriet, kein Wort, aus dem ich schließen konnte, daß er an das Bevorstehen eines europäischen Krieges glaubte. Er wiederholte mir nur, daß das völlige Einvernehmen zwischen unseren beiden Regierungen bei der jetzigen Lage nötiger denn je erscheine. Der Türkei war er, mit Ausnahme der Zuteilung von Chios und Mytilene, ziemlich günstig gesinnt und hegte das Vertrauen, daß die vergangenen Mißverhältnisse nicht wiederkehren würden. Von den Meerengen sagte er nichts, und ich hütete mich wohl, eine Frage wieder aufleben zu lassen, in der Frankreich der Politik des *Status quo* treu zu bleiben gedachte. Lebhaft klagte er über die bulgarische Regierung und den König Ferdinand, die der Sobranje durch eine Art von Gewaltstreich die Bewilligung einer bei deutschen Banken aufgenommenen Anleihe abgezwungen hätten. Der Zar ging rasch über alle diese Gegenstände hinweg, ohne bei einem länger zu verweilen. Er streifte sie fast nur und warf eher Gedanken hin, als daß er sie ausführte. Nach kaum einer Stunde verabschiedete er sich und kehrte in seine Villa zurück.

Geschwind lege ich wieder den Frack an, dessen traurige Nüchternheit Félix Faure einst bei seiner Reise nach Rußland hat bedauern lassen, daß er kein goldgesticktes Staatskleid anlegen konnte und bei Hofe nur wie der Schatten seines Botschafters aussah. Ich besteige mit Viviani den Wagen, und von unseren Mitarbeitern begleitet, fahren wir nach der Landungsbrücke, an der die kaiserliche Jacht festgemacht hat, die uns nach St. Petersburg bringen soll. Der Zar begleitet uns nicht in seine Hauptstadt. Fürchtet oder

verschmäht er die Berührung mit der Menge? Er hat mir sein Denken nicht anvertraut, und ich hätte es für taktlos gehalten, ihn danach zu fragen. Aber ich kann mir nicht erklären, daß er in dieser Weise St. Petersburg fern bleibt, wenn ein fremdes Staatsoberhaupt hinkommt, und kann mir nicht recht vorstellen, daß ich ihn in Versailles empfangen und allein nach Paris würde fahren lassen.

Wir nehmen im Speisesaale der Jacht ein ausgezeichnetes Frühstück, das ausschließlich aus russischen Gerichten besteht. Wir fahren die Newa hinauf, lebhaft begrüßt von den Leuten am Ufer, Arbeitern und Bürgersleuten; unterwegs sehen wir die Werften, auf denen die neuen Panzerschiffe langsam entstehen. An der Landungsbrücke steigen wir inmitten einer Menge wohlmeinender, lärmender Zuschauer aus. Der Gouverneur von St. Petersburg, Graf Tolstoi, bietet mir auf einem silbernen Teller Salz und Brot dar; dann bittet er mich, ihn als Andenken an meinen Besuch in der Stadt Peters des Großen anzunehmen.

Alle Straßen, durch die wir kommen, sind stark belebt. Indessen ist in den letzten Tagen ein gewaltiger Streik ausgebrochen. Der Großfürst Nikolai sagt zu mir, er glaube, Deutschland habe dabei seine Hand im Spiele; es möchte die Feste zu Ehren des französisch-russischen Bündnisses zu einem Fiasko machen. Das ist ohne Zweifel eine reine Vermutung. Jedenfalls aber sieht man von Mißerfolg und Verstimmung keine Spur. Die zahlreichen Zuschauer bringen Frankreich donnernde Hochrufe dar. Das Volksempfinden scheint mir zwar weniger allgemein und weniger tief als in London, aber es ist stärker, als ich gedacht hätte.

Ich schreite die Front der Ehrengarde ab, der ich auf russisch zurufen müßte: „Gruß, meine Braven! Gruß, meine Freunde!" Der Sicherheit halber sage es ich auf französisch, und die Leute antworten mit dem vorgeschriebenen Hurra, als hätten sie verstanden.

Stets in Begleitung des Generals Pantelejew, der meiner Person immer buchstäblicher „attachiert" ist, besteige ich einen Galawagen, dessen Kutscher einen halbhohen, nach oben breiter werdenden Zylinder und einen weiten gefütterten Mantel trägt, der sich um seine Hüften bläht. Dadurch habe ich, sobald ich sitze, einen kreisförmigen Wandschirm vor Augen, hinter dem ich nichts sehe. Ein Zug roter Don-Kosaken, schöne Burschen mit gelocktem Haar, die Lanze in der Faust, gibt uns das Geleit. Fliegende Händ-

ler verkaufen auf den Bürgersteigen kleine französische und russische Fahnen.

An dem schönen Nachmittag, dessen Sonnenglut durch eine leichte Brise gedämpft wird, beginnen wir nun wieder mit der Wallfahrt, die ich schon 1912 gemacht hatte, nach der Festung, in der sich die Peter- und Paulskirche erhebt, die geheiligte kaiserliche Grabstätte. Zum zweiten Male, aber diesmal in feierlicherer Weise, trete ich an das Grabmal Alexanders III. Ich lege einen silbernen Degen nieder, dessen Griff die Form eines griechischen Kreuzes hat und dessen Klinge mit einem Lorbeerzweige geziert ist.

Dann fahre ich mit meinen Begleitern zur französischen Botschaft, wo ich unsere Petersburger Kolonie empfange. Sie ist sehr zahlreich erschienen; Abordnungen unserer anderen russischen Kolonien, aus Moskau, Charkow, Odessa, Tiflis und Rostow, haben sich mit eingefunden. Die Kolonie von Odessa überreicht mir einen sehr schönen marmornen Mörser, die aus Charkow ist so aufmerksam, mir für meine Gattin einen Kasten mit hübschen russischen Stickereien zu übergeben. Ich spreche meinen Landsleuten, dem französischen Institut, der Wohltätigkeitsgesellschaft, dem französischen Roten Kreuz, allen unbekannten Freunden, die mich zu sehen herbeigeeilt sind, meine Glückwünsche und meinen Dank aus. Ich bemühe mich, ihre Aufgabe in Rußland in Worte zu fassen und ihnen die wohlverdiente Gerechtigkeit zu erweisen. Ich ermutige sie, in ihrer friedlichen Tätigkeit fortzufahren. Ich spreche zu ihnen nur von Arbeit und von Solidarität. Der Gedanke an einen möglichen Krieg liegt ihnen ebenso fern wie mir. Nur mit Mühe bezwinge ich meine Bewegung gegenüber diesen Pionieren des französischen Gedankens.

Nach diesem Empfange verlasse ich die Botschaft, um mich in das Winterpalais zu begeben, das ich vor zwei Jahren etwas rasch besichtigt hatte und das ich diesmal noch flüchtiger besuche. Ich kann nicht einmal der Versuchung nachgeben, für einen Augenblick durch die Verbindungsgalerie nach der Eremitage zu entfliehen. Ohne Freude sehe ich die Marmortreppe, die pompejanische Galerie, die mit Vergoldung überladenen riesigen Säle wieder.

Viviani neben mir, empfange ich nacheinander alle beim Zaren beglaubigten Botschafter. Der erste, der mir vorgestellt wird, ist dem Brauche gemäß der Doyen des diplomatischen Korps, der deutsche Botschafter Graf v. Pourtalès, ein sehr liebenswürdiger

Mann, der sich vortrefflich auf ausweichende Redensarten und auf gut gedrechselte Komplimente versteht. Ich spreche mit ihm nur von seiner französischen Familie und von seiner bevorstehenden Reise nach Castellane. Er gedenkt in der Tat im Sommer nach Frankreich zu kommen, und ich zweifle ebensowenig wie er daran, daß er seinen Plan bald ausführen wird.

Der englische Botschafter, Sir George Buchanan, den ich schon vor zwei Jahren getroffen habe, ein kalter, gesetzter, äußerst höflicher Mann, verhehlt mir seine Befürchtungen nicht. Er wünscht lebhaft, daß die persische Frage zwischen England und Rußland geregelt wird, und er hofft, daß dies gelingen werde. Er ist nur der Ansicht, daß das Abkommen von 1907 abgeändert werden muß. Ich mache ihm Mitteilungen von den Zusicherungen, die der Zar mir gegeben hat. Er scheint sehr beglückt darüber. Aber er befürchtet neue Schwierigkeiten auf dem Balkan, und Österreichs Haltung gegenüber Serbien erscheint ihm geheimnisvoll und beunruhigend[1]. Infolge einer Aussprache mit dem serbischen Gesandten Spalaikowitsch scheint er sogar vorherzusehen, daß Österreich eine heftige Note in Belgrad übergeben wird. Nach seiner Ansicht und, wie er mir sagt, nach der Sir Edward Greys sei es zur Vermeidung von Schwierigkeiten gut, wenn ein unmittelbarer Gedankenaustausch zwischen Wien und St. Petersburg stattfände. Ich wende ein, daß dieser Austausch allein zwischen beiden Mächten zu dieser Stunde vielleicht nicht ungefährlich sei, und erkläre es für zweifellos besser, wenn Frankreich und England Österreich freundschaftliche Ratschläge zur Mäßigung gäben. Diese Unterredung mit Sir George Buchanan hinterläßt mir einen pessimistischen Eindruck.

Die nachfolgende mit dem österreichischen Botschafter, Grafen Szapary, ist nicht dazu angetan, mich zu beruhigen. Dieser madjarische Edelmann, der etwas hochmütig auftritt, erinnert mich an unseren Grafen Szecsen, nur daß sein Gesicht mit keiner Linie lächeln kann. Als ich eine Anspielung auf das Attentat von Sarajevo mache, gibt er mir, beauftragt oder nicht, zu verstehen, daß seine Regierung ihr letztes Wort noch nicht gesprochen hat, daß Österreich Serbien für verantwortlich an der Ermordung des Erzherzogs

---

[1] Sir George Buchanan hat Sir Eduard Grey über diese Unterredung durch ein Telegramm vom 22. Juli, Nr. 73 und 76 des 2. Bandes der „British Documents on the origins of the War (1926) berichtet.

hält und daß es in Belgrad einen Schritt zu unternehmen gedenkt, dessen Art ich nicht ahne, dessen Ernst ich jedoch vorhersehe. Ich drücke ihm diskret meine Überraschung aus und frage ihn, ob die Untersuchung entgegen den ersten Ergebnissen eine Mitschuld der serbischen Regierung offenbart habe. Er entzieht sich meiner Frage und antwortet mir mit Verlegenheitsphrasen. Aber selbst seine Verlegenheit ist beunruhigend. Weiß der Botschafter genau Bescheid, so scheint Österreich mir die Verantwortung für ein Verbrechen, das auf dem Gebiete der Doppelmonarchie begangen ist, auf ganz Serbien ausdehnen zu wollen; vielleicht sucht es sogar seinen kleinen Nachbarn zu demütigen. Sage ich nichts, so kann Graf Szapary annehmen, daß ein heftiges Vorgehen seines Landes Frankreichs Billigung finden werde, und mein Stillschweigen ist eine Ermutigung. In der Hoffnung, einen unwiderruflichen, folgenschweren Schritt zu verhüten, weise ich den Botschafter darauf hin, daß Serbien in Rußland Freunde habe, die sich gewiß wundern würden, wenn es harten Maßregeln ausgesetzt würde, und daß diese Überraschung in anderen Ländern Europas, die mit Rußland befreundet sind, geteilt werden könnte. Damit liefe man Gefahr, eine neue Balkankrise und bedauerliche Komplikationen heraufzubeschwören. Ich bemerke beiläufig, daß es meines Wissens nicht üblich ist, daß eine Regierung eine andere für ein Verbrechen verantwortlich macht, das auf ihrem Gebiete durch Staatsangehörige der anderen verübt worden ist, um so weniger für ein Verbrechen, das von ihren eigenen Staatsangehörigen begangen ist, auch wenn sie Mitschuldige in dem anderen Lande haben. Ich sage zu dem Botschafter, wie ich es am 5. Juli zum Grafen Szecsen gesagt habe, ich hoffte sehr, daß Serbien Österreich die Verfolgung und Bestrafung der Schuldigen auf alle Weise erleichtern werde. Ich erinnere ihm an das europäische Zusammenwirken in den letzten Jahren, und er zieht sich zurück, hinterläßt mir aber trotz allem die Befürchtung, daß Österreich etwas im Schilde führt.

Indem ich den Grafen Szapary auf die leider möglichen Folgen eines Gewaltstreiches hinwies, hoffte ich natürlich, die Doppelmonarchie durch eine höfliche Warnung noch zur Besinnung zu bringen. Selbst der italienische Botschafter, Marchese Carlotti, hatte Sasonows Kabinettschef, dem Baron Schilling, am 16. Juli geraten, nicht zuzulassen, daß die österreichisch-ungarische Regierung eine unwiderrufliche Entscheidung träfe, ohne gewarnt zu

werden[1]. Ich wußte nicht, daß der Wortlaut des Ultimatums schon feststand. Anscheinend hat Graf Szapary so getan, als sei in den sehr schlichten und sehr maßvollen Worten, die ich an ihn gerichtet hatte, eine Drohung zu finden gewesen. Ich kann mir diese schlimme Ausdeutung nicht erklären. Jedenfalls aber hat sein Bericht über unsere Unterredung auf Österreichs Beschluß keinen Einfluß gehabt und an der bereits getroffenen Entscheidung nichts geändert[2].

Der Marchese Carlotti, den ich gleichfalls empfange, besitzt die ganze Schlauheit und Gewandtheit Tittonis. Er versichert mir, Italien mache lediglich mobil, um dem bevorstehenden Eisenbahnerstreik zuvorzukommen. In der serbischen Sache scheint er auf einen drohenden Schritt Österreichs gefaßt zu sein, aber seine Regierung ist offenbar weder befragt noch benachrichtigt worden.

Mit dem spanischen Botschafter, Grafen von Carthagena, dem Freund Alfons' XIII., wechsle ich nur ein paar freundliche Worte. Dann erscheint der japanische Botschafter, Baron Motono, den ich mit Freuden wiedersehe und der einer unserer zuverlässigsten Freunde bleibt. Er drückt mir den Wunsch aus, daß es im Interesse des Friedens zu einem öffentlich besiegelten Vierbunde zwischen Frankreich, Rußland, England und Japan kommen möge.

Nachdem ich diese Besucher in Vivianis Gegenwart einen nach dem andern empfangen habe, begeben wir uns beide in einen großen Saal des Palais, um die diplomatische Cour abzuhalten. Botschafter und Gesandte sind in der Rangordnung der Etikette mit ihrem ganzen Personal aufgestellt. Als ich beim serbischen Gesandten, Spalaikowitsch, vorbeikomme, frage ich ihn, welche Nachrichten er aus Belgrad habe. „Sehr schlechte", entgegnet er lebhaft. Ich entgegne ihm: „Hoffentlich werden sie besser. Jedenfalls wird Frankreich alles tun, was an ihm liegt, um Konflikte zu verhüten." Spalaikowitsch hat sehr berechtigte Gründe, nicht optimistisch zu sein. Sein Schwiegervater wohnt anscheinend in Sarajevo, und sein Haus ist nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand von den Österreichern geplündert worden.

Nach Beendigung des diplomatischen Empfanges bleibe ich im Winterpalais, um mehrere russische Abordnungen zu empfangen:

[1] „Schillings diary," S. 25f.

[2] Diplomatische Aktenstücke, I, 43. – Schwarzbuch, II, 225. – Renouvin, op. cit., S. 48ff.

die Abordnung des Adels, die Stadtduma, Vertreter des Petersburger Semstwo.

Inzwischen ist bei der französischen Botschaft ein Telegramm aus Paris eingelaufen, das uns eine sehr ernste, bisher zum Glück nicht bestätigte Nachricht bringt: Deutschland soll sich einem geplanten brutalen Schritt Österreichs nicht nur nicht widersetzen, sondern sogar anschließen. Viviani und ich haben eher den Eindruck eines Bluffs, der die Demütigung Serbiens vorbereiten soll. Aber es stellt unsere Nerven auf eine sehr harte Probe, daß wir nichts oder so gut wie nichts wissen. Viviani, der die Unterredungen mit den Botschaftern und den Gesandten angehört hat, ist übrigens ziemlich pessimistisch geworden.

Vom Winterpalais begeben wir uns durch Volksquartiere nach dem französischen Krankenhause in Wassily Ostrow, das ich schon 1912 besucht hatte. Auf den Straßen drängt sich eine malerische Menge in Trachten aller Art und von allen Farben; die Arbeiter sind zahlreich, die Hochrufe geräuschvoll und vertraulich.

Im Krankenhause sind wir wieder im Familienkreise. Die Franzosen sind tief bewegt, in einem ihnen gehörenden Hause um mich versammelt zu sein. Auch mir macht ihr Empfang tiefen Eindruck. Allzu schnell geht es durch das Asyl; ich richte ein paar ermunternde Worte an die Kinder und Greise, beglückwünsche das Personal und die Schwestern; dann gehe ich ins Krankenhaus hinüber, bleibe am Bett einiger Kranker stehen; schließlich kehren wir in den Hof zurück zur Grundsteinlegung für die geplante Armenapotheke, die anscheinend meinen Namen tragen soll. Das Publikum umringt uns. Viele Augen sind feucht, und ich bin nicht sicher, daß die meinen ... Aber nein! Ein Staatsoberhaupt hat bei der Ausübung seines Amtes nicht das Recht, feuchte Augen zu haben. Ich nehme mich also nochmals zusammen, um in kurzen, einfachen Worten die Geschichte des Krankenhauses zu zeichnen, der Leitung des Dr. Cresson Ehre zu erweisen und den Wunsch auszudrücken, daß in der Armenapotheke, deren Grundstein wir legen, das von der Krankenhausverwaltung begonnene Werk, „das Werk des mitleidigen, barmherzigen und menschenfreundlichen Frankreich", mit Erfolg fortgesetzt werde. Das sind die Wünsche und Mahnungen der Regierung der Republik nach dem Drama von Sarajevo. Beim Hinausgehen stürzen die Franzosen mit unbeschreiblicher Begeisterung auf mich zu, aber gewiß schwingt keine chauvinistische Regung darin mit.

Wir kehren in die französische Botschaft zurück, wo ich den russischen Ministern, einigen Generalen und Admiralen und den höheren Beamten des Ministeriums des Auswärtigen ein Diner gebe. Rechts von mir sitzt der neue Ministerpräsident Goremykin, Kokowzows blasser Nachfolger, ein zurückhaltender, höflicher, abgelebter Greis, der Frankreich zu lieben scheint, denn er hat lange dort geweilt, aber gewiß weder die Bedeutung noch das Ansehen seines Vergängers besitzt. Er hat sich anscheinend selbst als „einen alten Pelz" bezeichnet, „dessen man sich an einem kalten Tage erinnert hat".

Links von mir sitzt Sasonow, der soeben abermals mit Viviani gesprochen hat und mir viel sorgenvoller als gestern erscheint, aber sicherlich keine Kriegspläne hegt. Er sagt mir sogar, falls die Lage sich wider Erwarten zuspitzen sollte, werde Rußland sehr in Verlegenheit sein, mobil zu machen, denn die Bauern seien sämtlich mit den Erntearbeiten beschäftigt. Aber diese furchtbare Möglichkeit schaltet er offenbar ebenso wie wir aus seinen Berechnungen aus.

Etwas weiter sitzen der Kriegsminister, General Suchomlinow, der mir keinen besseren Eindruck macht als im Jahre 1912[1], der Admiral Grigorowitsch und die anderen Minister. Ich verabschiede mich von allen fast unmittelbar nach dem Diner, und wir begeben uns zur Stadtduma. Unser Besuch stand nicht im Tagesprogramm, aber Graf Tolstoi hat mich sehr darum gebeten, und der Zar, der telephonisch gefragt wurde, hat seine Genehmigung zu diesem Besuche gegeben. Er ist für Rußland eine kleine Revolution.

Die Straßen sind illuminiert und beflaggt und voll von Menschen aller Stände. Der Newski-Prospekt zeichnet sich durch besonders glänzende Beleuchtung aus. Vor dem Palais der Stadtduma, einem sehr bescheidenen, kaum anständigen Gebäude, branden Menschenwogen bis zu unserem Zuge, der von den roten Kosaken treulich begleitet wird. Wir betreten einen großen Saal, in dem Hunderte von russischen und französischen Gästen an kleinen Tischen noch bei der Mahlzeit sitzen. Im Hintergrund, auf einem Podium, ein Or-

[1] Der General Suchomlinow ist nach dem Kriege in Berlin gestorben. Er war verhaftet und eingekerkert worden, erst 1916 unter dem Kaiserreich, dann 1917 durch die russischen Revolutionäre, und zwar unter der Anklage des Einverständnisses mit Deutschland. Er wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, aber von den Bolschewisten freigelassen.

chester und Chöre, sämtlich in alten Nationaltrachten. Sie spielen und singen uns ein paar altrussische Weisen vor. Sie singen auch die Marseillaise auf französisch. Vielleicht ist es das erstemal, daß die revolutionären Worte unserer Nationalhymne in Rußland öffentlich erklingen.

Graf Tolstoi dankt mir überschwenglich, und die Hochrufe, die im Saal und außerhalb des Rathauses ertönen, beweisen mir, daß die Petersburger Bevölkerung für unseren improvisierten Besuch äußerst empfänglich ist. Wäre der Zar mit mir nach seiner Hauptstadt gekommen, welche Freude hätte er da den armen Leuten bereitet, die ihn immer nur im Bilde sehen und die seine Umgebung ihm fernhält!

Aber die Zeit vergeht, die Jacht wartet auf uns, wir müssen scheiden. Bis auf die Kais werden wir von Beifall und Hochrufen verfolgt. Ich nehme mit Viviani auf dem Achterdeck Platz. Der Ministerpräsident ist von diesem anstrengenden Tage erschöpft. Alles, was Repräsentation heißt, macht ihn nervös und reizbar. Ich begreife seinen Haß auf das Zeremoniell wohl, aber ich muß mich dessen unerbittlichen Anforderungen fügen. Die Nacht ist klar und durchsichtig. Langsam gleiten wir über die schlafende Flut. Wir blicken in die Ferne und träumen still. Was behält uns Österreich vor? Schickt es sich wirklich zu einem Gewaltstreich gegen Serbien an? Die Jacht legt an der Landungsbrücke von Peterhof an. Es ist 1 Uhr nachts, als wir in das Palais zurückkehren. An diesem Abend spiegelt meine große Porzellanpsyche noch Festbilder.

Inzwischen ist Sasonow in sein Ministerium an der Sängerbrücke zurückgekehrt und hat jetzt, voller Sorge über die Gerüchte, die umzulaufen beginnen, es für nötig gehalten, in der Nacht an seinen Botschafter in Wien zu telegraphieren: „Nach den hier umlaufenden Gerüchten schickt Österreich sich offenbar an, in Belgrad verschiedene Schritte im Zusammenhange mit den Ereignissen in Sarajevo zu unternehmen. Wollen Sie den Minister des Auswärtigen freundschaftlich, aber fest auf die gefährlichen Folgen hinweisen, die ein solcher Schritt haben könnte, falls er mit der Würde Serbiens unvereinbar sein sollte. Aus meinen Gesprächen mit dem französischen Minister des Auswärtigen ergibt sich, daß auch Frankreich sich Sorgen über die etwaige Veränderung der österreichisch-serbischen Beziehungen macht, und daß es nicht geneigt ist, eine ungerechtfertigte Demütigung Serbiens zu dulden. Der französische

Botschafter in Wien ist beauftragt worden, der österreichisch-ungarischen Regierung Mäßigung anzuraten. Nach meinen Nachrichten verurteilt auch London die Österreich zugeschriebene Absicht, wegen dieser Sache internationale Verwicklungen zu schaffen. Die britische Regierung hat ihren Wiener Vertreter beauftragt, sich im gleichen Sinne zu äußern. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Vernunft in Wien über die kriegerischen Tendenzen obsiegen wird und daß rechtzeitige Warnungen der Großmächte noch dazu dienen werden, Österreich von unwiderruflichen Maßnahmen abzubringen. Bevor Sie sich in dieser Sache an Graf Berchtold wenden, wollen Sie sich mit Ihren französischen und englischen Kollegen besprechen, aber nicht vergessen, daß die Schritte, die Sie und jene tun werden, zur Vermeidung jeder Zuspitzung der Frage weder als vereinbart erscheinen, noch gleichzeitig erfolgen dürfen[1]."

Mittwoch, 9./22. Juli. – Ein Telegramm aus Paris lenkt unsere Gedanken von den europäischen Angelegenheiten wieder zum Schwurgericht der Seine und vom Drama in Sarajevo zu dem des „Figaro". Einer der hervorragendsten Mitarbeiter dieses Blattes, Latzarus, hat im Zeugenverhör von diplomatischen Urkunden gesprochen, die, wie er gesagt hat, hinreichen müßten, um Caillaux' verbrecherisches Benehmen festzustellen. Labori, der Advokat der Verteidigung, hat die Vorlegung dieser Urkunden beantragt. Der Generalstaatsanwalt hat eine Stelle meiner Kammerrede von 1912 verlesen, in der ich die Loyalität und die Vaterlandsliebe meiner Vorgänger, Caillaux' und der anderen, in Schutz genommen habe. Labori hat geantwortet, dies Zeugnis sei wertvoll, genüge aber nach der Aussage von Latzarus nicht mehr. Wie es in dem Telegramm heißt, soll Caillaux „sehr erbost auf die Regierung sein". Um ihn zu beschwichtigen, haben Bienvenu-Martin und Malvy einen Text aufgesetzt, den sie Viviani mitteilen. Er lautet: „Die dem Präsidenten der Republik (durch Calmettes Brüder) übergebenen Schriftstücke sind nur angebliche Abschriften nicht vorhandener Urkunden. Es gibt im Ministerium des Auswärtigen kein Schriftstück, dessen Inhalt der Ehre oder der Vaterlandsliebe Caillaux' Abbruch tun könnte." Viviani teilt mir dies Telegramm mit. „Sicherlich", sage ich zu ihm, „können die Urkunden nicht ohne ernste internationale Unzuträglichkeiten vorgelegt werden. Aber es heißt gegen die

[1] Schilling's diary, op. cit. Anhang I, S. 85f.

Wahrheit verstoßen, wenn man behauptet, daß sie nicht vorhanden seien. Man müßte eine andere Formel finden oder sich mit dem zweiten Satze begnügen." Viviani entgegnet mir, er befürchte, daß ein Freund von Caillaux die grünen Telegramme schließlich öffentlich vorlege und daß die Enthüllung ihrer Entzifferung lebhafte Proteste Deutschlands nach sich ziehe. Trotz meines Bedenkens billigt er also die von Bienvenu-Martin und von Malvy aufgesetzte Erklärung ohne Vorbehalt[1].

Sobald Viviani diese Nachrichten aus Paris erhalten hat, wird er so düster und in sich gekehrt, daß alle, die ihm nahen, sich fragen, ob er nicht krank sei. Jedesmal, wenn er mit mir von Caillaux spricht, ergeht er sich in Schmähungen über ihn und scheint sich selbst Vorwürfe zu machen, daß er einer Privatangelegenheit angesichts der unbekannten Zukunft so viel Raum in seinem Geiste gibt.

Um 11 Uhr vormittags verlasse ich Peterhof in einer Viktoria, stets begleitet von dem kaiserlichen Adjutanten General Pantelejew, der sich gar nicht bemüht, martialisch auszusehen, sondern der Typus eines Hofgenerals ist. Er geleitet mich nach der Villa Alexandria, wo die kaiserliche Familie wohnt.

Sie ist ein schlichter Ziegelbau und besteht aus zwei kleinen Zwillingsgebäuden, die durch einen gedeckten Gang miteinander verbunden sind. Ringsum liegt ein schöner hügeliger Park mit hohen Bäumen, der von der Petersburger Chaussee bis zum Meere reicht. Hier hat die Zarin Anna einst Rot- und Federwild gejagt. Auf einer sehr engen Treppe steige ich zu dem ersten Stockwerk hinauf, das ein bürgerliches Aussehen hat, durchschreite ein winziges Eßzimmer und komme in ein anmutiges Boudoir, das mit geblümtem Kretonne tapeziert ist. Die Zarin sitzt dort in weißem Hauskleid. Bei ihr sind ihre vier Töchter und ihr Sohn[2].

Die ebenfalls weiß gekleideten jungen Großfürstinnen atmen Glück und Gesundheit. Die beiden ältesten, Olga Nikolajewna und

[1] Die grünen Telegramme sind später während des Prozesses vor dem Obersten Gerichtshofe veröffentlicht worden. Es waren bekanntlich Chiffretelegramme v. d. Lanckens nach Berlin. Sie berichteten über die Gespräche Fondères, der behauptete, von Caillaux ermächtigt zu sein, Deutschland verschiedene Entschädigungen für unsere Freiheit in Marokko anzubieten.

[2] Über die russische Zarenfamilie siehe „Le Tragique destin de Nicolas II" von Pierre Gilliard, dem ehemaligen französischen Lehrer des Großfürsten-Thronfolgers Alexej Nikolajewitsch, Paris 1921, Payot et Cie.

Tatjana, sind zwar nicht hübsch, aber wohlgestaltet und frisch; sie haben kastanienbraunes Haar und eine zarte, durch die Sonne und die Seeluft gebräunte Haut. Olga spricht ausgezeichnet Französisch. Ihre Augen sind geistsprühend. Tatjana ist weniger lebhaft; sie scheint sich bewußt zu sein, daß Zurückhaltung ihre Anmut erhöht. Maria ist ein schönes Mädchen mit grauen Augen und geröteten Wangen. Über Anastasia habe ich fast vorschnell geurteilt. Sie erschien mir anfangs weniger offen und heiter als ihre Schwestern. An ihrer gerunzelten Stirn glaubte ich die Anzeichen eines mürrischen, eigensinnigen Wesens zu erkennen. Ich habe mich gröblich getäuscht. Dies Mädchen ist, wie man mir versichert, sehr heiter, sogar mutwillig. Jedenfalls sind alle vier Schwestern von reizender Natürlichkeit und Schlichtheit. Sie sitzen neben ihrer Mutter in dieser bescheidenen Villa, die gar nichts von einem Kaiserhofe hat.

Der Großfürst Alexej Nikolajewitsch ist ein blasser, schüchterner, aufgeschossener Knabe von zehn Jahren. Er scheint nicht krank zu sein, und doch ist seine Gesundheit eine stete Sorge für seine Eltern.

Die Zarin bittet mich, in einem der Lehnstühle ihr gegenüber Platz zu nehmen. Wie sie mir erklärt, war der Zar in dem Augenblick, wo ich in der Villa erschien, mit dem Empfang einer Delegation rumänischer Offiziere beschäftigt. Ich bleibe also für ein paar Minuten mit der Mutter und den Kindern allein. Nichts ist familiärer, friedlicher, intimer als der Anblick der Häuslichkeit, in die ich einen Blick werfen darf. Ist das wirklich dieselbe Frau, die Prinzessin Alix von Hessen, die Zarin Alexandra Feodorowna, über die man in Rußland und anderswo soviel seltsame Gerüchte verbreitet, zu denen auch einige Großfürsten offen oder heimlich beitragen? Was man mir hier sagt, bestätigt das, was der Graf Gontaut-Biron mir am 25. Februar in Paris erzählt hat. Ein verheirateter, ungebildeter russischer Bauer hat sich Eingang bei der Zarenfamilie verschafft. Er heißt Grigori Rasputin. Er ist ein Abenteurer oder ein Phantast, der anscheinend eine außerordentliche Werbekraft besitzt. Auf mehrere Damen der Aristokratie übt er einen unbegreiflichen Einfluß aus. Einige sind in ihn vernarrt. Sie suchen offen seine frommen Küsse und seine heiligen Liebkosungen. Vor aller Augen führt er ein ausschweifendes Lasterleben. Aber selbst im Heiligen Synod hat er ebensoviele Anhänger wie Gegner, und viele sind von seiner göttlichen Sendung überzeugt. Auf die Zarin

hat er einen unbegreiflichen Einfluß gewonnen. Stolypin hat versucht, ihn zu beseitigen. Rasputin hat prophezeit: „Dieser Mann hat mir schaden wollen; das ist sehr traurig für ihn; ich ahne, daß er das Opfer seines Irrtums werden wird." Und Stolypin wurde ermordet. Anscheinend hatte Stolypin einen Brief der Zarin aufgefangen, worin sie die mystische Wendung gebrauchte: „Ich ruhe nur an Deinem Herzen aus", und ihn dem Zaren mitgeteilt. Auch Kokowzow hatte versucht, diesen okkulten Einfluß zu brechen. Er war selbst daran zerbrochen. Paléologue, der mir alle diese Einzelheiten in einer Mußestunde erzählte, hat sie, wie er mir sagte, teils vom Großfürsten Nikolaus Michael und von der Großfürstin Wladimir. Übrigens hält er die Zarin einer Untreue für unfähig. Sie liebt ihren Gatten und wird von ihm geliebt. Sie ist eine gute Mutter. Sie ist sich ihrer Pflichten bewußt und hält auf ihre Würde. Aber sie ist nervenkrank, leidet an einer Senkung der Gebärmutter, hat immerfort Herzkrämpfe, und so hat sie in jenem kecken und groben Burschen eine Art von geheimem Tröster gefunden und soll mit ihm lange, mystische Gespräche führen. Er soll ein so merkwürdiges Ansehen bei ihr erlangt haben, daß er allabendlich in ihrer Gegenwart, unter dem Vorwande, die jungen Großfürstinnen zu exorzisieren, ein paar Augenblicke unter ihr Bettuch greift. Weder die Zarin noch ihre Töchter sollen die völlige Lauterkeit dieser Segnungen je in Zweifel gezogen haben. Nun hat Rasputin vor 14 Tagen einen Dolchstoß erhalten, den ihm eine Frau auf einer Reise versetzt hat. Es hieß, daß er in Lebensgefahr schwebe. Doch am Tage vor meiner Ankunft ward alles still. Ist der Mushik gestorben? Und hat man der Zarin seinen Tod verheimlichen wollen? Lebt er noch? Und wohin hat er sich zurückgezogen? Nach Paléologues Angabe weiß niemand Bescheid. Die Zarin weiß jedenfalls, daß er schwer verletzt ist und sterbend aufgehoben wurde, und doch ist sie ruhig, lächelnd, undurchdringlich und scheint nur für ihren Gemahl und für ihre Kinder zu leben.

Ich überreiche ihr die Geschenke, die ich für die kaiserliche Familie mitgebracht habe und die William Martin soeben in dem kleinen Eßzimmer hat auspacken lassen: Gobelins nach den Kartons von Chéret, die die vier Jahreszeiten darstellen, ein Toilettenkästchen für Autofahrten mit goldenen Gegenständen, eine vollständige Schreibtischgarnitur für den Großfürsten-Thronfolger, mit Diamantrosen geschmückte Uhrarmbänder für die Großfürstinnen.

Die vier jungen Mädchen sind entzückt. Sie probieren diese Pariser Armbänder und drehen sie um ihr Handgelenk. Und doch tragen sie viel reicheren Schmuck, sogar Perlenhalsbänder. Aber Paris, Mama, Paris, sieh doch! Wie schön sind diese Uhren!

Ich überreiche dem Zarewitsch im Namen der Regierung das Ordensband des Großkreuzes der Ehrenlegion, auf seinen Kinderkörper berechnet. Paléologue hat diese Auszeichnung seit Wochen dringend für den jungen Thronerben erbeten. Anfangs hat Viviani seines Alters wegen gezaudert. Erst Augagneur hat es im Ministerrate durchgesetzt.

Der Zar kommt zu uns und dankt mir sehr lebhaft für diesen Beschluß mit den Worten: „Bisher wollte ich nicht, daß er einen ausländischen Orden erhält. Ich bin glücklich, daß der erste ihm von Frankreich verliehen wird." Ich frage den Zaren nach dem französischen Lehrer seines Sohnes. Er heißt Pierre Gilliard. Der Zar rühmt mir seine Hingebung, und ich bitte ihn, Gilliard zu beglückwünschen.

Nikolaus II. fährt mit mir im Wagen ohne irgendwelche Aufmachung wieder nach dem Palais von Peterhof, wo er den Offizieren der französischen Division ein Frühstück gibt. Auch die Abordnung der rumänischen Offiziere ist eingeladen. Während der Mahlzeit strengt Viviani sich ersichtlich an, etwas heiterer zu sein. Der liebenswürdige Baron Fredericks, der noch immer kaiserlicher Hausminister ist, versucht seinerseits die Unterhaltung zu beleben. Er ist seit zwei Jahren gealtert, aber so vorsichtig, daß nur ein scharfer Blick den Zoll der Jahre wahrnimmt.

Um 3 Uhr bringt mein russischer General mich nach dem Bahnhofe von Peterhof, wo auch der Zar mit der Zarin und den vier Großfürstinnen erscheint. Der Zarewitsch kommt nicht, entweder, weil man ihn für zu jung hält, oder weil sein Gesundheitszustand ihm zu viele Anstrengungen verbietet. Man hat über ihn die seltsamsten und widersprechendsten Dinge verbreitet. Er soll das Opfer eines schweren Unfalles, ja sogar eines Attentates geworden und seitdem dazu verurteilt sein, nur der Schatten eines Mannes zu werden. Man hat auch gesagt, er habe eine tuberkulöse Geschwulst im Kopfe. Die Wahrheit ist einfach, daß er ein „Bluter" ist und beim geringsten Stoße gefährliche Blutergüsse unter der Haut bekommt. Diese schreckliche Krankheit stammt von seiner Mutter; mehrere Mitglieder des Hauses Hessen sind daran gestorben. Die

Zarin weiß, daß ihr Sohn durch sie leidet, und sie ist so unglücklich darüber, daß alle, die sie genau kennen, die Verirrungen ihres Mystizismus aus diesen geheimen Schmerzen herleiten.

Die vier Großfürstinnen sind gleich gekleidet; sie tragen weiße Mäntel, rosa Kleider und Strohhüte mit Blumen. Sie haben den militärischen Revuen von Krasnoje Selo noch nicht beigewohnt und freuen sich sehr auf das neuartige Schauspiel. Ich verbringe die halbe Stunde, die unsere Fahrt von Peterhof nach Krasnoje Selo dauert, im kaiserlichen Wagen. Die jungen Mädchen wetteifern mit ihren Eltern in Frohsinn.

Bei der Ankunft nehme ich neben der Zarin in einem Galawagen Platz; die beiden jüngsten Großfürstinnen setzen sich in den Rücksitz. Der Zar begleitet uns zu Pferde. Wir fahren im Schritt eine sehr lange Straße hinunter, an der rechts und links die Leute aller Regimenter, die morgen an der Truppenschau teilnehmen sollen, in Felduniform ohne Waffen aufgestellt sind. Beim Vorbeikommen richtet der Zar an jede Einheit den üblichen Gruß, und die Soldaten antworten mit dem herkömmlichen, etwas rauh ausgestoßenen Rufe, der sich durch die ganze Linie fortpflanzt.

Auf diese Weise kommen wir nacheinander an dem kaiserlichen Pagenkorps, den Militärschulen Paul und Wladimir, der Ingenieurschule Nikolaus, den Gardedivisionen, der Feldartillerie, den Schützen, den Grenadieren, den Kürassieren, den Ulanen, den Husaren und den Kosaken vorbei. Die Zarin zeigt mir ihr Regiment, das der Großfürstin Wladimir und das der Großfürstin Maria. Die jungen Mädchen blicken verstohlen auf ihre Uhrarmbänder, die sie nicht verfehlt haben anzulegen.

Während unserer Fahrt, die fast $1^1/_2$ Stunde währt, wartet René Viviani stehend an dem Kaiserzelte und findet dieses gezwungene Stehen wie ich vor zwei Jahren ein bißchen lang. Er klagt über Unwohlsein, und da Paléologue einen Anfall von Leberleiden bei ihm befürchtet, beruft er telephonisch den Dr. Cresson, den Arzt des französischen Krankenhauses in St. Petersburg.

Endlich erreichen wir das Kaiserzelt, vor dem zwei leere Lehnstühle stehen. In den einen setzt sich die Zarin, in den anderen die Großfürstin Wladimir. Keine andere Sitzgelegenheit ist vorhanden. Wie Viviani und wie jedermann, bleiben der Zar und ich stehen.

Nun beginnt wieder die militärische Zeremonie, die ich schon kenne. Alle Regimentsmusiken sind in der Mitte der Truppen zu-

sammengezogen und spielen einige russische und französische Stücke, während Flugzeuge am Himmel kreisen, darunter ein riesiger, von Sikorski gesteuerter Zweidecker, der zwölf Personen tragen kann. Dann geben drei Raketen das Zeichen zum Gebet, der „Zaria". Stille tritt im ganzen Lager ein. Der Zar, die Soldaten, alle Anwesenden entblößen das Haupt. Ein Unteroffizier besteigt einen Rasenhügel und betet mit lauter Stimme das Vaterunser. Die Musiken stimmen einen Choral an, während die untergehende Sonne den Horizont rötet. Diese Fanfare ist großartig und herzbewegend. Ich habe sie vor zwei Jahren gehört, und ihr kaum vergessener Rhythmus klingt wieder an mein Ohr. Damals, im August 1912, ahnte ich nicht, daß ich eines Tages als Präsident der Republik wieder nach Rußland kommen und dieselben offiziellen Feste in noch erhöhtem Glanze wieder mitmachen würde. Auch heute speisen wir beim Großfürsten Nikolajewitsch, diesmal mit dem Zarenpaare. Die Mahlzeit findet wie damals im Garten unter einem Zelte statt. Aus besonderer Aufmerksamkeit ist die Tafel mit Nanziger Disteln geschmückt, und ein hinter Büschen verstecktes Orchester spielt den Lothringer Marsch. Die Großfürstin Anastasia und ihre Schwester, die Großfürstin Militza, sprechen mit mir begeistert von Frankreich. Sie setzen hinzu, daß ihr Vater, der König von Montenegro, sich große Sorgen über Österreichs Hintergedanken macht.

Um 9 Uhr geleitet der Zar mich mit seinen beiden ältesten Töchtern im Auto zum Militärtheater, das mir gleichfalls wohlbekannt ist. Die Zarin hat mir gesagt, sie käme nicht hin, um ihre Kräfte zu schonen, damit sie morgen abend auf der „France" speisen könne, bevor ich Rußland verlasse. Man spielt den zweiten Akt von „Lakme" und „Der Geist der Rose" und führt mehrere Ballette auf, alles mit den besten Bühnen- und Gesangskünstlern Rußlands. Doch was geht in Wien und in Belgrad vor? Diese Frage stellen sich in den Zwischenakten die Großfürstin Nikolai und die Großfürstin Peter, die beiden montenegrinischen Schwestern, und sie stellen sie auch mir. Ich weiß immer noch nichts und das mit gutem Grunde. Österreich wartet auf meine Abfahrt von Kronstadt, um die Maske zu lüften.

Wir nächtigen in Krasnoje Selo. Der mir angewiesene Pavillon ist größer als im Jahre 1912, aber ebenso wie die anderen sehr einfach. Mein getreuer Joseph, jetzt Hausmeister im Elysée, findet

diese Unterkunft sehr wenig bequem für seinen Herrn, den er wieder nach Rußland begleitet hat. Immerhin hängen an den Wänden meines Stübchens ein paar interessante Bilder, die das Lager von Krasnoje Selo im Jahre 1848 und 1850 darstellen. An dem Aussehen der Unterbringungen hat sich seitdem nichts geändert. Man empfindet hier die zwiefache Stärke der militärischen und religiösen Tradition. Wie lange wird sie noch dauern?

Auf meinem ziemlich unbequemen Lager frage ich mich, ehe ich Schlaf finde, was in Österreich angesponnen wird. Ich ahne nicht, daß der deutsche Botschafter v. Tschirschky gestern, am 21. Juli, vom Ballplatze den Wortlaut des Ultimatums erhalten hat und daß dies explosive Schriftstück heute nachmittag in Berlin eingetroffen ist[1]. Jagow hat später behauptet[2], er habe es erst gegen Abend gelesen, als der österreichische Botschafter Graf Szögyenyi ihm einen anderen Abzug überbrachte; er habe die Fassung zu schroff gefunden, aber der Botschafter habe ihm entgegnet: „Da ist nun nichts mehr zu machen." In seinem Berichte nach Wien dagegen, den Graf Szögyenyi sofort aufsetzte, erklärt er, Jagow habe seine volle Zustimmung zum Wortlaute der Note gegeben[3].

Jedenfalls hat weder Jagow noch Bethmann Hollweg nach Wien telegraphiert, um zu einer Milderung des Ultimatums zu raten, und doch hatten sie Zeit genug, um sich ins Mittel zu legen, denn sie wußten ja, daß der Schritt in Belgrad erst nach meiner Abreise aus Rußland erfolgen sollte. Doch in Berlin wie in Wien wollte man ja nicht einen Gewaltstreich vermeiden, sondern ihn nur der öffentlichen Meinung der Welt möglichst mundgerecht machen. Und am 22. Juli[4] telegraphiert v. Tschirschky an Bethmann Hollweg: „Habe heute mit Graf Forgách Notwendigkeit (der) Einwirkung auf fremde Presse eingehend besprochen. Was Italien anlange, so hat Herr v. Merey Vollmacht, jede Summe, die ihm erforderlich erscheinen sollte, zu verwenden. Graf Czernin in Bukarest hat gleichfalls illimitierte Summen zur Verfügung. Auch Graf Szapary hat gleiche Vollmacht. Er hat aber wenig Fühlung mit der dortigen (russischen) Presse, und es würde hier mit besonderem Danke anerkannt werden, wenn Graf v. Pourtalès ihm bei der Aus-

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 106.

[2] Deutscher Untersuchungsausschuß. Zur Vorgeschichte des Krieges.

[3] Diplomatische Aktenstücke, II, Nr. 6.

[4] Die deutschen Dokumente, Nr. 128.

findigmachung von Mittelsleuten an die Hand gehen könnte. In England sei mit Geld nichts zu machen . . . Auf die französische Presse mit Geld einzuwirken, halte man hier für aussichtslos."

Der Reichskanzler übergibt Jagow dies Telegramm und beauftragt ihn, das Erforderliche zu tun. Jagow beeilt sich, an Graf Pourtalès zu telegraphieren[1]: „Auf Wunsch österreichisch-ungarischer Regierung bitte ich, Graf Szapary bei Auffindung von Mittelsleuten behufs finanzieller Einwirkung auf dortige Presse behilflich zu sein." Wo sind die tugendstrengen Zensoren, die sich so heftig entrüstet haben, weil Iswolsky 1912 trotz meines Widerstrebens versucht hat, Kokowzow ein paar tausend Franken abzulocken, um die kleinen französischen Blätter davon abzubringen, die Interessen Österreichs zu vertreten! Jetzt stehen die Bestecher auf der Gegenseite, und unsere Catone hüllen sich in Schweigen.

Donnerstag, 10./23. Juli. – Alle Welt erkundigt sich bei mir teilnahmsvoll nach Viviani und nach seinem Leberleiden. Zum Glück ist er wiederhergestellt, und seine Hypochondrie ist verschwunden. In der gleichen Equipage wie gestern fahren wir die Truppenfront ab. Dann nehmen die Zarin und die Großfürstinnen sowie ich mit den Offizieren der „France" und des „Jean Bart" auf dem Hügel Aufstellung, der das Manöverfeld beherrscht, während der Zar, der Großfürst Nikolai und ihr Gefolge zu Pferde unweit von uns halten. Der Vorbeimarsch beginnt. Schöne Truppen, weniger scharf ausgerichtet wie bei uns, weniger forsch aussehend, aber im ganzen in guter Haltung. Mehrere zehntausend Mann sind zu diesem Schauspiel zusammengezogen. Fast die ganze Parade findet unter den Klängen des Marsches Sambre-et-Meuse und des Lothringer Marsches statt. Nach der Parade kehrt die Zarin sichtlich ermüdet heim. Ich fahre im Auto mit dem Zaren allein zurück nach seinem Pavillon, wo die Vorspeisen nach russischer Sitte für sich angerichtet werden. Dann begibt der Zar sich mit mir in den Saal, wo das Paradefrühstück stattfindet.

Während der Mahlzeit spricht Nikolaus II. mit mir über meinen bevorstehenden Aufenthalt in den skandinavischen Ländern. „Da Sie den König von Schweden sehen werden," sagt er zu mir, „bitte ich Sie, ihm von mir die Versicherung zu geben, daß ich die Reise,

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 143. – Über die Verwendung dieser Gelder siehe „Kaiserliche Katastrophenpolitik" von Heinrich Kanner, E. P. Tal & Co. Verlag, Leipzig, Wien, Zürich, S. 314.

die ich vor fünf Jahren nach Stockholm gemacht habe, in bester Erinnerung habe, ebenso den Besuch, den er mir vor zwei Jahren abgestattet hat. Wiederholen Sie ihm, mir läge wesentlich daran, die herzlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern aufrechtzuerhalten und noch fester zu knüpfen." Ich gehe näher auf die Auskünfte ein, die ich dem Zaren bereits über die schwedischen Beschwerden gegeben habe. Nach Mitteilung Thiébauts, unseres Gesandten in Stockholm, soll der russische Marineattaché, bevor er sein Amt antrat, in Schweden gereist sein, wobei er seine Nationalität verborgen und so getan hätte, als ob er keine andere Sprache als die Landessprache spräche. Er soll versucht haben, geheime Nachrichten zu erlangen. Der Zar antwortet mir ebenso aufrichtig wie vorgestern: „Das ist ja möglich. Die Militärattachés begehen nur zu oft solche Unvorsichtigkeiten. Ich will mich erkundigen, und liegt ein Verstoß vor, so werde ich nicht unterlassen, ihn zu ahnden." Der Zar läßt mir mehrere Generale durch ihren Oberbefehlshaber, den Großfürsten Nikolai, vorstellen. Dann kehren wir nach Peterhof zurück . . .

Niemand von uns ahnt, daß heute, am 23. Juli, Fürst Lichnowsky nach Rücksprache mit Sir Edward Grey bei Jagow eindringlich, aber vergeblich darauf bestanden hat, daß Deutschland mit Österreich nicht gemeinsam vorgehe. „Man rechnet" (in London), telegraphiert er, „mit Bestimmtheit damit, daß wir mit Forderungen, die offenkundig den Zweck haben, den Krieg herbeizuführen, uns nicht identifizieren und daß wir keine Politik unterstützen, die den Sarajevoer Mord nur als Vorwand benutzt für österreichische Balkanwünsche und für die Vernichtung des Friedens von Bukarest[1]."

Wilhelm II. macht natürlich sehr abschätzige Randbemerkungen zu diesem Telegramm, in dem er „die britische Denkweise" sieht, die er „abgewiesen haben" will.

Ebensowenig ahnen wir, daß der deutsche Reichskanzler noch heute, am 23. Juli, den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amte Graf Wedel, Gesandten im kaiserlichen Gefolge, benachrichtigt hat, daß die österreichische Note demnächst übergeben wird, und daß er hinzugesetzt hat: „Eingreifen anderer Mächte würde uns in Konflikt einbeziehen. Daß dies sofort geschieht, namentlich daß England sich gleich zum Eingreifen entschließt, ist nicht anzu-

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 118, 121.

nehmen. Schon die Reise des Präsidenten Poincaré, der heute abend Kronstadt verläßt, den 25. Stockholm, den 27. Kopenhagen, den 29. Kristiania besucht und den 31. (in) Dunkerque eintrifft, dürfte alle Entschlüsse verzögern. Englische Flotte soll nach Mitteilung des Admiralstabes den 27. auseinandergehen und Heimathäfen aufsuchen. Etwaige vorzeitige Rückberufung unserer Flotte könnte allgemeine Beunruhigung hervorrufen und namentlich in England als verdächtig erachtet werden[1]." Somit ist die Rechnung klar: Man hofft, daß der Präsident der Republik und der Ministerpräsident ihre Reise unverkürzt machen werden, daß Österreich Zeit haben wird, Serbien vor ihrer Rückkehr zu erdrücken, und daß England zögern wird, sich zu erklären. Der Reichskanzler hält es unter diesen Umständen für besser, mit der Rückberufung und Zusammenziehung der Flotte noch zu warten, um Europa einzuschläfern, bis Österreich sein Werk vollbracht hat.

Diese fernen Verschwörungen entgehen uns völlig. Viviani und ich erholen uns in Peterhof von den Anstrengungen des Vormittags. Inzwischen bricht ein furchtbares Unwetter aus. Ich zittre für das Zelt, das ich auf der „France" habe aufspannen lassen und unter dem heute abend mein Abschiedsdiner stattfinden soll. Um 6 Uhr nachmittags holt der Zar mich in geschlossenem Auto ab. Der Regen hört auf, der Himmel bleibt grau und trüb, aber der Abend scheint ziemlich gut zu werden. Rasch langen wir an der Landungsbrücke von Peterhof an, wo wir mit der Zarin, ihren beiden ältesten Töchtern, der Großfürstin Wladimir, den beiden Montenegrinerinnen, den Großfürsten und den Hofchargen die Jacht „Alexandria" besteigen.

An Bord der Jacht vereinbart Viviani, der wieder guter Laune ist, mit Sasonow die Weisungen an unsere Vertreter in Österreich, die den Sinn der freundschaftlichen Schritte beim Wiener Kabinett näher angeben sollen. Wie Sasonow telegraphiert hat, käme es darauf an, Österreich sehr vorsichtig und taktvoll Mäßigung zu empfehlen und ihm in getrennten Besuchen die Erwartung auszudrükken, daß es nichts unternähme, was der Unabhängigkeit und Ehre Serbiens zu nahe träte. Sasonow und Viviani bilden sich noch ein, dieser Versuch könne rechtzeitig erfolgen.

In der Reede von Kronstadt stoppt die Jacht und wirft Anker.

---

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 125 (I, 184 der französischen Ausgabe).

Ich steige zuerst in ein Depeschenboot der „France", das mich nach dem Panzerkreuzer bringt. Mir ist, als verließe ich eine andere Welt, um Frankreichs Boden wieder zu betreten. Ich habe in Rußland die freundschaftlichste Aufnahme gefunden, und doch habe ich ein Gefühl der Erleichterung. Ich atme aus voller Brust, während ich auf dem Verdeck der „France" auf und abgehe. Kurz darauf kommt der Zar und die kaiserliche Familie nach.

Ich bin mit dem Diner nicht sehr zufrieden. Das sind die kleinen Leiden offizieller Empfänge, die kein Frauenauge überwacht. Nachdem wir Platz genommen haben, läßt die Suppe auf sich warten. Die Gänge folgen aufeinander, ohne daß ich den Küchenchef beglückwünschen könnte. Alle Gäste finden wenigstens das an Bord gebackene Brot vortrefflich; es hat den gleichen Wohlgeschmack wie unser gutes Landbrot. Der Großfürst Nikolai, der stets geneigt ist, eine Gesellschaft in Stimmung zu bringen, verzehrt zwischen zwei Lachsalven sechs bis sieben große Stücke. Aber durch das Unwetter ist alles in Unordnung geraten. Das Zelt ist beinahe weggerissen worden, hier und da tropft Wasser durch die nasse Leinwand. Unsere Gäste scheinen trotzdem sehr befriedigt. Die Unterhaltung geht ihren Gang. Am Ende der Mahlzeit bringe ich auf den Zaren folgenden Trinkspruch aus, in dem einige franzosenfeindliche Geschichtschreiber, die offenbar ein falsches Ohr haben, in den letzten Jahren einen kriegerischen Ton entdeckt haben wollen: „Sire, ich will diese Gestade nicht verlassen, ohne Eurer Majestät nochmals für die herzliche Liebenswürdigkeit zu danken, die Sie mir während meines Aufenthaltes bezeigt haben. In den Aufmerksamkeiten, mit denen Sie mich überschüttet haben, und in dem warmen Empfange, den mir das russische Volk bereitet hat, wird mein Land ein neues Unterpfand der Gesinnung, die Eure Majestät Frankreich stets bekundet hat, und eine glänzende Bestätigung des unlösbaren Bündnisses sehen, das beide Nationen eint. Über alle Fragen, die sich ihren Regierungen täglich stellen, und die die übereinstimmende Tätigkeit ihrer Diplomatie erheischen, ist stets ein Einvernehmen erzielt worden, und es wird stets um so leichter erzielt werden, als beide Länder oft die Vorteile erfahren haben, die für beide aus diesem regelmäßigen Zusammenwirken entstehen, und als beide Länder von dem gleichen Ideal eines Friedens in Kraft, Ehre und Würde beseelt sind."

Selbstverständlich hatte ich diese Rede Viviani im voraus mit-

geteilt, und er hatte nichts daran auszusetzen. Aber heute scheint es gewissen Auslegern so, als ob das Reden vom Ideal eines Friedens in Kraft, Ehre und Würde im Jahre 1914 so viel hieß, wie den Krieg wünschen. Hätten diejenigen, die diese Paradoxie verfochten, wohl gewünscht, daß ich einen Frieden in Schwäche, Unehre und Demütigung rühmte?

Sehr kurz antwortete der Zar: „Indem ich Ihnen für Ihre freundlichen Worte danke, möchte ich Ihnen nochmals sagen, welche Freude es für uns war, Sie bei uns zu sehen. Wenn Sie nach Frankreich heimgekehrt sind, wollen Sie Ihrem schönen Lande die Versicherung der treuen Freundschaft und der herzlichen Sympathie ganz Rußlands überbringen. Das gemeinsame Wirken unserer beiden Diplomatien und die Brüderlichkeit zwischen unseren Heeren und Flotten werden die Aufgabe unserer beiden Regierungen erleichtern, die dazu berufen sind, über die Belange der beiden verbündeten Völker zu wachen, getreu dem Ideal des Friedens, dem unsere beiden Völker im Bewußtsein ihrer Kraft anhängen."

Nach dem Mahle bleiben die Zarin und die Großfürstinnen auf dem Deck sitzen, das leider von den Regengüssen ganz naß ist. Der Admiral Le Bris führt den Zaren auf die Kommandobrücke, wohin ich beide begleite. Paléologue, Sasonow und Iswolsky entwerfen gemeinsam die übliche Mitteilung an die Presse. Dann zeigen sie mir und Viviani den Entwurf, den Paléologue schon an der Tafel aufgesetzt hat und der wie folgt lautet: „Die beiden Regierungen haben die völlige Übereinstimmung ihrer Ansichten und ihrer Bestrebungen zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, besonders auf der Balkanhalbinsel, festgestellt." Viviani und ich finden, daß diese Fassung, in der das Wort Friede nicht vorkommt, uns zu sehr verpflichten würde, der russischen Politik auf dem Balkan zu folgen. Das ist auch de Margeries Ansicht. Wir lassen den Entwurf also in dem Sinne abändern, daß wir uns die Zukunft offenhalten, unsere friedlichen Absichten unterstreichen und uns größere Handlungsfreiheit wahren. Der Wortlaut, der schließlich der Presse mitgeteilt wird, ist ebenso kurz wie allgemein. „Der Besuch des Präsidenten der Republik bei Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland hat den beiden befreundeten und verbündeten Regierungen Gelegenheit gegeben, die völlige Übereinstimmung ihrer Ansichten über die verschiedenen Probleme festzustellen, die die Sorge um den allgemeinen Frieden und das europäische Gleichgewicht den Mäch-

ten, besonders im Orient, aufgibt." Nach diesem letzten Zeugnis unserer Mäßigung und unseres Friedenswillens sagen wir unseren Gästen Lebewohl, tauschen lange Händedrücke, Komplimente und Wünsche. Der Zar wiederholt mir, er freue sich, im nächsten Jahre nach Frankreich zu kommen; er hofft zuversichtlich, daß die Zarin gesund genug sein werde, um ihn zu begleiten. Depeschenboote bringen die Zarenfamilie und unsere übrigen Gäste nach der Jacht „Alexandria". Zahlreiche beflaggte und illuminierte Schiffe durchfurchen ringsum die Reede. Als die „Alexandria" die Anker lichtet, geben die „France" und der „Jean Bart", selbst glänzend erleuchtet, 21 Salutschüsse ab. Dann gehe ich mit Viviani auf die Kommandobrücke, um den Nachtwind einzuatmen. Völlig hergestellt und von den offiziellen Frondiensten befreit, die er verabscheut, ist der Ministerpräsident glücklich wie ein entlaufener Gefangener. Nach Mitternacht lichten beide Panzer die Anker, und wir fahren durch die stillen Gewässer des Finnischen Meerbusens nach der Ostsee.

Als Viviani im Jahre 1916 mit einem wichtigen Auftrage der französischen Regierung nach Rußland zurückkehrte, brachte er mir ein Handschreiben des Zaren mit. Es erwähnt unsere Begegnung von 1914 und lautet wie folgt:

Großes Hauptquartier, 30. April/13. Mai 1916.

Lieber und großer Freund!

In diesem Augenblick, wo Rußland und Frankreich enger denn je in dem Ringen ohnegleichen verbunden sind, das sie im Verein mit ihren getreuen Verbündeten bestehen, war es mir sehr angenehm, Mitglieder der französischen Regierung nach Rußland kommen zu sehen. Mit großer Freude habe ich den jetzigen Justizminister Viviani wiedergesehen, den ich bereits kannte, und mich bei dieser Gelegenheit meiner letzten Begegnung mit Ihnen erinnert. Damals dachten wir nur an die friedliche Entwicklung unserer beiden Länder, während der Feind bereits seinen Anschlag gegen den Frieden Europas ausführte, in der Hoffnung, die Weltherrschaft an sich zu reißen."

Der Rest des Schreibens bezog sich auf die Ereignisse von 1916; wir werden ihm später wieder begegnen. Aber diese paar Zeilen eines persönlichen Schreibens zeigen zur Genüge, daß der Zar im Juli 1914 so wenig wie wir an einen bevorstehenden Krieg dachte.

Nichtsdestoweniger hat man nach dem Kriege in Deutschland Schriften veröffentlicht, in denen der Zarismus – so in der Note der deutschen Delegation bei der Friedenskonferenz – der schlimmsten Verschwörungen gegen die Ruhe Europas bezichtigt wurde, ebenso Streitschriften, in denen ich selbst als Kriegstreiber hingestellt wurde. So schrieben die „Süddeutschen Monatshefte" in München: „Nachdem das Attentat von Sarajevo verübt worden war, reiste Poincaré bekanntlich nach Petersburg, und es gelang ihm dort, in geschicktem Zusammenspiel mit den russischen Kriegshetzern im Stil eines Nikolai Nikolajewitsch beim Zaren die letzten Bedenken gegen das Blutvergießen zu beseitigen[1]."

Ich kann mir kein rechtes Bild von einem französischen Staatsmann machen, der für sieben Jahre Präsident der Republik geworden ist und sich durch Eitelkeit oder durch ich weiß nicht welchen unsinnigen Ehrgeiz so weit verblenden ließe, daß er dem absoluten Herrscher eines fremden Staates zum furchtbarsten aller Kriege riete. Aber ich versichere: wenn ich in einem Anfall von Wahnsinn diese dreiste Taktlosigkeit begangen hätte, so hätte der Zar mich sanft, aber rasch zurechtgewiesen und mir begreiflich gemacht, daß er von seinen Menschheitspflichten eine andere Auffassung habe als ich. Nicht ohne Grund hat Viviani im Rückblick auf 1914 und auf 1916 im Jahre 1923 geschrieben: „Die rührende Bescheidenheit des Zaren, zu weitgehend wie seine Schüchternheit, die Geringschätzung desselben für den glänzenden Rahmen des Palastes, wie die Neigung zu stillem Leben, das alles drückte sich in seinem Benehmen und in seinem reinen Französisch aus. Er hing gewiß aus politischer Rechtschaffenheit, aber auch aus einer Art von religiösem Mystizismus an dem Bündnis, das er als Vermächtnis seines geliebten Vaters betrachtete." Der Eindruck, den Nikolaus II. Viviani und mir hinterließ, als wir aus Rußland schieden, war also sehr beruhigend. Er war ein treuer Verbündeter. Er war ein aufrichtiger Friedensfreund.

Doch den Augenblick, wo ich von ihm Abschied nahm, hatten die Regierungen in Wien und Berlin abgewartet, um zu handeln. Hatten sie bis dahin gefürchtet, meine Anwesenheit beim Zaren und Vivianis Anwesenheit bei Sasonow würden uns unmittelbares Zusammenwirken ermöglichen, um die ersten Flammen der Feuers-

[1] Oktober 1922. S. auch die Schriften dieser Zeitschrift, besonders „Der entlarvte Präsident des Weltkrieges."

brunst zu ersticken? Jedenfalls hat Österreich sich über meinen Reiseplan im voraus aufs genaueste erkundigt. Die vom Grafen Szecsen im Juli 1914 abgesandten und erhaltenen Telegramme sind später durch unser Chiffrierbureau entziffert worden. Sie zeigen, wie sorgfältig man sich am Ballplatz über meinen Reiseplan informiert hatte.

„Ministerium des Auswärtigen Wien an österreichisch-ungarische Botschaft Paris, 11. Juli 1914, 1 Uhr, Nr. 142. Geheim. Nur für den Botschafter selbst. Betrifft die Geheiminstruktion Nr. 8. Völliges Einvernehmen mit Deutschland betreffs der politischen Lage, die sich aus dem Attentat von Sarajevo ergibt, und aller etwaigen Folgen erreicht."

„Ministerium des Auswärtigen Wien an österreichisch-ungarische Botschaft Paris, 12. Juli 1914, 1.15 Uhr, Nr. 143. Bitte Eure Exzellenz um Bekanntgabe der Abreise des Präsidenten nach Rußland und der vermutlichen Dauer seines dortigen Aufenthaltes, sowie um Angabe über das Reiseprogramm."

„Österreichisch-ungarische Botschaft Paris an Ministerium des Auswärtigen Wien, 13. Juli 1914 (ohne Stundenangabe), Nr. 105. Reise des Präsidenten. Telegramm Nr. 143 von Eurer Exzellenz erhalten. Wie ich aus glaubwürdiger Quelle erfahre, wird der Präsident Frankreich am 16. verlassen. Von hier wird er wahrscheinlich am 15. abreisen. Er wird sich auf der „France" einschiffen und von Kriegsschiffen begleitet werden. Ankunft in Rußland am 20. Aufenthalt in Rußland wahrscheinlich vier Tage. Auf der Rückkehr macht der Präsident vielleicht kurze Besuche am schwedischen, dänischen und norwegischen Hofe. Über das Reiseprogramm ist bisher nichts veröffentlicht. Da nicht genau feststeht, ob das Parlament seine Arbeiten am 14. beendet, kann die Abreise sich möglicherweise etwas verzögern. Gez. Szecsen."

„Österreichisch-ungarische Botschaft Paris an Ministerium des Auswärtigen Wien, 13. Juli 1914 (ohne Stundenangabe), Nr. 106 Reise des Präsidenten. Siehe mein Telegramm Nr. 105 vom 12. Wie der Minister des Auswärtigen sagt, wird der Präsident spätestens am 31. zurück sein. Abreise von St. Petersburg soll am 24. oder 25. stattfinden. Über Datum und Einzelheiten des Besuches an den drei skandinavischen Höfen scheint der Minister nicht genau Bescheid zu wissen. Die Zeitungen haben bisher nichts darüber veröffentlicht. Möglicherweise haben die Zeitungen Anweisung erhal-

ten, jeden Bezug auf die Reise des Präsidenten und auf die des Deutschen Kaisers nach Norwegen zu vermeiden. Gez. Szecsen."

„Österreichisch-ungarische Botschaft Paris an Ministerium des Auswärtigen Wien, 16. Juli 1914, 11,40 Uhr, Nr. 109. Reise Poincarés. Gestern abend spät haben Senat und Deputiertenkammer sich über die Annahme des Staatshaushaltes geeinigt. Poincarés Abreise ist endgültig festgesetzt. Der Präsident und sein Gefolge werden in der Nacht nach Dünkirchen abreisen. Gez. Szecsen."

Ebenso wie Österreich zeigte Deutschland für meine Reise ein außergewöhnliches Interesse. Schon am 21. Juli hatte der deutsche Admiralstab, der durch seinen Petersburger Marineattaché sorgfältig benachrichtigt wurde, den Staatssekretär v. Jagow wissen lassen, daß meine Abreise von Kronstadt auf den 23. um 10 Uhr abends festgesetzt sei[1]. An demselben Tage hatte Jagow sich beim Grafen Pourtalès über die Richtigkeit dieser Angabe erkundigt und dies der österreichisch-ungarischen Regierung schleunigst mitgeteilt, um das Ultimatum hinauszuschieben. „Ich hatte Graf Pourtalès nach Programm des Besuches Poincarés befragt. Derselbe meldet, daß Präsident Donnerstag abend 11 Uhr von Kronstadt abfährt. Dies wäre nach mitteleuropäischer Zeit $9^1/_2$ Uhr. Wenn Demarche in Belgrad morgen nachmittag 5 Uhr gemacht wird, würde sie also noch während Anwesenheit Poincarés in Petersburg bekannt werden." Darauf antwortete der deutsche Botschafter in Wien, v. Tschirschky, am 23.: „K. u. k. Regierung dankt wärmstens für Information. Baron Giesl (österreichischer Gesandter in Belgrad) ist angewiesen, Übergabe um eine Stunde zu verschieben."

Diese österreichischen und deutschen Urkunden beweisen schlagend, daß Deutschland über das Datum wie über den Ernst des Ultimatums genau Bescheid wußte und daß es sich mit Österreich ins Einvernehmen setzte, um seine Übergabe hinauszuschieben. In welcher Absicht? Nach einem Telegramm Tschirschkys[2] soll Österreich bloß haben vermeiden wollen, daß man vor meiner Abreise auf der Reede von Kronstadt „in der Champagnerstimmung" eine Verbrüderung feierte, die Frankreichs und Rußlands Haltung beeinflussen könnte. Eine klägliche Erklärung! In Wahrheit fürchtete man, daß die französische und die russische Regierung, die in dem Augenblick, wo sie das Ultimatum erfahren hätten, Fühlung mit-

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 93, 96, 112, 127. Vgl. Kautsky.

[2] 14. Juli. Die deutschen Dokumente, Nr. 49.

einander hatten, sofort eine freundschaftliche Intervention zur Erhaltung des Friedens vereinbaren könnten. Man zog es vor, daß sie getrennt waren, daß sie sich aus der Ferne bei fragmentarischen, oft verschiedenartigen Nachrichten ins Einvernehmen setzen mußten, und man hoffte sehr, daß Österreich während meiner drei Aufenthalte in den skandinavischen Ländern Zeit haben würde, Serbien eine Lektion zu geben.

Zweiundzwanzigstes Kapitel

Abschied der russischen Torpedoboote – Unbestimmte Nachrichten über das österreichische Ultimatum – Ankunft in Stockholm – Tag der Festlichkeiten und der Ängste – Frühstück im Schlosse Drottningholm – Diner im königlichen Palais – Abfahrt nach Kopenhagen – Die Ängste während der Fahrt – Der 25. und 26. Juli – Vom Lande abgeschnitten – Was wir nicht wissen – Schoen am Quai d'Orsay

Mit 15 Knoten Geschwindigkeit fährt die „France" in der Nacht zum Ausgange des Finnischen Meerbusens. Von einer kaum spürbaren Dünung gewiegt, schlafe ich in völliger Unkenntnis des österreichischen Ultimatums ein. Wir sind noch fern von der Ostsee, als ich aufstehe. Aus meinen Räumen im Achterschiff gehe ich auf das Verdeck, um Luft zu schöpfen. Die russischen Torpedoboote begleiten uns immer noch, wie bei unserer Ankunft, den ganzen Vormittag und den größten Teil des Nachmittags hindurch. Erst um fünf Uhr trennen sie sich von uns, ziemlich lange nach Passieren des Feuerschiffes von Revelstein, das wir quer an Backbord zurücklassen. Freundschaftliche Signale werden ausgetauscht: „Glückliche Reise. – Dank." Aber bevor sie zurückkehren, holt eines der Torpedoboote den russischen Lootsen ab, den wir an Bord haben, und legt ziemlich ungeschickt an unseren Kreuzer an. Der Anprall ist so stark, daß beide Schiffe, das große wie das kleine, ein paar Havarien erleiden. Unsere Fallreepsplattform wird etwas beschädigt, und bei einem unserer Kasemattengeschütze geht die Visierung entzwei. Wir haben entschieden Unglück mit den russischen Schiffen. Wären wir abergläubisch, so müßten wir in diesen Zusammenstößen schlimme Vorbedeutungen sehen.

Um die Mussestunden der Fahrt auszufüllen, lese ich Auszüge aus der Pariser Presse, die der Kurier nach St. Petersburg mitgebracht hat und die wir bei der Abfahrt mitgenommen haben. Unter anderen bemerke ich zwei Artikel, in denen ich schlecht behandelt werde. Im „Homme libre" nimmt Clemenceau mich in seinem Kommentar zu Humberts letzter Senatsrede scharf mit, und im „Eclair" stellt Ernest Judet das Ende meiner Volkstümlichkeit mit Befriedigung fest. Diese Pfeile kommen von zu weit her, um mich zu verletzen, bringen mir aber den Beweis, daß sich in Paris während meiner Abwesenheit nichts verändert hat.

Nach und nach erhalten wir unvollständige, aber durch ihre Unklarkeit und Verstümmelung beunruhigende Funktelegramme. Wir erfahren, daß Österreich eine drohende Note an Serbien gerichtet und binnen einer Frist von 24 Stunden Genugtuungen gefordert hat, die wir noch nicht im einzelnen kennen. Mehrere Wochen zu warten, bis man seine Forderungen stellt, und dann zu verlangen, daß ihnen fast unmittelbar entsprochen werde, ist ein Verfahren, das uns brutal erscheint. Nur stückweise enthüllt uns die drahtlose Telegraphie den Inhalt der österreichischen Note.

Die österreichische Regierung beschwert sich, daß Serbien, nachdem es 1909 die Annexion Bosniens und der Herzegowina anerkannt hat, in dieser Provinz nach wie vor Propaganda gegen die Doppelmonarchie treibe. Sie behauptet, den Beweis dafür zu haben, daß serbische Offiziere sich zur Vorbereitung von Verschwörungen gegen die kaiserliche Autorität hergegeben haben. Sie behauptet, daß die in Sarajevo gegen den Erzherzog-Thronfolger geschleuderten Bomben den Urhebern des Verbrechens durch ein serbisches Militärdepot geliefert worden seien. Sie verlangt, daß ein Offizier und ein Unteroffizier unverzüglich bestraft werden, daß die serbische Regierung das revolutionäre Handeln ihrer Untergebenen durch eine amtliche Note mißbilligt und einer Untersuchung zustimmt, die auf serbischem Gebiet von serbischen wie von österreichisch-ungarischen Beamten vorgenommen werden soll. Viviani und de Margerie sprechen mit mir über diesen ernsten österreichischen Schritt, der solange hinausgeschoben worden ist und dem die Vollstreckung so unmittelbar folgt. Uns dreien scheint es, daß in den österreichischen Bedingungen manches enthalten ist, was für Serbien sehr schwer annehmbar sein wird und fast eine Verletzung des Völkerrechtes darstellt. Aber wir wollen Serbien nicht zu einem Widerstande drängen, der ernste Verwicklungen nach sich ziehen könnte. Viviani telegraphiert also nach Petersburg und über Petersburg nach Paris und London, er sei der Meinung, 1. daß Serbien sofort alle Genugtuungen anbietet, die mit seiner Ehre und Unabhängigkeit vereinbar sind, 2. daß es eine Verlängerung der Frist von 24 Stunden nachsucht, 3. daß wir diese letzte Forderung in Wien unterstützen, 4. daß die Tripleentente versuchen soll, an Stelle der österreichisch-serbischen Untersuchung, die Serbien als demütigend empfinden könnte, eine internationale Untersuchung stattfinden zu lassen.

Am Freitag, den 11./24. Juli abends frischt die Brise auf. Ein paar Regentropfen fallen, bisweilen sogar dicke Tropfen. Wir kehren in das Gebiet der mitteleuropäischen Zeit zurück und stellen unsere Uhren um ein Stunde rückwärts. Wird Europa die seinen richtig zu stellen wissen?

Während Viviani und ich auf See sind, beginnt die russische Regierung, ohne daß wir es erfahren, sich aufzuregen. Am 24. früh ist an der Sängerbrücke ein Telegramm aus Belgrad eingetroffen, wonach Serbien von Österreich ein unannehmbares Ultimatum erhalten hat. Um 10 Uhr vormittags, bei der Rückkehr aus Zarskoje Selo, hat Sasonow die Nachricht mit großer Bestürzung erhalten und den österreichischen Botschafter rufen lassen. Dieser hat dem Ministerium eine Abschrift der so lange ausgebrüteten Note überreicht, und Sasonow scheint über den österreichischen Ton empört gewesen zu sein[1]. Ein Ministerrat ist auf 3 Uhr nachmittags einberufen worden. Sasonow hat seinen Kollegen folgende Vorschläge gemacht: 1. Im Einvernehmen mit den anderen Mächten von Österreich eine Verlängerung der von ihm für den Empfang der serbischen Note festgesetzten Frist zu fordern, und zwar so, daß die Mächte Zeit haben, sich, wozu Österreich sie selbst auffordert, über die gerichtliche Untersuchung des Attentats zu unterrichten, 2. Serbien anzuempfehlen, daß es sich nicht auf Feindseligkeiten gegen die österreichisch-ungarischen Truppen einläßt, sondern seine eigenen Streitkräfte zurückzieht und die Mächte um Beilegung des Konfliktes bittet[2]. Am Ende des Tages hat auch Graf Pourtalès Sasonow aufgesucht und sich bemüht, Österreichs Schritt durch Serbiens Schuld und durch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzips zu rechtfertigen[3]. Sasonow hat nach Angabe des deutschen Botschafters in höchster Erregung geantwortet, aber Graf Pourtalès versichert trotzdem in seinem Bericht, Sasonow habe ihm den Eindruck gemacht, daß er vor allem Zeit gewinnen wolle[4]. Jedenfalls beweist der Beschluß des Ministerrates, daß der russische Minister am Tage nach unserer Abreise den festen Wunsch hatte, etwas Unwiderrufliches zu verhüten, und daß er Serbien riet, seine Truppen zurückzuziehen. Das beweist zur Ge-

[1] Diplomatische Aktenstücke, II, 18.
[2] Schillings diary, S. 30.
[3] Ebenda, S. 31.
[4] Die deutschen Dokumente, S. 204.

nüge, daß seine Unterredungen mit Viviani und mir ihn nicht zur Unversöhnlichkeit gestimmt hatten.

Das Protokoll des Ministerrates ist von Robert G. Binkley in der amerikanischen Zeitschrift „Current History" veröffentlicht worden[1]. Eine Abschrift befindet sich gegenwärtig in Hoovers Kriegsbibliothek. Lutz, der Leiter der Hoover War Library (Stanford University Library) hat mir aus freien Stücken ein Lichtbild davon noch vor der Veröffentlichung in „Current History" übersandt. In seinem Schreiben vom 15. Dezember 1925 weist er mit Recht darauf hin, daß dies Protokoll den unabstreitbaren Beweis liefert, daß die Absichten der russischen Regierung am Tage nach meiner Abreise „ehrenhaft und friedlich" waren, und darin erblickt er eine entscheidende Rechtfertigung meiner Rolle. Sasonow hatte nämlich am selben Tage folgendes Telegramm nach Belgrad gesandt: „Da die Lage der Serben hoffnungslos ist, wäre es für sie besser, keinen Widerstand zu leisten und einen Appell an die Großmächte zu richten[2]."

Die einzige Vorsichtsmaßregel, die Rußland bei der Nachricht von der Zusammenziehung österreichischer Truppen traf, bestand darin, den Kriegs- und den Marineminister zu ermächtigen, erforderlichenfalls die beiden Flotten und die vier Militärbezirke Odessa, Kiew, Moskau und Kasan (les quatre corps d'armée d'Odessa usw.) mobil zu machen. Auch das war noch kein Beschluß zu sofortiger Ausführung. Außerdem wurde deutlich angegeben, daß diese Maßregeln sich nur auf die Möglichkeit einer Ausdehnung des Konflikts mit Österreich-Ungarn bezögen und keinen unfreundlichen Akt gegen Deutschland darstellten[3]. Übrigens hatte Sasonow weder mir noch Viviani gegenüber eine Andeutung über diese militärischen Maßnahmen gemacht, die, so beschränkt sie auch waren, gewiß nicht in seiner Absicht lagen, als wir Rußland verließen. Noch am 23. Juli hatte Sir G. Buchanan an Sir Arthur Nicolson geschrieben: „Sasonow faßt die Lage sehr vernünftig auf und wird keine Schwierigkeiten machen, wenn Österreich sein Vorgehen auf die Forderung nach einer amtlichen Untersuchung beschränkt, falls es zu beweisen vermag, daß das

[1] Januar 1926, S. 533. Vgl. „The Russian mobilization of 1914" by Michael T. Florinsky, „Political Science Quarterly", XLII, Nr. 2, Juni 1927, New-York.

[2] Nr. 1487.

[3] „Schillings diary", S. 30.

Attentat auf den Erzherzog in Serbien angesponnen worden ist. Sucht es dagegen in der Ermordung des Erzherzogs einen Vorwand für eine agressive Haltung gegen Serbien, so wird Rußland früher oder später genötigt sein, auf irgendeine Weise zu intervenieren. Sasonow hat darüber mit Graf Pourtalès sehr bestimmt gesprochen. Er hat ihm zwar versichert, Rußland wünsche nichts weiter, als in Frieden gelassen zu werden, um seine inneren Hilfsquellen zu erschließen, aber er hat ihm auch gesagt, so „pazifistisch" Rußland sei, sowenig könne es gegenüber einer Herausforderung „passiv" bleiben. Sasonow hält Tisza und Forgách für zwei sehr gefährliche Menschen und fürchtet, der Einfluß des letzteren am Ballplatz sei allmächtig. Ich kenne Forgách aus Sofia und habe ihn stets mit größtem Mißtrauen betrachtet. Er ist sehr intelligent und sehr ehrgeizig, aber völlig skrupellos[1]."

Am folgenden 24. um 5.40 nachmittags telegraphierte Sir G. Buchanan an Sir Eduard Grey[2]. Er war unter Hinweis auf die Übergabe des Ultimatums von Sasonow gebeten worden, noch an diesem Morgen mit ihm und mit Paléologue zu konferieren. Der Minister des Auswärtigen und der französische Botschafter hatten ihm vertraulich mitgeteilt, daß infolge meines und Vivianis Besuches ein Einvernehmen zwischen der russischen und der französischen Regierung über folgende Punkte erzielt worden sei: Völlige Übereinstimmung der Ansichten über die verschiedenen Probleme, die sich für die Mächte aus der Sorge um die Erhaltung des allgemeinen Friedens und des europäischen Gleichgewichtes, besonders im Orient, ergeben. (Dieser erste Punkt hatte nichts Vertrauliches; es war genau die Formel, die Viviani nach dem Diner in Kronstadt hatte veröffentlichen lassen.) 2. Beschluß, einen Schritt in Wien zu unternehmen, um zu verhindern, daß Erklärungen verlangt oder Forderungen gestellt wurden, die einen Eingriff in die Außenpolitik Serbiens bedeuteten und die Serbien mit Recht als Anschlag auf seine Hoheitsrechte und auf seine Unabhängigkeit ansehen konnte. (Dieser zweite Punkt war gegenstandslos geworden, denn das Ultimatum war übergeben, und im übrigen wußte Sir G. Buchanan schon seit dem 23., daß Sasonow und Viviani ihre Botschafter in Wien beauftragt hatten, freundschaftlich zur Mäßigung zu raten. Er hatte dies sogar am 23. an Sir Edward Grey

[1] „British documents on the origins of the War", XI, Nr. 164, S. 117.
[2] Ebenda, Nr. 101, S. 80.

telegraphiert[1].) 3. Feierliche Bestätigung der Bündnisverpflichtungen beider Länder. (Dieser dritte Punkt war ebensowenig neu wie die beiden anderen. Er war nur die überflüssige Wiederholung dessen, was die französische und russische Regierung seit Beginn des Bündnisses immerfort ausgesprochen hatten.) Ich weiß also nicht, weshalb diese Stelle in dem Telegramm Sir G. Buchanans im „Blaubuche" zunächst fortgelassen worden ist. Sie ist später unter völliger Zustimmung der französischen Regierung in die „British documents" von 1926 aufgenommen worden und hat nie etwas Heimliches oder Geheimnisvolles gehabt. Pikant ist nur das eine, daß sie in Deutschland früher als in England veröffentlicht worden ist, weil das „Foreign Office" sie 1924 mit Zustimmung Ramsay Macdonalds einem deutschen Gelehrten, anscheinend Stieve, mitgeteilt hat. In gewissen Berliner Kreisen hat man daraus natürlich den Schluß gezogen, daß sie etwas besonders Schwerwiegendes enthielt.

Der von Stieve in seinem Buche „Iswolsky und der Weltkrieg" (S. 213) wiedergegebene Wortlaut weicht übrigens recht erheblich von dem Schriftstück ab, das dann in den „British documents" erschienen ist. Ich hatte von dem ungekürzten Bericht schon im August 1925 durch Briand Mitteilung erhalten, der ihn auf meine Bitte von der britischen Regierung angefordert hatte und mir zusandte.

In der Unterredung zwischen Sasonow, Sir G. Buchanan und Paléologue spricht ein jeder mit seinem Temperament, aber die einzige Anspielung auf meine und Vivianis Unterredungen mit der russischen Regierung ist die, welche sich auf die drei, von dem englischen Botschafter berichteten Punkte bezieht.

Übrigens irrt Elie Halévy in seinem fesselnden Aufsatz („Revue de Paris", 15. August 1927), wenn er in diesen drei Sätzen ein unterzeichnetes Abkommen sieht, das das französisch-russische Bündnis enger knüpfen sollte. Weder Paléologue noch Sasonow haben dergleichen zu Sir G. Buchanan gesagt, und dieser hat ihnen ebensowenig eine solche Behauptung zugeschrieben. Kein Abkommen ist unterzeichnet worden. Das französisch-russische Bündnis ist weder verändert noch verstärkt noch enger geknüpft worden. Es hat weiter nichts stattgefunden, als was ich oben angegeben

[1] „British documents", Nr. 84, S. 69. Vgl. „Les journées tragiques de juillet 1914" von Sasonow, „Revue des Deux Mondes, 1. August 1927.

habe und was Viviani in seiner „Antwort an den Kaiser" bestätigt hat.

Indem Sasonow Sir G. Buchanan die Mitteilung machte, die der Botschafter an Sir Edward Grey berichtet hat, strebte er die Verwirklichung eines Wunsches an, den die russische Regierung seit einer Weile verfolgte und der durch die Kenntnis des österreichischen Ultimatums natürlich belebt worden war. Er wünschte, daß England sich mit Frankreich und Rußland solidarisch erkläre, und hoffte, daß die Doppelmonarchie auf diese Weise zu einer weniger unversöhnlichen Geltung bewogen werden könne. Vergessen wir übrigens nicht, daß der russische Ministerrat Serbien im selben Augenblick anempfahl, seine Truppen zurückzuziehen und sich auf keinen Kampf einzulassen.

Doch Sir G. Buchanan antwortete, er könne sich im Namen seiner Regierung nicht binden. Nach seiner Ansicht sei es das beste, Zeit zu gewinnen und zu dem Zweck Österreich um die Verlängerung der Serbien gestellten Frist zu bitten. Paléologue wandte ein, es scheine ihm schon sehr spät, um Erfolge mit diesem Schritte zu haben; nach seiner Ansicht bestehe die einzige Aussicht, den Krieg zu verhüten, darin, daß die Tripleentente ihre Einigkeit und Entschlossenheit beweise. Sir G. Buchanan sagte schließlich: „Ich glaube, Sir Edward Grey würde es nicht ablehnen, in Wien und in Berlin deutlich auf die Gefahr hinzuweisen, die durch einen Angriff Österreichs auf Serbien für den europäischen Frieden entstände[1]." Aber er fürchtete, wie er gestand, daß die öffentliche Meinung in England sich der Lage nicht völlig bewußt sei[2].

Um 8 Uhr abends geht Paléologue nochmals ins russische Ministerium des Auswärtigen, aus dem er den Grafen Pourtalès mit verstörter Miene zurückkommen sieht. Der französische Botschafter rät Sasonow zu Ruhe und Mäßigung und sagt: „Erschöpfen Sie alle Mittel gütlicher Beilegung". Und er fragt: „Kann ich meiner Regierung bestätigen, daß Sie noch keine militärische Maßregel getroffen haben?" Sasonow antwortete ohne Erwähnung des am Nachmittag gefaßten Beschlusses, die Mobilmachung der beiden Flotten und von vier Militärbezirken zu genehmigen: „Keine, ich versichere es Ihnen. Wir haben nur beschlossen, die 80 Millionen Rubel, die wir auf deutschen Banken haben, heimlich zurück-

[1] „British documents", Nr. 101, S. 80–82.

[2] Paléologue, „La Russie des Tsars", I, 23f.

zuziehen." Paléologue empfiehlt Sasonow eindringlich äußerste Vorsicht in den Anträgen, die er am nächsten Tage im Ministerrat unter dem Vorsitz des Zaren stellen wird. „Fürchten Sie nichts", schließt Sasonow. „Übrigens kennen Sie ja die Besonnenheit des Zaren[1]."

Während Sasonow nicht ohne Grund die Besonnenheit seines Herrschers rühmt, setzt der Deutsche Kaiser seine Fahrt in den norwegischen Gewässern fort und liest in seinen Mußestunden die Telegramme oder Berichte, die ihm zugesandt werden. In einer Depesche des Fürsten Lichnowsky vom 22. Juli findet er folgenden Ausspruch Sir Edward Greys: „Es ist erwünscht, daß Österreich der nationalen Würde Serbiens Rechnung trägt." – „Nationale Würde Serbiens", schreibt Wilhelm, „gibt es nicht. Darüber zu befinden steht Grey nicht zu. Das ist Sache des Kaisers Franz Joseph. Ungeheuerliche britische Unverschämtheit."

Am 24. neue Depesche Lichnowskys. Die österreichische Note ist England soeben mitgeteilt worden. Sir Edward Grey hat zu dem deutschen Botschafter gesagt, sie übersteige alles, was er bisher gesehen habe, und ein Staat, der so etwas annähme, höre auf, als selbständiger Staat zu zählen. „Das wäre sehr erwünscht", schreibt Wilhelm II. an den Rand. „Es ist kein Staat im europäischen Sinne, sondern eine Räuberbande." Lichnowsky fährt fort: „Er (Grey) sagte mir, er würde bereit sein, im Sinne einer Fristverlängerung in Wien vorstellig zu werden, da sich dann vielleicht ein Ausweg finden lasse." – „Nutzlos", lehnt Wilhelm ab. Schließlich regt Grey an, daß im Fall einer gefährlichen Spannung die vier nicht unmittelbar beteiligten Mächte, England, Deutschland, Frankreich und Italien, sich bemühen, die Vermittlung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu übernehmen. „Ist überflüssig", wiederholt Wilhelm. „Ich tue nicht mit. Nur wenn Österreich mich ausdrücklich darum bittet, was nicht wahrscheinlich. In Ehren- und vitalen Fragen konsultiert man andere nicht[2]."

Sonnabend, 12./25. Juli. – Bei Morgengrauen ergeht Befehl, die große Flagge zu hissen. Eine schwedische Flotte ist uns entgegengekommen. Wir fahren durch den Archipel, der vor Stockholm eine grüne Inselflur bildet. Die Fjorde treten mit einer unendlichen Mannigfaltigkeit krummer oder gebrochener Linien hervor. Die

[1] Paléologue, op. cit., I, 24 f.

[2] Die deutschen Dokumente, Nr. 157.

Küste ist so stark ausgebuchtet, daß das Meer immerfort abgeschlossen scheint, so daß man durch eine endlose Reihe kleiner Seen zu fahren glaubt. Die Inseln sind anfangs felsig und mit düsteren Fichten bestanden; dann aber werden sie immer freundlicher. Eichen und Birken umgeben die „France" wie mit einem schwimmenden grünen Gürtel; hier und da erkennt man Landhäuser, auf deren Balkonen Frauen und Mädchen immerfort Tücher und Blumen schwenken. Wie weit sind wir doch von Wien und Sarajevo!

Um 9 Uhr stoppt die „France" bei Falsterbo; ihr Tiefgang verbietet ihr die Weiterfahrt. Ich muß den „Lavoisier" besteigen, der weit weniger imposant ist und der eigens aus Island herbeigekommen ist, uns dies unvermeidliche Umsteigen zu ermöglichen. Sechs schwedische Torpedoboote kommen uns entgegen. In ihrer Begleitung setzen wir unsere Fahrt durch die Fjorde fort, die von immer zahlreicheren Fahrzeugen durchkreuzt werden. An den Ufern mehren sich die anmutigen Villen; Hochrufe hallen von Insel zu Insel wider; der „Lavoisier" arbeitet sich mit kleiner Fahrt vorwärts; hell leuchtet seine große Flagge.

Da wächst Stockholm vor uns empor auf sieben Inseln des Mälarsees, zu seinen Füßen die stille Flut. In einiger Entfernung von den Kais werfen wir Anker. Der König kommt uns in einem Ruderboot entgegen, das anscheinend aus der Zeit Gustav Wasas stammt, aber kürzlich renoviert ist und mit seinem frischen Weiß und Blau das Ordensband des Seraphimordens auf meiner Brust verblassen läßt.

Gustav V. kommt an Bord des „Lavoisier", heißt mich in seinem Reiche willkommen und gibt liebenswürdig seiner Freude Ausdruck, mich wiederzusehen. Er stellt uns seinen Bruder und seine Söhne vor und fährt mich in seiner schmucken Schaluppe bis zum Tolbod, der Anlagestelle für die offiziellen Empfänge. Hier ist in der Stadt ein reizender Garten ausgespart, der von hohen Säulen umrahmt ist, an denen schwedische und französische Fahnen prangen. Der Bürgermeister von Stockholm tritt auf mich zu und hält mir im tadellosesten Französisch eine liebenswürdige Ansprache. Ich danke ihm mit kurzen Worten. Der König fordert mich auf, die Front der Ehrengarde abzuschreiten; dann fahren wir in Galawagen zwischen einem Spalier stillstehender Soldaten rasch zum königlichen Palais, das nahe am Ufer liegt.

Ein Tag der Festlichkeiten, ein Tag nicht minder der Erwartung und Sorge. Eine Reihe fröhlicher Zeremonien, aber auch beunruhigender Telegramme. Am 24. Juli um 23,20 Uhr hat Abel Ferry, Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen, an Viviani ein Telegramm gerichtet, das wir bei unserer Ankunft vorfinden. Es lautet wie folgt: „Der deutsche Botschafter hat heute Nachmittag (Freitag, den 24.) einen Schritt bei Bienvenu-Martin unternommen, um die österreichische Note kategorisch zu unterstützen. Er hat Bienvenu-Martin eine deutsche Note vorgelesen, worin die deutsche Regierung erklärt, nach ihrer Ansicht sei die jetzige Frage etwas, das zwischen Österreich und Serbien zu regeln sei. Er hat den lebhaften Wunsch geäußert, daß der Konflikt lokalisiert bleibt, da jedes Eingreifen einer andern Macht durch das Spiel der Bündnisse unberechenbare Folgen haben könne. Die Depeschen aus London und Berlin lauten pessimistisch. Gez. Abel Ferry."

Dieser Schritt Schoens erscheint Viviani und mir äußerst ernst. Tatsächlich nimmt Deutschland sofort Stellung gegen den Gedanken des europäischen Konzerts, der uns 1912 und 1913 mehrfach vor einem allgemeinen Kriege bewahrt hat. Es will dem „brillanten Sekundanten" volle Freiheit zum strafenden Einschreiten gegen den kleinen Nachbarstaat lassen.

Von ganz anderem Geist erfüllt, hat Paul Cambon im Gegensatz dazu Sir Edward Grey empfohlen, rasch mit Berlin Fühlung zu nehmen. Der britische Staatssekretär, der das österreichisch-ungarische Ultimatum ungeheuerlich findet, hat gern zugestimmt, Deutschland zu bitten, bei Österreich auf eine Verlängerung des Ultimatums hinzuwirken. Wie Paléologue telegraphiert, hat auch die russische Regierung einen Schritt im gleichen Sinne getan. Wird Deutschland wenigstens bereit sein, sich dieser Bemühung anzuschließen? Nichts ist weniger wahrscheinlich. Aber wenn es ablehnt, so übernimmt es vor der ganzen Welt die Verantwortung für die Gewaltakte der Doppelmonarchie. Daher antwortet Viviani auch Paul Cambon aus Stockholm, er billige seine Ansicht und seine Sprache durchaus.

Jules Cambon telegraphiert seinerseits, Jagow habe ihm gesagt: „Ich kannte die österreichische Note nicht, bevor sie übergeben worden ist, aber ich billige sie, und wir haben nur eins zu tun, den Konflikt zu lokalisieren." Das ist der Standpunkt, den Schoen zu vertreten beauftragt war. Wer aber erkennt nicht, daß, wenn man

es bei dem Konflikt, auch wenn er lokalisiert ist, zu Blutvergießen kommen läßt, für die nächste Zukunft alles zu befürchten ist?

Übrigens hat Jagow mit der Behauptung, er habe die österreichische Note vor ihrer Übergabe nicht gekannt, die Wahrheit bekanntlich entstellt. In seinem Buch über die Kriegsursachen hat er zugegeben, daß dies Schriftstück ihm spätestens am 22. um 7 oder 8 Uhr Abends zugegangen sei. Selbst wenn diese Stunde zutrifft, kann man nicht umhin festzustellen, daß es damals noch leicht war, nach Wien zu telegraphieren, denn die beiden kaiserlichen Kanzleien waren sich ja darüber einig, den Schritt in Belgrad nicht vor dem 23. um 6 Uhr abends zu tun. Übrigens haben wir seitdem das Geständnis des Unterstaatssekretärs Zimmermann, der am 11. August 1917 an von dem Bussche schrieb: „Lieber Bussche! Sachlich stimmt die Angabe der „Evening News" insofern, als wir allerdings das serbische Ultimatum etwa zwölf Stunden vor Übergabe erhalten haben. Dagegen ist mir absolut nicht erinnerlich, daß ich dies einem amerikanischen Journalisten auf die Nase gebunden habe. Ein Dementi kann danach erfolgen." (Mit anderen Worten: man kann eine wahre Tatsache abstreiten, wenn sie unbekannt ist.) Und Zimmermann fährt fort: „Ob es (das Dementi) indes mit Rücksicht auf die schließlich nicht ewig zu verheimlichende Tatsache unserer Kenntnis zweckmäßig erscheint, lasse ich dahingestellt[1]. Die Sache ist also klar, und es steht fest, daß Jagow Jules Cambon in dem Gespräch, das wir in Stockholm erfuhren, getäuscht hat.

Während der Stunden, die wir so in Schweden in Unkenntnis eines großen Teiles der Wahrheit verbringen, überstürzen sich die Nachrichten. Sie sind verworren, oft widerspruchsvoll. Die einen kommen vom Quai d'Orsay, wo Bienvenu-Martin und Philippe Berthelot auf dem Posten stehen, die andern aus St. Petersburg, von wo Paléologue an Viviani und an Thiébaut telegraphiert, oder aus Stockholm selbst, wo der König und die schwedische Regierung uns mit großer Gefälligkeit von allem, was sie wissen, in Kenntnis setzen.

Voller Sorge um die Verschlimmerung der Lage und in dem Bestreben, vor aller Welt seine Verantwortung auf sich zu nehmen, bittet Viviani Pognon, den Direktor der Agence Havas, der uns begleitet, um die Bekanntgabe, daß der Leiter der Regierung, der Minister des Auswärtigen, sich mit allen diplomatischen Missionen

---

[1] Die deutschen Dokumente, Anhang, VII.

in persönliche Verbindung gesetzt und tatsächlich die Leitung der Geschäfte wieder übernommen hat. Kann er und ich jedoch an eine überstürzte Rückkehr denken? Sollen wir auf die vorgesehenen Besuche in Dänemark und in Norwegen verzichten? Wir beginnen uns diese Frage zu stellen; sie bringt uns in große Verlegenheit. In beiden Ländern erwartet man uns. Alles ist zu unserem Empfange bereit. Kehren wir direkt nach Dünkirchen zurück, so erschrecken wir die öffentliche Meinung, nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa, und erwecken den Glauben, daß wir allgemeine Verwicklungen für wahrscheinlich halten. Alles wohl erwogen, sagen wir unsere Besuche in Kopenhagen und Christiania nicht ab. Trotzdem suchen wir durch unsere norwegische Botschaft zu erfahren, was Kaiser Wilhelm II. zu tun scheint, der sich in den norwegischen Gewässern befindet. Man antwortet uns erst: „Er ist noch da und rührt sich nicht." Aber später meldet man uns, er sei unerwartet und mit unbekanntem Ziel abgefahren. Zweifellos kehrt er nach Berlin zurück, um das Steuer wieder zu ergreifen. Voller Sorge denke ich an den üblen Eindruck zurück, den er dem König der Belgier bei seiner letzten Unterredung mit ihm hinterlassen hat.

Aus Belgrad selbst erfahren wir nichts. Unser Gesandter Descos war zwar ein hervorragender Vertreter, aber seit einer Weile zeigte seine Phantasie krankhafte Störungen. Er hat einen schweren Anfall von Neurasthenie bekommen und mußte während unserer Reise zur Disposition gestellt werden. Sein Nachfolger Boppe hat seinen Posten eben erst angetreten. Dieser notgedrungene Wechsel war nicht dazu angetan, die Aufgabe der Republik in den letzten Tagen zu erleichtern.

Durch den König von Schweden erfahren wir um 6 Uhr abends, d. h. zu der Stunde, wo die Frist des Ultimatums abläuft, daß der österreichische Gesandte Belgrad verlassen hat. Nach Dumaines Angabe soll die österreich-ungarische Regierung bereits mehrere Armeekorps mobilgemacht haben. Sie soll Reservisten nach Ragusa gesandt und es auf den Lowcen abgesehen haben. Sie scheint also nicht nur an einen Konflikt mit Serbien, sondern auch mit Montenegro zu denken.

Bienvenu-Martin hat Vivianis Telegramm aus St. Petersburg erhalten, worin dieser im Einvernehmen mit Sasonow empfahl, in Wien Mäßigung gegen Serbien anzuraten, und er hat über Riga an den Präsidenten der Republik telegraphiert: „Ihre Weisungen sind

dringend nach Wien übermittelt worden, aber aus den Nachrichten von heute Morgen ergibt sich, daß die österreichische Note gestern um 6 Uhr in Belgrad übergeben worden ist. Diese Note, deren amtlichen Wortlaut wir noch nicht haben, scheint sehr scharf zu sein ... Sie gibt Serbien bis Sonnabend 6 Uhr abends Frist zur Ausführung. Indem ich Dumaine Ihre Weisungen übermittelte, bat ich ihn, sich mit seinem englischen und russischen Kollegen ins Einvernehmen zu setzen, um festzustellen, ob, in welchem Maße und in welcher Form die Botschafter der Tripleentente nach ihrer Ansicht die Möglichkeit haben, in der tatsächlichen Lage ohne neue Weisungen ihrer Regierungen zu handeln."

Etwas später richtet Bienvenu-Martin an Thiébaut sein anderes Telegramm, das dieser uns mitteilt; es bestätigt, was wir bereits über St. Petersburg von der österreichischen Note wissen, und weist auf ihren ganzen Ernst hin. In einem Funkspruch vom selben Tage, der an die „France" gerichtet ist, teilt Bienvenu-Martin Viviani in kürzerer Fassung mit, daß die Forderungen der Note „für Serbien ganz unannehmbar erscheinen."

Schließlich meldet uns Berthelot in einem anderen Telegramm, daß die Plötzlichkeit und Maßlosigkeit der österreichischen Forderungen, wie Dumaine angibt, die öffentliche Meinung in Wien etwas überrascht haben, aber daß die Militärpartei vor allem ein Nachgeben Serbiens befürchtet. Jules Cambon meldet seinerseits, daß die deutsche Presse einen agressiven Ton anschlägt, anscheinend, um Rußland einzuschüchtern.

Die Stunden verrinnen, voll von einer geheimnisvollen Gegenwart und einer unbestimmten Zukunft. Die Telegramme an die Gesandtschaft folgen sich Schlag auf Schlag. Noch ein Telegramm von Bienvenu-Martin. Er berichtet uns eingehender als Abel Ferry über Schoens Besuch am Quai d'Orsay. Der deutsche Botschafter hat eine Note vorgelesen, die er nicht in Abschrift hinterlassen hat. Ihr erster Teil wiederholt in leicht veränderter Form die österreichische Begründung: Nichteinhaltung der Verpflichtungen, die Serbien 1909 übernommen hat, beinahe amtliche Unterstützung einer antiösterreichischen Propaganda, die für die Sicherheit der Monarchie unerträglich ist. Die Note fährt fort, daß nur die sofortige Erfüllung von Österreichs berechtigten Forderungen dieser Lage ein Ende machen könne, aber bei dem Geisteszustande Serbiens sei zu befürchten, daß es diese Genugtuungen ablehne und sogar eine her-

ausfordernde Haltung annehme. In diesem Falle, erklärt Deutschland, könne Österreich sich veranlaßt sehen, auf Serbien einen starken Druck mit allen zweckdienlichen Mitteln auszuüben, im Notfalle mit militärischen. Nach Ansicht der deutschen Regierung muß die Sache ausschließlich zwischen Österreich und Serbien ins reine gebracht werden, und die Mächte haben das größte Interesse daran, die Auseinandersetzung auf die beiden beteiligten Parteien zu beschränken. Sie wünscht, wie sie erklärt, lebhaft, „daß der Konflikt lokalisiert wird, da jede Einmischung einer anderen Macht durch das Spiel der Bündnisse unberechenbare Folgen herbeiführen müßte." Das hatte bereits Abel Ferry gemeldet. Der deutsche Botschafter, sagt Bienvenu-Martin, hat die beiden letzten Sätze besonders betont. Der stellvertretende Minister hat Schoen darauf hingewiesen, daß „es zwar berechtigt erscheine, die Bestrafung aller Mitschuldigen des Attentats von Sarajevo zu fordern, daß es dagegen ebenso schwierig scheine, von Serbien Maßregeln zu fordern, die für seine Würde und Unabhängigkeit unannehmbar seien. Selbst wenn die serbische Regierung sich ihnen unterwerfen wolle, laufe sie Gefahr, durch eine Revolution weggefegt zu werden."

Bienvenu-Martin vervollständigt seine zahlreichen Mitteilungen durch eine Reihe telegraphischer Auszüge aus den Ereignissen oder Unterredungen, die zu seiner Kenntnis gelangt sind. Graf Berchtold hat zu dem russischen Geschäftsträger gesagt, der österreichische Gesandte in Belgrad habe Befehl, die Stadt zu verlassen, wenn ihm am Sonnabend um 6 Uhr nicht die restlose Annahme ausgesprochen sei. Jagow hat Paul Cambon erneut versichert, die deutsche Regierung habe den Wortlaut der Note bis zu ihrer Übergabe nicht gekannt. Paul Cambon hat Sir Edward Grey vorgeschlagen, mit Deutschland zusammen eine Vermittlung der vier nicht beteiligten Mächte zwischen Österreich und Serbien herbeizuführen. Der britische Staatssekretär hat sich geneigt gezeigt, über diesen Vorschlag mit dem deutschen Botschafter zu reden. Sasonow hat zu Paléologue gesagt, nach seiner Meinung solle man Österreich sich völlig ins Unrecht setzen lassen. Er hat hinzugesetzt: „Ich meine sogar, daß Serbien, wenn die österreich-ungarische Regierung zur Tat schreitet, sich kampflos besetzen lassen und Österreichs Niedertracht der zivilisierten Welt anzeigen soll."

Während alle diese Nachrichten in wirrem Durcheinander auf uns eindringen, kehrt der Deutsche Kaiser in fieberhafter Eile nach

Deutschland zurück. Mehr noch, er gibt der deutschen Flotte von sich aus den Befehl, nach dem Kieler Kanal zurückzukehren. Der Kanzler Bethmann Hollweg telegraphiert ihm, daß die englische Flotte, die kürzlich zu Manöverübungen zusammengezogen wurde, im Begriff ist, auseinander zu gehen, daß „Sir Edward Grey vorläufig wenigstens an eine direkte Teilnahme Englands an einem eventuellen europäischen Kriege nicht denkt" und daß es somit vorzuziehen ist, keine vorzeitige Heimkehr der deutschen Flotte zu befehlen. Sofort versieht Wilhelm II. das Telegramm des Zivilkanzlers in einem neuen Wutanfall mit verletzenden Randbemerkungen. Er unterstreicht verächtlich das Wort „Zivil" und schreibt: „Die Mobilmachung in Belgrad kann Mobilmachung Rußlands nach sich ziehen. In diesem Falle muß ich meine Streitmacht zu Lande und zu Wasser beisammen haben. Das hat der Zivilkanzler noch nicht begriffen[1]!" Ein liebenswürdiges Regierungssystem, wo die Laune eines Mannes, und welches Mannes, über alle Ratschläge der Vernunft siegen kann!

Viviani und ich kennen diesen kleinen Konflikt zwischen Bethmann Hollweg und Wilhelm II. nicht, aber nachdem der Ministerpräsident alle eingegangenen Telegramme mehrmals gelesen hat, bittet er de Margerie, eine Gesamtantwort nach Paris aufzusetzen und abzusenden. Er teilt sie mir mit. Sie lautet wie folgt[2]: „Ich erhalte die Telegramme. Trotz dem Schritt, den der deutsche Botschafter bei Ihnen unternommen hat, um jede mäßigende Einmischung der Mächte zwischen Österreich und Serbien abzuwenden, müssen wir nach meiner Ansicht schon jetzt mit Rußland und England die Mittel zur Verhütung eines Konfliktes prüfen, in den die anderen Mächte rasch hineingezogen werden könnten. Besteht Österreich darauf, auf serbischem Gebiete an einer Untersuchung über die Ursachen des Attentats an dem Erzherzog-Thronfolger teilzunehmen, so fragt es sich: Könnte man nicht im geeigneten Augenblick, vielleicht unter Berufung auf die ehemalige Konferenz in Rom zur Bekämpfung der Anarchisten, eine Erweiterung der Untersuchung und die Beteiligung der übrigen Mächte vorschlagen? Ich bitte daher Paul Cambon und Paléologue direkt, mit der britischen und russischen Regierung unverzüglich über ein Verfahren

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 182.

[2] Nr. 11. Ab Stockholm, 25. Juli 1914, 16.05 Uhr, eingegangen in Paris 21 Uhr.

zu sprechen, das Serbiens Würde nicht verletzt, aber in Wien, wenn es die Zustimmung der anderen Mächte findet, schließlich nicht abgelehnt werden kann. Da die österreichische Note überdies Forderungen von persönlichen Strafen und von Bürgschaften für die Zukunft enthält, könnte Serbien meines Erachtens schon jetzt Genugtuungen geben, wenn der Beweis für die behaupteten Tatsachen erbracht ist, besonders im Hinblick darauf, daß die serbische Regierung seit Monatsfrist über die verbrecherischen Verbindungen geschwiegen hat, die durch das Attentat ans Licht gebracht werden konnten. Ich billige die Sprache, die Sie dem deutschen Botschafter gegenüber geführt haben. Wenn Sie Boppe den Bericht über Ihre Unterredung mit Schoen mitteilen, fordern Sie ihn auf, sich schon bei seinen ersten Unterredungen mit der serbischen Regierung danach zu richten. Ich übernehme jetzt wieder die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Gez. R. Viviani."

Dies Telegramm hat nur einen Fehler, an dem aber weder Viviani noch de Margerie schuldig ist: es geht zu spät ab, um Österreich noch zurückhalten zu können. Aber nach seiner Unterzeichnung scheint Viviani wirklich erleichtert. Er hat seine Nerven bemeistert. Er liest die Schriftstücke, die er vor Augen hat, von neuem, sinnt nach, faßt alle Möglichkeiten klar ins Auge. Er ist, wie er mir sagt, „im Bade" und nimmt sich vor, zwischen den Klippen „zu schwimmen".

Aber er kennt so wenig wie ich die neue Wendung, die Wilhelm II. bei der Nachricht von der Aufregung in Belgrad über das österreichische Ultimatum an den Rand des Telegramms gesetzt hat: „Wie hohl zeigt sich der ganze sogenannte serbische Großstaat! So ist es mit allen slawischen Staaten beschaffen! Nur feste auf die Füße des Gesindels getreten![1]" Was hätten die deutschen Schriftsteller über die Kriegsursachen wohl gesagt, wenn die Sowjets in den Papieren des Zaren Schriftstücke dieses Stils gefunden hätten!

Seit unserer Landung in Stockholm stehe ich unter dem beängstigenden Eindruck der immer drohenderen Gefahr, aber trotzdem muß ich unseren Gastgebern zulächeln, die ihre Zuvorkommenheiten gegen uns verdoppeln. Obwohl Gustav V. kaum genesen ist, zeigt er sich unermüdlich und unerschöpflich in Liebenswürdigkeiten. Im Frühjahr hat er eine schwere Magenoperation durch-

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 159.

gemacht und ist noch nicht ganz wiederhergestellt. Andererseits hatte er in letzter Zeit politischen und privaten Kummer. Die Königin Viktoria, geborene Prinzessin von Baden, eine leidenschaftliche Deutsche, ist von sehr zarter Gesundheit. Sie hat ein Auge verloren und kann völlig erblinden. Gegenwärtig ist sie fern von Stockholm auf dem Lande.

Wie es heißt, hat Gustav V. auf Anraten der Königin und des Reichsmarschalls Graf Douglas sich durch die berühmte Rede, die er vor einigen Monaten vor den schwedischen Bauern gehalten hat, mit seinem Staatsminister Staaf über die Landesverteidigung heftig veruneinigt. Das liberale Kabinett Staaf ist zurückgetreten. Ein Ministerium Hammerskjöld ist gebildet, die Kammer aufgelöst worden, und Neuwahlen haben stattgefunden, aber infolge von Staafs Opposition wird die neue Kammer zweifellos auseinandergehen, ohne daß das Militärprogramm angenommen wird.

Solche Zwischenfälle sind für einen konstitutionellen Herrscher nicht angenehm. Gustav V. scheint sie in der Unterhaltung mit mir zu vergessen. Bei ihm befinden sich gegenwärtig in Stockholm sein Bruder Prinz Karl, General der Kavallerie, ein großer, stattlicher, aber tauber Mann, und seine zwei Söhne, der zweiunddreißigjährige Kronprinz Gustav Adolf, vermählt mit Prinzessin Margarethe von Großbritannien, der Tochter des Herzogs von Connaught, und der junge Prinz Wilhelm, Herzog von Südermannland, mit sehr schönen Augen und der Bernadotteschen Nase. Mit seiner Gattin, der Großfürstin Maria Pawlowna, Tochter der Großfürstin Peter von Rußland, ist er völlig entzweit. Er hat seinen Vater kürzlich bei der Krönung des Königs von Siam vertreten und ist Frankreichs Gast in Indochina gewesen. Er plaudert mit mir sehr nett über Kambodscha und Sisowath. Aber ich denke nur an Sarajevo.

Der König spielt sehr huldvoll die Rolle des Hausherrn im Palais, einem gewaltigen, ziemlich banalen Bauwerk. Die mir zugewiesenen Gemächer sind mit flämischen Gobelins bespannt und reich ausgestattet. Kaum bin ich eingerichtet, so verehrt mir der König einen Kasten mit zwei Vasen aus darlekarlischem Porphyr, an deren Fuß eine Widmung nebst dem Datum meines Besuches in Kupfer eingraviert ist. Ich bringe meinerseits eine Sèvresvase für die Königin mit und bitte ihn, sie ihr nach ihrer Rückkehr vom Lande zu überreichen. Die Königin telegraphiert mir im Laufe des Tages und entschuldigt sich, daß sie wegen ihrer Kränklichkeit

nicht nach Stockholm habe kommen können. Sie drückt mir ihren Dank und ihre Wünsche für meinen Aufenthalt aus.

Wir frühstücken im Schlosse Drottningholm, wohin der König mich in einer Yacht über die stillen Fluten zwischen baumbedeckten Ufern und lachenden Villen begleitet... Ich richte ihm aus, was der Zar mir gesagt hat. Er versichert mir, ihm läge sehr daran, die Neutralität seines Landes unter allen Umständen zu wahren. Schweden ist mit Frankreich befreundet und wird es bleiben, es wünscht nicht minder, die besten Beziehungen zu Rußland zu unterhalten. Er klagt jedoch darüber, daß mehrere russische Attachés, auch der jetzige Marineattaché, Spionage getrieben haben oder noch treiben. Ich berichte ihm die Worte des Zaren: „Ich wußte es nicht, aber ich werde mich erkundigen, und trifft es zu, so werde ich dafür sorgen, daß diese Mißbräuche abgestellt und geahndet werden."

Auf Landwegen kehre ich mit dem König im Auto nach Stockholm zurück. Wir machen eine Rundfahrt durch die Stadt, deren Straßen mir menschenleer dünken: die Einwohner sind auf den Inseln. Er führt mich ins Königliche Museum, wo man mir Rüstungen und Kleider der alten Herrscher sowie merkwürdige Wachsfiguren zeigt, die die Bauern der verschiedenen Provinzen darstellen. Von da geht es ins Zoologische Museum, wo alle Vertreter der schwedischen Fauna in einer kreisrunden Landschaft aufgestellt sind. Ich sehe mir alles etwas zerstreut an; meine Gedanken kehren von diesen skandinavischen Sammlungen immerfort nach Wien und nach Budapest zurück.

Abends Galadiner im Palais. Der König hält folgende kurze herzliche Ansprache. „Ich bin hoch erfreut, und mit mir das ganze schwedische Volk, in Ihnen den ersten Vertreter der großen Nation zu begrüßen, mit der Schweden seit Jahrhunderten durch hergebrachte Bande der Sympathie und Bewunderung verbunden ist. Ich will hoffen, daß Ihr Besuch, so kurz er auch ist, Ihnen die besten Beweise für diese Gesinnung bieten wird und daß Sie eine ähnliche Erinnerung an ihn bewahren wie ich an die so angenehmen Tage, die ich auf dem schönen französischen Boden verbracht habe."

Worauf ich antwortete: „Sire, als E. Majestät die Güte hatten, mich in Paris zu besuchen, haben Sie mir bereits in einer Weise, die mich tief gerührt hat, die Gesinnung ausgedrückt, die Sie mir heute von neuem bekunden. Diese glückliche alte Freundschaft

zwischen Schweden und Frankreich wird von der Regierung der Republik, was an ihr ist, gepflegt und gefördert werden. Diese Versicherung wollte ich E. Majestät meinerseits bringen. Mit großer Freude habe ich heute vormittag mit Ihnen das reizende Schloß Drottningholm besucht, wo Geschichte und Kunst so viele kostbare Erinnerungen gesammelt haben, und seit dem Augenblick, wo es mir beschieden war, den prächtigen Archipel zu sehen, der Ihre schöne Hauptstadt mit einem Kranze von Inseln schmückt, haben die herrlichen Anblicke, die sich meinen Augen darboten, und der liebenswürdige Empfang, den das schwedische Volk mir bereitet hat, diesen nur zu rasch vergangenen Tag mit unauslöschlichen Erinnerungen erfüllt."

Von den anderen, weniger angenehmen Eindrücken, die mir derselbe Tag gebracht hat, kann ich den Gästen des Königs mit gutem Grunde nichts öffentlich sagen.

Nach dem Mahle unterhalte ich mich ziemlich lange mit dem Staats- und Kriegsminister v. Hammerskjöld. Er ist ein Jurist von großem Rufe. Beim zweiten Friedenskongreß war er Schwedens erster Delegierter. Er hat das Schiedsgericht in unserer Casablancaaffäre wegen der „Karthago", des „Manouba" und des „Tavignano" geleitet. Er gibt mir deutlich zu verstehen, daß wir noch viel mehr Recht bekommen hätten, wenn wir uns mit Italien nicht vor den Schiedssprüchen über unsere drei Schiffe gütlich geeinigt hätten, und daß wir betreffs der Verurteilungssumme eine außerordentliche Mäßigung bewiesen haben. Ich bedauere das nicht, aber damals haben ein paar franzosenfeindliche italienische Zeitungen uns schlecht dafür gedankt.

Ich spreche auch mit dem Außenminister Wallenberg. Ich kenne seine aufrichtige Liebe für Frankreich, und er spricht von ihm mit der geistvollsten Sympathie. Gegen Rußland scheint er weniger günstig gestimmt. Wie Viviani mir mitteilt, hat er zu ihm gesagt: „Fährt Rußland mit seinem Benehmen gegen uns fort, so treibt es uns wider Willen in Deutschlands Arme." Dies Wort hat er zweifellos geäußert, damit wir es der russischen Regiernug wieder sagen und ihr eine bessere Wahl ihrer Vertreter anempfehlen.

Ich treffe im Palais gerade den russischen Gesandten Nekludow, den ich von der friedlichsten Gesinnung beseelt finde. Ich drücke ihm die Hoffnung aus, daß es uns bei gutem Willen gelingen werde, einerseits die Orientkrise zu beschwören und anderer-

seits alle Mißverständnisse zwischen Schweden und Rußland zu zerstreuen[1].

Am Abend unterbricht ein vorzüglicher schwedischer Sängerchor unsere Gespräche, und die Musik lindert unsere Sorgen für ein Weilchen. Dann bringen der König und die Prinzen uns durch die illuminierte Stadt nach der Landungsbrücke, wo wir von ihnen Abschied nehmen. Wir besteigen das Boot Gustav Wasas, das uns auf der schlummernden Reede zum „Lavoisier" zurückbringt.

Mit vorsichtiger Langsamkeit fährt der „Lavoisier" zwischen den Inseln hindurch, von denen immerfort Hochrufe durch die Nacht herüberschallen. Um Mitternacht langen wir bei der „France" und dem „Jean Bart" an, die feenhaft erleuchtet sind, und kehren unter Salutschüssen an Bord zurück. Werden nicht weniger harmlose Kanonenschüsse jetzt auf Belgrad abgefeuert? Und wenn ja, was wird in Europa geschehen? Das ist meine bange Frage auf dem Lager, auf dem ich Schlaf suche.

Bis zur Morgendämmerung begleiten uns schwedische Zerstörer und Kreuzer.

Sonntag, 26. Juli. – Wieder auf See mit dem Kurs auf Kopenhagen. Mirienne Lucas, der zum Chiffrierdienst des Auswärtigen Amtes gehört und uns auf unserer Reise begleitet, setzt seine Entzifferung und Chiffrierung der Funksprüche fort. Nichts Greifbares, weder aus St. Petersburg noch aus Paris. Im Geiste gehe ich nochmals die unbestimmten Funknachrichten durch, die wir erhalten haben, die Mitteilungen an Thiébaut in Stockholm, all die widerspruchsvollen Nachrichten, die die französischen, russischen und englischen Diplomaten seit mehreren Tagen in gutem Glauben gewechselt haben. Man merkt, sie sind auf Vermutungen angewiesen! Noch zwei Tage vor dem Ultimatum hat Sir Arthur Nicolson zu Paul Cambon gesagt, der englische Botschafter in Wien glaube nicht an einen Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung in Belgrad, wenigstens nicht an einen, der die Beziehungen zwischen beiden Staaten ernstlich trüben könne, und Sir Maurice Bunsens Ansicht werde von allen seinen Kollegen geteilt, besonders von dem französischen Botschafter[2]. Und wirklich, vom Ballplatz getäuscht, telegraphiert Dumaine am 22. Juli (Nr. 103): „In sehr kurzer Frist wird eine Note an die serbische Regierung übergeben werden. Wie

[1] S. Nekludows Aufsatz in der „Revue des Deux Mondes", 15. Januar 1920.
[2] Depesche Paul Cambons, 22. Juli 1914.

Baron Macchio mir versichert, läßt ihr Ton und lassen die darin gestellten Forderungen auf eine friedliche Lösung des Konfliktes mit Serbien rechnen. Er hat zugegeben, daß ein Zwist, auch wenn er auf diese beiden Staaten beschränkt bliebe, die beunruhigendsten Folgen für Österreich-Ungarn haben könnte." In einem Telegramm vom 23. (Nr. 104) fährt Dumaine fort: „Tiszas Rede nach den vom Kaiser veranlaßten Beschlüssen wird so angesehen, als ob sie eine friedliche Lösung erhoffen lasse. Die Note, die, wie man mir versichert, morgen in Belgrad übergeben wird, soll also nichts enthalten, was für die serbische Regierung unannehmbar ist." So verstand Österreich sein Spiel bis zur letzten Stunde zu verbergen.

In London hält Paul Cambon enge Fühlung mit Sir Edward Grey. Sobald der britische Staatssekretär die österreichische Note übersetzt hat, ruft er aus, noch nie sei eine so „ungeheuerliche" Erklärung von einer Regierung an eine andere gerichtet worden, und es könnten die schwersten Verwicklungen daraus entstehen. Er hat den Grafen Mensdorff auf die Verantwortung hingewiesen, die Österreich damit auf sich nehme. Er hat den deutschen Botschafter kommen lassen, in der Hoffnung, den von ihm gefaßten Plan zu verwirklichen: unter Beihilfe des Berliner Kabinetts eine Vermittlung der vier an der serbischen Sache nicht beteiligten Mächte, Deutschland, England, Frankreich und Italien, herbeizuführen. Diese Vermittlung sollte nach Sir Edward Greys Absicht zugleich in Wien und in St. Petersburg stattfinden. Paul Cambon hat den englischen Minister von sich aus darauf hingewiesen, daß wir die Absichten St. Petersburgs noch nicht kennen. Somit sei ein Vermittlungsversuch zwischen Wien und St. Petersburg ungerechtfertigt und laufe Gefahr, schlecht aufgenommen zu werden. Cambon hält es für besser, Österreich und Serbien eine Vermittlung der vier nichtbeteiligten Mächte anzubieten. Aber weder Deutschland noch Österreich wollten darauf eingehen. Übrigens verhehlt unser Botschafter seine Besorgnisse nicht. Er fürchtet, daß Rußland, durch die Wiener Forderungen erbittert, militärisch für Serbien Partei nehmen, daß es somit die Initiative zu einem Angriff auf Österreich ergreifen und daß Deutschland sich veranlaßt sehen wird, seinen Verbündeten zu unterstützen. „Das wird der allgemeine Krieg sein", schließt Paul Cambon[1].

[1] Telegramme aus London, Nr. 132–135, 24. Juli 1914.

Viviani, de Margerie und ich tauschen immerfort unsere Eindrücke aus. Wir kennen freilich nur Bruchstücke von diesen Telegrammen sowie diejenigen, die nach Kriegsausbruch im Gelbbuche veröffentlicht worden sind. Sie treffen oft unentzifferbar ein und werden von den Antennen der „France" nur unzureichend aufgenommen. Andere, die zwischen den ausländischen Kanzleien gewechselt werden, bleiben uns noch lange unbekannt.

Wir haben die österreichische Note noch nicht im vollen Wortlaut lesen können, aber alles, was wir davon wissen, treibt uns Sir Edward Greys Wort auf die Lippen: sie erscheint uns ungeheuerlich. Der österreichische Hochmut gegenüber den slawischen Nationalitäten, die der Monarchie unterworfen sind, erscheint uns vom ersten bis zum letzten Wort in seinem vollen Lichte. Selbst wenn die in der Anlage der Note behaupteten Tatsachen zuträfen, selbst wenn Gravillo Princip und Nedeljko Kabrinowitsch in Belgrad eine wirkliche Verschwörung gegen das Leben des Erzherzogs mit Beihilfe des serbischen Majors Woija Tankositsch angezettelt haben sollten, selbst wenn 6 Bomben und 4 Browningrevolver mit Munition den Mördern durch diesen Offizier geliefert worden wären und die Bomben aus einem Waffendepot des serbischen Heeres stammten, würde die Mitschuld einiger Privatpersonen die Verantwortung der serbischen Regierung und vollends des serbischen Volkes nicht einschließen. Wie soll man sich da den Ton der Note und die in ihr gestellten Forderungen erklären: das Ansinnen an die serbische Regierung, im Belgrader Amtsblatt eine feierliche, von Österreich selbst diktierte Abschüttelung der Schuldigen zu veröffentlichen, das Ansinnen an den alten König Peter, einen Tagesbefehl an das Heer zu richten, das Ansinnen, Veröffentlichungen zu unterdrücken, Vereine aufzulösen, Offiziere und Beamte abzusetzen, deren Namen von der österreichischen Regierung angegeben werden sollen, das Ansinnen, die Mitwirkung österreichischer Beamter zu erlauben, um in Serbien die Untersuchung des Attentats zu überwachen und der behaupteten umstürzlerischen Bewegung ein Ende zu setzen[1]?

Viviani und ich kommen immer wieder auf die Frage zurück: Was will Österreich? Was will Deutschland? Wir würden ihre gemeinsame Absicht besser begreifen, wenn wir nicht mitten auf See

---

[1] S. Gelbbuch von 1914 über den europäischen Krieg, Nr. 24, 25, S. 40—46.

abgeschnitten wären und alle Unterlagen zur Hand hätten. Als Tisza vor der Absendung des Ultimatums auf eine Anfrage in der ungarischen Kammer mit verhältnismäßiger Mäßigung erklärt hatte, man müsse zunächst das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung abwarten, hatte die „Neue Freie Presse" entrüstet gegen eine so schwächliche Haltung protestiert[1]. Für sie, schrieb Dumaine am 15. Juli 1914, könnten Beruhigung und Sicherheit nur das Ergebnis eines Krieges bis aufs Messer gegen den Panslawismus sein. Die „Militärische Rundschau" stimmte zu. „Der Augenblick ist für uns günstig", schrieb sie zynisch. „Entschließen wir uns nicht zum Kriege, so wird der Krieg, den wir spätestens in zwei bis drei Jahren führen müssen, unter weit ungünstigeren Umständen stattfinden."

Jules Cambon sah tatsächlich sehr richtig, wenn er in einer Depesche vom 24. Juli (Nr. 434), die ich erst nach meiner Rückkehr nach Paris kennen lernte, schrieb: „Unter dem Vorwand, einen Toten zu rächen, will Österreich alle seine alten Beschwerden wieder aufleben lassen und die Fehler, die es seit der Einverleibung Bosniens begangen hat, nach Möglichkeit wieder gut machen ... Deutschland unterstützt Österreichs Haltung mit ganz auffallendem Nachdruck. Die Schwäche, die der österreichisch-ungarische Verbündete seit Jahren gezeigt hatte, schwächte das Vertrauen zu ihm. Man empfand ihn als schwere Last. Die üblen Prozesse, wie die Affäre in Agram und die Affäre Friedjung, machten die österreichische Polizei hassenswert und zugleich lächerlich. Man verlangte von ihm nur eins: stark zu sein. Man ist zufrieden, daß es brutal ist. Ein Artikel, der heute abend im „Lokalanzeiger" erschien, zeigt, daß auch in der Reichskanzlei ein Geist herrscht, dem wir in Paris nicht genug Rechnung tragen. Ich meine das Gefühl der monarchistischen Solidarität. Nach meiner Überzeugung ist dieser Gesichtspunkt sehr wichtig für die Beurteilung der Haltung des Kaisers Wilhelm, dessen leicht beeindruckte Natur die Ermordung eines Fürsten, der ihn noch vor wenigen Tagen empfangen hatte, tief empfunden haben muß."

Die deutsche Solidarität sucht in der Tat alle Anlässe, um sich zu bekunden. Als im bayerischen Landtag der Verkehrsminister auf

[1] Über Tisza siehe einen Aufsatz in der „Revue de la Semaine" vom 24. Dezember 1920 von d'Apchier le Maugin, französischem Generalkonsul in Budapest im Jahre 1914.

die Ereignisse anspielte, die sich im Orient vorbereiteten, veranstaltete die ganze Kammer mit Ausnahme der Sozialisten eine Sympathiekundgebung für die österreichisch-ungarische Monarchie. Unser Münchener Gesandter Allizé, der diesen Zwischenfall Bienvenu-Martin am 25. Juli berichtete, setzte hinzu, die öffentliche Meinung in Bayern werde „einstimmig alle Beschlüsse der Reichskanzlei, selbst die extremsten, billigen." Ebenso schrieb unser Frankfurter Generalkonsul Ernest Ronsin am 25.: „Die Presse billigt die Haltung des Ballplatzes vorbehaltlos und erklärt, Deutschland werde Österreich unterstützen, – sowohl die besonnene „Frankfurter Zeitung" und sogar die „Volkszeitung" wie die heftigen „Frankfurter Nachrichten". Nur die „Volksstimme" spricht vernünftig. Sie nennt die österreichische Note „eine ausgesprochene Verletzung des Völkerrechts" und erklärt: „Selbst die Fassung dieses Schriftstücks, das die Eigenliebe der Serben aufs tiefste verletzen soll, ist ein offenkundiger Beweis für Österreichs feste Absicht, um jeden Preis einen Konflikt herbeizuführen."

Diese Haltung Deutschlands macht Jules Cambon viel Sorge. Am 25. Juli berichtet er Bienvenu-Martin[1], Jagow habe es so eingerichtet, daß er den russischen Geschäftsträger v. Broniewski, der um eine Audienz gebeten hatte und beauftragt war, um eine Fristverlängerung zu bitten, erst am Ende des Nachmittags empfing, d. h. gerade zu der Stunde, wo das österreichische Ultimatum ablief. Jagow erklärte, er halte alle derartigen Schritte für verspätet. „Übrigens", fügte er hinzu, „handelt es sich ja nicht um einen Krieg, sondern um eine Vollstreckung einer örtlichen Streitsache."

Cambon fährt fort: „Nach den Auskünften, die ich von mehreren Seiten erhalte, glauben Deutschland und Österreich offenbar, daß Rußland und Frankreich durch Englands Zaudern zurückgehalten werden. Daher kommt vielleicht die Zuversicht, die man hier zur Schau trägt. Wie das alles aber auch enden wird, E. Exzellenz werden beurteilen, ob es für unsere Militär- und Marinebehörden nicht Zeit wäre, ohne öffentliche Maßregeln das Erforderliche zu tun, um nicht durch die Ereignisse überrascht zu werden." Weiter schreibt Jules Cambon: „Der russische Geschäftsträger hat ebenso wie ich das Gerücht vernommen, daß Österreich, trotz seiner Erklärung

[1] Telegramme 188, 189.

keine Einverleibung serbischen Gebiets zu wollen, Teile von Serbien besetzen würde, bis es völlige Genugtuung erlangt hat. „Man weiß", sagte er zu mir, „was das Wort besetzen bedeutet."

Alle diese Telegramme fliegen hin und her, während die „France" beim Wogenrauschen ihren Kurs fortsetzt. Nur verworrene Geräusche dringen aus den europäischen Kanzleien bis zu uns. Wir wissen nicht, daß Jules Cambon am 24. Juli nach Paris telegraphiert hat. „Der offiziöse ‚Lokalanzeiger' von heute bringt einen Kommentar zu der österreichischen Note, aus dem ich folgenden Satz ausziehe: ‚In Belgrad wird man diese Note als furchtbaren Schlag ins Gesicht empfinden. Die serbische Regierung wird die demütigenden Bedingungen der Note annehmen oder Nein sagen. Dann werden die so oft geladenen österreichischen Flinten losgehen'."

Wir wissen nichts von den Telegrammen, die der französische Geschäftsträger in Kristiania, Chevalley, am 26. an seinen Kollegen in Kopenhagen sendet, um Einzelheiten über die Heimkehr der deutschen Flotte zu geben. Wir wissen nichts von der Unterredung des Grafen Berchtold mit dem neuen russischen Geschäftsträger in Wien, Fürst Kudaschew[1]. „In der österreichisch-ungarischen Regierung", sagt Graf Berchtold, „hat Einstimmigkeit geherrscht über die harten Bedingungen, die Serbien auferlegt werden sollten. Wir müssen beweisen, daß wir noch eine Großmacht sind. Und da man zugibt, daß unser Dasein für das europäische Gleichgewicht notwendig ist, müßte Rußland uns zustimmen, daß wir energisch einer Bewegung Einhalt tun, die auf Zerstückelung der Monarchie abzielt."

Selbstredend wissen wir auch nichts von dem Telegramm, das der österreichische Botschafter in Berlin am 25. Juli an den Ballplatz richtet: „Man sieht hier (in der Wilhelmstraße) in jeder Verzögerung des Beginns der kriegerischen Operationen große Gefahr betreffs Einmischung anderer Mächte. Man rät uns dringend, sofort vorzugehen und die Welt vor ein fait accompli zu stellen. Ich teile diese Ansicht des Auswärtigen Amtes vollkommen[2]."

Wir wissen nichts von einer Unterredung, die am 26. zwischen dem deutschen Militärattaché in St. Petersburg und dem russischen Kriegsminister stattgefunden hat, jener seltsamen und verdächtigen Persönlichkeit, von der ich schon sprach, dem General Suchom-

[1] Telegramm Dumaines Nr. 107, 24. Juli.
[2] Österreichisches Rotbuch, II, Nr. 32.

linow. Paélologue berichtet darüber an Bienvenu-Martin: „Rußland beschränkt sich gegenwärtig auf Mobilmachungsvorbereitungen, da der Mobilmachungsbefehl selbst noch nicht veröffentlicht ist. Ergreift Deutschland gegenüber Rußland oder Frankreich die Initiative zu irgendeiner militärischen Maßregel, so wird der Zar Nikolaus sofort die Mobilmachung befehlen[1].“

Wir wissen nichts von den Telegrammen, die Jagow und Zimmermann seit dem 23. an Schoen senden und die später am Quai d'Orsay entziffert worden sind: „Berlin, 23. Juli 1914, 6,23. Wir betrachten die Regelung des österreichisch-serbischen Zwischenfalls als eine ausschließlich zwischen den beiden Beteiligten zum Austrag zu bringende interne Angelegenheit, auf die uns Keinerlei Einwirkung zusteht, und haben daher auch keinerlei Einfluß auf die Entschließung des Wiener Kabinetts ausgeübt. Ew. Exzellenz wollen daher auch Ausführung des gestern Abend dorthin abgegangenen Erlasses erst vornehmen, nachdem der Wortlaut der österreichischen Note an die serbische Regierung durch die Presse bekannt geworden ist. Andernfalls könnte der Eindruck entstehen, als ob uns derselbe vorher bekannt gewesen wäre. Jagow“. – Wie man sieht, stets das gleiche System der Verschleierung. – „Berlin, 24. Juli 1914, 10,35 Uhr. In hiesigen Blättern wird (Ansicht[2]) verbreitet, daß wir Österreich-Ungarn zu scharfer Note an Serbien veranlaßt haben und an ihrer (Abfassung) beteiligt sind. Gerücht scheint von (unlesbar) zu stammen. Wollen Sie ihm entgegentreten ... Wir haben keinen Einfluß auf (Inhalt) der Note (ausgeübt) und so wenig wie andere Mächte ... vor ... in irgendeiner Weise Stellung zu nehmen. Nachdem Österreich aus eigenem (Antriebe beschlossen hat), eine scharfe Sprache zu führen, könnten wir jetzt in Wien nicht zum (Zurückweichen) raten; das ist (begreiflich). Österreich-Ungarn ... nach ... und wäre (im Falle endgültigen Zurückweichens). Zimmermann.“ – „Berlin, 25. Juli 1924, 2,49 Uhr. Kaiserlicher Botschafter in St. Petersburg telegraphiert: Hatte lange Unterredung mit Sasonow, der sehr erregt war und sich in maßlosen Anklagen gegen Österreich erging. Er hat auf das bestimmteste erklärt, Rußland könne unmöglich darein willigen, daß

[1] Telegramm aus St. Petersburg, 27. Juli 1914, ohne Nr. Abgegangen 13,28, eingetroffen 13,55 Uhr.

[2] Die eingeklammerten Worte sind von unserem Chiffrierbureau als zweifelhaft angegeben.

der österreichisch-serbische Streit nur zwischen den Beteiligten ausgetragen wird. Die Verpflichtungen, die Serbien nach der bosnischen Kriese übernommen hat, seien ganz Europa gegenüber eingegangen; somit sei die Sache eine europäische Angelegenheit, und Europa habe zu untersuchen, ob Serbien seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Er wünschte daher, daß das Aktenstück über die Untersuchung den Kabinetten der Mächte vorgelegt werde. Österreich könne also nicht Richter und Partei in seiner eigenen Sache sein. Sasonow hat erklärt, er könne die in der österreichischen Note behaupteten Tatsachen nicht als erwiesen ansehen, da die Untersuchung von größter Bedeutung zu sein scheine ... Ich bat Sasonow sehr ernstlich, sich nicht gegen Österreich ... zu lassen und keine (verzweifelte oder verächtliche) Sache in Schutz zu nehmen. Rußland könne sich nicht zum (Mitschuldigen von ...) machen. In der Unterredung hat Sasonow erklärt: „Tut Österreich-Ungarn Serbien Gewalt an, so werden wir Krieg mit ihm führen." (Hieraus läßt sich leicht entnehmen,) daß Rußland (erst in dem Augenblick zu den Waffen greifen würde,) wo Österreich ... auf serbischem Gebiet beginge. Ebenso scheint der Wunsch nach einer europäischen (Prüfung) der Frage zu beweisen, daß man von seiten Rußlands keinen unmittelbaren ... zu gewärtigen hat. Jagow."

Wir wissen nicht, daß Deutschland auf diese Weise beharrlich die Rolle des Pontius Pilatus spielt, daß es den Plan eines Schrittes in Belgrad und das unmittelbare Bevorstehen der Übergabe der Note gekannt hat, ohne Österreich Mäßigung anzuraten, daß es nach dem Ultimatum Österreich freie Hand gegenüber Serbien gelassen hat, daß es die bedauerliche Wirkung kennt, die die Wiener Drohungen und die Demütigung Serbiens in St. Petersburg hervorgerufen haben, und daß es schließlich hofft, Rußland werde abwarten, wenn die österreichischen Truppen nicht in serbisches Gebiet eindringen.

Wir wissen nicht, daß Jagow im Widerspruch zu seinem Versprechen an Sir Edward Goschen absichtlich unterlassen hat, die Bitte um Verlängerung der Serbien gestellten Frist nach Wien zu übermitteln[1].

Wir wissen nicht, daß der Prinzregent Alexander von Serbien sich an den Zaren mit der Bitte um seinen Schutz gewandt hat und

[1] Die deutschen Dokumente, 164, 171. Vgl. Renouvin, op. cit., S. 58f.

daß dieser ihm maßvoll geantwortet hat: „Solange die geringste Hoffnung auf die Vermeidung von Blutvergießen besteht, werden alle meine Bemühungen diesem Ziele gelten. Gelingt es uns trotz unserem aufrichtigsten Wunsche nicht, so können Eure Königliche Hoheit sicher sein, daß Rußland dem Schicksal Serbiens nicht gleichgültig gegenüberstehen wird[1]."

Wir wissen nicht, daß Serbien sich in den wesentlichen Punkten klüglich dem Ultimatum gefügt hat, das Paul Cambon und andere erfahrene Diplomaten für unannehmbar hielten. Paschitsch hat die serbische Antwort wenige Minuten vor Ablauf der Frist erteilt. Ihre maßvolle Form sticht von der der österreichischen Note ab. Serbien erklärt sich bereit, schon am 26. im „Belgrader Amtsblatte" die von ihm geforderte Erklärung zu veröffentlichen. Es verspricht, sie auch dem Heere durch Tagesbefehl mitzuteilen, die Narodna und alle Verbände, die gegen Österreich wirken könnten, aufzulösen, die Schuldigen zu verhaften und zu bestrafen, das Pressegesetz abzuändern, alle Offiziere, Soldaten und Beamten, deren Verantwortung für die Propaganda feststeht, aus dem Heere zu entlassen. Die serbische Regierung lehnt nicht einmal die Beteiligung österreichischer Beamter an der Untersuchung völlig ab; sie wünscht nur zu wissen, wie diese Beteiligung stattfinden solle, und beschränkt sich auf die Erklärung, sie könne keine Maßregeln annehmen, die dem internationalen Recht und den nachbarlichen Beziehungen zuwiderlaufen; sie schlägt vor, die Ergebnisse der Untersuchung „in konkreten Fällen" den österreichischen Beamten mitzuteilen. Zum Schluß erklärt sie, daß Serbien, falls Österreich mit dieser Reihe von Zugeständnissen nicht zufrieden sei, bereit sei, sich der Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes oder derjenigen der Großmächte zu unterwerfen, die an der Ausarbeitung der Akte vom 31. März 1909 beteiligt waren[2]. Das ist gewiß keine völlige Kapitulation; Österreich wäre berechtigt, die Bedingungen und Vorbehalte der serbischen Antwort in Frage zu stellen. Aber selbst Wilhelm II. fand beim Lesen dieser Note,

[1] Serbisches Blaubuch, 33 u. 37. – „Les journées tragiques de juillet 1914", von Sasonow, „Revue des Deux Mondes", 1. August 1927, S. 529f.

[2] S. Gelbbuch, S. 61 ff. Der anspruchsvolle Morhardt hat diese Antwort negativ gefunden (Les preuves. Le crime de droit commun. Le crime diplomatique, S. 87 bis 105). Renouvin ist dieser Ansicht in einer sehr bündigen Untersuchung entgegengetreten (S. 63f.) und hält sie sogar für befangen.

daß Österreich in allen wesentlichen Punkten Genugtuung erlangt habe[1]. Das war auch Bethmann Hollwegs Meinung[2]. Was tut es? Österreich hat sich geschworen, unnachgiebig zu sein. Sein Gesandter Baron Giesl dreht Belgrad den Rücken, während die serbische Regierung die Mobilmachung befiehlt, sich aber nach Nisch zurückzieht, wohin die Skupschtina einberufen wird, und Österreich selbst 20 Divisionen, d. h. 400000 Mann, mobil macht, die gegen Serbien bestimmt sind und auf Kragujewatsch vorrücken sollen[3].

In Sofia bildet das Freudengeschrei der Bulgaren schon den Widerhall des alldeutschen Ehrgeizes. Nach den Ereignissen von 1913 hat dies Einvernehmen nichts Überraschendes. In einem Telegramm vom 25. Juli stellt de Panafieu fest, daß Bulgarien alle Vorteile in Rechnung bringt, die es aus dem Konflikt schlagen kann. „Der österreichische Gesandte", schreibt er, „ist vor vier Tagen nach Sofia zurückgekehrt und hat lange und häufige Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten gehabt, der selbst mit dem König gesprochen hat. Wenn die österreichischen Truppen das serbische Gebiet besetzen (wie es heißt, soll dies morgen geschehen), so werden die bulgarischen Truppen nicht zaudern, in das serbische Mazedonien einzurücken."

Wir wissen fast nichts von diesen Nachrichten und Urkunden. Wir wissen sogar nur sehr wenig von dem, was in Paris geschieht. Die drahtlose Telegraphie übermittelt uns meist nur verstümmelte, unverständliche Sätze. Unsere Verbindung mit dem Festlande scheint systematisch gestört zu werden, und das ist auch der Fall, wie wir später erfahren sollen. Die deutsche Regierung hat Befehl gegeben, sie während unserer Reise zu stören. Das beweisen die Vermerke in dem Tagebuche der Funkstation Metz: 27. Juli 1914, 2 Uhr. Gouv. befiehlt Störung französischen Funkverkehrs in einer den Frieden nicht verletzenden Form. — 3 Uhr. Der Funkverkehrsingenieur gibt Befehl, den französisch-russischen Funkverkehr zu stören. — 28. Juli, 4 Uhr. Der Eiffelturm hat unsere Absicht begriffen, seinen Verkehr zu stören, und sucht uns offenbar irrezuführen, indem er mit großer Energie Nachrichten nach Dünkirchen für das Schiff „France" funkt, das nicht antwortet. Mit

[1] Die deutschen Dokumente, 271.

[2] Ebenda, 456.

[3] Von Dumaine, Nr. 113.

Rücksicht auf die eventuelle Bedeutung des Inhalts der Depeschen für Rußland ist dieser Verkehr gleichfalls unterbunden."

Somit hat man nicht nur auf unsere Abreise aus Rußland gewartet, um das Ultimatum zu schleudern; man hat nicht nur verhindern wollen, daß die französische Regierung sich mit ihren Verbündeten verständigen konnte, um zwischen Österreich und Serbien zu vermitteln, sondern man hat hierauf auch das möglichste getan, um den Präsidenten der Republik und den Ministerpräsidenten am Verkehr mit ihrem Lande zu hindern.

Während unsere Schiffe auf einem grauen, fast leeren Meere, das gleichgültig gegen die menschlichen Konflikte ist, von der Welt getrennt in Kiellinie ihren eintönigen Weg fortsetzen, der uns endlos dünkt, versucht Bienvenu-Martin am 26., uns durch Funksprüche nach der „France" einen summarischen Bericht über die österreichischen Entscheidungen zu geben. Da er uns nicht zu erreichen fürchtet, telegraphiert er nach Kopenhagen, wo wir uns nach seiner Ansicht aufhalten werden, und wo seine Nachricht uns natürlich nicht erreicht. „Obwohl die serbische Regierung", meldet er, „mit Ausnahme von zwei kleinen Vorbehalten in allen Punkten nachgegeben hat, hat der österreichisch-ungarische Botschafter alle Beziehungen abgebrochen und damit den festen Willen seiner Regierung bewiesen, zur Bestrafung Serbiens zu schreiten."

Am Nachmittag desselben 26., um 5 Uhr, erscheint v. Schoen am Quai d'Orsay und verlangt, von Bienvenu-Martin empfangen zu werden[1]. „Österreich", sagt er, „hat Rußland wissen lassen, daß es weder eine Gebietserweiterung beabsichtigt noch die Unversehrtheit des Königreichs Serbien anzutasten gewillt ist. Sein einziges Ziel ist, seine eigene Ruhe sicherzustellen und Polizeimaßnahmen zu treffen. Es hängt also von Rußlands Entscheidungen ab, ob ein Krieg vermieden wird. Deutschland fühlt sich mit Frankreich solidarisch in dem heißen Wunsche, daß der Friede erhalten bleiben kann. Es hat die feste Hoffnung, daß Frankreich seinen Einfluß bei der russischen Regierung in beruhigendem Sinne aufbieten wird." So überrascht Bienvenu-Martin von diesem Schritt ist, er hütet sich, diese Anregung abzulehnen. Aber er erklärt weislich: „Die natürliche Gegenleistung für die Ratschläge zur Mäßigung, die

[1] Gelbbuch, 56; Rotbuch, 28; Schwarzbuch, II, 278. – Die deutschen Dokumente, 235. – Vgl. Joseph Reinach, Histoire des douze jours, 23 juillet – 3 août 1914. Librairie Félix Alcan, 1917.

Frankreich in St. Petersburg geben könnte, wäre eine deutsche Einwirkung auf Wien zur Verhütung von Kriegshandlungen, die auf eine Besetzung Serbiens abzielen." – „Nein", entgegnet sofort Schoen, der in diesem Punkt bestimmte Weisungen erhalten hat[1], „Nein, ein solcher Schritt wäre unvereinbar mit dem deutschen Standpunkte, daß die Frage lediglich Österreich und Serbien angeht." – „Die Vermittlung in Wien und in St. Petersburg" beharrt Bienvenu-Martin, „könnte durch die vier Mächte erfolgen, die an dem Konflikt am wenigsten beteiligt sind." – „Nein", entgegnet Schoen, „der einzige Punkt, wo gehandelt werden muß, ist St. Petersburg". – „Unter diesen Umständen", schließt Bienvenu-Martin, „halte ich mich nicht für befugt, Ihnen eine günstige Antwort zu geben, besonders, da der Ministerpräsident abwesend ist. Ich werde ihm darüber berichten."

Schoen will diese Ablehnung nicht für endgültig ansehen und kommt um 7 Uhr abends nochmals ins Ministerium, wo er sich bei dem Unterdirektor der politischen Angelegenheiten, Berthelot, melden läßt. Er wünscht die Veröffentlichung einer Pressenotiz über seine Unterredung mit Bienvenu-Martin und schlägt Berthelot selbst folgende Fassung vor. „Der deutsche Botschafter und der Minister des Auswärtigen haben am Nachmittag eine neue Unterredung gehabt, in der sie im freundschaftlichsten Sinne und im übereinstimmenden Friedenswillen die Mittel geprüft haben, durch die der allgemeine Friede erhalten bleiben könnte." – „Somit", entgegnet Berthelot, „ist nach Ihrer Ansicht alles in Ordnung. Sie werden die Versicherung geben, daß Österreich die serbische Note annimmt oder darüber zu Unterredungen mit den Mächten bereit ist." – „Nicht doch! Durchaus nicht!" ruft Schoen aus. – „Wenn sich an der ablehnenden Haltung Österreichs nichts ändert," fährt Berthelot fort, „sind die Ausdrücke der Note, die Sie vorschlagen, zu weitgehend. Sie sind geeignet, die öffentliche Meinung in Frankreich in falsche Sicherheit zu wiegen und ihr Illusionen über eine Lage zu machen, die nicht ungefährlich ist." Als der Botschafter in sehr optimistischem Tone den Gedanken einer Gefahr ablehnt, fährt Berthelot fort: „Darf ich persönlich zu Ihnen reden?" – „Gern." – „Nun, sehen Sie, ich kann mir die Haltung Ihres Landes nicht erklären, wenn es nicht auf den Krieg hinaus will.

[1] Die deutschen Dokumente, 200.

Sie haben wiederholt gesagt, Deutschland habe die österreichische Note nicht gekannt. Gut. Wir können Ihnen nur aufs Wort glauben. Aber wie kann Deutschland sich dann bei solch einem Abenteuer blindlings auf Österreichs Seite stellen? Wie konnte Österreich selbst eine unnachgiebige Haltung ohne Möglichkeit eine Zurückweichens einnehmen, ehe es mit seinem Verbündeten alle Folgen seines Beschlusses erwogen hatte? Welche Verantwortung nähme die deutsche Regierung auf sich, und welchen Argwohn ließe sie auf sich ruhen, wenn sie sich weigerte, in Wien mit den anderen Mächten einen Rat zu geben, der genügen würde, um den auf Europa lastenden Alb zu verscheuchen?" Schoen hört stillschweigend zu und lächelt verlegen. Er bekräftigt nochmals, Deutschland habe den Wortlaut der österreichischen Note nicht gekannt. Ich bezweifle nicht, daß er an die Wahrheit dieser Versicherung glaubte, aber wie man gesehen hat, widersprach sie den Tatsachen. Er behauptet, daß Deutschland nicht früher als die anderen Mächte Kenntnis von dem Ultimatum erhalten habe, aber daß es Österreich darin zustimmt, daß es Serbien eine notwendige Lehre gebe. Immerhin verhehlt er nicht, daß er sich nicht erklären kann, daß Österreich die serbische Antwort nicht angenommen hat, wenn sie so lautet, wie sie in der Presse erschienen ist. Er beendet das Gespräch mit ein paar versöhnlichen Worten, die zweifellos der loyale Ausdruck seiner persönlichen Gesinnung sind.

Noch ist der 26. nicht zu Ende gegangen, als Bienvenu-Martin von unserm Geschäftsträger in Luxemburg, d'Annoville, der den beurlaubten Mollard vertritt, die Meldung erhält: nach Nachrichten aus Diedenhofen hätten die vier letzten entlassenen deutschen Jahrgänge Befehl erhalten, sich zu jeder Stunde zur Verfügung der Kommandantur zu halten, und die Reservisten seien, ohne völlig mobilgemacht zu werden, angewiesen worden, ihren Wohnsitz fortan nicht zu verlassen.

Dreiundzwanzigstes Kapitel

Paris ruft uns zurück – Wir beschließen, uns in Kopenhagen nicht aufzuhalten – Stets auf See – Neues Durcheinander in den Gerüchten vom Festlande – Österreichs Kriegserklärung an Serbien und Beschießung Belgrads – Landung in Dünkirchen – Rückkehr nach Paris – Zusammentritt des Ministerrates – v. Schoen sucht Viviani auf

Montag, 27. Juli. – Die Telegramme aus Paris, die in dieser Nacht einlaufen, sind zwar noch sehr gestaltlos, drücken jedoch deutliche Besorgnis und Ungeduld aus. Man möchte, daß wir schon auf der Heimreise wären. Wie Bienvenu-Martin uns mitteilt, ist dies der einstimmige Wunsch der anwesenden Minister. Wie Abel Ferry uns seinerseits telegraphiert, beginnt die öffentliche Meinung und die Presse uns Vorwürfe zu machen, daß wir unsere Reise in einem so kritischen Augenblick fortsetzen[1].

So peinlich es ist, ein gegebenes Wort nicht zu halten, ich fühle mich verpflichtet, auf die versprochenen Besuche zu verzichten. Wir können gegen den Ruf unserer Landsleute nicht mehr taub bleiben. Viviani und ich vereinbaren die unmittelbare Rückkehr nach Frankreich. Sobald dieser Entschluß gefaßt ist, setzen wir den Quai d'Orsay sowie die französischen Gesandten in Dänemark und Norwegen durch Funkspruch davon in Kenntnis. Den Königen der beiden Länder telegraphiere ich, daß der Ernst der Ereignisse mir die schleunige Rückkehr nach Paris zur gebieterischen Pflicht mache, und ich bitte sie mit einiger Verlegenheit um Entschuldigung.

Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich mehr Ruhe bewahrt und uns nicht zu dieser doppelten Unhöflichkeit genötigt hätte. Da aber andrerseits der Deutsche Kaiser überstürzt nach Berlin zurückgekehrt war, empfahl es sich, daß auch das französische Staatsoberhaupt und der Leiter der Regierung sich nicht zu gleichgültig gegen die Krise zeigten.

Vor 7 Uhr morgens erhalten der „Lavoisier" und die Torpedoboote Befehl, Kurs auf Kopenhagen zu nehmen, um sich dort zu

[1] S. Lyon républicain, 22. Oktober 1922, Aufsatz von Messimy.

bekohlen und so schnell wie möglich nach Dünkirchen zurückzukehren. Der „Stylet" soll dem französischen Gesandten das Telegramm überbringen, das wir an ihn gerichtet hatten. So fahren wir denn in südwestlichem Kurs mit 16 bis 17 Knoten Geschwindigkeit. Dicke Regentropfen verriegeln den Horizont. Ein deutscher Kreuzer, der anscheinend von Kiel kommt und in der mecklenburgischen Bucht kreuzt, kommt uns entgegen und begrüßt uns. Nach dem internationalen Brauche schweigt die „France" wie jedes Schiff, das ein Staatsoberhaupt an Bord hat, aber der „Jean Bart" antwortet eifrig.

Kurz darauf taucht ein deutsches Torpedoboot auf; als es uns sichtet, macht es kehrt und fährt rasch davon. Es scheint nur gekommen zu sein, um unsere Anwesenheit festzustellen. Übrigens fangen die Antennen der „France" einen Funkspruch auf, den der deutsche Kreuzer, dem wir eben begegnet sind, nach der Begrüßung abgesandt hat. Der Chiffretext entgeht uns, aber zweifellos ist es eine Meldung an die kaiserliche Regierung über unser Vorbeikommen.

Viviani telegraphiert nach St. Petersburg: „An Bord der ‚France', 27. Juli 1914. Da der Präsident der Republik gleich mir der Ansicht ist, daß die Lage ihm ein längeres Fernsein von Paris nicht erlaubt, gibt er seine Aufenthalte in Kopenhagen und Kristiania auf. Wir kehren mit voller Kraft heim und werden übermorgen, Mittwoch, am Nachmittag, in Frankreich sein. Wollen Sie Sasonow sagen, daß Frankreich gleich Rußland in Würdigung der hohen Bedeutung, die für beide Länder darin liegt, ihr völliges Einvernehmen gegenüber den anderen Mächten zu betonen und nichts zu unterlassen, um die Beilegung des Konflikts herbeizuführen, bereit ist, das Vorgehen der kaiserlichen Regierung im Interesse des allgemeinen Friedens völlig zu unterstützen."

Nach Paris schickt Viviani zwei andere Telegramme. „An Bord der ‚France', 27. Juli 1914, 7,50 morgens [1]. Im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Republik habe ich soeben den Entschluß gefaßt, sofort nach Frankreich zurückzukehren, ohne mich in Kopenhagen und Christiania aufzuhalten. Ich kann unmöglich einen schnelleren Weg als den Seeweg einschlagen. Wir werden Mittwoch

[1] In Paris eingegangen 14,20 Uhr.

Morgen in Dünkirchen eintreffen und die Maßnahmen zur sofortigen Weiterfahrt nach Paris ergreifen, wo wir zu Beginn des Nachmittags sein werden. Viviani. Bitte folgende Notiz, die Pognon im Einvernehmen mit mir aufgesetzt hat, mit äußerster Beschleunigung an Agence Havas weitergeben: ‚Wegen des österreichisch-serbischen Konflikts und des österreichischen Mobilmachungsbeschlusses, der die Rückkehr des Deutschen Kaisers und eines großen Teiles des Ostseegeschwaders nach Kiel veranlaßt hat, hat der Präsident der Republik es nicht für angezeigt gehalten, länger von Paris fernzubleiben. Obwohl der Ministerpräsident an Bord der „France" in dauernder Verbindung mit dem Quai d'Orsay und mit den französischen Vertretern im Auslande geblieben ist, schien es notwendig, daß das Staatsoberhaupt und der Minister des Auswärtigen nach dem kurzen Besuche in Stockholm, der außenpolitisch von ernster Bedeutung war, unverzüglich in den Mittelpunkt der öffentlichen Meinung Frankreichs zurückzukehren, um sich auf sie zu stützen. Es wurde erkannt daß das schnellste Mittel die direkte Fahrt mit voller Geschwindigkeit nach Dünkirchen ist, wo sie Mittwoch Morgen eintreffen werden. Der Präsident der Republik wird sich also weder in Kopenhagen noch in Christiania aufhalten. Er hat den Herrschern dieser beiden Länder telegraphisch sein lebhaftes Bedauern ausgedrückt, daß er von einer gebieterischen Pflicht gezwungen sei, die geplanten Besuche auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben'. Gez. Viviani."

In meiner zunehmenden Bängnis denke ich mit einigem Schwermut an die dänischen und norwegischen Fahnen, die man von den Häuserfronten abnehmen wird, an die abgeflückten Blumen, die verwelken werden, an die Lampions, die man nicht anstecken wird, an die abgerissenen Triumphbögen und an die verlorenen Ausschmückungen. Welch ein Morgen droht uns nach diesen abgesagten Festen? Wenn Hamlet heute abend wieder auf die Terrasse von Helsingör tritt, welchen Geistern wird er da begegnen?

Der 27. verstreicht langsam. Wir nehmen zunächst nördlichen Kurs und fahren mit aller üblichen Vorsicht durch den Belt. Erst später, als wir nach Westen, dann nach Süden abgebogen sind, können wir mit 18 Knoten, der höchsten möglichen Geschwindigkeit, fahren.

Wir erhalten neue Telegramme, aber obwohl Viviani zur Be-

ruhigung der öffentlichen Meinung in Frankreich durch die Agence Havas hat mitteilen lassen, daß wir in dauernder Verbindung mit dem Festlande stehen, sind wir von der Wirklichkeit noch sehr weit entfernt. Was wir wissen, beschränkt sich im wesentlichen auf folgendes. Für den Augenblick hat Österreich sich damit begnügt, seinen Gesandten aus Belgrad abzuberufen und seine Mobilmachung zu beginnen. Rußland hat grundsätzlich beschlossen, 13 Armeekorps mobil zu machen, falls Österreich Serbien angreift, aber bis jetzt ist dieser Beschluß nicht ausgeführt. Übrigens scheint Serbien nach den bei uns einlaufenden Nachrichten auf alle Punkte des Ultimatums bis auf zwei eingegangen zu sein. Wenn Österreich seinen Sieg noch weiter treiben will, wenn es Belgrad besetzt, wird Europa es zulassen? Wenn Rußland eingreift, was wird England sagen? Was Deutschland? Viviani leidet geistig und körperlich darunter, daß er sich nicht genau über alles unterrichten kann, daß er nicht einmal die wesentlichen Unterlagen der zu lösenden Probleme zur Hand hat. Erregt geht er auf der Brücke der „France" auf und ab, bleibt lange schweigend stehen und kommt zwischendurch wieder zu mir, um seinem bedrängten Herzen bei mir Luft zu machen.

Während wir unsere Eindrücke austauschen oder de Margerie fragen, überstürzen sich die Ereignisse auf dem Festlande. Nachdem Sir Edward Grey am 24. den Fürsten Lichnowsky empfangen und gesagt hatte, ein Staat, der die Bedingungen der österreichischen Note annähme, könne nicht mehr zu den selbständigen Staaten zählen[1], hatte er den Plan einer Vermittlung zu Vieren entworfen. Natürlich hatte Österreich diesen Plan abgelehnt, und am 27. hatte der österreichische Botschafter in Berlin triumphierend an den Grafen Berchtold telegraphiert:[2] „Staatssekretär erklärte mir in streng vertraulicher Form sehr entschieden, daß in der nächsten Zeit eventuell Vermittlungsvorschläge Englands durch die deutsche Regierung zur Kenntnis Eurer Exzellenz gebracht würden. Die deutsche Regierung versicherte auf das bündigste, daß sie sich in keiner Weise mit den Vorschlägen identifiziere, sogar entschieden gegen deren Berücksichtigung sei und dieselben nur weitergebe, um der englischen Bitte Rech-

[1] Die deutschen Dokumente, 157.

[2] Österreichisches Rotbuch, Nr. 68.

nung zu tragen". Den englischen Schritt, der auch der französische war, berücksichtigen, heißt nach Deutschlands Ansicht also versuchen, ihn zum Scheitern zu bringen.

Deutschland hat eine andere Methode im Auge. In München haben begeisterte Kundgebungen vor der preußischen und der österreichischen Gesandtschaft stattgefunden[1]. In Berlin singt die Menge die Wacht am Rhein. Jules Cambon findet den Geisteszustand immer beunruhigender. Er schreibt nach Paris"[2]: „Nach den Nachrichten, die ich aus sehr sicherer Quelle erhalte, soll Deutschland, wenn die jetzige Lage sich nicht in wenigen Tagen friedlich klärt und wenn Rußland es beunruhigt, die Absicht haben, einen Schlag zu führen . . . Wir müssen uns klar werden, daß alle unsere friedlichen Absichten Deutschland nicht zurückhalten werden, so lange es uns durch unser Bündnis mit Rußland gebunden weiß. Wir sind also nicht Herr darüber, den Angriff auf uns zu verhindern, wenn der Krieg zwischen Berlin und St. Petersburg ausbrechen soll. Nach dem, was ich höre, werden alle Offiziere zurückberufen, und eine gewisse Anzahl von Vorbereitungsmaßnahmen sind im Gange. Ich mache die Regierung erneut auf die Notwendigkeit aufmerksam, auch unsererseits ohne Aufsehen alles zu tun, was vor der Mobilmachung geschehen kann. Wie ich gleichfalls erfahre, ist Deutschland noch überzeugt, daß England sich zurückhalten wird. Ihm sind die Augen nicht geöffnet. Ohne eine Erklärung wie die Lloyd Georges im Jahre 1911 zu fordern, scheint es zweckmäßig, Deutschland klar darauf hinzuweisen, daß Englands tatsächlicher Beistand uns nicht fehlen wird." Aber wir sind dieses Beistandes bisher keineswegs sicher, und in Berlin verbreitet man mit oder ohne Überzeugung das Gerücht, England werde neutral bleiben. Diesen Eindruck erklärt Prinz Heinrich von seinem kürzlichen Aufenthalt in London und von seinen Gesprächen mit dem König heimgebracht zu haben. Am 27. schreibt unser Geschäftsträger in England de Fleuriau an den Quai d'Orsay[3]: „Das Wolffsche Bureau hat in letzter Nacht ein Telegramm von Berlin nach London gesandt, wonach Sir Edward Grey am Sonnabend bei einer Unterhaltung mit dem russischen Botschaf-

[1] Telegramm Allizés, 27. Juli.

[2] Depesche Nr. 436, 27. Juli. Vgl. „The National Review", London, Oktober 1925. „White washing Germany" von John Pollock und F. v. Marwitz.

[3] Depesche Nr. 357.

ter erklärt haben soll, die britische Regierung habe kein Interesse an dem österreichisch-serbischen Konflikt; Graf Benckendorff soll beim Verlassen des Foreign Office sehr niedergeschlagen ausgesehen haben. Dies Telegramm ist vom Leiter der russischen Agentur angehalten worden und in den Londoner Zeitungen bisher nicht erschienen. Der russische Botschafter hat es Sir Edward Grey vorgelegt, um ihm zu beweisen, wie sehr das deutsche Bureau die Haltung Englands entstellt. Ganz offenbar sucht die Kriegspartei in Berlin die Öffentlichkeit mit allen möglichen Mitteln zu überzeugen, daß England neutral zu bleiben gedenke. Zum Glück widerspricht diesen falschen Nachrichten der Beschluß über die englische Flotte, deren Auseinanderziehung seit heute nacht rückgängig gemacht ist." Das ist in der Tat die erste Vorsichtsmaßregel der britischen Regierung. Bekanntlich hat König Georg in der letzten Woche in Spithead die Flottenschau über die drei Geschwader der „Home fleets" abgenommen. Sie waren dann bei Portland vor Anker gegangen und sollten demobil gemacht werden. In der Nacht vom 26. zum 27. ist Befehl ergangen, diese Demobilmachung aufzuschieben. Hoffentlich kühlt dieser Beschluß die nationalistische Begeisterung in Berlin etwas ab.

Aber Deutschland, das Österreich den Zügel schießen läßt und es auf der schiefen Ebene nicht aufhalten will, sucht zugleich, uns von Rußland zu trennen. Nachdem Philippe Berthelot Schoen am 26. empfangen und mit ihm höflich über die Fassung der von dem Botschafter gewünschten Pressenotiz debattiert hatte, hat er der Presse folgende Mitteilung übergeben: „Der deutsche Botschafter und der Minister des Auswärtigen haben eine neue Unterredung gehabt, in der sie nach Möglichkeiten einer Aktion der Mächte zur Erhaltung des Friedens gesucht haben. "Aber Schoen, der die Absichten Berlins kannte, begnügte sich nicht mit dieser harmlosen Notiz, die nicht geeignet war, Rußland zu verletzen. Schon am 27. vormittags ließ er Berthelot folgenden Privatbrief überbringen:

„Kaiserlich Deutsche Botschaft
Paris, 78, Rue de Lille.

„Lieber Herr Berthelot, ich glaube Ihnen dienlich zu sein, wenn ich Ihnen eine kurze Zusammenfassung dessen gebe, was ich gestern die Ehre hatte, dem Herrn Minister zu sagen. Beachten Sie bitte den Satz über die solidarische Friedensgesinnung. Das

ist keine banale Redensart, sondern der ehrliche Ausdruck der Wirklichkeit. In herzlicher Ergebenheit. Gezeichnet: Schoen."

Auf dem zweiten Blatte steht folgende Zusammenfassung:

„Das Wiener Kabinett hat dem Petersburger Kabinett amtlich und in aller Form mitteilen lassen, daß es in Serbien keine Gebietserwerbung beabsichtigt und die Unversehrtheit des Königreichs nicht antasten will. In diesem Augenblick hängt die Entscheidung, ob ein europäischer Krieg ausbrechen soll, lediglich von Rußland ab. Die deutsche Regierung hegt das feste Vertrauen, daß die französische Regierung, mit der sie sich in dem heißen Wunsche solidarisch weiß, daß der europäische Friede erhalten bleibt, ihren ganzen Einfluß im beruhigenden Sinne beim Petersburger Kabinett aufbieten wird."

Deutschland hält also an seinem Plane fest. In Wien will es nicht handeln, aber von uns verlangt es, daß wir in St. Petersburg handeln. Am 27. um 2 Uhr nachmittags kommt Schoen, da er von Bienvenu-Martin keine andere Antwort erhalten hat als tags zuvor, nochmals nach dem Quai d'Orsay und geht zu Abel Ferry. Er erklärt sich persönlich bereit, bei seiner Regierung darauf zu bestehen, daß der gleiche Schritt in Wien und in St. Petersburg erfolgt[1]. Aber er weiß wohl, daß sein Gedanke sich nicht mit dem seiner Regierung deckt und keine Aussicht auf Annahme hat. Er weiß es so wohl, daß er Bethmann Hollweg nichts von diesem Gespräch telegraphiert; erst später, in seinen Memoiren, redet er davon. Wenn der Reichskanzler jeden Rat in Wien ablehnte, so hatte er dabei seinen Zweck, und zwar den, den Jules Cambon angegeben hat: den Bruch des russischen Bündnisses. Das gestand er selbst dem Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Graf Roedern[2]: „Wenn es uns gelingt, Frankreich nicht nur selbst stille zu halten, sondern auch in St. Petersburg mahnen zu lassen, so wird das eine für uns recht günstige Rückwirkung auf das französisch-russische Bündnis haben." Mag v. Romberg sagen, was er will[3]: in diesem Falle war es nicht Bienvenu-Martin, der einen Versöhnungsversuch zum Scheitern brachte.

[1] Memoiren v. Schoens, französische Übersetzung, Plon, 1922, S. 236f., S. 242.

[2] Die deutschen Dokumente, 58.

[3] Romberg, Die Fälschungen des russischen Orangebuches, Berlin 1922, Vorwort, S. XI.

Überdies wird in den von Hans Delbrück, Max Graf Montgelas, Max Weber und Albrecht Mendelssohn-Bartholdy verfaßten Schlußfolgerungen, die Graf Brockdorff-Rantzau am 28. Mai 1919 der Friedenskonferenz eingereicht hat, ausdrücklich anerkannt, daß Deutschland sich am 27. Juli eine Gelegenheit hat entgehen lassen, die entscheidend hätte sein können: „Deutschland hat der österreichischen Absicht, die großserbische Agitation durch eine nötigenfalls mit Waffengewalt unterstützte Aktion aus der Welt zu schaffen, zugestimmt. Es wäre von entscheidender Wichtigkeit gewesen, wenn sofort nach Eintreffen der serbischen Antwortnote am 27. das Wiener Kabinett von unwiderruflichen Maßnahmen abgehalten worden wäre, da die Berliner Regierung schon an diesem Tage den Eindruck gewonnen hatte, daß Serbien weit entgegengekommen war." Die Unterzeichner schreiben die Haltung der Berliner Regierung „mangelnder Entschlußkraft zu". Wie man sieht, war es etwas anderes; in dem Augenblick, wo die „Zivilisten" – zu spät – zur Versöhnung neigten, verdarben die Militärs alles. Aber bei aller Unvollständigkeit ist das Eingeständnis der deutschen Delegation doch wertvoll; es beweist, daß man in Berlin am 27. den Frieden mit Sicherheit retten konnte, dies aber nicht verstand oder nicht wollte.

Dagegen bemühte die Tripleentente sich auf alle Weise um eine friedliche Beilegung. Als Schoen, der persönlich ehrlich für den Frieden arbeitete, am folgenden 27. nochmals am Quai d'Orsay erschien, Bienvenu-Martin aufsuchte und zum ersten Male den Gedanken zu billigen schien, sowohl von Serbien wie von Österreich die Verpflichtung zu verlangen, sich jedes feindlichen Aktes zu enthalten, zauderte Bienvenu-Martin nicht. Er berief sofort Paul Cambon, der in Paris war und im Begriffe stand, nach London zurückzukehren, und er bat ihn, diese Unterredung Sir Edward Grey zur Kenntnis zu bringen.

Übrigens hatte der britische Staatssekretär den Kabinetten in Berlin, Rom und Paris bereits einen Vorschlag gemacht, der sich in glücklicher Weise der Vorgänge von 1912 und 1913 bediente. Der französische, deutsche und italienische Botschafter sollten beauftragt werden, mit ihm nach einem Mittel zur Lösung der Krise zu suchen, selbstverständlich unter der Bedingung, daß Rußland, Österreich und Serbien sich während dieser Unterhaltung jeder aktiven Kriegshandlung enthielten. Sir Arthur Nicol-

son hatte mit dem deutschen Botschafter über diesen Gedanken gesprochen, und der hatte sich ihm geneigt gezeigt. Doch wie Schoen war auch Fürst Lichnowsky im allgemeinen verständiger als seine Regierung. Nochmals gab Bienvenu-Martin sofort seine Zustimmung zu Sir Edward Greys Initiative und schrieb[1]: „Auch hier hat Deutschland das Wort. Es hat Gelegenheit, seinen guten Willen nicht nur mit Worten zu beweisen." Indem Bienvenu-Martin de Fleuriau ermächtigte, noch vor Paul Cambons Rückkehr an der von dem britischen Staatssekretär vorgeschlagenen Zusammenkunft der Botschafter teilzunehmen, setzte er sehr weise hinzu: „Nach meiner Ansicht liegen die Aussichten für den Erfolg von Sir Edward Greys Vorschlag wesentlich in der Einwirkung, zu der Berlin sich in Wien bereitfinden sollte. Ein Schritt bei der österreichisch-ungarischen Regierung, um die Aussetzung der Kriegshandlungen herbeizuführen, würde mir zum Scheitern verurteilt erscheinen, wenn Deutschland seinen Einfluß nicht vorher ausgeübt hätte[2]."

Vergebliche Bemühungen. Deutschland weigerte sich stets, das Wiener Kabinett zurückzuhalten. Anscheinend befürchtete es eine Einbuße seines eigenen Prestiges von dem bloßen Anschein einer Antastung des Prestiges der verbündeten Monarchie. Und so lehnte es nach wie vor entschlossen alle praktischen Mittel ab, die Österreich von einem Angriff auf Serbien abhalten konnten. Jagow antwortete am 27. dem englischen Botschafter und Jules Cambon[3], er stimme nicht zu, daß der italienische, französische und deutsche Botschafter beauftragt würden, mit Sir Edward Grey nach einer Lösung der bestehenden Schwierigkeiten zu suchen, denn das, sagte er, hieße eine richtige Konferenz einsetzen, um über die Angelegenheiten Österreichs und Rußlands zu verhandeln. Jules Cambon beharrte darauf, aber Jagow wich aus und wiederholte, Deutschland habe Österreich gegenüber Verpflichtungen. Es sei zwar zu dem Versuch erbötig, einem österreichisch-russischen Konflikt vorzubeugen, könne aber in den österreichisch-serbischen Konflikt nicht eingreifen. Von dieser Kasuistik überrascht, antwortete Jules Cambon: „Der eine ist doch die Folge des anderen. Es kommt darauf an, zu verhindern, daß eine neue

[1] Rundtelegramm, 27. Juli mittags.

[2] Verbalnote vom 27. Juli.

[3] Telegramm aus Berlin, Nr. 435. – Gelbbuch, Nr. 74.

Lage entsteht, die zu einem Eingreifen Rußlands führen kann." Und als der Staatssekretär dabei blieb, er sei genötigt, Deutschlands Verpflichtungen gegen Österreich inne zu halten, und Jules Cambon ihn fragte: „Sind sie denn verpflichtet, ihm blindlings überallhin zu folgen? Und haben Sie nicht Kenntnis von der Antwort Serbiens an Österreich genommen, die der serbische Geschäftsträger Ihnen heute morgen übergeben hat?" antwortete Jagow: „Ich hatte noch keine Zeit dazu" und blieb bei seiner Ablehnung.

Dienstag, 28. Juli. — Der letzte Tag unserer Seereise. Bei Morgengrauen haben wir die Nordsee erreicht und steuern auf Dünkirchen zu . . . Wir haben telegraphisch angeordnet, daß ein Zug vom frühen Morgen an bereit steht, um uns zur Stunde unserer Ankunft direkt nach Paris zu bringen.

Der König von Dänemark hat mein Entschuldigungstelegramm sehr huldvoll beantwortet. Er begreift sehr wohl, daß die Ereignisse mich zur Rückkehr nach Paris zwingen, und rechnet so bald wie möglich auf meinen Besuch. Gott erhöre ihn! Die Temperatur ist ziemlich stark gesunken. Vom grauen Himmel fallen bisweilen Regengüsse. Auf der etwas bewegten See beginnt die „France" ganz leicht zu rollen.

Die Funksprüche werden klarer. Der britische Vorschlag wird genauer erklärt. Danach sollen die vier unbeteiligten Mächte nicht nur in Wien und St. Petersburg, sondern auch in Belgrad intervenieren, um jeder Kriegshandlung vorzubeugen. Somit will man von Österreich den Aufschub jeder Offensive gegen Serbien fordern und gleichzeitig nur deshalb in St. Petersburg vorstellig werden, um Deutschland den Verzicht auf den Standpunkt zu ermöglichen, daß der Konflikt auf Wien und Belgrad zu beschränken sei.

Nach Rücksprache mit de Margerie telegraphiert Viviani nach Paris, er nähme den englischen Vorschlag an und billige Bienvenu-Martins Antwort.

Inzwischen hat Sasonow, der sich bereit erklärt hatte, „den englischen Vorschlag oder jeden anderen Vorschlag anzunehmen, der zu einer friedlichen Lösung geeignet sei", dem österreichischen Botschafter Graf Szapary selbst angeboten, direkte Verhandlungen zwischen St. Petersburg und Wien zu führen, und er hat zu diesem Zweck Deutschlands „Mitwirkung" erbeten[1]. Man muß, hat er ge-

[1] Die deutschen Dokumente, 238 u. 282, 26. u. 27. Juli.

sagt, „ein Mittel finden, um Serbien eine wohlverdiente Lehre zu geben, aber seine Souveränitätsrechte zu respektieren." Graf Berchtold ist nicht dieser Ansicht. Er lehnt glatt ab und erklärt dem russischen Botschafter, Österreichs Kriegserklärung an Serbien stehe bevor[1].

Sasonows Initiative war zweifellos ehrlich gemeint. „Der Minister des Auswärtigen", telegraphierte Paléologue, „bemüht sich beharrlich, eine friedliche Lösung durchzusetzen." „Bis zum letzten Augenblick", hat er unserem Botschafter erklärt, „werde ich zum Verhandeln bereit sein." Paul Cambon jedoch hatte befürchtet, der russische Versuch möchte Österreich einen Vorwand liefern, um den britischen Vorschlag abzulehnen. Sir Edward Grey hatte dem Fürsten Lichnowsky eindringlich gesagt: „Rußland hat sich seit Beginn der Krise maßvoll gezeigt, besonders in seinen Ratschlägen an die serbische Regierung. Ich würde sehr in Verlegenheit sein, ihm friedliche Ratschläge zu geben. In Wien gilt es zu handeln, und Deutschlands Beihilfe ist unerläßlich." Zugleich hatte Sir Edward Grey seinen Botschafter in Berlin angewiesen, Jagow um Zustimmung zu seinem Konferenzplan zu bitten. Der deutsche Minister hatte geantwortet: „Wir müssen das Ergebnis der begonnenen Aussprache zwischen St. Petersburg und Wien abwarten." Angesichts dieser Niederlage hatte Sir Edward Grey dem Sir Edward Goschen vorschreiben müssen, seine Schritte einstweilen auszusetzen[2]. In Wirklichkeit aber war es nicht die Aussprache zwischen Sasonow und Österreich, was den britischen Vorschlag in Berlin und in Wien zum Scheitern gebracht hatte. Schon am 27. hatte der Reichskanzler Bethmann Hollweg dem Fürsten Lichnowsky telegraphiert: „An einer solchen Konferenz könnten wir uns nicht beteiligen, da wir Österreich in seinem Serbenhandel nicht vor ein europäisches Gericht ziehen können[3]." Als der Kanzler Sir Edward Goschen empfing, den er zu sich bestellt hatte, sagte er zu ihm: „Wir konnten nicht einen Vorschlag annehmen, der Österreich die Autorität der Mächte aufzuzwingen schien." Bethmann Hollweg versicherte dem Botschafter seinen ehrlichen Friedenswillen, sprach von den Bemühungen, die er selbst angeblich in Wien machte, setzte aber hinzu, es läge ledig-

[1] Diplomatische Aktenstücke, II, 93, 28. Juli.

[2] Telegramm Paul Cambons, 28. Juli.

[3] Die deutschen Dokumente, 248. – Diplomatische Aktenstücke, II, 84.

lich bei Rußland, den Frieden zu erhalten oder den Krieg zu entfesseln. Sir Eward Goschen entgegnete ihm, er teile seine Ansicht nicht; wenn der Krieg ausbräche, so trage Österreich den größten Teil der Verantwortung, denn es sei unzulässig, daß es mit Serbien nach dessen Antwort gebrochen habe. Ohne auf diesen Punkt einzugehen, schloß der Reichskanzler: „Wir dringen, so viel wir vermögen, auf eine unmittelbare Aussprache zwischen Österreich und Rußland[1]."

Somit behauptete Deutschland, zu einer unmittelbaren Aussprache anzutreiben, während sein Verbündeter sie hochmütig ablehnte. Jules Cambon, dem diese seltsame Haltung immer mehr Sorge machte, fragte sich, ob man Sir Edward Greys Vorschlag, um ihn annehmbar zu machen, nicht abermals im Sinne eines doppelten diplomatischen Schrittes in St. Petersburg und in Wien abändern könne. Er besprach sich darüber mit seinem englischen und russischen Kollegen. „Ich habe hinzugesetzt," schrieb er nach Paris, „daß es im Hinblick auf Jagows scheinbares Widerstreben gegen jede Art von Vorgehen in Wien vielleicht gut wäre, ihn in die Enge zu treiben, indem Sir Edward Grey Sir Edward Goschen beauftragt, den Staatssekretär zu fragen, welche Form das diplomatische Vorgehen der vier Mächte nach seiner Ansicht annehmen müsse . . . Wir müssen uns an allen Friedensbemühungen beteiligen, die mit unseren Bündnisverpflichtungen vereinbar sind; um aber die Verantwortung denen zu lassen, die sie haben, gilt es, Deutschland um nähere Angabe zu bitten, was es will[2].

Während Frankreich sich so bemühte, alle ihm erreichbaren Ölzweige zu ergreifen, verschlimmerte das Wiener Kabinett die Lage von neuem. Am 27. nachmittags telegraphierte der Botschafter v. Tschirschky an Jagow, Österreichs Kriegserklärung an Serbien stehe bevor[3]. In der Wilhelmstraße ging das Telegramm um 16,37 Uhr ein. Niemand schien sich darüber aufzuregen. Am selben Tage hatte Graf Berchtold Audienz beim Kaiser Franz Joseph und erhielt die Befugnis, das Unwiderrufliche am 28. vormittags zu tun. Deutschland hätte eingreifen können. Es rührte sich nicht. „Warum solche Hast ?" fragt Pierre Renouvin[4].

[1] Telegramm Jules Cambons, 28. Juli.
[2] Jules Cambon, 28. Juli.
[3] Die deutschen Dokumente, 257.
[4] 2. Aufl., S. 109.

Und er fährt fort: „In Wirklichkeit handelte es sich darum, Europa vor eine vollendete Tatsache zu stellen, besonders jeden Einmischungsversuch zu verhindern. Berchtold sagt es dem Kaiser klipp und klar: „Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Tripleententemächte noch einen Versuch machen könnten, eine friedliche Beilegung des Konflikts zu erreichen, wenn nicht durch die Kriegserklärung eine klare Situation geschaffen wird." Dieser zynische Satz, der für jeden Unparteiischen hinreicht, um die Verantwortlichkeit für den Krieg zu bestimmen, steht in einem von Hoyos aufgesetzten Bericht an den Kaiser, den Graf Berchtold am selben 27. vorlegte[1]. Aber solchen authentischen Urkunden glaubt Henry Elmer Barnes, der den verblüffenden Anspruch erhebt, „a revised verdict on guilt for world war" zu fällen, die offenbar entscheidende Ansicht von Victor Margueritte, Fabre-Luce, Armand Charpentier, Demartial und tutti quanti als hinreichend entgegenstellen zu können[2].

Ist es wahr, daß vom 27. zum 29. Juil, wie ein paar Nacheiferer von Barnes behauptet haben, in Deutschland ein Umschwung im Sinne der Vernunft und des Friedens erfolgt ist? Pierre Renouvin, dem wegen seiner gewissenhaften Unparteilichkeit bisweilen die unverhoffte Ehre zuteil wurde, von den deutschen und überseeischen Unschuldsverfechtern als Anhänger ihrer These hingestellt zu werden, hat endgültig nachgewiesen, daß Deutschlands Haltung trotz einiger Scheinbarkeiten unverändert geblieben ist[3].

Am 27. Juli bemerkte Sir Edward Grey, der eben Kenntnis von der serbischen Antwort genommen hatte, in einer neuen Unterredung mit dem Fürsten Lichnowsky, diese Antwort leiste den österreichischen Forderungen „in einem Maße, das er nie für möglich gehalten hätte", Genüge. Ihm schien es auf der Hand zu liegen, daß dies Nachgeben Serbiens ausschließlich auf einen Druck aus St. Petersburg zurückzuführen sei. Nun also sei es an Österreich, sich versöhnlich zu zeigen. Begänne es mit Kriegshandlungen, besetze es Belgrad, so werde Rußland das als unmittelbare

[1] Diplomatische Aktenstücke, II, 78.

[2] „Current history", August 1927. Pikant ist der Umstand, daß in diesem Aufsatz von Barnes, der so leichtfertig mit der Wahrheit umgeht, ein Lichtbild von Wesnitsch als das von Iswolsky wiedergegeben wird.

[3] 2. Aufl., Kap. VII, Nr. 112f.

Herausforderung ansehen, und der Krieg sei da, der furchtbarste Krieg, den Europa je gekannt habe[1].

Lichnowsky teilt die Erklärungen des britischen Staatssekretärs schleunigst nach Berlin mit und fügt hinzu: „Ich fand den Minister zum ersten Male verstimmt... Ich bin der Überzeugung, daß, falls es jetzt doch noch zum Kriege käme, wir mit den englischen Sympathien und der britischen Unterstützung nicht mehr zu rechnen hätten, da man in dem Vorgehen Österreichs alle Zeichen üblen Willens erblicken würde." Ein paar Stunden darauf wird Lichnowsky in einem neuen Telegramm dringlich[2]. Diese Warnungen des Botschafters treffen in Berlin in dem Augenblick ein, wo das Londoner Kabinett beschließt, die Große Flotte nicht auseinander zu ziehen. Sie geben der kaiserlichen Regierung zu denken, und in der Nacht, um 23,50 Uhr, schickt der Reichskanzler seinem Wiener Botschafter v. Tschirschky neue Instruktionen.

Nach Delbrücks Behauptung hatte Bethmann Hollweg das zweite Telegramm des Fürsten Lichnowsky, das in Berlin um 20,40 Uhr eintraf, noch nicht gelesen, als er diese Instruktionen für Tschirschky unterzeichnete. Angenommen auch, die Entzifferung hätte so lange Zeit beansprucht, so kannte der Reichskanzler jedenfalls doch die erste Warnung, denn er schickte ja eine Abschrift an seinen Wiener Botschafter. Er sagte sich also, wenn er Sir Edward Greys neuen Vorschlag glatt ablehnte, liefe er Gefahr, England zu reizen, und er telegraphierte an Tschirschky „Durch eine Ablehnung jeder Vermittlungsaktion würden wir von der ganzen Welt für die Konflagration verantwortlich gemacht und als die eigentlichen Treiber zum Kriege hingestellt werden. Das würde auch unsere eigne Stellung im Lande unmöglich machen, wo wir als die zum Kriege Gezwungenen dastehen müssen." Zum Schluß bittet der Reichskanzler um die Ansicht des Grafen Berchtold[3], und sofort rühmt er sich Lichnowsky gegenüber, er habe unverzüglich eine Vermittlungsaktion in Wien in dem von

---

[1] Die deutschen Dokumente, 258. Lichnowsky setzt in seinen Memoiren hinzu: „In den kritischen Tagen des Juli 1914 sagte mir Sir Edward: Wenn Sie etwas in Petersburg erreichen wollen, wenden sich Sie regelmäßig an mich; wenn ich aber einmal Ihren Einfluß in Wien anrufe, so versagen Sie mir Ihre Unterstützung."

[2] Die deutschen Dokumente, 258, 265.

[3] Ebenda, 277.

Sir Edward Greys gewünschten Sinne eingeleitet[1]. Aber wie Sasonow bemerkt hat[2], „war damals Bethmann Hollwegs Hauptbestreben nicht, den Frieden zu retten, sondern die Ereignisse so darzustellen, daß der Glaube erweckt würde, daß Deutschland zum Kriege gezwungen worden sei."

Der Reichskanzler sucht also nur eine Deckung. In der Stunde, wo er dies schreibt, weiß er durch Tschirschkys Telegramm, das in Berlin um 16,30 Uhr eingetroffen ist, daß Graf Berchtold die Kriegserklärung gegen Serbien erlassen wird. Er weiß, daß der englische Vorschlag von Sir Edward Grey an die wesentliche Bedingung geknüpft ist, daß Österreich sich jeder Kriegshandlung enthält, und doch verzichtet er nicht auf seinen fixen Gedanken, nicht zwischen Österreich und Serbien einzugreifen[3]. Er macht keine Gebärde, sagt kein Wort, um den ersten Kanonenschuß zu verhindern.

Mehr noch, am Ende des 27. empfängt Jagow in der Wilhelmstraße den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, Graf Szögyenyi, und spricht vertraulich mit ihm in einer Weise, die nicht dazu angetan ist, Österreich Vernunft beizubringen. Deutschland, sagt er im ganzen, ist bereit, Österreich demnächst englische Vermittlungsvorschläge zur Kenntnis zu bringen. Die deutsche Regierung nimmt sie nicht für sich an, sie übermittelt sie nur, um Englands Wunsch zu entsprechen, und hofft sehr, sie werden nicht angenommen werden[4].

Die deutschen Schriftsteller, die Iswolsky stets aufs Wort geglaubt haben, selbst wo es klar war, daß er ein persönliches Spiel trieb und denen, mit denen er sprach, seine eignen Ideen in den Mund legte, haben dies Telegramm Szögyenyis nicht gelten lassen wollen. Sie haben aber weder bestreiten können, daß es abgesandt, noch daß es eingetroffen ist. Es ist zweifellos authentisch. Nach Hans Delbrück jedoch und nach anderen Schriftstellern, die für Deutschland eingetreten sind, nach Bethmann Hollweg und Jagow war der arme Graf Szögyenyi ein altersschwacher Diplomat, der unfähig war, den Minister und den Reichskanzler zu verstehen. Er soll ihnen Worte zugeschrieben haben, die sie nicht gesprochen

[1] Die deutschen Dokumente, 278.

[2] „Revue des Deux Mondes", 15. August 1927, S. 817.

[3] Die deutschen Dokumente, 279.

[4] Diplomatische Aktenstücke, II, 68.

haben. Trotzdem entsprachen diese Worte durchaus der Auffassung, die sie an den vorhergehenden Tagen immerfort ausgedrückt hatten, und nichts spricht für die Annahme, daß sie am 27. darauf verzichtet hätten.

Österreich täuscht sich denn auch nicht darin. Kennt es doch die wahren Absichten der deutschen Regierung nicht nur durch Szögyenyis Telegramm, sondern auch durch die Unterredungen mit Tschirschky. Mit der Antwort nach Berlin wartet es bis zum 28. Dann begnügt es sich, Kenntnis von dem Schritte zu nehmen und sich die Entscheidung vorzubehalten. Aber schon jetzt erklärt es, der englische Vorschlag komme zu spät. Und auf Grund einer falschen Nachricht, wonach die Serben eine Grenzverletzung begangen haben sollen, setzt Graf Berchtold kalt hinzu: „Nach der Eröffnung der Feindseligkeiten seitens Serbiens ist der Krieg erklärt[1].“ Darauf wartet er bis zum 29., um dem deutschen Botschafter zu antworten, er bedaure auf den britischen Vorschlag nicht eingehen zu können[2], und dem englischen Botschafter unverblümt zu sagen, er könne „keine Erörterung über die Grundlage der serbischen Note zulassen“; der Krieg zwischen Österreich und Serbien sei „unvermeidlich“, und die Frage werde „zwischen den beiden unmittelbar Beteiligten direkt“ geregelt werden[3]. Bei etwas mehr Eile und Beharrlichkeit hätte der deutsche Reichskanzler vielleicht mehr erreicht.

Aber wenn Bethmann Hollweg versagte, hat dann wenigstens jemand anders in Deutschland die Katastrophe zu verhüten gesucht? Man hat es behauptet und Wilhelm II. selbst diese glückliche Anwandlung zugeschrieben. Am 27. abends war dem kaiserlichen Kabinett aus der Wilhelmstraße eine vollständige Abschrift der serbischen Note sowie Lichnowskys erstes Telegramm zugesandt worden. Und am 28., um 5 Uhr morgens, hatte das kaiserliche Kabinett das zweite Telegramm des englischen Botschafters erhalten. Der Kaiser nimmt am Morgen Kenntnis von diesen Schriftstücken, und plötzlich wird er von einem jener

---

[1] Tschirschky an das Auswärtige Amt, 28. Juli, 16,55 Uhr. Die deutschen Dokumente, 313. (Während sonst immer der Originalwortlaut der deutschen Dokumente eingesetzt ist, wurde diese Stelle, da sie vom Original stark abweicht, zurückübersetzt. D. Übers.)

[2] Die deutschen Dokumente, 400.

[3] Blaubuch, 62, 28. Juli.

Lichtblicke erleuchtet, die sein größenwahnsinniges Hirn manchmal durchzucken. Die serbische Antwort! „Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden! Das ist mehr, als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen. Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!" Kaum hat er diese Ansicht ausgedrückt, die Österreich, das soeben den Krieg erklärt hat, in den Augen der Welt endgültig verurteilen mußte, aber auch die deutsche Regierung, die nicht versucht hat, ihren Verbündeten zurückzuhalten, so schreibt er an Jagow: „Ich bin der Überzeugung, daß im Großen und Ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt sind. Die paar Reserven, welche Serbien zu einzelnen Punkten macht, können meines Erachtens nach durch Verhandlungen wohl geklärt werden. Aber die Kapitulation demütigster Art liegt darin urbi et orbi verkündet, und durch sie entfällt jeder Grund zum Kriege." So weit spricht die Vernunft, aber nun beginnt der Wahnsinn. Trotz dieser Kapitulation will Wilhelm II. noch eine glänzende Genugtuung für Österreichs Ehre; er will auch, daß Österreich „eine äußere satisfaction d'honneur" erhält und daß es Garantieen fordert. „Die Serben sind Orientalen, daher verlogen, falsch und Meister im Verschleppen. Damit diese schönen Versprechungen Wahrheit und Tatsache werden, muß eine douce violence geübt werden." Man könnte also Belgrad als Faustpfand besetzen. „Auf dieser Basis", fährt der Kaiser fort, „bin ich bereit, den Frieden in Österreich zu vermitteln. Dagegenlaufende Vorschläge oder Proteste anderer Staaten würde ich unbedingt abweisen. . . . Das werde ich tun auf meine Manier, und so schonend für Österreichs Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als nötig. Denn an letztere ist bereits seitens des obersten Kriegsherrn appelliert worden, und sie ist dabei, dem Appell zu folgen. Also muß sie unbedingt eine sichtbare satisfaction d'honneur haben; das ist die Vorbedingung für meine Vermittlung." Ich, ich, ich — gibt es etwas Hassenswerteres als dies Ich in Stunden, wo das Leben so vieler Menschen bedroht ist?

Wilhelms II. Ich entfernt uns übrigens merklich von Sir Edward Greys Vorschlag. Dieser schloß jede Kriegshandlung entschieden aus. Wilhelm II. fordert die Besetzung serbischen Gebiets. Einerlei. Nachdem Jagow die etwas sprunghaften Befehle

seines Kaisers erhalten hat, verständigt er sich mit dem Reichskanzler, um sie in Instruktionen für den Botschafter v. Tschirschky umzugießen. Bevor Bethmann Hollweg dies Telegramm aufsetzt, erhält er vom Fürsten Lichnowsky unerwartete Auskünfte[1]. Der österreichische Botschafter in London, Graf Mensdorff, hat seinem deutschen Kollegen vertraulich die geheimen Beschlüsse mitgeteilt, die der österreichisch-ungarische Ministerrat am 19. Juli gefaßt hat. Das Wiener Kabinett, das bisher sein territoriales Desinteressement erklärt und Europa verkündet hatte, es wolle kein Stückchen von Serbien einverleiben, hatte tatsächlich die Absicht, das serbische Gebiet zu zerstückeln und Teile davon den benachbarten Balkanstaaten zu geben. Dies Geständnis Mensdorffs empört Bethmann Hollweg, der noch nichts von diesen schönen Plänen wußte. „Diese Zweideutigkeit Österreichs ist unerträglich", schreibt er an den Rand des Telegramms. „Uns verweigern sie Auskunft über ihr Programm, sagen ausdrücklich, daß die Ausführungen des Grafen Hoyos, welche auf eine Zerstückelung Serbiens hinausliefen, rein private gewesen wären. In St. Petersburg sind sie die Lämmer, die nichts Böses im Schilde führen, und in London spricht ihr Botschafter von Verschenkung serbischer Gebietsteile an Bulgarien und Albanien."

Wird der Reichskanzler unter dem Eindruck dieser aufreizenden Entdeckung nun nach Wien telegraphieren: „Haltet ein oder wir folgen Euch nicht mehr?" Nein. Die Instruktionen, die er erst am Abend an den Botschafter in Wien sendet, sind merkwürdig zurückhaltend[2]. Trotz der Warnungen, die er eben aus London erhalten hat, fordert Bethmann Hollweg von Österreich keineswegs das Versprechen der Nichtantastung des serbischen Gebietes. Er stellt nur fest, daß die österreichisch-ungarische Regierung Deutschland trotz wiederholter Anfragen in Unkenntnis ihrer Absichten gelassen hat, daß die Lage bedenklich wird und daß, wenn Österreich auf seiner völligen Unnachgiebigkeit beharrt, während Deutschland von den anderen Mächten mit Konferenz- und Vermittlungsvorschlägen überlaufen wird, die Doppelmonarchie schließlich die Verantwortung für den Konflikt vor dem Auslande und selbst vor Deutschland wird tragen müssen.

[1] Die deutschen Dokumente, 301. Telegramm aus London, in Berlin eingetroffen am 28. Juli, 15,45 Uhr.

[2] Ebenda, 323, 28. Juli, 22,15 Uhr.

Was rät er Österreich nunmehr an? Nicht etwa zu sagen: „Das serbische Gebiet soll niemandem gegeben werden", sondern bloß: „Österreich wird von sich aus keine endgültige Einverleibung vornehmen. Aber es wird zu einer vorübergehenden Besetzung Belgrads und anderer bestimmter Punkte des serbischen Gebiets schreiten, um die serbische Regierung zur völligen Durchführung seiner Forderungen zu zwingen." Im Jahre 1908/09 hatte Österreich Europa gezeigt, wie es eine von den Mächten genehmigte Besetzung in eine Einverleibung zu verwandeln verstand. Mit der Annahme des Vorschlages Wilhelms II. hätte es also völlige Genugtuung erlangt. Aber es fiel ihm nicht schwer zu begreifen, daß Deutschland nicht die Absicht hatte, es zurückzuhalten, und daß es lediglich wünschte, England sagen zu können, daß ein Schritt erfolgt sei[1]. Bethmann Hollweg hatte nämlich die Vorsicht geübt, Tschirschky folgendes anzuempfehlen: „Sie werden es sorgfältig vermeiden, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten." Und er hatte seinen Leitgedanken noch deutlicher in diesem aufschlußreichen Satze ausgedrückt: „Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Rußland trifft." Das war nach seinen eigenen Worten das Ziel der kaiserlich deutschen Regierung. Graf Berchtold verstand diese Andeutung. Er gewann Zeit, waretete bis zum 29. abends und sagte schließlich zu Tschirschky, er sei durchaus bereit, im Namen Österreichs die Erklärung des territorialen Desinteressements zu wiederholen; aber er sagte nichts von der Aufteilung Serbiens, und betreffs der militärischen Maßnahmen wich er aus, unter dem Vorwand, er vermöge keine sofortige Antwort zu geben[2]. Die Schwäche und Gefälligkeit der deutschen Reichskanzlei hatte ihm diese Ausflucht leicht gemacht. Um die Vermittlungsversuche abzuschneiden, hat Graf Berchtold beschlossen, die Kriegserklärung an Serbien am 28. Juli hinauszuschicken. Pierre Renouvin sagt ganz richtig: „Durch ihr gemeinsames Vorgehen

[1] In der Tat beeilte Bethmann Hollweg sich, Sir Edward Goschen zu benachrichtigen, daß er in Wien interveniert habe, doch er hütete sich wohl zu sagen, unter welchen Bedingungen.

[2] Die deutschen Dokumente, 388. Tschirschky an das Auswärtige Amt in Berlin, 29. Juli, 23,50 Uhr, eingetroffen 1,30 Uhr morgens.

hatten Deutschland und Österreich am 27. Juli es fertig gebracht, alle Bedingungen für einen europäischen Krieg zu schaffen[1]." Und der Oberst Feyler würdigt ebenso richtig die Verantwortung, wenn er schreibt: „Das Signal zum europäischen Krieg ist am 28. Juli 1914 von Wien ausgegangen[2]."

Von alledem dringt noch nichts zu den Antennen der „France". Der Panzer beschleunigt seine Fahrt, soweit seine Maschinen das erlauben. Hin- und hergerissen zwischen der Freude, den Heimatboden wiederzufinden, und der unbestimmten Angst vor einer geheimnisvollen Zukunft, verbringe ich die letzte Nacht auf See, ohne mehr als drei Stunden Schlaf in meiner Admiralskabine zu finden.

Mittwoch, 29. Juli. – Um 8 Uhr morgens treffen wir auf der Reede von Dünkirchen ein, stoppen, werfen Anker, machen unser Gepäck fertig und steigen aus. Eine zahllose Menge aus der Stadt und der Umgegend, Bürger, Kaufleute, Arbeiter, Docker, Männer, Frauen und Kinder, ist auf die Molen und Quais geeilt. Von dem kleinen Dampfer, der uns ans Land bringt, sehen wir rings um den Hafen Tausende von Armen und Hüten emporgehoben, Tücher geschwenkt, und hören endlose Hochrufe durch die Morgenluft hallen. Fürwahr, das ist Frankreich, das uns erwartet und uns entgegenkommt. Ich bin blaß vor Erregung und muß mich bezwingen, um mir meine Verwirrung nicht anmerken zu lassen. Die Besorgnis, die uns seit vier Tagen quält, hat diese Menge hundertfach empfinden müssen. Aus der Ferne konnten wir die Tiefe des Volksempfindens nicht ermessen, keine Zeitung lesen, den Regungen der französischen Seele nicht folgen. Verstehe ich den Sinn dieses Beifalls recht, so bedeutet er: „Endlich seid Ihr da! Warum seid Ihr nicht eher heimgekehrt, wo Europa in Angst und Sorge schwebt und Frankreich bald in Gefahr sein kann? Wir halten Euch in Dünkirchen nicht auf. Rasch zurück auf Euren Posten. Wir vertrauen auf Euch, daß Ihr versuchen werdet, den Krieg zu verhüten. Doch wenn er ausbricht, könnt Ihr auf uns zählen."

Ich wechsle ein paar rasche Worte mit dem Bürgermeiser von Dünkirchen, Terquem, mit den Senatoren Trystram und Debierre, den Deputierten Defossé und Cochin. Ein paar Minuten später

[1] 2. Aufl., S. 303.

[2] „Revue d'histoire de la guerre mondiale", Januar 1927.

finde ich sie wieder in meinem Salonwagen, den ich schleunigst bestiegen habe. Alle sagen mir, und der Präfekt bestätigt es: im Fall eines Unglücks kann die Regierung auf den einmütigen Beistand des Landes rechnen. Was mir auffällt, ist, daß hier viele Leute glauben, der Krieg stehe unmittelbar bevor. Während unserer Fahrt waren wir gewiß sehr gequält, aber unsere Hoffnungen überwogen, glaube ich, unsere Besorgnisse. Hier dagegen, bei der ersten Berührung mit dem französischen Volke, entdecken wir, daß es die Katastrophe für wahrscheinlich hält und bereits fest darauf vorbereitet ist[1]. Einer meiner Partner, und keiner der geringsten, bricht sogar in die Worte aus: „Nein, wir haben es satt! Immer wieder von neuem! Es ist besser, ein für allemal ein Ende zu machen!" Ich beruhige ihn und entgegne: „Bitte reden Sie nicht so. Man muß noch alles versuchen, um einen Krieg zu verhüten."

Traurig und spaßhaft zugleich, aber ein Beweis dafür, wie weit arme Skribenten, die sich Geschichtsschreiber nennen, sich durch ihre vorgefaßte Meinung verblenden lassen, ist die Tatsache, daß man nach dem Kriege hier und da behauptet hat, ich hätte in Dünkirchen am 29. Juli gerade das gesagt, wogegen ich protestierte, und dem Senator Trystram gegenüber die unsinnige Äußerung getan, man müsse ein für allemal ein Ende machen. Diese Fabel ist in Frankreich von unbedeutenden Publizisten verbreitet worden, die sich nicht einmal die Mühe gegeben haben, sich bei Herrn Trystram zu erkundigen; in Deutschland und in Amerika ist sie natürlich von den geräuschvollsten Verteidigern der früheren Mittelmächte aufgegriffen worden.

So schreibt der Professor Harry E. Barnes, „noted war historian", auf dessen Voreingenommenheit ich schon mehrfach hinwies, in der amerikanischen Zeitschrift „Current history" höchst gelehrt: „Gemütsverfassung und Haltung Poincarés bei seiner Heimkehr nach Frankreich spiegeln sich deutlich in der folgenden Anekdote, die kürzlich von Margueritte, Dupin und Charpentier ans Licht gebracht worden ist. Als er am 29. Juli mittags (!) in Dünkirchen sein Schiff verließ, fragte ihn der Senator Trystram, ob er glaube, daß der Krieg vermieden werden könne. Poincaré antwortete: „Das wäre sehr schade (a great pity), denn wir können

[1] S. die Proklamation des Bürgermeisters Terquem vom 27. Juli 1914 in „Dunkerque, ville héroique", von Henri Malo, Perrin et Cie., S. 252f.

niemals günstigere Umstände finden." Diese Fabel also, die Victor Margueritte frei erfunden hat und die von zwei Journalisten, die Barnes als glaubwürdig hinzustellen versucht, naiv verbreitet worden ist, macht die Runde durch die Welt und ermöglicht es allen offenen oder verkappten Verteidigern des Kaisers und Berchtolds, die Wahrheit zu entstellen und mich in den Augen einiger Ignoranten zu einer Art von Sagengestalt zu machen, die, von der fixen Idee des Krieges getrieben, zum Menschenschlächter wurde. Auf derselben Seite seiner gelehrten Studie schreibt Barnes mit gleichem Ernste: „Jacques Mesnil, Herausgeber der ‚Humanité', hat Iswolskys Mitschuld an der Ermordung von Jaurès nachgewiesen. Der Mörder wurde als öffentlicher Wohltäter Frankreichs freigesprochen." Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß er auf jeder Seite außer Victor Margueritte, Dupin und Charpentier auch Judet, Demartial und Fabre-Luce zitiert. Auf die Zeugnisse solcher Schriftsteller gestützt, fordert er nicht nur die Revision der Verantwortlichkeit für den Krieg, sondern auch die der Friedensverträge.

Beginnen wir jedoch mit dem, womit er hätte anfangen sollen. Fragen wir Trystram. Fragen wir auch Terquem, der 1914 Bürgermeister von Dünkirchen war und während des ganzen Krieges auf seinem Posten verblieben ist. Nachstehend die Briefe, die mir beide geschrieben haben.

Dünkirchen, 6. Juni 1926.

„Herr Präsident, Sie verweisen mich auf das Buch von Armand Charpentier, in dem sich folgende Stelle findet: ‚Als Poincaré am 29. Juli mittags in Dünkirchen landete, fragte ihn der Senator Trystram: ‚Glauben Sie, Herr Präsident, daß der Krieg vermieden werden kann ?' —, Das wäre sehr schade', antwortete Poincaré; ‚niemals würden wir günstigere Bedingungen finden'."

„Zunächst ist festzustellen, daß Sie mit Viviani um 8 Uhr und nicht am Mittag gelandet sind. Sie haben sofort einen Salonwagen Ihres Zuges bestiegen, der am Kai auf Sie wartete, um mit Abel Ferry zu sprechen, der Ihnen entgegengefahren war. Ich ging neben Ihnen während der paar Schritte vom Kai zum Wagen; dabei ist kein Wort gewechselt worden. Nach Ihrer Besprechung empfingen Sie in dem Salonwagen

die Senatoren Trystram und Debierre und einige Personen. Ich war dabei zugegen und verließ Sie erst, als der Zug, nachdem er durch den ganzen Hafen gefahren war, den Bahnhof von Dünkirchen endgültig verließ. Ich kann versichern, daß Sie niemals die Ihnen zugeschriebenen Worte gesprochen haben. Sie widersprachen dem in verschiedener Form von Ihnen ausgedrückten festen Willen, das Unmögliche zu versuchen, um den drohenden Konflikt zu verhüten. Ich bin überzeugt, daß keine der Personen, die mit Ihnen gesprochen haben, diese förmliche Versicherung beanstanden wird. Sie können von ihr jeden beliebigen Gebrauch machen. Gez. Henri Terquem."

Das zweite Zeugnis lautet:

Dünkirchen, 10. Juni 1926.

„Herr Präsident! Lieber alter Kollege! Ich erhielt Ihr Schreiben vom 5. Ich habe eine sehr deutliche Erinnerung an die Einzelheiten der Vorgänge auf dem Kai von Dünkirchen, als wir die Ehre hatten, Sie nach Ihrer Rückkehr aus Rußland zu empfangen. Sofort bei Ihrer Ankunft drückten Sie uns Ihre Besorgnisse aus, gaben uns jedoch die Versicherung, daß alles mögliche versucht werden solle, um den Frieden zu erhalten. Brauche ich zu sagen, daß Sie nicht gesagt haben, es wäre sehr schade, wenn es nicht zum Kriege käme, da wir niemals günstigere Bedingungen finden würden? Das hätte im Widerspruch mit all Ihren Gesprächen und mit Ihrer eigenen Haltung gestanden. Jedenfalls versichre ich, daß Sie diese Worte nicht gesprochen haben, und ich habe nie einem Menschen erklärt, daß Sie sie gesprochen hätten. Ich verbleibe usw. Gez. J. Trystram."

Ich würde mich schämen, daß ich mich einen Augenblick mit der Widerlegung so unsinniger Unwahrheiten aufgehalten habe, wenn es angesichts der Propaganda der Geschichtsfälschung nicht nützlich sein könnte, zu zeigen, zu welchen kläglichen Mitteln die Urheber dieser systematischen Fälschung greifen müssen. Doch Schluß mit dieser erbaulichen Einschaltung!

Während der ganzen Fahrt von Dünkirchen bis Paris, in den Städten, Dörfern und Siedlungen, an den Bahnübergängen, überall sehen wir die Einwohner zu beiden Seiten des Gleises zusammengeströmt. Überall ununterbrochen die gleichen Grüße, Hoch-

rufe und Friedenswünsche, die gleichen Gelöbnisse von Mut und Ergebung.

Zwei Mitglieder der Regierung, Renoult und Abel Ferry, sind uns nach Dünkirchen entgegengefahren und kehren mit uns nach Paris zurück. Wie Abel Ferry, Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen, uns sagt, hat Bienvenu-Martin sich seit Beginn der Krise mit seinen Kollegen vom Kriegs-, Marine-, Innen- und Finanzministerium ins Einvernehmen gesetzt, damit sofort alle Maßregeln ergriffen wurden, die in einer Periode der Spannung erforderlich sein können. Die Urlauber sind zurückberufen, die Truppen, die sich im Übungslager befanden, in ihre Garnison zurückgekehrt, die Präfekten aufmerksam gemacht worden; alle Beamte haben Befehl erhalten, auf ihren Posten zu bleiben; Lebensmittelvorräte sind für Paris beschafft worden; kurz, man hat keine der Maßregel unterlassen, die gegebenenfalls eine sofortige Mobilmachung ermöglichen. Renoult, Malvy, Thomson, Noulens, Gauthier, Messimy, Fernand David haben in voller Übereinstimmung in ihren Amtsbereichen gewirkt. Keinen von ihnen wird man wohl kriegerischer Gelüste bezichtigen. Sie haben ihre Pflicht getan, ohne in meiner und des Ministerpräsidenten Abwesenheit einen Vorwand zum Aufschub ihrer Entschlüsse zu suchen.

Nach dem Kriege hat Messimy selbst Raymond Recouly die wichtigsten Maßnahmen angegeben, die er vor unserer Rückkehr aus Rußland zu treffen für gut hielt, ebenso die elementaren Gründe zur Vorsicht, von denen er sich leiten ließ[1]. „In der Nacht vom 25. zum 26. Juli", erklärt Messimy, „erhalte ich die ersten beunruhigenden Nachrichten. Der Nachrichtendienst des 20. Korps meldet mir nämlich, daß einige Garnisonen jenseits der Grenze zum Ausrücken bereit gehalten werden. Mehrere Regimenter haben Geheimbefehle erhalten; schließlich erklären alle Deutschen in Elsaß-Lothringen den Krieg für unvermeidlich. Am folgenden Sonntag, dem 26., laufen den ganzen Vormittag Telegramme ein, die diesen üblen Eindruck bestätigen. Die deutschen Regimenter legen die Kriegsgarnitur an. Die Forts von Metz werden besetzt; überall werden Fernsprechlinien angelegt; Offiziere fahren im Kraftwagen die Grenze ab usw. Die Gesamtheit dieser Nachrich-

[1] Les heures tragiques d avant-guerre von Raymond Recouly, La Renaissance du Livre, S. 61 ff.

ten läßt mir keinen Zweifel. Sie diktiert mir meine Pflicht ... Während dieser ersten Tage waren sich wenige des Ernstes, ja der Unmittelbarkeit der Gefahr bewußt. Deutschlands Spiel hatte sich noch nicht enthüllt ... Nur einige Leute, die genau Bescheid wußten, Spezialisten, konnten durch die Lügen und Verschleierungen Deutschlands hindurch den unerbittlichen Kriegswillen erkennen, der es beseelte."Weiter gibt Messimy Herrn Recouly die Beschlüsse der Pariser Regierung in meiner Abwesenheit an: beschränkte Vorkehrungen zur Sicherung der Eisenbahnen, Rückberufung der Urlauber, Heimbeförderung eines Teils der Truppen aus Algier und Marokko, Grenzüberwachung. Das sind in der Tat die Maßregeln, die der Kriegsminister mir bei meiner Ankunft angibt. Er erwartet mich auf dem Nordbahnhofe mit allen Mitgliedern des Kabinetts. Ehe ich auf den Platz hinaustrete, sagte er zu mir: „Herr Präsident, jetzt werden Sie Paris sehen; es ist großartig."

Es ist in der Tat großartig. Infolge irgendeines Mißverständnisses hatte man die Stunde meiner Rückkehr mit der meiner Landung in Dünkirchen verwechselt und bekanntgegeben, ich würde um 8 Uhr früh in Paris eintreffen. Schon bei Tagesanbruch hatte sich die Menge um den Bahnhof versammelt und bis zur Ankunft des Zuges geduldig ausgeharrt. Die Präfekten, die Vertreter des Gemeinderates, Senatoren, Deputierte, Maurice Barrès und eine Abordnung der Patriotenliga, Menschen in allen Lebensaltern und von allen Parteien stehen da und warten. Bei meinem Heraustreten werde ich mit einer großartigen Kundgebung begrüßt, die mir bis ins Mark geht. Viele Menschen haben Tränen in den Augen, und ich kann die meinen kaum zurückhalten. Aus Tausenden von Kehlen halltimmer wieder der Ruf: „Es lebe Frankreich! Es lebe die Republik! Es lebe der Präsident!"

Ich besteige einen Landauer, den ein Zug Kürassiere umgibt. Vom Bahnhofe bis zum Elysée ein einziger Beifall. Auf dem Opernplatze drängt sich die Menge auf den Bürgersteigen, auf der Terrasse, auf den Stufen des Theaters, an den Fenstern und auf den Balkonen. Ich habe nie etwas so Ergreifendes gesehen, mich nie so erschüttert gefühlt. Nie ist es mir geistig und körperlich so schwer geworden, meine Ergriffenheit zu bezwingen. Größe, Schlichtheit, Begeisterung, Ernst – alles trägt dazu bei, diesen Empfang zu etwas Unerwartetem, Unausdenkbarem, unend-

lich Schönem zu machen. Nun ist Frankreich einig. Nun sind die politischen Zänkereien vergessen. Nun offenbart sich das Herz des Landes in seinem wirklichen Edelmut. Gestern hat das Schwurgericht Frau Caillaux nach mehrtägiger erregter Debatte freigesprochen. Wie fern liegt die Affäre bereits! Und wie anders ist die öffentliche Aufmerksamkeit jetzt eingestellt! Müssen die Franzosen denn erst die Drohung des Unglücks fühlen, um sich lieben zu lernen?

Ich finde das Elysée leer. Meine Frau ist mit meinem Bruder und mit meiner Schwägerin nach der Maas gereist, um dort unsere Einrichtung für den Sommer zu treffen ... Sie glaubte, ich würde nach meiner Heimkehr nachkommen, und wir würden auf dem bescheidenen Hügel am Rande unseres friedlichen Tales ein paar Ruhestunden miteinander verbringen. Sobald sie von meiner verfrühten Rückkehr nach Paris erfuhr, hat sie beschlossen, zu mir zu kommen, aber sie kann erst heute abend um 7 Uhr eintreffen, und in der trüben Einsamkeit meines Kabinetts überfallen mich schwarze Gedanken.

Ich beginne die neusten Telegramme zu lesen und die Zeitungen der letzten Tage durchzusehen. Seit dem Ultimatum an Serbien hat Clemenceau Österreichs Spiel sehr klar erkannt. „Österreich", schreibt er, „hat an Serbien ein unverkennbares Ultimatum gesandt, dessen Fassung beweist, daß man es unannehmbar machen wollte. Niemals seit 1870 hat Europa einem Kriege so nahe gestanden, dessen Umfang sich nicht ermessen läßt. Es war nur zu klar, daß das Attentat von Sarajevo der Partei der Gewalt in Österreich freien Lauf gab. Sie war schon durch Europas Schwäche ermutigt worden, als sie 1909 dreist den Berliner Vertrag zerriß, um Bosnien und die Herzegowina in Besitz zu nehmen. Der heutige Konflikt ist nun die Folge dieses internationalen Staatsstreiches, bei dem das in die Wage geworfene Schwert Wilhelms II. den Erfolg der Habsburger gegen Rußland entschied, das durch die Berliner Freundschaftsbeteuerungen zu lange eingeschläfert war." („L'Homme libre", 25. Juli 1914.) Ernest Judet dagegen hat einen Aufsatz veröffentlicht, der weder Fisch noch Vogel ist. Er muß zwar anerkennen, daß Österreichs „Gewaltstreich" (coup d'autorité) echt deutsch ist, führt jedoch gefällig alle Anklagen gegen Serbien auf und fährt dann fort: „In Wien herrscht Einheit des Entschlusses und der Tat. Um der langen Reihe kleiner

Demütigungen, die das österreichische Heer so gereizt haben, ein Ende zu machen, benutzt man klüglich die üble Lage, in die sich die Serben gebracht haben, teils aus Unklugheit, teils durch Gehenlassen, einige auch durch offenes Mitwirken bei der anarchistischen Agitation zugunsten Großserbiens." Zugleich wirft Judet mir und Viviani vor, „umhergereist" zu sein, trotz der „Ereignisse und Anzeichen", die uns hätten beunruhigen müssen. („Eclair", 25. Juli.) Hätten wir auf die seit lange vorbereiteten offiziellen Besuche verzichtet, so hätte Judet uns unfehlbar Unbesonnenheit vorgeworfen und gesagt, wir begingen den Fehler, Europa zu beunruhigen. Aber selbst bei der Frage, was Deutschland wolle, selbst als er schreibt, wenn der allgemeine Krieg unvermeidlich würde, „wäre Deutschland wirklich verantwortlich für den furchtbaren Bruch des Gleichgewichts, der Europa bedroht", findet er im voraus Entschuldigungen für die Mittelmächte. „Deutschland wird bedrückt von der unbestimmten, unaufhörlichen Sorge eines Ringens des Deutschtums auf Leben und Tod mit einer gewaltigen Koalition, die es im Westen und im Süden umklammert". („Eclair", 27. Juli.)

Stephen Pichon, der mit am eifrigsten meine Rückkehr gefordert hat, hat im „Petit Journal" (27. Juli) sehr pessimistische Eindrücke veröffentlicht. „Es ist leider klar, daß Österreich sich vorgenommen hat, jede Vermittlungsaktion abzulehnen. Diesen Entschluß zeigt es noch deutlicher durch eine teilweise Mobilmachung. Deutschland beteuert seinen Friedenswillen, aber sein Handeln entspricht nicht seinen Worten. Fordert man es auf, in Wien Ratschläge zur Mäßigung zu geben, die von seiner Seite dort mehr gehört würden als von seiten jeder anderen Macht, so weicht es aus und antwortet, die Sache gehe nur Österreich und Serbien an." – „Um einen allgemeinen Krieg zu verhüten, müßte man zunächst einen lokalisierten Krieg verhüten. Das will man in Berlin nicht zugeben." („Petit Journal", Dienstag, 28. Juli 1914.)

Von 5 bis 7 Uhr findet im Elysée ein Ministerrat unter meinem Vorsitz statt, um Kenntnis von den letzten Telegrammen zu nehmen und über die Lage zu beraten. Alle Mitglieder der Regierung beglückwünschen mich zu meiner Reise, aber alle sind auch froh, daß Viviani und ich sie abgebrochen haben. Ich finde sie engverbunden in dem Entschluß, das Unmögliche zu tun, um den Krieg

zu verhüten, aber auch keine Vorbereitung zur Verteidigung zu unterlassen. Thomson, Malvy, Augagneur und Messimy sprechen besonders kraftvoll über die Notwendigkeit, schon jetzt alle zivilen und militärischen Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Alle Minister entsprechen meiner Bitte, fortan täglich einen Ministerrat zu halten.

Um 7 Uhr kehrt meine Frau zurück. Ich widme ihr ein paar Augenblicke. Dann vertiefe ich mich in die Telegramme, die seit meiner Abreise eingegangen oder abgesandt sind, und die mir vom Quai d'Orsay mitgeteilt werden. Viele Dunkelheiten beginnen sich mir zu lichten. Besonders fallen mir folgende Nachrichten Dumaines auf: „Unter den Vermutungen, die Österreichs plötzlicher, gewaltsamer Beschluß auslöst, ist die beunruhigendste die, daß Deutschland es zum Angriff auf Serbien angetrieben habe, um selbst in einen Krieg mit Rußland und Frankreich unter Umständen einzutreten, die ihm als besonders günstig erscheinen. Das Personal der italienischen Botschaft dagegen versichert, das Berliner Kabinett habe sich bemüht, das Wiener Kabinett von einem Waffengang abzubringen, aber die Gewißheit eines drohenden Zerfalls der Monarchie habe die Beschlüsse des Kaisers und des Grafen Berchtold bestimmt. Dieser hat heute morgen zu meinem englischen Kollegen gesagt, die Lage müsse doch wohl äußerst ernst sein, wenn sein alter Herrscher und er selbst, der wegen seiner Neigung zu friedlichen Lösungen so stark kritisiert werde, Partei für den Krieg genommen hätten. Zur Unterstützung dieser Erklärungen muß ich bemerken, daß der serbische Gesandte, der einen Angriff des Reiches auf Serbien für ausgeschlossen hält, sich auf die Ergebnisse der Untersuchung in allen südslawischen Ländern stützt. „Der Boden ist unterwühlt," sagte er; „die österreichisch-ungarischen Herrscher können sich nicht rühren, ohne eine Zusammenbruch herbeizuführen. Es ist sogar sehr schade, daß sie auf diese Weise auf die Gefahr aufmerksam werden; denn in drei Jahren würde die Jugend, die jetzt auf der Schulbank (Österreich-Ungarns) sitzt, die Befreiung sicher stellen." Um diesem unvermeidlichen Aufstand zuvorzukommen, macht demnach die Monarchie eine letzte Kraftanstrengung, in der Hoffnung, daß die unberechenbaren Folgen dieses Feldzuges für sie zu einer rettenden Ablenkung werden." (Wien, 28. Juli.)

Dumaines Auskünfte enthüllen die tiefen Risse im Bau der

österreichisch-ungarischen Monarchie. Vielleicht ist es wirklich so, daß Österreich seinen Eintritt in den Krieg beschleunigt, um dem befürchteten Zusammenbruch zu entgehen. So gibt es denn Befehl zur Beschießung von Belgrad.

Am Mittwoch, dem 29., um 11,15 vormittags, als Viviani und ich noch im Zuge saßen, ist Iswolsky beim Direktor der politischen Angelegenheiten erschienen, um dort den Wortlaut zweier Telegramme mitzuteilen, die die russische Regierung soeben nach Berlin und London gesandt hat.

Telegramm nach Berlin: „Infolge der österreichischen Kriegserklärung an Serbien werden wir morgen (d. h. am 29. Juli) die Mobilmachung in den Militärbezirken Odessa, Kiew, Moskau und Kasan befehlen. Indem Sie dies zur Kenntnis der deutschen Regierung bringen, wollen Sie das Fehlen jeder Absicht eines russischen Angriffs auf Deutschland betonen. Unser Botschafter in Wien ist zunächst nicht abberufen worden."

Telegramm nach London: „Infolge der Kriegserklärung an Serbien sind die direkten Unterredungen Sasonows mit dem österreichischen Botschafter zwecklos geworden. Es ist nötig, daß England so rasch wie möglich eine Vermittlungsaktion einleitet und daß die Kriegshandlungen Österreichs sofort eingestellt werden. Sonst wird die Vermittlung nur zum Vorwande dienen, um die Lösung der Frage zu verschleppen, und sie wird Österreich inzwischen die Möglichkeit geben, Serbien zu erdrücken."

Nicht ohne Besorgnisse nehme ich Kenntnis von der Note, die Iswolsky am Quai d'Orsay hinterlassen hat. Andrerseits melden die Nachrichten aus Deutschland die Beschleunigung der militärischen Maßnahmen. Wie Farges, unser Generalkonsul in Basel, telegraphiert, hat ein aus dem Elsaß zurückkehrender Franzose ihm folgende Angaben gemacht: Eine Anzahl von Bürgermeistern in der Umgebung von Mülhausen soll von den Gendarmen die Mobilmachungsordres erhalten haben. Das Mülhauser Dragonerregiment soll am Morgen um 4 Uhr alarmiert worden sein. Wie Néton, unser Konsul in Düsseldorf, meldet, ist die reitende Artillerie dieser Stadt in Richtung Köln abbefördert worden. Zahlreiche Truppen in Felduniform sind in der Gegend von Frankfurt eingetroffen. Bei Darmstadt, Kassel und Mainz werden die Eisenbahnen und Brücken bewacht. (Telegramm aus Frankfurt, 29. Juli.) Die beurlaubten Militärs haben telegraphisch Be-

fehl erhalten, zu ihren Truppen zurückzukehren. (Telegramm des Konsuls Armez aus Stuttgart, 29. Juli.) Zwei Züge mit Truppen aus Augsburg passieren Mannheim. (Telegramm des Konsuls Hennezel in Mannheim, 29. Juli.) Auch der französische Gesandte in Luxemburg, Mollard, meldet Truppenbewegungen in der Nähe der Grenze. Infolgedessen hat Messimy den Minister des Auswärtigen am 29. vormittags gebeten, unsere ins Ausland beurlaubten Offiziere zu benachrichtigen, sie hätten zu ihren Truppenteilen zurückzukehren.

Trotz so vieler beunruhigender Anzeichen ist Scheon vor Vivianis Rückkehr nochmals am Quai d'Orsay erschienen und hat gesagt, es sei noch nichts verloren; Österreich werde sich bei seinen Operationen gewiß nicht übereilen, und Deutschland sei der Ansicht, daß man auf dieVermittlungsversuche nicht verzichten solle. Schoen hat versprochen, daß seine Regierung sich in Wien über Österreichs Absichten erkundigen werde.

Sobald Viviani am Quai d'Orsay wieder eingerichtet ist, hat er schleunigst alle Schriftstücke studiert. Er hat mit Bienvenu-Martin, Philippe Berthelot, Bourgeois, Ribot und Pichon gesprochen und für London ein Telegramm aufgesetzt, das er dem Ministerrat mitgeteilt hat. Darin betont er die Notwendigkeit, den Vermittlungsplan unverzüglich wieder aufzunehmen.

Viviani hat auch Schoen empfangen. Der Botschafter hat von den Vorsichtsmaßnahmen gesprochen, die die französische Regierung während unserer Abwesenheit ergriffen hat. Viviani hat sie nicht abgestritten. Er hat nur betont, daß keine von ihnen bei unseren Nachbaren Argwohn erregen könnte und daß unsere Bereitschaft zu jeder Unterhandlung, um den Frieden zu erhalten, nicht in Frage gestellt werden könne. Schoen hat von sich aus anerkannt, daß Frankreich zu seinen Handlungen befugt war, aber er hat hinzugesetzt, daß die Vorbereitungen in Deutschland nicht geheim bleiben könnten und daß die öffentliche Meinung in Frankreich sich nicht zu erregen brauche, wenn Deutschland sich zu öffentlichen Maßregeln entschließe[1]. In einem später entzifferten Telegramm hat Schoen diese Unterredung nach Berlin gemeldet. Er schloß mit den Worten, die man sich merken muß: „Viviani will die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens, die man

[1] S. Gelbbuch, Nr. 101.

hier lebhaft wünscht, nicht aufgeben." Schoen, der in Paris lebte, kannte die Wahrheit also und dachte nicht daran, den friedlichen Geist der Regierung und des Landes abzustreiten.

Ich verbringe meinerseits noch mehrere Stunden mit der Durchsicht der traurigen Schriftstücke, in denen sich die Verwirrung Europas spiegelt. Diese Lektüre hält mich bis tief in die Nacht hinein wach. Sie beweist uns leider, daß die Lage viel ernster ist, als ich es während meiner Reise aus den von der „France" aufgenommenen Funksprüchen entnehmen konnte. Sehr spät erhalte ich ein Telegramm Paul Cambons, das ebensowenig zu meiner Beruhigung dient[1]. „In seiner heutigen Unterredung mit meinem deutschen Kollegen hat Sir Edward Grey erklärt, da Sasonows Angebot einer unmittelbaren Aussprache zwischen Rußland und Österreich in Wien nicht angenommen worden sei, empfehle es sich, auf seinen Vorschlag eines freundschaftlichen Eingreifens der vier nicht direkt beteiligten Mächte zurückzukommen. Diesem Vorschlag hat die deutsche Regierung grundsätzlich zugestimmt. Sie erhebt jedoch Einwendungen gegen den Gedanken einer Konferenz oder einer Vermittlung. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat den Fürsten Lichnowsky aufgefordert, seine Regierung zu bitten, daß sie selbst eine Formel vorschlage. Jede, wie sie auch lauten möge, wenn sie den Frieden zu erhalten geeignet sei, werde bei Frankreich und Italien Annahme finden. Der deutsche Botschafter hat Sir Edward Greys Wunsch sofort nach Berlin übermitteln müssen . . . Als mein deutscher Kollege Sir Edward Grey über die Absichten der britischen Regierung im Fall des Konfliktes befragte, antwortete der Staatssekretär des Auswärtigen, er habe sich darüber jetzt nicht zu äußern. Ich stellte Sir Edward Grey die gleiche Frage und fasse seine Antwort zusammen: „Die heutige Lage ist nicht mit der wegen Marokkos entstandenen zu vergleichen. Damals handelte es sich nur um die Interessen Frankreichs, dem gegenüber wir Verpflichtungen hatten. Jetzt handelt es sich um die Vorherrschaft Österreichs oder Rußlands über die slawischen Balkanbevölkerungen. Ob die eine oder die andere dieser Mächte die Vormacht erlangt, ist uns ziemlich gleichgültig, und bleibt der Konflikt auf Österreich und Serbien oder Rußland beschränkt, so haben wir uns nicht einzumischen. Anders

[1] Nr. 157 aus London, abgegangen am 29. Juli 1914, 19,40 Uhr, in Paris eingetroffen 22,25 Uhr.

wäre es, wenn Deutschland sich ins Mittel legte, um Österreich gegen Rußland zu unterstützen, und wenn Frankreich etwa in den Konflikt hineingezogen würde. Dann wäre es eine Frage, die das europäische Gleichgewicht anginge, und England hätte zu prüfen, ob es eingreifen soll. Für alle Fälle treffen wir insgeheim einige militärische Maßnahmen. Übrigens werde ich mich in diesem Sinne äußern, sobald Fürst Lichnowsky mir die Antwort aus Berlin auf meinen heutigen Wunsch bringt." Ich setze hinzu, daß Sir Edward Grey mir nicht verhehlt hat, er fände die Lage sehr ernst und hätte wenig Hoffnung auf eine friedliche Lösung. Gez. Paul Cambon."

Somit hat Grey selbst keine große Hoffnung mehr auf einen günstigen Ausgang, und England fragt sich noch, ob es in einen allgemeinen Krieg eingreifen soll. Wie kann da Fabre-Luce später allen Ernstes davon reden, England sei von uns gefesselt gewesen? Wie wagen andere vor und nach ihm den Sinn des Briefwechsels zu entstellen, der 1912 zwischen Sir Edward Grey und Paul Cambon stattgefunden hatte? Hätte zwischen England und uns auch nur ein Verteidigungsbündnis bestanden, wie hätte dann Sir Edward Grey, der ein Gentleman ist, in so feierlicher Stunde die eingegangenen Verpflichtungen verleugnet? Nein, England war frei, und seine gespaltene Regierung wußte selbst noch nicht, welchen Gebrauch sie von ihrer Freiheit machen werde.

Immer wieder lese ich diese Telegramme, und je mehr ich nach einem Lichtschein im Dunkeln suche, um so dichter scheint mir die Finsternis. Gewiß werde ich mit meiner Frau morgen nicht den stillen Weg nach unserem lieben Sampigny einschlagen. Gewiß werde ich dort morgen nicht dem hellen Hause, wo wir sonst die Ferien so fröhlich mit unsern alten Eltern verbrachten, ein paar Stunden ländlichen Glückes wiederfinden . . .

Sicherlich machte ich mir noch mehr Sorgen um die Zukunft, wenn ich das Drama ahnen könnte, das sich jenseits unserer Grenzen abzuspielen beginnt. Heute hatte der General von Moltke dem Reichskanzler eine Denkschrift übergeben, worin er die verhängnisvolle Reihe der bevorstehenden Ereignisse vorwegnimmt: russische Teilmobilmachung, deutsche Mobilmachung, französische Mobilmachung[1]. Heute auch hat der deutsche Reichskanzler

[1] Die deutschen Dokumente, 349, 29. Juli.

vom Botschafter Szögzenyi eine dringende Note des österreichischen Generalstabes erhalten, worin verlangt wird, daß Deutschland, sobald Rußland die vier Militärbezirke an der österreichisch-ungarischen Grenze mobil gemacht hat, „die weitgehendsten militärischen Gegenmaßregeln" trifft. Heute nachmittag hat der Kaiser in Potsdam den Reichskanzler, den Kriegsminister von Falkenhayn, den Generalstabschef von Moltke und dann die Marineautoritäten empfangen[1]. Die Militärs haben den Wunsch ausgesprochen, sofort den Zustand der „drohenden Kriegsgefahr" zu verkünden, was der Mobilmachung gleichkommt, aber der Reichskanzler hat durchgesetzt, daß man sich vorerst mit der militärischen Bewachung der Eisenbahnen[2] und mit ein paar anderen vorbereitenden Maßnahmen begnügt: Rückberufung der Urlauber, Ausbau der Armierungsstellungen[3], kurz Vorkehrungen, die etwa denen der russischen „Vormobilmachung" entsprechen. Heute auch läßt Jagow dem deutschen Gesandten in Brüssel, von Below, durch einem Sonderkurier den von Moltke selbst schon am 26. aufgesetzten Wortlaut des Ultimatums überbringen, das Belgien an einem später zu bestimmenden Tage übergeben werden soll[4]. Heute, am späten Abend, nach seiner Rückkehr aus Potsdam, läßt der Reichskanzler Sir Edward Goschen rufen und versucht, ihm ein Neutralitätsversprechen Englands abzudringen. „Wir können", sagte er, „dem englischen Kabinett – dessen neutrale Haltung vorausgesetzt – versichern, daß wir selbst im Falle eines siegreichen Krieges keine territoriale Bereicherung auf Kosten Frankreichs in Europa anstreben[5]". Mit anderen Worten: Deutschland wird sich mit unseren Kolonien begnügen. Heute ist das Telegramm, worin der Zar Wilhelm II. aus eigenem Antriebe vorschlägt, das österreichisch-serbische Problem vor den Haager Schiedsgerichtshof zu bringen, in Potsdam um 20,42 Uhr eingetroffen[6], und der Kaiser hat es mit einer verächtlichen Randnotiz abgelehnt. Heute nacht hat Bethmann

---

[1] S. die Beweise bei Renouvin, 2. Aufl., S. 156f.

[2] Die deutschen Dokumente, 456.

[3] „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges", veröffentlicht vom deutschen Untersuchungsausschuß, II, 12.

[4] Die deutschen Dokumente, 375f.

[5] Die deutschen Dokumente, 373. Blaubuch, 35.

[6] Sasonow, „Revue des Deux Mondes", 15. August 1927, S. 821.

Hollweg an Graf Pourtalès telegraphiert: „Der Gedanke der Haager Konferenz wird natürlich ausgeschlossen sein[1]". Heute nacht hat der deutsche Reichskanzler, weil Österreich die russischen Vorschläge einer unmittelbaren Verständigung nicht beantwortet hat, es zur Beruhigung Englands für klug gehalten, nach Wien zu telegraphieren[2]: „Rußland beschwert sich, daß Unterhandlungen weder durch Herrn Schebeko noch durch Graf Szapary Fortlauf genommen hätten. Wir müssen daher, um allgemeine Katastrophe aufzuhalten oder jedenfalls doch Rußland ins Unrecht zu setzen, dringend wünschen, daß Wien Konversationen beginnt und fortsetzt." Heute nacht endlich, um 21 Uhr, ist in Berlin ein Telegramm eingetroffen, worin Fürst Lichnowsky einen neuen, letzten Versuch Sir Edward Greys meldet[3]. Der britische Staatssekretär besteht darauf, daß Deutschland eine Vermittlung annimmt. Er kommt dem deutschen Standpunkte weit entgegen. Er ist einverstanden, daß Österreich Belgrad oder andere serbische Städte besetzt, aber er verlangt, daß es dann seine Absichten kundgibt. Um Deutschland zu denken zu geben, setzt er hinzu, falls Deutschland in einen Konflikt mit Frankreich hineingezogen werde, könne die britische Regierung sich unter gewissen Umständen zu raschen Entschlüssen gedrängt sehen, und es werde ihr dann nicht möglich sein, lange abseits zu stehen. Dies Telegramm, das morgen Sr. Kais. Majestät übergeben werden wird (der flucht: „England decouvriert sich im Moment, wo es der Ansicht ist, daß wir im Lappjagen eingestellt sind . . . d. h. wir sollen Österreich sitzen lassen"), treibt heute abend Bethmann Hollweg an, nochmals dringende Vorstellungen in Österreich zu erheben. „Wir sind zwar bereit", telegraphiert er, „unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen[4]." Und er telegraphiert an Lichnowsky, um Sir Edward Grey zu beruhigen. Er telegraphiert an Pourtalès: „Bitte Herrn Sasonow sagen, daß wir weiter vermitteln; Voraussetzung ist jedoch einstweiliges Unterbleiben jeder Feindseligkeit gegen Öster-

[1] Die deutschen Dokumente, 391. Telegramm, um 2,40 Uhr morgens abgegangen.

[2] Ebenda, 385.

[3] Ebenda, 368.

[4] Ebenda, 395f.

reich seitens Rußlands[1]." Er protestiert nicht mehr gegen die angekündigte Teilmobilmachung in Rußland, verlangt nicht mehr, daß sie eingestellt wird; er stellt nur die Bedingung, daß kein offensives Vorgehen gegen Österreich erfolgt. Aber Österreich hält sich nach wie vor zurück, windet sich, laviert, und Graf Berchtold erklärt, er sei noch nicht in der Lage, eine sofortige Antwort zu geben[2]. Österreich will ganz offenbar Zeit gewinnen, um mit Serbien zum Ziele zu kommen. Die deutsche Regierung hat ihm die Zügel schießen lassen; es ist durchgegangen, und wie vorauszusehen war, kann sie ihm nicht mehr Halt gebieten.

---

[1] Die deutschen Dokumente, 392.

[2] Ebenda, 388.

Vierundzwanzigstes Kapitel

Eine russische Mitteilung – Friedensratschläge der französischen Regierung – Militärische Maßnahmen in Rußland und in Deutschland – Scheitern der verschiedenen Friedensversuche – Vivianis letzte Anstrengungen – Zaudern in St. Petersburg – Besuch Sir Francis Berties – Wilhelm II. und Nikolaus II. – Neue Vorschläge Sir Edward Greys – Deutschland und Österreich

Donnerstag, 30. Juli. – Kaum bin ich eingeschlafen, als Viviani vor 2 Uhr morgens ins Elysée kommt. Er bringt mir ein Schriftstück, das der russische Geschäftsträger Sewastopulo soeben de Margerie überreicht hat. Es ist ein Telegramm Sasonows an Iswolsky, das wie folgt lautet: „Der deutsche Botschafter hat mir heute den Beschluß seiner Regierung angezeigt, daß sie mobil machen wird, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstellt. Aber diese Vorbereitungen sind bei uns lediglich infolge der bereits erfolgten Mobilmachung von acht Armeekorps in Österreich und infolge der deutlichen Weigerung des letzteren erfolgt, in irgendeine friedliche Schlichtung seines Konfliktes mit Serbien zu willigen. Da wir Deutschlands Wunsch nicht erfüllen können, bleibt uns nichts übrig als unsere Rüstungen zu beschleunigen und die Unvermeidlichkeit des Krieges ins Auge zu fassen. Wollen Sie die französische Regierung vom Vorstehendem in Kenntnis setzen und ihr zugleich unsern aufrichtigen Dank für die Erklärung ausdrücken, die der französische Botschafter mir in ihrem Namen abgegeben hat, daß wir voll und ganz auf den Beistand des verbündeten Frankreichs rechnen können. In der jetzigen Lage ist die Erklärung uns besonders wertvoll. Es wäre höchst erwünscht, wenn England sich unverzüglich Frankreich und Rußland anschlösse, denn nur so würde es ihm gelingen, einen gefährlichen Bruch des europäischen Gleichgewichts zu verhüten[1]."

Hier ist sofort darauf hinzuweisen, daß Sasonow sich in diesem Telegramm mit gutem Grunde auf keine Zusagen beruft, die der Präsident der Republik ihm in Peterhof oder anderswo ge-

[1] S. „Revue des Deux Mondes", 15. August 1927. Der dort von Sasonow wiedergegebene Wortlaut weicht leicht von dem von Iswolsky übergebenen ab und enthält den letzten obigen Satz nicht.

geben habe, auf kein Wort, das ich bei meiner Unterredung mit dem Zaren oder bei meiner Zusammenkunft mit dem Minister gesprochen habe. Trotzdem ist es klar, daß, wenn Viviani oder ich während unserer Reise irgendeine Zusicherung gemacht hätten, Sasonow nicht verfehlt hätte, dies in einem so dringenden Rufe wie in dem nach Paris gesandten zur Geltung zu bringen. Diese einfache Feststellung widerlegt das unsinnige Märchen, das man zu verbreiten gesucht hat und dem man neuerdings durch leichtfertig-phantasievolle Auslegung der Depesche, die Sir G. Buchanan am Tage nach meiner Abreise an Sir Eduard Grey sandte, Gestalt zu geben versucht hat. Sasonow beruft sich nur und kann sich nur berufen auf eine Erklärung, die Paléologue nicht in meinem Namen, sondern in dem der französischen Regierung abgegeben hat. Wann ist diese Erklärung erfogt? Als Paléologue von Viviani das Telegramm vom 27. Juli 1914 vom Bord unseres Kreuzers erhielt, in dem folgender Satz stand:[1] „Wollen Sie Sasonow sagen, daß Frankreich gleich Rußland in Würdigung der hohen Bedeutung, die für beide Länder darin liegt, ihr völliges Einvernehmen gegenüber den anderen Mächten zu betonen und nichts zu unterlassen, um die Beilegung des Konflikts herbeizuführen, bereit ist, das Vorgehen der kaiserlichen Regierung im Interesse des allgemeinen Friedens völlig zu unterstützen." Aber diese Erklärung war unteilbar. Sie war im Interesse des allgemeinen Friedens erfolgt, und zu einer Stunde, wo Österreich noch nicht den Krieg an Serbien erklärt hatte und wir nicht ahnten, daß Rußland an Mobilmachung denken konnte. Viviani fand also nicht ohne Grund, daß Sasonow die ihm von Paléologue gegebene Erklärung jetzt etwas weitherzig auslegte. Wie er mir sagte, legte er Wert darauf, die Dinge sofort richtig zu stellen. Er hatte also ein Telegramm nach St. Petersburg aufgesetzt, das meine volle Zustimmung fand und wie folgt lautete[2]: „Wie ich Ihnen in meinem Telegramm vom 27. d. Mts. sagte" (das Paléologue zu seiner Erklärung veranlaßt hatte), „ist die Regierung der Republik entschlossen, nichts zu unterlassen, um die Beilegung des Konflik-

[1] S. Kap. 23, S. 410.

[2] Vgl. Viviani, „Réponse au Kaiser", S. 149. Dies Telegramm beweist zur Genüge, daß Longuet sich irrte, als er schrieb, in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag habe ein im Elysée zusammengetreterne Ministerrat die ersten Mobilmachungsmaßnahmen getroffen („Le Progrès civique", 25. Juli 1922).

tes herbeizuführen und das Vorgehen der kaiserlichen Regierung im Interesse des allgemeinen Friedens zu unterstützen. Andrerseits ist Frankreich entschlossen, alle Bündnispflichten zu erfüllen. Aber gerade im Interesse des allgemeinen Friedens und da eine Unterredung zwischen den weniger beteiligten Mächten im Gange ist, halte ich es für zweckmäßig, daß Rußland bei den Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen, die es treffen zu müssen glaubt, keine unmittelbare Verfügung trifft, die Deutschland einen Vorwand zur Gesamt- oder Teilmobilmachung seiner Streitkräfte liefert."

Diese Anempfehlung war nicht nur klug; sie entsprach auch nach den Worten des Vertrages selbst unseren Rechten als verbündete Macht; sie überging aber ebensowenig unsere Pflichten und konnte nicht die Wirkung haben, den leichtfertigen Bruch eines Bündnisses herbeizuführen, das seit langen Jahren zu unserer Sicherheit beigetragen hatte.

Viviani beeilte sich, Abschrift dieses Telegramms an Paul Cambon zu schicken, und auf meinen Rat fügte er hinzu: „Bitte das Vorstehende dringend Sir Edward Grey mitzuteilen und ihn an Ihren Briefwechsel mit ihm im Jahre 1912 über die Prüfung zu erinnern, zu der beide Regierungen im Falle einer europäischen Spannung gemeinsam schreiten müssen."

Nachdem diese beiden Telegramme sobald wie möglich chiffriert waren, gingen sie um 7 Uhr morgens ab. Aber noch vorher, im Laufe derselben Nacht, hatte Viviani das für Paléologue bestimmte Telegramm Iswolsky mitteilen lassen. Der russische Botschafter suchte den Ministerpräsidenten am Morgen des 30. am Quai d'Orsay auf und sagte ihm, sein Militärattaché Graf Ignatiew habe Messimy soeben gefragt, wie die Anempfehlung der französischen Regierung ins Technische zu übersetzen sei. Messimy habe geraten, die Mobilmachung aufzuschieben und insbesondere große Truppentransporte zu vermeiden. Viviani entgegnete, dieser Rat entspräche tatsächlich der Auffassung der Regierung, und Iswolsky versprach, ihn Sasonow mitzuteilen.

Welches war, so weit es sich beurteilen läßt, die Geistesverfassung der russischen Regierung in dem Augenblick, wo dieser Rat Vivianis in St. Petersburg eintraf? Am 28. Juli, nach der Kriegserklärung Österreichs an Serbien, hatte Zar Nikolaus II. aus Peterhof das bekannte Telegramm an den Kaiser gesandt: „Ich

bin froh, daß du zurück bist. In diesem äußerst ernsten Augenblick bitte ich Dich um Hilfe. Ein unwürdiger Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden ... Um ein solches Unheil wie einen europäischen Krieg zu verhüten, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen. Nicky."[1]

Wilhelm liest dies flehende Telegramm. Er macht seine Randbemerkungen. Er macht zwei Ausrufungszeichen neben den Ausdruck „unwürdiger Krieg" und setzt hinzu: „Eingeständnis der Schwäche seiner selbst und Versuch, die Verantwortung mir zuzuschieben. Das Telegramm enthält eine versteckte Drohung und einem Befehl ähnliche Aufforderung, dem Allierten in den Arm zu fallen."

Wilhelm seinerseits hat an Nikolaus ein Telegramm geschickt, um das Vorgehen Österreichs zu rechtfertigen:

„Mit der größten Beunruhigung höre ich von dem Eindruck, den das Vorgehen Österreichs gegen Serbien in Deinem Lande hervorruft. Die gewissenlose Wühlarbeit, die seit Jahren in Serbien am Werke war, hat schließlich zu dem abscheulichem Verbrechen geführt, dem Erzherzog Franz Ferdinand zum Opfer gefallen ist ... Du stimmst sicher mit mir darin überein, daß wir beide, Du und ich, sowie alle Souveräne ein gemeinsames Interesse daran haben, darauf zu bestehen, daß alle für diesen feigen Mord moralisch verantwortlichen Personen ihre verdiente Strafe erhalten ... Andererseits verstehe ich vollkommen, wie schwierig es für Dich und Deine Regierung ist, den Strömungen Eurer öffentlichen Meinung entgegenzutreten. Im Hinblick auf die herzliche und innige Freundschaft, die uns seit langem mit festem Bande verbindet, biete ich daher meinen ganzen Einfluß auf, um Österreich zu veranlassen, durch sofortiges Handeln zu einer befriedigenden Verständigung mit Dir zu kommen. Ich hoffe zuversichtlich, daß Du mich in meinen Bemühungen unterstützen wirst, die Schwierigkeiten, die noch entstehen können, zu beseitigen. Dein sehr aufrichtiger und ergebener Freund und Vetter Willy."

Man hat viel über die Daten und Stunden dieser beiden Telegramme gestritten. Zwischen dem Weißbuch der deutschen Do-

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 332.

kumente und den Veröffentlichungen der Sowjets besteht keine Übereinstimmung[1]. Sicher ist, daß das Telegramm des Zaren, das ganz von seiner Hand geschrieben ist und in den russischen Archiven aufbewahrt wird, vom 15. Juli (28. unseres Stils) datiert ist. Sicher ist auch, daß Nikolaus II. dem Kaiser am 29. Juli um 20,30 Uhr eine Antwort gegeben hat, die im Weißbuche böswillig unterschlagen, aber von grundlegender Bedeutung ist[2]. „Danke für Dein versöhnliches und freunschaftliches Telegramm. Dagegen war die heute von Deinem Botschafter meinem Minister übergebene offizielle Mitteilung in einem ganz anderen Tone gehalten. Bitte Dich, diese Verschiedenheit aufzuklären. Es würde sich empfehlen, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz vorzulegen. Vertraue auf Deine Weisheit und Freundschaft. Dein Dich liebender Nicky."

Somit hat Österreich den Krieg an Serbien erklärt, Belgrad beschossen und der deutsche Botschafter führt in St. Petersburg eine drohende Sprache. Trotzdem bleibt der Zar bereit, darauf einzugehen, daß der österreichisch-serbische Streit vor das Haager Schiedsgericht gebracht wird. Was wird Deutschland antworten? Der Kaiser setzt ein höhnisches Ausrufungszeichen neben die Worte „Haager Konferenz", und der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg telegraphiert sofort an den Grafen Pourtalès: „Bitte durch sofortige Aussprache mit Herrn Sasonow angeblichen Widerspruch zwischen Ihrer Sprache und dem Telegramm S. M. aufzuklären. Der Gedanke der Haager Konferenz wird natürlich in diesem Falle ausgeschlossen sein."

Bis zu Österreichs Kriegserklärung an Serbien waren die im russsischen Ministerrat am 24. Juli und im Kronrat am 25. grundsätzlich gefaßten Beschlüsse nicht ausgeführt worden. Wie wir sehen, hatte man sich damit begnügt, eine gewisse Anzahl von Verteidigungsmaßregeln vorzusehen, die nichts von einer auch nur teilweisen Mobilmachung hatten. Erst am 28. hatte man uns angezeigt, daß am 29. die Mobilmachung in den vier Bezirken Kiew, Odessa, Moskau und Kasan stattfände[3].

---

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 335. – „How the war began in 1914", englische Übersetzung der Sowjetveröffentlichung, S. 45f. London, George Allen („Schillings diary").

[2] Die deutschen Dokumente, Nr. 366.

[3] S. oben Kap. 23.

Wenn der amerikanische Professor Harry E. Barnes ernstlich behauptet, seit dem 26. sei eine geheime Teilmobilmachung in Frankreich wie in Rußland „in operation" gewesen, so begeht er mithin eine doppelte Unrichtigkeit und versucht übrigens nicht einmal, seine Behauptung zu rechtfertigen[1].

Wie und warum es nun zu dem russischen Beschluß vom 28. gekommen war, erfahren wir von Graf Pourtalès selbst[2]: „Die Schwenkung des Ministers (Sasonow) erfolgte erst am 28. Juli, als die drohende Haltung Rußlands sich außerstande zeigte, Österreich-Ungarn von der Kriegserklärung an Serbien abzuhalten. Zweifellos hat dieser Schritt des Wiener Kabinetts vor allem den Stimmungsumschwung bei Sasonow herbeigeführt". Graf Pourtalès hätte hinzufügen sollen: „Und auch das entsprechende Vorgehen oder wenigstens die gefällige Untätigkeit in Berlin." Denn Sasonow hat uns gezeigt, daß gerade die Schritte des Grafen Pourtalès bei ihm den Eindruck hervorgerufen haben, daß der Krieg unvermeidlich werde[3]. Und doch hatte Sasonow im Laufe des 28. Juli nacheinander zwei Telegramme nach London, Berlin, Wien und Rom gesandt: „Infolge der Kriegserklärung Österreichs an Serbien ist unser Vermittlungsprogramm gegenstandslos geworden. Englands unmittelbare Vermittlung ist unerläßlich, ebenso die Einstellung der Kriegshandlungen Österreichs, die Serbien inzwischen erdrücken können. – Infolge der österreichischen Kriegserklärung werden wir morgen die Mobilmachung von vier Militärbezirken verkünden. Erklären Sie der deutschen Regierung, daß Rußland jede Angriffsabsicht gegen Deutschland fernliegt. Unser Botschafter in Wien wird zunächst nicht abberufen[4]."

Nach dem General Sergei Dobrorolsky, damals Leiter der Mobilmachung im russischen Generalstab[5], fand am selben Tage eine lange Debatte von Militärs über diesen Regierungsbeschluß

---

[1] „The genesis of the world war", New-York, 1926, S. 332. – Einer der Aufsätze von Barnes ist auf italienisch in der „Nuova rivista storica" in Mailand (Herausgeber Corrado Barbagallo) veröffentlicht worden, übrigens mit Fußnoten, in denen einige Irrtümer des Verfassers berichtigt sind.

[2] Bemerkungen des Grafen Pourtalès zur deutschen Ausgabe der Memoiren des Generals Dobrorolsky, „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914", Berlin 1922.

[3] Revue des Deux Mondes, 15. August 1927.

[4] Nr. 1538, 1539, S. 44, „Schillings diary". Vgl. Schwarzbuch, II, 283.

[5] „La mobilisation de l'armée russe en 1914", „Revue d'histoire mondiale", April–Juli 1914.

statt. Das gleiche berichtet auch der General Juri Danilow, Generalquartiermeister der russischen Heere[1]. Dieser war vor dem 24. Juli auf Urlaub gewesen und bei der Nachricht von dem österreichischen Ultimatum schleunigst nach St. Petersburg zurückgerufen worden. Sehr erstaunt war er, daß der Ministerrat und der Kronrat eine Teilmobilmachung vorgesehen hatten, die nach seiner Ansicht zu einer praktisch unmöglichen Gesamtmobilmachung führen mußte, und er hatte darüber mehrfach mit dem Kriegsminister, General Suchomlinow, dem Generalstabschef, General Januschkjewitsch, dem Leiter des Mobilmachungsdienstes, General Dobrorolsky[2], und dem Leiter des Militärtransportwesens, General Rongin, konferieren müssen. In diesen militärischen Konferenzen war einstimmig anerkannt worden, daß die auf die vier Bezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan beschränkte Teilmobilmachung die schwersten technischen Unzuträglichkeiten habe. In den Kriegsplänen war für den Fall von Verwicklungen an der russischen Westgrenze nur eine Gesamtmobilmachung des ganzen Heeres vorgesehen. Jede Teilmobilmachung konnte nur eine Improvisation sein und mußte somit zu Stockungen und zu Verwirrung in einer Organisation führen, deren Funktionieren mit mathematischer Genauigkeit geregelt sein mußte. In einem Lande, in dem eine Teilmobilmachung möglich ist, wird das normale Leben nur in einer bestimmten Zone unterbrochen. Nur in diesem Gebietsteil erfolgt die Einziehung der Reservisten, die Aushebung der Pferde, die Beschlagnahmung von Wagen und Pferdegeschirr. Die Hilfsmittel des übrigen Landes verbleiben für die Mobilmachung des Teils der Streitkräfte, der in die erste Mobilmachung nicht einbezogen ist. Solche Verhältnisse lagen in Rußland nicht vor, und sie ließen sich aus verschiedenen Gründen nicht schaffen. Vor allem war der Generalstab durch die Riesenhaftigkeit des Reiches, den geringfügigen, durchaus unzulänglichen Ausbau der Eisenbahnen und die bedauerliche Langsamkeit des Verkehrswesens genötigt, die Truppen vornehmlich an der Westgrenze zusammenzuziehen, wogegen die wichtigsten Hilfsquellen an Menschen und Pferden sich in den östlichen und südlichen Provinzen befanden. Aus diesen und vielen anderen

[1] La Russie dans la guerre mondiale, Vorwort des Marschalls Foch. Paris Payot, Kap. 1.

[2] Im obigen Werke Dobrowolsky.

Gründen, die General Danilow sehr klar dargelegt hat, war die russische Mobilmachung und der Aufmarsch sehr kompliziert und sehr langsam, viel langsamer als bei uns und bei den Mittelmächten. Sie erfolgten zudem nach einem unteilbaren Gesamtplane, was die Teilmobilmachung von 13 Armeekorps in 4 Militärbezirken sehr erschwerte, ja gefährlich machte.

Am ganzen Nachmittag des 28. prüfen die Generale erneut die Möglichkeit einer Teilmobilmachung und kommen abermals zu einem negativen Ergebnis; ein bündiger Beweis dafür, daß noch nichts geschehen ist. Für alle Fälle setzt der Generalstab am Abend zwei Ukasentwürfe auf, den einen für die Teilmobilmachung, den anderen für die Gesamtmobilmachung[1]. Die Ungewißheit dauert weiter; ja, als Sasonow in seinen Telegrammen die Mobilmachung in den vier Bezirken für den 29. ankündigt, ist alles noch in der Schwebe, denn der Zar hat noch keinen Ukas unterzeichnet, und ferner bedarf es nach dessen Unterzeichnung noch der Gegenzeichnung des leitenden Senats, schließlich auch der Unterschrift des Kriegs-, Marine- und Innenministers auf den Mobilmachungstelegrammen. Keine dieser notwendigen Förmlichkeiten ist erfüllt, als Sasonow die Kanzleien von der Maßregel benachrichtigt, die nach seiner Meinung am nächsten Morgen erfolgen soll.

Dieser 29., der für die französische Regierung und für mich so voller Ängste war, ist für Rußland besonders kritisch geworden[2]. Pierre Renouvin hat die Zwischenfälle, die ihn erfüllten, nach den verschiedenen Urkunden, die zur Zeit der Niederschrift seines Werkes bekannt waren, gewissenhaft untersucht[3]. Fast alle an den Ereignissen beteiligten Russen mit Ausnahme des Zaren haben übrigens ihre Memoiren verfaßt. Auch die fremden Diplomaten haben Kommentare zu den von ihnen verfaßten Depeschen gegeben. Die Wahrheit, die sich aus all diesen Schriftstücken ergibt, erscheint ziemlich verwickelt; man wird sich dar-

---

[1] Dobrorolsky, S. 145. – Suchomlinow, Kriegsschuldfrage, II, Nr. 7, S. 228.

[2] S. „Schillings diary". – S. besonders „The russian mobilization of 1914", by Michael T. Florinsky, reprinted from Political Science Quarterly", Bd. XLII, Nr. 2, Juni 1927, New-York, S. 215 ff. – Vgl. Sasonow, „Revue des Deux Mondes", 15. August 1927.

[3] S. 103 ff.

über nicht allzusehr wundern, wenn man bedenkt, daß unter dem Selbstherrschertum des Zaren oft wenig Einheitlichkeit in der russischen Verwaltung herrschte. Sasonow, der neue Beweise von Mäßigung geben wollte, verfolgte seine Idee der Teilmobilmachung. Der Generalstab, der sich Sorgen um die materiellen Schwierigkeiten machte, verfolgte seine Idee der Gesamtmobilmachung.

Am Vormittag empfängt Sasonow ein erstes Mal den deutschen Botschafter. Graf Pourtalès hatte dem Baron Schilling mitgeteilt, er habe dem Minister eine angenehme Mitteilung zu machen. In der Tat erklärt er Sasonow, die deutsche Regierung sei geneigt, Österreich zu Zugeständnissen zu raten, und er hoffe, ihr Einfluß werde nicht durch eine verfrühte Mobilmachung durchkreuzt werden. Der Minister antwortet, die russische Armee werde gegebenenfalls wochenlang stehenbleiben, ohne die Grenze zu überschreiten, und es solle lediglich die Mobilmachung in den an Österreich grenzenden Bezirken erfolgen[1].

Sasonow empfängt auch den österreichischen Botschafter Graf Szapary und führt ihm gegenüber die gleiche Sprache. Die Truppen sollen mit Gewehr bei Fuß stehenbleiben, bis Rußlands Balkaninteressen bedroht werden[2]. Zu keinem der beiden Botschafter sagt der Minister etwas von einer Gesamtmobilmachung, an die er bisher noch nicht gedacht hat.

Trotzdem behauptet der General Dobrorolsky[3], er habe einen vom Zaren unterzeichneten Ukas, der die Gesamtmobilmachung verfügt, am Vormittag des 29. durch den General Januschkjewitsch erhalten. Auch der General Danilow macht die gleichen Angaben[4]. Im Tagebuch des Barons Schilling dagegen wird die Unterzeichnung dieses Mobilmachungsbefehls auf 3 bis 4 Uhr nachmittags gesetzt. Möglicherweise haben die Generale Dobrorolsky und Danilow, die lange nach den Ereignissen schrieben, die Stunden verwechselt. Dagegen ist das von den Sowjets veröffentlichte Tagebuch des Barons Schilling gleichzeitig und somit vor einem Gedächtnisfehler besser geschützt. Wie dem aber auch sei, Sasonow scheint von der Unterzeichnung, um die der General-

[1] „Schillings diary", englische Ausgabe, S. 47. Die deutschen Dokumente, 343.
[2] Diplomatische Aktenstücke, III, 19.
[3] S. 146.
[4] S. 38.

stab den Zaren gebeten hatte, vor dem Nachmittag nichts gewußt zu haben.

Um 3 oder um 6 Uhr, je nachdem man Schilling oder dem Grafen Pourtalès folgt, kommt der deutsche Botschafter nochmals ins Ministerium an der Sängerbrücke und verliest Sasonow ein Telegramm des Reichskanzlers, worin es heißt, „daß weiteres Fortschreiten russischer Mobilmachungsmaßnahmen Deutschland zur Mobilmachung zwingen würde; in diesem Falle müßte es sofort die Offensive ergreifen[1]." – „Nun", entgegnete Sasonow heftig, „zweifle ich nicht mehr an den wirklichen Ursachen der österreichischen Unversöhnlichkeit." Graf Pourtalès springt von seinem Stuhl auf und schreit seinerseits: „Herr Minster, ich protestiere mit aller Kraft gegen diese beleidigende Behauptung." – „Deutschland hat stets Gelegenheit zu beweisen, daß ich mich irre", erwidert Sasonow. Beide trennen sich kalt.

Kurz nach dem Fortgang des Botschafters telephoniert der Zar an Sasonow und sagt ihm, er habe soeben ein Telegramm des Kaisers erhalten, der ihn dringend bitte, es nicht zum Kriege kommen zu lassen[2]. Sasonow teilt dem Zaren sein Gespräch mit dem Botschafter mit und weist ihn auf die Widersprüche zwischen den Erklärungen Wilhelms II. und seines Vertreters hin. Der Zar entgegnet, er werde sofort nach Berlin telegraphieren und um Erklärung dieser Unterschiede bitten. Der Minister des Auswärtigen bittet um Erlaubnis, die Frage der Mobilmachung mit dem Kriegsminister und dem Generalstabschef besprechen zu dürfen. Der Zar stimmt zu.

In der Tat konferiert der Zivilminister mit den militärischen Autoritäten und gewinnt selbst die Überzeugung, daß eine Gesamtmobilmachung der Teilmobilmachung vorzuziehen ist. Der Hauptgrund für diesen neuen Beschluß ist, wie Renouvin zweifelsfrei nachgewiesen hat, der drohende Schritt des Grafen Pourtalès. Der Beschluß wird nämlich wie folgt begründet: „Da es wenig wahrscheinlich ist, daß der Krieg mit Deutschland vermieden werden kann, ist es nötig, sich rechtzeitig auf diese Möglichkeit vorzubereiten. Daher darf man die spätere Gesamtmobil-

[1] „Schillings diary", S. 48. „German documents", Nr. 342. In dem Bericht des Grafen Pourtalès heißt es: „und daß dann europäischer Krieg kaum noch zu vermeiden sein werde."

[2] „Schillings diary", S. 49; „German documents", Nr. 335.

machung nicht durch die jetzige Durchführung einer Teilmobilmachung in Frage stellen." Der Schluß, zu dem die Konferenz gelangt ist, wird dem Zaren telephonisch mitgeteilt und findet dessen Zustimmung.

Am Abend jedoch, als die Befehle hinausgehen sollen, besinnt er sich. Der Zar, der sehr lebhaft den Frieden wünschte, hatte, wie wir sahen, Telegramme mit dem Kaiser gewechselt, und am 29. um 21,40 Uhr, hatte er von seinem Vetter Willy noch folgendes Telegramm erhalten: „Ich halte eine direkte Verständigung zwischen Deiner Regierung und Wien für möglich und wünschenswert, und wie ich Dir schon telegraphiert habe, setzt meine Regierung ihre Bemühungen fort, diese Verständigung zu fördern. Natürlich würden militärische Maßnahmen von seiten Rußlands, die Österreich als Drohung ansehen würde, ein Unheil beschleunigen, das wir beide zu vermeiden wünschen, und meine Stellung als Vermittler gefährden, die ich auf Deinen Appell an meine Freundschaft und meinen Beistand bereitwillig übernommen habe[2]."

Der Zar liest diese Zeilen, sieht eine Friedensmöglichkeit, will noch nicht verzweifeln und telephoniert an Januschkjewitsch, der ihn beschwört, den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung nicht zu widerrufen[2]. Doch umsonst! Wilhelms Ehrenwort trägt den Sieg davon, und der Zar befiehlt, am nächsten Tage nur diese Teilmobilmachung zu verkünden.

Der Vizekanzleidirektor im Ministerium des Auswärtigen, Wassily, hatte am späten Nachmittag zunächst den Auftrag erhalten, Maurice Paléologue den allgemeinen Mobilmachungsbefehl für den 30. anzukündigen. Unser Botschafter, der von diesem Beschluß überrascht war, hatte ihn uns natürlich sogleich mitteilen wollen. Aber Wassily hatte ihn darauf aufmerksam gemacht, daß ein chiffriertes Telegramm der Botschaft wahrscheinlich in Berlin kein Rätsel bleiben werde. Wie wir schon sahen, wußte die russische Regierung, was sie von unserer Chiffrierkunst zu halten hatte. Wassily hatte also auf der Geheimhaltung der Mitteilung bestanden und Paléologue gebeten, das Telegramm an Viviani der Sicherheit halber im russischen Ministerium des

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 359.

[2] Aussage Januschkjewitschs im Prozeß Suchomlinow, Bericht des „Rußkoje Slowo", Revue d'historie de la guerre mondiale, II, Nr. 2, S. 54.

Auswärtigen chiffrieren zu lassen[1]. Inzwischen war der Gegenbefehl des Zaren ergangen, und nach Mitternacht erfuhr Paléologue, daß es sich nur noch um eine Teilmobilmachung handelte und daß der Ukas des Zaren vom nächsten Tage sich nur auf eine beschränkte Maßregel beziehen werde.

Suchomlinow hat 1917 in seinem Prozeß behauptet, der Wille des Zaren sei nicht befolgt worden, die Generale hätten ihm nicht gehorcht, und die allgemeine Mobilmachung hätte trotz des Befehls des Zaren sofort begonnen. Doch in seinen „Erinnerungen" hat der ehemalige Kriegsminister diese Behauptung nicht zu wiederholen gewagt. In der Tat wird sie von den Generalen Dobrorolsky, Danilow, Januschkjewitsch, vom Baron Schilling, von Sasonow und Paléologue bestritten. Ich kann mir zwar wohl vorstellen, daß Suchomlinow dem Zaren ungehorsam gewesen wäre, wenn er sicher war, daß dieser nichts davon erfuhr, aber nicht, daß er sich im Juli 1914 offen gegen seinen Herrscher aufgelehnt hätte.

Am 30. also geht Paléologue nach Empfang des Telegramms, das Viviani um 7 Uhr morgens abgesandt hat, zu Sasonow und drückt ihm den Wunsch der französischen Regierung aus, jede Maßregel zu vermeiden, die Deutschland einen Vorwand zur allgemeinen Mobilmachung liefern könne. In folgenden Worten berichtet er über seinen Schritt nach dem Quai d'Orsay: „Schon heute morgen empfahl ich Sasonow, jede militärische Maßnahme zu vermeiden, die Deutschland einen Vorwand zur allgemeinen Mobilmachung liefern könnte. Er antwortete mir, gerade in der letzten Nacht habe der russische Generalstab den Aufschub einiger geheimer Vorsichtsmaßnahmen veranlaßt, deren Bekanntwerden den deutschen Generalstab hätte beunruhigen können. Gestern hat der russische Generalstabschef den deutschen Militärattaché kommen lassen und ihm sein Ehrenwort gegeben, daß die befohlene Mobilmachung sich lediglich gegen Österreich richtet. Gez. Paléologue."

Die von Sasonow und von dem russischen Generalstabschef angewandten Formeln unterrichten uns nur schlecht über die Vor-

[1] Darstellung Wassilys nach Angabe des Generals Danilow in seinem obengenannten Werke, S. 39. – Über die Ereignisse des 29. hat Sasonow in seinen Aufsätzen in der „Revue des Deux Mondes" keine neuen Aufschlüsse über die Tatsachen gegeben.

gänge des letzten Tages; besonders die zweite ist nicht sehr glücklich. Aber anscheinend ist die öffentliche Meinung in St. Petersburg sehr erregt. Die russischen Morgenblätter haben gemeldet, daß das österreichische Heer Belgrad beschossen hat[1], und Paléologue hat an den Quai d'Orsay telegraphiert: „Die Beschießung von Belgrad ruft in ganz Rußland größte Erregung hervor. Die Beruhigungsversuche der kaiserlichen Regierung laufen Gefahr, dadurch gelähmt zu werden." Andrerseits meldet Paléologue in seinem Telegramm 306, das am 30. um 13,15 von St. Petersburg abgegangen ist und im Ministerium um 3,40 eintrifft: „Nach Auskunft des russischen Generalstabes erfolgt morgen die Mobilmachung des deutschen Heeres."

Vierzig Minuten vor Eintreffen dieser beunruhigenden Nachricht, d. h. um 3 Uhr nachmittags, hatte Iswolsky de Margerie folgende Note überreicht:

„Wie Sasonow heute morgen telegraphiert, hat der deutsche Botschafter, der ihn eben verließ, ihn gefragt, ob die kaiserliche Regierung sich nicht mit Österreichs Zusage begnügen könne, Serbiens Unversehrtheit nicht anzutasten. Sasonow hat geantwortet, eine solche Erklärung genüge nicht. Als der Botschafter ihn drängte, ihm die Bedingungen anzugeben, unter denen Rußland noch in die Einstellung seiner Rüstungen willigen könne, hat Sasonow dem Botschafter den folgenden Text diktiert, um ihn dringend nach Berlin zu übermitteln. Sasonow hat den russischen Botschafter in Berlin mit dem Vorstehenden befaßt und ihn beauftragt, ihm unverzüglich mitzuteilen, wie die deutsche Regierung diesen neuen Beweis für die Geneigtheit der russischen Regierung aufnehme, ihr Möglichstes zu einer friedlichen Beilegung der Krise zu tun. Selbstredend könne Rußland nicht zulassen, daß diese Unterredungen nur zum Zeitgewinn für Österreich und Deutschland dienen. Paris, 30. Juli 1914."

Die Beilage lautete wie folgt:

„Wenn Österreich in Anerkennung, daß die österreichisch-serbische Frage zu einer europäischen Frage geworden ist, sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum die Punkte zu streichen,

[1] Paléologue, op. cit., S. 37.

die die Hoheitsrechte Serbiens verletzen, so verpflichtet sich Rußland zur Einstellung seiner militärischen Vorbereitungen[1]."

Wie man zugeben muß, kommt dieser Vorschlag etwas spät, und nach Österreichs Kriegserklärung und der Beschießung von Belgrad hat er jetzt wenig Aussicht auf Annahme. Wie Sasonow auf den Gedanken gekommen ist, ihn zu machen, erklärt Paléologue dem französischen Ministerpräsidenten in zwei Telegrammen, Nr. 307 und 308, die in Paris um 16 bzw. um 17.25 Uhr eintreffen. „Mein deutscher Kollege hat heute nacht bei Sasonow erneut darauf gedrungen, daß Rußland seine militärischen Vorbereitungen einstellt, mit der Versicherung, Österreich werde die Unversehrtheit Serbiens nicht antasten. „Wir müssen nicht nur die territoriale Unversehrtheit Serbiens sicherstellen," hat Sasonow geantwortet, „sondern auch seine Unabhängigkeit und Souveränität. Wir können nicht zulassen, daß Serbien zum Vasallen Österreichs wird. Sollten wir, was unmöglich ist, Serbien preisgeben, so würde ganz Rußland gegen die Regierung aufstehen." Sasonow hat hinzugesetzt: „Die Stunde ist zu ernst, um Ihnen nicht alles zu sagen, was ich denke. Indem Deutschland in St. Petersburg interveniert, während es sich weigert, in Wien zu intervenieren, sucht es nur Zeit zu gewinnen, damit Österreich das kleine Königreich Serbien zu erdrücken vermag, bevor Rußland ihm zu Hilfe kommen kann. Aber der Kaiser Nikolaus hat ein solches Verlangen, den Krieg zu beschwören, daß ich Ihnen in seinem Namen einen letzten Vorschlag machen will." Und Sasonow übergibt dem Grafen Pourtalès den oben als Beilage zu der Note Iswolskys wiedergegebenen Text. Der deutsche Botschafter, sagt Paléologue, hat versprochen, diesen Vorschlag bei seiner Regierung zu unterstützen, und unser Botschafter fährt fort: „Nach Sasonows Ansicht wäre das logische Gegenstück zu Österreichs Annahme seiner Formel die Eröffnung einer Beratung der Mächte in London." Auf diese Telegramme Nr. 307 und 308 aus St. Petersburg antwortet der Quai d'Orsay am 30. um 20,40 mit ein paar von Philippe Berthelot aufgesetzten Zeilen, die de Margerie im Auftrag und im Namen Vivianis unterzeichnet: „Ich muß Sie darauf hinweisen, daß Iswolsky mich seinerseits von dem russischen Vorschlag in Kenntnis gesetzt hat, jedoch mit der Angabe,

[1] Orangebuch, französische Ausgabe, Nr. 60.

er sei auf Grund einer dringenden Vorstellung des deutschen Botschafters in St. Petersburg erfolgt, der die Bedingungen zu erfahren wünschte, unter denen die russische Regierung ihre militärischen Vorbereitungen einstellen würde. Wie dem aber auch sei, falls die von Sasonow gestellten Bedingungen, wie es wohl möglich ist, in ihrer jetzigen Fassung für Österreich unannehmbar erscheinen sollten, ist es Ihre Sache, in enger Fühlungnahme mit Sasonow und ohne Durchkreuzung des englischen Versuches mit ihm eine Formel ausfindig zu machen, die als Grundlage der Aussprache und der Verständigung aussichtsreich erscheint."

Somit will die französische Regierung nichts verabsäumen, was den Frieden retten kann; sie klammert sich verzweifelt an alle Rettungsplanken. Doch um $11^1/_2$ Uhr abends trifft am Quai d'Orsay noch folgende Meldung Paléologues ein: „In einer Unterredung, die Sasonow heute nachmittag mit dem Grafen Pourtalès hatte, mußte er sich überzeugen, daß Deutschland in Wien nicht das entscheidende Wort sprechen will, das den Frieden retten könnte. Der Kaiser Nikolaus hat den gleichen Eindruck aus seinem persönlichen Telegrammwechsel mit Kaiser Wilhelm gewonnen. Andererseits sind beim Generalstab und bei der russischen Admiralität beunruhigende Nachrichten über die Maßnahmen der deutschen Armee und Marine eingelaufen. Somit hat die russische Regierung beschlossen, die ersten Maßregeln der allgemeinen Mobilmachung insgeheim zu treffen. Als Sasonow mich von diesem Beschluß in Kenntnis setzte, fügte er hinzu, die russische Regierung werde trotzdem ihre Bemühungen um eine Beilegung fortsetzen. Er wiederholte mir: „Ich werde bis zum letzten Augenblick verhandeln[1]." Später, bei der Abfassung des Gelbbuches von 1914, haben die Dienststellen am Quai d'Orsay zweifellos die Botschaften der beteiligten Länder, wie es Brauch ist, befragt, und ich vermute, daß in Nr. 102 auf Rußlands Wunsch hin die Stelle über die ersten geheimen allgemeinen Mobilmachungsmaßnahmen gestrichen worden ist. Ich finde sie jedoch in der Abschrift, die ich in der Nacht vom 30. zum 31. erhielt, und entsinne mich, wie sehr ich es damals bedauert habe, daß Rußland dem Rate Vivianis nicht besser gefolgt war. Wenigstens hatten wir

[1] Appuhn et Renouvin, Introduction aux Tableaux d'histoire comparée de Guillaume II, Costes, 1923.

allen Grund zu der Hoffnung, daß die offizielle, öffentliche Mobilmachung nicht nahe war.

Was hatte sich denn seit dem Morgen des 30. in St. Petersburg zugetragen? Tatsächlich hatte der Zar um 6,30 abends ein Telegramm Wilhelms II. erhalten, das in Berlin um 3,30 abgegangen war und worin es hieß: „Wenn Rußland gegen Österreich mobil macht, so wird meine Vermittlerrolle, die ich auf Deine ausdrückliche Bitte übernommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Das ganze Gewicht der Entscheidung ruht jetzt ausschließlich auf Deinen Schultern; sie haben die Verantwortung für Krieg und Frieden zu tragen[1]."

Doch schon vor Eingang dieses Telegramms hatte ein neuer Umschwung der Geister stattgefunden. Zwischen 9 und 10 Uhr morgens hatte Sasonow eine Rücksprache mit dem Landwirtschaftsminister gehabt, und beide hatten sich sehr über die Einstellung der allgemeinen Mobilmachung beunruhigt, weil sie sich sagten, daß diese Maßnahme Rußland in eine sehr schwierige Lage zu bringen drohte, falls das Verhältnis zu Deutschland sich verschlechterte[2]. Um 11 Uhr[3] hatte der Minister des Auswärtigen eine neue Aussprache mit dem Kriegsminister und dem Generalstabschef. Die in der Nacht eingetroffenen Nachrichten haben sie anscheinend in ihrer gemeinsamen Ansicht bestärkt, daß es unerläßlich ist, sich unverzüglich auf einen Krieg mit den Mittelmächten vorzubereiten und somit den Gedanken der allgemeinen Mobilmachung wieder aufzunehmen. Suchomlinow und Januschkjewitsch bemühen sich nun abermals telegraphisch, den Zaren zu überzeugen, daß es besser wäre, auf seinen ersten gestrigen Beschluß zurückzukommen und endlich die allgemeine Mobilmachung zu gestatten. Der Zar schlägt es glatt ab und bricht das Gespräch ab. In seiner Verzweiflung bittet Januschkjewitsch ihn, wenigstens Sasonow Gehör zu geben. Nach einem zaudernden Stillschweigen sagt der Zar zu. Sofort bittet der Minister des Auswärtigen ihn um eine Audienz am Nachmittag in Peterhof, und Nikolaus II. gewährt sie ihm schließlich um 3 Uhr[4]. Sasonow er-

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 420.

[2] „Schillings diary", englische Ausgabe, S. 62f.

[3] Nach „Schillings diary" mit Vorwort Sasonows in der „Revue des Deux Mondes". Sasonow dagegen setzt die Unterredung auf 2 Uhr nachmittags an.

[4] S. Sasonow, „Revue des Deux Mondes", 15. August 1927, S. 826.

scheint. In Gegenwart des russischen Militärbevollmächtigten in Berlin, General Tatischtschew, der am Abend auf seinen Posten zurückkehren soll, spricht er lange auf den Zaren ein, um ihm die Dringlichkeit der allgemeinen Mobilmachung zu beweisen. Er betont, daß die deutsche Mobilmachung, wenn sie auch nicht offiziell verfügt ist, nichtsdestoweniger begonnen hat. Er bringt die Gründe der Generale Suchomlinow und Januschkjewitsch zur Geltung und setzt nur mit Mühe die Einwilligung des Zaren durch. Man braucht nur die Darstellung des Barons Schilling oder Sasonows eigene Darstellung zu lesen, um zu erkennen, mit welchem Widerstreben der Zar das entscheidende Wort gesprochen hat, und mit welcher sanften Beharrlichkeit er an seinen letzten Friedenshoffnungen festhielt. Das beweist zur Genüge, daß er und ich bei den Unterredungen, die wir ein paar Tage vorher miteinander gehabt hatten, weder die furchtbaren Ereignisse, die seit meiner Abreise eingetreten waren, ins Auge gefaßt noch die schmerzlichen Fragen geprüft hatten, die jetzt vor sein Gewissen traten.

Sobald Sasonow die Einwilligung des Zaren hatte, stand er auf und eilte ans Telephon, um den General Januschkjewitsch zu beruhigen. Um 6 Uhr abends wurde der Ukas, der die allgemeine Mobilmachung befahl, den Militärbezirken mitgeteilt.

Wenn die russische Regierung sich so leicht über die Anempfehlungen hinwegsetzte, die Viviani ihr am Morgen gemacht hatte, so mußte sie offenbar unter dem beherrschenden Eindruck schwerer Befürchtungen stehen. Sasonow hat sie in seinen pathetischen Erinnerungen dargelegt, sie aber auch im Augenblick selbst nicht nur Paléologue anvertraut, sondern auch Sir G. Buchanan und dem Grafen Pourtalès[2]. Man war in St. Petersburg gewiß tief erschrocken über die deutschen Vorbereitungen, und da man die russische Mobilmachung als sehr langsam kannte, fürchtete man, gefährlich überflügelt zu werden.

Zudem hatte der „Lokalanzeiger" um 13,30 Uhr in Berlin die Nachricht von der allgemeinen deutschen Mobilmachung verbreitet, und der russische Botschafter Sverwejew, der durch den Vertreter einer Agentur benachrichtigt wurde, hatte um 14,30 Uhr an Sasonow telegraphiert: „Wie ich erfahre, ist der allgemeine, Mobilmachungsbefehl für Heer und Flotte soeben ergangen."

---

[1] Blaubuch, 47. Die deutschen Dokumente, 459.

Kurz darauf erfuhr er durch Jagow selbst, daß die Nachricht falsch war, und Sverwejew schickte sofort zwei Berichtigungstelegramme ab, das eine in Klarschrift, das andere chiffriert. Wie weit hat das Extrablatt des „Lokalanzeigers" den russischen Beschluß beeinflußt? Um diese Frage ist viel Tinte geflossen. Wie Bethmann Hollweg im Augenblick selbst glaubte, war dieser Einfluß vielleicht entscheidend[1]. Sir Edward Grey hat 1916 erklärt, die Nachricht des „Lokalanzeigers" sei ein deutscher Kniff gewesen, um die russische Mobilmachung herbeizuführen. Der Bayer Eisner hat behauptet, die kaiserliche Regierung habe die Übermittlung der Berichtigungstelegramme Sverwejews[2] verzögert, und Sasonow hat seinerseits diese Nachricht bestätigt[3]. Andererseits hat Graf Montgelas die Abgangs- und Ankunftsstunden gewissenhaft festgestellt[4], und wenn man annimmt, daß die Berichtigung in Klarschrift nicht vor der Falschmeldung eingetroffen ist, so scheint es erwiesen, daß diese in St. Petersburg jedenfalls nicht vor dem Beschluß des Zaren bekanntgeworden ist. Das erkennt Sasonow ausdrücklich an[5]. Immerhin bleibt das eine, daß man sich in St. Petersburg wie anderswo hat sagen müssen, daß da, wo Rauch ist, auch Feuer sein muß, und daß die Meldung des „Lokalanzeigers" nicht sowohl unzutreffend als verfrüht war. Dieser Gedanke lag um so näher, als der russische Generalstab schon derartige Nachrichten über die deutschen Maßnahmen erhalten hatte, daß er sich für verpflichtet hielt, uns, wie man bereits gesehen hat, das Bevorstehen der allgemeinen Mobilmachung mitzuteilen.

So sehr ich aber auch geneigt bin, die Beweisführung von Montgelas betreffs des „Lokalanzeigers" unter diesem Vorbehalte gelten zu lassen, so energisch weise ich seine unglaublichen Anklagen gegen die französische Regierung zurück. Er wirft ihr vor, Rußland tückische Ratschläge gegeben zu haben, wie es seine heimlichen Vorbereitungen fortsetzen solle. Diese Behauptung stützt

---

[1] Die deutschen Dokumente, 488.

[2] Vgl. Renouvin, S. 147 ff. – Grelling, „Mystère du 30 juillet", „Revue de Paris" 5. März 1922.

[3] Interview Sasonows, „New-York Times", 11. Mai 1924, und „Revue des Deux Mondes", 15. August 1927.

[4] Graf Montgelas, „Deutsche Rundschau", Mai 1922.

[5] Schreiben Sasonows, 25. Mai 1927. Michael Florinsky, op. cit., S. 223, Anm.

sich auf eine Meldung Iswolskys, worin er wieder einmal die Leute so sprechen ließ, wie es ihm beliebte[1]. Er legte de Margerie und Messimy Worte in den Mund, die gewiß keiner von ihnen gesprochen hat und die die Wirkung gehabt hätten, Vivianis Instruktionen abzuschwächen. Ich habe weiter oben das Gespräch so wiedergegeben, wie der Ministerpräsident es mir mitgeteilt hatte. Das Telegramm, das dieser im vollen Einverständnis mit mir aufgesetzt hatte, ist nach Abgang dem Ministerrate in seiner Sitzung vom Donnerstag Morgen mitgeteilt worden, und weder Messimy noch einer seiner Kollegen hat daran etwas auszusetzen gehabt. Die französische Regierung hatte Rußland glatt von Maßnahmen abgeraten, die den Gegenschlag der deutschen Mobilmachung herbeiführen konnten. Keiner von uns war also auf den Ukas gefaßt, den wir in keiner Weise vorhersehen konnten und den wir erst viele Stunden später erfuhren.

Übrigens ist zu bemerken, daß Rußland, obwohl es, die Mobilmachung verfügt, nicht nur nach Sasonows Ausdruck verhandlungsbereit bleibt, sondern tatsächlich verhandelt. Im Laufe des 30. hat der Minister des Auswärtigen eine lange Unterredung mit Graf Pourtalès, und auf Bitten des Botschafters setzt er die Bedingungen, zu deren Annahme er bereit ist, schriftlich auf: Österreich soll anerkennen, daß der österreichisch-serbische Konflikt einen europäischen Charakter angenommen hat, und es soll in seinem Ultimatum die Punkte streichen, die die serbischen Hoheitsrechte verletzen. Dafür verpflichtet sich Rußland zur Einstellung aller militärischen Vorbereitungen und wird sich inzwischen jedes feindseligen Aktes gegen Österreich enthalten, wenn es von diesem nicht herausgefordert wird[2]. Sasonows Vorschlag verdient zum mindesten geprüft zu werden. Als der Botschafter Sverwejew ihn um 5 Uhr nachmittags Jagow vorlegt, erklärt dieser, er sei für Österreich völlig unannehmbar[3]. Selbst Sir Edward Grey findet ihn gar nicht befriedigend und bittet Sir G. Buchanan, statt dessen eine andere Fassung zu setzen: „Erklärt sich Österreich nach der Besetzung Belgrads und des umliegenden serbischen Gebietes bereit, im Interesse des europäischen Friedens sein Vorrücken einzustellen und sich auf eine Erörterung darüber einzu-

[1] Schwarzbuch, II, 290f.

[2] Die deutschen Dokumente, 445.

[3] Ebenda, 460.

lassen, wie man zu einer endgültigen Regelung der Frage gelangen könne, so wird hoffentlich auch Rußland in eine Aussprache und in die Einstellung weiterer militärischer Vorbereitungen willigen, falls die anderen Mächte ein Gleiches tun." Trotz Deutschlands Drängen verlangt Grey also von Rußland nicht die Einstellung seiner Vorbereitungen; vielmehr sieht er ein, daß es sie nur dann einstellen kann, wenn Österreich selbst seinen Vormarsch eingestellt hat. Österreich hat Pfänder genommen; es wird sie vorläufig behalten, und man wird miteinander reden[1]. Rußland hatte nicht nein gesagt, aber Österreich wollte durchaus nicht ja sagen. Es wies mit Entrüstung die Formel „Halt in Belgrad" zurück, die Sir Edward Grey ersonnen, Bethmann Hollweg empfohlen, Sasonow nicht abgelehnt hatte und die tatsächlich einen Sieg der Doppelmonarchie darstellte. Weder Berchtold noch Conrad v. Hötzendorf, noch Forgách, noch Hoyos lassen sich auf eine derartige Einschränkung der im Gange befindlichen Kriegshandlungen ein[2]. Berchtold und Conrad sprechen den Kaiser Franz Joseph am Nachmittag. Man beschließt, jeden Vermittlungsversuch abzulehnen[3]. Bethmann Hollweg, der mit diesem sinnlosen Widerstande unzufrieden ist, kann nicht umhin, an Tschirschky ein Telegramm (Nr. 200) zu senden, das folgendes unwiderrufliches Urteil über Österreichs Verhalten enthält[4]: „Wenn Wien . . . jedes Einlenken . . . ablehnt, ist es kaum mehr möglich, Rußland die Schuld an der ausbrechenden europäischen Konflagration zuzuschieben . . . Glücken England diese Bestrebungen, während Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, daß es unbedingt einen Krieg will, in den wir hineingezogen sind, während Rußland schuldfrei bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation. Wir können deshalb nur dringend empfehlen, daß Österreich den Greyschen Vorschlag annimmt, der seine Position in jeder Beziehung wahrt."

Dies Telegramm geht von Berlin am 30. um 9 Uhr ab. Zweifellos weiß der Reichskanzler in diesem Augenblick nicht, daß Rußland am nächsten Tage die allgemeine Mobilmachung verkünden wird. Aber angenommen, Rußland hätte diesen Beschluß hinaus-

[1] Blaubuch, 103.

[2] Die deutschen Dokumente, 465, Bericht Tschirschkys.

[3] Conrad, Aus meiner Dienstzeit, IV, 147.

[4] Die deutschen Dokumente, 441.

geschoben oder ihn nie gefaßt, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Österreich, nachdem es mit Deutschlands Zustimmung ein unentschuldbares Ultimatum an Serbien gesandt, nachdem es ihm den Krieg erklärt, Belgrad beschossen und serbisches Gebiet betreten, sich geweigert hat, haltzumachen, und daß es in vollem Bewußtsein eine Mine entzündet hat, die nicht mehr zu löschen ist.

Übrigens trägt die deutsche Regierung nicht nur die Mitverantwortung für Österreichs erste Fehler; sie ist auch für den jetzigen Widerstand seines Verbündeten verantwortlich. Während Bethmann Hollweg tatsächlich Mäßigung predigt, drängen Moltke und der Generalstab zu der allgemeinen österreichischen Mobilmachung[1], und am Abend siegen die Militärs sogar über die schwächliche Vernunft des „Zivilkanzlers". Von ihnen umstrickt, bedauert er das Telegramm 200, das er eben an Tschirschky abgesandt hat, und um 23,20 beschließt er die Absendung eines anderen: „Bitte Instruktion Nr. 200 vorläufig nicht auszuführen[2]". Er verzichtet also darauf, Österreich zurückzuhalten; nochmals läßt er ihm die Zügel schießen. Er benimmt sich, als bereue er, vernünftig gewesen zu sein.

In diesem Augenblick schreibt der bayerische Militärattaché in Berlin, Wenninger, in einem Bericht nach München: „S. M. der Kaiser ist entschieden auf Seite Moltkes und des Kriegsministers... Einen prächtigen Eindruck macht die Bestimmung des Kaisers, daß die Kaisersöhne als einfache Offiziere in der Front den Krieg mitmachen sollen[3]." Schon am Tage vorher hat Wenninger dem bayerischen Kriegsministerium gemeldet, Moltke biete seinen ganzen Einfluß auf, um „die von ihm als günstig beurteilte Gesamtlage zum Losschlagen auszunutzen."

Während die Söhne des Kaisers ihre Uniform anlegen, hören wir, der Präsident und die französischen Minister, an diesem niederdrückenden Tage nicht auf, dem Herannahen des Krieges um jeden Fußbreit Widerstand zu leisten. Zwei schwer miteinander zu vereinbarende, aber gleich heilige Pflichten drängen sich

---

[1] Vgl. Renouvin, S. 39. – Die deutschen Dokumente, Nr. 451, 464. – Kautsky, französische Ausgabe, S. 152.

[2] Die deutschen Dokumente, 450.

[3] Die bayerischen Dokumente, kommentiert von Albert Winter in München, „Weltbühne", 1926.

uns auf: das Unmögliche zu tun, um einen Konflikt zu verhüten, aber auch bereit zu sein, wenn er uns zum Trotz ausbricht. Auch zwei andere Pflichten laufen bisweilen Gefahr, sich zu widersprechen: nicht ein Bündnis zu brechen, auf dem die französische Politik seit einem Vierteljahrhundert beruht und dessen Bruch uns isolieren und uns unseren Nebenbuhlern auf Gnade und Ungnade ausliefern würde, und doch alles, was von uns abhängt, zu tun, um unseren Verbündeten zur Mäßigung in den Angelegenheiten zu bewegen, an denen wir weit weniger beteiligt sind als er. Das sind die Sorgen, die in unseren täglichen Beratungen hervortreten, das sind die verwickelten Gegenstände der Gespräche, die ich morgens, mittags und abends mit den Ministern führe, die, ob sie gestrige Gegner oder Freunde sind, mir alle gleiches Vertrauen entgegenbringen.

Im Innern wie nach außen stellen sich die schwersten Probleme, die eine Regierung zu lösen haben kann. Die Finanzlage wird beunruhigend. Mehrere Kreditinstitute sind durch die Zurückziehung der Gelder bedroht. Die Bank von Frankreich muß ihr Emissionsmaximum überschreiten. Um diesen Verlegenheiten abzuhelfen, muß der Ministerrat am Donnerstag, dem 30. vormittags, die außergewöhnlichen Verhältnisse einer Gesamtprüfung unterziehen. Selbst die Sparkassen beginnen sich zu leeren. Man wird die Sicherheitsklausel in Anwendung bringen müssen. Trotzdem herrscht keine Panik im Lande. Die Franzosen schaffen sich Rücklagen für die kommenden Ereignisse, aber nirgends zeigt sich das geringste Mißtrauen gegen den Staat oder ein Zweifel an seiner Zukunft. In Paris wie in der Provinz ist die Bevölkerung wunderbar ruhig und kaltblütig.

Um 11 Uhr läßt Sir Francis Bertie am Quai d'Orsay eine Note überreichen, die in dieser ereignisreichen Zeit den Fehler so vieler anderer hat: sie kommt anscheinend etwas zu spät. Darin heißt es, der Reichskanzler habe den deutschen Botschafter in London beauftragt, Sir Edward Grey davon in Kenntnis zu setzen, daß die deutsche Regierung sich bemüht, zwischen Wien und St. Petersburg zu vermitteln, „and he hopes with good success". Österreich und Rußland, heißt es weiter, scheinen „in constant touch" zu sein, und Bethmann Hollweg versucht die österreichisch-ungarische Regierung zu bestimmen, daß sie der russischen Regierung Zweck und Umfang ihres Vorgehens gegen Serbien in zufrieden-

stellender Weise erklärt. Sir Edward Grey hat dem Fürsten Lichnowsky geantwortet, eine unmittelbare Verständigung zwischen Österreich und Rußland sei die bestmögliche Lösung, und solange Hoffnung bestehe, daß dieses Ergebnis erzielt werde, wolle die britische Regierung jeden anderen Vorschlag aufschieben. Aber seit dieser Unterredung hat Sir Edward Grey, wie er sagt, erfahren, daß Österreich sich den Eröffnungen der russischen Regierung entzogen habe. Andererseits scheine Deutschland zu glauben, daß die Methode einer Konferenz oder selbst einer Unterhaltung zwischen vier Mächten in London „too formal a method" sei. Sir Edward Grey läßt uns daher wissen, daß er der deutschen Regierung gegenüber darauf bestehe, daß diese ihrerseits ein Verfahren angibt, das den vier Mächten die Verhütung eines Krieges zwischen Österreich und Rußland ermöglicht. Frankreich und Italien, stellt der Staatssekretär fest, sind diesem Vorgehen völlig beigetreten. Die Vermittlungsaktion ist tatsächlich zur Ausführung in der von Deutschland gewünschten Form fix und fertig, wenn Deutschland nur gewillt ist, im Interesse des Friedens auf den Knopf zu drücken (to press the button).

Aber Deutschland will ersichtlich nicht auf den Knopf drücken. Sonst wäre es ihm leicht gefallen, die Beschießung von Belgrad zu verhüten und die Vermittlung früher und ohne Winkelzüge anzunehmen. Selbst wenn heute noch die vier Mächte in London zusammenträten, wie Sir Edward Grey wünscht, wie Italien und wir es annehmen, wären sie schon durch ihre Zusammenkunft und durch ihre Einigkeit stark genug, um zugleich auf Österreich und auf Rußland einzuwirken. Warum versteift Deutschland sich darauf, seinen eigenen Weg zu gehen?

Inzwischen meldet Jules Cambon uns einen schwachen Lichtschimmer. Er hat Jagow heute ziemlich verstört gefunden. Der Botschafter hat ihn gefragt, ob es wahr sei, daß Österreich mit dem Einmarsche seiner Truppen in Serbien begonnen habe. Jagow wußte nichts davon. „Bemerken Sie bitte," hat Jules Cambon zu ihm gesagt, „daß wenn die Nachricht zutrifft, Österreichs Prestige gewahrt ist und es jetzt ohne die geringste Verletzung seiner Würde die Vermittlung der vier unbeteiligten Mächte annehmen kann." – „Allerdings," hat Jagow geantwortet, „das ist etwas anderes." Jules Cambon hat dies Wort seinem englischen Kollegen mitgeteilt, der davon überrascht war und

es nach London übermittelt hat. Aber warten wir die Fortsetzung ab.

Um 2,05 Uhr richtet Jules Cambon an den Qai d'Orsay ein Telegramm (Nr. 220), das um 15,50 eintrifft: „Nach dem, was der Unterstaatssekretär (Zimmermann) zu einem meiner Kollegen gesagt hat, der es mir wiederholte, ist der Telegrammwechsel des Deutschen Kaisers mit dem russischen Zaren sehr herzlich gewesen, hat aber nichts an der Lage geändert. Ich bin betroffen, wie skeptisch die große Masse, besonders in Hamburg, über Englands Intervention denkt. Darin liegt eine Gefahr. Mein Kollege Sir Edward Goschen, den ich darauf hinwies, glaubt, wenn England seine Absichten offen kundgäbe, sei zu befürchten, daß Rußland sich unversöhnlich zeigen und die Entspannung um so schwieriger sein werde. Ich habe ihm geantwortet, es bedürfe ja keiner öffentlichen Kundgebeung wie derjenigen Lloyd Georges im Jahre 1911, sondern nur einer Erklärung über einen etwaigen Angriff auf Frankreich, die Sir Edward Grey dem Fürsten Lichnowsky oder der englische Botschafter Jagow mündlich machen könne. Ich fürchte tatsächlich, daß die Unbestimmtheit von Sir Edward Goschens Erklärungen geeignet ist, hier Illusionen zu erwecken, und es wäre wichtig, diese zu zerstreuen. Die heutigen deutschen Morgenzeitungen erklären auf Grund der „Times", England werde nur Maßregeln zu seiner persönlichen Sicherheit treffen. Möglicherweise hat diese Erklärung der englischen (Lücke) den Zweck, die Debatte nicht zu vergiften, aber die (deutsche) Regierung sollte daraus keine gefährliche Zuversicht schöpfen. Das beunruhigt, wie ich höre, sogar die Russen, die in Berlin sind. Gez. J. Cambon."

Dank einem glücklichen Zusammentreffen hat Sir Francis Bertie mich zu heute abend um eine Audienz gebeten. Er bestellt mir Sir Edward Greys Glückwünsche zum Erfolg meiner Reise nach St. Petersburg[1]. „Mitten in der letzten Nacht", sage ich zu ihm, „hat die französische Regierung die Nachricht erhalten, daß die deutsche Regierung die russische hat wissen lassen, daß Deutsch-

[1] „The outbreak of war", XI. Foreign office documents, Nr. 318. Sir Francis Bertie to Sir Edward Grey, Paris, July 20, 1914, D. 8 h. 15, P. M. R. 10 h. 30 P. M. (Mit Abänderungen und Streichungen veröffentlicht im Blaubuch, Nr. 99.) Der Botschafter hat dann eine Depesche nach London gesandt, in der er unsere Unterredung ausführlicher wiedergab. (S. ebenda, Nr. 373, S. 230.)

land mobil machen werde, falls Rußland seine Teilmobilmachung nicht einstelle. Heute nachmittag haben wir einen neuen Bericht aus St. Petersburg erhalten, wonach die deutsche Mitteilung abgeändert worden ist und es heißt: „Unter welchen Bedingungen würde Rußland demobil machen?" Rußland hat geantwortet: „Wir werden demobil machen, wenn Österreich die Versicherung geben will, daß es die Souveränität Serbiens nicht antastet, und wenn es für gewisse, von Serbien nicht angenommene Forderungen der österreichischen Note eine internationale Aussprache zuläßt." „Ich glaube nicht, daß die österreichisch-ungarische Regierung die russischen Bedingungen annimmt. Sehen Sie, lieber Botschafter, ich bin überzeugt, daß die Erhaltung des Friedens unter den Mächten von England abhängt. Wenn die Regierung Sr. Majestät verkündet, daß England im Falle eines Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland infolge des jetzigen Streites zwischen Österreich und Serbien Frankreich zu Hilfe käme, so gäbe es keinen Krieg, denn Deutschland würde seine Haltung sofort ändern." Sir Francis Bertie hat in seinem Telegramm an Sir Edward Grey meine Erklärungen getreu wiedergegeben; nur eins hat er ausgelassen, daß er zu mir gesagt hat: „Persönlich denke ich wie Sie." Er setzte hinzu: „Leider glaube ich, daß es der britischen Regierung sehr schwer fallen wird, eine solche Erklärung abzugeben." Ich entgegnete: „Und doch wäre sie für die Erhaltung des Friedens von Vorteil. Frankreich ist friedlich, es wünscht den Krieg nicht; es hat sich bisher auf militärische Vorbereitungen beschränkt, um nicht überrascht zu werden, und es wird die britische Regierung über alle Maßnahmen, die es treffen wird, auf dem laufenden halten. Bricht ein allgemeiner Krieg auf dem Festland aus, so wird England unweigerlich hineingezogen werden, um seine Lebensinteressen zu schützen. Wenn es schon heute seine Absicht erklärt, Frankreich, das den Frieden wünscht, beizustehen, so hätte das fast gewiß die Wirkung, Deutschland davon abzuhalten, sich auf einen Krieg einzulassen." Sir Francis Bertie hat Sir Edward Grey meine Erklärungen mitgeteilt; ich weiß nicht, ob sie gehört worden sind.

Aber sie decken sich mit dem Denken einer ziemlich großen Anzahl von Mitgliedern der konservativen Partei. Der unvergeßliche Bonar Law hat mir später gesagt, er habe im Juli 1914 mehreren Mitgliedern des liberalen Kabinetts gegenüber die gleiche

Sprache geführt wie ich, und er hat hinzugesetzt: „Hätte die englische Regierung sich früher zur öffentlichen Parteinahme entschlossen, der Krieg wäre sicherlich vermieden worden." Das hat Bonar Law auch dem amerikanischen Diplomaten Walter H. Page anvertraut[1]. Bleibt die Frage, ob die englische öffentliche Meinung vor dem Angriff auf Belgien eine Regierung, die dieses Programm vertrat, unterstützt hätte. Offen gesagt ist nichts weniger sicher.

Kehren wir jedoch zum kaiserlichen Deutschland zurück. Es lastet im Jahre 1914, besonders seit dem 24. Juli, wie ein Alp auf der französischen Regierung, die Casablanca, Agadir und soviele andere Drohungen nicht vergessen kann, durch die das friedliche, emsige Leben des französischen Volkes in den letzten Jahren gestört worden ist.

Ein neues Telegramm Jules Cambons (Nr. 223) vom 30., 2,30 Uhr, eingetroffen 16 Uhr[2]. „Geheim . . . Der Großherzog von Hessen soll nach Petersburg abgereist sein, um den Zaren zu sprechen und ein Mittel zur Entspannung zu suchen. Trotzdem läuft das Gerücht um, die Mobilmachung sei heute morgen im Ministerrate beschlossen und werde morgen verkündet werden. Den Zeitungskorrespondenten ist in der Wilhelmstraße erklärt worden, man könne derartige Gerüchte weder ableugnen noch bestätigen, aber ernste Entschlüsse seien gefaßt worden. Es herrscht große Erregung. Ich weiß, daß die Forts von Metz mit Truppen besetzt sind. Gez. J. Cambon."

Eine Stunde später, um 3,30 Uhr, schickt Jules Cambon ein neues Telegramm (Nr. 224), das fünf Minuten nach dem ersten eintrifft. „Wie der Staatssekretär mir telephoniert, ist die Nachricht von der deutschen Mobilmachung falsch. Er bittet mich, Ihnen dies dringend mitzuteilen. Die deutsche Regierung läßt alle Extrablätter der Zeitung, die sie enthalten, beschlagnahmen. Gez. Jules Cambon." Somit läuft in Berlin das Gerücht um, daß die Mobilmachung am Morgen im Ministerrate beschlossen ist und

---

[1] „The life and letters of Walter H. Page", by Burton. J. Hendrick, Anhang, S. 413. – S. auch „Lord Grey of Fallodon", Vorlesung in der Kgl. Belgischen Akademie vom Staatsminister Paul Hymans (Marcel Hayez éditeur, Bruxelles), S. 22.

[2] Bei den Telegrammen aus Berlin sind die Abgangsstunden von Mitternacht bis Mittag und von Mittag bis Mitternacht angegeben, die Ankunftszeiten von Mitternacht bis Mitternacht.

wahrscheinlich andern Tags verkündet wird. Die Journalisten bitten in der Wilhelmstraße um Bestätigung oder Ableugnung. Man verweigert ihnen die Antwort. Eine Zeitung bringt die Nachricht. Sie wird beschlagnahmt, und Jagow macht sich die Mühe, an den französischen und russischen Botschafter zu telephonieren, es sei falsch, daß Deutschland mobil mache. Wie soll man sich verhehlen, daß wir beim Empfange dieser Telegramme keineswegs beruhigt waren? Alles vollzieht sich, „als ob" die Mobilmachung im Ministerrate schon beschlossen sei und die deutsche Regierung sie noch geheim halten wolle, um die anderen Mächte irre zu führen. Und fürwahr, wenn der russische Generalstab, dessen Akten die Sowjets nicht veröffentlicht haben, am 29. und 30. Juli ähnliche Nachrichten erhalten hat, wie wir von unserem eigenen Botschafter, so begreift man, daß die russische Regierung in ihrer Sorge über die außerordentliche Langsamkeit ihrer Mobilmachung ihren Beschluß nicht länger hinauszuschieben gewagt hat. Übrigens lassen Jules Cambons weitere Telegramme uns keine Illusion über die wahren Absichten Deutschlands.

„Berlin, 30. Juli 1914, Nr. 225, abgegangen 4,52 Uhr, eingetroffen 18,10 Uhr. Einer der Botschafter, dem ich sehr nahe stehe, hat Zimmermann um 2 Uhr aufgesucht. Wie der Unterstaatssekretär sagt, drängen die militärischen Autoritäten sehr zur Verkündung der Mobilmachung, weil Deutschland durch jeden Zeitverlust einige seiner Vorteile verliere. Trotzdem sei es bis jetzt gelungen, der Eile des Generalstabs, der in der Mobilmachung den Krieg sieht, zu widerstehen. Wie dem aber auch sei, die Mobilmachung kann stündlich befohlen werden! Ich weiß nicht, wer in den zumeist offiziösen „Lokalanzeiger" eine falsche Nachricht gebracht hat, die die Gemüter in Frankreich erregen muß. Es ist wichtig, daß die Mobilmachungsmaßnahmen in Frankreich erst veröffentlicht werden, wenn sie in Deutschland bestimmt verfügt sind, damit die öffentliche Meinung in England, die bei den Ereignissen eine so große Rolle spielen kann, uns keine Kriegstreiberei zuschreibt. Gez. Cambon."

„Berlin, 30. Juli, Nr. 226, eingegangen 18,20 Uhr. Geheim. Ich habe Grund zu der Annahme, daß alle Mobilmachungsmaßnahmen, die vor der Veröffentlichung des allgemeinen Mobilmachungsbefehles getroffen werden können, jetzt erfolgen sollen. Man legt es offenbar darauf an, daß wir unsere Mobilmachung zuerst

veröffentlichen. Es ist unsere Sache, diese Berechnung zu vereiteln und der Ungeduld, die sich in der Presse und in der Öffentlichkeit in Paris gewiß zeigen wird, nicht nachzugeben." Somit ist in Berlin alles bereit; man trifft insgeheim alle Mobilmachungsmaßnahmen; man will den Befehl veröffentlichen, und aus Berechnung versucht man uns zu verleiten, die Dinge zu überstürzen. Wir gehen nicht in diese Falle. Aber hat man nicht die gleichen Ränke in St. Petersburg angewandt und Sasonow damit gefangen?

Während Deutschland rüstet, hütet es sich übrigens wohl, auf Sir Greys Vorstellungen zu antworten. Das teilt uns wieder Jules Cambon mit. „Berlin, 30. Juli 1914, 5,15 Uhr; eingegangen 17,55 Uhr. Antwort auf Ihr Telegramm Nr. 375. Der englische Botschafter hat keine Mitteilung über Deutschlands Antwort auf Sir Edward Greys Vorschlag erhalten. Er hat mir gesagt, Berlin habe in Wien angefragt und warte noch auf die Äußerung seines Verbündeten."

Von allem, was er sieht und hört, beunruhigt, will Jules Cambon seine Sorgen loswerden. Er geht nochmals zu Jagow und fragt ihn, was von der Nachricht der deutschen Mobilmachung in dem offiziösen „Lokalanzeiger" zu halten sei. „Er hat mir geantwortet, das sei eine unsaubere Handlung, ein Mißbrauch mit den Extrablättern, die die Zeitung für alle Fälle im voraus gedruckt hatte." „Ich meinerseits", setzt Cambon hinzu, „sehe darin eine vielsagende Ungeschicklichkeit; sie zeigt, daß die allgemeine Mobilmachung dicht bevorsteht." Und er fährt fort: „In meiner heutigen Unterredung habe ich Jagow auch gefragt, welche Antwort er Sir Edward Grey auf dessen Bitte erteilt habe, ihm selbst die Formel für die Intervention der unbeteiligten Mächte anzugeben oder direkt zu handeln. Er hat mir geantwortet, um Zeit zu gewinnen, habe er den letzten Weg eingeschlagen und bei Österreich angefragt, auf welchem Boden man mit ihm reden könne. Diese Antwort hat die Wirkung, England, Frankreich und Italien unter dem Vorwande der Beschleunigung auszuschalten und es Tschirschky, dessen alldeutsche Ansichten bekannt sind, zu überlassen, Österreich zu einer versöhnlichen Haltung zu bewegen. Schließlich sprach Jagow mit mir von der russischen Mobilmachung. Er sagte, diese Mobilmachung gefährde den Erfolg jeder Intervention bei Österreich, und davon hänge alles ab. Er wunderte sich, daß der Zar nach ihrer Unterzeichnung an den Kaiser Wilhelm telegra-

phiert habe, um ihn um seine Vermittlung zu bitten[1]. Ich bemerkte dem Staatssekretär gegenüber, er selbst habe ihm ja gesagt, daß Deutschland sich nur dann zur Mobilmachung verpflichtet halten werde, wenn Rußland an seinen (deutschen) Grenzen mobil mache; das aber sei nicht der Fall. Allerdings, erwiderte er, aber die Führer des Heeres drängten, denn jede Verzögerung sei ein Kraftverlust für das deutsche Heer, und die Worte, auf die ich mich berufen hätte, stellten keine feste Verpflichtung seinerseits dar. Ich habe aus dieser Unterredung den Eindruck gewonnen, daß die Friedensaussichten noch geringer geworden sind."

Wir können schwerlich einen anderen Eindruck haben, als Jules Cambon, zumal die militärischen Maßnahmen Deutschlands an unseren eigenen Grenzen immerfort zunehmen. Auf der Strecke Köln–Trier verkehren 13 Züge mit Artilleriematerial. In Junkeralt stehen am 30. morgens 13 Lokomotiven unter Dampf. Die Kraftwagen in der Gegend von Metz bis nach Hayingen werden beigetrieben. (Telegramm des französischen Gesandten Mollard in Luxemburg.) Die Truppenbewegungen in der Richtung auf Köln dauern fort; alle Brücken sind militärisch besetzt. (Telegramm des Konsuls Néton in Düsseldorf.) Alle Offiziere, Unteroffiiziere und Mannschaften des bayerischen Heeres kehren schleunigst zu ihren Truppenteilen zurück. (Telegramm Allizés, München, 30. Juli, 1,30 Uhr.)

Können wir angesichts dieser übereinstimmenden Nachrichten mit geschlossenen Augen und gekreuzten Armen stehenbleiben? Der Kriegsminister Messimy ist nicht dieser Ansicht. Schon im Ministerrat am Morgen hat er den ihm sehr stark ausgedrückten Wunsch des Generals Joffre mitgeteilt, die Deckungsmaßnahmen nicht länger hinauszuschieben. Das hieß so viel wie den 2., 6., 7., 20. und 21. Bezirk und alle unsere Kavalleriedivisionen mobil machen. Es hieß, die Abbeförderung der Regimenter aus Reims, Châlons-sur-Marne, Besançon, Paris und sogar aus einigen Garnisonen des Westens nach der Grenze befehlen. Der Mini-

[1] Es handelt sich um den ersten Beschluß Rußlands, die vier Österreich benachbarten Militärbezirke mobil zu machen. Der ganze zweite Teil dieses Telegramms, das im Gelbbuch Nr. 109 zusammengefaßt ist, ist in Berlin erst in der Nacht vom 30. zum 31. um 1,30 Uhr abgegangen und in Paris erst um 4 Uhr früh eingetroffen.

sterat ist einstimmig gewillt, vor keiner unerläßlichen Vorsichtsmaßnahme zurückzuschrecken. Er fürchtet jedoch, unsere Initiative werde vom Reiche in England und Italien gegen uns ausgebeutet werden und uns, wenn auch gegen jeden Augenschein, die Rolle des Angreifers zuschieben. Er versucht daher, die Notwendigkeiten der Verteidigung mit dem diplomatischen Interesse in Einklang zu bringen, und faßt folgenden Beschluß: Einrücken der Deckungstruppen in ihre Stellungen mit folgenden Einschränkungen: Einrücken sollen nur die Einheiten, die durch Fußmarsch oder zu Pferde hingelangen können; die Reservisten sollen nicht einberufen, die Pferde nicht beigetrieben, sondern freihändig angekauft werden; die Deckungstruppen sollen 10 km von der Grenze entfernt bleiben, um jede Berührung zwischen den deutschen und französischen Patrouillen zu vermeiden.

Die letzte Bestimmung ist später leidenschaftlich umstritten worden. Zu ihrer Rechtfertigung hat Messimy gesagt[1]: „Hätte ich morgen unter ähnlichen Verhältnissen den gleichen Entschluß zu fassen, ich zögerte keine Minute damit. Ich werde stets stolz darauf sein, ihn gefaßt zu haben. Ich verweise Sie bezüglich dieser ganzen Sache auf die ausgezeichnete Rede, die Viviani in der Deputiertenkammer gehalten hat. Nichts hat der öffentlichen Meinung in England solchen Eindruck gemacht (alle Zeugnisse stimmen darin überein), nichts ihr besser unsere friedlichen Absichten bewiesen als der Beschluß, die Truppen etwas von der Grenze zurückzuhalten."

Diese Maßregel hatte militärisch freilich ihre großen Unzuträglichkeiten. Sie beweist jedoch, daß Frankreich Ende Juli 1914 keine Angriffsabsichten hegte. Übrigens hatte der General Joffre sich leicht mit den Absichten des Ministerrates abgefunden. Er hatte nur gebeten, und die Regierung war darauf eingegangen, daß an einer Anzahl bestimmter Punkte die Vorposten näher an die Grenze vorgeschoben wurden, jedoch in bloßer Verteidigungsstellung.

Nach diesem Beschluß telegraphierte Viviani anPaul Cambon[2]: „Bitte machen Sie Sir Edward Grey folgende Mitteilungen über die militärischen Maßnahmen in Frankreich und Deutschland.

---

[1] A. Recouly, op. cit., S. 77.

[2] Viviani, S. 177.

Daraus wird England ersehen, daß Frankreich zwar entschlossen ist, aber keine agressiven Maßnahmen ergreift. Machen Sie Sir Edward Grey auf den Beschluß des heutigen Ministerrates aufmerksam. Obwohl Deutschland seine Deckungsmaßnahmen auf der ganzen Front von Luxemburg bis zu den Vogesen ein paar hundert Meter von der Grenze trifft, haben wir unsere Truppen auf 10 km von der Grenze zurückgehalten und ihnen untersagt, ihr näher zu kommen. Und doch sah unser offensiv angelegter Plan vor, daß die Kampfstellungen unserer Truppen so nahe wie möglich an der Grenze sein sollen. Indem wir so einen Gebietsstreifen dem plötzlichen Angriff des Feindes ungeschützt überlassen, will die Regierung der Republik zeigen, daß Frankreich so wenig wie Rußland die Verantwortung für den Angriff trägt."

In seiner „Antwort an den Kaiser" hat Viviani geschrieben: „Somit bin ich veranlaßt, von Frankreichs Vorbereitungen zu sprechen. Wie man gesehen hat, folgten sie auf diejenigen Deutschlands, gingen ihnen nie voraus, waren nur eine berechtigte Antwort. Und doch wußten wir, daß unser Heer weniger zahlreich war." Weiter beansprucht Viviani wie Messimy für sich die Ehre, dem Ministerrat nach Vereinbarung mit dem Oberbefehlshaber die Zurückhaltung der Truppen auf 10 km von der Grenze vorgeschlagen zu haben. „Gewiß", schreibt er, „war das Risiko furchtbar, und doch nahm ich es auf mich. Ich sowie alle meine Kollegen, deren Unerschrockenheit Anspruch auf meine öffentliche Huldigung hat, wurden von der Furcht verfolgt, der Krieg möchte aus einem Gehölz hervorgehen, in dem zwei Patrouillen sich begegneten, aus einem Wortwechsel, einer drohenden Gebärde. Ich machte dem Ministerrat diesen Vorschlag, nahm die schwerste Verantwortung der Weltgeschichte auf mich, ließ sie Frankreich auf sich nehmen. Warum? Um nicht den Krieg in jenen Stunden der furchtbarsten Nervosität, wo ein vernünftiges Wort unmöglich wurde, von einer beabsichtigten oder zufälligen Geste abhängig zu machen."

Als treuer Wächter meiner verfassungsmäßigen Unverantwortlichkeit war Viviani so taktvoll, in seinem Buche nicht anzugeben, daß er mit mir in meinem Kabinett über seinen Vorschlag gesprochen hatte, bevor er ihn mit Messimy im Ministerrate machte. Da ich diese zarte Rücksicht nicht zu nehmen brauche, kann ich offen sagen, daß ich mit den beiden Ministern und dem General

Joffre das Für und Wider der geplanten Maßregel erwogen und sie voll gebilligt hatte. Auch der Ausführungsbefehl erging mit meiner Zustimmung. Messimy sandte ihn am 30. Juli um 16,55 Uhr unter Nr. 129 aus Paris ab, nachdem die ersten Telegramme Jules Cambons und die anderen Nachrichten über Deutschlands militärische Maßnahmen den Ministerpräsidenten und den Kriegsminister bestimmt hatten, die Durchführung der am Morgen grundsätzlich beschlossenen Maßnahmen nicht länger hinauszuschieben. Der Befehl lautete wie folgt: „Ausführen der Vorbereitungsmaßnahmen der Operationen Nr. 24 des Mobilmachungsplanes für Grenzgarnisonen gemäß Anhang II zur Instruktion vom 15. Februar 1909. Bis auf weiteres, außer im Falle plötzlichen Angriffs, keine Einziehung von Reservisten. Deckungstruppen, die mit Eisenbahn befördert werden müssen, zur Verladung bereit halten. Deckungstruppen, die Fußmarsch machen, rücken in die für den Fall eines plötzlichen Angriffs bestimmten Stellungen ein. Aus diplomatischen Gründen ist jedoch erforderlich, daß kein Zwischenfall durch unsere Schuld eintritt. Somit darf kein Truppenteil, auch keine Patrouille, unter keinem Vorwand sich der Grenze nähern noch die Linie (folgt eine Aufzählung der Orte, durch die eine Linie läuft, die 10 km von der Grenze entfernt ist) überschreiten."

Am Abend und in der Nacht erhalten wir aus Wien Telegramme Dumaines, die uns zu bedenken geben, daß trotz allem unmittelbare Unterhaltungen zwischen Wien und St. Petersburg stattgefunden haben[1]. Sasonow hat Schebeko beauftragt, dem Grafen Berchtold zu erklären, die russischen Vorbereitungen bedeuteten nichts weiter als eine Antwort auf die österreichischen und sollten die Absicht und das Recht des Zaren ausdrücken, seine Ansicht bei der Regelung der serbischen Frage zu äußern. Darauf hat Graf Berchtold geantwortet, auch die Mobilmachungsmaßnahmen in Galizien schlössen keine Angriffsabsicht ein und bezweckten nur, die Lage auf dem gleichen Fuße zu halten. Es ist beiderseits vereinbart worden, dahin zu wirken, daß diese Maßnahmen nicht als Zeichen von Feindseligkeit ausgelegt werden. Betreffs der Regelung des österreichisch-serbischen Konflikts

[1] Telegramme Dumaines Nr. 125–127, aus Wien abgegangen am 30., 8,30 Uhr und 11,45 Uhr abends, in Paris eingetroffen um 23,55 Uhr bzw. 2,10 und 2.35 Uhr morgens.

wurde beschlossen, die Aussprachen in Petersburg zwischen Sasonow und Graf Szapary fortzusetzen. Anscheinend bahnt sich also eine Regelung zwischen Österreich und Rußland an, in dem Augenblick, wo es zwischen Rußland und Deutschland zum Bruche zu kommen scheint. Und Deutschland ist für diesen Widersinn verantwortlich. Dumaine schreibt nämlich: „Die Unterredung mit Graf Berchtold war sehr freundschaftlich, und wenn man auch keine sichere Hoffnung schöpfen darf, ließ sich doch annehmen, daß noch nicht jede Aussicht auf Lokalisierung des Konfliktes verloren war. Da traf die Nachricht von der deutschen Mobilmachung ein." Unser Botschafter fährt fort: „Mein russischer Kollege erkannte, daß die deutsche Mobilmachung eine Beilegung immer schwieriger machen wird. Ist es noch möglich, die Reichskanzlei darauf hinzuweisen, welche Verantwortung sie damit übernimmt, daß sie diese letzte Möglichkeit des Heils verhindert?" Wie hat diese Nachricht der deutschen Mobilmachung wenn sie falsch war, sich so rasch in Wien, selbst in Petersburg verbreiten können? Und wie kam es, daß sie sofort ernst genommen wurde, nicht nur von Schebeko, sondern auch von Deutschlands vertrautem Verbündeten Grafen Berchtold?

Angesichts der Drohungen, mit denen Viviani uns nach und nach eingekreist sieht, telephoniert er an Paul Cambon und besteht darauf, daß dieser sich sobald wie möglich Gewißheit über Englands Absichten verschafft. Paul Cambon bemüht sich, dem Staatssekretär zu beweisen, daß gegen unsern Willen ein allgemeiner Krieg von heute auf morgen ausbrechen kann und daß es dringend nötig ist, alle Möglichkeiten zu erörtern. Um 11,30 Uhr trifft ein Telegramm aus London (Nr. 165) ein, das um 8,36 Uhr abgegangen ist. Darin sagt Paul Cambon, Sir Edward Grey habe seine Vorstellungen verstanden und müsse morgen den Ministerrat befragen. Hierauf solle der Botschafter zu ihn kommen. Sir Edward Grey scheint jedoch noch nicht alle Hoffnung auf eine friedliche Beilegung verloren zu haben. Er hat ein neues Mittel versucht. Er schlägt in Petersburg bestimmt vor, in die Besetzung Belgrads durch Österreich zu willigen, unter der Bedingung, daß dieses sich zur Räumung der Stadt verpflichte, sobald ein Ausgleich gefunden sei. Paul Cambon glaubt nicht, daß Rußland diesem Vorschlage zustimmen werde. Nach der Beschießung Belgrads kommt er allerdings etwas spät.

Nicht minder unklar wie über die künftigen Beschlüsse Englands sind wir über diejenigen Italiens. Obwohl es durch unsere Vereinbarungen von 1900-1902 zur Wahrung der Neutralität verpflichtet ist, wenn wir angegriffen werden, bleibt es doch mit Deutschland und Österreich verbündet. Nach Artikel 7 des Dreibundsvertrages müssen die vertragschließenden Mächte sich miteinander ins Einvernehmen setzen, bevor sie den Status quo auf dem Balkan verändern, und wenn Österreich einen Gebietszuwachs erhält, hat Italien ein Recht auf Entschädigung. Wie wir nach dem Kriege erfuhren, hatte die Auslegung dieses Artikels Anlaß zu heftigen Erörterungen gegeben. Am 24. Juli telegraphierte der deutsche Botschafter in Rom, von Flotow, nach Berlin, er habe eine „ziemlich erregte" Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Salandra und dem Minister des Auswärtigen, Marchese di San Giuliano, gehabt. Letzterer hätte erklärt, daß „der Geist des Dreibundvertrages bei einem so folgenreichen agressiven Schritt Österreichs verlangt hätte, sich vorher mit den Bundesgenossen ins Einvernehmen zu setzen. Da dies bei Italien nicht geschehen ist, so könne sich Italien bei weiteren Folgen aus diesem Schritt nicht für engagiert halten". Und der italienische Minister hatte das strenge, doch wahrlich gerechte Urteil gefällt, „der Text der österreichischen Note sei so agressiv und ungeschickt abgefaßt, daß die öffentliche Meinung Europas und auch die Italiens gegen Österreich sein würde; dagegen könne keine italienische Regierung ankämpfen". – „Blech", setzt der Deutsche Kaiser an den Rand. „Italien hat in Albanien still mausen wollen, und das hat Österreich verpurrt . . . Das ist lauter Quatsch und wird sich schon von selbst geben im Lauf der Ereignisse[1]".

Weniger optimistisch als Wilhelm II. und etwas verwirrt über das italienische Rätsel, hat die deutsche Regierung versucht, die Kabinette in Rom und in Wien einander näher zu bringen, und am 26. hat Bethmann Hollweg an Tschirschky telegraphiert: „Auch der Chef des Generalstabes hält es für dringend erforderlich, daß Italien fest beim Dreibund gehalten wird. Eine Verständigung Wiens mit Rom ist daher nötig[2]." Selbst der Kaiser hat sich trotz seiner anfänglichen großspurigen Verachtung der An-

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 168.
[2] Ebenda, Nr. 202.

sicht seines Generalstabes anbequemt, und am 27. hat Jagow an den deutschen Botschafter in Österreich telegraphiert: „S. M. der Kaiser hält es für unbedingt erforderlich, daß Österreich sich mit Italien rechtzeitig über Art. 7 und Kompensationsfrage verständigt. S. M. haben ausdrücklich befohlen, dies E. Exzellenz zur Weitergabe an Graf Berchtold mitzuteilen[1].“ Nun aber trat Artikel 7 wohlgemerkt nur dann in Kraft, wenn Österreich einen Gebietszuwachs auf dem Balkan erhielt. Wahrscheinlich also hatte es trotz seiner öffentlichen Erklärungen die Absicht, sich dort zu vergrößern, und Deutschland wußte das, wie man sieht, und hatte nichts dagegen. Wilhelm II. verlangte nur, daß Wien sich mit Rom über die Teilung der Beute verständigte, damit Italien in einem allgemeinen Kriege dem Dreibund nicht untreu wurde. Aber Italien hielt sich zurück; es wachte und beobachtete. Am 30. Juli um 13,55 Uhr schickte Barrère uns ein Telegramm (Nr. 229): „Italiens Haltung im Fall einer Konflagration ist ungewiß, obwohl die öffentliche Meinung sehr antiösterreichisch ist. Die Österreicher und ihre Freunde haben augenblicklich bei den Zeitungen große Anstrengungen gemacht, um gegen diese Geistesverfassung anzukämpfen.“

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 267.

Fünfundzwanzigstes Kapitel

Zaudern des britischen Kabinetts – Ein Schreiben an den König von England – Militärische Vorbereitungen Deutschlands – Indirekte Nachrichten aus St. Petersburg – Erster Besuch Schoens bei Viviani – Ultimatum Deutschlands an Rußland und an Frankreich – Die französische Mobilmachung – Zweiter Besuch Schoens – Letzte Friedensversuche

Freitag, 31. Juli. – Seit meiner Rückkehr bin ich ins Elysée gebannt. Ich führe den Vorsitz im täglichen Ministerrat. Ich konferiere mit den Ministern, die in mein Kabinett kommen. Ich lese die Nachrichten, die sie erhalten und mir mitteilen. Alles, was ich weiß, erfahre ich nur von ihnen; alles, was ich denke, kann ich nur ihnen sagen. Niemand telegraphiert an mich, niemand schreibt an mich, ich schreibe an niemand. Gewiß habe ich mich über kein Mitglied der Regierung zu beschweren. Ihr Leiter ist mir ein sicherer und treuer Freund. Selbst diejenigen unter ihnen, die mich in den Kammern oder bei meiner Wahl zum Präsidenten bekämpft haben, sind heute äußerst korrekt gegen mich und werden mir gerecht. Trotzdem ist es mir unmöglich, alles genau zu erfahren. Ich kenne nur einen kurzen Auszug aus dem diplomatischen Schriftwechsel. Ich muß den verantwortlichen Ministern volle Handlungsfreiheit lassen, sonst verstoße ich gegen den Geist der Verfassung und mache die Regierung zur Anarchie. Diese halbe Lähmung des Geistes hat die unvermeidliche Wirkung, die Lebhaftigkeit meiner Empfindungen zu steigern, und ich muß mich zusammennehmen, um sie zu verbergen, damit ich die Erregung der anderen nicht vermehre. Ich habe keinen anderen Zeugen meiner stillen Sorgen als die Platanen und Ulmen des Parkes, die Blumen des Rosenhages, die grauen Tauben, die auf den Rasenplätzen picken. Ein bis zweimal täglich durchstreife ich die Baumgänge langen Schrittes mit meiner Gattin, während ich mich bang frage, ob Europa wirklich einem allgemeinen Krieg zum Opfer fallen wird, weil Österreich es sich in den Kopf gesetzt hat, mit dem Säbel Wilhelms II. zu rasseln.

Heute nacht sind wieder zwei Telegramme eingetroffen. „Lon-

don, Nr. 164, abgegangen am 30. Juli, 8,30 Uhr, angekommen am 31., 0,15 Uhr. Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky hat keine Antwort auf die Bitte gebracht, die Sir Edward Grey ihm gestern gestellt hatte, die deutsche Regierung zu einer Interventionsformel für die vier Mächte im Interesse des Friedens zu veranlassen. Aber mein deutscher Kollege hat den Staatssekretär über Englands militärische Maßnahmen befragt. Sir Edward Grey hat ihm geantwortet, sie trügen keinen offensiven Charakter; bei der jetzigen Lage der Dinge sei es jedoch natürlich, einige Vorkehrungen zu treffen. In England wie in Frankreich wünsche man den Frieden zu erhalten, und wenn man hier wie dort Verteidigungsmaßnahmen ins Auge fasse, so geschehe es nicht in der Absicht, einen Angriff vorzubereiten. Heute morgen teilte ich Sir Edward Grey, der mit dem Premierminister konferierte, Ihr Telegramm über die Mobilmachungsabsichten der deutschen Regierung mit, falls Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle. Heute nachmittag sprach ich den Staatssekretär des Auswärtigen. Er wiederholte mir seine gestrigen Ausführungen über die Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung in England gegen die österreichisch-russischen Konflikte wegen der Slawen und setzte hinzu, der Augenblick zu einer britischen Intervention sei noch nicht gekommen. Zu bemerken ist, daß sich seit einigen Tagen starke deutsche Einflüsse in der Presse und im Parlament geltend machen, und zwar durch die Cityleute, unter denen viele Finanzleute deutscher Abstammung sind. Mehrere Kabinettsmitglieder stehen unter diesem Einfluß, und möglicherweise wagt Asquith deshalb nicht schon jetzt, eine entschlossene Haltung zu zeigen. Persönlich ist er jedoch für eine Intervention. Gez. Paul Cambon."

Dies englische Zaudern kann verhängnisvoll werden. Es erscheint mir noch bedrohlicher, als wir am Nachmittag folgendes Telegramm von Jules Cambon erhalten: „Berlin, 31. Juli, Nr. 231, 1,30 Uhr, eingegangen 3 Uhr. Sehr dringend. Die Haltung des englischen Botschafters in Berlin entspricht dem Zaudern, das aus Sir Edward Greys Sprache hervorgeht, und dem des englischen Botschafters in Rom. Diese Haltung ist geeignet, die schlimmsten Folgen zu zeitigen, denn hier sieht man dem Ringen mit Frankreich und Rußland, wenn sie allein sind, mit Zuversicht entgegen. Nur die Möglichkeit eines englischen Eingreifens macht dem Kai-

ser, seiner Regierung und allen Beteiligten Eindruck. Die Verpflegungsfrage taucht auf, und die Privatleute schaffen sich hier Vorräte an. Die Ankündigung dieses Eingreifens ist also geeignet, eine vorbeugende Wirkung auszuüben, und wenn die Stunde der Ausführung kommt, müßte die Intervention niederschmetternd sein ... Das Abenteuer ist so furchtbar, daß man, bevor man es auf sich nimmt, die Sicherheit haben müßte, ob England Frankreich mit den Waffen unterstützen wird, sobald dieses angegriffen wird. Gez. J. Cambon."

Schon am Mittag hatte Viviani an Paul Cambon folgendes Telegramm gerichtet, das Abel Ferry nach den Auskünften Messimys und des Generals Joffre aufgesetzt hatte. „Paris, 31. Juli. Die deutsche Armee hat ihre Vorposten an unseren Grenzsteinen. Gestern, am Freitag (es war jedoch Donnerstag) sind zweimal deutsche Patrouillen auf unser Gebiet vorgedrungen. Unsere Vorposten stehen 10 km hinter der Grenze. Die dem Angriff des gegnerischen Heeres ausgesetzte Bevölkerung protestiert, aber die Regierung will der englischen Regierung und der öffentlichen Meinung Englands zeigen, daß Frankreich auf keinen Fall der Angreifer sein will. Das ganze 16. Korps in Metz, durch einen Teil des aus Trier und Köln eingetroffenen 8. Korps verstärkt, hält die Grenze von Metz bis Luxemburg besetzt. Das 15. Korps in Straßburg ist an der Grenze zusammengezogen. Unter der Drohung, erschossen zu werden, dürfen die Elsaß-Lothringer der annektierten Gebiete die Grenze nicht überschreiten. Die Reservisten werden in Deutschland zu Zehntausenden eingezogen; das ist das letzte Stadium vor der Mobilmachung. Wir dagegen haben keinen Reservisten einberufen. Deutschland hat es, wie Sie sehen, getan. Ich setze hinzu, daß die deutschen Maßnahmen, wie alle unsere Nachrichten übereinstimmend beweisen, am Tage der Übergabe der österreichischen Note begonnen haben."

Aber die englische Regierung entschließt sich nicht. Sie beobachtet die Vorgänge auf dem Festlande mit insularer Heiterkeit. In ihrem heute morgen abgehaltenen Ministerrate war sie der Ansicht, daß sie uns ihre Mitwirkung für den Augenblick nicht verbürgen könne; sie hat die Absicht kundgegeben, sich ins Mittel zu legen, um von Deutschland und Frankreich die Verpflichtung zur Wahrung der belgischen Neutralität zu erlangen, aber sie ist zu dem Schluß gelangt, daß sie „die weitere Entwicklung der Lage

abwarten" müsse, bevor sie ein Eingreifen ins Auge faßt. Das teilt uns also Paul Cambon mit[1].

Liest man heute alle diese Urkunden wieder durch, so fragt man sich mit Verblüffung, wie Harry Elmer Barnes allen Ernstes hat schreiben können: „Vor dem Juni 1914 stand es faktisch fest, daß Großbritannien an der Seite Frankreichs und Rußlands in den Krieg gegen Deutschland eintreten werde[2]." Allerdings ist man bei Barnes an kühne Behauptungen gewöhnt[3].

Nicht minder erstaunt ist man, wenn man den folgenden Schluß einer übrigens geistvollen Studie von Alberto Lumbroso liest („L'Etiologia della Grande Guerra, in Genova, da Le Opere e i giorni, 1926"): „La guerra fu voluta e preparata, diplomaticamente e militarmente, dall' Inghilterra sin dal tempo di Edoardo VII, e la Germania fu pacifica, ma . . . non pacifista."

In Wahrheit wußte die französische Regierung bis zur letzten Stunde nicht, welchen Entschluß England fassen werde. Gewiß war schon am 29. das „Warning Telegramm" abgegangen, durch das Winston Churchill, erster Lord der Admiralität, die Geschwaderchefs benachrichtigt hatte, sich kriegsbereit zu halten. Am 30. war die große Flotte in Scapa Flow zusammengezogen worden, und am selben Tage hatte Churchill dem Kommandanten der Seestreitkräfte im Mittelmeere geheim mitgeteilt: „Unsere erste Sorge muß die sein, Frankreich beim Transport seiner Truppen aus Afrika zu helfen." Gewiß hatte auch Sir Edward Grey am 29. nachmittags erklärt, wenn es zwischen Deutschland und Frankreich zum Kriege käme, könne England nicht lange abseits bleiben. Aber weder Sir Edward Grey noch Winston Churchill hatten sich öffentlich verpflichtet, und überdies hatten mehrere ihrer Kollegen entgegengesetzte Tendenzen oder waren wie Lloyd George nicht für eine allzu rasche Entschließung.

---

[1] Gelbbuch, Nr. 110.

[2] The genesis of the world war, S. 90.

[3] Merkwürdige Beispiele dafür in einem Aufsatze von Bernadotte E. Schmitt in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs", Oktober 1926, und in einem Aufsatze von G. Lowes Dickinson in „The new Republic", 28. Juli 1926. Über die englische Politik im Jahre 1914 und über die französisch-englischen Beziehungen überhaupt s. eine sehr bemerkenswerte Studie von Archibald Cary Coolidge, Professor der Geschichte an der Harwarduniversität („Foreign Affairs", Oktober 1927).

Angesichts dieser Ungewißheiten und weil Paul und Jules Cambon beharrlich darauf hinwiesen, daß allein die Zusicherung des englischen Eingreifens Deutschland zurückzuhalten und einen allgemeinen Krieg zu verhüten vermöchte, schlug ich dem Ministerrate vor, meinerseits ein persönliches Schreiben an König Georg V. zu richten. Die Regierung billigte mein Vorhaben. Ich kenne den König zwar als sehr zurückhaltend und voller Rücksicht auf die Gerechtsame seiner Regierung, aber wenn er mein Schreiben den Ministern mitteilt, kann er sie wenigstens auf die Feierlichkeit unseres Schrittes hinweisen. Viviani hat den Protokollchef William Martin gebeten, noch heute nach London zu reisen und meine Botschaft zu überbringen. Sie war wie folgt gefaßt:

„31. Juli 1914. Lieber und großer Freund! In der ernsten Lage, die Europa jetzt durchmacht, glaube ich, Eurer Majestät unmittelbar die Auskünfte mitteilen zu müssen, die die Regierung der Republik soeben aus Deutschland erhalten hat. Die militärischen Maßnahmen der kaiserlichen Regierung, besonders in unmittelbarer Nähe der französischen Grenze, nehmen täglich an Umfang und Beschleunigung zu. Frankreich, das entschlossen ist, bis zuletzt alles, was von ihm abhängt, zur Erhaltung des Friedens zu tun, hat sich bisher auf die unerläßlichsten Vorsichtsmaßnahmen beschränkt. Anscheinend aber werden die deutschen Maßnahmen durch diese Vorsicht und Mäßigung nicht verlangsamt. Ganz im Gegenteil! Wir stehen also trotz der Besonnenheit der Regierung der Republik und der Ruhe der öffentlichen Meinung vielleicht am Vorabend der furchtbarsten Ereignisse. Aus allen uns zugehenden Nachrichten ergibt sich, daß, wenn Deutschland die Gewißheit hätte, daß die englische Regierung nicht in einen Konflikt eingriffe, in den Frankreich hineingezogen würde, der Krieg unvermeidlich wäre, daß hingegen, wenn Deutschland die Gewißheit hätte, daß die Entente cordiale sich gegebenenfalls auch auf den Schlachtfeldern bestätigt, die größte Aussicht bestände, daß der Friede nicht gestört würde. Gewiß lassen unsere Militär- und Marineabkommen der Regierung Eurer Majestät volle Freiheit, und in dem Schriftwechsel von 1912 zwischen Sir Edward Grey und Paul Cambon haben England und Frankreich sich gegenseitig nur verpflichtet, im Falle einer europäischen Spannung mit einander zu reden und zusammen zu prüfen, ob ein gemeinsames Vorgehen angezeigt

ist[1]. Doch bei dem nahen Verhältnis, das die Entente zwischen England und Frankreich in der öffentlichen Meinung beider Länder hergestellt hat, bei dem Vertrauen, mit dem unsere beiden Regierungen unaufhörlich an der Erhaltung des Friedens gearbeitet haben, bei den Sympathien, die E. Majestät Frankreich stets bezeigt hat, bin ich berechtigt, Ihnen in aller Offenheit meine Eindrücke mitzuteilen, die auch die der Regierung der Republik und ganz Frankreichs sind.

Ich glaube, von der Sprache und der Haltung der englischen Regierung hängen fortan die letzten Möglichkeiten einer friedlichen Lösung ab. Wir selbst haben unseren Verbündeten seit Beginn der Krise eine Mäßigung anempfohlen, die sie nicht verleugnet haben. Im Einvernehmen mit der königlichen Regierung und gemäß der Anregung Sir Edward Greys werden wir im gleichen Sinne weiter wirken. Doch wenn alle Versöhnungsbemühungen nur von einer Seite stattfinden, wenn Deutschland und Österreich auf die Zurückhaltung Englands spekulieren können, wird Österreich in seinen Forderungen unbeugsam bleiben, und eine Verständigung zwischen ihm und Rußland wird unmöglich. Nach meiner tiefsten Überzeugung wird man desto eher auf die Erhaltung des Friedens rechnen dürfen, je mehr England, Frankreich und Rußland den starken Eindruck der Einheit in ihrer diplomatischen Tätigkeit hervorrufen. Eure Majestät wollen meinen Schritt gütigst entschuldigen. Er ist nur von dem Wunsche eingegeben, das europäische Gleichgewicht endgültig befestigt zu sehen. Ich bitte E. Majestät, an meine herzlichste Gesinnung zu glauben. R. Poincaré."

Um 3,20 Uhr nachmittags telegraphierte Viviani an Paul Cambon: „William Martin trifft heute abend 10,45 Uhr mit einem Schreiben des Präsidenten der Republik an den König von England ein. Wollen Sie es so einrichten, daß dies Schreiben noch heute Abend seinem Empfänger überreicht wird."

Noch bevor William Martin eintraf, schickte Paul Cambon nach Paris noch eine Reihe von Telegrammen, die nicht geeignet waren, uns völlig aus unserer Ratlosigkeit zu retten.

[1] Vgl. Grey, op. cit., I, 96. Erstaunlich ist, daß ein holländischer Professor vom Range I. B. Mangers anfangs einige Zweifel über die wirkliche Bedeutung des Briefwechsels von 1912 hat hegen können. S. „Revue d'histoire de la guerre mondiale", Juli 1927.

„London, 31. Juli, Nr. 166, 13,04 Uhr, eingegangen 14,55 Uhr. Ich ließ Sir Edward Grey, der sich augenblicklich im Ministerrat befindet, das Telegramm unseres Berliner Botschafters von heute morgen zukommen, worin auf die Gefahren der englischen Winkelzüge hingewiesen wird. Sir A. Nicolson, den ich heute vormittag sprach, sagte mir, die öffentliche Meinung beginne sich zu erregen. Die Vertagung der Debatte über Irland beweist, daß das Parlament sich des Ernstes der Lage hewußt ist. Sir Edward Grey hat sich für heute nachmittag mit mir verabredet. Paul Cambon."

„London, 31. Juli, Nr. 167, 21,44 Uhr, eingegangen 23,25 Uhr. Der deutsche Botschafter hat Sir Edward Grey heute morgen gefragt, ob England in dem anscheinend bevorstehenden Konflikt neutral bleiben werde. Sir Edward Grey hat geantwortet: ‚England kann in einem allgemeinen Konflikt nicht neutral bleiben, und wenn Frankreich darein verwickelt wird, würde England hineingezogen werden.' Das ist mir zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden. Nach dieser Unterredung hat der Ministerrat über die Lage beraten. Die Mehrheit der Minister war der Ansicht, daß die Lage gegenwärtig nicht so ist, daß die britische Regierung vom Parlament die Ermächtigung erlangen könnte, uns für ihr Eingreifen zu bürgen, und daß es sich empfehle, abzuwarten, bis sie eine neue Gestalt annimmt. Ich habe gefragt, was die britische Regierung mit diesen Worten meine. Soll man abwarten, bis der Einmarsch in unser Gebiet erfolgt, wo doch alle von Deutschland getroffenen Maßnahmen auf einen baldigen Angriff hindeuten ? Der Staatssekretär hat mir von einem Ultimatum oder von irgendeiner ähnlichen Mitteilung gesprochen, die geeignet sei, eine neue Lage zu schaffen. Ich bat Sir Edward Grey, meine Darlegungen einem neuen Kabinettsrat zu unterbreiten. Er sagte mir, er werde es tun, sobald er sich auf eine Veränderung der Lage berufen könne."

„London, 31. Juli 1914, Nr. 168 (Fortsetzung des vorigen Telegramms) 20,42 Uhr, eingegangen 23,15 Uhr. Diese Erklärung (Veränderung ?) scheint sich aus den neuen Maßnahmen an unserer Grenze und aus der bevorstehenden deutschen Mobilmachung zu ergeben. Ich bat den Staatssekretär mir eine Erklärung zu geben, die derjenigen entspräche, die er vorher dem Fürsten Lichnowsky gemacht habe. Er antwortete mir, ohne Ge-

nehmigung des Parlaments könne er mir keine Bürgschaft geben; beim deutschen Botschafter handle es sich nicht um eine Bürgschaft, sondern nur darum, die Illusionen zu verscheuchen die man sich in Berlin über Englands Absichten mache. – Fürst Lichnowsky erhielt heute nachmittag ein Telegramm aus Berlin mit der Nachricht von der russischen Mobilmachung, der Verordnung des Kaisers über die drohende Kriegsgefahr und einer Mitteilung der deutschen an die russische Regierung, daß die deutsche Mobilmachung verkündet werde, falls Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht binnen 12 Stunden einstelle."

„London, 31. Juli 1914, Nr. 168, Fortsetzung, 20,40 Uhr, eingegangen 22,20 Uhr. Das Kabinett tritt morgen wieder zusammen. Sir Edward Grey, der für sofortiges Eingreifen ist, wird vermutlich nicht verfehlen, seine Vorschläge zu erneuern. Im heutigen Ministerrat war die Rede von der belgischen Neutralität. Im Laufe des Tages sind telegraphische Aufträge an die Botschafter in Berlin und in Paris abgegangen, von den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, diesbezügliche Zustimmungen zu fordern. Paul Cambon."

Während England, das von deutschen, ja selbst von französischen oder amerikanischen Politikern und Schriftstellern so leidenschaftlich angeklagt worden ist, den Krieg gewollt zu haben, solcherart zauderte, einen endgültigen Beschluß zu fassen, während Asquith und Sir Edward Grey sich in Versöhnungsversuchen erschöpften und am Frieden noch nicht verzweifeln wollten, brandete die deutsche Woge bereits an unsere unverteidigten Grenzen.

„Basel, 31. Juli 1914, 1,25 Uhr, eingegangen 14,20 Uhr. Generalkonsul am Ministerium des Auswärtigen. Seit gestern abend ist die elsässische und badische Grenze gesperrt. Die Baseler Straßenbahnen verkehren nur bis zum Schweizer Zollamt. Hüningen ist mit schätzungsweise 3 Kompagnien Infanterie besetzt, der Bahnhof von St. Ludwig militärisch bewacht, ebenso die elsässischen Linien, die zu ihm führen."

„Luxemburg, 31. Juli 1914, 1,25 Uhr, eingegangen 16,25 Uhr. Nachrichten aus sicherer Quelle. Alle Straßen auf lothringischer Seite militärisch bewacht. In Reutgen Posten vom Inf.-Rgt. 135

Diedenhofen. Zwischen Reutgen und Preisch (Lücke) Patrouillen auf der Chaussee. Ebenso in Uling usw. Straße gesperrt, Drähte von Baum zu Baum. Patrouillengänger Straße Preisch haben unsern Beobachtern gesagt, hätten Befehl, Autos und Wagen nicht ohne Durchsuchung durchzulassen, fürchten Sprengung der Brücken. Jeder Soldat 75 Patronen. Inf.-Reg. 135 Diedenhofen hat luxemburgische Grenze besetzt usw. Gez. Mollard."

„München, 31. Juli, Nr. I2, 12,40, Uhr eingegangen 15 Uhr. Trotz gestriger, heute wiederholter Dementierung des Mobilmachungsbefehls, trotz der etwas weniger beunruhigenden Meldungen heutiger Morgenblätter bemerkt man große Erregung der öffentlichen Meinung, die fest glaubt, daß entscheidende Beschlüsse bevorstehen. Offiziere der Truppenteile sind heute nacht alarmiert worden und in Kasernen geblieben. Einige Eisenbahnbrücken in München werden militärisch bewacht. Die Banken nehmen keine russischen Banknoten an. In diplomatischen Kreisen spricht man von einem Schritt Deutschlands in Wien zugunsten einer friedlichen Lösung. Gez. Allizé."

„Frankfurt a. M., 31. Juli 1914, 12 Uhr, eingegangen 13,15 Uhr. Trotz der Dementierung scheint es unzweifelhaft, daß Deutschland wenigstens Teilmobilmachung begonnen hat. Hier kommen nämlich nicht nur immerfort beträchtliche Truppenabteilungen, die nicht aus der Gegend sind, auf dem Wege zum Rhein und zu der Grenze durch, sondern auch zahlreiche Rekruten haben Frankfurt gestern abend um 10 Uhr verlassen. Sie wurden von ihren Angehörigen und Freunden zum Bahnhof gebracht, der voll war. Anderseits sind alle früher genannten Regimenter verschwunden; man sah in der Stadt die Nummern 81, 42, 58. Die Zeitungen bestätigen die Bewachung von Brücken und Eisenbahnen. Die Banken lehnen Schecks auf Paris ab, in der Befürchtung, daß sie nicht bezahlt werden. Das war beim Vizekonsul der Fall. Gez. Ronsin."

„Generalstab der Armee, 2. Büro, 31. Juli, 17,45 Uhr. In der Gegend von Metz scheint die Deckung zwischen der luxemburgischen Grenze und der Seille jetzt durch die 33. Division und die bayerische Brigade zu erfolgen, so daß die 34. Division zur Verfügung bleibt. Die Befestigung von Metz und Diedenhofen geht weiter . . . Der Brückenkopf von Hüningen ist besetzt. Truppenbewegungen bei Saarbrücken gemeldet. Die Deckungs-

maßnahmen scheinen sich in den Vogesen fortzusetzen. Am 30. Juli abends sind Truppen aus Kolmar in Richtung Münster abmarschiert. Das Bruchtal ist besetzt. Große Truppentransporte aus Straßburg sind gemeldet. Seit 15,30 wird Sperrung internationalen Fernsprechverkehrs gemeldet."

Seit dem Kriege haben die Deutschen uns selbst einen ergänzenden Beweis geliefert. In einem kleinen Ort im Moselgebiet, in Treiß im preußischen Rheinland, trägt das Denkmal für die Gefallenen die Inschrift: „Auf dieser Stelle der Ehre traten am 31. 7. 1914, 8,15 Uhr abends, unsere ersten Kämpfer an."

Am Nachmittag erfahren wir durch Telegramme aus Berlin, dann durch einen Schritt v. Schoens bei Viviani, daß Rußland seinerseits die allgemeine Mobilmachung befohlen haben soll. Eine unmittelbare Nachricht aus St. Petersburg haben wir darüber nicht. In den gestrigen Mitteilungen Paléologues bzw. Iswolskys war nur von vorbereitenden Maßnahmen die Rede, aber nicht von einem endgültigen, offiziellen Beschluß. Seitdem haben wir nichts Neues erfahren, weder von unserer Botschaft in Rußland, noch von der russischen Botschaft in Paris, und durch einen ungewöhnlichen Zufall trifft Paléologues lakonisches Telegramm erst um 20,30 abends ein. Ich habe noch die Abschrift in Händen, die für mich bestimmt war, es ist der dritte Durchschlag der Entzifferung: „Petersburg, 31. Juli 1914, Nr. 318, 10,45 Uhr, eingegangen 20,30 Uhr. Die (ein Wort fehlt) allgemeine Mobilmachung des russischen Heeres ist befohlen[1]." Ein entsprechendes Telegramm des Grafen Pourtalès an die Wilhelmstraße ist in St. Petersburg um 10,20 Uhr abgegangen und in Berlin um 11,40 Uhr eingetroffen[2]. Die merkwürdige Verspätung von Paléologues Meldung, die über Bergen gegangen ist, ist also unerklärlich, und viele Kommentatoren haben sich natürlich darüber gewundert, aber die Tatsache wird durch das Archiv des Quai d'Orsay und durch Vivianis Zeugnis bestätigt.

Am Nachmittag hatten wir von Jules Cambon folgende Nachrichten erhalten:

---

[1] Diese Verzögerung hat Anlaß zu tausend Mutmaßungen, selbst zum ungerechtesten Verdacht, gegeben. Vgl. Mathis Morhardt, „Les Preuves", und „L'Ecole émancipée" von Ermenonville, 27. Juli 1914.

[2] Die deutschen Dokumente, 473.

„Berlin, 31. Juli, Nr. 235, 2,17 Uhr, eingegangen 15,30 Uhr. Sehr dringend. Wie ich erfahre, soll der deutsche Botschafter in St. Petersburg telegraphiert haben, daß Rußland die allgemeine österreichische Mobilmachung mit der allgemeinen Mobilmachung beantwortet habe. Unter diesen Umständen muß man mit dem fast sofortigen allgemeinen deutschen Mobilmachungsbefehl rechnen."

„Als Antwort auf die österreichische Mobilmachung", schrieb Jules Cambon, und das war nach seiner Annahme auch die Lesart des deutschen Botschafters in St. Petersburg. In Paris hatten wir beim Empfang dieser unklaren Nachrichten unglücklicherweise den gleichen Eindruck. Er deckte sich nicht genau mit den Tatsachen, denn wie man gleich sehen wird, trafen beide Beschlüsse zeitlich fast zusammen.

„Berlin, 31. Juli 1914, Nr. 236, 15,50 Uhr, eingegangen 16,25 Uhr. Der Staatssekretär ließ mich eben zu sich bitten und sagte mir, zu seinem großen Bedauern müsse er mir mitteilen, daß Deutschland infolge der Gesamtmobilmachung des russischen Heeres genötigt sei, zum Schutze der Sicherheit des Reiches ernste Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Man hat den sog. „Zustand drohender Kriegsgefahr" erklärt, der den Behörden, wenn sie es für angezeigt halten, die Verkündung des Belagerungszustandes, die Einstellung gewisser öffentlicher Dienstzweige und die Schließung der Grenze erlaubt. Zugleich fordert man in St. Petersburg die Demobilmachung, sonst wäre Deutschland seinerseits zur Mobilmachung genötigt. Jagow teilte mir mit, daß Schoen beauftragt sei, der französischen Regierung die Beschlüsse des Berliner Kabinetts mitzuteilen und sie zu fragen, welche Haltung sie annehmen zu müssen glaubt. Jagow macht sich wenig Illusionen; er schien mir tief erregt; er klagte lebhaft über Rußlands Voreiligkeit, sie mache die Vermittlung des deutschen Kaisers zwecklos, um die, wie er sagte, der Kaiser von Rußland gebeten und die Österreich anzunehmen (Lücke). Ich meinerseits bedauerte Österreichs Haltung seit Beginn der Krise. Gez. Jules Cambon."

„Berlin, 31. Juli, Nr. 239, 17,49 Uhr, eingegangen 20,45 Uhr. Der russische Botschafter, dem Jagow die gleiche Mitteilung gemacht hat wie mir, sagte mir, er habe keine Nachricht aus St. Peters-

burg, nach der er an die Gesamtmobilmachung Rußlands glauben könne. Andererseits hat er nach Jagows Erklärung, die Vermittlung des Kaisers Wilhelm sei auf dem Wege der Ausführung, die Frage gestellt, ob der Kaiser von Rußland davon benachrichtigt sei. Der Staatssekretär hat ihm darauf kurze klare Antwort gegeben. Der russische Botschafter weiß nicht, was er von den ihm gegebenen Erklärungen halten soll. Jules Cambon."

Bei so viel Dunkelheiten und Widersprüchen wundert sich Viviani mit mir, daß wir aus St. Petersburg noch nichts über den Ukas erfahren haben, der heute morgen ergangen sein soll, und wir fragen uns, wer wohl die Wahrheit spricht, der deutsche Botschafter in Rußland oder der russische Botschafter in Deutschland. Zugleich suchen wir aus Jagows Worten die wahren Absichten Deutschlands zu ergründen. Der Minister hat gesagt: „Wenn Rußland nicht demobil macht, werden wir selbst mobil machen." Er hat nicht gesagt: „Wenn Rußland nicht demobil macht, werden wir den Krieg erklären." Hätte Jagow sich an diese erste Absicht gehalten, so hätte ihm niemand etwas vorzuwerfen gehabt. Er hätte ein unstreitiges Recht ausgeübt, wenn er die allgemeine Mobilmachung mit der gleichen Maßnahme beantwortete, und die Unterhandlungen, um die der Zar den Kaiser Wilhelm gebeten hatte, hätten fortgehen können. Das aber wollte man in Berlin leider nicht.

Am 31. um 7 Uhr abends erschien der Frhr. v. Schoen bei Viviani. Dieser hatte damals die amtliche Nachricht von der russischen Mobilmachung noch nicht erhalten, weder von Paléologue noch von Iswolsky[1]. Er kannte nur die Telegramme 235 und 236 von Jules Cambon. Da er der russischen Regierung tags zuvor geraten hatte, die militärischen Vorsichtsmaßnahmen nicht bis zur allgemeinen Mobilmachung zu treiben, konnte er trotz der gegenteiligen Nachrichten noch glauben, daß seine Ratschläge befolgt worden seien. Nach dem, was Viviani mitgeteilt hat, entledigte sich Schoen seines Auftrages, indem er ihm die russische Ent-

[1] Viviani, „Réponse au Kaiser", S.192. Übrigens scheint Iswolsky selbst nichts gewußt zu haben, denn in einem Telegramm, das er am Ende des 31. an Sasonow richtete, scheint er nicht an die allgemeine russische Mobilmachung zu glauben. (Schwarzbuch, II, 292f.)

scheidung mitteilte und ihm sagte, als Antwort habe Deutschland den „Kriegsgefahrzustand" erklären müssen. Wie Jules Cambon erklärt hatte, gab diese schwerwiegende Maßnahme der kaiserlichen Regierung alle Rechte des Belagerungszustandes. Außerdem erlaubte sie ihr die Schließung der Grenzen, machte jedoch den begonnenen Aussprachen nicht notwendig ein Ende. Übrigens erklärte Schoen so wenig wie Jagow, daß Deutschland die Absicht habe, Rußland den Krieg zu erklären, wenn es nicht demobil mache. Er faßte diesen Krieg nur als spätere Möglichkeit ins Auge und fragte Viviani, was Frankreich in diesem Falle tun werde, ob es neutral bleiben werde? Diese Frage hatte Viviani vorausgesehen und mit mir darüber gesprochen. Wir hatten es beide für klug gehalten, nicht gleich zu antworten, daß Frankreich seiner Bündnispflicht nachkommen werde. Jede Minute, die die internationale Spaltung nicht betonte, war für den Frieden gewonnen. Viviani wich der Frage also aus und sagte nur: „Lassen Sie mir noch die Hoffnung, daß man die äußersten Entscheidungen vermeiden wird, und geben Sie mir eine Bedenkzeit." Schoen erklärte, er werde sich die Antwort morgen nachmittag holen. Das war ein höfliches, kaum verhülltes Ultimatum. Plötzlich stand der Botschafter auf, griff nach seinem Hut und sagte: „Wenn ich Paris verlassen muß, hoffe ich, Sie werden mir meine Abreise erleichtern." – „Gewiß," entgegnete Viviani, „aber davon ist ja nicht die Rede. Die Mächte unterhalten sich noch, und ich habe hoffentlich das Vergnügen, Sie noch oft zu sehen." Schoen murmelte höflich: „Ich auch," was nicht sehr ermutigend klang, dann setzte er hinzu: „Herr Minister, wollen Sie bitte dem Herrn Präsidenten der Republik meine ehrerbietige Empfehlung aussprechen und mir meine Pässe zustellen." – „Nein, Herr Botschafter," versetzte Viviani, „nein, ich werde Ihre Empfehlung nicht bestellen." Um aber gleich die Heftigkeit dieser Entgegnung abzumildern, wiederholte er: „Warum uns verlassen? Graf Pourtalès ist auf seinem Posten in St. Petersburg geblieben, und der österreichische Botschafter ist hier. Warum das Zeichen zur Abreise geben und diese Verantwortung ohne Befehl übernehmen?" Schoen sagte nichts und ließ den Kopf hängen. De Margerie, der der Unterredung beiwohnte, setzte hinzu: „Sie, die während Ihrer ganzen Laufbahn Mäßigung bewiesen haben, Sie können sie nicht blutig beschließen." Schoen verbeugte sich und wiederholte, be-

vor er ging, er werde sich die Antwort auf die von ihm gestellte Frage am 1. August holen.

Nach diesem peinlichen Gespräch schickte der Botschafter ein Telegramm nach Berlin, das wir später entziffert haben. Es lautete: „Paris, 31. Juli. Antwort auf Nr. 180. Frage um 7 Uhr gestellt. Der Ministerpräsident sagt mir, er habe keine Nachricht über die allgemeine russische Mobilmachung, sondern nur über Vorsichtsmaßregeln. Somit wünschte er, die Hoffnung, daß die äußersten Maßregeln vermieden werden, noch nicht ganz aufzugeben. Er verspricht die Antwort auf die Neutralitätsfrage zu morgen, Sonnabend, 1 Uhr. Gez. Schoen."

Allerdings hatte Schoen Viviani nicht alles gesagt. Er hatte den Auftrag, den er aus Berlin erhalten hatte, so brutal gefunden, daß er ihn nicht ganz ausgeführt hatte, und er hatte den Hauptsatz der ihm zugegangenen Instruktionen, „die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg", nicht vor dem Ministerpräsidenten ausgesprochen. Dies Telegramm der Wilhelmstraße, das später entziffert worden ist, lautete wie folgt: „Auswärtiges Amt Berlin an deutsche Botschaft Paris. Berlin, 31. Juli 1914, 4,10, Nr. 180. Rußland hat trotz unserer noch schwebenden Vermittlungsaktion und obwohl wir selbst keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen hatten, Mobilmachung seiner gesamten Armee und Flotte, also auch gegen uns, verfügt. Wir haben darauf drohenden Kriegszustand erklärt, dem Mobilmachung folgen muß, falls nicht Rußland binnen zwölf Stunden alle Kriegsmaßnahmen gegen uns und Österreich einstellt. Die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg. Bitte französische Regierung fragen, ob sie in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleiben will. Antwort muß binnen 18 Stunden erfolgen. Sofort Stunde der gestellten Anfrage telegraphieren. Größte Eile geboten."

Die Fortsetzung ist in einem viel komplizierteren Verfahren chiffriert, und die spätere Auflösung durch unseren Chiffrierdienst ist unvollständig geblieben, aber trotzdem unabstreitbar und heute bestätigt[1]. „Geheim. Wenn ... französische Regierung erklärt, neutral zu bleiben, wollen E. Exz. (ihr erklären), daß wir als (Pfand) für Neutralität Überlassung von Festungen Toul und Verdun fordern müssen, die wir besetzen und nach (Beendigung)

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 491.

des Krieges mit Rußland zurückgeben würden. Antwort auf letztere Frage (müßte) bis morgen (nachmittag) 4 Uhr (hier) sein. Gez. Bethmann Hollweg."

In der französischen Übersetzung der deutschen Dokumente[1] ist dies Telegramm fälschlich unter dem 28. Juli 1914 datiert. Es ist aber vom 31., von Jagow aufgesetzt, von Bethmann Hollweg verbessert, und unmittelbar nach seinem Eingang hat Schoen sich nach dem Quai d'Orsay begeben ...

Das also wäre der Lohn oder das Lösegeld für unsere Neutralität gewesen, wenn wir darauf eingegangen wären, mit unseren Verbündeten zu brechen! Und gewiß hätten wir nach diesem Anfang noch andere Demütigungen erlitten. Wir hätten erlauben müssen, daß Deutschland unsere beiden wichtigsten Ostfestungen besetzte, und hätte es Rußland geschlagen, so hätte es uns leicht in Schach gehalten. Aber aus Schoens Besuch konnte Viviani nicht erraten, was der Botschafter ihm nicht zu sagen gewagt hatte.

Übrigens weigerte er sich zu glauben, daß Rußland die allgemeine Mobilmachung befohlen hätte. Seine Überraschung war noch so groß, daß er schleunigst folgendes Telegramm an Paléologue unterzeichnete: „Auf Grund der Behauptung, daß die russische Regierung die Gesamtmobilmachung ihres Heeres und ihrer Flotte befohlen habe, hat die deutsche Regierung am Mittag beschlossen, alle militärischen Maßnahmen zu treffen, die der sog. Zustand drohender Kriegsgefahr bedingt. Frh. von Schoen teilte mir diesen Beschluß heute abend 7 Uhr mit und setzte hinzu, die deutsche Regierung werde gleichzeitig fordern, daß Rußland demobil macht. Gebe die russische Regierung nicht binnen zwölf Stunden eine zufriedenstellende Antwort, so werde Deutschland seinerseits mobilmachen. Ich habe dem deutschen Botschafter geantwortet, ich wisse durchaus nichts von einer Gesamtmobilmachung der russischen Armee und Flotte, die die deutsche Regierung als Grund für die neuen militärischen Maßnahmen anführt, die sie heute ergreift. Frh. von Schoen stellte mir im Namen seiner Regierung schließlich die Frage, welche Haltung Frankreich im Fall eines Konfliktes zwischen Deutschland und Rußland einnehmen werde; ich habe ihm nicht darauf geantwortet.

---

[1] S. v. Schoen, „Erlebtes", französische Übersetzung, S. 273.

Er sagte mir, er werde sich meine Antwort morgen Sonnabend um 1 Uhr abholen. Ich beabsichtige nicht, ihm eine Erklärung zu geben, und werde ihn lediglich sagen, Frankreich werde sich von seinen Interessen leiten lassen[1]. Die Regierung der Republik ist nur ihren Verbündeten Rechenschaft über ihre Absichten schuldig. Bitte das Vorstehende sofort Sasonow zur Kenntnis zu bringen und mich schleunigst zu benachrichtigen, ob die angebliche allgemeine Mobilmachung in Rußland zutrifft. Wie ich Ihnen bereits mitteilte, zweifle ich nicht, daß die kaiserliche Regierung im höheren Interesse des Friedens ihrerseits alles vermeiden wird, was die Krise verschärfen könnte. Gez. René Viviani."

Wie der Wortlaut beweist, ist das Telegramm nach Schoens Besuch aufgesetzt und unterzeichnet worden, aber bevor Viviani das Telegramm Paléologues erhielt. Es ist ins Chiffrierbureau gesandt worden und vom Quai d'Orsay in zwei Teilen um 21 und 21,30 Uhr abgegangen. Das war eine bzw. anderthalb Stunden nach dem Eingehen von Paléologues Telegramm, aber dieses mußte erst dechiffriert und zu Viviani gebracht werden, der sich nach Hause begeben hatte und dann am Abend in den Ministerrat gekommen war, somit keine Zeit hatte, sein eigenes Telegramm zurückzuhalten. So zwecklos seine Instruktionen fortan auch wurden, sie bewiesen doch erneut, daß Frankreich der allgemeinen russischen Mobilmachung nicht nur fern geblieben war, sondern daß es diese Maßnahme nach wie vor bedauerte und sie übereilt fand.

Als Hans Delbrück, Max Graf Montgelas, Max Weber und Albrecht Mendelssohn-Bartholdy im Mai 1919 in ihren „Bemerkungen zum Bericht der Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen über die Verantwortlichkeiten der Urheber des Krieges" behaupteten, die französische Regierung habe die russische Mobilmachung im Bewußtsein des Ernstes der in St. Petersburg getroffenen Maßnahmen so lange wie möglich geheim gehalten, haben sie also eine plumpe Unrichtigkeit begangen.

Noch leichtfertiger ist aber Fabre-Luce mit der Wahrheit umgegangen, als er in der Zeitschrift „Europe" (15. August 1926) schrieb: „Im Jahre 1914 wurde der entscheidende Beschluß bezüglich der Billigung der allgemeinen russischen Mobilmachung

[1] Das war die Formel, die Viviani mit mir vereinbart hatte.

außerhalb des Ministerrates in einer nächtlichen Zusammenkunft gefaßt, an der nur er (Poincaré), Viviani und Messimy teilnahmen." Wie man aus sicheren Urkunden ersehen hat, hat in Paris nie eine „Billigung der russischen Mobilmachung" stattgefunden. Wir haben sie erst nachträglich und verspätet erfahren, und wenige Minuten vorher hat Viviani in voller Übereinstimmung mit seinen Kollegen und mit mir davon abgeraten. Übrigens versammelte sich der Ministerrat am selben Abend im Elysée. Aber Fabre-Luce wäre nicht mehr er selbst, wenn er nicht fortführe, die Geschichte romanhaft auszuschmücken und anstelle der schlichten Darstellung der Tatsachen die phantastische Erzählung von nächtlichen Staatsstreichen zu setzen. Obwohl Viviani Ministerpräsident war, besaß er doch ein zu starkes Empfinden für die Solidarität der Regierung, um eine wichtige Entscheidung ohne das Kabinett zu treffen. Hätte er die russische Mobilmachung zu billigen gehabt, so hätte er dies nie allein noch mit dem Kriegsminister und mit mir getan. Aber er stand wie die ganze Regierung vor einer fern von uns getroffenen Maßnahme, die unseren wiederholten Ratschlägen zuwiderlief[1].

Überdies habe ich infolge der Fragen, die mir Buisson, damals Präsident der Liga für Menschenrechte, am 10. November und 8. Dezember 1922 stellte, nochmals am Quai d'Orsay Nachforschungen anstellen lassen und außerdem Viviani gebeten, mir seine Erinnerungen genau anzugeben. Nachstehende Auskünfte habe ich Buisson am 9. Januar 1923 geben können. Herriot hat sie seinerseits auch im Schreiben an die gleiche Liga vom 16. Februar 1925 ergänzt und vervollständigt.

Vivianis Telegramm an Paléologue, das im Blaubuch die Nummer 117 trägt, ist, wie bereits oben gesagt, um 21 und 21,30 Uhr abgesandt worden. Paléologues Telegramm 118 ist beim Telegraphenamt um 8,30 abends eingegangen, wie aus dessen Vermerk hervorgeht. Von da ist es an das Chiffrierbureau gegangen. Es läßt sich nicht nachweisen, zu welcher Stunde die Dechiffrierung dem Ministerpräsidenten vorgelegt worden ist. Aber es läßt sich bestimmen, daß dies erst nach dem Gespräch geschah, das er um 7 Uhr mit Schoen hatte.

[1] Renouvin, op. cit., und „La Mobilisation russe en 1914" nach den Verhandlungsberichten des Prozesses Suchomlinow, „Revue d'historie de la guerre mondiale", April 1924, S. 49 ff.

Erster Grund: Nach diesem Gespräch hat der deutsche Botschafter Bericht darüber an seine Regierung erstattet, und sein Telegramm 237 („Die deutschen Dokumente, III, 528) ist in Paris am 31. Juli 8,17 Uhr abends abgegangen, d. h. 13 Minuten vor dem Eintreffen von Paléologues Telegramm.

Zweiter Grund: Der Wortlaut des Telegramms, das Viviani Paléologue infolge des Gespräches sandte („Gelbbuch", Nr. 117) und das um 21, bzw. 21,30 Uhr abging, beweist, daß der Ministerpräsident bei seiner Niederschrift noch keine Kenntnis von Paléologues Telegramm Nr. 118 hatte, das die allgemeine russische Mobilmachung meldete; denn es enthält folgende (im „Gelbbuch" fortgelassene und weiter oben wiedergegebene) Stelle: „Bitte bringen Sie Vorstehendes (die Unterredung Vivianis mit Schoen) sofort Sasonow zur Kenntnis und benachrichtigen Sie mich schleunigst, ob die angebliche allgemeine Mobilmachung in Rußland zutrifft." Diesen letzten Satz hätte der Ministerpräsident nicht geschrieben, wenn er das Telegramm des französischen Botschafters in St. Petersburg, das im „Gelbbuch" unter Nr. 118 steht, gekannt hätte.

Dritter Grund: Viviani hat mir versichert und den Dienststellen am Quai d'Orsay im Januar 1923 wiederholt, daß seine Unterredung mit Schoen beendet gewesen sei, als das Telegramm 118 beim Telegraphenamt eintraf, umsomehr also, bevor es ihm vorgelegt werden konnte. Diese Erklärung hat er in einer Aufzeichnung bestätigt, die beim Ministerium des Auswärtigen am 3. Januar 1923 eingegangen ist. Er setzt hinzu, daß sein Gespräch mit Schoen kurz und daß es um 7,30 Uhr beendet war. Um 8 Uhr verließ er das Ministerium, um sich nach Hause zu begeben. Von da ging er ins Elysée, wo der Ministerrat um 9 Uhr zusammenberufen war. Um 9,50 erfuhr man die Ermordung von Jaurès, und erst um 2 Uhr morgens kehrte der Ministerpräsident heim, nachdem er zwei Stunden am Sterbebett des Opfers verbracht hatte. Viviani setzt in seiner Aufzeichnung hinzu, er wisse nicht mehr, ob Paléologues Telegramm ihm an diesem wirren Abend im Elysée oder später vorgelegt worden sei.

Wenn ich nicht irre, wurde das Telegramm uns tatsächlich gebracht, während der Ministerrat noch tagte. Übrigens bestätigte es uns nur die indirekten Nachrichten, die wir schon erhalten hatten.

Ich habe mich oft gefragt, wie es möglich war, daß wir es erst mit so großer Verspätung erhielten, während das Telegramm des Grafen Pourtalès so bald in Berlin eintraf, und daß Iswolsky selbst anscheinend so lange in Unkenntnis des Petersburger Beschlusses gehalten worden ist[1]. Deutschland hatte kein Interesse daran, es unterwegs zurückzuhalten, denn dies Telegramm brachte uns ja die Mobilmachungsnachricht. War es also von Rußland zurückgehalten worden, um die französische Regierung daran zu hindern, abermals auf ihren Anempfehlungen zu bestehen, die es nicht berücksichtigen zu können glaubte? Jedenfalls sind Vivianis Anempfehlungen in Petersburg wiederholt gemacht worden; sie entsprachen meinem Denken wie dem aller Minister.

Wir hatten im Laufe des Tages mehrfach beraten. Als die Regierung die Verkündung des Zustandes drohender Kriegsgefahr in Deutschland erfahren hatte, war sie erneut zusammengetreten und von Messimy mit einer Note des Generals Joffre befaßt worden, wonach die völlige Mobilmachung der Ostkorps als dringend bezeichnet wurde. „Die Regierung", führte der Oberbefehlshaber aus, „muß unbedingt wissen, daß von heute abend ab jede Verzögerung von 24 Stunden in der Einziehung der Reservisten und der Absendung des Deckungstelegramms sich durch eine Zurückverlegung unseres Aufmarsches ausdrücken wird, d. h. durch sofortige Preisgabe französischen Gebietes von 15 bis 20 km pro Tag der Verzögerung. Diese Verantwortung kann der Oberbefehlshaber nicht übernehmen"[2]. Der Ministerrat glaubte sich diesem Notrufe nicht verschließen zu können. Um 5 Uhr nachmittags beschloß er, bei den 5 Deckungskorps „die vollständigsten Maßnahmen" zu treffen.

Kurz darauf erfuhren wir, daß Österreich zur allgemeinen Mobilmachung geschritten war. „Wien, 31. Juli 1914, Nr. 130, 5 Uhr abends, eingegangen 19,30 Uhr. Militärattaché an Kriegsminister. Wie nach meinem Telegramm 122 vorherzusehen war, ist soeben Mobilmachungsbefehl an österreichisch-ungarische Heere ergangen. Ich erfuhr diesen Befehl im Kriegsministerium. Über Deutschlands Absichten konnte ich nichts erfahren" ... Auf dies erste

[1] Telegramm Iswolskys an Sasonow, 18./31. Juli 1914, Nr. 264. Schwarzbuch II, 292f.

[2] „Les armées françaises dans la grande guerre" (Service historique de l'armée) Paris, Imprimerie nationale, Bd. 1, 1, Anhang.

Telegramm, das eine Stunde vor dem eintraf, das uns die russische Mobilmachung meldete, folgte ein zweites, das mit Paléologues Meldung zugleich einging: „Wien, 31. Juli, Nr. 131, 6 Uhr abends, eingegangen 20,30 Uhr. Die allgemeine Mobilmachung aller Leute von 19 bis 42 Jahren ist von der österreichisch-ungarischen Regierung befohlen. Mein russischer Kollege glaubt noch, diese Maßnahme stehe nicht in offenem Widerspruch mit Graf Berchtolds Erklärungen. Er nimmt an, daß Österreich durch diesen Aufmarsch seiner Truppen an der Grenze die Lokalisierung des Konfliktes zu erzwingen sucht, gibt aber zu, daß das Wiener Kabinett Gefahr läuft, durch dieses Zwangsmittel die Krise, die es angeblich verhüten will, herbeizuführen. Die öffentliche Meinung in Wien hält den allgemeinen Zusammenstoß für dicht bevorstehend . . ."

Auch Dumaine meldet uns nichts von der russischen Mobilmachung, und tatsächlich ist sie in Wien in dem Augenblick, wo die allgemeine österreichisch-ungarische Mobilmachung beschlossen wird, noch nicht bekannt. Das Telegramm des Grafen Szapary ist noch nicht eingetroffen, und man weiß aus Petersburg nichts[1]. Schon am 30. abends hatte der General von Moltke, *bevor er die allgemeine russische Mobilmachung kannte*, von Berlin aus im Namen des deutschen Generalstabes darauf gedrängt, daß Österreich sofort gegen Rußland mobil mache. „*Deutschland wird mobilisieren*", hatte er hinzugesetzt. „Italien durch Kompensationen zur Bundespflicht zwingen[2]." Der Plan der deutschen Generale war also ebenso politisch wie militärisch, und man setzte ihn, so weit nötig, der Diplomatie des „Zivilkanzlers" Bethmann Hollweg entgegen. Am 31. morgens hält Berchtold einen Ministerrat ab und sagt zu seinen Kollegen: „Ich habe Sie herbitten lassen, weil ich den Eindruck hatte, daß Deutschland zurückweicht; nun habe ich aber von maßgebendster militärischer Seite beruhigendste Erklärung." Und er beantragt die allgemeine Mobilmachung. Um 11,30 vormittags verläßt der Befehl die kaiserliche Kanzlei; um 12 wird er verkündet, ohne daß in Wien jemand etwas von der russischen Mobilmachung weiß.

Trotz aller dieser Schilderhebungen lassen Sir Edward Grey

---

[1] Renouvin, S. 159f.

[2] Conrad, IV, 152. – R. Grelling, „Revue de Paris", 15. Juli 1924, S. 298 f.

und die französische Regierung nicht ab, nach friedlichen Lösungen zu suchen. Sir Francis Bertie übergibt am Quai d'Orsay eine Note, worin gemeldet wird, daß der britische Staatssekretär Sasonow seinen Dank und seinen Glückwunsch für die Wiederaufnahme der Aussprache mit Österreich ausgesprochen hat. Andererseits hat Grey dem Fürsten Lichnowsky erklärt, falls Österreich sein Vorrücken auf serbischem Gebiet nicht begrenze, sähe er nicht, wie man Rußland um Aufschub seiner militärischen Vorbereitungen bitten könne.

In einer zweiten Note, die Sir Francis Bertie dem Minister um halb ein Uhr überbringt, ist von einem Schritt des Fürsten Lichnowsky bei Sir Edward Grey die Rede. Die deutsche Regierung erklärt sich endlich bereit, bei Österreich zu intervenieren, aber erst nach der Einnahme Belgrads und der Besetzung des umliegenden Gebiets. Sie wird dann in Wien fordern, daß das österreichische Heer nicht weiter vorrückt. Die Mächte ihrerseits, schlägt sie vor, sollen dann darauf hinwirken, daß Serbien Österreich „hinreichende Genugtuungen" gibt. Sobald Österreich diese „hinreichenden Genugtuungen" erhalten habe, solle das besetzte Gebiet geräumt werden. Was bedeutet eigentlich diese Wiederholung? Und warum soll man zunächst zulassen, daß Österreich sich die Hände füllt und einen Teil Serbiens besetzt? Das erklärt Deutschland nicht. Aber Sir Edward Grey erhebt mit Recht keine Beschuldigungen. Er nimmt die Dinge, wie sie sind. Wie er sagt, hofft er sogar, daß Sasonow, sobald Österreich seinen Vormarsch einstellt, bereit sein wird, die russische Formel betreffs der serbischen Souveränität anders zu fassen. Sofort tritt Viviani im Einvernehmen mit mir dem neuen Gedanken Greys bei und bittet Paléologue, bei Sasonow darauf zu dringen, daß die russische Regierung unverzüglich ihre Zustimmung zu dem britischen Vorschlag gibt. Das Telegramm, dessen Chiffrierung ziemlich lange Zeit beansprucht, verläßt Paris um 17 Uhr mit dem Inhalt der englischen Note. In diesem Augenblick hat Viviani aus St. Petersburg noch nicht die Nachricht von der allgemeinen russischen Mobilmachung erhalten, aber zu dieser Stunde stellt Schoen gerade die Anfrage wegen unserer Neutralität.

Wie um unsere und Sir Edward Greys Bemühungen zu rechtfertigen, leuchtet an diesem Abend ein neuer Hoffnungsschimmer bei der Petersburger Staatsleitung auf. „St. Petersburg, 31. Juli,

Nr. 320, 18,43 Uhr, eingegangen 22,50 Uhr. Der deutsche Botschafter hat soeben Audienz beim Zaren erbeten. Er hat Sasonow zu verstehen gegeben, Österreich könne sich noch bereit finden, seinen Streit mit Serbien den Mächten zu unterbreiten. Der Zar hat den Grafen Pourtalès sofort nach Peterhof beschieden. Gez. Paléologue."

„St. Petersburg, 31. Juli 1914, Nr. 322, 19,31 Uhr, eingegangen 1. August 5,15 Uhr morgens. Kaiser Wilhelm hat heute morgen an den Zaren telegraphiert, um ihm für Österreichs Versöhnlichkeit zu bürgen, falls Rußland seine militärischen Maßnahmen einstellt. Zur Bestätigung dieses Telegramms hat der deutsche Botschafter um Audienz beim Zaren gebeten. Nach dieser Audienz hat der Zar an den Kaiser telegraphiert und ihm für seine Intervention gedankt, die die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung eröffnet. Er hat hinzugesetzt, aus technischen Gründen könne er die Mobilmachung des russischen Heeres nicht einstellen; übrigens sei diese Mobilmachung lediglich durch die vorangegangene Mobilmachung des österreichisch-ungarischen Heeres veranlaßt und schließe von seiten Rußlands keine Angriffsabsicht ein. Er hat schließlich sein Wort gegeben, daß das russische Heer Österreich nicht angreifen werde, solange die Unterhaltungen zwischen Petersburg und Wien nicht abgebrochen würden. Paléologue."

„St. Petersburg, 31. Juli, 19,30 Uhr, eingetroffen 1. August 4 Uhr morgens. Gemäß dem ihm von meinem englischen Kollegen ausgedrückten Wunsche ist Sasonow bereit, seine Formel wie folgt abzuändern: Ist Österreich bereit, den Vormarsch seiner Truppen auf serbisches Gebiet anzuhalten, erkennt es an, daß der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer Frage von europäischem Interessse angenommen hat, und willigt es ein, daß die Großmächte prüfen, welche Genugtuung Serbien der österreichisch-ungarischen Regierung geben kann, ohne seine Rechte als souveräner Staat und seine Unabhängigkeit preiszugeben, so verpflichtet sich Rußland, seine abwartende Haltung zu bewahren. Gez. Paléologue."

So zeigt Rußland sich trotz der allgemeinen Mobilmachung abermals bereit,zu verhandeln. Um 2,55 Uhr nachmittags telegraphiert der Zar an Wilhelm II: „Solange die Verhandlungen Österreichs wegen Serbiens andauern, werden meine Truppen keinerlei herausfordernde Handlung unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches

Wort darauf[1]." Kaum eine Stunde später telegraphiert Bethmann Hollweg, ohne freilich schon Kenntnis von der Versicherung des Zaren zu haben, an Pourtalès: „Die (deutsche) Mobilisierung muß folgen, falls nicht Rußland binnen zwölf Stunden jede Kriegsmaßnahme gegen uns und Österreich einstellt und uns hierüber bestimmte Erklärungen abgibt." Dies Telegramm geht um 15,30 Uhr ab[2]. Es trifft in Petersburg nach 11 Uhr abends ein. Graf Pourtalès überbringt dies Ultimatum schleunigst Sasonow, als es Mitternacht schlägt. Rußland ist also benachrichtigt, daß die deutsche Mobilmachung am 1. August mittags ausgesprochen wird, aber auch in Deutschland findet die Mobilmachung nicht an einem Tage statt, und Rußland kann noch annehmen, daß die Verhandlungsperiode noch nicht abgeschlossen ist.

Auch in Paris war der Abend reich an unvorhergesehenen Dingen. Am Quai d'Orsay habende Margerie und Berthelot nacheinander von 10 Uhr bis Mitternacht Nachrichten erhalten, die auf den ersten Blick bedeutsam erscheinen konnten, die ich aber erst weit später erfuhr. Am 9. Dezember 1920 hat Viktor Basch mir brieflich mitgeteilt, daß ein anscheinend ernster Zwischenfall in der von Morhardt geleiteten Société d'études documentaires et critiques sur la guerre[3] festgestellt und dem Zentralkomitee der Liga für Menschenrechte angezeigt worden sei. Es handelt sich um einen angeblichen Schritt des Schweizer Gesandten Lardy, der am 30. Juli am Quai d'Orsay erfolgt sein soll und der den Frieden hätte retten können, wenn Frankreich nicht abgelehnt hätte, ihm stattzugeben. Der Schuldige sollte Philippe Berthelot gewesen sein, und wie man liebenswürdig für ihn hinzusetzte, unter meinem Einfluß.

Da ich im Jahre 1914 von diesem Schritte nichts gehört hatte, erkundigte ich mich bei Philippe Berthelot. Mit Genehmigung des damaligen Ministerpräsidenten und Außenministers Leygues hat er mir am 12. Dezember 1920 folgende Auskünfte gegeben. Zunächst zwei Bleistiftaufzeichnungen von ihm in der Nacht vom 31., nicht vom 30. Juli.

„31. Juli, 11 Uhr abends. Besuch Wesnitschs. Er hat durch den

---

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 487; 31. Juli, 2,53 Uhr.

[2] Ebenda, Nr. 490.

[3] „Gesellschaft für dokumentarische und kritische Studien über den Krieg" (D. Übers.).

rumänischen Gesandten Lahovary, der mit dem österreichischen Botschafter Graf Szecsen in der Union gespeist hat, deren Unterhaltung erfahren. Jener (Lahovary) hatte den Grafen Szecsen gefragt, warum Österreich nicht auf die englische Anfrage geantwortet habe, die ihm durch Vermittlung von Berlin zugegangen sei. Der Botschafter hätte geantwortet, Österreich habe anderen Mächten keine Antwort zu geben, außer wenn diese Macht oder Mächte sich *im Namen Serbiens* an Österreich wendeten. Im letzteren Falle werde es antworten."

„31. Juli 1914, 11,15 Uhr abends. Graf Szecsen ist gekommen, um eine Mitteilung seiner Regierung zu überbringen. Da Viviani mehrfach gefragt hatte: ‚Was will Österreich?', eine Frage, die auch in der französischen Öffentlichkeit gestellt worden ist, hat Graf Szecsen den Grafen Berchtold damit befaßt, und dieser hat ihn beauftragt, dem Ministerpräsidenten zu antworten und folgende Erklärungen abzugeben: a) Die österreichisch-ungarische Regierung hat in St. Petersburg amtlich erklärt, sie habe keinen territorialen Ehrgeiz und werde Serbiens staatliche Souveranität nicht antasten. b) Die kaiserliche Regierung stellt ferner in Abrede, daß sie den Sandschak zu besetzen beabsichtige. c) Diese Desinteressementserklärungen können nur dann in Geltung bleiben, wenn der Krieg auf Österreich und Serbien lokalisiert bleibt, da die Eventualitäten eines europäischen Krieges sich unmöglich bestimmen lassen. Graf Szecsen hat persönlich hinzugesetzt, es müsse doch noch möglich sein, die Frage zu regeln, denn die Mobilmachung sei noch nicht der Krieg und gäbe noch ein paar Tage Frist zur Aussprache. Es sei Serbiens Sache, Österreich um seine Bedingungen zu bitten. Ich habe *ganz privatim* geantwortet, dazu scheine es recht spät, und man werde durch die Ereignisse überholt."

So wenig Hoffnung diese Unterredung ihm läßt, Philippe Berthelot gibt am 1. August 6 Uhr früh folgendes Telegramm zum Chiffrierbureau, damit es nach Petersburg, Wien und Rom gesandt wird (Nr. 492, 331, 382):

„Graf Szecsen erklärte hier gestern abend (folgt die Wiedergabe der amtlichen Mitteilung des Botschafters) . . . Die wenigen Worte, die der Botschafter persönlich hinzugesetzt hat, machten den Eindruck, als ob er noch nicht jede Beilegung für unmöglich hält. Der Schritt des österreichischen Botschafters bei Sasonow, über den Iswolsky mir soeben Mitteilung machte, verstärkt die-

sen Eindruck. Da andrerseits die russische Regierung den englischen Vorschlag annimmt (der die Einstellung der militärischen Maßnahmen seitens aller Beteiligten bedingt), scheint also der Friede in dieser späten Stunde noch gewahrt werden zu können (da Rußland die Einstellung seiner Maßnahmen an die Einstellung Österreichs und der anderen Mächte knüpft), wenn der Friedenswunsch in Berlin aufrichtig ist. Gez. P. O. Berthelot."

In seinem Schreiben vom 12. Dezember 1920 bemerkt Berthelot zu diesen Schriftstücken folgendes: „Wie die Prüfung der Urkunden zeigt, ist keine Möglichkeit zum Verhüten und Hinausschieben des Krieges, so gering sie auch war, verabsäumt worden, weder von den Ministern noch selbst von dem bescheidenen Beamten, der ich war (Unterdirektor für Europa, der als solcher handelte, denn der Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Viviani war seit Mittwoch, dem 29. Juli, mit dem politischen Direktor de Margerie zurückgekehrt). Am 31. Juli mittags erklärte die deutsche Regierung unter dem falschen Vorwand, die russische Regierung habe die Mobilmachung ihrer Armee und Flotte befohlen, den „Kriegsgefahrzustand", d. h. die Mobilmachung in scheinheiliger Form. Zugleich erhielt Rußland ein unannehmbares Ultimatum, und Frankreich wurde durch Schoen eingeschüchtert.

„Am selben 31. Juli . . . sucht der serbische Gesandte Wesnitch, den Lahovary sofort (von seiner Unterredung im Klub) in Kenntnis gesetzt hatte, mich um 11 Uhr abends auf. Er macht keinen Vorschlag, verlangt nicht, daß ihm Folge gegeben werde, denn Szecsens Vorschlag bezweckte wie das deutsche Vorgehen ja nur, Rußland und die Mächte zu zwingen, ohnmächtige Zuschauer der Erdrückung Serbiens zu bleiben, dem Österreich schon am Dienstag, dem 28., den Krieg erklärt hatte, und mit dem es allein seinen ungleichen Kampf ausfechten wollte. Noch am 31. Juli, um 11,15 Uhr abends, suchte Graf Szecsen mich auf, um mir eine Mitteilung (keinen Vorschlag) von seiten seiner Regierung zu machen. Nur persönlich drückte er die Ansicht aus, „es müsse doch noch möglich sein, die Frage zu regeln". Ich entgegnete ihm ebenfalls privatim, dazu scheine es recht spät, und man werde von den Ereignissen überholt. Die Bemerkung des Botschafters zeigte schüchtern seinen guten Willen und seinen persönlichen Wunsch (an denen ich meinerseits nicht zweifle). Meine Antwort war nur die Feststellung der Tatsachen. Übrigens habe ich es dabei nicht

bewenden lassen, sondern habe ein dringendes Telegramm nach St. Petersburg aufgesetzt, um zu versuchen, den freilich recht unbestimmten Schritt des Grafen Szecsen für die Erhaltung des Friedens nutzbar zu machen.

„Die letzte Urkunde dieses kleinen Aktenstückes", fuhr Berthelot fort, „ist ein Schreiben des Grafen Szecsen an de Margerie am 31. Juli um Mitternacht, eine halbe Stunde, nachdem er mich verlassen hatte. Es lautet: ‚Lieber Herr de Margerie! Bei der Heimkehr finde ich ein Telegramm des Grafen Berchtold vor, daß wir angesichts der russischen Mobilmachung an unserer Grenze gezwungen seien, entsprechende Maßnahmen in Galizien zu treffen. Diese Maßnahmen sind *rein defensiver Art*; wir bedauern, dazu gezwungen zu sein, da wir keinerlei feindliche Absicht gegen Rußland hegen und die Fortdauer guter Beziehungen wünschen. Die Aussprachen zwischen Wien und St. Petersburg, die, wie wir hoffen, zur Herbeiführung der Beruhigung beitragen werden, gehen in freundschaftlicher Weise weiter. Ich glaubte, daß dies für Sie von Interesse sein könne. Ihr aufrichtig ergebener Szecsen'".

„Die österreichische Regierung", fuhr Berthelot fort, „die den Krieg blindlings entfesselt und bis zur letzten Stunde jede Verständigung abgelehnt hatte, scheint, als der Krieg unvermeidlich geworden war, angesichts der Zukunft eine Minute gezaudert zu haben. Aber Deutschland, das sichtbar die Führung an sich gerissen hatte, scheint keine Rücksicht auf die unbestimmten Unterhaltungen seines Bundesgenossen mit Petersburg genommen zu haben und hat seine Kriegserklärung übereilt. Kein französischer Staatsmann oder Beamter hat sich vorzuwerfen, daß er eine Gelegenheit zur Erhaltung des Friedens versäumt habe. Wer hätte es auch gewagt, die Verantwortung eines für Sein oder Nichtsein Frankreichs so furchtbaren Krieges zu übernehmen? Man braucht nur die Augen aufzutun, um zu erkennen, daß im Juli 1914 niemand in unserem Lande an den Krieg glaubte oder dachte."

Berthelot hat recht. Aber es gibt so viele auf der Welt, die die Augen nicht auftun. Der einfache Besuch des Grafen Szecsen beim Unterdirektor für Europa, der Besuch Wesnitschs und Lahovarys am selben Abend bei de Margerie, um ihm die im Klub gefallenen Worte mitzuteilen, schließlich der Besuch des Schweizer Gesandten Lardy am nächsten Tage, um diese Worte zu bestätigen und zu fragen, welche Folge ihnen gegeben worden sei – all

diese offiziellen oder offiziösen Besuche bei Nacht oder am Morgen haben Anlaß zu verschiedenen, teils ganz lächerlichen Mutmaßungen gegeben. Ich meinerseits halte mich an Berthelots Erklärungen. Wer ergänzende Einzelheiten sucht, findet sie in meinem Aufsatz in „Matin" vom 20. Dezember 1920 oder in dem von Lahovary in derselben Zeitung vom 4. Januar 1921, der meine Darstellung bestätigt, oder in dem Aufsatz von Victor Basch in der „Ère nouvelle" vom 27. Dezember 1920[1].

Aber in dem Augenblick, wo Graf Szecsen diesen wohlgemeinten Besuch am Quai d'Orsay machte, hatte Berthelot durch Dumaines Telegramm die allgemeine Mobilmachung in Österreich, durch Paléologues Telegramm die allgemeine Mobilmachung in Rußland und durch Jules Cambons Telegramm den „Kriegsgefahrzustand" in Deutschland erfahren. Außerdem wußte er, daß Schoen um 7 Uhr Viviani das Ultimatum Deutschlands angezeigt hatte, und da er gleich Viviani mit amtlichen Vorschlägen und Fragen aus allen Ländern überschüttet wurde, die nicht leicht in Einklang zu bringen waren, fand er ganz natürlicherweise, daß ein halboffizieller Gedanke wie der des Grafen Szecsen in der Wage des Schicksals kein Gewicht mehr hatte.

Eine Frage, die an diesem furchtbaren 31. Juli die Sorgen der Regierung und ihrer Mitarbeiter noch vermehrte, war die, welchen Gegenschlag die militärischen Bewegungen Deutschlands in Luxemburg und in Belgien erfahren konnten.

Belgien wußte noch nicht, was es erst viel später erfahren sollte, daß das Ultimatum, das ihm alsbald gestellt wurde, schon seit dem 26. Juli in Aussicht genommen war, zu einer Zeit, wo Viviani und ich uns noch auf See befanden. Es war damals vom Generalstabschef von Moltke eigenhändig aufgesetzt, von Stumm und Zimmermann leicht abgeändert, vom Reichskanzler selbst durchgesehen, und nach dieser Zusammenarbeit der höchsten Stellen von Jagow versiegelt an den deutschen Gesandten in Belgien, von Below-Saleske, gesandt worden, mit der Weisung, es erst auf telegraphischen Befehl zu öffnen[2]. Diesen Befehl erhielt von Below-Saleske zwar erst am 2. August, aber schon am 26. Juli

[1] S. außerdem: Gelbbuch, 120, Diplomatische Aktenstücke, III, 146, Renouvin, S. 168 ff.

[2] Kautsky, „Wie der Weltkrieg entstand", französische Ausgabe, Nr. 375, 376, S. 192. – Die deutschen Dokumente, Nr. 375 f.

war im Dunkeln die lügnerische Bezichtigung des Eindringens auf belgisches Gebiet gegen die französische Regierung erhoben worden, und ebenso hatte die kaiserliche Regierung schon am 26. Juli, d. h. geraume Zeit vor der langen Reihe der Mobilmachungen, heimlich folgende zynische Aufzeichnung gemacht: „Deutschland beabsichtigt keinerlei Feindseligkeiten gegen Belgien. Ist Belgien gewillt, in dem bevorstehenden Kriege Deutschland gegenüber eine wohlwollende Neutralität einzunehmen, so verpflichtet sich die deutsche Regierung beim Friedensschluß nicht nur, Besitztum und Unabhängigkeit des Königreichs in vollem Umfange zu garantieren; sie ist sogar bereit, etwaigen territorialen Kompensationsansprüchen des Königsreichs auf Kosten Frankreichs in wohlwollendster Weise entgegenzukommen." Als die Wilhelmstraße am 2. August dem Gesandten von Below-Saleske befahl, dies Ultimatum zu stellen, gebrauchte sie zwei Vorsichtsmaßregeln. Sie strich den letzten Satz, offenbar in der Befürchtung, das belgische Gewissen noch mehr zu reizen, und sie gab ihrem Gesandten die heuchlerische Verhaltungsmaßregel: „Dortige (belgische) Regierung muß Eindruck erhalten, als seien Ihnen sämtliche Weisungen in dieser Angelegenheit erst heute zugegangen." Aber trotz dieser schlauen Verheimlichung lag das Ultimatum schon seit dem 26. unter Verschluß in der deutschen Gesandtschaft. Das Verbrechen ist also unter dem erschwerenden Umstande des Vorbedachtes begangen worden.

Ohne noch etwas von diesen schlimmen Absichten zu ahnen, war Belgien, das eifersüchtig auf seine Unabhängigkeit hielt, immer besorgter um seine Neutralität geworden. Am 31. schrieb unser Brüsseler Gesandter Klobukowski an Viviani[1]: „Die Nachricht, daß der Deutsche Kaiser den Kriegsgefahrzustand verkündet hat, hat hier umso größere Erregung hervorgerufen, als die Telegramme vom Morgen eine leichte Entspannung annehmen ließen. Davignon, den ich sofort um 2,30 sprechen konnte, stand stark unter diesem Eindruck. „Und gewiß", fragte er mich, „wird die französische Regierung entsprechende Maßnahmen treffen?" Der Augenblick schien mir günstig, um ihm zu sagen, daß ich zwar nicht beauftragt sei, ihm eine Erklärung abzugeben, daß

[1] S. die fesselnden „Souvenirs de Belgique" von Klobukowski in der „Revue de Paris", 1. und 15. September 1927.

ich mich aber für durchaus befugt hielte, ihm die eventuelle Versicherung zu geben, daß die Regierung der Republik das belgische Gebiet nicht zuerst verletzen werde. Der Minister des Auswärtigen entgegnete mir, die königliche Regierung, die auf Frankreichs freundschaftliche Haltung vertraue, habe dies stets angenommen, und er dankte mir lebhaft. Der russische und englische Gesandte drückten mir ihre Befriedigung darüber aus, daß ich dem belgischen Außenminister diese Versicherung gegeben hätte."

Am selben Abend telegraphierte Klobukowski, die belgische Regierung habe vorsichtshalber gleichfalls die Mobilmachung beschlossen.

Luxemburg ist ebenso beunruhigt. Man ist dort überzeugt, daß Deutschland mit der Erklärung des „Kriegsgefahrzustandes" schon zur allgemeinen Mobilmachung schreitet. Der Zugverkehr über Metz ist eingestellt. (Telegramm Mollards vom 31. Juli.) Der Staatsminister Eyschen kommt auf unsere Gesandtschaft und bittet Mollard, von der französischen Regierung eine amtliche Versicherung zu fordern, daß Frankreich im Konfliktfalle die Neutralität Luxemburgs achten werde. „Haben Sie eine entsprechende Erklärung von der deutschen Regierung erhalten?" fragt Mollard. „Ich werde den deutschen Gesandten darum ersuchen." In der Tat geht Eyschen zur deutschen Gesandtschaft und kehrt kurz darauf zur französischen Gesandtschaft zurück. Er hat sich bei v. Buch über die argwöhnischen Maßnahmen Deutschlands gegenüber einem neutralen Nachbarn beschwert: Sperrung der Moselbrücken von Schengen und Remich durch Wagen, Sperrung der Brücke von Vormeldingen durch Seile. Deutschland läßt weder Getreide noch Vieh noch Kraftwagen über die Grenze. Der deutsche Gesandte hat zugesagt, daß der Verkehr am Tage wieder freigegeben, aber des Nachts verboten werden soll. Betreffs der Neutralität hat er gesagt: „Selbstverständlich, aber die französische Regierung müßte die gleiche Verpflichtung eingehen." (Telegramm Mollards.)

Wir geben den Luxemburgern schleunigst das gleiche Versprechen, das Klobukowski Belgien gegeben hat. Die französische Regierung denkt nicht an den Einmarsch in Nachbargebiete. Ihre Heere stehen nach wie vor Gewehr bei Fuß 10 km hinter der Grenze.

Wie schon gesagt, tritt der Ministerrat am Abend nochmals

zusammen. Er nimmt Kenntnis von den wichtigsten aller dieser Mitteilungen. Er erfährt nacheinander die österreichische und die russische Mobilmachung. Viviani verliest auch mit sichtlicher Befriedigung die Telegramme Barrères vom 31. Juli (Nr. 233–235). Der Marchese di San Giuliano hat unserem Botschafter unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt, die italienische Regierung sei geneigt, das Vorgehen (l'attaque) Österreichs gegen Serbien als einen Angriffsakt (acte d'aggression) anzusehen, der Italien von den Verpflichtungen des Dreibundes befreit, die in defensivem Sinn eingegangen und mit unserem Abkommen von 1902 durchaus vereinbar sind. Immerhin hat San Giuliano mit einer Tittonis würdigen Schlauheit hinzugesetzt, diese Nichtbeteiligung Italiens hänge natürlich von der Besonnenheit ab, die Frankreich und Rußland beweisen würden.

Ich unterzeichne im Ministerrat eine Anzahl von Dekreten, die durch die Lage geboten sind: Verlängerung der Zahlungstermine und Proteste bis zum 31. August, Ausfuhrverbot für Getreide und verschiedene Boden- und Industrieerzeugnisse, Aufhebung der Einfuhrzölle auf Getreide und Mehl.

Infolge der militärischen Maßnahmen, die die Regierung hat treffen müssen, beantragt Messimy die Verhaftung der gemäß Heft B Verdächtigen. Viviani und Malvy betonen, daß die Stimmung im Lande ausgezeichnet, die Einigkeit prächtig ist und daß derartige Verhaftungen sie gefährden würden. Die Entscheidung wird bis morgen ausgesetzt.

Während der Sitzung meldet uns der Polizeipräfekt Hennion, daß Jean Jaurès soeben in einem Café ermordet worden ist. Durch wen? Durch einen Geisteskranken? Oder durch einen fanatischen politischen Gegner? Wir wissen es nicht. Der große sozialistische Redner hat sich seit acht Tagen der Regierung genähert und Vivianis Friedensbemühungen warm unterstützt. Zweifellos wäre er bei seiner Vaterlandsliebe und seiner Hochherzigkeit im Kriegsfalle ein wertvoller Mitarbeiter in einem Kabinett der nationalen Verteidigung geworden, so gut wie Guesde und Sembat. Welch abscheuliches, dummes Verbrechen! Ich lasse Frau Jaurès ein paar Zeilen zukommen, um ihr meine Entrüstung und meinen Schmerz auszudrücken. Ich schicke dem Admiral Jaurès, dem Bruder des Ermordeten, ein Beileidstelegramm. Infolge dieses Attentats befürchtet der Polizeipräfekt ernste Unruhen und bittet dringend,

zwei Kavallerieregimenter, die eben nach dem Osten abrücken sollen, nicht sofort abgehen zu lassen. Wir müssen seiner Bitte wohl oder übel entsprechen. In der Nacht wird die Persönlichkeit des Mörders festgestellt. Er heißt Raoul Villain, ist der Sohn eines Gerichtsschreibers aus Reims; seine Mutter ist im Irrenhause, und er selbst scheint geisteskrank zu sein. Die sozialistischen Deputierten sind zwar tief betrübt über den Verlust, den sie erlitten haben, bemühen sich jedoch alle, die Ruhe aufrecht zu erhalten. Sie geben der Regierung die Zusicherung, daß sie nicht gestört werden wird. Maurice Barrès schreibt an Fräulein Jaurès öffentlich einen sehr schönen Beileidsbrief. Ach, im Blut, und morgen vielleicht für und mit Blut, wird die nationale Einheit besiegelt! Entgegen Hennions pessimistischer Voraussicht entsteht nicht die geringste Unruhe in Paris. Die Stadt ist würdevoll und still.

Sonnabend, 1. August. – Die britische Regierung scheint uns stets sehr langsam in ihren Entschließungen. Hätte sie früher und lauter gesprochen, hätte sie von Anfang an erklärt, sie lasse einen Angriff auf Frankreich nicht zu, ob dann Deutschland sich wohl rascher und kräftiger bei Österreich ins Mittel gelegt hätte? Diese Frage zu lösen maßen Viviani und seine Kollegen oder ich uns nicht an. Aber nach allem, was Paul und Jules Cambon uns so oft geschrieben und telegraphiert haben, können wir nicht umhin, sie uns ganz leise zu stellen. Und doch hat Sir Edward Grey alles getan, was er bisher vermochte, ohne die Einheit seines Kabinetts zu sprengen, und schließlich hat er gestern dem Fürsten Lichnowsky gegenüber eine viel deutlichere Sprache geführt. Das meldet uns Paul Cambon in seiner Depesche 357 vom 31. Juli, die am 1. August eintrifft und uns das gestrige Telegramm bestätigt: „Bei Beginn unserer heutigen Unterredung (Freitag, 31.) sagte Sir Edward Grey zu mir, Fürst Lichnowsky habe ihn gefragt, ob England in dem bevorstehenden Konflikt neutral bleiben werde. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat ihm geantwortet, wenn der Konflikt allgemein werde, könne England nicht neutral bleiben, und besonders, wenn Frankreich darin verwickelt werde, würde England hineingezogen werden. Ich fragte Sir Edward Grey dann über die Entschließung des Ministerrates von heute morgen (31. Juli). Er antwortete mir, nach Ansicht des Kabinetts könne die britische Regierung uns ihr Eingreifen für den Augenblick nicht verbürgen; sie beabsichtige Schritte zu tun, um von Deutschland und Frankreich die Ver-

pflichtung zur Wahrung der belgischen Neutralität zu erhalten. Um jedoch eine Intervention ins Auge zu fassen, müsse man die weitere Entwicklung der Lage abwarten. Die öffentliche Meinung in England und die gegenwärtige Geistesverfassung des Parlaments erlauben der Regierung nicht, schon jetzt eine förmliche Verpflichtung einzugehen. Man glaubt, daß der bevorstehende Konflikt die europäischen Finanzen in Verwirrung bringen werde, daß England am Vorabend einer Handels- und Finanzkrise ohnegleichen stehe, und daß Englands Neutralität das einzige Mittel sein könne, um den völligen Zusammenbruch des europäischen Kredits zu verhüten. Das Kabinett kann das Parlament nicht binden, ohne es befragt zu haben. Die Frage der belgischen Neutralität kann ein wichtiger Faktor sein, und wahrscheinlich wird das Parlament die Regierung hierüber zunächst befragen. Schließlich will man irgendeine neue Tatsache abwarten, da der Zwist zwischen Rußland, Österreich und Deutschland sich um eine Frage dreht, die Großbritannien ganz gleichgültig ist. Ich fragte Sir Edward Grey, ob die britische Regierung mit ihrer Intervention bis zum Einmarsch auf französisches Gebiet warten wolle, und wies darauf hin, daß sie dann zu spät komme. Er antwortete mir mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, daß Frankreich ein Ultimatum oder eine ähnliche drohende Mitteilung erhalte. Das sei eine der Tatsachen, die die Regierung ermächtigen könnte, den Kammern eine Intervention vorzuschlagen. Ich wiederholte, daß die Maßnahmen, die Deutschland bereits an unserer Grenze getroffen habe, die Absicht eines baldigen Angriffs verrieten, und daß England, wenn es gleichgültig bleibe, wieder in seinen Irrtum von 1870 verfalle, wo es die Entstehung eines gewaltigen Deutschlands in Mitteleuropa nicht ins Auge gefaßt habe. Ich setzte hinzu, heute sei der Irrtum viel größer, denn bleibe England einem siegreichen Deutschland allein gegenüber, so gerate es in eine abhängige Lage. Ich sagte auch, in Frankreich rechne man mit Englands Unterstützung, und wenn sie uns nicht zuteil werde, könnten die Anhänger einer Verständigung mit Deutschland ohne England behaupten, sie hätten Recht gehabt. Zum Schluß bat ich Sir Edward Grey, das Kabinett nochmals mit diesen Betrachtungen zu befassen und darauf zu dringen, daß wir unverzüglich Bürgschaften erhielten. Sir Edward Grey antwortete, das Kabinett hätte sich seine Meinung nur nach der jetzigen Lage gebildet; diese Lage könne sich ändern, und er werde alsdann den Ministerrat auffordern,

darüber zu beraten. Sir A. Nicolson, dem ich beim Verlassen des Kabinetts des Staatssekretärs sprach, sagte mir, der Ministerrat werde morgen (1. August) erneut zusammentreten, und gab mir vertraulich zu verstehen, daß der Staatssekretär nicht verfehlen werde, die Frage nochmals vorzubringen. Ich habe das Erforderliche veranlaßt, damit das Schreiben des Präsidenten der Republik heute Abend (31. Juli) dem König übergeben wird. Dieser Schritt, der dem Premierminister sicherlich schon morgen früh mitgeteilt werden wird, wird zweifellos von glücklichem Einfluß auf die Beschlüsse des britischen Kabinetts sein. Gez. Paul Cambon."

Um 11 Uhr, während des Ministerrats, wird Viviani nach dem Quai d'Orsay abberufen[1]. Schoen, der die gestern angegebene Stunde nicht abgewartet hat, bittet um Beantwortung der mir[2] gestellten Frage: „Was würde Frankreich tun, wenn der Krieg zwischen Rußland und Deutschland ausbräche?" Viviani antwortet, wie er es im Einvernehmen mit mir im Ministerrat angekündigt hatte: „Frankreich wird sich von seinen Interessen leiten lassen." Der Botschafter schweigt einen Augenblick und fährt fort: „Dann muß ich eine etwas naive Frage stellen: Sie haben einen Bündnisvertrag?" „Gewiß." Daraufhin fordert Schoen trotz dem, was er gestern gesagt hat, nicht mehr seine Pässe und scheint fast befriedigt.

Das Gespräch wird beiderseits sehr höflich fortgesetzt. Viviani begründet selbst die Unbestimmtheit seiner Erklärung damit, daß er die Lage seit gestern gebessert finde. Österreich-Ungarn habe erklärt, daß es die territoriale Unversehrtheit Serbiens nicht antasten wolle. Sir Edward Grey wiederhole seine Schritte zur Herbeiführung von Verhandlungen zu viert und zur Einstellung der militärischen Maßnahmen. „Was bezweckt das deutsche Ultimatum?" fragt Viviani. „Es kann alles zerstören. Rußland und Österreich werden sich vielleicht vertragen. Seit acht Tagen streben wir dies Ergebnis an." Schoen entschuldigt sich, über den Stand der im Gange befindlichen Aussprache keine Auskünfte zu haben. Er versichert, daß er Frankreich sehr liebe und alles, was von ihm abhänge, für die Erhaltung des Friedens tun werde. Viviani dankt ihm und kehrt etwas weniger sorgenvoll ins Elysée zurück. Er verkündet den versam-

[1] Viviani, op. cit., S. 204f. – Die deutschen Dokumente, Nr. 571. – Schwarzbuch, II, Nr. 218.

[2] So im Original (D. Übers.).

melten Ministern, daß Schoen nicht mehr von seiner Abreise gesprochen habe und daß vielleicht alles im Begriff sei, sich zu regeln. Ich möchte es hoffen, aber ich habe das Empfinden, daß Schoen gestern abend und heute vormittag nicht dagewesen ist, um sich jetzt mit einer dilatorischen Antwort zu begnügen.

Der Kriegsminister Messimy hat schon um 8 Uhr morgens eine neue Note des Generals Joffre erhalten[1]. Nach den Nachrichten, die der Oberbefehlshaber besitzt, vermag Deutschland unter dem Deckmantel des „Kriegsgefahrzustandes" tatsächlich zur völligen Mobilmachung zu schreiten, und es nützt dies aus. „Ich wiederhole Ihnen, was ich gestern gesagt habe", betont der General Joffre: „Wenn die Regierung zaudert, den allgemeinen Mobilmachungsbefehl zu geben, so kann ich nicht länger die niederdrückende Verantwortung für das hohe Amt tragen, mit dem Ihr Vertrauen mich bekleidet hat." Sehr betroffen von diesem wiederholten Warnruf, hat Messimy mir den General um 9 Uhr zugeführt und mich gebeten, ihn zu ermächtigen, dem Ministerrat technische Ausführungen zu machen. Joffre erscheint vor den Ministern mit der ruhigen Miene eines besonnenen und entschlossenen Mannes, der nur die Befürchtung hat, daß Frankreich durch den Vorsprung der deutschen Mobilmachung, der schnellsten von allen, bald in einen Zustand unheilbarer Unterlegenheit gerät. Der Ministerrat, der gestern die Prüfung dieser Frage auf heute verschoben hat, glaubt den Mobilmachungsbefehl nicht länger hinausschieben zu dürfen. Der Kriegsminister wird ermächtigt, ihn am Nachmittag um 4 Uhr abzusenden.

Kaum ist der Ministerrat zu Ende, so bringt ein Telegramm Paléologues, das um 1,25 Uhr morgens in Petersburg abgegangen und in Paris 12,50 Uhr eingetroffen ist, uns den überreichlichen Beweis, daß die Mobilmachung nicht länger hinausgeschoben werden durfte. „Nr. 323. Soeben hat der deutsche Botschafter der russischen Regierung erklärt, daß die allgemeine deutsche Mobilmachung morgen, am 1. August, befohlen wird." Dieser Beschluß war also in Berlin schon gestern gefaßt worden, wogegen wir selbst den unsrigen aufgeschoben hatten. Aber Paléologues Telegramm ist unvollständig: Deutschland hat in St. Petersburg nicht nur seine eigene Mobilmachung für heute bekanntgegeben. Iswolsky benachrichtigt Viviani, daß Graf Pourtalès tatsächlich um Mitter-

[1] S. Recouly, S. 82f.

nacht bei Sasonow erschienen ist, um ihm im Auftrage seiner Regierung zu erklären, daß die Berliner Regierung, falls Rußland nicht binnen zwölf Stunden, d. h. am Sonnabend, dem 1. August mittags, seine Demobilmachung nicht nur an der deutschen, sondern auch an der österreichischen Grenze einstellte, sich genötigt sehen werde, ihrerseits die Mobilmachung zu befehlen. Mit andern Worten: Rußland wird aufgefordert, demobil zu machen. Angesichts dieser Forderung hat Sasonow den deutschen Botschafter gefragt: „Bedeutet Ihr Schritt den Krieg?" – „Nein," hat Pourtalès geantwortet, „aber man steht ihm sehr nahe."

Diese allgemeine deutsche Mobilmachung war Österreich in dem Augenblick versprochen, wo der „Kriegsgefahrzustand" verkündet wurde, und zwar durch ein Telegramm des Kaisers an Franz Joseph vom 31. Juli, 4,40 Uhr[1]: „Der heute von mir angeordneten einleitenden Mobilmachung... wird die definitive Mobilmachung in kürzester Zeit folgen. Ich rechne mit dem 2. August als erstem Mobilmachungstag und bin bereit, in Erfüllung meiner Bündnispflichten sofort den Krieg gegen Rußland und Frankreich zu beginnen[2]."

Um $5^1/_2$ Uhr nachmittags erhält Viviani von neuem den Besuch v. Schoens.

Der Botschafter hat nur ein Telegramm Bethmann Hollwegs (Nr. 184) gelesen, das in Berlin um 1,05 Uhr abgegangen ist und wie folgt lautet[3]: „Ew. Exz. sind ermächtigt, nötigenfalls der französischen Regierung zur Beantwortung des Eventualvorschlages Frist von zwei Stunden bis 3 Uhr dortiger Zeit zu geben." Der Eventualvorschlag war nicht nur der auf die Neutralität bezügliche, sondern auch der, welcher die Besetzung von Toul und Verdun betraf[4].

Drei Uhr ist schon vorbei. Schoen eilt also zum Quai d'Orsay, spricht Viviani und berichtet über diese neue Unterredung wie

[1] Diplomatische Aktenstücke, III, 81, 31. Juli.

[2] Richard Grelling hat durch vollständige Nachprüfung der Texte und Daten festgestellt, daß die allgemeine russische Mobilmachung weder die Ursache der allgemeinen österreichischen Mobilmachung noch der allgemeinen deutschen Mobilmachung gewesen ist, sondern daß sie den militärischen Drahtziehern in Berlin lediglich als Vorwand gedient hat. („La campagne innocentiste en Allemagne et le traité de Versailles", aus dem Deutschen übersetzt von Louis Moreau, Alfred Costes éditeur. S. besonders Kap. 15).

[3] Die deutschen Dokumente, Nr. 543.

[4] Ebenda, Nr. 491.

folgt nach der Wilhelmstraße[1]: „Paris, den 1. August 1914. Telegramm 184, erst nach 3 Uhr eingegangen. Bei erneuter Unterredung mit Ministerpräsident um 5 1/2 Uhr blieb dieser trotz meines Drängens bei Formel von heute Nachmittag[2] über Frankreichs Haltung bei russisch-deutschem Kriege. Ministerpräsident erklärte mir gegenüber, die soeben hier angeordnete Mobilmachung (1. Tag Sonntag) bedeute keineswegs aggressive Absichten, was auch in Proklamation betont werde. Es sei noch immer Raum für Fortsetzung (von) Verhandlungen auf Basis Vorschlag Sir E. Greys, dem Frankreich zugestimmt und den es warm befürworte. Gegen Zusammenstöße an der Grenze sei französischerseits durch 10-km-Zone Vorsorge getroffen. Er könne Hoffnung auf Frieden nicht aufgeben. Schoen."

Wer Viviani je gekannt hat, wird an der Ehrlichkeit seiner Erklärungen keinen Augenblick zweifeln. Wie wir alle, sträubte er sich bis zum letzten Augenblick, an einen endgültigen Bruch zu glauben. Diese hartnäckige Hoffnung auf ein rettendes Wunder hatte ja den Ministerrat bestimmt, die Zurücknahme der Truppen auf 10 km von der Grenze trotz der Verkündung der Mobilmachung für den nächsten Tag aufrecht zu erhalten. Da nun Messimy befürchtete, die Militärs könnten irgend eine Unstimmigkeit in diesen beiden Anordnungen sehen, und besonders die Kavallerie könnte glauben, sie dürfe nun die festgesetzte Grenze überschreiten, sandte er am 1. August um 22,30 Uhr nachts noch eine genaue Weisung ab. Er bat mich sogar um die Erlaubnis, die ich ihm gab, meinen Namen darin anzuführen. Es ist Messimys Telegramm 209 an den Generalstab: „Der Kriegsminister weist im Namen des Prasidenten der Republik nochmals und zwar aus ernsten diplomatischen Gründen, auf die Notwendigkeit hin, die im Telegramm 129 vom 30. Juli angegebene und durch ein heutiges Telegramm in Erinnerung gebrachte Demarkationslinie nicht zu überschreiten. Dies Verbot gilt für die Kavallerie so gut wie für die anderen Waffen. Keine Patrouille, kein Aufklärer, keine Posten, kein Truppenteil darf sich östlich dieser Linie aufhalten. Wer sie über-

[1] Die deutschen Dokumente, Nr. 598. Abgegangen 7,05 Uhr abends, in Berlin eingetroffen 10,17 Uhr abends.

[2] Die erste Unterredung hatte vor 12 Uhr Mittags stattgefunden, aber das Telegramm, worin Schoen darüber berichtete, war erst um 1,05 abgegangen und sollte erst um 6,15 Uhr nachmittags eintreffen.

schreitet, kommt vor ein Kriegsgericht. Nur im Fall eines ausgesprochenen Angriffs darf dieser Befehl, der allen Truppen mitzuteilen ist, überschritten werden."

Der Ministerrat hielt also wesentlich darauf, daß keine gefährlichen Folgen aus den militärischen Maßnahmen gezogen werden konnten, zu denen die Notlage sie gezwungen hatte, noch daß man ihnen vor der Welt ein falsches Gepräge gab. Er hielt es sogar für gut, seinen schwerwiegenden Schritt vor dem Lande zu rechtfertigen. In aller Eile entwarf Viviani am Ministertische selbst eine öffentliche Erklärung, die in allen französischen Gemeinden angeschlagen werden sollte. Er las uns den Wortlaut vor und fragte mich, ob ich bereit sei, ihn mit allen Ministern zu unterzeichnen. Ich ging darauf ein, nachdem ich dem Rate leichte, rein formale Änderungen vorgeschlagen hatte, die ohne jeden Einwand gebilligt wurden.

Ich habe Vivianis Urschrift als schmerzliche Erinnerung an diese furchtbaren Tage sorgfältig aufbewahrt. Sie ist mit fieberhaften Schriftzügen auf zwei Briefbogen mit dem Aufdruck „Präsident der Republik" hingeworfen. Sie enthält alle wesentlichen Sätze der öffentlich angeschlagenen Kundgebung, besonders die folgenden: „Seit einigen Tagen hat die europäische Lage sich wesentlich verschlimmert, und trotz der Bemühungen der Diplomatie hat der Horizont sich verdunkelt." Viviani hatte zuerst geschrieben: „der Diplomatie", dann hatte er verbessert „unserer Diplomatie", und schließlich kam er zu „der Diplomatie" zurück, um keine Nation zu kränken. Weiter heißt es in der Urschrift: „Zu dieser Stunde haben die meisten europäischen Länder ihre Streitkräfte mobil gemacht, selbst diejenigen Länder, die durch die Neutralität geschützt sind." Auf meine Bemerkung, daß die Schweiz nicht mobil gemacht habe, wurde die Stelle wie folgt geändert: „Zu dieser Stunde hat die Mehrzahl der Nationen ihre Streitkräfte mobil gemacht. Selbst durch die Neutralität geschützte Länder haben diese Vorsichtsmaßregel ergreifen zu müssen geglaubt." Dann folgte die Stelle, die im Sinne Vivianis gegen Deutschland gerichtet war: „Mächte, deren Verfassung oder Militärgesetzgebung der unseren nicht gleicht, haben ohne Mobilmachungsbefehl Maßnahmen begonnen und fortgesetzt, die tatsächlich der Mobilmachung gleichkommen und nur ihre Vorwegnahme sind. Frankreich, das stets seinen Friedenswillen bekundet hat, das Europa in tragischen Tagen Ratschläge der Mäßigung und

ein lebendiges Beispiel von Besonnenheit gegeben, das seine Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens vervielfältigt hat, hat sich selbst auf alle Möglichkeiten vorbereitet und nunmehr die ersten Maßnahmen getroffen, die für die Sicherung seines Gebietes unerläßlich sind. Aber unsere Gesetzgebung erlaubt die Vervollständigung ohne einen Mobilmachungsbefehl nicht. Eingedenk ihrer Verantwortung und in dem Gefühl, daß sie eine heilige Pflicht versäumen würde, wenn sie die Dinge gehen ließe, hat die Regierung soeben den Beschluß gefaßt, den die Lage erfordert." Alle diese Sätze, die in der endgültigen Kundgebung stehen, sind bis auf ein paar Worte von Vivianis Hand und drücken wie alle übrigen die einstimmige Ansicht des Kabinetts aus.

Die Urschrift enthält auch die berühmte Erklärung: „Die Mobilmachung ist nicht der Krieg", die in den letzten Jahren von Übelwollenden so oft verspottet worden ist. Viviani hatte geschrieben: „Die Mobilmachung ist nicht der Krieg. In der jetzigen Lage erscheint sie als das beste Mittel, um den Frieden in Würde und Ehre sicherzustellen." Der endgültige Wortlaut ist fast der gleiche geblieben: „Die Mobilmachung ist nicht der Krieg. In der jetzigen Lage erscheint sie vielen als das beste Mittel, um den Frieden in Ehre sicherzustellen." Diese Sprache ist offenbar die einzige, die die letzten Aussichten auf Entspannung erhalten kann. Es wäre unverzeihlich, wenn die Regierung nicht so vor Frankreich und vor Europa spräche.

Wir schließen mit den Worten: „In ihrem heißen Bemühen um eine friedliche Beilegung der Krise wird die Regierung unter dem Schutz dieser notwendigen Vorsichtsmaßnahmen ihre diplomatischen Anstrengungen fortsetzen. Noch hofft sie auf Gelingen. Sie rechnet auf die Kaltblütigkeit der edlen Nation, daß sie sich nicht zu einer unberechtigten Aufwallung hinreißen läßt. Sie rechnet auf die Vaterlandsliebe aller Franzosen und weiß, daß kein einziger unter ihnen ist, der nicht seine Pflicht tun wird. Zu dieser Stunde gibt es keine Parteien mehr. Es gibt das ewige Frankreich, das friedliche, entschlossene Frankreich. Es gibt das Vaterland des Rechts und der Gerechtigkeit, das einig ist in Ruhe, in Wachsamkeit und in Würde."

Bei der Abfassung dieses Manifestes hat das Kabinett also selbst das Vorbild der Einigkeit gegeben, die es dem Lande empfahl. Als Malvy den Wortlaut nach Verlassen des Ministerrats den zahl-

reichen Journalisten vorliest, die in den Sälen des Place Beauveau zusammengeströmt waren, sind alle tief bewegt, rufen alle miteinander: „Es lebe Frankreich!"

Damit der Regierungsakt in England nicht falsch ausgelegt wird, bittet Viviani Paul Cambon sofort, Sir Edward Grey darauf hinzuweisen, daß der Mobilmachungsbefehl ein wesentlicher Akt der nationalen Selbsterhaltung ist, daß Frankreich nicht aufgehört hat, Rußland im Einvernehmen mit der britischen Regierung Mäßigung anzuraten, daß diese Ratschläge befolgt worden sind, daß Sasonow von Anfang an einen Druck auf Serbien ausgeübt hat, damit es alle mit seiner Staatshoheit vereinbaren Zugeständnisse mache, daß der russische Minister einen neuen Beweis für seine versöhnliche Gesinnung geliefert hat, indem er unmittelbare Verhandlungen mit Österreich anknüpfte, daß er darein gewilligt hat, daß die weniger beteiligten Mächte nach Mitteln zur Beilegung des Konfliktes suchten, daß es gemäß dem von Sir G. Buchanan geäußerten Wunsche bereit gewesen ist, die erste, von Rußland vorgeschlagene Formel abzuändern, daß es somit leicht geschienen habe, zu einem Ausgleich zwischen dem österreichischen, englischen und russischen Standpunkte zu gelangen, daß mitten in diesen Unterredungen die österreichische und russische Mobilmachung eingetreten ist, daß Deutschland nach der Verkündung des „Kriegsgefahrzustandes" seine eigene Mobilmachung in St. Petersburg angekündigt hat, daß wir dann genötigt waren, die gleichen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen wie die anderen Mächte, daß wir aber noch entschlossen bleiben, alles zu tun, um den Krieg zu verhüten.

Das Zaudern des britischen Kabinetts und die Uneinigkeit, die seine Ursache ist, geht trotzdem weiter. Am Abend des 1. August telegraphiert Paul Cambon uns: „London, 1. August 1914, 6,24 Uhr, eingegangen 22,05 Uhr. Geheim. Wie Sir Ed. Grey mir sagt, hat das Kabinett im Ministerrate von heute morgen die Lage von neuem geprüft, ist aber ohne Entscheidung auseinander gegangen. Ich habe ihm Ihre Mitteilungen über Schoens Schritte und über Deutschlands Angriffsakte an unseren Grenzen mitgeteilt. Ich habe darauf hingewiesen, daß damit eine neue Lage gegeben sei und daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Berlin vielleicht heute abend schon abgebrochen würden, daß wir einem feindlichen Einmarsch an unserer Landgrenze und Demonstrationen der deutschen Geschwader an unseren Küsten ausge-

setzt seien, die umso gefährlicher seien, als wir das Gros unserer Seestreitkräfte im Einvernehmen mit England im Mittelmeere konzentriert hätten. Der Staatssekretär antwortete mir, da Deutschland von England eine Neutralitätserklärung verlangt und sie nicht erhalten habe, besitze die britische Regierung noch immer Handlungsfreiheit; die Regierung sei zwar nicht zu einer Landung englischer Truppen auf dem Festlande geneigt, die nach ihrer Ansicht von der öffentlichen Meinung schlecht aufgenommen würde, aber es gebe andere Punkte, bei denen ein Eingreifen nach seiner Ansicht zweifellos gerechtfertigt sei."

Somit ist die englische Regierung sich am 1. August abends noch nicht schlüssig geworden, ob sie eingreifen soll, und tut sie dies, dann anscheinend gewiß nicht auf dem Festlande. Wären Asquith und Churchill mit Sir Edward Grey allein, so stände es anders, aber sie haben mehr und mehr mit dem Widerstand einiger ihrer Kollegen zu rechnen.

Inzwischen telegraphiert uns Dumaine, er habe den Eindruck, daß die deutsche Reichskanzlei die Leitung der österreich-ungarischen Politik übernommen habe. (Telegramm aus Wien Nr. 138.) Tatsächlich ist es nicht die Reichskanzlei, sondern der deutsche Generalstab, der diese Leitung übernommen hat. Wie wir sahen, hatte Bethmann Hollweg am 30. etwas vor Mitternacht an Tschirschky telegraphiert, er solle die kurz zuvor übersandten Ratschläge zur Mäßigung nicht erteilen. Damit hatte der General v. Moltke freie Bahn. Am 31. war der Ministerrat in Wien zusammengetreten, um die englischen Vorschläge zu prüfen; er hatte sich geweigert, seine Truppen in Belgrad haltmachen zu lassen. Franz Joseph hatte an Wilhelm II. telegraphiert: „Eine neuerliche Rettung Serbiens durch Rußlands Intervention müßte die ernstesten Folgen für meine Länder nach sich ziehen, und ich kann daher eine solche Intervention unmöglich zugeben. Ich bin mir der Tragweite meiner Entschlüsse bewußt." Graf Berchtold seinerseits hatte erklärt, die Einstellung der begonnenen Feindseligkeiten gegen Serbien sei unmöglich, und den englischen Vorschlag annehmen, heiße für nichts arbeiten. Man müsse ein für allemal ein Ende mit Serbien machen[1]. Abermals war Sir Edward Greys guter Wille an Österreichs bösem Willen gescheitert.

Jules Cambon teilt uns seinerseits mit, daß in Berlin auf den

[1] S. Diplomatische Aktenstücke, III, 65.

Straßen Extrablätter verteilt werden, wonach die allgemeine Mobilmachung von Heer und Flotte befohlen und der erste Mobilmachungstag Sonntag, der 2. August, ist[1].

Dennoch entmutigten alle diese Ablehnungen in Wien, alle diese Truppenbewegungen weder Englands noch unsere Beilegungsversuche.

Am Ende des Nachmittags bittet mich Sir Francis Bertie um eine Audienz und übergibt mir im Auftrage seiner Regierung folgende Note: „Erbitten Sie sofort Audienz beim Präsidenten und teilen Sie ihm folgendes Telegramm des Königs Georg V. an den Kaiser von Rußland mit:

„*Meine Regierung hat folgende Erklärung von der deutschen Regierung erhalten:* „Am 29. Juli hat der Kaiser von Rußland den Deutschen Kaiser telegraphisch gebeten, zwischen Rußland und Österreich zu vermitteln. S. M. hat sich dazu sofort bereit erklärt, das telegraphisch dem Zaren mitgeteilt und sofortige Demarche in Wien gemacht. Ohne das Ergebnis abzuwarten, hat Rußland gegen Österreich mobilisiert. S. M. hat den Zaren alsbald telegraphisch darauf aufmerksam gemacht, daß dadurch die Vermittlungsaktion nahezu illusorisch gemacht wird, und den Zaren gebeten, die militärischen Maßnahmen gegen Österreich einzustellen[2]. Das ist nicht geschehen. Trotzdem haben wir (die deutsche Regierung) die Vermittlungsaktion fortgesetzt, und zwar sind wir... bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was wir einem souveränen Staate, der unser Bundesgenosse ist, zumuten konnten. Unsere Vorschläge an Wien bewegten sich ganz im Sinne der Vorschläge Englands, die wir in Wien zu ernster Erwägung empfohlen haben[3]. Während der Beratung des Kabinetts und noch ehe diese abgeschlossen war, meldete Graf Pourtalès offiziell die Mobilmachung der gesamten russischen Armee und Marine. Dieser russische Akt hat Österreich die noch ausstehende Antwort auf unseren Vermittlungsvorschlag abgeschnitten[4]. Er erstreckt sich auch gegen uns, also gegen die Macht, die der Zar persönlich um

[1] Berlin, 7 Uhr abends, Nr. 247.

[2] Natürlich hatte keine Kriegshandlung gegen Österreich stattgefunden.

[3] Wie man gesehen hat, kamen die Schritte des Reichskanzlers sehr spät, und der General v. Moltke wirkte im entgegengesetzten Sinne.

[4] Österreich dagegen wußte noch nichts von der russischen Mobilmachung, als es die von Deutschland übermittelten englischen Vorschläge ablehnte. (S. Renouvin, S. 170ff.).

Vermittlung gebeten hatte. Diesen Akt, den wir nicht anders als feindselig ansehen konnten, mußten wir, wenn wir die Sicherheit des Vaterlandes nicht absolut preisgeben wollten, mit ernsten Gegenmaßregeln beantworten. Wir können der russischen Mobilmachung an unserer Grenze nicht untätig zusehen. Wir haben Rußland gesagt, daß wenn nicht binnen 12 Stunden die kriegerischen Maßnahmen gegen uns und Österreich-Ungarn eingestellt würden, wir mobilmachen müßten, was den Krieg bedeuten würde[1]. Frankreich haben wir gefragt, ob es in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleiben werde."

„*Ich kann nicht umhin anzunehmen, daß wir durch irgendein Mißverständnis auf diesem toten Punkt angelangt sind. Ich bin besonders besorgt, keine Möglichkeit zu verabsäumen, um die furchtbare Katastrophe abzuwenden, die jetzt die ganze Welt bedroht. Somit appelliere ich persönlich an Sie, um das Mißverständnis zu beheben, das nach meinem Gefühl entstanden sein muß, und um noch einen Boden für Verhandlungen und Friedensmöglichkeiten offen zu lassen. Wenn Sie glauben, daß ich in irgendeiner Weise zu diesem so wichtigen Zweck beitragen kann, werde ich alles tun, was in meiner Macht steht, um zur Wiederanknüpfung der abgebrochenen Aussprachen unter den beteiligten Mächten beizutragen. Ich habe das feste Vertrauen, daß Sie ebensosehr wie ich den Wunsch hegen, daß alles, was möglich ist, zur Sicherung des Weltfriedens geschieht. gez. Georg I. R.*"

Ich teile diese Note Viviani mit; er billigt diese neue Initiative im Einvernehmen mit mir und beteiligt sich an ihr wie an allen früheren. Übrigens ist der Zar dem König von England entgegengekommen, denn am Nachmittag um 14,06 Uhr hat er an den Kaiser telegraphiert: „Ich habe Dein Telegramm erhalten. Verstehe, daß Du gezwungen warst, mobil zu machen, aber ich wünsche von Dir die gleiche Garantie zu erhalten, wie ich sie Dir gegeben habe, daß diese Maßnahmen nicht Krieg bedeuten und daß wir fortfahren werden zu verhandeln zum Heile unserer Länder und des allgemeinen Friedens, der unser aller Herzen teuer ist. Unserer langbewährten Freundschaft muß es mit Hilfe Gottes gelingen, Blutvergießen zu vermeiden. Voll Vertrauen erwarte ich mit Spannung Deine Antwort. Nicky[2]."

[1] Die Worte: „was den Krieg bedeuten würde" hat Deutschland weder Rußland noch Frankreich mitgeteilt.

[2] Die deutschen Dokumente, Nr. 546.

Im selben Augenblick empfängt Sasonow den österreichischen Botschafter, der zu ihm sagt: „Meine Regierung geht darauf ein, mit den Mächten über den Inhalt (le fond) des Ultimatums zu reden, das wir an Serbien gerichtet haben." So spät dieser Vorschlag auch kommt, Sasonow nimmt ihn mit freudigem Eifer an und drückt den Wunsch aus, daß die englische Regierung die Leitung der Verhandlungen übernehmen möge. Immerhin verlangt er, daß Österreich seine Operationen in Serbien einstellt, und darauf will Österreich leider nicht eingehen. Der russische Minister des Auswärtigen setzt seinen Botschafter in Wien von diesem Schritt und von seiner Antwort in Kenntnis[1].

Jules Cambon, der von seinem Kollegen unterrichtet wird, telegraphiert uns, diese Unterredungen seien nach dem Ultimatum Deutschlands notwendig wirkungslos. „*Man kann sich sogar fragen*," sagt er, „*ob Österreichs Annahme unter diesen Umständen ernst gemeint war, oder ob sie nicht vielmehr den Zweck hatte, die Verantwortung für diesen Konflikt auf Rußland abzuwälzen.*" Der britische Botschafter in Berlin richtet in der Nacht einen dringenden Appell an Jagows menschliches Empfinden. Der deutsche Staatssekretär antwortet, die Dinge seien schon zu weit gediehen, und man müsse jetzt Rußlands Antwort auf das deutsche Ultimatum abwarten. Jagow hat Sir Edward Goschen angegeben, daß dieses Ultimatum nicht nur die Einstellung der russischen Mobilmachung an der deutschen, sondern auch an der österreichischen Grenze bedinge. Sir Edward Goschen hat sein lebhaftes Erstaunen ausgedrückt und erklärt, dieser Punkt scheine für Rußland unannehmbar. Nach Jules Cambons Ansicht ist das deutsche Ultimatum, das gerade in dem Augenblick erfolgt, wo es zwischen Wien und St. Petersburg zu einem Einvernehmen zu kommen scheint, der Beweis für seine kriegerische Politik[2].

Folgendes ist nicht weniger verwirrend. Während Viviani Sir Francis Bertie bestätigt, daß wir Belgien aus eigenem Antrieb erklärt haben, wir würden seine Neutralität nicht antasten, gibt Jagow auf Sir E. Goschens Frage über die gleiche Sache die ausweichende Antwort: „Ich werde die Befehle des Kaisers und des Reichskanzlers einholen, bezweifle aber, ob wir eine Antwort zu

---

[1] Gelbbuch, 1914, Nr. 120, 121.

[2] Ebenda, Nr. 121.

geben vermögen, denn Deutschland kann seine militärischen Pläne nicht so enthüllen[1].

Dies Ausweichen befriedigt England natürlich nicht. Sir Edward Grey befaßt das britische Kabinett damit und bittet seine Kollegen, am Montag im Unterhause sagen zu dürfen, daß die Regierung Sr. Majestät eine Verletzung der belgischen Neutralität nicht zulassen werde.

Um 6 Uhr abends wird inzwischen die luxemburgische Neutralität in Dorf und Bahnhof Ulflingen durch eine deutsche Abteilung des Infanterieregimentes Nr. 69 aus Trier unter Führung des Leutnants Feldmann verletzt. Dieser Offizier läßt einen Telegraphenapparat zerstören und erklärt ostentativ, das deutsche Heer rücke auf die Stadt Luxemburg. Über diesen Zwischenfall berichtet eingehend die „Indépendance luxembourgeoise" vom 1. August 1924, und ich habe eine Bescheinigung Messimys in Händen, die diese Darstellung bestätigt. Sie stammt von dem damaligen Bahnhofsvorsteher Thiry in Ulflingen, der nach dem Kriege Vorsteher des Hauptbahnhofes vom Bettemburg wurde.

Die Nacht kommt, ohne daß wir die Wahrheit über die Ereignisse in St. Petersburg erfahren. Ich werfe mich ein paar Augenblicke beklommenen Herzens auf mein Bett.

---

[1] Gelbbuch, 1914, Nr. 123.

Sechsundzwanzigtes Kapitel

Deutschlands Kriegserklärung an Rußland. – Deutsche Einbrüche in unser Gebiet – Verletzung der luxemburgischen Neutralität – Antwort des Königs von England – Umbildung des Ministeriums – Die italienische Neutralität – Ultimatum an Belgien – Deutschlands Kriegserklärung an Frankreich – Rede Sir Edward Greys im Unterhause – Die Sitzungen vom 4. August 1914 im Senat und in der Deputiertenkammer

Nacht vom Sonnabend, 1. August, auf Sonntag, 2. August. – Kein Telegramm aus St. Petersburg. Doch um $^1/_2$12 Uhr nachts stellt sich Iswolsky im Elysée ein und verlangt mich dringend zu sprechen. Ich gehe in mein Kabinett hinunter und sage dem diensttuenden Offizier, er solle den Botschafter vorlassen. Mit düsterer Miene und verstörtem Gesicht tritt Iswolsky ein. Er meldet mir, daß Deutschland Rußland den Krieg erklärt habe, und mit vor Erregung bebender Stimmer fährt er fort: „In dieser tragischen Stunde hielt ich es, Herr Präsident, für meine Pflicht, mich an das Oberhaupt des verbündeten Staates mit der Frage zu wenden: Was wird Frankreich tun?" Damit bleibt er vor mir stehen. Ich kann versichern, er gleicht in keiner Weise dem sagenhaften Bilde, das man nach seinem Tode oft von ihm entworfen hat. Er ist weder beglückt noch erfreut über das, was man „seinen Krieg" genannt hat[1]; er ist entsetzt darüber. Ich meinerseits war nicht darauf gefaßt, daß Deutschland das Unwiderrufliche so plötzlich herbeiführen werde. In meinem würgenden Schmerze denke ich offen gestanden nicht an Rußland, sondern vor allem an das bedrohte Frankreich. Ich antworte dem Botschafter, es sei lediglich Sache der Regierung, die mir gestellte Frage zu beantworten; ich würde die Minister unverzüglich zusammenberufen, und sie würden meines Erachtens der Meinung sein, der Bündnispflicht nachzukommen, aber ich hielte es im Interesse Frankreichs, ja selbst Rußlands, für besser, die Ausführung unserer Verpflichtungen ein paar Tage aufzuschieben, zunächst, um unsere Mobilmachung vor dem Ein-

[1] Eine humoristische Bemerkung Sir Fr. Berties zu einer Zeit, wo Iswolsky einen Anfall von „Defaitismus" hatte, hat den Anlaß zu diesem Schlagwort geliefert (Diary of Lord Bertie of Thame", I, 66).

tritt in den Krieg zu vollenden, und dann vor allem, weil wir in jeder Hinsicht vorzögen, Deutschland nicht unsererseits den Krieg zu erklären, sondern ihm die traurige Ehre der Initiative zu überlassen.

Ich lasse die Minister holen. Sie erscheinen sehr bald im Elysée, mit Ausnahme Couybas, der nicht gefunden werden konnte. Ich setze sie von Iswolskys Schritt in Kenntnis. Sie billigen meine Antwort einstimmig und beauftragen Viviani, sie ihm zu bestätigen. Iswolsky ist im Offizierssaale geblieben. Viviani geht zu ihm und wiederholt ihm, Frankreich werde seiner Pflicht nachkommen, aber es sei besser, ein paar Tage mit der Entschließung zu warten. Iswolsky würde eine sofortige öffentliche Erklärung vorziehen, begnügt sich aber schließlich mit unserer Antwort und geht mit finsterer Miene fort.

Der Ministerrat setzt seine Sitzung fort und trifft mit eindrucksvoller Ruhe alle Anordnungen für die militärische Sicherheit, die öffentliche Ordnung und die Sicherstellung der Finanzen, die die Umstände erheischen. In der Nacht treffen etwas durcheinander Telegramme aus St. Petersburg ein.

„1. August 1914, Nr. 332, 20,30 Uhr, eingegangen 23 Uhr. König Georg V. hat soeben an den Zaren Nikolaus telegraphiert, um einen letzten Appell an seine friedliche Gesinnung zu richten. Mein englischer Kollege, der den Auftrag hat, dieses Telegramm zu übergeben, hat sofort um Audienz beim Zaren gebeten. Er wird wahrscheinlich heute nacht in Peterhof empfangen. Sasonow, Sir G. Buchanan und ich haben über die Antwort konferiert, die der Appell des Königs von England bedingt. Ich habe darauf gedrungen, daß der Zar Nikolaus die Erklärungen seines gestrigen persönlichen Telegrammes an den Kaiser Wilhelm wiederholt, wenn nötig in stärkerer Form, und daß er König Georg bittet, dem Deutschen Kaiser die Aufrichtigkeit dieser Versicherungen zu bestätigen, wenn nicht zu verbürgen. Ich habe besonders hervorgehoben, daß die Antwort des Zaren keinen Zweifel über seinen Willen lassen darf, den Frieden noch zu retten, denn diese Antwort wird vielleicht darüber entscheiden, ob England Partei gegen Deutschland ergreift oder nicht. Gez. Paléologue."

„1. August 1914, Nr. 334, 17 Uhr, eingegangen am 2., 4,38 Uhr morgens. Trotz der Kriegserklärung hat der Zar Nikolaus meinen englischen Kollegen heute nacht nach Peterhof befohlen. Ich

glaube zu wissen, daß er den Appell des Königs Georg in dem Sinne beantworten wird, wie in meinem Telegramm 332 angegeben."

Auch diesmal hat die telegraphierte Übermittlung recht lange gedauert, und überdies trifft Nr. 334 vor 333 ein. „Petersburg, 2. August 1914, Nr. 333, 0,19 Uhr, eingegangen 14 Uhr. Der deutsche Botschafter hat Sasonow soeben die Kriegserklärung übergeben."

Für den Augenblick kennen wir nur die brutale Tatsache. Erst viel später sollten wir erfahren, wie sie sich zugetragen hat. Der Reichskanzler Bethmann Hollweg, der Kriegsminister v. Falkenhayn, der General von Moltke und der Admiral v. Tirpitz hatten sich heftig über die Frage gestritten, ob man Rußland sofort den Krieg erklären oder es zunächst bei der allgemeinen Mobilmachung belassen oder endlich ohne vorherige Erklärung in Rußland einmarschieren sollte. Schließlich hatte man sich auf die Kriegserklärung geeinigt[1]. Pourtalès war beauftragt worden, sie Sasonow zu überreichen. Sie war in zwei verschiedenen Fassungen aufgesetzt, von denen die eine oder die andere um 17 Uhr (russischer Zeit) überreicht werden sollte, je nachdem Rußland das Ultimatum abschlägig beantwortete oder es unbeantwortet ließ. Der deutsche Botschafter, der den Auftrag seiner Regierung erst um 17,45 Uhr (russischer Zeit) und die Dechiffrierung erst eine Stunde später erhielt, sah sich durch die Zeit gedrängt und hinterließ Sasonow in seiner Verwirrung einen Abzug, der beide Fassungen zugleich enthielt.

Auf diesen Irrtum war in der Nacht ein noch eigentümlicherer Zwischenfall gefolgt. Ein paar Stunden nach der Kriegserklärung hatte Zar Nikolaus II. vom Kaiser das folgende unerklärliche Telegramm erhalten: „Ich habe gestern Deiner Regierung den Weg angegeben, durch den allein noch der Krieg vermieden werden kann. Obwohl ich um Antwort bis heute mittag gebeten hatte, hat mich bis jetzt noch kein Telegramm meines Botschafters mit einer Antwort Deiner Regierung erreicht. Ich war daher genötigt, meine Armee mobil zu machen... Ich muß Dich ernstlich ersuchen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen Befehl gibst, unter keinen Umständen die geringste Verletzung unserer Grenzen zu begehen[2]."

---

[1] Tirpitz, „Erinnerungen", S. 290. „Betrachtungen zum Weltkriege", von Bethmann Hollweg, S. 118f.

[2] Die deutschen Dokumente, 600. Vgl. Briefwechsel zwischen Wilhelm II. und Nikolaus II., veröffentlicht von der Sowjetregierung und aus dem Russischen übersetzt von Marc Semenow, Paris, Plon.

Im Weißbuch ist dieses Telegramm fälschlich auf den 1. August, 10,45 Uhr vorm., datiert. Tatsächlich hat Wilhelm II. es um 22,45 Uhr unterzeichnet und abgesandt, nachdem er den ihm von Bethmann Hollweg übergebenen Telegrammentwurf[1]) umgearbeitet hatte. Er wußte zu dieser Stunde, daß Graf Pourtalès die Kriegserklärung bereits hatte übergeben müssen. Warum schrieb der Kaiser trotzdem, als ob nichts geschehen sei. Arbeitete er für das Weißbuch, wie Paléologue annimmt[2]? Hatte er, wie Kautsky und Wassily annahmen, etwas den Kopf verloren? Oder hatte er, wie der Zar beim Empfang des Telegramms meinte oder wie Renouvin anzunehmen scheint, Nicky eine Falle gestellt und versucht, ihn zu einem „lächerlichen und entehrenden" Schritt zu veranlassen? Aber welche Erklärung man auch gelten läßt, sie kann für Wilhelm II. nichts Schmeichelhaftes haben.

Sonntag, 2. August 1914. – Wenn seit gestern abend zwischen Deutschland und Rußland Kriegszustand herrscht, so doch nicht zwischen Deutschland und uns. Trotzdem werden unsere Grenzen bei Tag wie bei Nacht verletzt[3]. René Viviani telegraphiert an Jules Cambon: „Da die deutschen Truppen heute die Ostgrenze an mehreren Punkten verletzt haben, bitte ich Sie, bei der deutschen Regierung unverzüglich schriftlich zu protestieren. Richten Sie sich bitte nach der beifolgenden Note, die ich bei der Ungewißheit des Verkehrs zwischen Paris und Berlin unmittelbar an den deutschen Botschafter gerichtet habe:

„Die französischen Verwaltungs- und Militärbehörden an der Ostgrenze haben mehrere Vorfälle gemeldet, die zur Kenntnis der kaiserlichen Regierung zu bringen ich den Botschafter der Republik in Berlin beauftragt habe. Einer hat sich in Delle in der Gegend von Belfort ereignet: Zweimal hat eine Abteilung deutscher Soldaten auf den französischen Zollposten an jenem Orte gefeuert. Heute morgen haben nördlich von Delle zwei deutsche Patrouillen der 5. Jäger zu Pferde die Grenze überschritten und sind bis zu den Dörfern Joncherey und Baron vorgestoßen, mehr als 10 km von der Grenze[4]. Der Offizier, der die erste führte, hat einen französischen

[1] Die deutschen Dokumente, 599.

[2] I, 203.

[3] Über diese Verletzungen s. Puaux, „Le Mensonge du 3 août", Paris, Payot.

[4] Bei diesen Einfällen, die über 10 km von der Grenze erfolgten, ist der Korporal Peugeot getötet worden.

Soldaten in den Kopf geschossen. Die deutschen Reiter haben Pferde mitgenommen, die der französische Bürgermeister von Suarce zusammentreiben ließ, und haben die Einwohner der Gemeinde gezwungen, die genannten Pferde zu führen. Der Botschafter der Republik in Berlin ist beauftragt, bei der kaiserlichen Regierung in aller Form gegen diese Vorfälle zu protestieren, die eine ausgesprochene Grenzverletzung durch bewaffnete deutsche Truppen darstellen und die bei der jetzigen Lage durch nichts zu rechtfertigen sind. Die Regierung der Republik muß der kaiserlichen Regierung die volle Verantwortung für diese Akte überlassen. Gez. René Viviani."

Aber auch an mehreren anderen Punkten tummelten sich deutsche Infanterie- und Kavalleriepatrouillen auf unserem Boden: auf der Straße Villé–Provenchères, auf dem Col de la Cude, auf dem Col de la Hingrie, auf dem Col de Sainte-Marie usw. Abermals protestierte Viviani bei Schoen, der Berlin loyal benachrichtigte und bemerkte: „Infolge dieser Meldungen herrscht hier große Erregung."

Angesichts der schamlosen Wiederkehr solcher Vorfälle konnte die französische Regierung nicht umhin, anzunehmen, daß es sich um einen allgemeinen Befehl handelte. Der deutsche Generalstab hat das abgestritten und behauptet, erst am 3. August (vor der Kriegserklärung, wie er zugeben muß)[1], habe er „Vorschieben der Aufklärung über die Grenze gestattet". Aber die Gleichzeitigkeit aller dieser Einbrüche schließt die Annahme aus, daß es sich um Einzelfälle handelt; zudem hat einer der in Joncherey gefangenen deutschen Reiter ausgesagt, der Oberstleutnant habe zu seinen Leuten gesagt: „Befehl, die Grenze zu überschreiten." In den Mobilmachungstagebüchern der 29. Kavalleriebrigade war in der Tat die sofortige Aufklärung auf französischem Gebiet vorgesehen.

Angesichts dieser systematischen Einfälle bittet der General Joffre den Kriegsminister am Morgen des 2., den Befehl über die 10-km-Zone aufzuheben. Die Regierung zieht es vor, noch zu warten; erst nach 2 Uhr nachmittags wird die Beschränkung aufgehoben, und der Oberbefehlshaber erhält völlige Handlungsfreiheit[2]. Dabei setzt der General Joffre, als er diese Nachricht um 17,30 Uhr den Armeeführern übermittelt, im Einvernehmen mit Viviani noch

[1] Die deutschen Dokumente, 869, Moltke an Jagow.

[2] „Les Armées francaises dans la grande guerre" (service historique de l'armée). Paris, Imprimerie nationale 1922, I, 83 und Anhang 27.

vorsichtshalber hinzu: „Aus Gründen der nationalen Moral wie aus gebieterischen Gründen der Diplomatie ist es unerläßlich, Deutschland die volle Verantwortung für die Feindseligkeiten zu überlassen. Somit werden sich die Deckungstruppen bis auf weiteres darauf beschränken, jede angreifende Truppe über die Grenze zurückzuwerfen, ohne sie weiter zu verfolgen und ohne feindliches Gebiet zu betreten."

Andererseits erfahren wir, daß seit dem Morgen deutsche Truppen auf den Brücken von Wasserbillig und Remich in das Großherzogtum Luxemburg eingerückt sind und daß sie auf die Hauptstadt marschieren. Der Staatsminister Eyschen protestiert bei den Mächten gegen diese schwere Verletzung der Neutralität des Landes. Aber die Berliner Regierung hat im Bewußtsein ihrer Schuld den Freiherrn von Schoen beauftragt, uns eine zweideutige Note zu übergeben, worin das Reich behauptet, die von ihm ergriffenen militärischen Maßnahmen stellten keinen feindlichen Akt dar. Sie seien, wie er sagte, lediglich zur Sicherung der Eisenbahnen bestimmt, die nach seiner Angabe der deutschen Verwaltung auch militärisch unterstellt seien.

Wir teilen dies seltsame Verhalten schleunigst Sir Edward Grey mit. Aber das britische Kabinett scheint mit besonnener Langsamkeit vorzugehen. William Martin hat mir bei seiner Rückkehr aus London die Antwort des Königs mitgebracht. Sie ist von Georgs V. eigener Hand, mit dem Aufdruck Buckingham Palace und in englischer Sprache, enthält aber noch keine positive Zusicherung. Durch die Regeln der Verfassung gelähmt, hat der Herrscher sich in den Schranken halten müssen, die ihm die verantwortlichen Minister gezogen haben.

„Lieber und großer Freund!

In hohem Maße würdige ich die Gesinnung, die Sie veranlaßt hat, mir in so herzlichem und freundschaftlichem Sinne zu schreiben. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie Ihre Ansichten so vollständig und so offen ausgedrückt haben. Sie können versichert sein, daß die jetzige europäische Lage mir viel Angst und Sorge gemacht hat, und ich bin glücklich bei dem Gedanken, daß unsere beiden Regierungen so freundschaftlich zusammengewirkt haben, um den Ausweg einer friedlichen Lösung der entstandenen Fragen zu finden. Es wäre mir eine aufrichtige Genugtuung, wenn unsere

gemeinsamen Bemühungen mit Erfolg gekrönt sein könnten, und ich habe nicht alle Hoffnung verloren, daß die furchtbaren Ereignisse, die so dicht bevorzustehen scheinen, sich noch abwenden lassen. Ich bewundere es, welchen Zwang Sie und Ihre Regierung sich auferlegen, indem Sie ungerechtfertigte militärische Maßnahmen an Ihrer Grenze vermeiden und eine Haltung annehmen, die in keiner Weise als herausfordernd ausgelegt werden kann. – Ich gebe mir bei dem russischen und dem Deutschen Kaiser persönlich die größte Mühe, nach Mitteln zu suchen, um die im Gange befindlichen militärischen Maßnahmen wenigstens zu verlangsamen und so Zeit zu gewinnen, um die Aussprache zwischen den Mächten in friedliche Bahnen zu lenken. Ich gedenke diese Bemühungen unermüdlich so lange fortzusetzen, als ein Hoffnungsschimmer besteht, zu einer gütlichen Beilegung zu gelangen. Was die Haltung meines Landes betrifft, so wechseln die Ereignisse so schnell, daß es schwer ist, ihre künftige Entwicklung vorauszusehen. Aber Sie können versichert sein, daß meine Regierung fortfahren wird, mit Herrn Cambon alle Punkte, die die Interessen unserer beiden Nationen angehen könnten, frei und loyal zu prüfen. Ich verbleibe, Herr Präsident, Ihr aufrichtiger Freund

Georg I. R."

Somit zur Fortsetzung der Aussprache aufgefordert, hat Paul Cambon Sir Edward Grey daran erinnert, daß Großbritannien und Preußen nach dem Wortlaut des Londoner Vertrages von 1867 die Neutralität Luxemburgs garantiert haben, und er hat hinzugesetzt, die Verletzung der luxemburgischen Neutralität zeige gewiß die Absicht an, auch die belgische Neutralität zu verletzen. Sir Edward Grey hat geantwortet, er habe dem Fürsten Lichnowsky ein Memorandum übergeben, worin deutlich gesagt sei, daß die öffentliche Meinung Englands eine Antastung der belgischen Unabhängigkeit nicht dulden werde. (London, 2. August, Nr. 173.)

Etwas später telegraphiert Paul Cambon nochmals: „London, 2. August 1914, 4,40 Uhr abends, eingegangen 18,40 Uhr. K. Hardie hat heute ein sozialistisches Protestmeeting gegen ein Eingreifen Englands in den gegenwärtigen Konflikt veranstaltet. Er besitzt kein Ansehen, und das Meeting ist nicht ernst zu nehmen, doch ist zu befürchten, daß man es bei der Labour Party des Unterhauses ausbeutet, um sie abzuhalten, morgen der Regierung zu folgen,

wenn sie eine etwas deutliche Erklärung abgibt. Eines der einflußreichsten Parlamentsmitglieder sagte mir, man müsse veranlassen, daß die Führer der französischen Sozialistenpartei an Ramsay Macdonald, den Führer der Labour Party, telegraphieren und den Beistand dieser Partei verlangen, um das britische Eingreifen gegen den unberechtigten Angriff Deutschlands durchzusetzen. Dieses Telegramm müßte heute abend in einer Pariser Zeitung erscheinen und den Londoner Zeitungen zugesandt werden, die es morgen früh veröffentlichen würden. Es ist wichtig, daß die Veröffentlichung gleichzeitig mit der Absendung an seinen Empfänger erfolgt, dem man mit einigem Grunde mißtraut. Gez. Paul Cambon."

Auf Vivianis Bitte läßt Malvy Sembat und einige andere sozialistische Deputierte kommen, und diese versprechen, sofort zu schreiben. Aber wie sehr vermehrt doch dies Zaudern des britischen Kabinetts unsere Befürchtungen! Wie langsam und ängstlich sind seine Schritte! Schlag auf Schlag telegraphiert Paul Cambon uns noch: „London, 2. August, Nr. 178, 5,30 Uhr, eingegangen 20,20 Uhr. Streng vertraulich. Im heutigen Ministerrat ist die etwaige Entsendung einer englischen Streitmacht nach dem Festlande erörtert worden. Die Mehrzahl der Minister war der Ansicht, daß England bei der Lage in Indien und in Ägypten sich nicht von seinen militärischen Kräften entblößen kann. Als Sir Edward Grey mir diesen Beschluß mitteilte, sagte er mir, er bedeute keine unbedingte Ablehnung eines Eingreifens zu Lande, aber die Regierung behalte sich vor, je nach der Entwicklung des gegenwärtigen Konflikts auf die Frage zurückzukommen. Betreffs eines Eingreifens zur See hat Sir Edward Grey mir die Erklärung abgegeben, deren Übersetzung beiliegt: ‚Ich bin ermächtigt, die Versicherung zu geben, daß, wenn die deutsche Flotte in den Kanal eindringt oder durch die Nordsee fährt, um Kriegshandlungen gegen die französische Küste oder gegen die französische Handelsmarine zu unternehmen, die britische Flotte jeden in ihrer Macht stehenden Schutz leisten wird. Selbstverständlich unterliegt diese Versicherung dem Vorbehalt, daß die Politik der Regierung Sr. Majestät die Zustimmung des britischen Parlaments findet, und sie darf erst dann als bindend für das Handeln der Regierung Sr. Majestät angesehen werden, wenn der obengenannte Fall eines Vorgehens der deutschen Flotte eintritt.' Sir Edward Grey bat mich, diesen Beschluß geheimzuhalten, bis er dem Parlament vorgelegt sei. Gez. Paul Cambon."

„London, 2. August 1914, Nr. 179, 5,40 Uhr abends, eingetroffen 21,55 Uhr. Fortsetzung meines Telegramms 178. Betreffs der Verletzung Luxemburgs hat der Staatssekretär des Auswärtigen mich daran erinnert, daß Lord Derby und Lord Clarendon bei der Debatte über den Vertrag von 1867 erklärt haben, er weiche von der Konvention über die belgische Neutralität insofern ab, als England verpflichtet sei, die letztere auch ohne Beistand der anderen Garantiemächte zu wahren, wogegen betreffs Luxemburgs alle Mächte gemeinsam handeln müßten ... (Ein Wort fehlt.) Nichtsdestoweniger läßt die Verletzung Luxemburgs auf die Verletzung Belgiens schließen. Die belgische Neutralität gilt in England als so wichtig, daß Sir Edward Grey in dem zu heute abend einberufenen Ministerrate, wo der Wortlaut der morgigen Erklärungen im Unterhause festgelegt werden soll, um die Ermächtigung bitten wird, zu erklären, daß die Verletzung dieser Neutralität als Casus belli angesehen würde ... Gez. P. Cambon."

„London, 2. August 1914, Nr. 180, 6,35 Uhr, eingegangen 20,30 Uhr. In der Geschäftswelt werden außerordentliche Anstrengungen gemacht, um die Regierung daran zu hindern, sich gegen Deutschland festzulegen. Die Finanzleute der City, die Direktoren der Bank von England, mehr oder weniger von Bankiers deutscher Herkunft beherrscht, führen einen sehr gefährlichen Krieg. Wie Sir Edward Grey mir sagte, sind auch die Großindustriellen des Nordens gegen ein Eingreifen. Man muß hoffen, daß die britische Regierung über diesen Handelsrücksichten weder ihre politischen Traditionen noch Englands allgemeine Zukunftsinteressen vergessen wird. Gez. Paul Cambon."

In Rom dagegen ist die Entscheidung gefallen. Der Ministerrat hat in der letzten Nacht eine Sitzung abgehalten und Italiens Neutralität endgültig bestätigt. Der Marchese di San Giuliano hat dies Barrère offiziell mitgeteilt (Rom, 2. August, Nr. 253, 12,40 Uhr).

Veniselos hat seinerseits Halgouet aus freien Stücken erklärt, wenn es zu einem allgemeinen Konflikt komme, werde Griechenland keinesfalls in einem anderen Lager als in dem der Tripleentente stehen. (Athen, 2. August, Nr. 111, 12,45 Uhr.)

Am Vor- und Nachmittag geht der Ministerrat unter meinem Vorsitz und unter Vivianis Leitung nochmals alle europäischen Hauptstädte durch. Er hält die Minuten jetzt für gezählt und glaubt nicht, daß wir dem Krieg entgehen werden. Er freut sich über die ausge-

zeichnete Haltung aller Parteien einschließlich der Sozialisten und des allgemeinen Arbeiterbundes. Auf Antrag des Innenministers beschließt die Regierung, grundsätzlich keine der in Heft B verzeichneten, mit anderen Worten für verdächtig geltenden Personen in Haft zu nehmen. Ausnahmen sollen nur bei gefährlichen Anarchisten stattfinden. Der Rat legt mir ein Dekret über die Verkündung des Belagerungszustandes vor. Dieser Beschluß zieht die Einberufung der Kammern binnen spätestens 48 Stunden nach sich. Da wir von England noch keine bestimmte Erklärung haben, zieht die Regierung es vor, das Parlament erst an diesem Tag einzuberufen.

Alle Minister sind vom aufrichtigsten Geiste der Eintracht beseelt. Auf Malvys Antrag beschließen sie, die Ausführung des kürzlich ergangenen Dekrets über die Schließung der Kongregationsschulen auszusetzen. Andererseits soll den wegen Pressedelikten verurteilten Revolutionären die weitgehendste Amnestie zuteil werden.

Nein, es gibt keine Parteien mehr. Prinz Roland Bonaparte schreibt mir, er stelle sich der Regierung der Republik völlig zu Diensten. Das Gesetz von 1886 verbietet eine militärische Verwendung seiner Person, aber ich danke ihm für sein patriotisches Anerbieten, und er antwortet mir, jedenfalls stehe sein Palais uns zur Einrichtung eines Lazaretts zur Verfügung.

Jules Cambon schickt uns über Deutschlands Absichten einen Plan, der wohl zutreffen könnte: „Berlin, 2. August, Nr. 251, 4,40 Uhr, eingegangen 18,50 Uhr. Wie ich aus sehr sicherer Quelle erfahre, will Deutschland sich Rußland gegenüber zu Lande wie zu Wasser rein defensiv verhalten. Wie mir von einem Mitgliede der russischen Botschaft bestätigt wird, hofft man, mit uns rasch fertig zu werden, wogegen man sich auf einen langwierigen Krieg mit Rußland gefaßt macht."

Der Schlachtkreuzer „Goeben" und der schnelle Kreuzer „Breslau", die in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in Brindisi waren, sind, der eine bei Tarent, der andere bei Messina, gesichtet worden. Sie haben ihre Kohlenvorräte ergänzt und fahren südwärts, anscheinend, um sich ins westliche Mittelmeer zur Verfolgung unserer Militärtransportschiffe zu begeben. Zum Glück vermögen wir diese zu beschützen. Aber die geheimnisvollen Bewegungen jener Kriegsschiffe sprechen neben so vielen anderen Anzeichen dafür, daß Deutschland die Dinge überstürzen will.

Montag, 3. August 1914. – Seit einigen Tagen ist der Marine-

minister Gauthier krank und überanstrengt. Er hat seine Kollegen und mich durch seine Nervosität mehrfach beunruhigt. Im gestrigen Ministerrat haben wir ihm empfohlen, rasche Maßregeln zum Sperren des Kanals durch Torpedoboote und U-Boote zu ergreifen, denn England hat noch keinerlei Schutzmaßnahmen getroffen, und dieses Zaudern kann Deutschland sich morgen zunutze machen. Gauthier hat diese Anempfehlung völlig vergessen; um 11 Uhr mußte ich ihn nebst dem Admiralstabschef ins Elysée rufen lassen, um ihn an den Beschluß des Ministerrats zu erinnern und um dessen Ausführung zu bitten. Der Minister, der von einem Extrem ins andere fällt, hat mir alsdann den schriftlichen Vorschlag gemacht, die „Goeben" und „Breslau" durch den Admiral Lapeyrère vor jeder Kriegserklärung verfolgen zu lassen. Ich habe ihn gebeten, vor dem heutigen Ministerrat keinen Befehl zu geben. Doch da kommt Messimy frühmorgens ins Elysée, sehr gereizt gegen seinen Kollegen von der Marine, den er heftig als unfähig schilt. Gauthier antwortet mit der Drohung, ihn zum Duell zu fordern. Ich lege mich ins Mittel, und die Szene endet mit Tränen und Umarmungen. Nach dem Fieber dieser langen Tage und schlaflosen Nächte hat alle Welt zum Reißen gespannte Nerven. Gauthier, ein braver Mann und guter Patriot, fügt sich darein, seine Demission aus Gesundheitsrücksichten zu geben. An seine Stelle tritt Augagneur, der durch Albert Sarraut als Unterrichtsminister ersetzt wird. Viviani verläßt freiwillig den Quai d'Orsay, um Ministerpräsident ohne Portefeuille zu bleiben. Gaston Doumergue übernimmt wieder das Ministerium des Auswärtigen.

Ich hätte eine weitergehendere Umbildung gewünscht, damit im Kabinett verschiedene politische Meinungen vertreten wären und es den Charakter der nationalen Einheit erhielte. Aber Viviani, der gern Briand und Delcassé hinzugezogen hätte, hat auf der Linken starken Widerstand gefunden, und im Interesse der Eintracht hat er vorläufig auf seinen Gedanken verzichten müssen. Seine Auswahl hat übrigens nur neue Unzufriedene geschaffen. Sie hat einige Ministerkandidaten verstimmt, die in den Gängen der Kammer Klage geführt und einige Bitterkeit zurückgelassen haben. Aber ein reinigender Hauch hat diese Keime bald weggeblasen. Die Vaterlandsliebe hat obgesiegt. Senatoren und Deputierte, die nach und nach alle wieder in Paris eintreffen, haben sich um das umgebildete Kabinett geschart.

Zwei Unterstaatssekretäre, Abel Ferry und Jacquier, rücken als Reserveoffiziere aus, der eine nach Verdun, der andere nach Annecy, wo ich als Reserveoffizier bei den 11. Jägern gedient habe. Mein liebes Alpenjägerbataillon wird wohl nicht lange im Südosten bleiben, denn wir sind ja nun über Italiens Haltung sicher.

Heute morgen um 9 Uhr hat der italienische Geschäftsträger, Fürst Ruspoli, der den auf Nordlandsreise befindlichen Tittoni vertritt, Viviani aufgesucht und ihm die Neutralitätserklärung offiziell angezeigt. Fürst Ruspoli, der eine Französin, Fräulein von Talleyrand-Périgord, geheiratet hat und übrigens selbst ein sehr aufrichtiger Freund Frankreichs ist, war tief beglückt, der Regierung der Republik die Entscheidung seines Landes mitzuteilen.

Italien bleibt neutral, weil Deutschland und Österreich einen Angriffskrieg unternommen haben und ihr Benehmen Italien von seinen Verpflichtungen gegen sie entbindet. Der Dreibund ist gebrochen[1]. Wie um noch besser zu zeigen, daß Italien sich in seiner Auffassung von der Art und Bedeutung dieses Krieges nicht irrt, unternimmt das Deutsche Reich in Brüssel einen zynischen Schritt, der keinen Zweifel mehr über seine Absichten läßt[2].

Am Sonntag, dem 2. August, um 7 Uhr abends, hält ein Auto in der Rue de la Loi vor dem Portal des Ministeriums des Auswärtigen. Ihm entsteigt der deutsche Gesandte von Below-Saleske, der Davignon aufsucht. Er betritt das Kabinett des Ministers und sagt ihm im Ton wirklicher Bewegtheit: „Ich habe Ihnen im Auftrage meiner Regierung eine ganz vertrauliche Mitteilung zu machen." Damit zieht er ein Schriftstück aus der Tasche seines Überrockes und übergibt Davignon das schicksalsvolle Ultimatum. Der Minister liest es, erbleicht und murmelt: „Nein, nicht wahr, das ist doch nicht möglich?" — „Doch," antwortet v. Below-Saleske. „Deutschland ist friedlich, aber es muß sich gegen die bevorstehende Offen-

[1] Salandra, der 1914 Premierminister war, hat am 21. August 1926 im „Corriere della Sera" einen interessanten Aufsatz veröffentlicht, worin er angibt, Italiens Vertrauen auf Englands Eingreifen sei mitbestimmend für die Neutralität gewesen. „Questa sicurezza fù non ultima fra le ragioni della nostra risoluzione."

[2] S. in der belgischen Zeitschrift „Le Flambeau" vom 31. März 1922 eine Studie von Jacques Crokaert, deren völlige Richtigkeit Paul Hymans und verschiedener anderer Zeugen mir verbürgt haben. S. auch in der „Revue d'histoire de la guerre mondiale", Juli 1926, einen sehr ausführlichen Aufsatz von Léon Leclerc, Professor an der Universität Brüssel.

sive wehren, die die Franzosen durch das Maastal unternehmen werden". Davignon antwortet, dieser Angriff der Franzosen auf Namur sei völlig unwahrscheinlich; er beteuert Belgiens Loyalität und erklärt Below, die deutsche Note solle unverzüglich im Ministerrate geprüft werden.

Als der deutsche Gesandte fortgegangen ist, setzt Davignon den politischen Direktor Baron Gaiffier und den Generalsekretär Baron van der Elst in Kenntnis und läßt den Premierminister de Brocqueville sowie den Kriegsminister benachrichtigten. Während das Ultimatum Wort für Wort übersetzt wird[1], trifft de Broqueville ein, nimmt Kenntnis von dem Schriftstück und begibt sich sofort zum König. Der bestimmt, den Ministerrat um 9 Uhr ins Palais zu berufen, auch alle Staatsminister dorthin zu bescheiden sowie die Generale Selliers de Moranville und de Ryckel, den Chef und Unterchef des Generalstabes, kommen zu lassen. Lange berät der Kronrat unter dem Vorsitz des Königs Albert, der bei dieser feierlichen Gelegenheit die Felduniform als Generalleutnant angelegt hat. In tiefem Schweigen verliest Davignon die Übersetzung des Ultimatums. Auf Bitten mehrerer Anwesender beginnt er diese Verlesung noch einmal: „Der deutschen Regierung liegen zuverlässige Nachrichten vor über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maasstrecke Givet–Namur. Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen. Die kaiserliche Regierung kann sich der Besorgnis nicht erwehren, daß Belgien trotz besten Willens nicht imstande sein wird, ohne Hilfe einen französischen Vormarsch mit so großer Aussicht auf Erfolg abzuwehren, daß darin eine ausreichende Sicherheit gegen die Bedrohung Deutschlands gefunden werden kann." Diese lügnerische Einleitung täuscht kein Mitglied des Kronrates. Ein jeder weiß, daß diese Anschuldigung Frankreichs falsch ist und daß die Regierung der Republik sich verpflichtet hat, die belgische Neutralität zu wahren, wogegen die kaiserliche Regierung sich geweigert hat, die Verpflichtung einzugehen. Sie vernehmen diesen ersten Absatz also mit Verblüffung.

„Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung für Deutschland, dem feindlichen Angriff zuvorzukommen. Mit dem größten Bedauern würde es daher die deutsche Regierung erfüllen, wenn Belgien einen Akt

[1] S. „Dossier diplomatique de la question belge" von Fernand van Langenhove, S. 90 ff., Paris und Brüssel, van Oest.

der Feindseligkeit gegen sich darin erblicken würde, daß die Maßnahmen seiner Gegner Deutschland zwingen, zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten." Die Heuchelei dieser Formeln empört die Zuhörer. Aber was würden sie erst sagen, wenn sie wüßten, daß sie schon am 26. Juli niedergeschrieben sind? Das Folgende empört sie noch mehr. „Deutschland beabsichtigt keinerlei Feindseligkeiten gegen Belgien. Ist Belgien gewillt, in dem bevorstehenden Kriege Deutschland gegenüber eine wohlwollende Neutralität einzunehmen, so verpflichtet sich die deutsche Regierung, beim Friedensschluß Besitzstand und Umfang des Königreichs in vollem Umfang zu garantieren . . . Sollte Belgien den deutschen Truppen feindlich entgegentreten, insbesondere ihrem Vorgehen durch Widerstand der Maasbefestigungen oder durch Zerstörungen von Eisenbahnen, Straßen, Tunnels oder sonstigen Kunstbauten Schwierigkeiten bereiten, so wird Deutschland gezwungen sein, Belgien als Feind zu betrachten . . ." Nach Beendigung der Vorlesung ergeift de Broqueville das Wort und zeichnet seinen Kollegen in ein paar markigen Worten ihre Pflicht vor. „Wenn man doch sterben muß", sagt er, „dann mit Ehre. Wir aber haben nur die Wahl zwischen diesen beiden Todesarten. Durch unsere Unterwerfung würden wir nichts retten. Der Kampf, den Deutschland unternommen hat, setzt die Freiheit Europas aufs Spiel. Verhehlen wir es uns nicht: siegt Deutschland, so wird Belgien, einerlei, wie es sich verhält, dem Reiche einverleibt."

König Albert fragt die amtierenden Minister und alle Staatsminister der Reihe nach, und alle antworten einstimmig, es sei unmöglich, auf das Ultimatum einzugehen. Die Abfassung der Antwort wird dem Justizminister Carton de Wiart und den Staatsministern Van den Heuvel und Paul Hymans aufgetragen. Diese drei Kommissare begeben sich ins Ministerium des Auswärtigen, um dort ihre Arbeit in Ruhe zu machen; sie finden bereits einen von de Gaiffier aufgesetzten Vorentwurf vor. Mit Hilfe dieses Schemas, in dem die Hauptgedanken schon festgelegt sind, machen sie sich in Gegenwart de Broquevilles und Davignons ans Werk und verfassen gemeinsam eine Note von nüchterner, männlicher Beredsamkeit, die Belgiens Meinung ausdrücken soll. Kaum sind sie fertig, so erscheint von Below-Saleske wieder im Ministerium. Er wird vom Baron van der Elst empfangen und erklärt im Auftrage seiner Regierung, Frankreich habe die Reichsgrenze soeben noch-

mals verletzt und durch lenkbare Luftschiffe Bomben in Deutschland abwerfen lassen. Der Baron van der Elst läßt sich durch diese neuen Verleumdungen nicht täuschen und geleitet seinen nächtlichen Besucher kalt zur Tür. Es ist 2 Uhr morgens. Der Kronrat tritt abermals im königlichen Palais zusammen. Carton de Wiart verliest die soeben aufgesetzte Antwort, die zunächst die tiefe und schmerzliche Überraschung der königlichen Regierung über die deutsche Note ausdrückt und dann fortfährt: „Die Absichten, die sie (die deutsche Note) Frankreich beilegt, stehen im Widerspruch zu den ausdrücklichen Erklärungen, die uns am 1. August im Namen der Regierung der Republik gegeben worden sind. Wenn übrigens entgegen unseren Erwartungen eine Verletzung der belgischen Neutralität durch Frankreich stattfinden sollte, so würde Belgien alle seine internationalen Pflichten erfüllen, und sein Heer würde dem Eindringling den kräftigsten Widerstand entgegensetzen ... Belgien ist seinen internationalen Verpflichtungen immer treugeblieben; es hat seine Pflichten im Geiste loyaler Unparteilichkeit erfüllt, es hat keine Anstrengung gescheut, um seine Neutralität aufrechtzuerhalten und ihr Geltung zu verschaffen. Der Angriff auf seine Unabhängigkeit, mit dem die deutsche Regierung es bedroht, würde eine flagrante Verletzung des Völkerrechtes bilden. Kein strategisches Interesse rechtfertigt die Verletzung des Rechtes. Wenn die belgische Regierung die ihr unterbreiteten Vorschläge annähme, würde sie die Ehre der Nation opfern und gleichzeitig ihre Pflicht gegenüber Europa verletzen. Eingedenk der Rolle, die Belgien seit mehr als 80 Jahren in der Zivilisation der Welt erfüllt, kann die Regierung nicht glauben, daß die Unabhängigkeit Belgiens nur um den Preis der Verletzung seiner Neutralität gewahrt werden kann. Falls diese Hoffnung getäuscht würde, ist die belgische Regierung fest entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jeden Angriff auf ihr Recht zurückzuweisen." Kein Einwand wird erhoben. Der König, der seit der ersten Stunde das Vorbild der Kaltblütigkeit und Festigkeit gegeben hat, läßt über die Note abstimmen. Er stellt Einstimmigkeit fest und dankt seinen Räten. Die Sitzung ist zu Ende. Belgien hat der Schande das Martyrium vorgezogen[1].

---

[1] S. den Brüsseler „Soir", 22. Juli 1927. Vgl. „La violation de la neutralité belge" und „Les petits états menacés dans leur existence", in „L'Allemagne au

Angesichts des unqualifizierbaren Attentats auf Belgien bieten wir der königlichen Regierung unsere Unterstützung an, nicht für den Augenblick, aber für später, wenn unsere Truppen mobil gemacht und aufmarschiert sind. Sie dankt uns in würdiger Form, appelliert unter den jetzigen Umständen aber noch nicht an die Garantie der Mächte. Sie wird, wie sie sagt, später beurteilen, was zu geschehen hat[1].

Nach dem, was Sir Edward Grey zu Paul Cambon gesagt hat, wird die öffentliche Meinung Englands sich zweifellos empören, sobald sie die Herausforderung Belgiens erfährt. Im gestrigen Ministerrate, noch bevor das deutsche Ultimatum bekanntgeworden ist, haben die englischen Minister beschlossen, daß Sir Edward Grey morgen im Unterhause eine Erklärung über die belgische Neutralität abgeben soll. Er wird sich auf die Sprache Lord Granvilles und Herbert Gladstones im Jahre 1870 berufen und einen sehr deutlichen Kommentar dazu geben, ohne jedoch die Worte Casus belli zu gebrauchen. Ebenso wird er sich in der früher mitgeteilten Weise über die Verwendung der Flotte äußern.

Heute morgen, am 3. August, telegraphiert Paul Cambon uns endlich, was der Staatssekretär wörtlich sagen soll: „Falls das deutsche Geschwader durch die Meerenge vordringen oder durch die Nordsee um die britischen Inseln herumfahren sollte, um die französischen Küsten oder die französische Kriegsflotte anzugreifen, wird das englische Geschwader eingreifen, um der französischen Flotte seinen vollen Schutz (full protection) zu gewähren, so daß England und Deutschland von diesem Augenblicke an im Kriege wären." „Sir Edward Grey", setzt Paul Cambon hinzu, „hat mich darauf hingewiesen, daß mit einer Operation in der Nordsee zugleich auch eine Demonstration im Atlantischen Ozean gemeint ist[2]."

Immerhin verlangt Sir Edward Grey noch, daß Viviani mit der Mitteilung seiner Erklärung an die französische Kammer wartet, bis sie heute, Montag um 4 Uhr, im Unterhause erfolgt ist[3].

---

dessus tout" von E. Dürckheim, Librairie Armand Colin, 1915. Vgl. auch „Vor dem Tribunale" von Dr. Anton Nyström, Kristiania, Kap. 2.

[1] Telegramm Klobukowskis, 3. August 1914, Nr. 52, 13,10 Uhr, eingegangen 15,15 Uhr.

[2] Telegramm aus London, 3. August, Nr. 186, 11,32 Uhr, eingegangen 14,30 Uhr.

[3] Telegramm aus London, 3. August, Fortsetzung von Nr. 186, 12,35 Uhr, eingegangen 3,25 Uhr.

Sofort sucht Deutschland den Schlag zu parieren. Im Laufe des Tages sendet seine Londoner Botschaft eine Mitteilung an die Presse, worin es heißt, wenn England neutral bleibe, werde die kaiserliche Regierung auf jede Operation zur See verzichten und die belgische Küste nicht als Stützpunkt benutzen. (Telegramm Paul Cambons Nr. 187). Bei dieser Nachricht bedauern wir noch mehr, daß der Widerspruch mehrerer britischer Kabinettsmitglieder, besonders, wie man uns sagt, derjenige Harcourts und Lord Morleys, Asquith und Sir Edward Grey an einer früheren Erklärung verhindert hat. Offensichtlich hat Deutschland große Angst vor dem englischen Eingreifen; wäre es seiner eher gewiß gewesen, es hätte vielleicht auf der schiefen Ebene innegehalten.

Aber haben wir keinen Umfall mehr zu fürchten? Um 9 Uhr abends kommt Viviani mit Doumergue ins Elysée. Wie ein Pressetelegramm meldet, haben die englischen Minister sich nach der Nachmittagssitzung sehr besorgt zurückgezogen. Die Unterhaussitzung soll auf morgen, den 4. August, verschoben sein. Sir Edward Grey soll die vereinbarte Erklärung nicht abgegeben haben. Viviani scheint plötzlich allen Mut verloren zu haben. Zum Glück hat sich eine Stunde später alles geändert. Nach einem Havastelegramm hat die Sitzung in Westminster stattgefunden, und der Staatssekretär hat in der angekündigten Weise gesprochen. Aber der Montag geht zu Ende, ohne daß wir nähere Einzelheiten erfahren; erst in der Nacht treffen am Quai d'Orsay bestimmte Telegramme Paul Cambons ein.

„London, 4.[1] August 1914, Nr. 191, 12,17 Uhr, eingegangen am 4. August 4,04 Uhr. Sir Edward Grey hat mir gesagt, wir könnten die Erklärung der britischen Regierung über das Eingreifen der Flotte gemäß meinem Telegramm 178 als für sie bindend ansehen. Die Debatte im Unterhause geht weiter, aber der Erfolg der Regierung ist sicher." – „Nr. 193, 12,17 Uhr, eingegangen am 4., 3,40 Uhr morgens. Ich sprach Sir Edward Grey nach dem Kabinettsrate von heute abend und fragte ihn, was Sie morgen offiziell in der Kammer erklären könnten. Er sagte mir, Sie (ein Wort fehlt) könnten die Erklärung über die Flottenoperationen, die er mir übergeben hat und deren Wortlaut ich Ihnen in meinem Telegramm Nr. 186 Fortsetzung mitgeteilt habe, zur Kenntnis bringen. Be-

[1] So im französischen Text. D. Übers.

treffs Belgiens können Sie erklären, daß die britische Regierung der belgischen Neutralität nicht gleichgültig gegenübersteht und daß sie den Garantievertrag aufrechterhält. Schließlich können Sie bekanntgeben, daß die Mobilmachung der englischen Flotte beendet ist und daß die Befehle für die Mobilmachung des Landheeres bereits gegeben sind."

„Nr. 194, 12,17, Uhr, eingegangen 3,47 Uhr. Geheim. Wie Sir Edward Grey mir vertraulich gesagt hat, ist heute abend im Ministerrate beschlossen worden, daß morgen früh Instruktionen an den englischen Botschafter in Berlin abgehen, um die deutsche Regierung zur Zurücknahme ihres Ultimatums an Belgien aufzufordern. „Lehnt sie es ab," hat der Staatssekretär hinzugesetzt, „so ist das der Krieg." Es gibt im Kabinett eine Partei, die gegen das Eingreifen ist; ihre Hauptvertreter sind Lord Morley, Harcourt und John Burns. Die Debatten im Ministerrate von gestern vormittag waren so heftig, daß einige dieser Minister von ihrem Rücktritt sprachen. Trotzdem hat das ganze Kabinett sich heute mit Sir Edward Grey solidarisch erklärt. Bricht der Krieg zwischen England und Deutschland aus, was ja nicht mehr lange dauern kann, so würden die Gegner des Eingreifens möglicherweise zurücktreten. Diese Ministerkrise könnte für uns nur günstig sein. Gez. Paul Cambon."

Inzwischen geht der Propagandadienst in Berlin mit verblüffender Emsigkeit an eine schlaue Entstellung der Tatsachen. In der letzten Nacht hat das Auswärtige Amt eine Meldung ausgearbeitet, die in England und in Amerika veröffentlicht werden soll. Darin heißt es, aller Wahrheit zuwider, Viviani habe zu Schoen gesagt: „Frankreich wird an Rußlands Seite stehen." (Telegramm Jules Cambons, 3. August, Nr. 255) „Das Publikum", schreibt unser Botschafter, „ist überzeugt, daß französische Abteilungen die deutsche Grenze überschritten haben, und seit gestern haben zwei Berliner Zeitungen gemeldet, französische Flugzeuge hätten Bomben bis über Nürnberg abgeworfen." (Telegramm Nr. 256, 3. August, 12,21 Uhr, in Paris eingetroffen 14,25 Uhr.) So reimte man die Fabel zusammen, die zum Vorwande der Kriegserklärung dienen sollte.

Am Montag, dem 3. August, um $6^1/_4$ Uhr nachmittags,[1] telephoniert unser teurer, hervorragender Freund Myron T. Herrick, der Botschafter der Vereinigten Staaten, an den Quai d'Orsay und

[1] S. Viviani, op. cit., 211ff.

teilt Viviani mit tränenerstickter Stimme mit, Schoen habe die Vereinigten Staaten gebeten, die Vertretung der deutschen Interessen in Frankreich zu übernehmen, und den Wunsch ausgedrückt, daß das Sternenbanner auf der deutschen Botschaft gehißt werde. Herrick hat den Auftrag, die deutschen Interessen zu vertreten, vorbehaltlich der Zustimmung der Vereinigten Staaten vorläufig angenommen, sich jedoch geweigert, die amerikanische Flagge auf der Botschaft in der Rue de Lille zu hissen.

Viviani begreift, daß dies der Krieg ist. Er gibt Weisung, mich zu benachrichtigen, und erwartet den Besuch Schoens, der wenige Minuten darauf erfolgt. Er empfängt den Botschafter in de Margeries Gegenwart. „Herr Präsident," sagt Schoen etwas erregt, „ich und mein Kaiser sind soeben beleidigt worden. Eine Dame hat mich bei meinem Wagen beschimpft." – „Sie waren auf dem Weg hierher?" – „Ja." – „So kamen Sie also nicht, um sich über diesen Zwischenfall zu beschweren?" – „Nein." – „Ich spreche Ihnen mein Bedauern und meine Entschuldigung aus." Schoen verbeugt sich und schweigt[1]. Dann zieht er ein Schriftstück aus der Tasche und liest es vor. Es ist ein von ihm unterzeichnetes Schreiben, das wie folgt lautet:

„Herr Ministerpräsident! Die deutschen Verwaltungs- und Militärbehörden haben eine Anzahl zweifellos feindseliger Handlungen festgestellt, die durch französische Militärflieger auf deutschem Gebiete begangen worden sind. Mehrere davon haben offenbar die Neutralität Belgiens verletzt, indem sie das Gebiet dieses Landes überflogen haben. Einer hat versucht, Bahnbauten bei Wesel zu zerstören, andere sind über der Gegend der Eifel gesichtet worden, ein anderer hat Bomben auf die Eisenbahnen bei Karlsruhe und Nürnberg geworfen. Ich bin beauftragt und habe die Ehre, Eurer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen, daß in Anbetracht dieser Angriffe das Deutsche Reich infolge des Vorgehens Frankreichs sich als im Kriegszustande mit Frankreich befindlich betrachtet." Das Schreiben schließt mit der Bitte um die Pässe Schoens und des Gesandtschaftspersonals.

Viviani hört diese Vorlesung schweigend an und nimmt das Schriftstück in Empfang. Dann protestiert er gegen die Ungerechtigkeit und Unsinnigkeit der kaiserlichen Behauptung. Er erinnert

[1] Hier besteht ein kleiner Widerspruch zwischen der Darstellung Vivianis und Schoens (in seinem genannten Buche, französische Übersetzung, Plon-Nourrit).

daran, daß Frankreich, weit entfernt, Einbrüche auf deutsches Gebiet erlaubt zu haben, seine Truppen 10 km diesseits der Grenze zurückgehalten hat, und daß es vielmehr deutsche Patrouillen gewesen sind, die auf unserem Boden und auf diese Entfernung unsere Soldaten getötet haben.

Schoen erklärt nichts zu wissen; er hat nichts mehr zu sagen, ebenso Viviani. Der Ministerpräsident begleitet den Botschafter bis in den Hof des Ministeriums und wartet, bis dieser seinen Wagen bestiegen hat. Der Botschafter grüßt tief und fährt ab. Am nächsten Tage kehrt er friedlich nach Deutschland zurück, von den französischen Behörden mit aller erdenklichen Rücksicht behandelt, während Jules Cambon, der infolge der Kriegserklärung Berlin verlassen muß, nicht die Erlaubnis erhält, den von ihm gewählten Reiseweg zu benutzen, die Beförderung des Botschaftspersonals in Gold bezahlen muß, da Schecks nicht angenommen werden, und in einen Eisenbahnwagen eingeschlossen wird, fast wie ein Gefangener[1].

Viviani kommt ins Elysée und berichtet uns diese tragische Unterredung. Er ist über die Unredlichkeit der deutschen Regierung erbittert. Später, in seiner „Antwort an den Kaiser", drückt er sich noch mit der gleichen Kraft der Entrüstung aus: „Unter dem Vorwand, französische Flieger hätten Nürnberg überflogen, wurde der Krieg erklärt, Belgien aufgeschlitzt, in Frankreich eingedrungen... Diese Schande fällt zunächst auf den Kaiser, dann auf seine unmittelbaren Mitarbeiter, Bethmann Hollweg und vor allem Jagow, der diese höchste Verhöhnung der Wahrheit mit seinem Namen zu decken gewagt hat... Man kann sagen, was man will: Der Krieg wurde an Frankreich erklärt, das zehn Kilometer hinter der Grenze (dort fiel der deutsche Leutnant Mayer) mit Gewehr bei Fuß wartete, weil es das deutsche Gebiet in der Luft verletzt und Bomben abgeworfen haben sollte..."

Nachstehend die Tatsachen, wie sie jetzt festgestellt sind und wie Viviani sie angibt. Am 2. August nachmittags telegraphierte der kaiserliche Gesandte Treutler in München an Jagow: „Die hier verbreitete militärische Meldung, daß heute französische Flieger in der Umgebung von Nürnberg Bomben geworfen hätten, hat bisher keine Bestätigung gefunden. Es sind lediglich unbekannte

[1] S. „Revue des Deux Mondes", 15. Juni 1927, „Fin d'Ambassade".

Flugzeuge gesichtet worden, die augenscheinlich keine Militärfahrzeuge waren. Das Werfen von Bomben ist nicht festgestellt, noch weniger natürlich, daß die Flieger Franzosen waren[1]." Zu diesem bündigen Zeugnis kann man die am 3. August, also sehr früh, veröffentlichte Depesche der „Kölnischen Zeitung" hinzufügen: „Das bayerische Kriegsministerium bezweifelt die Richtigkeit der der Eisenbahndirektion Nürnberg zugegangenen Nachricht, daß auf den Strecken Nürnberg–Kitzingen und Nürnberg–Ansbach Flieger gesehen worden seien, die Bomben auf die Geleise schleuderten." (München, 2. August.)

Die Hauptanklage, die als Grund für die Kriegserklärung diente, wurde also schon 24 Stunden vor dem Schritte Schoens als falsch erkannt. Die Nachricht von einem Überfliegen von Wesel war ebenso unrichtig und unsinnig. In seinem Telegramm an Schoen vom 3. August 10,05 Uhr behauptete Jagow, der Flieger, der diesen Flug von 500 km hin und zurück im August 1914 ausgeführt haben soll, sei abgeschossen worden. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß seine Leiche nie gefunden worden ist.

Sehr richtig bemerkt Viviani weiter, warum Jagow denn, wenn wir uns dieser Flüge schuldig gemacht hätten, nicht am 3. August um 9 Uhr morgens auf den Gedanken gekommen ist, den Protest der französischen Regierung gegen die deutschen Grenzverletzungen, den Jules Cambon ihm überbrachte, mit unseren eigenen Schuldtaten zu rechtfertigen. Er sagte aber nichts davon.

Etwas später erhält Jules Cambon dann den Besuch desselben Jagow, der durch die Flugzeuge über Nürnberg zum Geisterseher geworden ist und seine vorübergehende Leichtgläubigkeit als Überzeugung hinzustellen sucht. „Montag, am 3. August, um 11 Uhr vormittags", telegraphiert Cambon, „sucht Jagow mich auf und beschwert sich bei mir über Angriffsakte, die angeblich in Deutschland, besonders bei Nürnberg und Koblenz, von französischen Fliegern begangen sein sollen, die nach seiner Darstellung aus Belgien gekommen wären[2]."

So viel Falsches aber auch die Note enthielt, die Schoen Viviani übergab, sie enthielt nicht alles, was der aus Berlin übersandte

[1] Die deutschen Dokumente, 758. – Der Aufsatz des Dr. Schwabe, Deutsche medizinische Wochenschrift, 18. Mai 1916, bringt ein verspätetes Dementi der Nürnberger Stadtverwaltung vom 9. April 1916.

[2] Gelbbuch, Nr. 158.

Wortlaut anführte[1]. Die deutsche Regierung hatte ihren Botschafter natürlich nicht nur angebliche Einfälle von Fliegern mitgeteilt, sondern auch Einfälle auf der Erde bei Altmünsterol und auf der Gebirgsstraße in den Vogesen, und am 3. August um 13,05 Uhr, als das Telegramm an Schoen abging, behauptete Jagow allen Ernstes, daß sich immer noch französische Truppen auf deutschem Gebiet befänden.

Warum hat der Botschafter diese Angaben nicht in seinem Schreiben benutzt? Ahnte er, daß es Phantasiegebilde waren? In seinen Memoiren hat er erklärt, das Telegramm sei verstümmelt eingegangen und habe nicht völlig dechiffriert werden können. Diese Erklärung hat Anlaß zu verschiedenen Mutmaßungen gegeben. Sehr anfechtbar erscheint sie Aulard, der eine gründliche technische Untersuchung über die behauptete „Verstümmelung" angestellt und deren Unwahrscheinlichkeit nachgewiesen hat[3]. Ich füge hinzu, daß unser Chiffrierbureau damals und seit Ende 1911 den deutschen Chiffreschlüssel nicht besaß und daß es ihn erst viel später, während des Krieges, herausbekommen hat. Unter dem Ministerium Clemenceau sind die von Schoen abgesandten oder erhaltenen Telegramme zum erstenmale gelesen worden. Man hätte das Telegramm im Ministerium also nicht lesen können, bevor man es durcheinander warf.

Aber ob verstümmelt oder nicht, Jagows Wortlaut enthielt nur falsche Behauptungen. Unsere Truppen hatten die Grenze in der Luft so wenig überschritten wie auf der Erde. Am 3. August verbreitete ein Wolff-Telegramm dreist, französische Kompagnien befänden sich in Markirch, in Metzeral, in Valdieu, d. h. an den die oberelsässischen Tälern beherrschenden Punkten. Nichts in dieser Note war wahr, und der Reichskanzler, der sie in einem Telegrammentwurf wiedergab, hielt es dann doch für klüger, in dem amtlichen Schriftstück keinen Gebrauch davon zu machen[3]. So war es mit allem übrigen.

Nach dem Kriege hat der deutsche Untersuchungsausschuß und Graf Montgelas alle Archive des Preußischen Generalstabes durch-

---

[1] Die deutschen Dokumente, 734.

[2] S. den Aufsatz von Aulard, „Revue de Paris", 1. Mai 1922. – Schreiben Vivianis an Aulard, „Histoire politique de la grande guerre", Paris, Juli 1924, S. 42. – Vgl. Renouvin, 2. Aufl., S. 240ff.

[3] Die deutschen Dokumente, 717.

forscht. Wie Renouvin bemerkt, ist bisher kein Schriftstück zutage gekommen, aus dem sich, selbst für den 3. August, ein zusammenhängendes Vorgehen französischer Aufklärer auf elsässischem Gebiet ergeben hätte. Man hat nichts gefunden, was man den methodischen Einfällen der deutschen Kavallerie bei Belfort oder in Lothringen gegenüberstellen könnte. Hier und da sollen beiderseits der Grenze Schüsse gefallen sein; am 3. August soll ein französischer Chasseur „zwanzig Meter von der Grenze auf deutschem Gebiet" gefallen sein[1]; fünf französische Infanteristen sollen aus großer Entfernung auf der Straße Wesserling-Sträßel gesehen worden sein. Gesetzt, diese Tatsachen wären erwiesen, was nicht der Fall ist, wie hielten sie dann einen Vergleich mit denen aus, die auf französischem Gebiet, in Joncherey und anderswo, festgestellt sind? Am 3. wurden deutsche Reiter noch bei Coincourt, Réchicourt-la-Petite und Réméréville abgeschosesn, und bei einem von ihnen, einem Offizier, fand sich ein Patrouillenbefehl, bis auf Saint-Nicolas-du-Port vorzustoßen. Am selben Tage warf ein Flugzeug sechs Bomben auf Lunéville[2].

Übrigens wäre es müßig, diese Debatte fortzusetzen. Keine Beschwerde, weder in Schoens Note, noch in den Instruktionen, die er erhalten hatte, ist begründet, und man hat niemals den Versuch gemacht, die schwersten zu rechtfertigen: die Zerstörungen bei Wesel, die Überfliegung der Eifelgegend, die Bomben auf die Eisenbahn bei Karlsruhe und bei Nürnberg. Schoens Ehrlichkeit war denn auch durch die elenden Vorwände seiner Regierung tief verletzt; in seinen Memoiren hat er folgende Worte geschrieben, die die nüchternste und gerechteste Anklage darstellen: „Der zu unternehmende Schritt war zu folgenschwer, um nicht eine sorgsame Prüfung seiner Unterlagen zu erfordern. Selbst dann aber, wenn die behaupteten feindseligen Handlungen alle tatsächlich gewesen wären, so war es doch gewagt, ihnen die Bedeutung einer kriegerischen Angriffsbewegung beizulegen." Aber die deutsche Regierung nahm es nicht so genau. Sie hatte es eilig und suchte hastig nach Gründen. Jagow hatte Jules Cambon von einem französischen Flugzeug erzählt, das bei Koblenz gesichtet sein sollte. Ein paar Stunden darauf, in der nach Paris gesandten Note,

[1] Diese Behauptung wird bestritten von dem General Legrand-Girarde, der unser 21. Korps kommandierte. Les opérations du 21e Corps, Paris, Plon, 1922.

[2] S. Puaux, op. cit., S. 359ff.

war nicht mehr die Rede davon. Er hätte ebensogut von einem in Berlin gesehenen Flugzeuge sprechen können, hätte seine Einbildungskraft nicht gezaudert, uns einen so weiten Flug zuzuschreiben.

Beim nochmaligen Lesen der Kriegserklärung wenden Viviani und alle Minister in verschiedener Weise auf Wilhelm II. und seine Ratgeber den Spruch an: „Wen Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit." Wie kann die kaiserliche Regierung schon beim Ausbruch eines so furchtbaren Konfliktes die Ehrbarkeit der Mittel dem Zweck opfern, den ihr Größenwahn ihr setzt? Angesichts dieses verblüffenden Mangels an Gewissen prüfen wir im Rat unser eigenes Gewissen und haben alle das sehr deutliche Gefühl, daß wir uns nichts vorzuwerfen haben. Ich, der seit dem Januar 1913 keinen persönlichen Akt ohne die Regierung vollzogen hat, denke trotzdem nicht daran, mich auf meine verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit zu berufen, um meine moralische Verantwortung abzulehnen, heute noch weniger als früher. Ich will nicht so feig sein, mich hinter ein Kabinett zu verkriechen, dessen Mehrheit nicht aus meinen alten politischen Freunden besteht. Ich erkläre mich gern solidarisch mit ihm und sage, daß es so gut wie ich alles getan hat, um den Krieg zu verhüten. Es ist gewiß nicht Frankreichs Schuld, daß Österreich durch die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina gegen den Willen der Bevölkerung schon 1908/09 auf dem Balkan und in seinem eigenen Reiche Keime von Revolutionen und Wirren gesät es. Es ist gewiß nicht Frankreichs Schuld, daß die Doppelmonarchie sich nie mit dem Vertrage von Bukarest abgefunden hat, daß sie 1913 Italien in einen Krieg gegen Serbien hineinziehen wollte. Es ist nicht Frankreichs Schuld, daß Österreich in dem Attentat von Sarajevo eine Gelegenheit zur endgültigen Verkleinerung Serbiens gesehen, daß Deutschland, statt seinen Verbündeten auf die Gefahren dieses Unternehmens hinzuweisen, ihm Ellbogenfreiheit gelassen hat, sei es aus Gefälligkeit, sei es aus dynastischem Interesse, sei es infolge der gemeinsamen Orientpolitik, und daß das gemeinsame Vorgehen der beiden Mittelmächte im Herzen Europas die Vorbedingungen für einen allgemeinen Zusammenstoß geschaffen hat.

Es ist ebensowenig Frankreichs Schuld, daß die Kriegserklärung Österreichs an Serbien, wie zu erwarten stand, die slawischen Völker tief erregt und Rußland zum Eingreifen bestimmt hat. Es ist

weder Frankreichs Schuld noch die der Regierung der Republik, daß Österreich, obwohl es sein territoriales Desinteressement erklärte, tatsächlich die reiflich erwogene Absicht gehabt hat, Stücke von Serbien zwischen Bulgarien und Albanien aufzuteilen, daß Rußland in deutlicher Voraussicht dieses Zerstörungsprogramms es für nötig gehalten hat, mit einer teilweisen Mobilmachung darauf zu antworten, und daß es dann aus technischen Gründen, trotz Vivianis drängenden Abmahnungen, dahin gelangt ist, die allgemeine Mobilmachung zu befehlen. Es ist vor allem nicht Frankreichs Schuld, noch die der Regierung der Republik, daß Österreich sich zuerst allen Vermittlungsvorschlägen systematisch entzogen hat und daß es nach einer Anwandlung größerer Versöhnlichkeit zu seiner Unnachgiebigkeit zurückgekehrt ist, daß Deutschland selbst, nachdem es ins Feuer geblasen und dann einen Augenblick es zu löschen versucht hat, neuen Zündstoff hineingeworfen und schließlich durch zwei Kriegserklärungen, die es wenigstens aufschieben konnte, die Katastrophe unvermeidlich gemacht hat.

In Deutschland hat man immer wieder behauptet: „Rußland hat zuerst mobil gemacht, und die russische Mobilmachung war der Krieg[1].“ Wir haben gesehen, unter welchen Umständen Rußland mobil gemacht hat, fast gleichzeitig mit Österreich, und daß es hat wissen lassen, daß es zu Verhandlungen bereit bleibe.

Zweifellos hat der General Boisdeffre im Jahre 1892, als unsere ersten Militärkonventionen zustande kamen, ohne deshalb die beiden verbündeten Mächte jemals als Angreifer erscheinen lassen zu wollen, selbst die kurze Formel gebraucht: „Die Mobilmachung ist der Krieg.“ Aber unter Kulturvölkern läßt sich diese Gleichsetzung weder juristisch noch tatsächlich rechtfertigen. Die Mobilmachung ist ein innerer Vorgang, und dem Volke, das sie anordnet, steht es frei, ihr keine blutige Folge zu geben. Erst die Kriegserklärung führt den Kriegszustand herbei.

Ich setze hinzu, und diese Betrachtung wird oft übersehen, obwohl sie ausschlaggebend ist: Beim Vergleich der Dreibundsverträge mit dem französisch-russischen Bündnisvertrag ergibt

[1] Diese Behauptung findet sich namentlich in einem sehr scharfen Schreiben Jagows in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 15. Juli 1922 als Antwort auf die herzbewegende Rede, die Viviani am 5. Juli in der Deputiertenkammer gehalten hatte.

sich, daß nur die ersteren das Allgemeinwerden des Krieges herbei geführt haben.

Wären nur Rußland und Österreich in Konflikt geraten, so hätte Frankreich nach Artikel 2 und 3 der Militärkonventionen von 1893 mobilmachen, aber keineswegs Krieg führen müssen. Nur das Eingreifen Deutschlands machte es uns nach dem Wortlaut des Vertrages zur Pflicht, uns zu schlagen. Im Gegensatz dazu sah der Dreibundsvertrag vor, daß Deutschland selbst dann eingreifen mußte, wenn Österreich nur mit Rußland in Konflikt geriet. Das „Spiel" der Bündnisse war also derart, daß ein Krieg zwischen Österreich und Rußland uns nicht zu marschieren zwang, wenn Deutschland sich nicht rührte, wogegen er Österreich das Recht gab, Deutschlands Beistand zu fordern. Der Dreibund war es, der in dieser schwerwiegenden Bestimmung den Explosivstoff enthielt.

Und dann war Wilhelm II. da. Im „Vorwärts" schrieb Karl Kautsky am 10. September 1924: „Es steht fest, und dazu bedarf es nicht der Eröffnung geheimer Archive, daß der größte Teil des deutschen Volkes den Krieg nicht gewollt hat. *Die eigentliche Kriegsursache, das österreichische Ultimatum an Serbien*, wurde von niemand energischer bekämpft als von der Sozialdemokratie. Noch am 29. Juli 1914 schrieb Wilhelm II. in einer seiner bekannten Randglossen über die Friedensdemonstrationen der deutschen Sozialdemokratie: „Die Sozi machen antimilitaristische Umtriebe in den Straßen; das darf nicht geduldet werden, jetzt auf keinen Fall. Im Wiederholungsfalle werde *ich* Belagerungszustand proklamieren und die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren lassen." Daß es dazu nicht kam, rührt daher, daß die deutsche Regierung klüger war als ihr Herr und fand, am Vorabend des Krieges sei es sicherer, die Sozi zu betrügen als sie einzusperren. Und das stimmte. Die kaiserliche Randglosse beleuchtet aber bereits den tiefen Abgrund, der sich in der Kriegsfrage zwischen dem deutschen Volke und dem deutschen Kaiser auftat, und wie unrecht man tut, jenem eine Verantwortung aufzubürden, die nur diesem zufällt. Allerdings hat auch Wilhelm II. den Weltkrieg nicht gewollt, nicht planmäßig herbeigeführt. Während des Krieges hatte ich an eine derartige planmäßige Herbeiführung geglaubt... Als ich durch die Revolution Gelegenheit bekam, die Akten des Auswärtigen Amtes in Berlin zu studieren, enthüllte sich mir ein ganz tolles Chaos von Dummheit, Verlogenheit, Leicht-

fertigkeit und Kopflosigkeit, aber keine Spur eines weitausgreifenden und systematisch erfolgten Planes. Merkwürdigerweise haben die deutschen Nationalisten der verschiedensten Richtungen geglaubt, als ich dies feststellte, das als Ehrenrettung der kaiserlichen Regierung für ihre Zwecke ausbeuten zu können.

„Die eigentlichen Verbrecher, die planmäßig auf den Krieg hinarbeiteten, saßen in Wien... Aber diese Verbrecher hätten es nicht gewagt, allein vorzugehen. Erst als Wilhelm plötzlich die Laune hatte, ihnen zuzustimmen, vollbrachten sie ihren Anschlag. *Hinterdrein, als die Kugel schon im Rollen war, dämmerte dann Wilhelm eine Ahnung des Unheils auf, das sich vorbereitete*, aber alle seine Ausbrüche von Verzweiflung und sein sprunghaftes Hin- und Herschwanken zwischen Versuchen, in Wien zu bremsen und doch Rußland und Frankreich bei dem befürchteten Zusammenstoß militärisch zuvorzukommen, konnten die zerfahrene Situation nicht mehr retten."

Allerdings gab es nach Iswolsky auch in Paris ein von krankhafter Eitelkeit beseeltes Staatsoberhaupt, und das Zeugnis des russischen Botschafters hat genügt, um unparteiische Geschichtsschreiber zum gleichen Urteil zu veranlassen. Aber dieser größenwahnsinnige Präsident durfte wenigstens nichts von sich aus tun; er hatte weder das Recht, einen Beschluß ohne Gegenzeichnung eines Ministers zu unterzeichnen, noch sich irgendwie an Stelle der verantwortlichen Regierung zu setzen und zu sagen: „*Ich* verkünde den Belagerungszustand; *ich* werfe meine Gegner ins Gefängnis." Und seine Minister waren friedliche Leute, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt waren und die ihn zurückgehalten und verleugnet hätten, wenn es ihm eingefallen wäre, seine Befugnisse zu überschreiten.

Nein, keiner der französischen Politiker hat sich etwas vorzuwerfen. Ob sie im Juli 1914 oder vorher Minister waren, alle, die Frankreichs Schicksal in Händen hielten, können erhobenen Hauptes vor die Geschichte treten. In keinem Augenblick haben sie die Sache des Friedens verraten, sich gegen die Menschheit versündigt. Die Schuldigen sind die österreichische Regierung, die Serbien den Krieg erklärt hat, und die deutsche Regierung, die ihn nacheinander Rußland und Frankreich erklärt hat und die jetzt die belgische Neutralität verletzt. Sie ist unentschuldbar, denn die Schnelligkeit ihrer Mobilmachung läßt ihr auf jeden Fall

einen Vorsprung. Bis zur Kriegserklärung ließ sich alles noch retten. Nach ihr war alles verloren.

Doch es genügt nicht, daß wir angesichts der uns bevorstehenden Prüfungen bloß untadelhaft sind, um ohne Trübsal zu sein. Am Abend dieses grausamen 3. August denke ich mit Schmerz an die bevorstehende Schlächterei und an die vielen jungen Männer, die dem Tode tapfer entgegen ziehen.

Dienstag, 4. August 1914. – Sir Edward Grey hat gestern im Unterhaus eine Rede gehalten, die großen Erfolg hatte. Er hat gezeigt, daß Deutschland einen Offensivkrieg gegen Frankreich führt. Er hat erklärt, daß England keine diplomatische Verpflichtung gegen uns hat. Er hat unsere Abmachung vom 22. November 1912 vorgelesen, hat von unseren militärischen Vereinbarungen gesprochen. Er ist zu dem Schluß gelangt, daß England von jeder juristischen Verpflichtung frei, aber mit Frankreich aufrichtig befreundet ist, und daß sein nationales Interesse gebietet, daß unsere Küsten nicht angegriffen werden. Weit ausführlicher ist er auf das deutsche Ultimatum an Belgien eingegangen, auf den edlen Brief, den König Albert an den König Georg V. gerichtet hat, auf die Neutralitätsbürgschaft, die Belgien von den Mächten, besonders von England, erhalten hat. Die Kammer hat dem Minister Beifall gezollt. Die öffentliche Meinung Englands hat sich durchgerungen. Engländer und Franzosen – beide Völker gehören fortan zusammen.

Um England zu danken und die britische Regierung zur bald möglichsten Landung der Truppen zu veranlassen, die Belgien mit den unseren zu Hilfe kommen sollen, schreibe ich an König Georg im Einvernehmen mit der Regierung und mit dem Marschall Joffre einen neuen Brief, der wie folgt lautet:

„Paris, 4. August 1914. Lieber und großer Freund! Ich danke Eurer Majestät für Ihr gütiges Schreiben. Die Erklärungen der königlichen Regierung im Unterhaus haben in Frankreich tiefen Widerhall gefunden. Die Entente cordiale unserer beiden Länder ist enger denn je, und die Nachricht von einem gemeinsamen Handeln ist von der öffentlichen Meinung mit Bewegung und mit Freude begrüßt worden. Das Einvernehmen zwischen den Admiralstäben beider Länder ist vollständig. Aber bisher wissen wir noch nicht, ob die Regierung Eurer Majestät endgültige Beschlüsse über das Zusammenwirken zu Lande gefaßt hat. S. M. der König Albert hat uns wie Sie um Hilfe angerufen, um das

belgische Gebiet zu schützen. Wäre es möglich, alsbald nach Frankreich die Hilfstruppen für Belgien einzuschiffen, über die Sie verfügen zu können glauben und deren Mitwirkung so wertvoll wäre, so würde diese Maßnahme nach Ansicht der Regierung der Republik einen öffentlichen Beweis für unsere Waffenbrüderschaft liefern und in Belgien wie in Frankreich eine sehr heilsame Wirkung haben. Ich glaube Euer Majestät diese Ansicht mitteilen zu müssen und danke Ihnen von neuem für Ihren Freundschaftsbeweis."

England ist leider nicht ganz bereit, in Tätigkeit zu treten. Es ist so weit entfernt, den Krieg gewollt zu haben, daß es noch beim diplomatischen Verfahren ist. „Telegramm aus London, 4. August, Nr. 202, 6,19 Uhr, eingegangen 21,15 Uhr. Sir Edward Grey bat mich, ihn sofort aufzusuchen, um mir zu sagen, daß der Premierminister heute im Unterhause erklären wird, daß Deutschland aufgefordert worden sei, sein Ultimatum an Belgien zurückzuziehen und England seine Antwort heute vor Mitternacht zu geben. Gez. Paul Cambon." – „Nr. 203, 7,28 Uhr, eingegangen 22,40 Uhr. Geheim. Ich fragte Sir Edward Grey, was seine Regierung machen werde, wenn Deutschland abschlägig antwortet. „Den Krieg", war die Antwort. – „Wie werden Sie Krieg führen? Werden Sie sofort Ihre Expeditionskorps einschiffen?" – „Nein, wir werden alle deutschen Häfen blockieren. Wir haben die Entsendung von Truppen nach dem Auslande noch nicht ins Auge gefaßt. Wie ich Ihnen schon erklärt habe, brauchen wir unsere Truppen zu unserer Verteidigung auf verschiedenen Punkten, und die öffentliche Meinung ist einer Expedition nicht günstig." – „Ihre Ausführungen", habe ich geantwortet, „erscheinen mir nicht ausreichend, und mich dünkt, Sie dürften bei so unsicheren Erwägungen nicht stehen bleiben. Die öffentliche Meinung ist heute anders als vor drei Tagen. Sie will den Krieg mit allen Mitteln. Die Minute ist entscheidend. Ein Staatsmann sollte sie wahrnehmen. Sie werden durch die öffentliche Meinung zum Eingreifen auf dem Festlande gedrängt werden, aber Ihr Eingreifen muß unmittelbar erfolgen, wenn es wirksam sein soll." Dann zeigte ich ihm auf der Karte unsere Verteidigungsmaßnahmen und die Notwendigkeit, im Falle der Verletzung der belgischen Neutralität auf der linken Flanke gedeckt zu sein. Ich setzte hinzu, daß die Einschiffung des Materials und des Proviants nach der Verabredung unserer Generalstäbe schon

am zweiten Mobilmachungstage beginnen und daß jeder verlorene Augenblick die Ausführung unseres Programms gefährden müsse. Ich bat den Staatssekretär des Auswärtigen, den Premierminister und das Kabinett mit diesen Ausführungen zu befassen. Er versprach es mir. Gez. Paul Cambon."

In Belgien jedoch überstürzten sich die Ereignisse. „Brüssel, 4. August 1914, Nr. 102, 9,40 Uhr, eingegangen 10,35 Uhr. Der deutsche Gesandte hat heute vormittag den belgischen Minister davon in Kenntnis gesetzt, daß die kaiserliche Regierung sich infolge der Weigerung der belgischen Regierung genötigt sieht, die den französischen Drohungen gegenüber unerläßlichen Sicherheitsmaßnahmen mit Waffengewalt durchzuführen. Gez. Klobukowski."

„Brüssel, Nr. 103, 11,46 Uhr, eingegangen 13,45 Uhr. Wir haben einer unvergeßlichen Sitzung beigewohnt. Das ganze Parlament ohne Unterschied der Parteien hat dem König zugejubelt, der in einer beredten, sehr kraftvollen Rede erklärt hat, das Vaterland sei in Gefahr, und es werde seine Unabhängigkeit bis zuletzt zu verteidigen wissen. Darauf hat der Ministerpräsident unter tiefer Stille das deutsche Ultimatum, die Antwort der königlichen Regierung und das Schreiben von heute morgen an das Ministerium des Äußeren verlesen, worin v. Below erklärt, daß die kaiserliche Regierung „die gegenüber den französischen Drohungen als unerläßlich dargelegten Notmaßnahmen nötigenfalls mit Waffengewalt sicherstellen wird." Dann verlas de Broqueville eine Regierungserklärung, die angesichts der Belgien drohenden Gefahr an die Einigkeit aller Parteien appelliert. Er schloß mit den Worten: „Ein Land, das seine Unabhängigkeit verteidigt, kann besiegt werden, aber es wird nie unterworfen werden." Die Sitzung endete in voller Begeisterung."

„Brüssel, Nr. 104, 12,35 Uhr, eingegangen 13,30 Uhr. Nach Nachrichten, die der Militärattaché erhalten hat, sollen seit gestern zahlreiche Truppen aus Aachen eintreffen. Der französische Konsul in Lüttich telephoniert, daß die Festung jeden Augenblick gewärtig ist, zur Übergabe aufgefordert zu werden."

„Brüssel, Nr. 106. Ministerpräsident teilt der Kammer Einmarsch des Feindes mit. Kammer bewilligt einstimmig 200 Millionen für nationale Verteidigung, Spionagegesetz, Einberufung von Klasse 14 und 15, unbeschränkte Einbehaltung der Jahrgänge 1914 und 1915 und Amnestie für Fahnenflüchtige. Führer der

Sozialistenpartei Vandervelde zum Staatsminister ernannt. Belgien bietet erhebendes Schauspiel."

„Brüssel, Nr. 117. Kabinettschef des Außenministeriums übergibt mir Schreiben, wonach königliche Regierung ihren festen Entschluß erklärt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln deutschem Angriff Widerstand zu leisten. Belgien ruft England, Frankreich und Rußland an, als Bürgen an der Verteidigung seines Landes mitzuwirken."

„Brüssel, Nr. 118, 23,49 Uhr. Vier Armeekorps, davon siebentes in Verviers, sind in Belgien von Aachen bis Rescht eingerückt. Vorpostengefecht vor Lüttich, besonders in Visé, das in Brand geschossen ist. Huy und Argenteau sollen in Flammen stehen, Zivilbevölkerung dezimiert als Vergeltung für Schüsse auf Abteilungen. Deutsche Truppen rücken auf Lüttich... Gez. Klobukowski."

Somit ist Deutschland wenige Stunden nach der Kriegserklärung kampfbereit. Das beweist zur Genüge, daß seine wirkliche Mobilmachung lange vor ihrer Verkündung begonnen hat. Während die ersten Schüsse fallen und die Kriegshandlungen im großen Maßstabe zwischen Rußland und Deutschland langsam beginnen, hat Österreich, die erste Ursache des europäischen Konfliktes, die Paradoxie so weit getrieben, daß es für den Augenblick mit niemandem bricht, außer mit Serbien. Graf Szecsen scheint nicht daran zu denken, seine Botschaft zu verlassen. Wie Dumaine telegraphiert, glaubt er die seine nicht verlassen zu sollen und ist mit Recht der Ansicht, daß es bis auf weiteres nicht unsere Sache sei, den ersten Schritt zu tun.

Trotzdem meldet unser Militärattaché in Wien an Messimy, die österreichisch-ungarische Regierung solle die Absicht haben, Truppen des 14. und 2. Korps sowie slawische Regimenter aus Galizien nach Elsaß-Lothringen zu schicken. Dafür sollen bayerische Truppen nach der schlesischen Grenze befördert werden. (Telegramm aus Wien, 4. August, Nr. 148.) Ob diese Nachrichten zutreffen, wissen wir noch nicht.

Die anderen Nationen beginnen die Rolle zu bestimmen, die sie in dem bevorstehenden furchtbaren Drama zu spielen gedenken. Viele wollen hinter den Kulissen bleiben. Italien kündigt der Welt seine Absicht an, neutral zu bleiben. Nach heftigen Erörterungen innerhalb der rumänischen Regierung wird das gleiche in Bukarest beschlossen. (Telegramm Blondels, 4. August, Nr. 40.) Schweden

hat die Mobilmachung der Jahrgänge 1905 bis 1913 angeordnet. Aber es trifft so sehr zu, daß die Mobilmachung, wenn man nur will, nicht der Krieg ist, daß der schwedische Minister des Auswärtigen Rußland seine Neutralität unter dem Vorbehalt angeboten hat: wenn England am Kriege teilnimmt, kann Schweden von Deutschland aufgefordert werden, sich zu erklären, und dann unter dem Druck der öffentlichen Meinung genötigt sein, sich den Mittelmächten anzuschließen. (Telegramm Thiébauts, Nr. 40.) Dänemark hat seine Neutralität in dem Kriege zwischen Deutschland und Rußland wie zwischen Deutschland und Frankreich erklärt. (Telegramm Bapts, Nr. 49.) In den Niederlanden hat Loudon dem Gesandten Marcellin Pellet kategorisch erklärt, Holland werde nicht nur die Neutralität wahren, sondern sie auch entschlossen verteidigen. (Telegramm Pellets, Nr. 16.) Die Schweiz bleibt ihren Überlieferungen stolzer Unabhängigkeit treu. Aus San Sebastian, wo sich der Hof und die spanische Regierung befinden, berichtet Geoffray uns eine Unterredung, die er eben mit dem König gehabt hat. (Telegramm Nr. 86.) Alfons XIII. hat ihm gesagt, sein Land könne sich in den Kampf nicht einmischen und werde neutral bleiben, aber er selbst, der französisches Blut in den Adern habe, habe mit Bewunderung die Anstrengungen der Regierung der Republik für die Erhaltung des Weltfriedens und die schöne patriotische Wallung verfolgt, die bei der Mobilmachung entstanden sei. Er hat die lebhafteste Sympathie für Frankreich ausgedrückt und mit den Worten geschlossen, es werde die Unabhängigkeit der lateinischen Nationen und somit auch Spaniens verteidigen...

Der Herzog von Guise hat mich mit vollendeter Würde gefragt, ob er nicht, offen oder nicht, in den französischen Heeren dienen könne. Dieses hochherzige Angebot hätte ich gern bejahend beantwortet. Aber das Gesetz, das ich bereits dem Prinzen Roland Bonaparte entgegenhalten mußte, ist bedingungslos, und das Kabinett befürchtet, seine Aufhebung sei nicht angängig, ohne für die nationale Einheit gefährliche Debatten herbeizuführen. Wir werden jedoch die patriotische Mitwirkung des Herzogs von Guise nicht ablehnen. Er wird von der Regierung der Republik eine undankbare Mission beim König Ferdinand von Bulgarien erhalten, wird Kriegslazerette organisieren und übernehmen; der Oberbefehlshaber wird ihn für seine Hingebung und seinen Mut zum Kriegskreuz eingeben, und eines Tages, nach dem Siege,

werde ich ihm diese militärische Auszeichnung in meinem Kabinett im Elysée persönlich überreichen. Glückliche, wohltätige Eintracht! Wunderbarer Burgfriede angesichts der Feinde Frankreichs!

Auch der Herzog von Vendôme, Schwager des Königs Albert, hat an Messimy geschrieben und um die Erlaubnis gebeten, als Soldat an der Ostgrenze in den Truppen der vordersten Linie zu dienen. Die Regierung muß ihm die gleiche Antwort erteilen wie dem Herzog von Guise und dem Prinzen Roland. Aber diese Briefe beweisen mir, daß den Franzosen nichts von ihrem bisherigen Hader geblieben ist. Die Einmütigkeit des Volkes unter der Trikolore angesichts Deutschlands ist zum Ereignis geworden. Und als ich meine Botschaft schreibe, kommt mir ganz von selbst das Wort in die Feder: Die heilige Einigkeit, heilig wie die der thebaischen Legion, deren Krieger, durch unlösbare Freundschaft gebunden, geschworen haben, miteinander zu sterben, heilig wie die Großtaten der Griechen bei der Verteidigung des Tempels von Delphi, heilig wie alles Große, Unverletzliche, fast Übernatürliche.

Heute vormittag fand die Beisetzung von Jean Jaurès unter ziemlich starker Beteiligung statt. Auch sie hat das Gepräge einer Kundgebung der nationalen Solidarität angenommen. Alle Vertreter des Landes haben mit den beiden Kammerpräsidenten und dem Ministerpräsidenten daran teilgenommen. Maurice Barrès ist im Namen der Patriotenliga erschienen. Viviani hat unter allgemeinem Beifall eine sehr rührende Rede gehalten. Jouhaux, der Sekretär des allgemeinen Gewerkschaftsbundes, hat mit einem Ernst und mit einer Aufrichtigkeit gesprochen, die allen zu Herzen gegangen sind. „Im Namen der gewerkschaftlichen Organisationen," hat er ausgerufen, „im Namen all der Arbeiter, die schon zu ihren Truppen abgegangen sind, und derer, die wie ich morgen abgehen werden, erkläre ich, wir gehen auf das Schlachtfeld mit dem Willen, den Angreifer zurückzuschlagen."

Während die sterblichen Überreste von Jaurès überführt werden, erinnere ich mich, daß die „Revue de Paris" am 1. Dezember 1898 einen Aufsatz von ihm und einen andern von mir gebracht hat, und daß mein berühmter sozialistischer Kollege den Vaterlandsgedanken damals mit den edlen Worten verteidigt hat, die ich pietätvoll behalten habe: „Die Nationen zerbrechen hieße Lichtherde zerstören und nur den unbestimmten Schein verstreuter

Nebelflecke bestehen lassen! Es hieße auch, die Mittelpunkte klaren und raschen Handelns vernichten, um nur noch die träge Zusammenhanglosigkeit der allgemeinen Anstrengung übrig zu lassen. Ja es hieße, alle Freiheit unterdrücken, denn faßte die Menschheit ihre Tätigkeit nicht mehr in selbständigen Nationen zusammen, so würde sie die Einheit mit einem ungeheuren asiatischen Despotismus bezahlen."

Um 3 Uhr nachmittags beginnen die Sitzungen der beiden Kammern. Im Senat wird jeder Satz meiner Botschaft, die der Justizminister verliest, von Beifall unterstützt. Am Schluß erheben sich alle Senatoren, brechen in ein dreifaches Hoch aus und rufen immer wieder: „Es lebe Frankreich!" Bienvenu-Martin, dessen einer Sohn heute zur Front abgeht, sagt zu mir: „Das Schauspiel war erschütternd!"

In der Kammer erscheint Deschanel unter kriegsmäßigem Trommelwirbel zwischen dem Spalier der Zuaven. Die Menge, die die Wandelhalle erfüllt, ruft auch hier: „Es lebe Frankreich! Es lebe die Republik!" Nachdem Deschanel den Präsidentenstuhl eingenommen hat, hält er in kurzen bewegten Worten eine Gedächtnisrede auf Jaurès, „den ein Irrsinniger in dem Augenblick ermordet hat, wo er einen letzten Versuch zur Erhaltung des Friedens und der nationalen Einigkeit machte." Der Kammerpräsident fährt fort: „Seine Gegner sind ebenso getroffen wie seine Freunde und neigen sich in Ehrfurcht vor unserer umflorten Tribüne. Aber was sage ich? Gibt es noch Gegner? Nein, es gibt nur noch Franzosen, die seit vierundvierzig Jahren der Sache des Friedens alle Opfer gebracht haben und die heute zu allen Opfern für das Heiligste bereit sind, was es gibt: das Heil der Zivilisation, die Freiheit Frankreichs und Europas!"

Dann besteigt Viviani langsamen Schrittes die Tribüne und verliest mit feierlicher Stimme die Botschaft des Präsidenten. Er ist sehr bleich und bezwingt kaum die übermäßige Sensibilität, an der er so häufig zu leiden hat. Gleich ihm und mir sind alle seine Kollegen im Ministerium der Ansicht gewesen, daß ich den Vertretern des Landes heute eine feierliche Mitteilung machen mußte. Eine Botschaft ist aber nicht, obgleich viele es glauben, ein persönlicher Akt des Präsidenten der Republik. Sie ist eine Urkunde, die im Ministerium beraten und von den verantwortlichen Ministern gegengezeichnet werden muß. Nur eine Demissionsbotschaft

ist von der Gegenzeichnung befreit. Ich hatte meinen Entwurf also dem Kabinett vorgelesen, das ihn sorgfältig prüfte. Thomson und Augagneur regten sogar leichte formale Änderungen an, die ich annahm. Über den endgültigen Wortlaut, den ich dann aufgesetzt hatte, war rasch eine Einigung erzielt worden.

Schon bei den ersten Worten erhebt sich die ganze Kammer auf allen Stufen des Halbrunds von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken. Männer wie Graf Mun und Maurice Barrès haben sich mit Jules Guesde, Vaillant und Marcel Sembat in der leidenschaftlichen Vaterlandsliebe rasch zusammengefunden. Die Botschaft wird ebenso aufgenommen wie im Senat, und die Begeisterung der Zuschauer bildet den Widerhall der Begeisterung der Deputierten.

„M. H.! Frankreich ist einem brutalen, vorbedachten Angriff zum Opfer gefallen, der eine dreiste Herausforderung der Menschheit ist. Noch ehe uns eine Kriegserklärung übergeben wurde, ja noch ehe der deutsche Botschafter um seine Pässe gebeten hat, ist unser Gebiet verletzt worden. Gestern abend hat der Deutsche Kaiser einem tatsächlichen Zustande, den er geschaffen hatte, nachträglich den wahren Namen gegeben. Seit über vierzig Jahren haben die Franzosen in aufrichtiger Friedensliebe den Wunsch nach berechtigter Wiedergutmachung in ihren Herzen verschlossen. Sie haben der Welt das Beispiel einer großen Nation gegeben, die sich von der Niederlage durch Willen, Geduld und Arbeit endgültig wieder aufgerichtet, aber ihre erneute und verjüngte Kraft nur zugunsten des Fortschrittes und zum Wohle der Menschheit gebraucht hat. Seitdem durch das österreichische Ultimatum eine bedrohliche Krise für ganz Europa ausgebrochen war, hat Frankreich es sich angelegen sein lassen, eine Politik der Vorsicht, der Besonnenheit und Mäßigung zu befolgen und sie überall anzuempfehlen. Man kann ihm keine Handlung, keine Gebärde, kein Wort zur Last legen, die nicht friedlich und versöhnlich gewesen wären. In der Stunde der ersten Kämpfe hat es das Recht, sich feierlich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß es bis zum letzten Augenblick die äußersten Anstrengungen gemacht hat, um den soeben ausgebrochenen Krieg zu beschwören, für den das Deutsche Reich vor der Geschichte die niederschmetternde Verantwortung tragen wird. Einen Tag nachdem wir und unsere Verbündeten öffentlich die Hoffnung ausgedrückt hatten, daß die

unter Leitung des Londoner Kabinetts angeknüpften Verhandlungen friedlich fortgesetzt werden könnten, hat Deutschland plötzlich Rußland den Krieg erklärt, das luxemburgische Gebiet besetzt, die edle belgische Nation, unsere Nachbarin und Freundin, frech beschimpft und den Versuch gemacht, uns mitten in der diplomatischen Aussprache verräterisch zu überfallen. Aber Frankreich wachte. Ebenso aufmerksam wie friedliebend, hatte es sich gerüstet; unsere Feinde werden auf ihrem Wege unsere tapferen Deckungstruppen treffen, die auf ihrem Kampfposten sind und unter deren Schutz die Mobilmachung aller unserer nationalen Streitkräfte sich geordnet vollziehen wird. Unser schönes mutvolles Heer, das Frankreich heute mit seinem mütterlichen Gedanken begleitet, hat sich zornbebend erhoben, um die Ehre der Fahne und den Boden des Vaterlandes zu schirmen. Der Präsident der Republik, der Sprecher für die Einmütigkeit des Landes, bringt unseren Land- und Seetruppen die Bewunderung und das Vertrauen aller Franzosen zum Ausdruck.

„Eng verbunden in Einem Gefühl, wird die Nation mit der Kaltblütigkeit ausharren, die sie seit Beginn der Krise täglich bewiesen hat. Wie stets wird sie den hochherzigsten Schwung und die leidenschaftlichste Begeisterung mit der Selbstbeherrschung verbinden, die das Zeichen dauerhafter Kräfte und die letzte Siegesbürgschaft ist. Sie wird von dem verbündeten Rußland getreu unterstützt, sie findet Beistand in Englands loyaler Freundschaft. Und schon treffen von allen Enden der zivilisierten Welt die Sympathiekundgebungen und Segenswünsche ein. Denn heute stellt Frankreich vor der Welt abermals die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Vernunft dar. In dem bevorstehenden Kriege wird es auf seiner Seite das Recht haben, dessen ewige moralische Macht die Völker so wenig wie die Einzelmenschen ungestraft verkennen dürfen. Es wird von allen seinen Söhnen heldenhaft verteidigt werden. Nichts wird vor dem Feinde ihre heilige Einigkeit zerbrechen. Sie sind heute brüderlich geeinigt in der gleichen Entrüstung über den Angreifer und in dem gleichen patriotischen Glauben. Die Herzen hoch! Es lebe Frankreich!“

Nach der Botschaft verliest Viviani im Namen der Regierung eine längere, eingehendere Erklärung, in der er bewegt und kraftvoll an die Ereignisse seit dem Doppelmord von Sarajevo erinnert. Er betont besonders Deutschlands militärische Vorbe-

reitungen, die seit dem österreichischen Ultimatum begonnen haben, den bösen Willen, mit dem es seinen Verbündeten nicht zurückgehalten hat, die unsinnigen Vorwände, mit denen es die Kriegserklärung begründet hat: „Wir haben dem Frieden", sagt er, „ein Opfer ohnegleichen dargebracht, indem wir seit einem halben Jahrhundert an unserer Seite schweigend die offene Wunde trugen, die Deutschland geschlagen hat. Wir haben weitere dargebracht bei all den Händeln, die die kaiserliche Diplomatie systematisch herbeigeführt hat, sowohl in Marokko wie anderswo, sowohl 1905 und 1906 wie 1908 und 1911. Auch Rußland hat große Mäßigung bewiesen, bei den Ereignissen von 1908 wie in der jetzigen Krise. Es hat die gleiche Mäßigung bewiesen und die Tripleentente mit ihm, als Österreich und Deutschland in der Orientkrise von 1912 sowohl gegen Serbien wie gegen Griechenland anfechtbare Forderungen erhoben. Die Ereignisse haben es bewiesen. Zwecklose Opfer, fruchtlose Verhandlungen, eitle Anstrengungen!" Und Viviani schließt unter einstimmigem Beifall: „Wir sind ohne Tadel. Wir werden ohne Furcht sein. Frankreich hat oft unter ungünstigeren Verhältnissen bewiesen, daß es die furchtbarste Feindin ist, wenn es, wie es heute der Fall ist, für Freiheit und Recht kämpft."

Alle von der Regierung eingebrachten Gesetzesvorlagen werden alsdann von beiden Kammern debattelos angenommen: Anleihe und Zusatzkredite, Kriegspressebestimmungen und verschiedene andere dringende Maßnahmen. Hierauf richtet Viviani mit wenigen schwungvollen Worten einen herrlichen Appell an das Land, und die Kammern vertagen sich auf unbestimmte Zeit. Die Regierung, die diese außerordentliche Sitzungsperiode durch Dekret eröffnet hat, will aus Rücksicht auf das Parlament die Schließung nicht aus eigener Machtvollkommenheit verfügen.

„Ein schöner und guter Tag," schreibt Maurice Barrès, „in jeder Hinsicht vollkommen, der Gipfel der parlamentarischen Kraft[1]."

Nach der Sitzung eilen die Minister ins Elysée. Nie, sagen sie zu mir, hätten sie ein großartigeres Schauspiel gesehen als das, dem sie eben beigewohnt haben. Alle wiederholen mir um die

[1] Maurice Barrès, „L'Union sacrée", S. 19. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich den Titel, den mein unsterblicher Freund selbst aus meiner Botschaft entlehnt hat, auch für dies Buch benutze. Ich fand keinen anderen Ausdruck für unser gemeinsames Denken.

Wette: „Warum konnten Sie nicht dabei sein! Seit Menschengedenken hat es in Frankreich nichts so Schönes gegeben."

Der General Joffre, mit dem ich in all den letzten Tagen Fühlung gehalten habe, kommt mir Lebewohl zu sagen. Er fährt nach seinem Hauptquartier ab. Ich umarme ihn. Er ist ruhig und vertrauensvoll.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Erstes Kapitel 5

Der Neujahrstag 1913 – Besuch Take Jonescus – Der Dreibund und Rumänien – Die Silistriafrage – Der Deutsche Kaiser und Jules Cambon – Die Inseln im Ägäischen Meere – Montenegro und Skutari – Die österreichischen Rüstungen – Kollektivschritt in Konstantinopel

Zweites Kapitel 27

Vor dem Kongreß – Der Präsident der Republik – Die Vorwahl – Die Nationalversammlung – Die Wahl – Besuch bei Fallières

Drittes Kapitel 37

Die erste Post – Briand wird von Fallières mit der Kabinettsbildung betraut – Rücktritt Léon Bourgeois' und Delcassés – Jonnart am Quai d'Orsay – Sondervorgehen Rußlands – Revolution in Konstantinopel – Abbruch der Verhandlungen – Einer der künftigen 93

Viertes Kapitel 53

Iswolskys Influenza – Seine Genesung und seine neuen Streiche – Vorstellungen Sasonows – Der Botschafter kommt auf seine Lieblingsidee zurück – Wie er einige Unterstützungen erhielt – Georges Louis' Abberufung

Fünftes Kapitel 73

Der Präsident übergibt mir seine Amtsgewalt – Besuch im Rathause – Das Kabinett Briand wird bestätigt – Empfänge und Zeremonien in Vincennes – Das friedfertige Frankreich

Sechstes Kapitel 87

Deutschlands Rüstungen und die Militärpflicht in Frankreich – Das Ministerium Briand untersucht die Frage der dreijährigen Dienstpflicht – Zusammentritt des Obersten Kriegsrates – Einbringung der Vorlage – Die Wahlreform im Senat – Ministerkrise – Barthou bildet das neue Kabinett – Reise nach Montpellier

Siebentes Kapitel 99

Die Forderungen der Balkanstaaten – Die Skutarifrage – Der Plan einer Flottendemonstration – Österreichs Ansprüche – Rußlands Besorgnisse – Die Versöhnlichkeit Frankreichs und Englands – Herausgabe Skutaris – Unter dem Druck Europas übergibt König Nikita die Stadt den Mächten – Essad Pascha in Albanien

Seite

Achtes Kapitel 111

Besuche und Empfänge – Der deutsche Chauvinismus – Die Zwischenfälle von Lunéville und Nancy – Wilhelm II. in Metz – Reise des Königs von Spanien nach Frankreich – Feste in Paris und in Fontainebleau

Neuntes Kapitel 126

Die deutschen Wehrgesetze und das französische Gesetz über die dreijährige Dienstpflicht – Abstimmung in der Kammer und im Senat – Wiederbeginn der Feindseligkeiten im Orient – Angriff der Bulgaren auf die Serben und Griechen – Neue Pläne Österreichs gegen Serbien – Der Vertrag von Bukarest

Zehntes Kapitel. 143

Reise nach Toulon – Flottenmanöver – Reise nach England – Abfahrt von Cherbourg – Ankunft in Portsmouth – Aufenthalt in London – Die Entente cordiale – Besuch in Windsor – Rückkehr nach Calais und nach Paris

Elftes Kapitel 155

Die täglichen Pflichten – Aufenthalt in Sampigny – Besuch Lahovarys – Vertrag zwischen der Pforte und Bulgarien – Vergnügungsreise – Die großen Manöver – Unfall des Obersten von Winterfeldt

Zwölftes Kapitel 161

In Toulouse – Von Graves nach Bordeaux – König Konstantin im Elysée – Ein paar Tage in Rambouillet – An der Côte d'Argent – Reise nach Spanien – Rückkehr nach Marseille

Dreizehntes Kapitel 171

Sasonow auf der Durchreise in Paris – Plan einer Alpenfahrt im Sommer 1914 – Kokowzow in Paris – Die russischen Eisenbahnen – Griechenland und die Türkei – Die Mission des Generals Liman v. Sanders – Gespräch des Kaisers Wilhelm mit dem König der Belgier – Der Zwischenfall in Zabern

Vierzehntes Kapitel. 188

Sturz des Kabinetts Barthou – Krise – Bildung des Ministeriums Doumergue – Beibehaltung der dreijährigen Dienstpflicht und der Außenpolitik – Die französische und die russische Anleihe – Deutschland und Österreich – Der europäische Friede Ende 1913

Fünfzehntes Kapitel 204

Der 1. Januar 1914 – Plan einer Reise nach Rußland und nach Skandinavien – Die deutsche Militärmission in Konstantinopel – Deutsch-französische Verhandlungen über die kleinasiatischen Angelegenheiten – Neuer Besuch von Veniselos – Griechenland und die Türkei

Seite

Sechzehntes Kapitel 222

Tagebuchblätter – Paléologue zu Delcassés Nachfolger bestimmt – Calmettes Pressefeldzug – Die grünen Telegramme – Diner in der deutschen Botschaft – v. Wangenheim – Admiral von Tirpitz – Die türkische Anleihe – Dschawid Bey – Deutschland und die portugiesischen Kolonien – Das Kommando in Skutari

Siebzehntes Kapitel 241

Kokowzows Entlassung – Deutschlands Kriegsrüstungen – Die Liebenswürdigkeit des „Homme libre" – Calmettes Pressefeldzug – Unterredungen mit Doumergue, Caillaux, Briand und Barthou – Diner in der italienischen Botschaft – Das Drama in der Rue Drouot

Achtzehntes Kapitel 257

Das erste Wiederaufleben der Affäre Rochette – Eine Untersuchungskommission – Ende der Legislaturperiode – Aufenthalt in Eze – Ein russischer Schritt – Besuch des englischen Königspaares in Paris – Empfang im Elysée – Austausch friedlicher Ansprachen – Die Truppenschau in Vincennes – Im Rathause – Beim Rennen in Auteuil – Unterredung Doumergues mit Sir Edward Grey

Neunzehntes Kapitel 275

Die Kammerwahlen – Das dänische Königspaar in Paris – Reise nach Lyon – Die neue Kammer – Reise nach der Bretagne – Doumergues Demission – Ministerkrise – Befragung im Elysée – Viviani nimmt die Ministerpräsidentschaft an, lehnt sie dann ab – Ablehnung Deschanels – Annahme Ribots und Léon Bourgeois' – Das neue Kabinett stellt sich der Kammer vor – Es wird gestürzt

Zwanzigstes Kapitel 293

Neue Befragungen – Das Ministerium Viviani – Ein Zwischenfall in Marokko – Nochmals die grünen Telegramme – Beim Grand Prix erfahre ich das Attentat von Sarajevo – Depeschen aus Wien und Budapest – Ein Besuch des Grafen Szecsen – Franz Joseph und Wilhelm II. – Am Vorabend der Pariser Schwurgerichtsverhandlungen – Berchtold und Tisza – Reise nach Montdidier und nach Péronne – Das Fest vom 14. Juli – Eine Militärdebatte im Senat

Einundzwanzigstes Kapitel. 333

Abreise von Dünkirchen – Auf See – Die „France" und der „Jean Bart" – Die österreichisch-ungarische Ministersitzung vom 19. Juli – Auf der Rede von Kronstadt – Diner in Peterhof – Unterredungen mit dem Zaren – Besuch in St. Petersburg – Empfänge des diplomatischen Korps – In der Stadtduma – Die Zarin und ihre Kinder – In Krasnoje Selo – Diner an Bord der „France" – Abreise – Ein Schreiben des Zaren

Seite

Zweiundzwanzigstes Kapitel 377

Abschied der russischen Torpedoboote – Unbestimmte Nachrichten über das österreichische Ultimatum – Ankunft in Stockholm – Tag der Festlichkeiten und der Ängste – Frühstück im Schlosse Drottningholm – Diner im königlichen Palais – Abfahrt nach Kopenhagen – Die Ängste während der Fahrt – Der 25. und 26. Juli – Vom Lande abgeschnitten – Was wir nicht wissen – Schoen am Quai d'Orsay

Dreiundzwanzigstes Kapitel 409

Paris ruft uns zurück – Wir beschließen, uns in Kopenhagen nicht aufzuhalten – Stets auf See – Neues Durcheinander in den Gerüchten vom Festlande – Österreichs Kriegserklärung an Serbien und Beschießung Belgrads – Landung in Dünkirchen – Rückkehr nach Paris – Zusammentritt des Ministerrates – v. Schoen sucht Viviani auf

Vierundzwanzigstes Kapitel 444

Eine russische Mitteilung – Friedensratschläge der französischen Regierung – Militärische Maßnahmen in Rußland und in Deutschland – Scheitern der verschiedenen Friedensversuche – Vivianis letzte Anstrengungen – Zaudern in St. Petersburg – Besuch Sir Francis Berties – Wilhelm II. und Nikolaus II. – Neue Vorschläge Sir Edward Greys – Deutschland und Österreich

Fünfundzwanzigstes Kapitel 479

Zaudern des britischen Kabinetts – Ein Schreiben an den König von England – Militärische Vorbereitungen Deutschlands – Indirekte Nachrichten aus St. Petersburg – Erster Besuch Schoens bei Viviani – Ultimatum Deutschlands an Rußland und an Frankreich – Die französische Mobilmachung – Zweiter Besuch Schoens – Letzte Friedensversuche

Sechsundzwanzigstes Kapitel. 524

Deutschlands Kriegserklärung an Rußland – Deutsche Einbrüche in unser Gebiet – Verletzung der luxemburgischen Neutralität – Antwort des Königs von England – Umbildung des Ministeriums – Die italienische Neutralität – Ultimatum an Belgien – Deutschlands Kriegserklärung an Frankreich – Rede Sir Edward Greys im Unterhause – Die Sitzungen vom 4. August 1914 im Senat und in der Deputiertenkammer

Nach Erscheinen des gesamten Werkes

wird

ein ausführlicher Registerband folgen.

Der Verlag.

BIBLIOTEKA NAUKOWA WAP
31101
2.